

# Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben  
von der  
Stiftung Historisches Kolleg

Kolloquien  
26

R. Oldenbourg Verlag München 1992

Die deutsche Staatskrise  
1930–1933  
Handlungsspielräume  
und Alternativen

Herausgegeben von  
Heinrich August Winkler  
unter Mitarbeit von  
Elisabeth Müller-Luckner

R. Oldenbourg Verlag München 1992

## Schriften des Historischen Kollegs

im Auftrag der

Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

herausgegeben von

Horst Fuhrmann

in Verbindung mit

Knut Borchardt, Lothar Gall, Hilmar Kopper, Christian Meier,  
Horst Niemeyer, Rudolf Smend, Rudolf Vierhaus und Eberhard Weis

Geschäftsführung: Georg Kalmer

Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner

Organisationsausschuß:

Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungsstipendien und ein Förderstipendium sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“. Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Heinrich August Winkler (Freiburg) war – zusammen mit Professor Dr. Johannes Fried (Frankfurt), Professor Dr. Jean-Marie Moeglin (Paris) und Professor Dr. Paolo Prodi (Bologna) – Stipendiat des Historischen Kollegs im elften Kollegjahr (1990/91). Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Heinrich August Winkler aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Handlungsspielräume und Alternativen in der deutschen Staatskrise 1930–1933“ vom 23. bis 26. Januar 1991 im Historischen Kolleg gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die deutsche Staatskrise 1930–1933 : Handlungsspielräume und Alternativen / hrsg. von Heinrich August Winkler unter Mitarb. von Elisabeth Müller-Luckner. – München :

Oldenbourg, 1992

(Schriften des Historischen Kollegs : Kolloquien ; 26)

ISBN 3-486-55943-5

NE: Winkler, Heinrich August [Hrsg.]; Historisches Kolleg

(München): Schriften des Historischen Kollegs / Kolloquien

© 1992 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-55943-5

# Inhalt

Zur Einführung .....	IX
<i>Heinrich August Winkler</i>	
Verzeichnis der Tagungsteilnehmer .....	XIII
I. Entscheidung für den Präsidialstaat: Komplott der Machteliten oder Selbstpreisgabe einer Demokratie?	
<i>Hans Mommsen</i>	
Regierung ohne Parteien. Konservative Pläne zum Verfassungsumbau am Ende der Weimarer Republik .....	1
<i>Kurt Nowak</i>	
Die evangelischen Kirchenführer und das Präsidialsystem: Konfessionelle Politik im Spannungsfeld von autoritärem Staatsgeist und kirchenbehördlicher Pragmatik (1930–1932) .....	19
<i>Gerhard Schulz</i>	
Bemerkungen zur Wegscheide zwischen parlamentarischer und autoritärer Entwicklung in der Geschichte der Weimarer Republik .....	39
Diskussion .....	49
II. Tolerierung versus Einheitsfront: Das Dilemma der SPD und die Politik der KPD	
<i>Klaus Schönhoven</i>	
Strategie des Nichtstuns? Sozialdemokratischer Legalismus und kommunistischer Attentismus in der Ära der Präsidialkabinette .....	59
<i>Joachim Petzold</i>	
SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik: Unüberwindbare Hindernisse oder ungenutzte Möglichkeiten? .....	77
Diskussion .....	99

III. Wirtschaftliche Sachzwänge oder Primat der Politik? Die Ära Brüning im Widerstreit der historischen Forschung	
<i>Knut Borchardt</i>	
Wirtschaftspolitische Beratung in der Krise: Die Rolle der Wissenschaft ...	109
<i>Carl-Ludwig Holtfrerich</i>	
Vernachlässigte Perspektiven der wirtschaftlichen Probleme der Weimarer Republik .....	133
Diskussion .....	151
IV. Rettung durch Staatsnotstand? Die Planung des Ernstfalls unter den Regierungen Papen und Schleicher	
<i>Eberhard Kolb/Wolfram Pyta</i>	
Die Staatsnotstandsplanung unter den Regierungen Papen und Schleicher	155
<i>Dieter Grimm</i>	
Verfassungserfüllung – Verfassungsbewahrung – Verfassungsauflösung. Positionen der Staatsrechtslehre in der Staatskrise der Weimarer Republik	183
Diskussion .....	201
V. Machteliten und Machtübertragung: Die Rolle von Industrie und Agrariern in der deutschen Staatskrise 1930–1933	
<i>Henry Asbby Turner, Jr.</i>	
‘Alliance of Elites’ as a Cause of Weimar’s Collapse and Hitler’s Triumph?	205
<i>Jürgen John</i>	
Zur politischen Rolle der Großindustrie in der Weimarer Staatskrise. Gesicherte Erkenntnisse und strittige Meinungen .....	215
<i>Wolfgang Zollitsch</i>	
Adel und adlige Machteliten in der Endphase der Weimarer Republik. Standespolitik und agrarische Interessen .....	239
Diskussion .....	257
VI. Der historische Ort des 30. Januar 1933	
<i>Gerald D. Feldman</i>	
Der 30. Januar 1933 und die politische Kultur von Weimar .....	263

*Ian Kershaw*

Der 30. Januar 1933: Ausweg aus der Staatskrise und Anfang des Staatsverfalls .....	277
Diskussion .....	285
Personenregister .....	293

## Zur Einführung

Im Jahre 1978 hielt der Münchner Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt vor der Bayerischen Akademie der Wissenschaften einen inzwischen schon fast klassisch gewordenen Vortrag, der unter dem Thema stand: „Zwangslagen und Alternativen in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes“. Dreizehn Jahre später, im Januar 1991, fand im Historischen Kolleg zu München ein wissenschaftliches Kolloquium statt, das bewußt den Titel von 1978 variierte: „Handlungsspielräume und Alternativen in der deutschen Staatskrise 1930–1933“. Die Referate zu dieser Tagung sind in diesem Band vereinigt, dazu die Interventionen jener Teilnehmer, die sich bereit erklärten, ihre mündlichen Ausführungen nachträglich in schriftliche Form zu bringen.

Die Frage nach Handlungsspielräumen und Alternativen ist ein heuristisches Grundprinzip der Geschichtswissenschaft. Nur wenn wir diese Frage systematisch stellen, haben unsere Urteile eine Chance, über bloßes nachträgliches Rasonnieren hinauszugelangen. Der Versuch, historische Handlungsspielräume und Alternativen zu rekonstruieren, gewährleistet noch keine „objektiven“ Urteile, kann aber im Idealfall Wertungen ermöglichen, die „intersubjektiv“ nachvollziehbar sind.

Wenn es eine Leitfrage gab, die, ausgesprochen oder unausgesprochen, alle Diskussionen des Münchner Kolloquiums beherrschte, so lautete sie: Wann war Weimar noch zu retten? Weimar, als parlamentarische Demokratie verstanden, ist bekanntlich schon 1930 gescheitert. Die Formel, wonach dieser Vorgang als „Selbstpreisgabe einer Demokratie“ zu verstehen ist (so der Titel eines 1980 von Karl Dietrich Erdmann und Hagen Schulze herausgegebenen Sammelbandes), findet heute kaum noch Befürworter. So schwer sich die demokratischen Kräfte mit dem parlamentarischen System auch taten, diejenigen, die es bewußt darauf anlegten, den Reichstag zu entmachten und die Stellung des Reichspräsidenten zu stärken, waren in ihrer großen Mehrheit keine Anwälte einer wie immer gearteten Demokratie – und sie hätten es von sich gewiesen, als Demokraten apostrophiert zu werden. Auf der anderen Seite stieß auch die gewollt plakative Gegenformel vom „Komplotz der Machteliten“ in den Münchner Debatten auf Widerspruch. Es gab wohl, was die Aushebelung des Parlaments anging, ein erhebliches Maß an sachlicher Übereinstimmung zwischen Großindustrie und Großagrariern, zwischen Rechtsparteien, Reichswehrführung und „Kamarilla“ um

Hindenburg, aber kein koordiniertes Vorgehen, das sich als Verschwörung wider die Normalverfassung Weimars beschreiben ließe. Eher wird man von einem präsidentialen Minimalkonsens der nichttotalitären Rechten sprechen können, der links von der Mitte keine vergleichbar entschlossene proparlamentarische Gruppierung gegenüberstand.

Ob der Prozeß der Entparlamentarisierung, der im Frühjahr 1930 mit dem Bruch der Großen Koalition begann, Anfang 1933 mit einer gewissen Zwangsläufigkeit in die Machtübergabe an Hitler mündete: darüber wurde in München am leidenschaftlichsten gestritten. Die „Optimisten“ argumentierten, daß auch die präsidentiale „Reserveverfassung“, die Regierung mit den Notstandsvollmachten des Artikels 48, eine legitime Weimarer Option gewesen sei, ja daß es selbst aus einer vom Militär getragenen „kommissarischen Diktatur“ noch eine Rückkehr zu einem, dann freilich wohl modifizierten parlamentarischen System hätte geben können. Die „Pessimisten“ meinten dagegen, die Chancen, Weimar zu retten, seien schon bei Beginn der großen wirtschaftlichen Depression schwach gewesen und die Entparlamentarisierung habe mit innerer Notwendigkeit jene Radikalisierung der Massen vorangetrieben, die eine der Vorbedingungen der „Krisenlösung“ vom 30. Januar 1933 war.

Eine Krise des Parlamentarismus gab es in der Zwischenkriegszeit, worauf während der Münchner Tagung vor allem der Pionier der deutschen Weimarforschung, Karl Dietrich Bracher, hinwies, mitnichten nur in Deutschland; sie war vielmehr ein europäisches Phänomen. Daß diese Krise in Deutschland einen radikaleren Ausgang nahm als irgendwo sonst, hängt aufs engste mit einem widersprüchlichen Erbe des Deutschen Kaiserreiches zusammen: Aus der Zeit vor 1918 stammten nicht nur die verbreiteten Vorbehalte gegenüber der westlichen Demokratie, sondern auch der Massenanspruch auf politische Partizipation in Gestalt des allgemeinen Wahlrechts. Als die Präsidentschaftsregierungen dieses tradierte Recht zunehmend außer Kraft setzten, ließen sie den Parlamentarismus zur bloßen Fassade, ja zu einer Farce verkommen. Die Nationalsozialisten erhielten dadurch die einmalige Chance, sich als Anwälte der entrechteten Massen auszugeben und der denaturierten Demokratie ein Modell entgegenzustellen, das Politik wieder im Namen des Volkes zu machen versprach: den plebiszitär legitimierten Führerstaat.

Es half den Nationalsozialisten zusätzlich, daß sie sich als einzige Volksoption rechts von den Kommunisten und zugleich als die große Alternative zum „Marxismus“ sowohl in seiner bolschewistischen als auch in seiner sozialdemokratischen Variante darstellen konnten. Die Sozialdemokraten fielen als Opposition aus, seit sie sich im Oktober 1930 für die Tolerierung des Zentrumskanzlers Heinrich Brüning entschieden hatten. Sie taten dies einmal, um eine noch weiter rechtsstehende Reichsregierung, womöglich unter Einschluß der Nationalsozialisten, zu verhindern, zum anderen, um die Macht in Preußen zu behaupten, wo sie die stärkste Säule einer Koalition bildeten, an der auch das Zentrum beteiligt war. Der alte Streit, ob eine andere Politik für die Sozialdemokraten möglich gewesen wäre – etwa in Form einer Verständigung mit den Kommunisten –, wurde auch im Kolloquium des Historischen Kollegs fortgeführt. Die überwiegende Meinung ging dahin, daß die Tolerierungspolitik fatale Folgen hatte und doch ohne wirkliche Alternative war: Eine „linkere“ Sozialdemokratie

hätte den Zustrom zum Nationalsozialismus vermutlich nicht aufgehalten, sondern eher noch verstärkt.

Umstritten blieb in München auch die Frage, ob die rigorose Sparpolitik Brünings von den Verhältnissen erzwungen war oder ob es nicht doch von einem bestimmten Zeitpunkt ab möglich gewesen wäre, das Steuer in antizyklischer Richtung herumzureißen. Hätte Deutschland im Herbst 1931 dem britischen Beispiel folgen, seine Währung abwerten und dadurch die Konjunktur beleben können? Waren es wirklich wirtschaftliche und nicht vielmehr politische Gründe, die den Reichskanzler Brüning veranlaßten, an seinem Kurs bis zum bitteren Ende unbeirrt festzuhalten?

Vieles spricht in der Tat dafür, daß Brüning die innere Krise bewußt verschärfte, um seine außenpolitischen Ziele zu erreichen: die definitive Beendigung der Reparationszahlungen, die militärische Gleichberechtigung Deutschlands und schließlich die Erringung einer hegemonialen Position für das Reich auf dem europäischen Kontinent. Die Debatte wird weitergehen, und soviel steht schon jetzt fest: Die Argumente der politischen Historiker werden dabei nicht weniger schwer wiegen als die der Ökonomen und Wirtschaftshistoriker.

Nach Brünings Sturz und seiner Ablösung durch Franz von Papen ging das Präsidialsystem von seiner gemäßigten in die autoritäre Phase über. Der Reichstag fiel, seit am 31. Juli 1932 Nationalsozialisten und Kommunisten die Mehrheit der Sitze errungen hatten, als konstruktives Verfassungsorgan aus. Damit trat das ein, was der Staats- und Kirchenrechtler Johannes Heckel als „Verfassungslähmung“ bezeichnete. Wäre ein Aufschub von abermaligen Neuwahlen über die verfassungsmäßige Frist von sechzig Tagen hinaus ein Staatsstreich gewesen, oder hätte sich eine solche Maßnahme des Reichspräsidenten unter bestimmten Umständen als Versuch rechtfertigen lassen, den Kernbestand der Verfassung gegenüber verfassungsfeindlichen Mehrheiten zu verteidigen?

Schon die in München interdisziplinär, von Historikern und Juristen erörterte Frage macht deutlich, bis zu welchem Punkt sich die deutsche Staatskrise seit dem Sommer 1932 zugespitzt hatte. Ein simples Zurück zur parlamentarischen Demokratie von 1919 konnte es, nachdem die Mehrheit der Wähler sich gegen dieses System entschieden hatte, nicht mehr geben. Die Erklärung des Staatsnotstands wäre in jedem Fall mit großen Risiken behaftet gewesen, und doch war sie Ende Januar 1933 die letzte Alternative zur extremsten aller Krisenlösungen, der Machtübergabe an Hitler. Eine mehr oder minder verschleierte Militärdiktatur (dazu hätte sich bei Proklamation des Staatsnotstands die Regierung Schleicher entwickelt) konnte nur ein Transitorium sein. Was immer aus einem solchen Regime schließlich hervorgegangen wäre – „Weimar“ war zu dieser Zeit schon längst keine Option mehr. Eine „zweite Republik“ als Produkt der Staatskrise hätte sich von der ersten gewiß grundlegend unterschieden. Aber es erfordert schon ein gehöriges Maß an retrospektivem Optimismus, um eine „konstitutionelle Demokratie“ nach Art der späteren Bundesrepublik unter den Bedingungen der dreißiger Jahre für denkbar zu halten.

Die Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 war aus der Sicht ihrer Architekten ein geringeres Risiko als die Ausrufung des Staatsnotstands. Hinter dem Führer der Nationalsozialisten standen – trotz der Stimmenverluste, die seine Partei bei den

Reichstagswahlen vom 6. November 1932 hatte hinnehmen müssen – noch immer große Wählermassen. Da es „nationale“ Massen waren, gab es eine Brücke zwischen ihnen und den Kräften, die bisher ganz auf die autoritäre Karte gesetzt hatten. Die organisierte Großlandwirtschaft, ein Teil der Großindustrie und einige höhere Reichswehroffiziere stützten das Arrangement zwischen Hitler und dem früheren Reichskanzler von Papen, das sich seit Anfang Januar 1933 herauszubilden begann. Sosehr in den Münchner Debatten die Meinungen über die Rolle der Unternehmer auseinandergingen, in einem Punkt gab es keine Kontroverse: Über den größten politischen Einfluß verfügte, wer, um Carl Schmitt zu zitieren, „Zugang zum Machthaber“, also dem Reichspräsidenten, hatte. Das waren in erster Linie konservative Politiker und adlige Gutsnachbarn Hindenburgs. Daß der ostelbische Großgrundbesitz wirtschaftlich sehr viel schwächer war als die Großindustrie, minderte sein politisches Gewicht nicht im geringsten. Die Schlüsselrolle, die dem preußischen Rittergutsbesitz in der Endphase der ersten Republik zufiel, zeigte ein letztes Mal, wie wenig es Weimar gelungen war, aus dem Schatten des Bismarckreiches herauszutreten.

Die Diskussion über den historischen Ort des 30. Januar 1933, die das Münchner Kolloquium abschloß, erbrachte weitreichenden Konsens: Die Machtübergabe an Hitler ist nur auf dem Hintergrund *beider* Kontinuitätsstränge zu erklären, die Weimar mit dem Kaiserreich verbinden: des obrigkeitsstaatlichen und des „fortschrittlichen“, der sich als Teildemokratisierung der deutschen Gesellschaft beschreiben läßt. Die 1930 einsetzende Entdemokratisierung nützte vor allem jener Spielart des Extremismus, die es verstand, den Massenprotest klassenübergreifend zu artikulieren: den Nationalsozialisten. An die Herrschaft gelangt, beseitigten sie nicht nur, was von der Weimarer Demokratie 1933 noch übriggeblieben war, sondern auch den sehr viel älteren deutschen Rechts- und Verfassungsstaat. Den Abschluß des Zerstörungswerkes des Nationalsozialismus bildete der Untergang des ersten, von Bismarck geschaffenen deutschen Nationalstaates im Jahre 1945. Es fällt schwer, diesem Prozeß eine innere Logik abzusprechen: die Logik der Widersprüche, die das Deutsche Reich seit seiner Entstehung geprägt hatten.

Am Ende dieser Vorbemerkungen soll ein Wort des Dankes stehen. Ich danke den Referenten und Diskutanten sowie allen, die an der organisatorischen Vorbereitung und Durchführung des Kolloquiums beteiligt waren. Ich nenne namentlich Frau Dr. Elisabeth Müller-Luckner, die auch den vorliegenden Band redigiert hat. Zu danken habe ich sodann Herrn Jörg Judersleben für die Erstellung des Registers. Mein Dank gilt ferner Herrn Professor Horst Fuhrmann, dem Vorsitzenden des Kuratoriums der Stiftung Historisches Kolleg, und Herrn Georg Kalmer, dem Geschäftsführer des Kollegs. Danken möchte ich schließlich dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, der mir die Möglichkeit gegeben hat, mich ein Jahr lang ganz *einer* Aufgabe zu widmen: der Arbeit an einer Geschichte der ersten deutschen Republik. Ich hoffe, daß ich diesem Dank bald auch in anderer Form Ausdruck geben kann: durch die Veröffentlichung des Buches, das ich im Oktober 1990 zu schreiben begonnen habe.

Berlin, im November 1991

Heinrich August Winkler

## Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

- Dr. Johannes Bähr, Berlin  
Prof. Dr. Dr. h. c. Knut Borchardt, München  
Prof. Dr. Dr. h. c. Dietrich Bracher, Bonn  
Prof. Dr. Werner Bramke, Leipzig  
Prof. Dr. Dan Diner, Ramat Aviv/Israel  
Prof. Dr. Rolf Dumke, Neubiberg  
Dr. Rainer Eckert, Berlin  
Prof. Dr. Gerald D. Feldman, Berkeley, Cal./USA  
Prof. Dr. Dieter Grimm, Karlsruhe  
Prof. Dr. Ludolf Herbst, München  
Prof. Dr. Carl-Ludwig Holtfreier, Berlin  
Prof. Dr. Jürgen John, Jena  
Prof. Dr. Ian Kershaw, Sheffield/Großbritannien  
Dr. Jürgen Köhler, Berlin  
Prof. Dr. Eberhard Kolb, Köln  
Prof. Dr. Jürgen Freiherr von Kruedener, Neubiberg  
Prof. Dr. Peter Krüger, Marburg  
Dr. Franz Letzelter, Essen  
Prof. Dr. Hans Mommsen, Bochum  
Dr. Elisabeth Müller-Luckner, München (Historisches Kolleg)  
Dr. Anthony Nicholls, Oxford/Großbritannien  
Prof. Dr. Dr. Kurt Nowak, Leipzig  
Prof. Dr. Joachim Petzold, Berlin  
Dr. Wolfram Pyta, Köln  
Dr. Albrecht Ritschl, München  
Prof. Dr. Gerhard A. Ritter, München  
Prof. Dr. Klaus Schönhoven, Mannheim  
Prof. Dr. Gerhard Schulz, Tübingen  
Prof. Dr. Kurt Sontheimer, München  
Prof. Dr. Peter Steinbach, Passau  
Prof. Dr. Henry A. Turner, New Haven, Conn./USA  
Dr. Ernst-Peter Wieckenberg, München  
Prof. Dr. Heinrich August Winkler, Freiburg (Stipendiat des Historischen Kollegs  
1990/1991)  
Dr. Wolfgang Zollitsch, Freiburg

# I. Entscheidung für den Präsidialstaat: Komplott der Machteliten oder Selbstpreisgabe einer Demokratie?

*Hans Mommsen*

## Regierung ohne Parteien. Konservative Pläne zum Verfassungsumbau am Ende der Weimarer Republik

Die Zerstörung der Weimarer Republik in der Phase der Präsidialkabinette ist schwerlich auf das Handeln oder Versagen einzelner Individuen zurückzuführen. Die Strukturschwäche der auf der Pariser Friedenskonferenz ins Leben gerufenen parlamentarischen Systeme war mit Ausnahme der ČSR und Frankreichs schon an der Schwelle der 30er Jahre evident. Daß das parlamentarische System in Deutschland bis zur Bildung des Kabinetts Brüning Bestand hatte, ging wesentlich auf die außen- und finanzpolitische Abhängigkeit des Reiches zurück, die nicht zuletzt in der Reparationsfrage hervortrat. Im Innern war das parlamentarische Prinzip schon seit den Juniwahlen von 1920 im Rückzug<sup>1</sup>. Das Übergangsregime Heinrich Brünings, das äußerlich an der Verfassung festhielt, wurde von dem Augenblick an von den „nationalen“ Parteien gestürzt, als sich das Ende der Reparationen abzeichnete und die alliierten Regierungen unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise nicht mehr imstande waren, die Sanktionspolitik der 20er Jahre fortzuführen<sup>2</sup>. Damit entfielen die Hemmungen der politischen Rechten, selbst die Regierungsgewalt zu übernehmen und das parlamentarische System endgültig zu eliminieren<sup>3</sup>.

Ideologisch war die Wendung zum autoritären Regime im neokonservativen Schrifttum seit Oswald Spengler und Arthur Moeller van den Bruck, zugleich in der Programmatik des rechten Flügels der DNVP seit langem vorbereitet. Aber erst im Zusammenhang mit der Wendung der großen industriellen und agrarischen Interes-

<sup>1</sup> Vgl. *Arnold Brecht*, Die Auflösung der Weimarer Republik und die politische Wissenschaft, in: *Zeitschrift für Politik* 2 (1955) 291–308.

<sup>2</sup> Vgl. meine Darstellung: *Verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang* (Berlin 1989) 363 ff., 403.

<sup>3</sup> Vgl. *Heidrun Holzbach*, Das „System“ Hugenberg. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP (Stuttgart 1981) 251.

senverbände gegen das parlamentarische System, die mit der Bildung des Kabinetts der Großen Koalition nach den Maiwahlen von 1928 einsetzte, fand die ideologische Offensive der Rechten größere politische Resonanz. Sie vereinigte höchst unterschiedliche Spielarten des Antiliberalismus, die mit einem affektgeladenen Antimarxismus unauflösliche Verbindungen eingingen. Der gemeinsame Nenner der gegen die Republik gerichteten Attacken bestand in der Polemik gegen die angebliche „Herrschaft der Parteien“ und der Forderung, sie entweder ganz zu beseitigen oder doch als Instrumente der politischen Willensbildung entscheidend zurückzudrängen. Nicht unzutreffend konstatierte Ernst Niekisch, daß das Parteiwesen als „Sündenbock diene, dem alle Schuld an dem Elend nach 1918 aufgebürdet werde“, um so von der Verantwortlichkeit der kapitalistischen Interessen abzulenken<sup>4</sup>.

Die Überwindung der Parteien war seit der Gründung der Republik von neokonservativen Autoren und katholischen Ständetheoretikern unablässig gepredigt worden, ohne daß Klarheit bestand, was an ihre Stelle treten sollte. Der von Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck, Max Hildebert Boehm und nach ihnen von Edgar Jung und ebenso von den Autoren des „soldatischen Nationalismus“ propagierte Antiparlamentarismus erschöpfte sich im Grunde in einer haßerfüllten Bürgerkriegsrhetorik. Tragfähige politische Konzepte, die über die vage Vorstellung einer berufsständischen Ordnung hinausreichten, gab es nirgends, abgesehen davon, daß die von Othmar Spann propagierte Ständeideologie gerade keine ständische Autonomie, sondern einen starken autoritären Staat implizierte<sup>5</sup>. Das im bürgerlichen Lager weithin geteilte Ressentiment gegen politische Parteien verstärkte sich in dem Maße, in dem die einzelnen Wählergruppen ihre Interessen nicht mehr durch die von ihnen favorisierten Parteien verwirklicht sahen. Es gehörte eine beträchtliche politische Naivität dazu, auf die Mitwirkung von Parteien ganz verzichten zu wollen. Gleichwohl gab es eine kurze Phase, in der Ideengänge dieser Art in den Bereich des politisch Realisierbaren eintauchten. Die Vorstellung einer Regierung ohne Parteien fand in dem autoritären Kurs der nach dem Sturz Brüning's amtierenden Präsidialkabinette unter Franz von Papen und Kurt von Schleicher einen unmittelbaren Niederschlag.

Die vielfältigen Ursachen der Funktionsschwäche des parlamentarischen Systems von Weimar sind immer wieder herausgestellt worden. Es wäre verfehlt, sie ausschließlich oder überwiegend auf eine mangelnde Koalitionsbereitschaft der Mittelparteien und der SPD zurückzuführen, die die Bildung von Mehrheitskabinetten wiederholt unmöglich gemacht hatte<sup>6</sup>. Die chronische Parlamentskrise<sup>7</sup> von Weimar be-

<sup>4</sup> Der „autoritäre Staat“, in: *Das Dritte Reich*. Blätter f. Freiheit und Gemeinschaft 9 (Nov. 1932).

<sup>5</sup> Vgl. *Martin Schneller*, *Zwischen Romantik und Faschismus*. Der Beitrag Othmar Spanns zum Konservativismus der Weimarer Republik (Stuttgart 1970) 45 f.

<sup>6</sup> Vgl. *Karl Dietrich Bracher*, *Demokratie und Machtvakuum: Zum Problem des Parteienstaats in der Auflösung der Weimarer Republik*, in: *Karl Dietrich Erdmann, Hagen Schulze* (Hrsg.), *Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute* (Düsseldorf 1980) 119 f., 132; der nicht hinreichend explizierte Begriff der „Selbstpreisgabe“ scheint mir den Grad der Unterminierung des Weimarer parlamentarischen Systems durch rechtsgerichtete Verbände und Interessen unzureichend zu reflektieren.

<sup>7</sup> Dies war schon die Kritik Gustav Stresemanns bei seinem Sturz als Reichskanzler; vgl. *Gustav Stresemann*, *Vermächtnis*, Bd. 1 (Berlin 1932) 245 f.

ruhte größtenteils auf der Intransigenz der DNVP, des rechten Flügels der DVP, der BVP und der hinter ihnen stehenden Verbände, die sich dagegen sträubten, Regierungsverantwortung auf der Grundlage der republikanischen Verfassung zu übernehmen, in zweiter Linie auf der mangelnden Interessenintegration innerhalb der liberalen Mittelparteien<sup>8</sup>. Es ist daher zweifelhaft, ob eine Verselbständigung der Regierung und eine Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten, insbesondere die Aufhebung von Artikel 54 WRV, wonach Reichskanzler und Reichsminister des Vertrauens des Reichstags bedurften – Verfassungsänderungen, wie sie von einem großen Teil der öffentlichen Meinung und vielen bürgerlichen Parlamentariern gefordert wurden –, die ersehnte politische Stabilität gebracht hätten.

Der Ruf nach einer Reform der Verfassung ging im übrigen nicht nur von Gegnern der Republik aus. Im liberalen Lager waren es vor allem Walter Jellinek, Willy Hellpach und Erich Koch-Weser<sup>9</sup>, im sozialdemokratischen Hermann Heller, Ernst Fraenkel, Hans Simons und Carlo Mierendorff<sup>10</sup>, die eine Stärkung der Exekutive auf Kosten des Reichstags forderten. Desgleichen machte sich Carl Schmitt zum beredten Sprecher eines grundlegenden Verfassungsumbaus. In seiner Schrift über „Legalität und Legitimität“ verlangte er, den Teil 1 der Weimarer Reichsverfassung, damit die Vorschriften über die Verfassungsorgane, zugunsten des Teils 2, den er als Kern der ursprünglichen Verfassungsentscheidung interpretierte, zur Disposition zu stellen<sup>11</sup>. Vor dem Hintergrund der im bürgerlichen Lager allenthalben vorhandenen Bereitschaft, zentrale Elemente des parlamentarischen Systems preiszugeben, müssen die Illusionen des Kabinetts von Papen gesehen werden, „die Herstellung einer wahrhaft unparteiischen nationalen Staatsführung“ versprechen zu können, „die sich über alles Parteiwesen als unantastbarer Hort der Gerechtigkeit erhebt“<sup>12</sup>. Zeitgenössische Beobachter haben den illusionären Charakter dieses Konzepts hervorgehoben, das alles von der Autorität des vom Volk gewählten Reichspräsidenten abhängig machte, gleichzeitig aber die auf der gleichen Legitimitätsgrundlage beruhende Volksvertretung beiseiteschieben wollte<sup>13</sup>. Denn Hindenburg war, wie schon Brüning hatte erkennen müssen, durch eine solche Aufgabe schlechterdings überfordert, und man wußte auch gut genug, daß es unmöglich war, das Risiko einer neuerlichen Nachfolgedebatte einzugehen.

<sup>8</sup> Vgl. *Larry E. Jones*, *German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918–1933* (Chapel Hill 1988) 478 f.

<sup>9</sup> Vgl. *Walter Jellinek*, *Verfassungsreform im Rahmen des Möglichen*, in: *Reich und Länder 6* (1932) 268 ff.; zu Hellpach vgl. *Christian Jansen*, *Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln an einer liberalen Universität: Heidelberg 1914 bis 1935* (Diss.phil. Heidelberg 1989) 288 ff.; *Ernst Portner*, *Koch-Wesers Verfassungsentwurf*, in: *VfZ 14* (1966) 280–296.

<sup>10</sup> *S. Heinrich August Winkler*, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933* (Berlin 1987) 803 ff.

<sup>11</sup> Vgl. *Dieter Grimm*, *Verfassungserfüllung – Verfassungsbewahrung – Verfassungsauflösung*, in diesem Band 193 ff.

<sup>12</sup> Rundfunkrede von Papens vom 12. September 1932, in: *Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 73* (1932) 161.

<sup>13</sup> Vgl. *Gustav Stolper*, *Konservativismus?*, in: *Der deutsche Volkswirt 6* (1932) Nr. 51 (16.9.32) 1663–1665.

Das Scheitern der Harzburger Front hätte von Papen darüber belehren müssen, daß die Einbindung der NSDAP in die nationale Opposition nicht im Sinne Hitlers lag, der vielmehr alles daran setzte, eine Annäherung an das „Kabinett der Barone“ zu vermeiden, die vom größten Teil seiner Anhänger nicht verstanden worden wäre. Daß der Reichskanzler sich gleichwohl der Illusion verschrieb, durch die Aufhebung des SA-Verbots, die Beseitigung der bisher das Auftreten der NSDAP einschränkenden Verbote und Offerten einer Regierungsbeteiligung die Tolerierung des Präsidialkabinetts durch Hitler sicherstellen zu können, ging auf die Selbsttäuschung zurück, daß mit der Erfüllung der antiparlamentarischen und „antimarxistischen“ Forderungen der NSDAP deren Existenzgrund entfallen werde. Der Ausgang der Juliwahlen bewirkte jedoch das gerade Gegenteil davon und nährte in der nationalsozialistischen Bewegung die ebenso illusionäre Hoffnung, daß die Machtübernahme durch Hitler unmittelbar bevorstehe<sup>14</sup>. Der Eklat, mit dem der Empfang Hitlers bei Hindenburg am 13. August 1932 endete, löste eine schwere Krise in der NSDAP aus, war aber keineswegs vom Reichskanzler vorhergesehen worden.

Tatsächlich zwang das Scheitern der Verhandlungen mit Hitler das Reichskabinett in den offenen Verfassungsbruch. Während von Gayl entschlossen war, den schweren Prestigeverlust der NSDAP, der die inneren Spannungen in der Partei verschärfte, trotz des sich abzeichnenden Widerstands der Länder für den autoritären Verfassungsumbau zu nützen, zögerte von Papen die offene Verletzung der Legalität hinaus und gab sich der Hoffnung hin, daß der Anfang September zusammentretende Reichstag sich nach mehrtägiger Debatte vertagen und auf einen Bruch mit der Regierung verzichten würde, da die bürgerlichen Parteien einschließlich der NSDAP das Risiko einer Reichstagsauflösung und anschließender Neuwahlen schwerlich zu gehen bereit waren. Das gegen von Papen gerichtete spektakuläre Mißtrauensvotum vom 12. September beruhte in der Tat auf einer Verkettung unerwarteter Umstände, in erster Linie auf der Haltung der DNVP im Ältestenrat, die gegen das von der KPD geforderte Mißtrauensvotum vor Eintritt in die Tagesordnung keinen Protest erhob, in zweiter Linie auf der Intervention Hitlers, der die NSDAP-Fraktion dazu verpflichtete, in keinem Falle gegen die Kommunisten zu stimmen<sup>15</sup>. Auch jetzt widerstand von Papen dem Drängen seines Innenministers, vollendete Tatsachen zu schaffen und gegenüber der NSDAP durchzugreifen. Er gab sich vielmehr dem Wunschdenken hin, bis zu den zum letztmöglichen Zeitpunkt angesetzten Novemberwahlen ein verändertes innenpolitisches Klima schaffen und die NSDAP in eine vernichtende Wahlniederlage hintreiben zu können, der die Regierung alle Atouts aus der Hand nahm.

In der politisch interessierten Öffentlichkeit und bei der neokonservativen Publizistik schlug die verbreitete Mißstimmung über die parlamentarische Praxis in die Erwartung um, daß der angestrebte Verfassungsumbau unmittelbar bevorstehe. Die in den Kabinetten Brüning praktizierte Zurückdrängung des Reichstags, die durch die

<sup>14</sup> Vgl. *Elke Fröblich* (Hrsg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente*, T. 1, Bd. 2, Aufzeichnungen vom 1., 7. und 9.8.1932 (München u.a. 1987) 211, 217f.

<sup>15</sup> Vgl. *Thilo Vogelsang*, *Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932* (Stuttgart 1962) 277 ff.

wiederholte Reichstagsauflösung verschärft wurde, hatte den Eindruck erweckt, als seien die politischen Parteien im Begriff, von der Bühne abzutreten oder doch ihre zentrale Rolle innerhalb des politischen Willensbildungsprozesses zu verlieren. Vorstellungen dieser Art wurden durch die fortschreitende Auflösung der liberalen Mittelparteien und die Stimmenverluste der DNVP befördert. Insbesondere Hans Zehrer prognostizierte in der einflußreichen Monatsschrift „Die Tat“, daß die „moderne politische Partei“ als spezifische Organisationsform des Liberalismus überholt sei. In Anlehnung an Spenglers Parteienlehre verkündete er das bevorstehende „Ende der Parteien“. Mit Ausnahme des Zentrums, das die Chance habe, sich im ständischen Sinne umzubilden – dem entsprach das gleichzeitige Vorgehen der Katholischen Aktion und die Tendenz der Enzyklika *Quadragesimo Anno*<sup>16</sup> –, stünden die liberalen Mittelparteien sowie die DNVP vor der völligen Auflösung. Ebenso werde die SPD als „inzwischen rein liberalistische Partei“ von der politischen Bühne abtreten müssen, während die Gewerkschaften als ständisch geprägte Organisationen erhalten bleiben würden<sup>17</sup>. Der Staat, erklärte Zehrer, dürfe sich dem Zerfall der Parteien nicht in den Weg stellen, müsse vielmehr darum bestrebt sein, wichtige Tätigkeitsbereiche der Parteien, darunter den der Jugenderziehung, in seine Zuständigkeit zu ziehen und dadurch deren Wirkungskreis weiter einzuschränken. Folgerichtig unterstützte er die Bestrebungen, das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung auszubauen.

Zehrer beschäftigte sich unablässig mit der Frage, wie die NSDAP und die KPD in den von ihm prognostizierten Strukturwandel eingefügt werden könnten. Er war sich sicher, daß der nationalsozialistische Aufstieg Teil eines säkularen Umbruchprozesses sei, der zu einer neuen Synthese von Nationalismus und Sozialismus führen werde. Für ihn stand außer Frage, daß die NSDAP durch eine konsequente Hinwendung nach links das Wählerpotential der KPD an sich ziehen und die ersehnte Verschmelzung der beiden großen antikapitalistischen Bewegungen vollziehen werde. Der „Nationalsozialismus als Partei“ stelle „heute die größte repräsentative Plattform des antiliberalistischen Konservativismus“ dar; als „Bewegung“ erfasse er „alle die Kräfte, die von ‚rechts‘ kommen und sich im Aufbruch ins 20. Jahrhundert befinden“<sup>18</sup>. In anderem Zusammenhang bezeichnete er die beiden Parteien als „Endprodukte des Liberalismus, die die aus der liberalen Geisteswelt abflutenden Massen aufsaugen und sammeln, um mit ihnen das liberale System endgültig zu zerschlagen“<sup>19</sup>. KPD und NSDAP oblag daher die epochale Aufgabe, die Reste des Liberalismus wegzuräumen und den Weg für eine grundlegend neue Gestaltung frei zu machen.

Zehrer, dessen ungewöhnlich fragmentarische Kenntnis der kommunistischen Politik ein wenig überrascht, zweifelte keinen Augenblick daran, daß die KPD eine bloße

<sup>16</sup> S. *Joachim Köhler*, *Katholische Kirche und politischer Katholizismus in der Endphase der Weimarer Republik*, in: *Rottenburger Jahrbücher zur Kirchengeschichte* 2 (1983) 141–153; *Claus Haffert*, *Zwischen Konfession und Klasse. Katholische Arbeitervereine, Katholische Kirche und Zentrumspartei in der Weimarer Republik* (Diss.phil. Bochum 1991) 170 ff.

<sup>17</sup> *Hans Zehrer*, *Das Ende der Parteien*, in: *Die Tat* 24 Bd. I (1932) 68 ff., 77; im folgenden zitiert: *Zehrer*, *Das Ende der Parteien*.

<sup>18</sup> *Ders.*, *Rechts oder Links*, in: *Die Tat* 23 H. 2 (Oktober 1931) 457.

<sup>19</sup> S. *Conan Fischer*, *The German Communists and the Rise of Nazism* (London 1991) 190 f.

Übergangerscheinung sei. Daran war so viel richtig, daß die KPD zwar von der Wirtschaftskrise und dem Glaubwürdigkeitsverlust der SPD bei Teilen der Arbeiterschaft nachhaltig profitierte, aber sich nicht anders als die bürgerlichen Mittelparteien in einer inneren Auflösung befand<sup>20</sup>. Die extrem hohe Mitgliederfluktuation der KPD bewies, daß der Partei innere Konsistenz abging. Zehrer's Prognose hätte dann einige Wahrscheinlichkeit für sich gehabt, wenn die Bewegungsstruktur der NSDAP nicht durch systematische Eingriffe der Parteiführung aufgehoben worden wäre, die zur Ausschaltung der vor allem in der NSBO repräsentierten prosozialistischen Gruppierungen bestanden. Bei seiner Analyse verschrieb sich der Herausgeber der „Tat“ wie viele Repräsentanten der bürgerlichen Rechten, desgleichen die Führung der Reichswehr, der Vorstellung, daß der Nationalsozialismus die lang ersehnte breite „nationale Bewegung“, wenn auch in einer unausgereiften Form verkörperte. Die Unterscheidung zwischen der real existierenden Partei und dem wahren „nationalen“ Kern des Nationalsozialismus findet sich bei Zehrer in allen erdenklichen Varianten. Zunächst entwarf er die Vision, daß sich der Nationalsozialismus, dem bislang noch die „Schlacken der Parteibewegung“ anhafteten, zum Träger der epochalen Umgestaltung entwickeln könne. Folgerichtig warnte er die NSDAP davor, Koalitionsbündnisse einzugehen<sup>21</sup>. Das entsprach seiner seit 1929 unter dem Schlagwort „Achtung, junge Front! Draußen bleiben“ vertretenen Devise, daß die neuen Kräfte sich nicht durch ein Zusammengehen mit den „liberalistischen“ Parteien verbrauchen dürften, um für den in zwei bis drei Jahren anvisierten nationalen Aufbruch, der 1918 verpaßt worden sei, bereitzustehen<sup>22</sup>. Daß die NSDAP das gegebene politische System kompromiß- und rückhaltlos angriff, betrachtete Zehrer als Ausfluß des in ihr zum Ausdruck gelangenden revolutionären Impulses, den er für eine Übergangerscheinung hielt. Zehrer war insofern ein Opfer der nationalsozialistischen Propaganda, die, durchaus von neokonservativen Ideengängen beeinflusst, konsequent die Fiktion vertrat, die grundlegende Alternative zum bestehenden System zu sein<sup>23</sup>. Andererseits meinte Zehrer, daß sich auch die „äußerste Position“ von KPD und NSDAP als provisorisch herausstellen und diese, gerade weil ihnen ein klares Bild der zukünftigen Gestaltung abging, „immer wieder in das System verflochten“ würde<sup>24</sup>.

Analog zu den Erwartungen der konservativen Kamarilla glaubte Zehrer, daß die bisherigen Parteien in Anbetracht der staatspolitischen Notwendigkeiten zerfallen würden. Auch die NSDAP werde „an dieser Klippe zerschellen, soweit sie eine liberalistische Partei mit Millionen von Wählern geworden“ sei; von ihr werde nur der „bündische Kern“ erhalten bleiben, der den Rückhalt der von ihm prognostizierten „Neuen Front“ bilden werde. Solange sich die NSDAP nicht von den „abflutenden

<sup>20</sup> Zehrer, Das Ende der Parteien 74 f.; vgl. *ders.*, Die Dritte Front. Revolution des Stimmzettels, in: Die Tat 24 Bd. I (Mai 1932) 117: „Der Nationalsozialismus als Partei hat sich in einen leeren Raum hineingetrommelt.“

<sup>21</sup> Hans Zehrer, Die eigentliche Aufgabe, in: Die Tat 23 (Januar 1932) 789.

<sup>22</sup> Vgl. Die Tat 21 Bd. II (1929/30) 25 ff.

<sup>23</sup> Vgl. die Rede Hitlers in Eberswalde am 27. Juli 1932, in: Hans Mommsen, Adolf Hitler als „Führer“ der Nation (Deutsches Institut für Fernstudien, Tübingen 1984) 159 ff.

<sup>24</sup> Hans Zehrer, Wohin treiben wir, in: Die Tat 23 Bd. I (1931/32) 341.

Massen“, dem „Treibholz“ einer diffusen Anhängerschaft wieder trenne und zu einer größeren Gebundenheit und Stufung der Masse, damit zu einer elitären „Führer- und Kampfgemeinschaft“ gelangen werde, sei sie zum Scheitern verurteilt. Paradoxerweise erblickte Zehrer gerade in der SS und SA das bündisch-elitäre Moment, während er die politische Organisation der NSDAP bezichtigte, sich zur parlamentarischen Partei zurückzuentwickeln<sup>25</sup>. Als Partei, so kritisierte er, habe sich der Nationalsozialismus „in einen luftleeren Raum hineingetrommelt“<sup>26</sup>. In diesem Zusammenhang optierte er für den stärker sozialistischen Kurs des Straßer-Flügels, während er Hitler, den die „Tat“ noch im November 1929 unter die „Gipsgrößen der Politik“ eingeordnet hatte<sup>27</sup>, nicht zu Unrecht vorwarf, keine „klare geistige Plattform“ zu besitzen<sup>28</sup>.

Von der Vision, daß aus der nationalsozialistischen Bewegung selbsttätig die erhoffte „Dritte Front“ hervorgehen werde, mußte Zehrer jedoch Schritt für Schritt Abschied nehmen. Er konstatierte, daß sich auch in der NSDAP bürokratische Tendenzen durchsetzten, daß sie von dem „Zersetzungsprozeß“ des alten Systems ebenfalls ergriffen werde und teilweise wieder der „Liberalisierung“ verfielen<sup>29</sup>. Seine anfängliche Hoffnung, daß die in Gregor Straßers Schlagwort von der „antikapitalistischen Sehnsucht der Massen“ beschriebene Tendenz sich in einer umfassenden Mobilisierung in den Reichstagswahlen niederschläge, erfüllte sich nicht. Zutreffend konstatierte die „Tat“, daß die NSDAP keine Chance habe, in den Juliwahlen mehr als 40 Prozent der Mandate zu erringen, ebenso wie sie frühzeitig einen Stimmenrückgang für die Novemberwahlen vorhersagte<sup>30</sup>. Die Ursache dafür liege darin, daß die Partei das Wählerreservoir der bürgerlichen Parteien weitgehend ausgeschöpft habe. In der Tat beschritt Joseph Goebbels im Wahlkampf vom Spätherbst 1932 den selbstmörderischen Weg, durch die Gewinnung von Teilen der Industriearbeiterschaft die sich mit der Rückwanderung der Mittelschichtwähler zur DNVP abzeichnende Wahlniederlage abzuwenden, ohne damit Erfolg zu haben<sup>31</sup>.

Zehrer stand mit der Überlegung nicht allein, daß das Scheitern des parlamentarischen Weges, das er schon vor den Juliwahlen konstatierte, den erhofften inneren Umwandlungsprozeß der NSDAP vorantreiben werde. So argumentierten die „Deutschen Führerbriefe“, daß mit den Juliwahlen „das Ende der Revolution von unten und

<sup>25</sup> Ebd. 101 und 74.

<sup>26</sup> Die Tat 24 Bd. I (1931/32) 117.

<sup>27</sup> Vgl. Klaus Fritzsche, Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft. Das Beispiel des „Tat“-Kreises (Frankfurt 1976) 249f., im folgenden zitiert: Fritzsche, Politische Romantik.

<sup>28</sup> S. ebd. 117; in einem anonymen Artikel in den Deutschen Führerbriefen Nr. 42 vom 3. Juni 1932 hieß es, die stärkste Hoffnung, daß der in Gang befindliche Umwandlungsprozeß fortgesetzt werde, liege in der Person Hitlers, der im Unterschied zu dem Machthaber und den Rachegefühlen der Abgeordneten und Gauleiter „die Alltagsdingen überlegene visionäre Schau“ verkörpere. Die weltanschaulichen Ziele der Bewegung seien größer als die politisch-parlamentarischen der Partei.

<sup>29</sup> Die Tat 23 Bd. II (1931/32) 551 ff., 793.

<sup>30</sup> Die Tat 24 Bd. I (1932/33) 345; 24 Bd. II (1932/33) 713.

<sup>31</sup> Vgl. Thomas Childers, The Limits of National Socialist Mobilization: The Elections of 6 November 1932 and the Fragmentation of the Nazi Constituency, in: ders., The Formation of the Nazi Constituency. 1919–1933 (London 1986) 235 ff.

der Anfang der Revolution von oben gegeben“ sei<sup>32</sup>. Die NSDAP habe die Ermahnung, „sich darauf zu beschränken, bloße Bewegung zu sein“, nicht beherzigt und sei „nach der Wahl endgültig zu einer Parlamentspartei“ geworden<sup>33</sup>. Hitlers Weigerung, sich in die Front der „nationalen Kräfte“ unter Papen einzuordnen, und dessen Forderung, die Kanzlerschaft zu übernehmen, schienen den Rückfall in die vermaledeite „Koalitionschacherei“ zu beweisen. Daß die NSDAP ihre Stärke auf ihren zahlenmäßigen Erfolg, nicht auf sachliche Leistung zurückführe, wurde ihr von der Ringbewegung als „Sünde wider den Geist“ zum Vorwurf gemacht<sup>34</sup>. Die NSDAP war unter Papen nicht nur massiv verstärkt in den Reichstag zurückgekehrt, sondern es war für Eingeweihte kein Geheimnis, daß zumindest Straßer und eine Mehrheit der Abgeordneten ernstlich von der bisherigen Obstruktionspolitik abzurücken trachteten. Auch die Wahl Görings zum Reichstagspräsidenten mußte als Signal dafür gesehen werden, daß die Partei sich an der parlamentarischen Willensbildung konstruktiv zu beteiligen gedachte.

Auf der politischen Rechten wurde der NSDAP allenthalben ein Rückfall in parlamentarische Methoden vorgeworfen, und in den Novemberwahlen sollte sich dies als höchst wirksames Wahlkampfangument erweisen. Diese Einsicht schlug sich jedoch keineswegs in der Bereitschaft nieder, die NSDAP definitiv abzuschreiben. Auch in der NSDAP selbst mehrten sich die Stimmen, die die parlamentarische Karte für ausgereizt hielten und den Kampf um die Macht auf außerparlamentarischem Wege vorantreiben wollten. Zehrer griff Überlegungen dieser Art auf und betonte, die NSDAP habe „ihren Wendepunkt erreicht“, die „Revolution des Stimmzettels“ sei nunmehr beendet<sup>35</sup>. Er forderte die NSDAP dazu auf, sich in einen Bund oder Orden zu verwandeln und sich in die werdende „Dritte Front“, damit in die von Schleicher ins Auge gefaßte Querachse, einzureihen. Zehrer konstatierte einen Rückgang der von ihm zuvor mit Emphase geschilderten Massenmobilisierung – tatsächlich trat seit dem Spätsommer eine innenpolitische Beruhigung ein, flauten die gewaltsamen Zusammenstöße auf den Straßen sichtlich ab und machten sich in der NSDAP deutliche Ermüdungserscheinungen bemerkbar. Dies veranlaßte ihn zu der Schlussfolgerung, daß die Initiative mittlerweile an „die neutrale Staatsgewalt“ übergegangen sei. Einiges davon war Wunschdenken, aber es traf zu, daß sich die Frontalattacke der NSDAP auf das System von Weimar einstweilen totgelaufen hatte.

Zehrer's Grundposition war von der Überzeugung geprägt, daß an die Stelle der Parteien neue bündische Organisationsformen treten würden. „Der Bund gehört der Zukunft, die Partei gehört der Vergangenheit an“, formulierte er im Einklang mit Oswald

<sup>32</sup> Nr. 62 vom 12. August 1932.

<sup>33</sup> Am 3. Juni (Nr. 42) war von der „banger Sorge“ die Rede, daß eine alleinige Machtübernahme durch die NSDAP nichts Entscheidendes ändern würde und daß die Gefahr bestehe, „dem Massenrausch“ zu erliegen und „eine Renaissance von Weimar“ herbeizuführen, wenn „die Umformung der Parlamentspartei zu einem Orden“, aufbauend auf der SA und unter Zurückdrängung der zivilen Partei, nicht gelänge.

<sup>34</sup> Zitiert nach *Yuji Ishida*, Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928–1933 (Frankfurt 1988) 248; im folgenden zitiert: *Ishida*, Jungkonservative.

<sup>35</sup> Die Tat 24 Bd. I (1931/32) 433.

Spenglers Demokratie-Kritik<sup>36</sup>. Seine starke Bindung an Schleicher und seine eindeutige Parteinarbeit für Gregor Straßer, dessen innerparteiliche Möglichkeiten er – infolge der falschen Prognose, daß die Organisationen in der Politik endgültig zurückträten – bei weitem überschätzte, veranlaßten ihn nun, sich zum uneingeschränkten Verteidiger des Präsidialsystems zu machen und eine konsequente Revolution „von oben“ zu propagieren. Er forderte Schleicher auf, den Parteienpluralismus aktiv zu bekämpfen und plädierte für die Schaffung einer „eigenen Volksfront des Staates“<sup>37</sup>. Im Zusammenhang damit skizzierte er die Grundlinien der künftigen Reichsverfassung, in denen die späteren Reformentwürfe des nationalkonservativen Widerstands weitgehend vorweggenommen waren<sup>38</sup>. Sein Neuordnungskonzept zielte ausdrücklich auf die „Entliberalisierung“ der bisherigen Verfassungsstruktur und die Eliminierung der „heutigen zentralistischen Parteien“.

Das ungewöhnlich hohe analytische Niveau Zehrerers kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die von ihm vertretenen Positionen die verschiedenen Entwicklungsstadien des Präsidialsystems widerspiegeln. Auch Zehrer suggerierte die verbreitete Fehleinschätzung, daß sich der Nationalsozialismus der Massenbewegung nur als Mittel bediene, um die Arbeiterschaft dem Einfluß der „marxistischen Parteien“ zu entziehen. Er glaubte, daß sich hinter dem Parteiengetriebe die Bildung einer neuen staatstragenden Elite abzeichnete, und vorübergehend bestand seine Sorge in erster Linie darin, daß diese sich zu früh verbrauchen und von den „altbürgerlichen Trümmern“ erstickt werden würde<sup>39</sup>. Die Illusion, die NSDAP dazu bewegen zu können, „den bündischen Weg der Auslese, Geschlossenheit und der charakterlichen und sachlichen Schulung“ zu gehen, sich um programmatische Substanz und qualifizierte Kader zu bemühen und die plebejische Massengefolschaft abzustreifen, trug zur öffentlichen Bagatellisierung der terroristischen Elemente der NS-Bewegung maßgeblich bei. Zugleich hatte Zehrer eine erhebliche Mitverantwortung daran, daß sich bei der konservativen Kamarilla das Wunschdenken festsetzte, die bisherigen Interessenorganisationen und Parteien würden in Anbetracht der unausweichlichen Staatsnotwendigkeiten einfach zerfallen. Auch von der NSDAP, so prophezeite er, werde nur der Kern übrig bleiben, der miteinander „kameradschaftlich verbunden“ sei, damit jene im Umkreis von Gregor Straßer tätige Gruppierung, die an neokonservative Ideen anknüpfte und teilweise mit der Redaktion der „Tat“ in Verbindung stand<sup>40</sup>.

Mit der Beschwörung einer umfassenden Krise, die zur „totalen Revolution“ und zu

<sup>36</sup> Ebd., 24 I (1932) 68 ff.; vgl. *Detlef Felken*, Oswald Spengler. Konservativer Denker zwischen Kaiserreich und Diktatur (München 1988) 131 ff., im folgenden zitiert: *Felken*, Oswald Spengler.

<sup>37</sup> An der Wende der Innenpolitik, in: *Die Tat* 24 Bd. II (1932/33) 822 ff.

<sup>38</sup> *Hans Zehrer*, An der Wende, in: *Die Tat* 24 Bd. II (1932) 447–451.

<sup>39</sup> Er sprach vom „Wachstum einer unabhängigen Schicht“, die in ihrem Kreise handele, nach außen aber abwarte (*Die Tat* 23 Bd. II (1932) 952 ff.). Der Kreisauer Kreis entwickelte ein in mancher Hinsicht verblüffend ähnliches Konzept. Vgl. *Hans Mommsen*, Der lange Schatten der untergehenden Republik. Zur Kontinuität politischer Denkhaltungen von der späten Weimarer zur frühen Bundesrepublik, in: *Karl Dietrich Bracher, Michael Funke, Hans-Adolf Jacobsen* (Hrsg.), *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft* (Düsseldorf 1987) 557 f.

<sup>40</sup> S. oben Anm. 27 sowie *Udo Kissenkoetter*, *Gregor Straßer und die NSDAP* (Stuttgart 1978) 128 ff.

einem grundlegenden Neuanfang führen werde, unterschied sich der Tat-Kreis von den Ideengängen der Ring-Bewegung, die sich ebenso sehr auf Spengler zu berufen pflegte, vor allem durch die Betonung des sozialen Faktors und der antikapitalistischen Rhetorik, die sich in den ausgeprägten Sympathien für die Gewerkschaften und dem expliziten Bekenntnis zum „nationalen Sozialismus“ ausdrückte<sup>41</sup>. Die soziale Exklusivität der Mitglieder der Ring-Bewegung, insbesondere des Herrenclubs<sup>42</sup>, schloß eine engere Anlehnung an den als kollektivistische Bewegung beschriebenen Nationalsozialismus aus. In der Gesamteinschätzung gab es jedoch bemerkenswerte Parallelen zu Zehrsers Analyse. Noch stärker als dieser verschrieb sich die Ring-Bewegung der Ablehnung politischer Parteien und wurde so zur konsequentesten Verteidigerin des Papen-Regimes. Der NSDAP machte sie zum Vorwurf, letzten Endes eine mit dem Parlamentarismus verbundene Partei zu sein, die, sofern sie nicht mit Hugenberg „fusioniere“ oder sich an die KPD anlehne, notwendigerweise deren „Abmarsch ins System“ vollziehen werde. Gleichwohl gab Heinrich von Gleichen in einem „Offenen Brief“ an Hitler vom 6. November 1931 der Hoffnung Ausdruck, daß es innerhalb der NSDAP zur Herausbildung einer Gruppe von „unabhängigen Persönlichkeiten“ kommen könne, die eine Garantie gegen das Absinken ins Chaos darstellten<sup>43</sup>. Ähnlich forderte Edgar Julius Jung, daß zu „dem Machtwillen der Führer“ und „der Sehnsucht der Massen“ die „Gestaltungskraft der Einzelnen“, treten müsse, „die ein Bild des kommenden Jahrhunderts im Herzen tragen“<sup>44</sup>. Das war natürlich vergebliche Liebesmühe.

Die pointiert gegen die Funktion der politischen Parteien gerichtete Grundhaltung des Ring-Kreises bewirkte eine wachsende Distanzierung von Alfred Hugenberg und eine frühzeitige Hinwendung zum Gedanken des Präsidialregimes, was sich auch im nachdrücklichen Eintreten des Ring-Kreises für die Wiederwahl Hindenburgs bekundete<sup>45</sup>. Mit der Bildung des Kabinetts von Papen stieg er zum rückhaltlosen Verteidiger des Präsidialsystems auf. Mit der Polemik gegen „Parteiherrschaft“ und „die Selbsterstörung der Nation durch einen absterbenden Parteienstaat“ machte sich die Ring-Bewegung zum Vorkämpfer des reinen, auch nicht indirekt auf Parteien abgestützten Präsidialstaats<sup>46</sup>. Die enge personelle Beziehung der Kabinettsmitglieder zum Deutschen Herrenclub bewirkte deren weitgehende Anlehnung an die Ideengänge der Ring-Bewegung. Walter Schottes Programm des „Neuen Staates“ verleugnete diesen Zusammenhang nicht. Es spiegelte den Sachverhalt, daß der vom Kabinett angestrebte Lösungsversuch, sofern man die im Spätsommer gefaßten, dann durch Papens dilatorische Taktik aufgeschobenen Staatsstreichsüberlegungen von Gayls als solchen bezeichnen will, in mancher Hinsicht auf die Ideen der Ring-Bewegung zurückging<sup>47</sup>.

Schottes Programm des „Neuen Staates“ stellte zwar die unbedingte Überparteilich-

<sup>41</sup> Vgl. *Fritzsche*, Politische Romantik 173 ff.

<sup>42</sup> S. *Isbida*, Jungkonservative 76 f., 240 f.

<sup>43</sup> Zit. nach ebd. 247.

<sup>44</sup> *Edgar Julius Jung*, Aufstand der Rechten, in: Deutsche Rundschau 58 (November 1931) 88.

<sup>45</sup> *Isbida*, Jungkonservative 178 ff.

<sup>46</sup> Ebd. 202 f.

<sup>47</sup> Schulthess' Europ. Geschichtskalender NF 48 (1932) 189 ff.

keit der Regierung heraus, wollte aber auf Parteien nicht völlig verzichten, zumal die mangelnde Einheit des deutschen Volkes mit dem Fortbestand unterschiedlicher weltanschaulicher Positionen verknüpft sei. Hingegen attackierte Schotte das Vordringen von Interessenparteien, das zu der vom Kabinett beklagten „Materialisierung“ des politischen Lebens geführt habe. Das Absinken der Parteien auf die Vertretung bloß partikularer Interessen führte er auf die schädlichen Auswirkungen des Verhältniswahlrechts zurück, das es notwendig mache, die Massen durch materielle Versprechungen zu gewinnen. Das war die überwiegende Auffassung im Reichskabinet. Die Remedien, die die Ideologen des „Neuen Staates“ anzubieten hatten, bestanden im wesentlichen in der Heraufsetzung des Wahlalters, in einem Mehrstimmenwahlrecht, im Einerwahlkreis und indirekten Wahlen oberhalb der lokalen Ebene. Davon erhofften sie sich eine „Repolitisierung“ der Parteien, die dadurch zur Vertretung der großen weltanschaulichen Positionen und zum politischen Kampf zurückfinden sollten, statt sich im parlamentarischen „Interessenschacher“ zu erschöpfen. In Unkenntnis der konkreten Auswirkungen des angestrebten Pluralwahlrechts versprach man sich davon, daß an die Stelle der von einer zentralistischen Parteibürokratie benannten Mandatsträger angesehene „politische Persönlichkeiten“ in die Vertretungskörperschaften entsandt würden<sup>48</sup>. Der diesen Erwägungen zugrundeliegende Politik-Begriff klammerte die Verfolgung materieller oder gesellschaftlicher Interessen als unpolitisch aus und bezog Politik ausschließlich auf die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben. Allerdings war man geteilter Meinung, ob die unmittelbare Anwendung dieser Remedien – mit Ausnahme der angestrebten Heraufsetzung des Wahlalters – nicht die NSDAP begünstigen und die erhoffte staatliche Konsolidierung behindern werde.

Zugleich war Schotte realistisch genug, um vorübergehend vom Fortbestand des bisherigen Parteiensystems aus KPD, SPD, Zentrum und einer bürgerlichen Rechtspartei auszugehen, wobei er ein Aufgehen der NSDAP in der „nationalen“ Rechten erwartete. In gewissem Widerspruch dazu behauptete er ganz ähnlich wie Hans Zehrer, daß sich auf mittlere Sicht das bisherige Parteienfeld auflösen, die Parteien sich oligarchisieren und zu reinen Ideenlieferanten zurückbilden würden. In der künftigen Verfassung, betonte Schotte, würden zentralistische Parteiorganisationen und Massenmitgliedschaften überflüssig sein<sup>49</sup>. An deren Stelle sollten elitäre Zusammenschlüsse wie die Herrengesellschaften treten, deren Gewicht nicht auf dem Prinzip der Zahl, sondern auf dem des Sachverstands beruhte. Ideen dieser Art wurden auch im jungkonservativen Lager vertreten. Man wandte sich gegen das liberale Prinzip der Öffentlichkeit und wollte an die Stelle des freien Beitrittsrechts zu politischen Vereinigungen ein Kooptationsverfahren oder berufsständische Zugehörigkeit setzen. Artur Mahraun hatte schon im „Jungdeutschen Manifest“ betont, daß „die bündische Organisation des Frontgeschlechts unserer Zeit die alten Vereinsbildungen des 19. Jahrhunderts“ überrenne<sup>50</sup>.

<sup>48</sup> Vgl. *Ulrike Hörster-Phillips*, *Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Die Regierung Franz von Papen* (Köln 1982) 328 ff.

<sup>49</sup> Vgl. *Walther Schotte*, *Der neue Staat* (Berlin 1932) 33, 146 f.; im folgenden zitiert: *Schotte*, *Neuer Staat*.

<sup>50</sup> *Artur Mahraun*, *Das jungdeutsche Manifest* (Berlin 1927) 87.

Schotte war davon überzeugt, daß die NSDAP, anders als die großen Weimarer Parteien, keinen Bestand haben werde. Er begründete das mit der Überlegung, daß sich Nationalismus – und darin erblickte er das eigentliche Mobilisierungsinstrument der NSDAP – nicht als parteibildendes Prinzip eigne und auf die Dauer die Arbeiterwähler nicht von den Arbeiterparteien abhalten könne<sup>51</sup>. Die ausgeprägte Ambivalenz, mit der die Ideologen des „Neuen Staates“ der NSDAP gegenüberstanden, ging aus der Bemerkung hervor, daß der Nationalsozialismus „nur durch den unnatürlichen Zwang unseres Wahlrechts im Rahmen einer parteipolitisch-parlamentarischen Demokratie zur Partei entarten“ konnte<sup>52</sup>. Diese Bemerkung ließ die vom Kabinett von Papen gegenüber der NSDAP eingeschlagene Strategie erkennen, die darin bestand, den „gesunden“ Kern der Bewegung aus den Fesseln der Parteiorganisation herauszulösen und der nationalen Regierung dienstbar zu machen. Nur durch eine entschlossene überparteiliche Staatsgewalt konnte die Degeneration des politischen Systems, die in der Deformierung der „Volksbewegung“ des Nationalsozialismus<sup>53</sup> zum Ausdruck kam, rückgängig gemacht werden.

In einer unmittelbar vor den Novemberwahlen von 1932 veröffentlichten Broschüre, die den Titel „Am Ende der Parteienherrschaft“ trug, wandte sich Kuno Graf Westarp, der Führer der Volkskonservativen, gegen eine derartige pauschale Verurteilung der Tätigkeit politischer Parteien, die mit einer realistischen Analyse wenig zu tun hatte. Westarp konstatierte, daß die Parteien „den Boden im Volke verloren“ hätten, und sprach davon, daß die Zurückdrängung des Parteiregiments die „Forderung der Stunde“ sei und der in der Weimarer Republik eingetretene „Parteiabsolutismus“ beendet sei. Als altgedienter Parlamentarier, der schon dem Vorkriegsreichstag angehört hatte, warnte er jedoch vor der Illusion, „Parteipolitik und Parteieinfluß“ gänzlich beseitigen zu wollen. Er sei sich bewußt, mit seiner Auffassung „gegen den Strom zu schwimmen“, daß auf Parteien zur Vertretung materieller und ideeller Interessen auch in einer politischen Verfassung nicht verzichtet werden könne, die stärker berufsständischen Gesichtspunkten Rechnung trüge.

Mit der Betonung der materiellen Interessenvertretung durch Parteien stellte sich Westarp in geraden Gegensatz zum Programm des „Neuen Staates“, das Parteien ausschließlich auf die Vertretung weltanschaulicher Belange beschränken wollte<sup>54</sup>. Demgegenüber schwebte ihm ein konstitutionelles System nach dem Vorbild der Bismarckschen Reichsverfassung vor. Den übermächtigen Einfluß der Parteien wollte er in Übereinstimmung mit beträchtlichen Teilen der öffentlichen Meinung durch die Aufhebung von Artikel 54 WRV und flankierende Verfassungsänderungen beseitigen. Er warnte jedoch davor, auf Parteien ganz verzichten zu wollen, wenngleich diese sich

<sup>51</sup> Schotte, *Neuer Staat* 27: „Der Nationalismus entzieht sich auf die Dauer der Parteibindung; auch ist unwahrscheinlich, daß es auf die Dauer gelingen wird, größere Massen aus dem Lager der Arbeiterparteien durch die nationalistische Parole fernzuhalten.“

<sup>52</sup> Ebd.

<sup>53</sup> Vgl. ebd., 164.

<sup>54</sup> Graf (Kuno) Westarp, *Am Grabe der Parteiherrschaft. Bilanz des deutschen Parlamentarismus von 1918–1932* (Berlin (o.J., 1932)) 127 ff.

ihrer Rolle als „Diener des Staates“ wieder bewußt werden müßten<sup>55</sup>. Mit diesem Gesinnungsappell begab sich Westarp in gewissen Widerspruch zu der sonst weitgehend realistischen Analyse der Weimarer parlamentarischen Verhältnisse.

Den unbestreitbaren Erfolg, den die NSDAP seit den Septemberwahlen von 1930 nicht zuletzt bei der jüngeren Generation errang, führte Westarp auf deren konsequente Ablehnung des Parteiwesens und des parlamentarischen Systems zurück. Er machte indessen der NSDAP jedoch ebenfalls zum Vorwurf, sich aus einer „Bewegung“ zur Partei zurückentwickelt zu haben. Die NSDAP-Zentrums-Verhandlungen in Preußen, die nach den Juliwahlen die Existenz des Kabinetts von Papen bedrohten, bezeichnete er als „Gipfel des Parlamentarismus“, und er verstieg sich zu der fragwürdigen Schlußfolgerung, daß die NSDAP „vom Kopf bis zum Fuß auf Parlamentarismus eingestellt“ sei<sup>56</sup>. Mit dieser Auffassung stand Westarp jedoch keineswegs allein. Hitlers wiederholte Weigerung, sich in den Dienst des „nationalen“ Kabinetts zu stellen, die Drohung mit der Zentrums-Koalition und die massiven Angriffe auf das Kabinett von Papen wegen dessen Verfassungsbruch in Preußen wurden von der bürgerlichen Rechten allgemein als Rückfall in das Parteiengetriebe aufgefaßt, das man gerade überwunden zu haben glaubte.

In der bürgerlichen Fehlreaktion spiegelte sich der Erfolg der nationalsozialistischen Propaganda, jede Gleichsetzung mit den Weimarer Parteien zurückzuweisen und an der Fiktion festzuhalten, nicht Partei, damit dem Weimarer Verständnis nach eine auf ein bestimmtes Segment der Wählerschaft beschränkte Interessenvertretung, sondern parteiübergreifende „nationale“ Bewegung zu sein, die virtuell die Gesamtheit des Volkes umfaßte. Die nationalsozialistische Wahlerfolge bis zum Sommer 1932 beruhten nicht zuletzt auf der strikten Einhaltung des Grundsatzes, sich als Aliud gegenüber den Parteien der vorausliegenden dreizehn Jahre zu stilisieren und zu versprechen, die Herrschaft der Parteien „restlos“ zu beseitigen<sup>57</sup>. Auch nach den Reichspräsidentenwahlen vom April 1932 waren die Reichswehrführung und ähnlich die DNVP naiv genug, der Alles-oder-Nichts-Taktik Hitlers als bewußtes Abrücken vom bisherigen System zu applaudieren, und das galt nicht minder für Jungkonservative wie Edgar Jung und Heinrich von Gleichen. Erst der Bruch mit Hindenburg am 13. August 1932 und das offene Eintreten gegen von Papen in den Novemberwahlen löste bei den Parteien der „Harzburger Front“ Ernüchterung aus. Aber auch danach blieb die illusionäre Hoffnung bestehen, daß es trotzdem gelingen könnte, „die große und verdienstvolle Bewegung des Nationalsozialismus in die verantwortungsvolle Mitarbeit im Reiche einzugliedern“<sup>58</sup> und von ihrer im Parteidenken verharrenden Führung zu trennen.

Die Vorstellung eines sich abzeichnenden Exodus der „Parteiherrschaft“ stellte einen Reflex auf die offenkundige Auflösung der bürgerlichen Mittelparteien und die

<sup>55</sup> Ebd. 129 f.

<sup>56</sup> Ebd. 104 f.

<sup>57</sup> Vgl. oben Anm. 23.

<sup>58</sup> So von Papen in seiner Rede vor dem Bayerischen Industriellenverband in München am 12. Oktober 1932 (Akten der Reichskanzlei: Das Kabinett von Papen, bearb. von *Heinz Minuth*, Bd. 2 (Boppard 1989) 762).

kontinuierliche Schwächung der DNVP dar. Darin lag aber auch ein Element der Selbsttäuschung. So hatte die DNVP auf Betreiben Alfred Hugenbergs und auf Drängen des neokonservativen Flügels größte Anstrengungen unternommen, um sich in Analogie zur NSDAP als Bewegung darzustellen und ihre faktische Rolle als „parlamentarische Partei“ zu leugnen. Folgerichtig berichtete das DNVP-Organ „Unsere Partei“ vom Stettiner Reichsparteitag im September 1931, dieser habe mehr „einem kämpferischen Aufmarsch als einem beratenden Kongreß“ geglichen, und mit ihm habe die DNVP „ihr Gesicht als Parteiorganisation definitiv im Sinne des Bewegungskarakters einer modernen aktivistischen Gemeinschaftsbewegung“ verändert<sup>59</sup>. Dieser von Eduard Stadler verfaßte Bericht spiegelt das anhaltende programmatische Dilemma der DNVP, selbst Partei zu sein und doch das Ende der vielbeklagten „Herrschaft der Parteien“ zu verlangen. Sie verfiel sich damit gleichsam in der Semantik des Kampfes gegen den Weimarer „Parteienstaat“. Was anfänglich noch Anpassung an die Propaganda der NSDAP war, wurde zunehmend zum Selbstzweck. In einem Wahlaufuf vom September 1932 verkündete Hugenberg, der bevorstehende Wahlkampf würde von der DNVP „nicht als Partei, sondern als politische Armee des neuen Staates“ geführt, der „die heimliche Sehnsucht von Millionen“ sei, „die heute noch in der Knechtschaft der Parteien gebunden sind“<sup>60</sup>.

Friedrich Hiller von Gaertringen hat zu Recht darauf hingewiesen, daß hinter dem Bekenntnis der DNVP zum „Neuen Staat“ und der Forderung nach einem „Umbau“ der Verfassung keinerlei konkrete verfassungspolitische Vorstellungen standen<sup>61</sup>. Folgerichtig lief der von Hugenberg angekündigte Endkampf gegen das „System des Stimmzettels“ auf ein Harakiri hinaus. Spätestens nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 mußte sich Hugenberg die Überflüssigkeit der DNVP als Parteiverband eingestehen. Dies fand in der den nationalsozialistischen Druck unterlaufenden Umbenennung der Partei zur „Deutschnationalen Front“ im Mai einen Niederschlag. In einer parteiamtlichen Verlautbarung wurde dieser Schritt damit begründet, daß die Partei „mit dem Verschwinden des parlamentarischen Systems den Kampfboden für ihre Weltanschauung in das Volk“ verlagere<sup>62</sup>. Drei Wochen später mußte sie ihre Selbstauflösung mit der „Überwindung des Parteienstaats“ begründen<sup>63</sup>.

Wäre es nur diese Selbsttäuschung der bürgerlichen Rechten gewesen, eine Regierung ohne Parteien begründen zu können, verdiente dieses Syndrom keine besondere Aufmerksamkeit. Die von neokonservativen Intellektuellen vorbereitete, von der Ring-Bewegung und der konservativen Rechten aufgegriffene und vom Tat-Kreis popularisierte Vorstellung eines epochalen Wandels, der den pluralistischen Parlamentarismus von Weimar durch eine neue Einheit von Volk und Staat ersetzen würde, trug indessen zu der verhängnisvollen Fehleinschätzung der NSDAP als einer vorläufig

<sup>59</sup> Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei, in: *Erich Matthias, Rudolf Morsey* (Hrsg.), *Das Ende der Parteien* (Düsseldorf 1960) 625.

<sup>60</sup> Ebd. 562.

<sup>61</sup> Vgl. ebd. 564 sowie „Das Freiheitsprogramm der Deutschnationalen Volkspartei“ (Berlin 1932).

<sup>62</sup> Ebd. 650.

<sup>63</sup> Ebd. 652.

noch die Formen der Partei annehmenden nationalen Bewegung bei, die aus sich heraus eine neue staatstragende Schicht herausbilden werde. Der Haß auf die Republik verhinderte eine nüchterne Einschätzung des nationalsozialistischen Rivalen. Um so größer war die Enttäuschung über die nach der Bildung des Kabinetts der nationalen Konzentration, wie es Edgar Julius Jung formulierte<sup>64</sup>, offenkundig werdende „Verfälschung der großen Erneuerungsbewegung in parteiegoistischen Bahnen“.

Es ist nachgerade schwer begreiflich, warum ein sonst so scharfsinniger Beobachter wie Hans Zehrer nach den Juliwahlen 1932 die Parole ausgab, daß die NSDAP ihre revolutionäre Phase abgeschlossen habe und um die „reibunglose Eingliederung der Partei in den Staat und die Heranziehung ihrer besten und qualifiziertesten Kräfte zur Mitarbeit“ nicht mehr herumkomme. Sie könne sich, so drückte sich Zehrer ein wenig hilflos aus, „angesichts der neutralen Staatsgewalt, die einen großen Teil ihrer Forderungen von sich aus durchführt und ihr damit immer mehr die Parolen nimmt, nicht einfach mit dem Hinweis darauf ausschalten, daß die nationalsozialistischen Forderungen nur allein von Mitgliedern der Partei oder unter völliger Übernahme der Macht durch Hitler durchzuführen“ seien<sup>65</sup>. Das gelte um so mehr, als sie mit parlamentarischen Mitteln nicht mehr weiterkommen könnte. Der von ihm unterbreitete Vorschlag eines Verfassungsumbaus, der das Programm des „Neuen Staates“ weitgehend vorwegnahm und den im Rahmen der Reichsreformdiskussion vorgelegten Verfassungsentwürfen folgte, abstrahierte somit von der Existenz der NS-Bewegung.

Die in der öffentlichen Debatte strittigen Details des angestrebten Umbaus, insbesondere die Existenz und Ausgestaltung der Zweiten Kammer, waren jedoch gegenüber der Frage, wie der Verfassungsübergang zu bewerkstelligen sei, von untergeordneter Bedeutung. Denn an verfassungsändernde Mehrheiten im Reichstag war schlechterdings nicht zu denken, und daß der Reichspräsident vor einem Verfassungsoktroi zurückscheute, den Beteiligten nur zu geläufig. Zehrer dachte an die Bildung eines präsidialen Ausschusses nach dem Vorbild des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, der an die Stelle des arbeitsunfähigen Reichstags trat und einen Verfassungsentwurf ausarbeitete, dem die Reichsregierung durch eine nachträgliche Indemnitätsvorlage plebiszitäre Anerkennung verschaffen sollte<sup>66</sup>. Signifikante Unterschiede zu dem politischen Illusionismus des Papen-Kabinetts sind hierbei nicht auszumachen. Zehrer erkannte erst nach den Novemberwahlen, daß das Kabinett von Papen nicht mehr zu halten war, da es im Gegensatz zu den „Volksmassen“ stand. Die von General von Schleicher eingeschlagene Strategie, den Straßer-Flügel der NSDAP für eine Lösung der Krise durch die Schaffung einer auch auf die Gewerkschaften abgestützten „Querachse“ zu erreichen, war von der „Tat“ frühzeitig favorisiert worden. Während Schleicher stärker in den Kategorien des kriegswirtschaftlichen Systems im Ersten Weltkrieg dachte, das einen Ausgleich auf der Ebene der Verbände gebracht hatte, und er sich persönlich gegenüber dem „Tat“-Kreis eher reserviert verhielt, stand für Zehrer und seine Anhänger eine unkritische Idealisierung der Gewerkschaften im Vorder-

<sup>64</sup> Vgl. *Bernhard Jenschke*, Zur Kritik der konservativ-revolutionären Ideologie in der Weimarer Republik. Weltanschauung und Politik bei Edgar Julius Jung (München 1971) 167.

<sup>65</sup> Die Tat 24 Bd. I (1932) 447.

<sup>66</sup> Ebd. 449.

grund, in denen sie Analogien zum ständischen Gliederungsprinzip entdeckten. Sie lieferten einen Gutteil der ideologischen Begründung des in mehrfacher Beziehung illusorischen Konzepts, das die Verbände und Gesinnungsgemeinschaften an die Stelle der Parteien rücken sollte<sup>67</sup>. Eine der Voraussetzungen dafür bestand in der Annahme, daß sich die NSDAP als Partei, analog zu den bürgerlichen Gruppen, in einem Prozeß der Auflösung befand. Aber auch als das Gegenteil eintrat und die NSDAP im Bündnis mit Hugenberg den Rückfall in die überholt scheinende Form der Parteienkoalition vollzog<sup>68</sup>, war Zehrer noch nicht bereit, von der Illusion Abschied zu nehmen, daß die NSDAP nach der erfolgreichen Niederringung der Linksparteien ihren Parteicharakter aufgeben und sich zu einem politischen Orden zurückentwickeln werde.

Die Bildung des Kabinetts Hitler betrachtete Zehrer, ebenso wie die nicht parteigebundenen Konservativen und sicherlich Edgar Jung und dessen Parteigänger, als Bruch mit der bisherigen Entwicklung und angesichts der Tendenz Hindenburgs, sich aus der Politik zurückzuziehen, als „vorläufige Liquidierung der autoritären Regierungsform“ und als „Sieg des Parlamentarismus“, und er befürchtete, daß dieser sich wieder voll durchsetzen könnte<sup>69</sup>. Aber er ließ von seinen Träumen nicht ab. Nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 plädierte er vielmehr dafür, in einem ersten Schritt die Auflösung des Weimarer Parteiensystems zu vollziehen, zumindestens bis der einheitliche Boden des Staates wiederhergestellt sei<sup>70</sup>. Gewiß spielte bei diesen Äußerungen politische Anpassung an das neue Regime schon eine Rolle<sup>71</sup>. Mit der fragwürdigen Überlegung, daß infolge der Auflösung des übrigen Parteiwesens auch die NSDAP überflüssig werden würde, stand er nicht allein. Es mutet befremdlich an, daß Zehrer, gleichsam um ideologisch folgerichtig zu bleiben, sich im Mai 1933 zum Verfechter einer „Verstaatlichung der NSDAP“ machte, zumal diese immer größere Teile des Volkes zu sich herüberzöge – eine fragwürdige Stilisierung des Phänomens der „Märzgefallenen“<sup>72</sup>. Zugleich verlangte er in Übereinstimmung mit seinem Reformprogramm, daß Wahlen nur noch in den „kleinsten Zellen“ stattfinden sollten, als sei nun der Umbau in den von ihm anvisierten Staat in vollem Gange.

Die „Verstaatlichung der NSDAP“, argumentierte Zehrer, werde dem Staat eine „feste Volksorganisation“ bereitstellen, die „solange“ notwendig sei, als die staatlichen Sozialisationsinstrumente der Schule, des Arbeitsdienstes und der Miliz noch im Aufbau begriffen seien. Umgekehrt werde der NSDAP durch die Verstaatlichung eine gewisse Disziplinierung auferlegt und den konkurrierenden Parteien auch die formelle Existenzberechtigung genommen. Verhängnisvoller konnte Zehrer's kurzschlüssiges Denken nicht enden. Die Vorstellung, daß die staatliche Inpflichtnahme Hitler und

<sup>67</sup> Vgl. *Axel Schildt*, Militärdiktatur mit Massenbasis. Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung unter General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik (Frankfurt 1981) 98 ff.

<sup>68</sup> Vgl. *Fritzsche*, Politische Romantik 262.

<sup>69</sup> Dies veranlaßte Ewald von Kleist-Schmenzin, unter Protest die DNVP zu verlassen, da das neue Kabinett „im wesentlichen eine Parteiregierung“ sei, während er „eine von allen Partei- und Interessenrücksichten völlig unabhängige Staatsführung“ verlangte (Das Ende der Parteien 636).

<sup>70</sup> *Hans Zehrer*, Um die Nachfolge des Reichspräsidenten, in: Die Tat 24 Bd. II (1933) 1028.

<sup>71</sup> Die Tat 25 Bd. I (1933) 1 ff.

<sup>72</sup> Vgl. *Fritzsche*, Politische Romantik 301 f.

die NSDAP zügeln würde, sollte noch anlässlich der Röhm-Morde nach dem 30. Juni 1934 eine Rolle spielen. So spekulierte Zehrer, daß die NSDAP den liberalen Staat zerstört habe, daß aber – übrigens im Unterschied zum faschistischen Italien – die „alte vorliberalistische Staatstradition die Partei“ verschlinge, „indem sie sich aufkrotzt“. Potsdam sei „ein später Sieg Friedrichs des Großen“ gewesen<sup>73</sup>. Oswald Spengler, auf den sich Zehrer berief, hatte zu diesem Zeitpunkt bereits mit derlei Wunschträumen gebrochen, die Carl Schmitt und die meisten seiner Schüler damals noch mit Zehrer teilten<sup>74</sup>.

Der Vorschlag, die NSDAP zur staatlichen Organisation zu machen, wurde im Dezember 1933 von Wilhelm Frick aufgegriffen und in dem nie durchgeführten Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat umgesetzt. Das war eine schwächliche Verlegenheitslösung, nachdem sich die erhoffte Selbstaufhebung der NSDAP nicht eingestellt hatte. Die Vorstellung, daß sie in einen politischen Orden zur Führerauslese umgewandelt werden sollte, war damals sowohl im Umkreis Hermann Görings als auch im Reichsministerium des Innern allzu geläufig, wo sich vor allem Helmut Nicolai für eine solche Lösung stark machte, bis er wegen seiner Eigenwilligkeit aus der NSDAP ausgestoßen und aus dem Staatsdienst entlassen wurde<sup>75</sup>. Noch im Juli 1933 forderte Edgar Julius Jung auf einer Tagung des Katholischen Akademikerverbandes in Maria Laach öffentlich die Selbstaflösung der NSDAP, die notwendig daraus folge, daß der Parteienstaat beseitigt sei<sup>76</sup>. Überlegungen dieser Art blieben auf eine allzu kurze Episode beschränkt, und das erklärt, warum sie in den Quellen einen nur dürftigen Niederschlag fanden. Sie gingen auf das Wunschdenken des Personals der späten Präsidialkabinette und ihrer ideologischen Helfer zurück und trugen dazu bei, daß die Tragweite der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch die bürgerliche Rechte verhängnisvoll unterschätzt wurde.

Statt Übergangsform zu sein, etablierte sich die NSDAP als Erbe des zerschlagenen Weimarer Parteiensystems. Die bei seinen späteren Bündnispartnern und Sympathisanten im konservativen Lager verbreitete Besorgnis, daß Hitler in den Parlamentarismus zurückfallen könnte, beschleunigte die Dynamik, die zur Bildung des Kabinetts der nationalen Konzentration führte, und erleichterte es Hitler als Reichskanzler, sich der letzten institutionellen Fesseln und der Rücksichtnahme auf die in der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ vereinigten Rechtsparteien zu entledigen. Während von Papen durch die Vermittlung Kurt von Schröders die verhängnisvolle Intrige in Gang setzte, die zu Hitlers Ernennung führte, bestand in der Öffentlichkeit der Eindruck, als ob nur noch die Alternative zwischen Parlamentarismus und Diktatur bestünde. In den „Deutschen Führerbriefen“ hieß es unter dem 3. Januar 1933, daß, wenn es nicht gelänge, die NSDAP in die „nationale Front“ hinter der Regierung von Schleicher einzubeziehen, „als Ausweg nur die volle Diktatur“ oder die „Rückkehr

<sup>73</sup> Der Umbau des deutschen Staates, in: Die Tat 25 Bd. I (1933) 103 f.

<sup>74</sup> Vgl. *Felken*, Oswald Spengler 192 f.

<sup>75</sup> Vgl. *Peter Diehl-Thiele*, Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945 (München 1969) 57.

<sup>76</sup> Vgl. *Larry E. Jones*, Edgar Julius Jung: The Conservative Revolution in Theory and Practice, in: Central European History 21 (1988) 142–174.

zum alten Vollparlamentarismus“ offen stehe<sup>77</sup>. Damals vermerkte Robert von der Goltz, der zum äußersten rechten DNVP-Flügel gehörte, daß die Gefahr einer Rückwendung zum parlamentarischen System „die Führer der Rechten zu einer Einigung eher geneigt“ machen würde. Denn nur die Kanzlerschaft Hitlers könne verbürgen, daß „das von der heiligen Weimarer Verfassung vorgeschriebene parlamentarische System zu den überwundenen Episoden neudeutscher Geschichte gehören“ werde<sup>78</sup>. Die allenthalben befürchtete Rückkehr zum Parlamentarismus ließ die politischen und sozialen Bedenken, die Hugenberg und seine Parteigänger gegen ein Zusammengehen mit der NSDAP empfanden, in den Hintergrund treten. Kennzeichnend dafür war es, daß die konservativen Bündnispartner im Januar 1933 die Bedingungen Hitlers akzeptierten, die sie noch im November und Dezember abgelehnt hatten. Die monomanische Phobie gegen das politische Parteiwesen führte geradewegs in die nationalsozialistische Parteidiktatur. Die grandiose Selbsttäuschung im konservativen Lager – bei der Ring-Bewegung und beim Herren-Club, beim Tat-Kreis, der Reichswehr, der DNVP und den mit ihr sympathisierenden großagrarischen und großindustriellen Gruppen –, daß der Nationalsozialismus nur eine Übergangserscheinung sei und nur wegen seines Kampfes gegen die „marxistischen Parteien“ gezwungen sei, vorläufig die Formen der Parteibewegung beizubehalten, hat maßgeblich dazu beigetragen, daß Widerstand gegen die nationalsozialistische Usurpation ausblieb oder – wie im Falle von Julius Edgar Jung – zu spät kam.

<sup>77</sup> Deutsche Führerbriefe 6. Jg. (1933) Nr. 1., S. 1.

<sup>78</sup> Deutschlands Erneuerung 16 (Dezember 1932) 756.

*Kurt Nowak*

## Die evangelischen Kirchenführer und das Präsidialsystem:

### Konfessionelle Politik im Spannungsfeld von autoritärem Staatsgeist und kirchenbehördlicher Pragmatik (1930–1932)

Unter den nicht sehr zahlreichen Studien, die sich mit der politischen Rolle der evangelischen Kirche in der Weimarer Republik befassen, sind Untersuchungen zur Präsidialphase besonders rar. Während sich die allgemeinhistorische Weimar-Forschung in den fünfziger Jahren der Auflösung der ersten deutschen Republik intensiv zugewandt hatte, konzentrierten sich die damaligen kirchenhistorischen Arbeiten auf deren Anfangszeit: auf den Umbruch der kaiserzeitlichen zur parlamentarisch-demokratischen Gesellschaft<sup>1</sup>. Als sich zu Beginn der sechziger Jahre der Forschungsschwerpunkt auf die Anfänge der Weimarer Republik verlagerte, blieb eine analog gegenläufige Verschiebung des kirchengeschichtlichen Interesses aus. Nach wie vor dominiert die Tendenz, sich auf die Frühgeschichte und allenfalls auf die Konsolidierungsphase der Weimarer Republik zu konzentrieren. Die Auflösungsphase erscheint weithin nur in den Einleitungskapiteln von Studien zum Kirchenkampf des Dritten Reiches, womit sie von vornherein als Vorfeld der Auseinandersetzungen nach 1933 aufgefaßt ist<sup>2</sup>. In dieser Perspektive werden gewichtige Probleme der Forschung, beispielsweise die Frage, ob die Ära Brüning ein Schritt zur Auflösung oder ein Versuch zur Rettung der Republik gewesen sei, entweder ausgeblendet oder im Sinne einer Wegbereitung für die NS-Diktatur präjudiziert. Niemand wird bestreiten, daß den Vorgängen zwischen 1930 und 1932/33 unter dem Aspekt der „Ermöglichung Hitlers“ (E. Kolb)<sup>3</sup> gesteigerte Bedeutung zukommt. Gleichwohl erschöpft sich die Komplexität der unter dem Stichwort Präsidialära gegebenen Probleme in ihnen nicht.

Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen die protestantischen Führungsgremien, wo-

<sup>1</sup> Die einschlägigen Monographien seit den fünfziger Jahren sind aufgeführt bei *Kurt Nowak*, Protestantismus und Weimarer Republik, in: *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft*, hrsg. von *Karl Dietrich Bracher* et al. (Bonn 1988) 218–237; hier 219, Anm. 4.

<sup>2</sup> Pars pro toto: *Klaus Scholder*, *Die Kirchen und das Dritte Reich*. Bd. 1: *Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934* (Frankfurt/M., Berlin, Wien 1977).

<sup>3</sup> *Eberhard Kolb*, *Die Weimarer Republik* (Oldenbourg Grundriß der Geschichte 16, München 1984) 205.

bei ich mich auf die Zentralinstanzen konzentriere. Trotz seiner regionalen Zergliederung in 28 Landeskirchen besaß der Protestantismus in Deutschland im „Deutschen Evangelischen Kirchenbund“ und seinem Exekutivorgan, dem „Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß“, Kristallisationspunkte von sowohl kirchenpolitischer wie allgemein politischer Bedeutung. Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses war in der Präsidiärlära der Jurist Dr. Hermann Kapler. Angetreten hatte er sein Amt im Jahr der ersten Reichspräsidentenwahl 1925, niedergelegt hat er es – in resigniertem Protest gegen die „nationale Revolution“ – im Frühsommer 1933.

In einer schichtenspezifischen Betrachtung heben sich die Kirchenführer als Gruppe *sui generis* vom übrigen protestantischen Milieu ab. In ihrer Pragmatik unterschieden sie sich sowohl von den während der zwanziger Jahre stark politisierten Pastoren als auch von der Mehrheit des politisch inaktiven Kirchenvolks. Es wäre also falsch, das politische Verhaltensbild der Kirchenführer und Kirchenbehörden, deren Durchsetzung mit Juristen für einen anderwärts nur selten anzutreffenden funktionalen Pragmatismus sorgte, zu generalisieren.

## I.

In der Stabilisierungsphase der Republik hatten die Kirchenführer eine loyal-gouvernementale Haltung zum Weimarer Staatswesen auszubilden begonnen<sup>4</sup>. Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten hat sich zweifellos förderlich auf diesen Neuorientierungsprozeß ausgewirkt, war aber nicht seine einzige Ursache. Zu fragen ist, was jener Gouvernentalismus unter den Verhältnissen der Kabinette Brüning–Papen–Schleicher bedeutete, mit anderen Worten, auf welchen Horizont sich die seit der Hindenburg-Wahl in der Strategie der Kirchenführer verankerte Loyalität bezog.

Eine erste Antwort von zunächst noch geringer historischer Komplexität bezieht sich auf die Ebene der politischen Empirie. Die Konstruktion eines präsidential gestützten Kabinetts im März 1930 und alle ihr bis zum Kabinett Schleicher folgenden analogen Konstruktionen sind in der Perspektive der protestantischen Kirchenführer als eine in der Reichsverfassung liegende Möglichkeit angesehen worden. Die Frage, inwieweit mit der präsidentialen Entwicklung der Zwang zum konstruktiven Kompromiß im Parlament und damit das entscheidende Funktionsprinzip der Parteiendemokratie unterhöhlt worden ist, kam gar nicht trennscharf in den Blick, weil die Verfassung selber jenen Zwang nicht bis an seine Grenzen geführt hatte. Als gewichtiger wurden die konkret anstehenden Sachfragen der Innen- und Außenpolitik in Verbindung mit der kirchlichen Interessenlage angesehen.

Was die katastrophale Wirtschaftslage betraf, so sind die sozial- und wirtschaftspolitischen Experten in den kirchlichen Führungsgremien weit davon entfernt gewesen, sie durch ideologieträchtige Schlagworte zu vereinfachen. Als sich der „Soziale Ausschuß“ des Deutschen Evangelischen Kirchentages (Vorsitz: Prälat D. Dr. Schoell) 1930 mit der Massenarbeitslosigkeit beschäftigte, bewertete er sie „in ihrer doppelten

<sup>4</sup> *Jonathan R. C. Wright*, „Über den Parteien“. Die politische Haltung der evangelischen Kirchenführer 1918–1933 (AKiZ B 2, Göttingen 1977) bes. 83 ff.

Gestalt als Dauererscheinung von weltumspannender Art und als derzeitige Konjunkturerscheinung“. Im Spektrum der Ursachen unterstrich er vor allem folgende Faktoren: „das übergroße Angebot von neuen Arbeitskräften infolge der Verarmung des Mittelstandes und des wachsenden Zustroms von weiblichen Arbeitskräften, die Verengung der Arbeitsmärkte infolge fortschreitender Industrialisierung früher industriearmer Länder und der gegenseitigen Absperrung durch Zollschränken, die industrielle und landwirtschaftliche Massenerzeugung ohne namhafte Massenverbilligung, namentlich auch die rasche und vielleicht auch zu weit gehende Rationalisierung, dazu die internationalen Arbeitsstörungen z. B. durch die Zustände in Rußland und China, die Veränderung der Wirtschaftsgrenzen und in Deutschland der Druck der Reparationslasten und der dadurch gesteigerte Mangel an Kapital“<sup>5</sup>.

In Berücksichtigung all dieser Strukturschwierigkeiten haben die Führungsspitzen der evangelischen Kirche das Spar- und Steuerprogramm des Kabinetts Brüning als eine nicht zu umgehende Notwendigkeit betrachtet. Selbst die politisch wie konfessionell so stark meinungsbildende konservative „Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung“ kam nicht umhin, Brünings Finanzpolitik zu tolerieren – dies in Verbindung mit einer wohlfeilen Polemik gegen die Sozialdemokratie: Die Grundlagen der Finanzmisere seien in der Zeit fast zweijähriger sozialdemokratischer Regierungstätigkeit gelegt worden<sup>6</sup>.

Die Sanierung der Staatsfinanzen durch eine rigorose Deflationspolitik (Kürzung der Staatsausgaben, Erhöhung der Steuern und Abgaben, verschärfte Besteuerung der höheren Einkommen, „Notopfer“ der Festbesoldeten) zeitigte empfindliche Auswirkungen auch auf die kirchlichen Finanzhaushalte. In Konkordanz zu den staatlichen Notverordnungen im Finanz- und Steuersektor sahen sich die Kirchenführungen veranlaßt, ein System kirchlicher Notgesetze zu entwickeln. Es reichte von der Kürzung der Pfarrgehälter über Anordnungen zur Verminderung kirchlicher Ausgaben bis hin zu Einstellungsstops und zur Ausdehnung des Hilfspredigerstatus. Hinzu kam als weitere Belastung der landeskirchlichen Zahlungsbilanzen ab 1931 eine allgemeine Absenkung der Staatszuschüsse<sup>7</sup>. An der Akzeptanz von Brünings Finanzpolitik hat dies nichts geändert, eine Feststellung, die deshalb besonders ins Gewicht fällt, weil die Brüning-Regierung unter dem Eindruck der zugespitzten Wirtschaftslage seit Sommer 1931 in der deutschen Bevölkerung erheblich an Kredit verloren hatte und selbst gutwillige Kreise der Wirtschaft sich von diesem Kanzler abzuwenden begannen. Der auf der Bad Harzburger Kundgebung von DNVP, Stahlhelm und NSDAP bekundete Wille, das Kabinett Brüning zu stürzen, erhielt durch die Teilnahme protestantischer Geistlicher zwar eine gewisse Flankierung. Indes war die Bad Harzburger Liaison von „nationaler Opposition“ und Protestantismus lediglich ein Teilphänomen.

<sup>5</sup> Sitzung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses (DEKA) vom 27./28.11.1930 in Berlin. Bericht der Unterausschüsse (Evangelisches Zentralarchiv Berlin [EZA] A 2/27).

<sup>6</sup> Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung 63 (1930) 570f.

<sup>7</sup> Das Evangelische Deutschland 9 (1932) 217 (gesenkte Staatsleistungen in Preußen); Thüringer Kirchenblatt und kirchlicher Anzeiger 1931, Nr. 5, 30f. (Haushaltsaufstellung 1930 und 1931); 1932, Nr. 4, 17 (Haushaltsaufstellung 1932); Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche des Freistaates Sachsen 1929, 8. Stück, 31; 1930, Nr. 9, 42–44; 1932, Nr. 3, 11 (Haushaltspläne 1929–1932 mit den entsprechenden Kürzungen).

Unterstützung erfuhren auch die Brüning'sche Politik der Arbeitsbeschaffung durch Notstandsarbeiten und Arbeitsdienst sowie das Programm der „Osthilfe“ durch gezielte Sanierungspolitik und die Abgabe von Land für die Zwecke bäuerlicher Siedlung. Beim Arbeitsdienst, welcher durch die von der Reichsregierung eingesetzte und von Heinrich Braun geleitete Expertenkommission neben der Senkung der Wochenarbeitszeit auf vierzig Stunden und der Abschaffung des „Doppelverdienertums“ als Mittel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit empfohlen war, kam aus kirchlicher Sicht nur der freiwillige Arbeitsdienst in Frage. Die von Kreisen der „nationalen Opposition“ erhobene Forderung, als Ersatz für die fehlende allgemeine Wehrpflicht eine Arbeitsdienstplicht einzuführen, fand keine Resonanz<sup>8</sup>. Was der kirchlichen Seite bei dem Programm des freiwilligen Arbeitsdienstes vorschwebte, war eine kulturelle und religiöse Qualifizierung der unbefriedigenden Zustände in den offenen und halboffenen Arbeitslagern. Man war bereit, Arbeitsdienstlager in eigene Verantwortung zu nehmen und außerdem alle für den freiwilligen Arbeitsdienst geeigneten Arbeitsvorhaben auf kirchlichem Grund und Boden zu unterstützen. Weil sich das Handwerk durch den freiwilligen Arbeitsdienst teilweise geschädigt oder bedroht fühlte, haben die kirchenleitenden Instanzen es vermieden, in einer öffentlichen EntschlieÙung ihre Zustimmung zu dieser Maßnahme zu bekunden<sup>9</sup>. In der „Osthilfe“, die in ihren unterschiedlichen Entwicklungsstadien und divergenten Konzeptionen mit der Bestellung Hans Schlange-Schöningens zum Reichskommissar für die Osthilfe am 7. November 1931 jenen Weg einschlug, den Brüning's hochkonservative Gegner als Agrarbolshewismus brandmarkten, hat sich die evangelische Kirche den Plänen zur ländlichen Siedlung weit geöffnet. Sie lagen in kirchlichen Augen – jenseits ihrer von anderer Seite favorisierten geopolitischen Implikationen (Bollwerk gegen das Slawentum), jenseits auch der Kontroversen um die Zwangsenteignung nicht mehr entschuldungsfähiger Güter – auf der Linie eigener Bestrebungen zur Schaffung von agrarischen Kolonien, sei es im Kerngebiet des Reiches selbst, sei es in den Ostgebieten<sup>10</sup>.

Die Akzeptanz von Brüning's Deflationspolitik sowie die aktive Unterstützung des freiwilligen Arbeitsdienstes und der „Osthilfe“, letzterer noch zu einem Zeitpunkt, als sie längst zu einem der Gründe geworden war, die zum Sturz Brüning's führten, sind lediglich Beispiele aus einem ganzen Bündel von Fällen kooperativer Loyalität. Ein enges Miteinander der kirchlichen Führungsspitzen mit den Brüningkabinetten I und II gab es auch noch auf weiteren Feldern der Wirtschafts- und Innenpolitik.

Die im Präsidialsystem beobachtbare Stärkung der Ministerialbürokratie und der gesamten Exekutive, die mit einer „Abgehobenheit der politischen Entscheidungspro-

<sup>8</sup> DEKA-Sitzung vom 24./25.11.1932 in Berlin, Bl. 6–8 (EZA A 2/28).

<sup>9</sup> Ebenda, Bl. 6 („Wir haben es vermieden, in einer EntschlieÙung auszusprechen, daß die Evangelische Kirche den Freiwilligen Arbeitsdienst begrüÙe, weil manche Kreise, wie z. B. das Handwerk, sich durch den Freiwilligen Arbeitsdienst geschädigt und bedroht fühlen“).

<sup>10</sup> DEKA an den Reichsminister und Kommissar für Osthilfe vom 8. 2. 1932 (EZA – EOK XVI/65/I). – *Gerhard Stratenwerth*, Eine Bresche! Der Arbeitsdienst als Ausweg für Deutschlands Jugend aus einem Dasein ohne Hoffnung und Ziel (Bethel 1932). – *Karl Bübler*, Die pädagogische Problematik des Freiwilligen Arbeitsdienstes (Diss. Aachen 1978).

zesse“ (R. Neebe)<sup>11</sup> einherging, hat sich auf den Partner Kirche wohl einerseits positiv im Sinne schneller Kontakte und rascher Entschlüsse ausgewirkt, barg andererseits jedoch auch für sie die Tendenz in sich, von den Entscheidungsprozessen abgekoppelt zu werden. Bereits am 24./25. Oktober 1930 war auf einer Besprechung der kirchlichen Finanzreferenten in Hamburg die ohne Kontrolle des Parlaments und sonstige Konsultationen praktizierte Steuerpolitik des Reiches beklagt worden. „Die Lage ist für den Kirchenausschuß äußerst schwierig, zumal erwartet werden muß, daß das Korrektiv, welches sonst in den Reichstagsverhandlungen liegt, möglicherweise wegfällt. Der Kirchenausschuß erhält von den streng vertraulich behandelten Vorlagen des Reichsrats nicht in allen Fällen rechtzeitig Kenntnis, und die Eile, mit der die Vorlagen ausgearbeitet und durchgepeitscht werden, macht z.T. die Geltendmachung der kirchlichen Belange nahezu unmöglich. Die Kirchen sind also mit ihren Interessen der mehr oder minder wohlwollenden Ministerialbürokratie ausgeliefert, die häufig rücksichtslos genug ist, um nur ihren eigenen Ressortstandpunkt zu vertreten. Es kommt hinzu, daß die für die Kirchen bedeutsamen Fragen nicht im Vordergrund der öffentlichen Erörterung stehen, sondern mehr in Nebenbestimmungen der Entwürfe abgehandelt werden, auf die das allgemeine Augenmerk der an der Gesetzgebung beteiligten Personen nur schwer zu lenken ist.“<sup>12</sup>

Die zwischen dem 18. Juli und 14. September 1930 erstmals extensiv geübte Praxis, mit einem System von Notverordnungen ohne Parlament zu regieren, bedeutete eine Aushebelung des öffentlichen Charakters der politischen Prozesse, und aus dem soeben zitierten Votum geht hervor, wie sehr sich auch die Kirche dadurch in ihrer spezifischen Interessenlage beeinträchtigt sah. Die personelle Zusammensetzung der Exekutive gewann unter solchen Voraussetzungen gesteigerte Bedeutung, wobei vor allem die Besetzung des Reichsinnenministeriums als hauptsächlicher kirchlicher Ansprechpartner auf zentraler Ebene ein kritischer Punkt war. Von daher wird begreiflich, daß man nach der Besetzung des Innenressorts durch den Katholiken Dr. Joseph Wirth (Zentrum) und durch General Wilhelm Groener (parteilos) in den Brüning-Kabinetten dann auf den Innenminister im Papen-Kabinetten, Wilhelm Freiherr von Gayl, gesteigerte Hoffnungen setzte. Von Gayl galt als aktiver Protestant mit entsprechendem Verständnis für die kirchlichen Anliegen. Als im Spätherbst 1932 neuerlich ein Kabinettswechsel ins Haus stand, wurde gewünscht, „daß das Reichsministerium des Innern ... nicht in katholische Hände gerate“<sup>13</sup>. Der Katholik Franz Bracht als Innenminister im Kabinetten Schleicher dürfte dann wohl kaum der kirchliche Wunschpartner gewesen sein<sup>14</sup>.

Brünings politisches Hauptziel lag nicht auf dem Felde der Innenpolitik, sondern in der Außenpolitik. Nach Darstellung seiner „Memoiren“ hat Brüning in einem Gespräch mit Hitler vom 6. Oktober 1930 die Absicht geäußert, „im Lauf von anderthalb

<sup>11</sup> Vgl. Kolb, Weimarer Republik (Anm. 3) 128.

<sup>12</sup> DEKA-Sitzung vom 27./28.11.1930, Bl. 30 (EZA A 2/27).

<sup>13</sup> DEKA-Sitzung vom 24./25.11.1932, Bl. 8 (EZA A 2/28).

<sup>14</sup> Wright, „Über den Parteien“ (Anm. 4) 176 meint, als Reichskommissar für Preußen wäre Bracht ein zufriedenstellender kirchlicher Partner gewesen, weil er den Einfluß der Kirche auf den Religionsunterricht stärkte.

bis zwei Jahren den ganzen Versailler Vertrag, ohne darüber zu reden, ins Wanken zu bringen“. Die Politik der Deflation verstand sich als „eine Form der Erfüllungspolitik ... mit dem Ziel der Vertragsrevidierung“<sup>15</sup>. Der deutschen Bevölkerung mutete diese Strategie schwere soziale Opfer zu, ohne daß es wirkliche Erfolgsgarantien für das angestrebte Ziel gab. Gewiß haben auch die evangelischen Kirchenführer die wirtschaftliche Not, die Schrumpfung des Produktionsindex und die aus der Wirtschaftskrise folgenden politischen Radikalisierungen gesehen. Andererseits war kein Ziel der Politik Brüning in ihren Augen konsensfähiger als die Revision von Versailles.

Von Anbeginn, d.h. seit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 durch das Deutsche Reich und die Alliierten, gehörte dessen Revision zu den vorrangigen Zielen evangelischer Kirchenpolitik. Überblickt man das protestantische Kräftefeld, wird man sagen können, daß – abgesehen von kleineren pazifistischen Gruppen – in evangelischer Kirche und Theologie an diesem Punkte zwar ein Streit um die Mittel, nicht aber um das Ziel bestand. Als Dreh- und Angelpunkt allen durch den Versailler Vertrag über Deutschland gekommenen Unheils wurde die Deutschland undifferenziert zugewiesene Kriegsschuld angesehen.

Die Klärung der Kriegsschuldfrage sollte, soweit es die Kirchen und deren Möglichkeiten anging, auf der Ebene der ökumenischen Bewegung vorangebracht werden. Deshalb haben sich die Kirchenführer (dies gegen manche Widerstände in den eigenen Reihen) frühzeitig zu einer aktiven Ökumene-Politik verstanden. Die Weltkirchenkonferenz in Stockholm 1925 hatte dann, ohne bereits befriedigende Verständigungsmöglichkeiten zwischen den deutschen, den neutralen und den Kirchen der einstigen Alliierten aufzuzeigen, einen ersten Höhepunkt markiert. Seither bahnten sich Vermittlungen der wechselseitigen Standpunkte an<sup>16</sup>.

Gleichwohl war die Gesamtlage in der Geltung des Versailler Vertrages und insbesondere der Kriegsschuldthese am Ende der zwanziger Jahre noch unverändert. So ist das Jahr 1929 mit der zehnjährigen Wiederkehr der Vertragsunterzeichnung zu einem Prüfstein geworden, nach welcher Seite sich die kirchliche Ökumenepolitik neigen würde. Sollte der 10. Jahrestag von Versailles als Appell für neue Verständigungsbemühungen oder als Anlaß weiterer Proteste genutzt werden? Im März 1929 forderte der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, der bayerische Bankier Wilhelm Freiherr von Pechmann: „Ich bitte dafür zu sorgen, daß eine Entschließung des Kirchenausschusses gegen die Kriegsschuldflüge erfolgt.“<sup>17</sup> Tatsächlich ist der Kirchenausschuß daraufhin mit einer Erklärung an die Weltöffentlichkeit getreten, die an Schärfe nichts zu wünschen übrigließ: „In dem Diktat von Versailles und noch mehr in der Mantelnote werden die Deutschen zu Kriegsverbrechern gestempelt. Mit verbrecherischer Absichtlichkeit sollen sie den Krieg hervorgerufen, in verbrecherischer Weise ihn geführt haben. Das bleibt für das deutsche Volk unerträglich. Um seiner Ehre und um der Wahrheit willen kann es sich niemals dabei beruhigen, daß es für

<sup>15</sup> *Heinrich Brüning*, Memoiren 1918–1934 (Stuttgart 1970) 193; *Karl Dietrich Erdmann*, Die Weimarer Republik (Handbuch der deutschen Geschichte 19, München <sup>5</sup>1985) 280.

<sup>16</sup> *Kurt Nowak*, Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932 (Weimar, Göttingen <sup>2</sup>1988) 193 ff.

<sup>17</sup> DEKA-Sitzung vom 14./15. 3. 1929 in Berlin, Bl. 33 (EZA A 2/25).

alle Zeiten mit einem solchen Makel gebrandmarkt sein soll ... Der Wahrheits- und Gerechtigkeitssinn in allen Völkern und Kirchen muß dafür eintreten, daß die im Diktat von Versailles und in der Mantelnote ausgesprochene Belastung des deutschen Volkes mit der Kriegsschuld baldigst beseitigt wird. Nur so können die Beziehungen zwischen den Völkern entgiftet werden.“<sup>18</sup>

Begleitet worden ist diese Erklärung vom 1. Juni 1929 von Empfehlungen zur Begehung eines Trauertags am 28. Juni 1929, zur Hissung der Kirchenflagge mit Trauerflor, zu einem Trauergeläut in der Stunde der seinerzeitigen Vertragsunterzeichnung (nachmittags drei Uhr), zu Sondergottesdiensten und zur Verlesung der kirchenamtlichen Erklärung am darauffolgenden Sonntag, also am 30. Juni 1929, in allen Gemeinden. Auf dem Hintergrund dieser entschiedenen Wendung von der Versöhnungs- zur Protestpolitik war ein Gleichklang der protestantischen Bestrebungen mit Brünings Revisionspolitik von vornherein gegeben. Ökumenische Verständigungs- und Friedensgruppen in der evangelischen Kirche, die aus diesem Konsens ausbrachen, änderten am Gesamtbild nichts. Auf der anderen Seite ist die offizielle Kirchenpolitik auch von rechtsnationalen Pastoren und Publizisten kritisiert worden. Ihnen erschien sie noch immer als zu zahm, weil nicht daran gedacht war, die Brücken zur Ökumene völlig abzubauen. Aber auch diese Facette im Meinungsspektrum war nicht geeignet, an den Intentionen des kirchlichen Kurses Zweifel zu hegen. Eine amtliche Broschüre hat dies 1931 klargestellt<sup>19</sup>.

Die revisionspolitischen Aktivitäten der Kirchenführer in den Jahren 1930–1932 lassen sich in enger Beziehung zu den Schritten von Brünings Politik und zum jeweiligen Verhandlungsstand verstehen. Dessen Eckdaten waren durch das Hoover-Moratorium, durch die Vereinbarung der Reparationskonferenz in Lausanne im Zuge des Beneduce-Berichts von Ende 1931 und durch die im Februar 1932 in Genf beginnende internationale Abrüstungskonferenz bestimmt. Als Erfolg konnten die Kirchenpolitiker im Jahr 1931 eine Erklärung der 20. Weltkonferenz der World's Alliance of Young Men's Christians Associations vom 4. bis 9. August in Cleveland, die Angehörige von mehr als dreißig Kirchen in ihren Reihen vereinte, verbuchen. Sie enthielt eine Verwerfung des Versailler Vertrages<sup>20</sup>. Noch bedeutsamer war zuvor eine Deklaration des Exekutivkomitees des „Federal Council of the Churches of Christ in America“ vom 3./4. Dezember 1930. Zur „War Guilt“ wurde dem Federal Council empfohlen, „unseren christlichen Brüdern in Deutschland zu versichern, daß er der Theorie von Deutschlands alleiniger Verantwortung für den Krieg nicht zustimmt“<sup>21</sup>. Reichsaußenminister Julius Curtius nahm beide Erklärungen zum Anlaß für ein Dankschreiben an D. Hermann Kapler, in Personalunion Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses und Präsident des Oberkirchenrats der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union, den führenden Regisseur der kirchlichen

<sup>18</sup> Kirchliches Jahrbuch 56 (1929) 349.

<sup>19</sup> *Wilhelm Zoellner*, Die ökumenische Arbeit des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses und die Kriegsschuldfrage. Darlegungen und Dokumente (Berlin 1931).

<sup>20</sup> Näheres bei *Gerhard Besier*, Krieg – Frieden – Abrüstung (Göttingen 1982) 291–294.

<sup>21</sup> DEKA-Sitzung vom 22./23.10.1931 in Berlin, Bl. 418 (EZA A 2/27); *Besier*, Krieg (Anm. 20) 284.

Ökumenepolitik. Der allmähliche Umschwung des protestantischen Auslands in der Kriegsschuldfrage sei „in erster Linie der unermüdlichen, von wahrhaft christlichem Geist getragenen Aufklärungsarbeit zu verdanken, die Sie persönlich, Herr Präsident, und die deutschen evangelischen Kirchen im Kampfe gegen die Kriegsschuldflüge geleistet haben“<sup>22</sup>.

Eine Flankierung des Drängens der deutschen Politik auf Revision des Friedensvertrages sowie auf Abrüstungs- und Sicherheitsverhandlungen mit Deutschland als gleichberechtigtem Partner bedeutete Ende August 1931 das demonstrative Fernbleiben Kaplers von der Sitzung des Exekutivausschusses des Ökumenischen Rates in Cambridge. „Daß das Fernbleiben der namhaftesten deutschen Vertreter mit der allgemeinen Lage in Deutschland begründet wurde, machte sichtlich Eindruck und gab zu zahlreichen persönlichen Fragen Anlaß, wie es denn eigentlich in Deutschland stehe.“ In diesem Schachzug, der ungeachtet des Hoover-Moratoriums vom 20. Juni 1931 vollzogen wurde, spiegelte sich eines der psychologischen Elemente von Brünnings Revisionspolitik wider: den deutschen Leidensdruck zu demonstrieren<sup>23</sup>. Nochmals an der Schraube drehte dann die Erklärung des Kirchenausschusses zur Kriegsschuldfrage vom 23. Oktober 1931, die letzte Äußerung dieser Art vor dem Einmünden der Entwicklungen in die Lausanner Reparations- und die Genfer Abrüstungskonferenz des Jahres 1932. „Von Monat zu Monat wächst die innere und äußere Not im deutschen Volke. ... Unser Volk ist mit seinen moralischen und physischen Kräften dem Ende nahe.“<sup>24</sup> Als auf der Reparationskonferenz von Lausanne (16. Juni bis 9. Juli 1932) die deutschen Reparationen bis auf eine Restsumme von drei Milliarden gestrichen wurden, war es nicht mehr Brüning, sondern Papen, der dies auf sein Erfolgskonto buchen konnte. Papens Vorstoß in Lausanne, nunmehr auch den Versailler Schuldparagraphen neu zur Debatte zu stellen, versandete freilich, und auch die protestantischen Kirchenführer haben in der Endphase der Weimarer Republik an dieser Stelle nicht noch einmal angesetzt. Durch die Häufung von Kundgebungen befürchteten sie einen inflationären Effekt. Außerdem hatten sie für die Erklärung vom 23. Oktober 1931 Beifall auch von Kreisen der NSDAP und aus dem sonstigen rechtsradikalen Lager erhalten, was dem außenpolitischen Anliegen nur schädlich sein konnte.

<sup>22</sup> Ebenda (Curtius an Kapler vom 25.8.1931); *Besier, Krieg* (Anm. 20) 294.

<sup>23</sup> Ebenda (Bericht D. Schoells). – Zur psychologischen Komponente von Brünnings Politik des deflationären Leidenswegs *Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 7* (Stuttgart 1984) 918.

<sup>24</sup> Das Evangelische Deutschland 8 (1931) 367. Die Kundgebung „Zur Not der Gegenwart“ (26.5.1932) und Kaplers Rede in Genf auf der Tagung des Ökumenischen Rates (11.–14.8.1932) waren dann nur noch begleitende Voten.

## II.

In der Pragmatik der Innen- und Außenpolitik sind während der Präsidialphase zahlreiche kooperative Akzente gesetzt worden. Ein anderes Bild ergibt sich bei der Betrachtung des Weltanschauungssektors. In der Präsidialphase sind die Verwerfungen und Spannungen im konfessionellen Gefüge Deutschlands mit neuerlich verstärkter Wucht hervorgetreten. Die permanente Sorge der evangelischen Kirche um eine politisch wirksame Vertretung der protestantischen Interessen ist mit der Reichskanzlerschaft des Katholiken Brüning in ein neues Stadium getreten. Auch wenn Brüning vorerst als Mann des Hindenburgschen Vertrauens galt, waren mit seiner Emporhebung zum Reichskanzler manche konfessionspolitischen Probleme verbunden. Zumindest bedeutete sie eine Aufwertung des Zentrums. Die passive Kooperation der SPD mit der Politik des neuen Reichskanzlers diente nicht dem Abbau des protestantischen Mißtrauens. Das protestantische Lager mußte in ihr die gleiche schwarz-rote Koalition reproduziert sehen, die in dem mit Abstand größten deutschen Staat, Preußen, den Ton angab. Konfessionspolitisch erschwerend kam für die protestantische Seite die seit Mitte der zwanziger Jahre latent bewußte, Anfang 1930 offenkundige innenpolitische Gestaltungsohnmacht der Sachwalterparteien des Protestantismus, namentlich der DNVP, hinzu. Neue parteipolitische Anläufe aus protestantischem Geist, beispielsweise die „Deutsche Reformationspartei“ des einstigen kaiserlichen Oberhofpredigers D. Bruno Doehring oder der aus den deutschnationalen Sezessionen entstandene „Christlich-Soziale Volksdienst“ mit seinen pietistischen Politikanteilen, sind in den Fragmentierungen der politischen Kultur Weimars steckengeblieben<sup>25</sup>. Außerdem widerstrebte es kirchlichem Selbstverständnis, direkte Transformationen ins Parteipolitische zu vollziehen, da dies dem Anspruch der Kirche, für alle Volksschichten dazusein, zuwiderlief.

Für zusätzliche Brisanz in der damals von vielen kirchlichen Kreisen als Marginalisierung des protestantischen Christentums in der Gesellschaft empfundenen Entwicklung sorgte der erhebliche Anteil der Linksparteien im Wählerspektrum. Vor allem der Anstieg der KPD (1928: 10,6%; 1930: 13,1%; 31.7.1932: 14,3%; 6.11.1932: 16,9%) und die schlagstarken antikirchlichen Gruppierungen in dieser Partei steigerten die Unruhe bei Kirchenbehörden und Kirchenvolk. Repräsentative Teile der KPD sahen ihr Vorbild in Sowjetrußland. Ihre gesellschaftspolitische Kampfparole „Sowjetdeutschland“ ließ bei einem weiteren Vorrücken der Partei für die Zukunft Schlimmes vermuten. Die 1929/30 in Sowjetrußland neuerlich forcierten Repressalien gegen die Kirchen aller Konfessionen schienen dafür hinreichendes Anschauungsmaterial zu bieten. Der Deutsche Evangelische Kirchentag von 1930 in Nürnberg hat die russischen Christenverfolgungen an hervorgehobener Stelle auf die Tagesordnung gesetzt und eine entsprechende Resolution verabschiedet<sup>26</sup>. Auf römisch-katholischer Seite hatte Papst Pius XI. schon am 2. Februar 1930 zu einem „Kreuzzug des Gebets“

<sup>25</sup> Nowak, Evangelische Kirche (Anm. 16) 151 ff.; 145 ff.

<sup>26</sup> Verhandlungen des 3. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Nürnberg 1930 (Berlin 1931) 313.

aufgerufen<sup>27</sup>. Innenpolitisch ist die Lage offenbar auch durch das parteitaktische Kalkül der KPD verschärft worden, durch eine rigide kommunistische Freidenkerpolitik die Religionspolitik der SPD als kompromißlerisch zu entlarven und sozialistische Freidenker aus den Reihen der SPD herauszuberechnen. Der neue kommunistische „Verband proletarischer Freidenker“ sollte dafür ein Auffangbecken darstellen<sup>28</sup>. Auf Initiative des Deutschen Herrenklubs ist am 14. März 1930 der „Bund zum Schutze der abendländischen Kultur“ gegründet worden. Die kirchlichen Führungsspitzen sahen ihn als ein Bollwerk gegen die „fortschreitende Bolschewisierung auf kulturellem Gebiet“ an. Im November 1930 ist Oberkonsistorialrat D. Scholz (Berlin) mit ausdrücklicher Zustimmung Kaplers dem Bund beigetreten<sup>29</sup>.

Der Begriff Bolschewismus war zu jenem Zeitpunkt zu einer großräumigen Kampfpole geworden, die nach kirchlichem Verständnis nicht nur das religiöse, sondern das gesamte sittlich-moralische und politische Gefüge der Gesellschaft betraf. Insofern konnte er als Wechselbegriff zu einer anderen, allerdings noch weiträumigeren Kampfformel, dem Säkularismus, verstanden werden. Für die protestantische Wahrnehmung der innenpolitischen Situation Deutschlands 1930–1932 besaßen beide Begriffe erhebliches Gewicht. Begriff und Sache des Säkularismus sind durch die Weltmissionskonferenz von Jerusalem im Jahr 1928 breitenwirksam geworden. Die Delegierten aus zahlreichen europäischen und außereuropäischen Kirchen bewerteten die zivilisatorische Gesamtlage, also keineswegs nur die Situation in Sowjetrußland, in Deutschland sowie weiteren Ländern Europas mit starken kommunistischen Parteien als höchst bedrohlich. Sie stellte sich in religiöser Perspektive als Entscheidungskampf dar. Was nach Ansicht der Weltmissionskonferenz auf dem Spiel stand, war nicht allein die gesellschaftliche Geltungsmacht der Kirchen, sondern das Schicksal der Menschheit im Spannungsfeld von Gottlosigkeit und Gottesglauben schlechthin. Die Bedeutung der Jerusalemer Konferenz für das protestantische Verständnis von Weltanschauung, Christentum und Politik in den Jahren 1930–1932 ist mittlerweile an vielen Details konkretisiert worden<sup>30</sup>.

Seit Brüning's Ernennung zum Reichskanzler präsentierte sich die konfessionelle und allgemeine weltanschauliche Lage für die evangelische Kirche in komplexen Perspektiven, die jedoch alle zu der Schlußfolgerung führten, der Protestantismus sei bedroht. In der Verteilung der konfessionellen Gewichte schien sich die Waage immer deutlicher zugunsten der Katholiken zu neigen. Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß registrierte eine „wachsende Imparität in der Besetzung staatlicher und sonstiger öffentlicher Stellen und in der Verteilung von öffentlichen Mitteln an Wohlfahrtsorgane“. In Schule, Wohlfahrtspflege, Rundfunk zeige sich die Tendenz, die entsprechenden Positionen mit Katholiken zu besetzen. Hierbei handele es sich nicht

<sup>27</sup> *Hansjakob Steble*, Die Ostpolitik des Vatikans 1917–1975 (München, Zürich 1975) 409 f.

<sup>28</sup> Ausführlich dazu *Jochen-Christoph Kaiser*, Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik. Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik (Industrielle Welt 32, Stuttgart 1981).

<sup>29</sup> DEKA-Sitzung vom 27./28.11.1930 in Berlin, Bl. 5 (EZA A 2/27).

<sup>30</sup> *Hermann Lübke*, Säkularisierung (München 1975); *Kurt Nowak*, Zur protestantischen Säkularismus-Debatte um 1930, in: Wissenschaft und Praxis in Kirche und Gesellschaft 69 (1980) 37–51.

um Einzelfälle, sondern um eine „systematische Zurückdrängung der Evangelischen Kirche aus dem staatlichen und gesamten öffentlichen Leben“. Da dem Kirchenbundesamt neue statistische Unterlagen nicht zur Verfügung standen, wurde beschlossen, durch Umfrage bei den obersten Kirchenbehörden Material über die Wahrung der Parität in den Ländern zu sammeln, um auf dieser Basis bei der Reichsregierung Protest erheben zu können<sup>31</sup>.

Ein markanter Reflex der Lage war auch der Verlauf des 7. Kurmärkischen Kirchentages in Potsdam vom Frühjahr 1931. Generalsuperintendent D. Otto Dibelius forderte damals energisch zur Bildung einer „Evangelischen Front“ auf<sup>32</sup>. Damit brachte der im deutsch-nationalen Lager stehende Kirchenmann nur ein Anliegen zum Ausdruck, das auch von Repräsentanten des protestantisch-demokratischen Lagers geteilt wurde. Im Juni 1931 schlug Gertrud Bäumer, die einstige Ministerialrätin im Reichsministerium des Innern, vor, im Zusammenhang mit der Arbeit des „Evangelisch-Sozialen Kongresses“ alle protestantischen Kräfte zu sammeln, „nicht zu einer Partei, aber doch zu einem größeren politischen Aktivismus“. Die politische Rolle des Protestantismus trat, wie sie dem Generalsekretär des „Evangelisch-Sozialen Kongresses“, Pfarrer Heinrich Herz, gegenüber zum Ausdruck brachte, im Vergleich mit dem Zentrum „in dieser Zeit wirklich beschämend hervor“<sup>33</sup>.

Das Konzept der „Evangelischen Front“ hat 1931/32 vielfältige Formen angenommen, die in der Mehrzahl der Fälle keinen organisatorischen Zusammenhang zeigten. Seine Dynamik stieg im Gleichklang mit der Dramatisierung der wirtschaftlich-sozialen, politischen und kulturellen Steuerungskrise, in der sich die deutsche Gesellschaft in der Endphase der Weimarer Republik befand. Dem Konzept Durchschlagskraft zu verleihen, scheiterte an der kirchenpolitischen und theologischen Fraktionierung des deutschen Protestantismus, der seinerseits ein Spiegelbild der Polarisierungsprozesse war, welche in der Gesellschaft insgesamt abliefen. Nach der Übernahme des Kanzleramtes durch Franz von Papen wurde dessen Parole vom „christlichen Staat“ neugierig aufgenommen, aber doch bald wieder als unbrauchbar beiseite gelegt. Ob die Formel vom „christlichen Staat“ bloß als Kritik an Brüning's Bündnis mit der „Gottlosigkeit“ zu verstehen war, wie die katholische „Germania“ meinte, sei dahingestellt<sup>34</sup>. Bei den Protestanten provozierte sie aus dem Munde des Katholiken von Papen Erinnerungen an Staatstheorien der Romantik und des Zeitalters der Restauration und paßte auch sonst schlecht in ein theologisches Problembewußtsein, das dem Staat eigene Rechte und Ansprüche jenseits klerikaler Vereinnahmungswünsche zusprach. Wie die wechselseitigen Eigenarten und Interessen von Staat, Politik und Konfession miteinander in Balance zu bringen waren, blieb weiterhin offen.

Zur Eröffnung des aus den Wahlen vom 6. November 1932 hervorgegangenen Reichstags hat der Geistliche Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrats der Altpreußischen Union, D. Georg Burghart, die Kirche als die „größte Gemeinschaft

<sup>31</sup> DEKA-Sitzung vom 24./25.11.1932 in Berlin, Bl. 25 (EZA A 2/28).

<sup>32</sup> Das Evangelische Deutschland Nr. 23 vom 7.6.1931.

<sup>33</sup> Archiv des Evangelisch-Sozialen Kongresses A II/11, Bl. 180 (Gertrud Bäumer an Johannes Herz vom 18.6.1931).

<sup>34</sup> Germania Nr. 187 vom 7.7.1932.

innerhalb unseres Deutschen Reiches, größer als irgendeine politische Partei“ bezeichnet<sup>35</sup>. Selbst wenn diese Feststellung nur auf die evangelische Kirche gemünzt war, waren mit ihr mehr als lediglich Quantitätsverhältnisse angesprochen. In der evangelischen Kirche oder, weiter gefaßt, im protestantischen Milieu, das beispielsweise auch auf dem Sektor der Publizistik eine nicht zu unterschätzende Größenordnung im Gefüge der politischen Kultur darstellte, waren beachtliche Potentiale vorhanden<sup>36</sup>. Bis in die Mitte der zwanziger Jahre sind sie parteipolitisch noch weithin eingebunden gewesen: in die DNVP, die DVP und die DDP. Mit dem Rückgang dieser Parteien nahm auch die Vernetzungsfähigkeit des Protestantismus in der Weimarer Parteienlandschaft rapide ab. Dieser parteipolitische Entwurzelungsprozeß entfaltete auf dem Hintergrund der Stärkung des Katholizismus sowie der atheistischen Weltanschauungspartei KPD in der Präsidentschaft unberechenbare Effekte. Zugute kamen sie in erster Linie der NSDAP.

### III.

In den dramatischen Polarisierungen der politischen, sozialen und Weltanschauungskämpfe in der Niedergangsphase der Republik haben sich der Kirchenausschuß als das oberste protestantische Exekutivorgan im nach wie vor föderal organisierten deutschen Protestantismus wie auch die Leitungen der 28 Landeskirchen um eine Entzerrung und Mäßigung der Fronten bemüht. Appelle zu sachlichem Austrag der Auseinandersetzungen, zur Achtung des politischen Gegners und zur Vermeidung von Gewalt gingen 1930–1932 in großer Zahl in die Öffentlichkeit hinaus. Stellt man wiederum die Frage, welche Loyalitäten und politischen Prinzipien dabei maßgebend waren, sind nur mehrstufige Antworten möglich.

An den Kundgebungen der Kirchenleitungen zur Versittlichung des politischen Kampfes fällt zunächst auf, daß keiner der politischen Parteien – auch nicht der als so bedrohlich empfundenen KPD – ihr politisches Existenzrecht bestritten worden ist. Die Stigmatisierung irgendeiner der Weimarer Parteien, wie dies auf katholischer Seite 1930/31 durch entsprechende Weisungen und Verlautbarungen in Teilen des Episkopats der Fall gewesen ist, kam für die protestantischen Kirchenleitungen offenbar nicht in Betracht<sup>37</sup>. Formal gesehen waren hier die Spielregeln der Demokratie genauer eingehalten als im Katholizismus, wobei an der NSDAP (und weiteren demokratiefeindlichen Parteien) allerdings einer der Grundwidersprüche Weimars, die mangelnde Trennschärfe in der Bestimmung von demokratischer Freiheit und Frei-

<sup>35</sup> Das Evangelische Deutschland Nr. 50 vom 11. 12. 1932.

<sup>36</sup> *Gottfried Mehnert*, Evangelische Presse (Bielefeld 1983).

<sup>37</sup> *Scholder*, Die Kirchen (Anm. 2) 169: „Entgegen der Vermutung von Ludwig Volk, daß die Aufsplitterung der Episkopatserklärungen nicht gerade ‚eine Demonstration hierarchischer Entschlossenheit‘ gewesen sei, wirkten die in kurzen Abständen folgenden Verlautbarungen möglicherweise noch nachhaltiger, als es eine einmalige gemeinsame Erklärung vermocht hätte.“ – Zum Verhältnis Protestantismus – Nationalsozialismus seit dem 14. September 1930 vgl. *Rita Thalmann*, Protestantisme et Nationalisme en Allemagne de 1900 à 1945 (Dialogues des Nations 1, Paris 1976).

heit in der Demokratie, aufgebrochen ist. Solange jedoch keine Partei als staats- bzw. verfassungsfeindlich verboten war, konnte sich keine protestantische Kirchenbehörde anmaßen, sie aus dem politischen Prozeß auszugrenzen.

Unter *formalem* Gesichtspunkt (einschränkungslose Akzeptanz des Kräftespiels der Parteien bei freilich dringlicher Ermahnung zur Pflege der politischen Kultur) kann man die Gesinnungs- und Gewissensappelle der Kirchenleitungen an die politische Öffentlichkeit als Beitrag zur Demokratie bezeichnen. Problematischer wird die historische Bewertung der Kundgebungen von 1930–1932 in ihrer durchgängigen Zurückhaltung, einerseits die Träger, andererseits die Gegner des parlamentarisch-demokratischen Staats- und Gemeinwesens namhaft zu machen. Weder der Extremismus von rechts und von links wurde mit Parteienamen angesprochen noch auch das Wirken jener Parteien eigens benannt, die sich als auf dem Boden der Republik stehend verstanden. Solche klaren Unterscheidungen sind in der zeitgenössischen Nahoptik möglich gewesen, wie Analysen und Stellungnahmen politischer Theologen aus dem demokratischen Lager zeigen<sup>38</sup>.

Der kirchliche Selbstanspruch, über den Parteien zu stehen, liefert für diese Zurückhaltung keine hinreichende Erklärung, obwohl er bei der Formulierung von Kundgebungen in der Tat eine große Rolle spielte und ernst genommen werden muß. Die Träger der Demokratie mit positiven Akzenten zu versehen, hätte im Kräftespiel der Präsidialära bedeutet, sich politisch wie gesellschaftlich zu minorisieren, was in Anbetracht der als stark gefährdet bewerteten protestantischen Kulturinteressen als schwerlich vorstellbar erschien; umgekehrt die Gegner der Demokratie zu brandmarken, hätte sich ähnlich auswirken müssen. Im konkreten Kräftefeld von 1930–1932 lagen beide Optionen gleichsam quer zur kirchlich-protestantischen Interessenkonstellation, so daß nur eines blieb: der formale Anhalt am status quo der pluralistischen Parteiendemokratie bei gleichzeitigem Attentismus den um ihre Positionen kämpfenden Parteien gegenüber.

Uneindeutigkeit nach allen in Betracht kommenden Seiten läßt sich als kirchliches Verhaltensmuster auch auf anderen Problemfeldern zeigen. Exemplarische Züge in dieser Hinsicht besaß das Verhalten der kirchlichen Führungsinstanzen zu den Reichsreformplänen. War nach den Debatten der späten zwanziger Jahre um eine Reichs- und Verfassungsreform, in der sich besonders der „Bund zur Erneuerung des Reiches“ engagierte<sup>39</sup>, unter der Regierung Brüning eine auf mehreren Pfeilern ruhende Neukonstruktion von Verfassung und Reich erwogen worden, so haben entsprechende Umgestaltungsprojekte erst recht unter dem Adelskabinett Franz von Papens neuen Auftrieb erhalten<sup>40</sup>. Bedeuteten schon Brünings Pläne eine „tendenzielle Monopolisierung der Entscheidungsgewalt von Legislative und Exekutive“, so geriet

<sup>38</sup> Nowak, *Evangelische Kirche* (Anm. 16) 307–312. – Zu den politisch-analytischen Leistungen demokratischer Theologen Klaus Michael Führer, Hermann Mulert – Kirchlicher Liberalismus als politischer Protestantismus in der Weimarer Republik und im Dritten Reich (Diss. theol. Leipzig 1988).

<sup>39</sup> Lexikon zur Parteiengeschichte, hrsg. von Dieter Fricke et al., Bd. 1 (Leipzig 1983) 374–382.

<sup>40</sup> Werner Conze, Die Reichsverfassungsreform als Ziel der Politik Brünings, in: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, hrsg. von Michael Stürmer (Königstein/Ts. 1985) 345 f.

der Parlamentarismus unter von Papen vollends ins Abseits<sup>41</sup>. Da bei der Umgestaltung von Verfassung und Reich die Kirche organisationsstrukturell wie auch unter vielen weiteren Aspekten direkt betroffen war, gehörten die Reformpläne zu den Gegenständen genuiner Beschäftigung der kirchlichen Führungsinstanzen.

Ein Anknüpfen an Geist und Buchstaben der Weimarer Verfassung war dabei in der Betonung mehrerer Prinzipien gegeben: 1. Eine Reform von Verfassung und Reich habe sich nach rechtsstaatlichen und nicht nach diktatorischen Prinzipien zu vollziehen. 2. An der föderalen Struktur des Reiches sei festzuhalten. Es ging nach kirchlicher Auffassung nicht an, wie dies in Reformprojekten vor der Ära Papen diskutiert wurde, nur noch einen „Staat im wahren Sinne“, das Reich selber, zuzulassen und die Länder auf den Status von Selbstverwaltungsverbänden herabzudrücken (wobei das Preußen alter Ordnung in neue Länder mit gesteigerter Selbstverwaltung unter einem Landesdirektorium und einem Provinziallandtag hätte umgeformt werden sollen). 3. Trotz der desolaten Situation im Parlament und in den Parteien müsse nach Wegen gesucht werden, die Reform „im Verfassungswege“ durchzuführen. Geleitet war diese Forderung von der Sorge, daß eine Reform außerhalb der Verfassung sich jeder Kontrolle und Einflußmöglichkeit entzog<sup>42</sup>. Wie schmerzhaft solche Praktiken waren, hatte die evangelische Kirche im Frühjahr 1932 bereits am eigenen Leibe erfahren und die Forderung erhoben, über den Gang der Dinge auf dem laufenden gehalten zu werden. Ein Schreiben Kaplers an von Papen vom 25. Oktober 1932 hat dann neuerlich gemahnt, die Rechtsstellung der Kirche nicht außer acht zu lassen: „das Interesse nicht nur der Kirchen, sondern auch des Verfassungswerkes fordere es, daß die großen religiösen Gemeinschaften des deutschen Protestantismus möglichst frühzeitig Gelegenheit erhielten, Stellung zu nehmen, und daß sie nicht darauf angewiesen seien, erst gleichzeitig mit der übrigen Öffentlichkeit in einem bereits vorgeschrittenen Stadium beteiligt zu werden“. Ein Handschreiben Kaplers an den Reichsinnenminister, Freiherrn von Gayl, vom 28. Oktober sollte dem kirchlichen Anliegen zusätzlichen Nachdruck verleihen. Was von Gayl im Namen von Papens und aus eigener Kompetenz auf diese Forderung nach Partizipation zu antworten hatte, war unbefriedigend und insgesamt abweisend<sup>43</sup>.

Die Selbstherrlichkeit einer parlamentarisch nicht mehr kontrollierten Exekutive war also für die Kirche bereits deutlich zu spüren; diese Tatsache hatte eine immerhin partielle Verteidigung der Prinzipien bestimmter Teile der Weimarer Verfassung zur Folge. Öffentlichkeitswirksam sind diese Interna nicht geworden. Falls eine Umbil-

<sup>41</sup> *Manfred Funke*, Republik im Untergang, in: Weimarer Republik (Anm. 1) 511.

<sup>42</sup> DEKA-Sitzung vom 24./25. November 1932 in Berlin, Anlage 2 (EZA A 2/28). – Für den DEKA sind die Reden von Papens und von Gayls am Verfassungstag 1932 in Berlin sowie eine Pressemitteilung vom 16. 10. 1932, daß dem Reichsinnenminister der Auftrag zur Ausarbeitung einer Reichsreform erteilt worden sei, ein Signal gewesen, sich aktiv in diesen Prozeß einzuschalten. Vgl. auch die (wahrscheinlich) aus Gayls Feder stammenden „Gesichtspunkte für den Staatsneubau“ vom 22. 8. 1932, wiedergegeben bei *Gerd Schwerin*, Wilhelm Freiherr von Gayl, der Innenminister im Kabinett Papen 1932 (Diss. phil. Erlangen 1972) 225–231. – Gutachter des DEKA zur Frage der Reichsreform war Prof. D. Dr. Johannes Heckel, der am 14. 11. 1932 vor dem Rechtsausschuß des DEKA dazu ein längeres Referat hielt.

<sup>43</sup> EZA A 2/484 (Kapler an Papen vom 25. 10. 1932 und Freiherr von Gayl vom 28. 10. 1932).

dung der Verfassung auf eine deutliche außerparlamentarische Stärkung der Exekutive sowie auf einen abgestuften Parlamentarismus (Bildung einer zweiten Kammer) hinausgelaufen wäre, hätte es bei den Kirchenführern wohl keinen Einspruch gegeben.

Das allmähliche Absterben der parlamentarischen Demokratie und der Mangel an Einsicht oder Kraft, diesem Prozeß zu wehren, war das eine; das andere war ein bei manchen Kirchenführern im Krisenchaos der Republik schwankendes Rechtsbewußtsein, das der Herd weiterer Uneindeutigkeit war. So zitierte Otto Dibelius, der als leitender preußischer Kirchenmann mit seiner intensiven politischen Publizistik auch ein politischer Meinungsführer des protestantischen Milieus war, an gut lesbarer Stelle („Sonntagsspiegel“) die Versicherung von Papens, im Gegensatz zu Hitler und Rosenberg habe er sich zu „ewigen Rechtsnormen“ bekannt. Andererseits gab Dibelius nach Papens „Preußenschlag“ zu erkennen, in Notzeiten müsse der Reichspräsident Maßnahmen auch unter Umgehung der Verfassung ergreifen können<sup>44</sup>. Normen- und maßnahmestaatliches Denken lagen in solchen Bekundungen im Widerspruch zueinander.

#### IV.

All jene staatsautoritären, diktatorischen und populistischen Tendenzen, die in der Niedergangphase der Republik im politischen Kräftefeld umliefen, bündelten sich in der NSDAP. Die in jenen Tendenzen sichtbaren Zersetzungseffekte hatten sich schon in ihrer Verteilung auf verschiedene Parteien, Gruppen und Bewegungen verhängnisvoll auswirken können. Unter den spezifischen Bedingungen einer Partei, die nach Brünings ernüchternden Worten an erster Stelle die Macht und erst dann die Politik sah<sup>45</sup>, gewannen sie weiter an Boden.

Die Haltung der evangelischen Kirchenführer zu der seit dem 14. September 1930 unübersehbaren politischen Kraft NSDAP war eher ablehnend. In Ländern wie Braunschweig und Thüringen, wo die NSDAP seit 1930/31 an der Regierung beteiligt war, schuf ihr kulturpolitischer Stil erhebliche Frustrationen. In Preußen erzeugte die Opposition der NSDAP-Fraktion im Landtag gegen den preußischen Kirchenvertrag vom 11. Mai 1931, der für die evangelische Kirche von großer Bedeutung war, um Paritätsverluste zur römisch-katholischen Kirche auszugleichen, weiteren kirchlichen Unwillen<sup>46</sup>. Auch entsprach die auf diffusen Propagandaparolen basierende Kampftart der Partei mit ihren gewaltsamen Ausuferungen nicht den Vorstellungen der Kirchenführer. Bei manchen Pastoren und in Teilen der kirchlichen Publizistik fand die NSDAP allerdings größeren Anklang – dies unter der Voraussetzung, die noch junge und überschäumende Bewegung werde sich alsbald von den ihr anhaftenden Fehlern „reinigen“. Wenn Kreise in der politischen Führung des Reiches meinten, Hitler und seine Partei politisch „zähmen“ zu können, so haben diese Kreise auf eine Zähmung

<sup>44</sup> Robert Stupperich, Otto Dibelius (Göttingen 1989) 201 f.

<sup>45</sup> Brüning, Memoiren (Anm. 15) 202 f.

<sup>46</sup> Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 3. Wahlperiode, Sitzung vom 13.6.1931, 21393 ff.

durch die Kräfte des christlichen Glaubens gehofft. Seit Herbst 1930 fanden viele Gesprächsforen statt, die NSDAP und Christentum miteinander in Kontakt bringen sollten<sup>47</sup>. Außerdem entstanden Pfarrer- und Laienbünde, die entweder direkt in die Organisationsstruktur der NSDAP eingebunden oder im politischen Kontakt mit der Partei waren. Da die NSDAP seit 1929 das Steuer ihrer Religionspolitik von „striktter Neutralität“ zu Kirchen- und Christentumsfreundlichkeit herumgeworfen hatte, boten sich in ihr scheinbar ungleich bessere Voraussetzungen zu einem Miteinander an als in allen anderen Parteien des Weimarer Spektrums.

Auf Kirchenföhrebene kam es zu einer ersten Begegnung mit einem Repräsentanten der NSDAP am 4. März 1931 im Berliner Reichstag. In der Beauftragung des Kirchenausschuß-Präsidenten D. Kapler unterhielt sich Oberkonsistorialrat D. Gustav Scholz mit dem geschäftsföhrenden Vorstandsmitglied der NSDAP-Fraktion, Franz Stöhr. Was Stöhr über den Charakter seiner Partei, über deren kulturpolitische Ziele und insbesondere zu Kirche und Christentum darlegte, war offenbar nicht sehr geeignet, skeptische Vorbehalte abzubauen. Scholz hat seiner Gesprächsaufzeichnung den handschriftlichen Zusatz beigefügt: „Bei der augenblicklichen Bedeutung der Nat. Soz. Partei und den mannigfaltigen Unklarheiten der Bewegung ist aufmerksam zu verfolgen, ob die Maßnahmen der Partei im Ganzen oder in einzelnen Gauen den hier niedergelegten Grundsätzen entsprechen.“<sup>48</sup>

Zeitweilig war 1931 ein Spitzengespräch zwischen Kapler und Hitler in Erwägung gezogen. Die Anregung dazu hatte der Landesbischof von Sachsen, D. Ludwig Ihmels, gegeben, der seinerseits von nationalsozialistischen Geistlichen des Freistaats dazu aufgefordert worden war. Unter der Voraussetzung, daß Hitler bei der Anbahnung des Kontakts die Initiative ergriffe, hatte sich Kapler einverstanden erklärt. Weil Hitler sich jedoch durch seine Äußerungen zum Gebrauch von Gewalt jenseits des Rechts kompromittiert hatte, zog D. Ihmels seine Anregung zurück. Ein zweiter repräsentativer Kontakt im Januar 1932 verblieb deshalb auf der Ebene der Kirchenbürokratie. Von kirchlicher Seite verhandelten (wiederum mit Genehmigung Kaplers, doch in strenger Geheimhaltung) Oberkonsistorialrat D. Theodor Heckel und Dekan Friedrich Langenfaß. Der Partner von der NSDAP wollte nicht genannt sein, doch deutet alles auf Hans Schemm hin, der bereits in der geplanten Begegnung Hitler-Kapler eine Rolle gespielt hatte<sup>49</sup>. Vergleicht man das Protokoll dieser Begegnung, diesmal in München, mit dem Gespräch Scholz-Stöhr, gewinnt man nicht den Eindruck eines engeren Zusammenrückens beider Seiten. Nachdem inzwischen fast ein weiteres Jahr ins Land gegangen war, hatte die kirchliche Seite sogar allen Grund, heftige Kritik an der NSDAP vorzubringen: gegen den Führer der NSDAP-Fraktion im Preußischen Landtag, Wilhelm Kube, gegen die politische Unterwanderung der Kirche unter Aus-

<sup>47</sup> Repräsentative Zusammenstellung des Meinungsspektrums in: Die Kirche und das dritte Reich. Fragen und Forderungen deutscher Theologen, hrsg. von *Leopold Klotz*, 2 Bde. (Gotha 1932).

<sup>48</sup> EZA A 2/490 („Vertraulicher Bericht über eine Unterredung mit dem Geschäftsföhrenden Vorstandsmitglied der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Herrn Stöhr im Reichstag ...“).

<sup>49</sup> EZA – EKV Pers. II/46/Bd. IV (Bericht Theodor Heckels vom 26.1.1932 mit handschriftlichen Vermerken Kaplers).

nutzung der Kirchenwahlen und gegen die Zerstörung aller Prinzipien von Disziplin und Ordnung, zu deren Schutz die Partei angeblich angetreten sei. „Wenn ich“, so Oberkonsistorialrat D. Heckel als Berichterstatter, „das Ergebnis dieser vierstündigen Besprechung überblicke, so kann ich wohl sagen, daß es auf unserer Seite nicht an dem nötigen Nachdruck für die kirchlichen Forderungen gefehlt hat und daß wir auch durchaus Verständnis dafür fanden. Ich bin aber ganz weit davon entfernt, die weiterwirkende Bedeutung dieser Besprechung irgendwie zu überschätzen. Denn es ist nun einmal Grundsatz der Partei: schließlich gilt nur, was Hitler selbst sagt, alles andere wird als nicht maßgeblich bezeichnet.“<sup>50</sup> Eine auf den Dezisionismus des Führerwillens gestellte Partei mußte den an ganz andere Spielregeln und Entscheidungsprozesse gewohnten Kirchenführern ein erhebliches Problem sein, ganz abgesehen von den Inhalten der NSDAP-Politik.

Ein schwerwiegendes Faktum, welches die Haltung der Kirchenführer zur NSDAP sicher mehr beeinflusste, als es ihnen lieb war, stellte die Offenheit des protestantischen Wählervolkes, weiter Teile der kirchlichen Presse und mancher Pastoren dar, die in verschiedenen Fällen sogar ihre Gotteshäuser für Versammlungen und feierliche Zeremonien der paramilitärischen Verbände auch dieser Partei zur Verfügung stellten. Mit den Verboten der Kirchenbehörden, Kirchen und kirchliche Gebäude zu politischen Zwecken zu entfremden, war das eigentliche Thema noch gar nicht berührt. Zudem machte sich in den kirchlichen Führungsinstanzen im Verlaufe der Jahre 1931/32 eine Spaltung der Sympathien für oder gegen die NSDAP bemerkbar. Ihre wesentliche Ursache war die Sorge, die Kirche könne – wie schon im 19. Jahrhundert in der Arbeiterfrage – blind an wesentlichen Gestaltungskräften der Gesellschaft vorbeigehen. Weil die NSDAP stärker als jede andere der Weimarer Parteien nach sozialer Zusammensetzung und politischem Stil den Charakter einer „Volkspartei“ trug, schienen Kirchenführer mit NSDAP-Offenheit – Bischof D. Rendtorff in Schwerin, Kirchenpräsident D. Wurm in Stuttgart u. a. – realitätsbewußter als z. B. Präsident Kapler zu sein<sup>51</sup>.

Ungleich direkter als in anderen gesellschaftlichen Bereichen ist die Reichspräsidentenwahl von 1932 zum Testfall für das Verhältnis der Kirchenführer zur NSDAP geworden. Wer 1932 gegen die Konkurrenzkandidaten Hitler, Thälmann, Duesterberg den auch in der evangelischen Kirche im Vergleich mit 1925 längst nicht mehr so hochgeschätzten Hindenburg wählte, legte in der damals aktuellen Kräftekonstellation ein Bekenntnis zur Republik und gegen die NSDAP ab. Die *altkonservative* Option, sich gegen die Kandidaten der „nationalen Opposition“ Hitler und Duesterberg für Hindenburg zu entscheiden, spielte im protestantischen Entscheidungsspektrum des Frühjahrs 1932 nur eine untergeordnete Rolle. Eher noch charakteristisch war die Entscheidung in manchen pietistischen Kreisen des Rheinlandes sowie unter protestantisch-agrarischen Wählern Ostelbiens, Hindenburg, den „Mythos von Tannenbergl“, zwar (noch einmal) zu wählen, in Wahrheit aber schon bei der NSDAP zu

<sup>50</sup> Bericht Theodor Heckels (Anm. 49).

<sup>51</sup> Wright, „Über den Parteien“ (Anm. 4) 144, Anm. 85.

stehen. Die Ergebnisse der Reichspräsidenten- und Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz haben diese Sachlage verdeutlicht<sup>52</sup>.

Welche Zerreißprobe auf der kirchlichen Führungsebene die Reichspräsidentenwahl von 1932 bedeutete, zeigten die Vorgänge um die „Hindenburgausschüsse“ und die Kritik der NSDAP-Sympathisanten unter den Kirchenführern an Präsident Kapler sowie weiterer kirchlicher Prominenz, die sich öffentlich hinter die Kandidatur Hindenburgs gestellt hatten. Für Kapler war die Unterstützung der Hindenburgschen Kandidatur „ein beispielloser Schritt, hatte er doch zuvor jedes öffentlich politische Engagement vermieden“<sup>53</sup>. Aber selbst diejenigen Kirchenführer, die Hitler und der NSDAP zuneigten, waren in dieser Entscheidung von eher politikfremden Motiven beseelt (Bischof Rendtorff: Volksmission) oder, wie Kirchenpräsident Wurm, von einer Strategie der Abwägung des kleineren Übels bestimmt. Wurm fand, es gäbe nur noch die Wahl zwischen einer „Diktatur Hitler und einer Diktatur Moskaus und daß jedenfalls die erstere vorzuziehen sei“<sup>54</sup>.

Der an die Präsidialphase der Republik angelegte historische Frageraster: Komplott der Machteliten oder Selbstpreisgabe einer Demokratie? ist im Blick auf die evangelischen Kirchenführer, sofern man sie überhaupt den Machteliten zurechnen kann, eher mit dem Begriff der Selbstpreisgabe als mit dem des Komplotts zu umschreiben. Auch wenn die in der Mitte der zwanziger Jahre erreichte Form kooperativer Loyalität, der pragmatische Friedensschluß mit dem republikanischen Staat, auf nicht sehr soliden Grundlagen fußte, so bestand doch kein Grund, seine Ernsthaftigkeit in Zweifel zu ziehen. Insofern war das Schicksal der Republik auch das Schicksal der Kirche. Ihre eindeutige Grenze zeigte die kooperative Loyalität im Sinne einer Selbstpreisgabe des demokratischen Staates dort, wo sich die Grundlage des Staats- und Politikgefüges ins Antidemokratische und Antirepublikanische transformierte. In diesem von Brüning zu Papen und Schleicher gleitenden Prozeß reichte kooperative Loyalität zu den Trägern der Macht als staats- und gesellschaftserhaltendes Prinzip offenbar nicht mehr aus, ja erwies sich im nachhinein als kontraproduktiv. Wichtigen Kirchenführern ist bewußt gewesen, was geschah, ohne daß sie jedoch – abgesehen von einzelnen markanten Zeichen – einen Paradigmenwechsel vom bloß pragmatischen Handeln hin zu einer Verteidigung der Demokratie in allen ihren Aspekten hätten vollziehen können. Diese Schwäche teilten die Kirchenführer mit vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Was in der Krise der Republik zerbrach, ist den Kirchenführern vor allem in der Zersetzung der rechtsstaatlichen Prinzipien bewußt geworden. Als der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches wegen seines differenzierten Urteils über Papens „Preußenschlag“ (teilweise illegal) von der nationalen Rechten wüst attackiert wurde, war dies ein Anlaß zu größter Besorgnis. Wenn schon nicht mehr der Staatsgerichtshof als

<sup>52</sup> *Shelley Baranowski*, Continuity and Contingency: agrarian elites, conservative institutions and East Elbia in modern German history, in: *Social History* 12 (1987) 285–308.

<sup>53</sup> *Wright*, „Über den Parteien“ (Anm. 4) 174.

<sup>54</sup> Wurm rückblickend aus einer Zeit, „wo alles noch vor Brüning auf dem Bauche lag“ (Wurm an Ephorus Frasch vom 7. 5. 1933 – Landeskirchliches Archiv Stuttgart D 1 Bd. 42).

das Organ oberster Rechtsprechung als unparteiisch und unabhängig galt, wohin sollten dann Recht und Gesetz in Deutschland abtreiben<sup>55</sup>?

## V.

In ihrer Überlagerung von repräsentativ-demokratischen und präsidialen Elementen war die Weimarer Verfassung das Produkt einer gebremsten Demokratie. Wie ihr Übergang in die nationalsozialistische Diktatur zeigt, war es jener Zeit offenbar in Deutschland nicht möglich, die Steuerungsprobleme einer modernen Massengesellschaft auf dem Boden der Republik zu lösen: weder durch den Parlamentarismus noch durch eine Mischung von parlamentarischen mit präsidial-etatistischen Elementen. Diese Schlussfolgerung muß, so sehr sie das Recht der historischen Fakten auf ihrer Seite hat, unbefriedigend bleiben, leistet sie doch einem geschichtlichen Fatalismus Vorschub.

Die von den Vätern der Verfassung dem Reichspräsidenten in die Hand gelegten Vollmachten bildeten ein trügerisches Sicherheitsnetz für den Fall, daß das freie Zusammenspiel der parteipolitischen Kräfte im parlamentarischen Kompromiß nicht mehr funktionierte. Die Anstrengung dieses Zusammenspiels, der Zwang zu Diskurs und Kompromiß, und zwar gerade und besonders auch dann, wenn hochkomplexe Problemlagen gegeben sind, ist der prinzipielle Normalfall der parlamentarischen Demokratie. In der Niedergangsphase der Republik ist er von vielen Parteien als der unnatürliche Ausnahmefall erlebt worden. Die Folge war eine Zersetzung der diskursiv-pragmatischen Vernunft des Parlamentarismus und die Übersteigerung der eigenen politischen Position. Die Kompetenz zur Problemlösung wurde unter zunehmend rigider Ausgrenzung der anderen Teilnehmer am politischen Prozeß nur noch im eigenen Programm gesehen. Dieses Phänomen, das sich bei einzelnen Parteien in besonderer Vehemenz zeigte, ist ein die gesamte politische Kultur Weimars durchdringender Prozeß gewesen.

Mit den wechselseitig proklamierten Unbedingtheits- und Absolutheitsansprüchen war ein Heraustreten aus historisch gewachsenen Kontinuitäten verbunden, sei es im Politikverständnis, im Verständnis sozialer Prozesse oder im Verständnis der zivilisatorischen Grundlagen der Gesellschaft und des Staates überhaupt. Wie insbesondere an den kommunistischen, den neokonservativen und den nationalsozialistischen Gesellschafts- und Politikentwürfen abzulesen war, ist die Weigerung, die eigene Gegenwart als Durchgangspunkt einer Geschichte zu begreifen, die von den Beständen der Vergangenheit geformt und in Kontinuität und Innovation auf die Zukunft hin zu gestalten ist, mit der Schaffung neuer Geschichtsbilder und Geschichtsrhythmen verknüpft gewesen: Sachliche Wirklichkeitswahrnehmung wird zur Ideologie. Diese „antihistorische Revolte“ hat in den Jahren der Weimarer Republik nicht begonnen, sondern lediglich ihre politikrelevante Form gewonnen. Intellektuelle Eliten nahezu aller geistespolitischen Fraktionen haben daran mitgewirkt. Auch die protestantische Theologie in ihren akademischen Formationen ist an der Formulierung von Ansprüchen,

<sup>55</sup> EZA A 2/479 (Kapler an Bracht vom 10.1.1933).

gegenüber dem geschichtlich Gewachsenen völlig neue Grundlagen der Zivilisation zu schaffen, in hohem Maße beteiligt gewesen. Friedrich Gogartens „Politische Ethik“ (1932) oder auch die Schriften von Emanuel Hirsch stehen dafür als Beispiel<sup>56</sup>.

In der zivilisatorischen Makroperspektive erscheint Weimar als spezifischer Anwendungsfall des Problems der unbewältigten Moderne. Kern der Moderne ist der Pluralismus, die Anerkennung – und sei es im Leiden – einer nicht revozierbaren Ausdifferenzierung der modernen Lebenswelt, die dann zugleich durch entsprechend ausdifferenzierte Weltanschauungsentwürfe, Überzeugungen und Identitäten geprägt ist. „Hunger nach Ganzheit“ (Peter Gay), jenes für die politische Kultur Weimars so charakteristische Phänomen, das in konkordantem Verhältnis zur Verabsolutierung politischer Programme stand, verhinderte es, der diskursiv-pluralistischen Vernunft noch Gehör zu verschaffen. Da auf der Ebene der Politik die Organisationsform der Moderne das pluralistisch-demokratische Gemeinwesen ist, bestand zwischen der unbewältigten Moderne und der gebremsten bzw. unwirksam gemachten Demokratie ein kausaler Zusammenhang.

In ganz verallgemeinerter Weise kann man die Defizite der politischen Kultur des Protestantismus in der Weimarer Republik nach zwei Seiten hin charakterisieren: 1. Die Kirchenführer waren in ihrem politischen und kirchenpolitischen Handlungsstil zu pragmatisch. 2. Die intellektuelle theologische Elite agierte in allzu starker Abhebung von der Pragmatik und zudem weithin unter Denkvoraussetzungen, die auf eine Hintergehung der Moderne durch ethische, ordnungspolitische, kulturelle Homogenitätsmuster hinausliefen.

Vielleicht wäre dem gebremsten Modernitätsstatus Deutschlands eine „konservative Demokratie“ angemessen gewesen, ein Modell, das Brüning in aller Unklarheit der Bauelemente, die dazu notwendig gewesen wären, vorschwebte<sup>57</sup>. Man kann mit hoher Wahrscheinlichkeit vermuten, daß eine ausgewogene Mischung dieser Art, die durch eine Verfassungsreform denkbar war, die Zustimmung der Kirchenführer gefunden hätte. Insgesamt gewinnt man den Eindruck, daß der Protestantismus in den zwanziger Jahren wohl für eine erhebliche parlamentarische Unterfütterung der politischen Prozesse optieren konnte, nicht aber für einen nach allen Seiten freigesetzten Parlamentarismus. Was Otto Dibelius Ende März 1933, freilich in Verkennung dessen, was bereits geschehen war, zum „Tag von Potsdam“ anmerkte, war der fast schon klassische Ausdruck eines protestantischen Wunschbildes: Christlichkeit der Gesellschaft, Autorität des Staates, Mitsprache der Volksvertreter im Parlament: „erst die Gottesdienste, dann der Staatsakt in der Garnisonkirche und dann die parlamentarischen Verhandlungen am dritten Ort“<sup>58</sup>.

<sup>56</sup> Kurt Nowak, Die „antihistoristische Revolution“, in: Troeltsch-Studien 4 (1987) 133–171. – Klaus Tanner, Die fromme Verstaatlichung des Gewissens. Zur Auseinandersetzung um die Legitimität der Weimarer Reichsverfassung in Staatsrechtswissenschaft und Theologie der zwanziger Jahre (AKiZ B 15, Göttingen 1989).

<sup>57</sup> Brüning, Memoiren (Anm. 15) 274, 454.

<sup>58</sup> Sonntagsspiegel vom 26.3.1933; zit. nach Stupperich, Dibelius (Anm. 44) 203.

*Gerhard Schulz*

## Bemerkungen zur Wegscheide zwischen parlamentarischer und autoritärer Entwicklung in der Geschichte der Weimarer Republik

### I.

Unter den vier Staatszusammenbrüchen oder politisch-wirtschaftlichen Bankrotten, die den Ablauf der deutschen Geschichte während der letzten achtzig Jahre bestimmen und die sich unter deutlich unterschiedlichen Konstellationen äußerer wie innerer Art ereigneten – der Zusammenbruch der wilhelminischen Monarchie 1918, der Weimarer Republik 1932/33, des nationalsozialistischen Führerimperiums 1945 und nach der Teilung Deutschlands der ostdeutschen „Volksdemokratie“ –, unter diesen dürften die beiden mittleren unveränderter Aufmerksamkeit sicher sein. Einer der Gründe für die „Auflösung der Weimarer Republik“, die Karl Dietrich Bracher in seinem wegweisenden Werk begrifflich fixiert und beschrieben hat<sup>1</sup>, liegt in der wohl nicht ausschließlich, aber doch weit überwiegend inneren Genese des Abbruchs der Demokratie von 1919, die es zu erlauben scheint, die destruiierende Wirksamkeit der endogenen Momente in die Perspektive schlichter, leicht begrifflicher und mit eindeutigen Vorzeichen versehener Alternativen zu bringen.

Aber natürlich geht es historisch nicht an, Zerstörung und Zerfall der ersten deutschen Demokratie und ihrer Verfassung auf eine „Verschwörung“ zurückzuführen, sei es auch nur auf eine der sozialgeschichtlich nicht klar bestimm- und abgrenzbaren und insofern nur mit großzügigem Topos bezeichneten „Eliten“, zu welchem Ausdruck mitsamt Bedeutung die Soziologen seit langem noch mehr Kontroversen geführt als verifizierbare Bestimmungen vorgebracht haben, so daß vieles erlaubt erscheint. Eine conjuratio irgendwelcher Gruppen gegen die Republik oder die Verfassung und ihre Organe ist nie nachgewiesen worden; aber sie hatte Gegner und auch erklärte Feinde, die jedoch, von verschiedenen Positionen ausgehend, bis gegen Ende der Republik nicht zusammenfanden. Dies waren sicherlich nicht immer „Eliten“, wie man auch diesen Begriff verstehen mag. Gewiß wurde von einer „Verfassungsreform“ im autoritären Sinne, schließlich gar von einem „Neuen Staat“ geredet. Aber letztlich blieben dies Schlagworte ohne schlüssigen Inhalt; und es steht dahin, was davon überhaupt einer Programmatik und was nur psychologischen Zwecken dienen sollte. Die

<sup>1</sup> *Karl Dietrich Bracher*, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (Villingen <sup>1</sup>1955); im folgenden zitiert: *Bracher*, Auflösung.

zunehmend stärker hervortretenden Bestrebungen zugunsten einer monarchischen oder prämonarchischen Restauration litten selbst in den Kreisen, die sie verfolgten, unter schwerlich überbrückbarem Dissens, sogar innerhalb des Hohenzollernhauses, und einem Defizit an verhandlungsfähigen Konzeptionen. Die vorzeitigen Reichstagswahlen 1930–1933, deren entscheidende Tragweite im Hinblick auf die Lähmung des parlamentarischen Lebens außer Frage steht, entstammten den Köpfen der Reichskanzler in ihrer jeweiligen Situation, Brüning, Papen und Hitler und einiger tonangebender Ressortchefs, Groener wie Schleicher, wurden von den Kabinetten und vom Reichspräsidenten vertreten, aber lediglich von der NSDAP – und nur anfangs vom Zentrum – begrüßt oder gefordert.

Aber auch der scheinbar alternierende Gedanke, eine „Selbstpreisgabe“ der Demokratie zu unterstellen oder zu untersuchen, führt nicht weit, wengleich zugestehen ist, daß dieser Topos neuerdings als These von Historikern diskutiert wird<sup>2</sup> und insofern einen gewissen Kurswert erreicht zu haben scheint, allerdings weit von der Erforschung der Wirklichkeit abgekommen ist.

## II.

Bei einer derart kurzen Stellungnahme zum Thema darf es natürlich nicht bleiben. Bracher hat bereits die Bedeutung eingehender Ergründung der Strukturen vor Augen geführt. Durch die Topoi der jüngeren Diskussion kann die Analyse weder abgedeckt noch ersetzt werden. Sie führt eine anhaltend schwierige labile Balance zwischen den Faktoren der Politik auch nach der Schaffung der neuen Reichsverfassung vor Augen. In der Entwicklung befestigte sich gegen Ende der ersten – überwiegend doch genetisch intern verursachten, wenn auch außenpolitisch ausgelösten – Krisenphase 1922–24 das 1919 bestimmte Verfassungssystem und das ihm zugehörige öffentliche Rechtssystem. Aber nach 1929, in der nächsten, schließlich weltweit ausgreifenden und sich in wechselseitigen Auswirkungen verschärfenden Krise, geriet die verfassungsrechtlich akzeptierte und länger schon zur Realität gewordene „pluralistische Gesellschaft“ in demokratisch begründeter Ordnung dann doch aus den allzu locker gefügten Fugen des Verfassungskompromisses. Daß es hierbei zu irreversiblen Abläufen kam, ist freilich den rückschauend Urteilenden ungleich deutlicher als den meisten Zeitgenossen, die an eine kritische Beurteilung von Normen und legislatorischen Akten hinsichtlich abschätzbarer Folgen und ihrer Systemdimension nicht gewöhnt waren.

Die großen Organisationen – Parteien wie tradierte Verbände und unterschiedlich organisierte Interessen –, auch eine Vielzahl nicht organisierter, aber resistenzfähiger informeller Verbindungen von hoher sozialgeschichtlicher Relevanz fügten sich unter unbestimmbaren Voraussetzungen in den Systemrahmen des Verfassungsrechts, das fortgesetzt Veränderungen durch Juristen-Kommentare und -praktiken erfuhr. Die stete verfassungsdurchbrechende Gesetzgebung auf Grund des Artikels 76 der Reichs-

<sup>2</sup> Karl Dietrich Erdmann, Hagen Schulze (Hrsg.), Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute, Kölner Kolloquium der Fritz Thyssen Stiftung, Juni 1979 (Düsseldorf 1980).

verfassung, der die Annahme nicht verfassungskonformer Gesetze durch verfassungsändernde qualifizierte Mehrheiten im Reichstag – ohne formale Änderung des Wortlauts der Verfassung – erlaubte, wurde als eine spezifisch deutsche Spielart des Verfassungsrechts entwickelt, schließlich gar eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten – ohne Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen der Verfassung – hieran angeknüpft. Die Verfassung erschien auch ihren unterschiedenen Verteidigern weithin dehnungsfähig ohne deutliche Begrenzung<sup>3</sup>.

In dieser Praxis gaben die Mehrheitsparteien ein wichtiges rechtsstaatliches Prinzip – nach jeweiliger Koalitionsmöglichkeit – unbedacht und unwiderrufen preis. Die diesem Rahmen folgende Ausdehnung des Notstandsrechts des Reichspräsidenten nach Artikel 48 der Reichsverfassung war dann mehr Folge dieser Praktiken als ausschließliche Ursache eines häufig zitierten „Verfassungswandels“. Die nächste Stufe der Entwicklung zu einem mehr präsidentiellen als parlamentarischen System lag in dem Vorrang der praktischen Anwendungen des Artikels 48 vor der des Artikels 76. Dies trat 1930, nach dem Zerfall der fragilen „großen Koalition“ und der Bildung der Regierung Brüning ein, die bereits anders verlief und die sich stärker auf den Reichspräsidenten stützte als die Regierungen vor ihr.

Doch das bedeutete noch keine irreversible Abkehr vom Verfassungsstaat von Weimar. Dies geschah vielmehr sukzessiv durch fortschreitende Einengung und Abspernung alternierender Wege: durch Auflösung und Neuwahl des Reichstags am 14. September 1930, die die Bildung einer mehrheitsfähigen Koalition in der Legislative in unvorhergesehener Weise permanent in Frage stellte, alsdann durch die vom Reichspräsidenten gewünschte – vom Reichskanzler systematisch, auch aus außenpolitischen Gründen verfolgte – Politik der Rechtswendung mit der allerdings vom Reichspräsidenten zunehmend bedenklicher aufgenommenen Folge der vermehrten und fortschreitend bürokratisierten außerordentlichen Gesetzgebung. Das erste verlagerte – faktisch, wenn auch nicht zwangsläufig notwendig – die politische Auseinandersetzung und die Oppositionsbildung nach rechts; das zweite förderte allmählich den Widerspruch und stärkte die an Breite gewinnende Opposition gegen die Regierung und ihre Praktiken, die dennoch verhältnismäßig lange – aus wechselnden Motiven – die Unterstützung einer Mehrheit im Reichstag erhielt, mit den Parteien also trotz allem noch operieren und lavieren konnte. Aber der Schwerpunkt der Konfrontationen verschob sich nach rechts. Die Situation, aus der sich keine Wendung in eine Alternative mehr als möglich erwies, ergab sich aus der Entscheidung des Reichskanzlers, sich dem Willen und dem Kurs des Präsidenten anzuschließen – andere Wege preiszugeben, und alsdann aus der zunehmenden Gefährdung des Reichspräsidenten selbst als des letzten Hüters der Regierung und des noch vorhandenen Systems. Beides ereignete sich in einer miteinander verknüpften Folge in der Geschichte des zweiten Kabinetts Brüning 1931/32.

<sup>3</sup> Auf die staatsrechtliche Diskussion hierzu und die Bemühungen namentlich von Carl Schmitt, das Notstandsrecht veränderungsfest abzusichern, kann hier nicht näher eingegangen werden.

## III.

Die Politisierung der Massen war in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg nicht sonderlich tief gedrungen und oberflächlich, auch un stetig geblieben. Man könnte sagen, daß sie im Hinblick auf einen demokratischen Verfassungsstaat mit schwachen Mitteln auf halbem Wege zu einem halben Ziele gelangte. In diesem Faktum verbarg sich immer eine latente Gefährdung der Republik. Entscheidendes Problem blieb, historisch gesehen, ob und wie die parlamentarischen Kräfte die Lage zu stabilisieren vermochten. Eine Lösung hätte nach der Reichstagswahl am 14. September 1930 wohl nur noch in geschicktem Lavieren in schmäler Bahn liegen können. Immerhin erschien dies nicht aussichtslos. Die Gruppierung, die sich jeweils hinter die Reichsregierung stellte, bildete insgesamt zwar keine aktionsfähige Koalition, aber doch eine bedeutende Agglomeration, die nicht mehr eine parlamentarische Mehrheit gewährleisten konnte, ihr aber noch beträchtlich nahe kam, sie beinahe erreichte.

Allerdings mußte sich der Reichskanzler um diese Gruppen stets aufs neue bemühen, was aufwendig und – auch im engsten Wortsinne – kostspielig war und Konzessionen verlangte. Einige der Restparteien bildeten herkömmlich die parlamentarischen Hauptkanäle der größten Interessengruppen, vor allem des Reichslandbundes und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, was sie auch noch einige Zeit, abnehmend seit dem Harzburger Treffen, blieben; hierin liegt die wichtigste hintergründige Bedeutung von Harzburg. Brüning zeigte sich, von Luther hierin unterstützt, in manchem konzessionsbereit, zumal dies zum Teil auch den Wünschen des Reichspräsidenten nach einer Rechtsausweitung der Regierung entsprach. Die Osthilfe, aber auch die Revision der Reparationspolitik, die, wie das Verhalten des ADGB zeigt, sich einer breiten Zustimmung erfreute, sind die wichtigsten Zeugnisse hierfür – mitsamt ihrer wechsellvollen Geschichte. Auch in anderen Momenten seiner Politik, namentlich während der Bankenkrise und bei der Reform des Bankwesens, in der Tarifpolitik, die zur Domäne des Reichsarbeitsministers Stegerwald wurde, wußte Brüning mit Geschick einzelne Repräsentanten der organisierten Interessen heranzuziehen und zu binden, wenn ihm auch in Schacht 1931 ein Gegenspieler erwuchs, der die Abwendung eines Teiles der betroffenen Bankinteressen und ihren Abmarsch in die Opposition teils förderte, teils herbeiführte. Seine Opposition richtete sich in erster Linie gegen den Reichsbankpräsidenten Luther, erst in zweiter gegen den Kanzler selbst. Er erkannte jedoch keine Verpflichtung gegenüber der Verfassung und auch nicht dem Reichspräsidenten gegenüber an; er verkörperte schlechthin den über ihnen freischwebenden Intellektuellen – mehr noch als den wirtschaftlichen Sachverstand.

Gewiß lassen sich Tendenzen und Forderungen nicht übersehen, die zu einer Gefährdung der labilen Balance führen konnten. Die Tarifstreitigkeiten verdeutlichten den kritischen Stand in der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Situation. Vermessenheiten und Blindheiten verdienen kritische Notiz; aber sie blieben ohne dramatischen Effekt, solange sie die Beziehungen nicht störten, die die Grundvoraussetzungen des Systems selbst bildeten und dies respektierten. Die Normen des Verfassungsrechts bezeichnen doch wohl meist nur ein Minimum dieser Voraussetzungen, die Leben und weitere Entwicklung nicht ausschließen. Im ganzen gesehen, fand sich

die Reichsregierung, wenn auch keineswegs bestens gerüstet, doch imstande, sich mit den Belastungen auseinanderzusetzen, die zu den Alltagsproblemen in anderen pluralistischen parlamentarischen Staaten gehören.

#### IV.

Die politische wie verfassungsgeschichtliche Differenz zwischen den Regierungen Brüning und Papen ist dann augenfällig. Die letzte befand sich ganz in der Hand des Reichspräsidenten. Während das zweite Kabinett Brüning mit der kommissarischen Übernahme des Reichsinnenministeriums durch den Reichswehrminister Groener schon einen deutlichen Einschlag präsidentiellen Entscheidungswillens, von Schleicher gelenkt, aufwies und wenn es auch andere mehr oder minder gewichtige persönliche Willensäußerungen Hindenburgs gab, so blieb doch der Entschluß des Reichskanzlers ausschlaggebend. Die Ernennung Groeners lag auch im Bereich seiner eigenen Vorstellungen. Er konnte und wollte ihr nicht widersprechen; denn schließlich war Groener an seiner eigenen Promotion zum Reichskanzler beteiligt gewesen<sup>4</sup>.

Die Ausweitung der „präsidentiellen Sphäre“<sup>5</sup> hatte früher schon begonnen; aber sie gelangte mit der Ernennung Papens zum Reichskanzler zur Vollendung. Die seit längerem etwa in diese Richtung treibenden Köpfe fanden sich unter Politikern der Rechten, hervorragenden Juristen, Ostagrariern, Interessenten an einer autarken Nationalwirtschaft und im Reichswehrministerium. Das Ergebnis entsprach den Vorstellungen Hindenburgs, der kein ausgesprochener Parteimann war, aber in seinem Amte auch kein ausgesprochener Gegner jener Parteien, die er für patriotisch, rechtsgerichtet und in einem akzentuierten nationalen Sinne für besonders vertrauenswürdig hielt. Angesichts der Realitäten in der Entwicklung der Parteien der Weimarer Republik lief

<sup>4</sup> Auch nach den Erinnerungen von *Heinrich Brüning*, *Memoiren 1918–1934* (Stuttgart 1970) 158 ff. Das literarische Vexierbild der veröffentlichten Erinnerungen läßt bei näherem Zusehen sowohl Zweifel an dem offenkundig Mitgeteilten als auch die Entdeckung versteckter Hinweise zu. Brüning schreibt, S. 157: „Während wir im Vorstand [des Zentrums] zusammensaßen und mit den Kabinettsmitgliedern überlegten, wie die Anwendung des Artikels 48 durch das Kabinett Hermann Müller erzwungen werden könnte, kam auch schon Meißner mit der Mitteilung, daß der Reichspräsident mich berufen werde und mich auch unverzüglich zu sich bitten lasse. Ich bat, mir unbedingt Zeit bis zum nächsten Morgen zu geben, da ich durch den plötzlichen Zusammenbruch alle meine Bemühungen erschüttert sah.“ Auch das Folgende ist relevant. Natürlich war der übermittelte Wille des Reichspräsidenten nicht derart, daß er im Frühjahr 1930 den Auserwählten unverzüglich erreichte und bestimmte, was auch aus der nachfolgenden Schilderung hervorgeht. Ganz so weit ging nicht einmal Papen in der Darstellung seiner Ernennung zum Reichskanzler. Vgl. *Gottfried Reinhold Treviranus*, *Das Ende von Weimar*. Heinrich Brüning und seine Zeit (Düsseldorf, Wien 1968) 115. *Gerhard Schulz*, *Deutschland am Vorabend der Großen Krise (Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Band II, Berlin, New York 1987) 466, 486 ff.* Die Erinnerungen des Nachfolgers: *Franz von Papen, Der Wahrheit eine Gasse* (München 1952) 182–190.

<sup>5</sup> *Ulrich Scheuner*, Die Anwendung des Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung unter den Präsidentschaften von Ebert und Hindenburg, in: *Ferdinand A. Hermens, Theodor Schieder* (Hrsg.), *Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning* (Berlin 1967) 271.

dies freilich auf eine Einengung des Systems hinaus, die kaum jemals noch eine Hoffnung auf parlamentarische Aktionsfähigkeit verhiel. Von den Kommunisten ganz abgesehen, kamen grundsätzlich, mit seltenen personellen Ausnahmen, Sozialdemokraten für Hindenburg nicht in Betracht, allerdings auch die seit 1930 erstarkten Nationalsozialisten nicht. Dem katholischen Zentrum gegenüber pflegte er Vorbehalte, die sich nur von Fall zu Fall und unter besonderen Bedingungen relativierten. Die seit Jahren vom Reichspräsidenten – in Übereinstimmung mit dem Reichswehrministerium – den parlamentarischen Kräften gegenüber beobachtete Reserve, stets darauf bedacht, das Ausnahmerecht nach dem Artikel 48 der Reichsverfassung uneingeschränkt zu erhalten<sup>6</sup>, bei gelegentlichen personalpolitischen Einwirkungen, wick seit der Regierungskrise der letzten Koalitionsregierung Hermann Müller und mit der Regierungsbetrauung Brüning einer deutlich stärkeren Beteiligung des Präsidenten an politischen Entscheidungen. Dies gibt noch keinen Grund, Hindenburg a limine eine antiparlamentarische Haltung zu unterstellen. Eine funktionstüchtige Arbeitsweise der Parteiführungen und des Reichstags hätte er schwerlich tangieren wollen. Allerdings sind die politischen Schwächen in der Urteilsbildung, in Neigungen und Vorlieben des Reichspräsidenten unverkennbar. Neben der Bevorzugung des Wehressorts, die sich auch in der Demonstration des militärischen Elements und der militärischen Traditionspflege in der Öffentlichkeit äußerte, und dem Eintreten für den Stahlhelm galt seine einseitige Parteinahme der ostdeutschen, vornehmlich der ostpreussischen Landwirtschaft und hier in erster Linie den alten eingessessenen Familien. Dies erforderte kostenaufwendige Hilfen zugunsten eines Notstandsgebietes, die wohl wirtschaftlich begründet waren, aber nie effizient entwickelt wurden. Hierin zeigte sich Hindenburg ähnlich unwandelbar wie in seinem Interesse an einzelnen Persönlichkeiten der nationalen Rechten. Das mußte als politisches Faktum erst recht mit der Wiederwahl des betagten Feldmarschalls zum Reichspräsidenten 1932 in Kauf genommen werden.

In jedem relevanten Bezug bleibt es ein unbehobenes Defizit sowohl der parlamentarischen Kräfte der Republik als auch des Reichskanzlers, daß sie die Möglichkeit zur Nominierung eines jüngeren befähigten Kandidaten für die Reichspräsidentschaft versäumten und die Zeit für angemessene Vorbereitungen verstreichen ließen. Schon seit Herbst 1928 wurden häufig, spätestens seit Frühjahr 1931 ständig in Kreisen und Zirkeln der konservativen Rechten Probleme und Personalvorschläge hin- und hergewendet; ein Ergebnis, das sich öffentlich vertreten ließ, blieb jedoch aus. Dieses Urteil verschärft sich noch angesichts der Tatsache, daß der Reichskanzler aus Gründen, die hier übergangen werden müssen, schließlich mit unzulänglichen Mitteln, die ein Einvernehmen mit der gesamten, auch der äußersten Rechten erforderten, eine Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs – gegen dessen Widerstand – auf dem Wege über ein verfassungsänderndes Gesetz durchzusetzen versuchte. Erst infolge des Scheiterns dieses riskanten und fragwürdigen Versuchs, der sogar den Nationalsozialisten eine

<sup>6</sup> Vgl. *Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930* (Berlin, New York <sup>2</sup>1987) 470–477, 647–658.

ebenso billige wie willkommene Gelegenheit bot, sich als Interpreten der Verfassung aufzuspielen, bewegte der Kanzler den Reichspräsidenten zu seiner Kandidatur, die dann die Wiederwahl brachte – nach einem langen erbitterten Wahlkampf, der erst im zweiten Wahlgang und nur dank einer knappen Mehrheit gelang, die sich zum großen Teil auf das Lager der Anhänger der parlamentarischen Parteien und der einstigen Gegner Hindenburgs bei dessen erster Wahl 1925 stützte<sup>7</sup>. Fortan verlangte bereits das Erhaltungsprinzip schonenden Umgang mit dem kränkeldnen 84jährigen Feldmarschall, der die damalige Lebenserwartung um mehr als das Doppelte übertroffen hatte, gewisse Rücksichten auf seine Stimmungen und Launen und seine längeren Aufenthalte auf dem ostpreußischen Gut Neudeck.

## V.

Die Wiederwahl Hindenburgs hatte aber die Frage nach der nächsten Präsidentschaft in Wahrheit nicht gelöst; denn mit einem Versiegen seiner Lebenskraft und womöglich noch früherem Nachlassen seiner Verstandeskraft und Arbeitsfähigkeit mußte man jederzeit rechnen und rechneten auch viele, ohne daß Vorkehrungen getroffen wurden. Die Vorgänge im März und April 1932 sind nicht zuletzt eben unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, daß auch um die nächste, aller Voraussicht nach bald beginnende Präsidentschaft gerungen wurde; das Ergebnis glich einem knappen, mit einiger Not erreichten Patt. Unter diesen Voraussetzungen, nicht um eines erreichbaren Sieges im ersten Anlauf willen, hatte Hitler zur Reichspräsidentenwahl kandidiert und eine günstige Ausgangslage gewonnen. Gelegentliche Zeitungskommentare, die im Mai eine künftige Präsidentschaft Schleichers ankündigten, bezeugen, daß auch andere Erwägungen unter Zeitgenossen angestellt wurden, verdeutlichen aber auch, wie begrenzt die Wahl blieb und wie knapp die Aussichten in der nächsten Zukunft waren. Wie wir heute wissen, spielten Restaurationsbemühungen monarchistischer Kreise hierbei eine wesentliche Rolle<sup>8</sup>. Sie richteten sich teilweise an die Adresse des Reichspräsidenten; teilweise versteiften sie sich auf Gegenpositionen.

<sup>7</sup> Zur gesamten Vorgeschichte und zur Wahl *Bracher*, Auflösung 443–458, 474–480; *Andreas Dorpalen*, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik (Berlin, Frankfurt a.M. 1966) 243–284. Vgl. auch *Otto Meissner*, Staatssekretär unter Ebert–Hindenburg–Hitler (Hamburg <sup>3</sup>1950) 215–219.

<sup>8</sup> Hierzu sind die Kenntnisse – auch über Verbindungen zwischen Nationalsozialisten und dem Hohenzollernhaus – wesentlich erweitert und verdichtet worden. Vor allem durch *Sigurd von Ilsemann*, Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II., hrsg. v. *Harald von Koenigswald*, Bd. II: Monarchie und Nationalsozialismus 1924–1941 (München 1968); *Gerhard Granier*, Magnus v. Levetzow, Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente (Schriften des Bundesarchivs 31, Boppard 1982); auch die Studie über Göring von *Albrecht Tyrell*, Der Wegbereiter – Hermann Göring als politischer Beauftragter Hitlers in Berlin 1930–32/33, in: *Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen, Hans-Hellmuth Knütter, Hans-Peter Schwarz* (Hrsg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher (Düsseldorf 1987) 178–197, die allerdings auf die monarchistischen Zielsetzungen der meisten der von ihm genannten Zirkel nicht näher eingeht.

Eine auf Verfassungsänderungen beruhende Diktatur, Reichsverweserschaft oder Direktorium rückten damit, wenn auch zunächst beinahe unauffällig, in den Vordergrund. Doch auch angesichts dieser Gefahr – selbst wenn sie erkannt worden wäre – konnte niemand vom Reichspräsidenten und seinen Entschlüssen eine schicksalhafte Wendung erwarten. Seinen Wählern fühlte er sich nicht zum Dank, erst recht nicht zu Gegenleistungen verpflichtet. „Nein, Treue kann man ihm nicht zum Vorwurf machen“, soll einer der Reichswehrgeneräle, die ihn kannten, einmal gesagt haben<sup>9</sup>, was *ben' trovato*, vielleicht sogar wahr ist, allerdings den wirklichen Ernst der Lage nur unvollkommen trifft.

All dies erscheint noch bedenklicher, seitdem Brüning in seinem ersten veröffentlichten Nachkriegsbrief mitgeteilt hat, Hindenburg habe bereits im September 1931, als es immerhin noch Zeit, allerdings höchste Zeit für die Aufstellung eines geeigneten Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl war, „einen geistigen Zusammenbruch erlitten, der zehn Tage anhielt“, so daß er, Brüning, die Veröffentlichung der Vierten Notverordnung hinausgeschoben habe wegen der „Krankheit des Präsidenten, die wir sorgfältig geheimhalten mußten ... Wenn sie allgemein bekannt geworden wäre, hätte [dies] die ganze psychologische Grundlage für den Erfolg lebensnotwendiger wirtschaftlicher Maßnahmen zerstört, und das militärische [!] und politische Programm ... hätte nicht durchgeführt werden können.“<sup>10</sup> Wenn man davon auch einiges an überspannten Brüningschen Tiraden reduzieren darf, die einem leicht zu betörenden Publikum regelmäßig den gewagte Pläne verfolgenden und riskant balancierenden, aber durch fremde Einwirkungen gehinderten Kanzler vorführen, so bleiben doch Fragen und erhebliche Zweifel, ob der Reichskanzler in der Präsidentschaftsfrage wirklich vorausschauend handelte und entschied. Seine Behauptungen zu dem (falsch datierten) Tage seines Rücktritts leitete Brüning mit der vielsagenden Bemerkung ein: „Solange Reichspräsident Hindenburgs Verstand nicht umwölkt und solange es mir möglich war, bei ihm Zutritt zu haben ... Aber sein Geist war nicht klar am Morgen des 30. Mai 1932...“<sup>11</sup> Dies läßt allerdings schwerwiegende Zweifel an seiner selbstsicheren Diagnostik zu. Seinem Briefpartner Graf Brünneck-Bellschwitz hat der Altkanzler eineinhalb Jahre später diese Version wesentlich sorgsamer und auch etwas glaubwürdiger mitgeteilt: „Nach fünf Uhr abends konnte man seit September 1931 mit ihm [Hindenburg] keine schwierigen Fragen mehr besprechen; die richtige Zeit dazu war morgens zwischen neun und elf“<sup>12</sup>, die Brüning auch für seine Vorträge nutzte. Graf Brünneck war allerdings einer der Gutsnachbarn des Reichspräsidenten und wußte dies selbst am besten.

Gewonnen wurde mit der Kandidatur und Wiederwahl Hindenburgs so gut wie nichts, aber eine Zunahme an Unsicherheiten in Kauf genommen. Diese Feststellung betrifft nicht allein die Entscheidungen Brünings, sondern ebenso die der ihm und

<sup>9</sup> Joachim v. Stülpnagel zu dem Berliner Chirurgen Otto Nordmann, einem Freund von Theodor Heuss, berichtet von Heuss, Tagebuchbriefe 1955/63. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hrsg. u. eingel. v. Eberhard Pikart, (Tübingen, Stuttgart 1970) 164.

<sup>10</sup> Brüning, Ein Brief, in: Deutsche Rundschau 70 (1947), H. 7, 7 f.

<sup>11</sup> a.a.O., 8.

<sup>12</sup> Geh. Staatsarchiv Berlin, Nachl. Graf Brünneck/II, Rep. 456 b.

dem Zentrumskurs folgenden Parteiführungen, auch die der Staatspartei und der SPD als der immer noch größten Massenpartei in der Gefolgschaft des Reichskanzlers. Die Parteimitglieder und -anhänger folgten in gewohnter Weise. Es gab freilich den gewichtigen Grund, den sie für den wichtigsten hielten: die Regierung Brüning um jeden Preis am Ruder zu halten, weil sie keine andere Alternative gegenüber einer Diktatur mehr erblickten, die sie sich meist als eine nationalsozialistische oder zumindest als eine von Hitler und der NSDAP abhängige vorstellten. Man kann die Geschichte gewiß so interpretieren, daß sie als Bestätigung dieser Annahme gilt. Doch die seit den Tagen der Novemberrevolution allmählich verlorengegangene Beweglichkeit und Bewegungsfreiheit der Sozialdemokraten<sup>13</sup> hat weit über Gebühr die Neigung ins Kraut schießen lassen, für ihre Niederlagen auf dem Wege ihres stetigen Rückzugs die überlegene Macht, die Raffinesse, die größeren Geldquellen, die Rücksichtslosigkeit oder Gewissenlosigkeit und Infamie der anderen anzuführen, wofür es natürlich auch Belege gibt. Doch dies bedarf eindringlichen Fragens und Untersuchens. Offensichtlich war es für Partei und Führung das fraglos Bequemste, dem Kurs Brünings, nachdem man sich unter dem Choc der Wahl im September 1930 aus begreiflichen Gründen zur Tolerierung entschlossen hatte, in gewohnter Weise – in gelegentlicher, aber ebenso entschieden begrenzter wie gefahrloser Stimmung zur Opposition – weiterhin zu folgen und seine Fortdauer zu erhoffen. Er schien sie über die Krise hinwegzubringen, die mehr und mehr auch zu ihrer eigenen Krise wurde. Für eine „Selbstpreisgabe“ hielten sie dies nicht<sup>14</sup>. Allerdings muß das weitere Fragen und Forschen mit dem Prüfen des Denkens und mit der Überführung falscher Vorstellungen einsetzen.

<sup>13</sup> In diesem Zusammenhang ist das Werk von *Heinrich A. Winkler*, *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik*, Bd. III: *Der Weg in die Katastrophe* (Berlin, Bonn 1987) unentbehrlich.

<sup>14</sup> *Hagen Schulze* hat dies in die Alternative gerückt: *Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33* (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 4, Bonn, Bad Godesberg 1975). Natürlich macht es, genau betrachtet und wie auch ersichtlich wird, einen Unterschied, ob Papen, Schleicher oder Hitler Reichskanzler war.



# Diskussion

*Eberhard Kolb*

Bei der Diskussion um das Ende „Weimars“ hängt vieles von einer Definition dessen ab, was unter „Weimar“ verstanden wird. Es liegt nahe, mit einem normativen Begriff „Weimar“ zu operieren – Weimar als parlamentarische Demokratie – und mit der seit 1930 zunehmenden, seit Mitte 1932 eklatanten Funktionsunfähigkeit des parlamentarischen Systems das Ende Weimars gekommen zu sehen.

Ich möchte für eine andere Perspektive plädieren. Die Weimarer Republik als parlamentarisch-demokratischer Verfassungsstaat war noch nicht in dem Moment an ihr Ende gelangt, als mit dem Eintritt in die Ära der Präsidialkabinette das parlamentarische System zunehmend ausgehöhlt wurde. Denn die Regierungen Brüning, Papen und Schleicher tasteten die Rechtsstaatlichkeit nicht an, und selbst die Kabinette Papen und Schleicher kamen nicht umhin, die Weimarer Verfassung als Grundlage ihres politischen Agierens und als eine schwer überwindbare Schranke beim Versuch, radikale Verfassungspläne zu verwirklichen, anzuerkennen. Reichspräsident Hindenburg schreckte auch deswegen davor zurück, mittels seiner Amtsvollmachten die Umformung Weimars in einen autoritären Staat durchzuführen, weil er nicht des offenen Verfassungsbruchs bezichtigt werden wollte. Insgesamt herrschte in der Zeit der Präsidialregierungen also ein verfassungsrechtlicher Schwebzustand, in dem die Elemente der parlamentarischen Demokratie zwar deutlich zurückgedrängt waren, aber immerhin reaktivierbar blieben, da der Boden der Weimarer Verfassung noch nicht endgültig verlassen worden war. Zudem wurde der rechtsstaatliche Charakter Deutschlands selbst von der Regierung Papen nicht ernsthaft in Frage gestellt.

Bis zum 30. Januar 1933 bestand daher die – wenn auch schmale – Chance der Rückkehr zum Parlamentarismus nach Überwindung der akuten Staatskrise. Erst mit der Berufung Hitlers zum Reichskanzler wurde der „point of no return“ erreicht: mit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten wurde jener Qualitätssprung vollzogen, der die Abkehr von Weimar sowohl als einer parlamentarischen Demokratie als auch eines Rechts- und Verfassungsstaates unumkehrbar machte.

*Peter Krüger*

Die Diskussion über die Zäsuren des Verfalls der Weimarer Republik vermischt verschiedene Ebenen: 1) Unter analytischen Aspekten benötigte man ein klares Kriterium für den Zustand der Republik und seine Beurteilung. Dies kann (auch nach dem Willen des Verfassungsgebers) nur das der funktionierenden parlamentarischen Demokratie sein. Sie endete am 27. März 1930, danach folgte etwas Neues, das Präsidialregime und die planmäßige Ausschaltung der größten Partei, der SPD. Die Phase der Tolerierungsmehrheit war daher prinzipiell schon etwas anderes, eine Anomalie und ein Krisenzeichen. 2) Die Republik war damit aber noch nicht hoffnungslos am Ende.

Für ihr Ende muß man einen gleitenden Prozeß des Verfalls rekonstruieren, der schon mit den Gründungsbelastungen anfing und nur vorübergehend hoffnungsvolleren Phasen wich. Zu beachten ist dabei die Krise des Parlamentarismus in Europa, erörtert besonders in der zweiten Hälfte der 20er Jahre, u. a. auch in der Interparlamentarischen Union. Stresemann galt vielen als Stütze des Parlamentarismus, nicht zuletzt wegen seiner Reformvorschläge. Die aufkommenden Diktaturen sind aber nicht Ursachen, sondern Folgen dieser Krise gewesen.

### *Klaus Schönhoven*

Die Frage, wann die Abweichung von Weimar bis zum Durchbrechen der Verfassung vorangetrieben wurde, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Es handelte sich um einen gleitenden Prozeß, bei dessen Analyse man die Substanz Weimars nicht auf einen formalen Rechtsstaatsbegriff reduzieren sollte, weil dann die demokratisch-parlamentarischen Kernelemente der Verfassung von 1919 preisgegeben und die Unterschiede zwischen Republik und Kaiserreich eingeebnet würden. Ein Dualismus zwischen Präsident und Parlament bestand schon am Anfang der Republik, wie die häufige Anwendung des Artikels 48 durch Ebert belegt. Allerdings respektierte Ebert das Parlament und wollte keine Präsidialdiktatur aufrichten, als er zur Notstandsgesetzgebung griff. Ab 1930 war die Zielsetzung eine andere. Jetzt wurde der Ausnahmezustand als antiparlamentarische Waffe eingesetzt, um unter dem Dach des Notverordnungsregimes einen Verfassungswandel anzubahnen. Der Wille, über die Verfassung hinauszugehen, kam klar zum Ausdruck in der Auflösungspraxis der Präsidialkabinette, die das parlamentarische Gefüge der Republik erschütterten, und im Vorgehen gegen Preußen im Juli 1932, als unter dem Deckmantel der Reichsexekution die föderalistischen Fundamente der Republik attackiert wurden.

Diese Gewichtsverlagerung zur Präsidialdiktatur trugen nicht nur die protestantisch-konservativen Eliten mit, auf die Herr Nowak ausführlich eingegangen ist, sondern auch große Teile des politischen Katholizismus. Die von Kirchenführern wie Kardinal Faulhaber schon auf dem Katholikentag von 1922 bekundete große Distanz zur Weimarer Republik prägte beispielsweise bis 1933 permanent die Haltung der Bayerischen Volkspartei in ihrer Reichs- und Landespolitik. Mit der Wahl von Prälat Kaas übernahm im Dezember 1928 auch im Zentrum der rechte Flügel die Parteiführung, dessen Kurs auf eine Staatsordnung mit stark autoritären Zügen abzielte und eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie immer mehr erschwerte. Die republikanischen Bindungen des politischen Katholizismus waren von Anfang an schwach und lockerten sich seit dem Ende der zwanziger Jahre fast völlig.

### *Gerald D. Feldman*

Ich kann mir nicht vorstellen, wie die Weimarer Republik von der parlamentarischen demokratischen Grundlage, auf der sie beruhte, hätte losgelöst werden können. Der März 1930 bedeutete die große Wende für die Republik und ihr eigentliches Ende aus zwei zusammenhängenden Gründen. Erstens hatten sich Brüning und diejenigen, die ihm zur Macht verhalfen, auf die Umwandlung des politischen Systems in einer autoritären Richtung festgelegt. Zweitens suchten sie die Rolle der Massen zu mindern, wobei sich jedoch eine Entmassung ohne Massenpartei paradoxerweise nicht herstellen ließ; wollte man die parlamentarische Demokratie aufgeben, dann mußte man auch eine radikale und zugleich autoritäre Massenbasis finden.

### *Anthony J. Nicholls*

Zu der Frage ‚Wann ist Weimar zu Ende gegangen?‘, möchte ich darauf hinweisen, daß die Weimarer Republik ohne das allgemeine Wahlrecht und ohne ein parlamentarisches Regierungssystem kaum denkbar ist. Die großen Errungenschaften der Republik waren die Demokratisierung der Länder und die Parlamentarisierung des Reiches. Es ist schwer zu glauben, daß diese Errungenschaften damals sicher gewesen wären, wenn die republikanische Staatsform durch eine monarchische ersetzt worden wäre. Für mich bleibt deswegen der Zusammenbruch der Großen Koalition eine sehr wichtige Etappe auf dem Weg in die Diktatur, und mit dem Sturz von Brüning wurde die Lage der echten Weimarer Republik hoffnungslos.

### *Jürgen John*

Mit einigen meiner Vorredner bin ich der Ansicht, daß es sich bei den Vorgängen, die schließlich zur Katastrophe des 30. Januar 1933 führten, um einen gleitenden Prozeß handelte. Ich vermag in der Schlußphase der Weimarer Republik keinen letztlich entscheidenden Punkt – keinen point of no return – zu sehen, an dem sich das Schicksal der Weimarer Republik ein für alle mal entschied. Wenn es ihn gab, so müßte weitaus gründlicher als bisher über die Kriterien seiner Bestimmung diskutiert werden. M. E. reicht es nicht, den einen oder anderen Faktor zum Gradmesser zu machen.

Man war während der ganzen Weimarer Zeit viel zu schnell mit autoritärer Politik zur Hand, um Krisensituationen zu bewältigen. Dies und der Gestaltwandel der Republik machten es den Zeitgenossen wie später den Historikern schwer zu unterscheiden, wo Republikserhaltung mit solchen Mitteln aufhörte und die Republikzerstörung begann. Wo lagen denn tatsächlich die Grenzen zwischen einer republikserhaltenden und republikzerstörenden Anwendung des Artikels 48? Dieses Problem hat in den Debatten der letzten Jahre unter den DDR-Historikern eine zentrale Rolle gespielt und war stets der kritische Punkt in der Auseinandersetzung mit denjenigen Auffassungen, die zwischen der bürgerlichen Weimarer Republik und der NS-Diktatur letzt-

lich nur graduelle Unterschiede sahen. Ich habe mich stets gegen solche Auffassungen gewandt, mußte mir aber immer die Frage vorlegen, wie demokratiestabilisierend eigentlich eine autoritär geprägte Politik tatsächlich sein konnte.

Ganz offensichtlich haben die auf die „Ersatzverfassung“ gerichteten Politikkonzepte den um die Jahreswende 1929/30 unter dem Druck der wirtschaftlichen Herausforderungen einsetzenden Prozeß des Abgleitens in einen autoritären Staat beschleunigt. Die Frage ist, ob es sich bei den Präsidialregierungen Brüning, Papen und Schleicher dann tatsächlich noch um Alternativen oder nur noch um Varianten auf einer abschüssigen Bahn handelte. Aus der Perspektive der Handelnden und ihrer Zeitgenossen stellten sich natürlich diese Unterschiede, die Risiken autoritärer Politik oder der Scheidepunkt zwischen den Präsidialkabinetten und der konservativ eingerahmten Hitler-Regierung ganz anders dar als aus der späteren und heutigen Sicht, die die nachfolgende Entwicklung vor Augen hat.

### *Peter Steinbach*

Die Frage nach dem „eigentlichen Kern“ der Weimarer Verfassungsordnung bietet die Möglichkeit, den Prozeß der stufenweisen Durchbrechung dieses Verfassungssystems darzustellen und zugleich zu erklären, warum die unbestreitbaren Veränderungen und Verletzungen von Kompromißstrukturen und Verfassungsnormen in der öffentlichen Diskussion und politischen Wahrnehmung so merkwürdig folgenlos blieben. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf den Föderalismus zu richten. Als bereits auf zentraler politischer Ebene mit der Entscheidung für das Präsidialsystem entscheidende Weichen zur Veränderung der republikanischen Ordnung gestellt worden waren, bot die föderative Ordnung noch die Möglichkeit, ein Gegengewicht zu den initiierten und realisierten Wandlungsprozessen zu schaffen. Deshalb schienen manche der Machtverschiebungen weniger bedrohlich, als sie sich im Rückblick darstellen. Ich denke, daß es notwendig ist, die politische Wahrnehmung, welche die Politik der Präsidialkabinette und der reichspolitischen Entscheidungszentren betraf, auch regional-spezifisch zu differenzieren. Dies könnte auch die Interpretation von Papens Preußenschlag als entscheidende Zäsur der 1930 beginnenden Auflösungsprozesse stützen, gleichsam als „Endpunkt“ der 1919 entstandenen Ordnung.

Eine kritische Bemerkung ist zu der anregenden These von Hans Mommsen zu machen, „der Widerstand“ des Jahres 1944 sei mit seiner Kritik an parteienstaatlichen Vorstellungen in der Kontinuität zu Verfassungsdiskussionen und -bestrebungen seit 1930 zu interpretieren, die im Tatkreis oder im Umfeld Papens nachzuweisen wären. Abgesehen davon, daß sich in den Jahren nach 1933 im Widerstand ganz unterschiedliche Diskussionen, überdies in einem prozeßartigen Auf und Ab, nachweisen lassen, ist es unzulässig, diese sich zunächst auf den bürgerlich-konservativen Widerstand konzentrierende These undifferenziert auf „den“ Widerstand zu übertragen. Wir dürfen nicht übersehen, daß sich innerhalb der Widerstandsgruppen unterschiedlichste Konzeptionen nachweisen lassen. Ende der dreißiger Jahre hatte Moltke etwa sein Konzept der „kleinen Gemeinschaften“ entwickelt, das sich durchaus mit dem „Nach-

barschaftskonzept“ von Artur Mahraun vergleichen läßt; wenig später aber denkt er bereits über Wahlen als Mittel eines Neuaufbaus von Staat und Gesellschaft im Geiste der Selbstverwaltung des 19. Jahrhunderts nach. Die These von der Kontinuität politischer Vorstellungen leidet unter der Verengung auf den „nationalkonservativen Widerstand“, etwa im Umkreis von Goerdeler, vernachlässigt aber die wichtigen Neuorientierungen, die etwa im Exil und in einzelnen Kreisen des Widerstands vor sich gehen, die in die Zukunft tragen und sicherlich auch über den 20. Juli 1944 hinaus wirken. Erinnern möchte ich nur an die Versuche Schumachers, noch vor der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht die Konturen eines Parteiensystems vor auszudenken – dies allerdings in der Frontstellung gegen bürgerliche Vorstellungen von der Überwindung der Parteigegensätze.

### *Ian Kershaw*

Ich muß zugeben, daß ich, was Weimars Überlebenschancen angeht, eine weniger ‚optimistische‘ Optik habe als Herr Kolb. Die große Zäsur scheint mir in dieser Hinsicht schon 1930 beim Übergang von der Müller-Regierung zum ersten Präsidialkabinett unter Brüning zu liegen. Das will natürlich nicht heißen, daß es danach eine Einbahnstraße von Brüning zu Hitler geben mußte, nur daß die Chancen, eine lebensfähige Demokratie zu retten, schon bei Beginn der Weltwirtschaftskrise gering und innerhalb kurzer Zeit, spätestens bei der Bankenkrise von 1931, m.E. fast gleich Null waren. Welche Art von autoritärer Lösung das demokratische System ersetzen würde, blieb selbstverständlich bis zum 30. Januar 1933 offen. Ab 1930 sprach aber, auch im internationalen Vergleich, die Wahrscheinlichkeit gegen die Rettung Weimars.

Die wirtschaftliche Ausgangslage war, gleich wie man die Handlungsspielräume einschätzt, wohl ungünstiger als in jedem anderen hochentwickelten kapitalistischen Land. Aber noch wichtiger: die Wirtschaftskrise traf eine Gesellschaft, in der die Fundamente der Demokratie auf weniger Akzeptanz, nicht zuletzt bei den Machteliten, gestoßen waren als in jedem Land, wo die Demokratie in den 30er Jahren überlebte. Die Legitimationskrise in Weimar war daher schon bei der Anbahnung der Wirtschaftskrise größer als irgendwo sonst. Im internationalen Vergleich waren die Demokratien, die die Wirtschaftskrise überstanden, mit der Ausnahme der Tschechoslowakei, Sieger- oder neutrale Staaten im Ersten Weltkrieg gewesen, waren industriell hochentwickelt und hatten festgefügte pluralistische Traditionen, die breite Legitimation genossen. In den Verliererstaaten, soweit sie Agrarländer ohne festgefügte pluralistische Tradition waren, konnte sich eine demokratische Staatsform kaum etablieren. Die Demokratie wurde hier in der Regel schon früh durch ein traditionell autoritäres oder halb-faschistisches System ersetzt. In partiell industrialisierten, wirtschaftlich aber eher rückständigen Staaten mit schwachen demokratischen Strukturen und Traditionen, wie Italien und Österreich, ging die Demokratie entweder schon in der Nachkriegskrise zugrunde oder erlag der autoritären Alternative in der Wirtschaftskrise. Das industriell hochentwickelte Deutschland stellt insoweit einen Sonderfall dar. Eine zwar seit langem existierende, aber der festen demokratischen Tradition ent-

behrende pluralistische Tradition verfiel unter dem Druck der Wirtschaftskrise in eine besonders tiefe Legitimationskrise sowohl an der Spitze als auch bei den Massen.

Historisch gesehen war wohl die grundsätzliche Schwäche des deutschen Parlamentarismus die Unfähigkeit, einen breiten, demokratisch verankerten Konservatismus aufzubauen. Die fragmentierten, antidemokratischen Eliten hatten daher ab 1930 weder eine brauchbare parlamentarische Repräsentation, noch besaßen sie die Fähigkeit, die Massen aus der Politik auszuschalten. Der Aufstieg der NSDAP erschwerte dann weiterhin die Möglichkeit einer konventionell autoritären Lösung und vertiefte gleichzeitig die Legitimationskrise.

Bei einer Strukturanalyse der Defizite der Weimarer Demokratie kommen mir die Begriffe ‚Komplott‘ und ‚Selbstpreisgabe‘ als vereinfacht vor. Wenn das Verhalten der Eliten eher durch Schwäche als durch Stärke gekennzeichnet war, wird man wohl kaum von einem eigentlichen Komplott sprechen können. Und wenn, wie in der Zeit nach 1930, die *politischen* Spielräume eng begrenzt waren und die schrumpfenden demokratischen Kräfte, damals hauptsächlich die SPD, mit dem Rücken zur Wand standen, ist auch der Begriff ‚Selbstpreisgabe‘ mit dem man gewöhnlich eine freie Entscheidung assoziiert, nicht adäquat.

### *Hans Mommsen*

Die Frage nach dem Ende der Weimarer Republik stellt sich in verfassungsrechtlicher Hinsicht nur bedingt. Eine formelle Aufhebung der Weimarer Verfassung erfolgte nach 1933 nicht. Politisch war das parlamentarische System von Weimar seit dem 2. Kabinett Brüning definitiv gescheitert. Es ist problematisch, die Phase der Präsidialkabinette unter Hinweis auf die Beibehaltung rechtsstaatlicher Prinzipien dem entstehenden nationalsozialistischen Regime starr gegenüberzustellen und davon zu sprechen, daß Weimar erst 1933, sei es mit der Machtergreifung, sei es mit der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, ein Ende gefunden hat. Bei allen fundamentalen Unterschieden zum Dritten Reich sollte nicht übersehen werden, daß gerade die Ära von Papen durchaus Einbrüche in eine rechtsstaatliche Struktur vollzogen hat, wie spätestens die Verwaltungsvereinfachung und das Beamtenrevirement in Preußen zeigen. Auch sollte man nicht übersehen, daß in der Frühphase der Republik, bis hin zur Niederschlagung der „Roten Ruhrarmee“ bei der Bekämpfung der äußersten Linken also, wiederholt klare Verstöße gegen den Rechtsstaatsgrundsatz zu verzeichnen sind.

Im politischen Sinne gelangte die Weimarer Republik mit der Gleichschaltung Preußens am 20. Juli 1932 und der Absetzung der amtierenden sozialdemokratischen Koalitionsregierung unter Otto Braun an ihr Ende. Die Existenz der Republik beruhte darauf, daß Kompromisse zwischen der gemäßigten politischen Linken, damit der SPD und in den Anfängen der USPD, und den bürgerlichen Parteien möglich waren und eine Regierungskoalition zwischen ihnen nicht grundsätzlich ausgeschlossen war. Die Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung, die ja weitergehende revolutionäre Hoffnungen der Linken zerstörte, war gleichzeitig von einem in der Revolutionsphase entstandenen sozialpolitischen Kompromiß geprägt, zu dem nicht zuletzt die

Tarifhoheit der Gewerkschaften, der formelle Achtstundentag und das Prinzip begrenzter Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft gehörten. Die Aufkündigung dieses sozialpolitischen Kompromisses in der Phase der Young-Plan-Verhandlungen leitete eine innenpolitische Kursänderung der bürgerlichen Parteien einschließlich des Zentrums ein, an deren Ende die Überzeugung von der prinzipiellen Koalitionsunfähigkeit der SPD, nicht nur der schon zuvor virtuell von jeder Kooperation ausgeschlossenen KPD, stand. Der Papensche Staatsstreich in Preußen stellt den Endpunkt der fundamentalen Aufkündigung dieses Kompromisses dar. Von dem Augenblick an, an dem der Graben zwischen sozialdemokratisch geprägter Arbeiterschaft und Bürgertum politisch nicht mehr überdeckt werden konnte, war die Existenzgrundlage von Weimar zerstört, das gerade in kritischen Phasen auf Koalitionen gegründet war, die den Klassenkonflikt überwölbten.

Bei der Betrachtung der Auflösung der Weimarer Republik muß zugleich berücksichtigt werden, daß die relative Stabilität des parlamentarischen Systems nicht zuletzt mit der außenpolitischen Abhängigkeit des Deutschen Reiches zusammenhing – einer Abhängigkeit, die in der Reparationsfrage immer wieder anschaulich hervortrat und deren finanz- und wirtschaftspolitische Folgen Diktaturexperimente von rechts nicht zuließen. Daher nahm die politische Rechte einstweilen davon Abstand, den Weg der Diktatur zu gehen und überließ den gemäßigten Parteien sowie der SPD die Liquidation der Reparationen. Es ist charakteristisch, daß die politische Rechte in dem Moment aus der Defensive endgültig heraustritt, als infolge der Weltwirtschaftskrise und des Hoover-Moratoriums, zugleich der finanzpolitischen Schwäche Frankreichs, alliierte Interventionen nicht mehr zu befürchten sind. In den Augen der Rechten war damit eine Verhandlungs- und Verständigungspolitik mit dem Westen, wie sie noch Brüning verfolgte, überflüssig geworden. Diese Linie endete 1934 mit Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund.

Im nachhinein ist es verständlich, dem Wunschdenken zu erliegen, als hätte eine Militärdiktatur eine ernstliche Alternative zur Durchsetzung der NS-Herrschaft bedeutet. Als Möglichkeit spielte dies vor dem definitiven Sturz Schleichers und wieder im Zusammenhang mit dem 30. Juni 1934 eine Rolle. Es ist jedoch eine irreführende Annahme, daß die militärische Macht, die eindeutig für die Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht und eine militärisch abgestützte Revisionspolitik optierte, innenpolitisch ernsthaft gegen die NSDAP aufgetreten wäre. Eben dies fand zu keinem Zeitpunkt statt. Im gleichen Atemzug, in dem man sich gegen „links“ wandte, hieß es in Kreisen der Reichswehrführung, man dürfe gegenüber der NSDAP nicht denselben Fehler machen, den das wilhelminische System ursprünglich gegenüber der SPD begangen habe, indem es diese in die äußerste Opposition trieb.

Der Untergang von Weimar hat bei der übergroßen Mehrheit der Zeitgenossen eher Genugtuung ausgelöst, und selbst diejenigen, die die „nationale Erhebung“ mit Recht fürchteten, hielten das parlamentarische System des Weimarer Typus für gescheitert. Es ist nur konsequent, daß die verschiedenen Widerstandsgruppen gegen Hitler nicht den Versuch gemacht haben, die Weimarer Verfassung zu restituieren. Für die Wiederherstellung eines offenbar gescheiterten Systems, dem man auf der Rechten vielfach anlastete, Hitler als Exponenten der angeblichen „Massendemokra-

tie“ erst ermöglicht zu haben, mochte niemand Kopf und Kragen riskieren, und es gab in der Bevölkerung nicht die geringste Unterstützung dafür.

### *Kurt Nowak*

Übereinstimmung besteht darin, daß die Akzeptanz Weimars nach 1925 gewachsen ist. Der Protestantismus mit seiner langen gouvernementalen Tradition hat sich nach dem Abflauen des Schocks von 1918/19 und unter dem Eindruck einer allgemeinen Stabilisierung der Republik auch dem Weimarer Staatswesen loyal öffnen können. Die Kundgebung des Kirchentages von Königsberg 1927 hat diesen Willen unmißverständlich bekräftigt.

Die Delegitimation Weimars ist seit 1930 vor allem von akademischen Theologen vorangetrieben worden. Ein wichtiger Ansatzpunkt war dabei der Diskurs um den Souverän. Nach Emanuel Hirsch (Göttingen) war das „Staatsvolk“ der Verfassung nicht als Souverän zu akzeptieren, weil der wahre Wille des Volkes durch die „mechanistischen Organisationsprinzipien“ der Parteiendemokratie gar nicht zum Ausdruck gebracht werden könne. Hirsch entwickelte deshalb die Theorie vom „geheimen Suverän“ (die Schreibweise ist eine Eindeutschung H.s). In ihr erfolgte eine metapolitisch-irrationale Aufladung des Volksbegriffs, der für die konkrete Gestaltung der politischen Prozesse unbrauchbar war. Mit der Theorie vom „geheimen Suverän“ produzierte Hirsch eines jener Homogenitätsmuster, an denen die politische Kultur Weimars auch sonst krankte.

In der historischen Langzeitoptik erscheint die Steuerungskrise der Weimarer Gesellschaft als spezieller Ausdruck der europäischen Krise der Moderne. Zugespitzt kann man sagen, daß die politische Radikalisierung in der Endphase Weimars, die Gesprächs- und Kompromißunfähigkeit der Parteien, Bewegungen und Gruppen ein Phänomen der „antihistoristischen Revolution“ gewesen ist.

In der „antihistoristischen Revolution“, die sich zwischen 1870/80 – 1930 entfaltete, ist die historische Denkform zertrümmert worden. Jenseits des bloß fachwissenschaftlichen Begriffs Historismus ist die *Historizität* des Denkens im Gange der Neuzeit zum Garant vernünftiger Wahrnehmung der Wirklichkeit geworden. In diesem Sinne hat Karl Mannheim 1924 das historische Denken als das Fundament der Wirklichkeit schlechthin bezeichnet: Die Gegenwart wird als die auf die Zukunft hin zu gestaltende Summe des Vergangenen begreifbar, und das historische Denken verbürgt die sachliche Analyse der Lebenswelt. In der „antihistoristischen Revolution“ wurden Potentiale der kritisch-historischen Vernunft entmachtet. An ihre Stelle traten axiomatisch fixierte Ideologien und angeblich „ewige Wahrheiten“, die nicht mehr diskurs- und kompromißfähig waren. Diese Ideologien konnten regressiv sein (Aufbau von Bio-Mythen), sie konnten futurisch sein (z.B. im „Geist der Utopie“), und sie konnten in der „konservativen Revolution“ mythisches Ursprungs- und eschatologisches Finaldenken ineinander fallen lassen (Moeller van den Brucks „ewiges Deutschland“).

Die Ausbildung antihistorischer Identitäten war charakteristisch für das gesamte geistige und politische Spektrum von rechts bis links. Wer gegen die exaltierten Ideologen auftrat, besaß kaum eine Chance, weil ein Denken in Kategorien kritischer historischer Rationalität von ihnen als Bedrohung der eigenen Identität erlebt wurde.

Die Wut und Wucht des „Zeitalters der Ideologien“ hängt ursächlich mit der „antihistorischen Revolution“ zusammen, und diese wiederum ist der Ausdruck einer Verweigerung, den pluralistischen, fragmentierten und damit uneindeutigen Status moderner Gesellschaften auszuhalten und produktiv mit ihm umzugehen.



## II. Tolerierung versus Einheitsfront: Das Dilemma der SPD und die Politik der KPD

*Klaus Schönhoven*

### Strategie des Nichtstuns? Sozialdemokratischer Legalismus und kommunistischer Attentismus in der Ära der Präsidialkabinette

*Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*

Die Memoiren- und Forschungsliteratur über das Ende der Weimarer Republik füllt mittlerweile Bibliotheken. Selbst Spezialisten auf diesem Sektor der Zeitgeschichtsschreibung haben Mühe, den Überblick zu bewahren. Immer wieder wurden jedoch folgende Fragen diskutiert: Wer trägt die politische Verantwortung für den Untergang der ersten deutschen Demokratie? Wer war Wegbereiter der nationalsozialistischen Diktatur? Wer hätte die Machtübergabe an die Hitlerpartei verhindern können?

Einflußreiche Vertreter der westdeutschen Geschichtswissenschaft haben die These von der Selbstpreisgabe Weimars verfochten und behauptet, die Republikaner hätten die Regierungsmacht leichtfertig aus den Händen gegeben, der Parteienstaat habe versagt und damit selbst das parlamentarische Vakuum für den Vormarsch der Republikfeinde geschaffen. So stellte Karl Dietrich Erdmann fest: „Die Weimarer Demokratie ist nicht an ihren Gegnern, sondern an sich selbst zugrunde gegangen. Es handelt sich nicht um einen Fall von Totschlag, sondern von Selbstmord.“<sup>1</sup> Ähnlich ist der Tenor der Aussagen bei Hagen Schulze. Er wirft den republikanischen Parteien vor, sie hätten durch eine „bis zur Monomanie gesteigerte Selbstbezogenheit“ den Parlamentarismus zugrunde gerichtet und dem Reichspräsidenten seit 1930 keine andere Wahl als

<sup>1</sup> So in seinem Versuch einer Schlußbilanz, in: Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute. Kölner Kolloquium der Fritz Thyssen Stiftung. Juni 1979. Hrsg. von *Karl Dietrich Erdmann* und *Hagen Schulze* (Düsseldorf 1980) 346.

die Bildung eines Präsidialkabinetts gelassen. Dies sei der „wichtigste Grund für das Scheitern der Weimarer Republik“<sup>2</sup>.

Im Kreuzfeuer der Kritik stand dabei immer wieder – ausgesprochen oder unausgesprochen – die Sozialdemokratie, die Gründungspartei der Republik, deren staatstragende Bedeutung man einerseits herausstellte, um aber andererseits sofort hinzuzufügen, die SPD sei in den Krisenjahren der Republik ihren selbstgestellten Aufgaben nicht gerecht geworden. Bemerkenswerterweise wurde diese Kritik an der Sozialdemokratie von ganz unterschiedlichen Positionen aus vorgebracht. Ihre Vertreter finden sich in allen politischen Lagern von ganz rechts bis ganz links, auch wenn die Akzentsetzung im einzelnen verschieden ist. Konservative Kritiker werfen der SPD vor, sie sei im Frühjahr 1930 kopflos aus der parlamentarischen Verantwortung geflohen und habe mit diesem Schritt erst den antidemokratischen Kräften den Weg gebahnt; linke Kritiker beklagen den wenig revolutionären Habitus der Weimarer Sozialdemokraten, reden von der kampflosen Kapitulation der Partei vor dem Nationalsozialismus und von ihrer Strategie der legalistischen Tatenlosigkeit bis zum bitteren Ende. Und selbst der SPD ansonsten wohlgesonnene Autoren attackieren die politische Konzeptionslosigkeit der Sozialdemokraten, den Immobilismus des Parteiapparats und die verfehlte Defensivtaktik der Parteiführung. Als Paradebeispiel wird hierbei immer wieder das Stillhalten der SPD am 20. Juli 1932 angeführt, als das Präsidialkabinett Papen die sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung in Preußen entmachtete. Zur Untermauerung der Thesen werden die Urteile von Zeitzeugen aus dem sozialdemokratischen Lager zitiert, die in ihren selbstkritischen Rückblicken mit der eigenen Partei hart ins Gericht gingen. So schrieb beispielsweise Wilhelm Hoegner in seinem Erinnerungsbuch mit dem suggestiven Titel „Flucht vor Hitler“: „Wir leisteten keinen Widerstand. Wir warfen dem siegreichen politischen Gegner keine Prügel in den Weg.“<sup>3</sup>

In diese Einheitsfront von zornigen Zeitzeugen und die Sozialdemokratie heftig angreifenden Historikern aus der Bundesrepublik reihte sich auch die Geschichtswissenschaft der DDR ein. Sie befaßte sich relativ ausführlich mit der Schlußphase der Weimarer Republik und machte aus dem kommunistischen „Hauptfeind Sozialdemokratie“ rückblickend den Hauptangeklagten vor ihrem historiographischen Tribunal. Als Kronzeugen dienten Vertreter der KPD. Ihre Politik in den Jahren von 1929 bis 1933 wurde zwar nicht in allen taktischen Einzelheiten verteidigt und gerechtfertigt, aber in ihrer strategischen Gesamtkonzeption doch als eine konsequent antifaschistische Haltung beschrieben, deren revolutionär-sozialistische Stoßkraft durch die von der SPD zu verantwortende Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung entscheidend geschwächt worden sei<sup>4</sup>.

<sup>2</sup> *Hagen Schulze*, Weimar. Deutschland 1917–1933 (Die Deutschen und ihre Nation 4, Berlin 1982) 422.

<sup>3</sup> *Wilhelm Hoegner*, Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933 (München 1977) 9.

<sup>4</sup> Vgl. zur Geschichtsschreibung in der DDR *Hermann Weber*, Kommunismus in Deutschland 1918–1945 (Erträge der Forschung 198, Darmstadt 1983); *ders.*, Hauptfeind Sozialdemokratie.

Westdeutsche Historiker haben diese einäugigen Urteilssprüche zurückgewiesen und den ultralinken, antirepublikanischen Konfrontationskurs der KPD herausgestellt, der diese Partei wiederholt – so etwa beim Volksentscheid gegen die preußische Regierung im Sommer 1931 – in eine enge Nachbarschaft zur NSDAP gebracht habe. Betont wurde aber auch immer wieder, daß die Uneinigkeit der deutschen Arbeiterbewegung und ihr Zerfall in zwei sich gegenseitig bekämpfende Lager dem Nationalsozialismus den Weg zur Macht wenn nicht gebahnt, so doch erleichtert hätten. Bei der Suche nach Alternativen zu dieser Selbsterfleischung wurden verschiedene Vorschläge diskutiert. Sie reichten von einem defensiven Notbündnis der beiden Arbeiterparteien zur Abwehr der nationalsozialistischen Gefahr bis hin zu einer proletarischen Sammlungspolitik unter antikapitalistischen Vorzeichen. Dabei wurde allerdings im Eifer der fachwissenschaftlichen Debatten manchmal gar nicht mehr versucht, „die damals nach ihren eigenen Gesetzen Handelnden von ihren eigenen Voraussetzungen her zu verstehen“<sup>5</sup>.

Folgt man diesem Postulat, so muß man sich davon freimachen, den Gang der Dinge aus der Perspektive der Jahre ab 1933 zu bewerten. Was in den zwölf Jahren der Hitlerdiktatur geschah, konnten die zwischen 1930 und 1933 agierenden Politiker schwerlich vorausahnen, auch wenn manche ihrer Faschismusanalysen, wie sich am Beispiel von Publikationen sozialdemokratischer Autoren zeigen ließe, mehr Realitätsgehalt besaßen, als von der Geschichtswissenschaft nach 1945 oft behauptet wurde<sup>6</sup>. Doch das Ausmaß der kommenden nationalsozialistischen Verbrechen war für diese Autoren ebenso unvorstellbar wie für die rückblickenden Historiker. Deshalb muß jede Analyse, die sich mit der Politik der beiden Arbeiterparteien in den Krisenjahren der Weimarer Republik befaßt, die jeweils gegebene Gesamtkonstellation sowie die spezifischen Entscheidungssituationen berücksichtigen, wenn sie angemessene Kriterien für die Einschätzung des Handlungsspielraums von KPD und SPD gewinnen will.

Mit den Begriffen „Tolerierung“ und „Einheitsfront“ werden zwei Optionen gekennzeichnet, an denen sich die Politik der SPD und der KPD während der Staatskrise der Republik orientierte. Die Sozialdemokratie tolerierte bekanntlich das Präsidialkabinett Brüning vom Oktober 1930 bis zum Mai 1932, während die KPD im

*Fortsetzung Fußnote von Seite 58*

Strategie und Taktik der KPD 1929–1933 (Düsseldorf 1981); im folgenden zitiert: *Weber*, Hauptfeind.

<sup>5</sup> So *Helga Grebing*, *Flucht vor Hitler? Historiographische Forschungsergebnisse über die Ausichten des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen die nationalsozialistische Machtübernahme*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 4–5 (1983) 26–42, Zitat 39; im folgenden zitiert: *Grebing*, *Flucht*.

<sup>6</sup> Vgl. dazu jetzt *Wolfgang Pyta*, *Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 87, Bonn 1989) 23 ff.; im folgenden zitiert: *Pyta*, *Gegen Hitler*; s. a. *Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung*. Hrsg. von *Helga Grebing* und *Klaus Kinner* (Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum 2, Essen 1990) 237 ff.

gleichen Zeitraum die Bildung einer Einheitsfront der beiden Arbeiterparteien forderte. Dabei unternahmen die Kommunisten allerdings mehrere taktische Wendungen, indem sie einmal nur die Gunst der SPD-Anhänger für sich gewinnen wollten, ein anderes Mal ein Zusammengehen mit sozialdemokratischen Führungsinstanzen nicht grundsätzlich ausschlossen<sup>7</sup>. Da weder die sozialdemokratische Tolerierungspolitik noch die kommunistische Einheitsfrontpolitik erfolgreich waren, ist zu fragen, ob beide Strategien überhaupt als situationsadäquat bezeichnet werden können: War die Tolerierung einer autoritären Regierung ein falsches Konzept, dessen Scheitern von Anfang an eigentlich vorhersehbar war? Konnte man überhaupt ein antifaschistisches Bündnis der beiden Arbeiterparteien propagieren, wenn man gleichzeitig die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ charakterisierte?

Die Suche nach einer Antwort auf diese Fragen muß mit der Analyse der sozialen Merkmale von SPD und KPD einsetzen, um dann vor diesem Hintergrund ihre ideologischen Positionen und ihre praktische Politik zu diskutieren. Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang, weshalb sich zwischen sozialdemokratischem Reformismus und kommunistischem Radikalismus keine Brücke mehr bauen ließ und warum es nicht einmal mehr zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den beiden Arbeiterparteien kam, der den Prozeß der Polarisierung wenigstens zeitweise hätte stoppen können. Zu prüfen ist aber auch, welche strategischen Generallinien beide Arbeiterparteien verfolgten, wie plausibel diese Perspektiven in den Jahren der Staats- und Wirtschaftskrise der Weimarer Republik waren und ob die konkrete Tagespolitik von KPD und SPD sich überhaupt an mittelfristigen oder gar langfristigen Zielen orientierte und den programmatischen Präferenzen von Kommunismus und Sozialismus gerecht wurde.

KPD und SPD werden in der Forschungsliteratur als klassische Arbeiterparteien bezeichnet. Diese Feststellung ist richtig, auch wenn bei den Reichstagswahlen mindestens ein Drittel der wahlberechtigten Arbeiter für keine der beiden Parteien stimmte und diese nicht nur Arbeiter als Mitglieder hatten. Neuere Schätzergebnisse über das Wahlverhalten von Arbeitern weisen nach, daß der Arbeiteranteil unter den KPD-Wählern in der Endphase der Weimarer Republik bei 80 Prozent und unter den SPD-Wählern bei etwa 70 Prozent lag<sup>8</sup>. Die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft beider Parteien entsprach diesen Werten weitgehend: Der Arbeiteranteil bewegte sich in der SPD um die 70-Prozent-Grenze und in der KPD um die 80-Prozent-Grenze<sup>9</sup>. Diese Befunde bedeuten freilich noch nicht, daß SPD und KPD homogene Klassenparteien mit einem identischen Wählerpotential gewesen sind. Die soziologische Kategorie Arbeiter ist unscharf, umspannt eine breite Skala von Berufen und Soziallagen, wird mehr durch ihre Binnendifferenzierungen charakterisiert als

<sup>7</sup> Vgl. zu den taktischen Kurskorrekturen der KPD *Weber*, Hauptfeind 13 ff.

<sup>8</sup> Vgl. *Jürgen W. Falter, Dirk Hänisch*, Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928–1933, in: AfS 26 (1980) 179–216.

<sup>9</sup> Weitere Detailergebnisse bei *Heinrich August Winkler*, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933 (Berlin–Bonn 1987) 584 ff.; im folgenden zitiert: *Winkler*, Weg.

durch das versicherungsrechtliche Raster der Reichsstatistik, wonach rund 45 Prozent aller Wahlberechtigten der Arbeiterschaft zuzuordnen sind.

Richtet man nämlich den Blick auf die Trägergruppen von SPD und KPD, so zeigt sich, daß die soziale Integrationsfähigkeit der beiden Parteien sehr unterschiedlich war. Zugespitzt formuliert heißt das: Beide Parteien organisierten und mobilisierten zwar überwiegend Arbeiter, aber diese Arbeiter besaßen keine deckungsgleichen Klassenenerfahrungen, orientierten sich an verschiedenen Solidariätsmustern und gingen deshalb auch politisch nicht den gleichen Weg. Die sozialmoralischen Spaltungslinien lassen sich zunächst ökonomisch definieren. Das Hauptkontingent sozialdemokratischer Wähler und Mitglieder kam aus der gewerkschaftlich geprägten Facharbeiterschaft, während in der KPD ein Arbeitertypus dominierte, der nie gewerkschaftlich organisiert gewesen war oder sich während der Weltwirtschaftskrise aus dem Netzwerk des ADGB herauslöste<sup>10</sup>: Generalisiert man signifikante Sozialmerkmale, so war der sozialdemokratische Parteianhänger zwischen 40 und 50 Jahre alt, arbeitete in einem erlernten Handwerks- oder Industrieberuf in der Mittel- oder Großindustrie und gehörte der SPD zu Beginn der dreißiger Jahre mindestens fünf, oft aber schon zehn und mehr Jahre an. Zum gleichen Zeitpunkt rekrutierte die KPD vor allem zwischen 20 und 30 Jahre alte erwerbslose Jungarbeiter, die ihren Lebensunterhalt aus Unterstützungsleistungen der Arbeitslosenhilfe und mit Gelegenheitsarbeiten finanzieren mußten. Sie verfügten häufig über wenig oder überhaupt keine Berufspraxis und gehörten der KPD meist erst kurze Zeit an. Ihren Beitritt revidierten sie oft schon nach wenigen Wochen oder Monaten.

Diese vereinfachende Unterscheidung zwischen einer gelernten, älteren und organisationsstabilen Anhängerschaft der SPD und einer unqualifizierten, jugendlichen und organisationsinstabilen Anhängerschaft der KPD ist zwar etwas grobmaschig, weil beide Parteien auch soziale Schnittflächen aufwiesen, doch sie spiegelt die Segmentierung innerhalb des Arbeitermilieus, das Auseinanderfallen von generationsspezifischen Prägungen und Bindungen, einigermaßen realitätsgerecht wider. Am Ende der Weimarer Republik repräsentierten die bei einer Million Mitglieder stagnierende SPD und die zwischen Januar 1930 und November 1932 von 133 000 auf 330 000 Mitglieder angewachsene KPD zwei soziokulturell und politisch kaum mehr einander annäherungsfähige Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung: Auf der einen Seite stand der antiradikal eingestellte Sozialdemokrat, der auch während der Weltwirtschaftskrise für eine nüchterne Risikoabwägung optierte; auf der anderen Seite stand der radikalisierte Kommunist, dessen Enttäuschung über fehlende Lebensperspektiven sich in Protestbereitschaft und Militanz entlud. Je länger der klassenspaltende

<sup>10</sup> Seit der Gründung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition im Herbst 1929 beschränkt die KPD einen gewerkschaftlichen Sonderweg. Obwohl die Mitgliederzahlen der RGO bis Sommer 1932 auf über 200 000 anstiegen, besaß diese Organisation kaum Rückhalt in den Betrieben. Vgl. dazu *Werner Müller*, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933 (Köln 1988); s. a. *Winkler*, Weg, 597 ff. Gleichzeitig ging der Einfluß der KPD im ADGB zurück. Im Oktober 1932 standen nur in etwas mehr als 250 von insgesamt 13 129 ADGB-Ortsverwaltungen Kommunisten an der Spitze. Vgl. *Siegfried Babne*, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935 (Frankfurt–New York 1976) 18 f.

Druck der ökonomischen und sozialen Krise auf der Arbeiterschaft lastete, um so schmäler wurde der Vorrat an gemeinsamen innerproletarischen Erfahrungen und um so tiefer wurden die Gräben zwischen dem sozialdemokratischen und dem kommunistischen Lager. Die Arbeiterbewegung zerfiel in zwei Blöcke, zwischen denen es nur noch schwache soziale und politische Verbindungsstücke gab.

Beleuchtet man die ideologischen Positionen von KPD und SPD zu Beginn der dreißiger Jahre, so zeigt sich, daß auch auf diesem Feld kaum noch konvergente Sichtweisen vorhanden waren. Beide Parteien wurzelten zwar in der Vorstellungswelt der Vorkriegssozialdemokratie, aber ihre Emanzipationsstrategien hatten sich seit der Parteispaltung im und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg weit voneinander entfernt. Dies läßt sich an den normativen Konzepten verdeutlichen, die SPD und KPD während der zwanziger Jahre entwickelt hatten. Drei Problembereiche verdienen im Kontext des zu behandelnden Themas besondere Beachtung: die Haltung beider Parteien zur Staatsfrage, ihre Einstellung zur Anwendung von Gewalt und ihre Rezeption des Faschismus. Auf allen drei Theoriefeldern gab es nur wenig Gemeinsamkeiten, die zur programmatischen Grundlage einer Bündnispolitik hätten werden können.

Im teleologischen Geschichtsverständnis der KPD, das auf den Dogmen des Marxismus-Leninismus basierte, war die Weimarer Republik ein Klassenstaat des Monopolkapitalismus, dessen revolutionäre Zerschlagung die Aufgabe des Kommunismus war. Als Avantgardepartei des deutschen Proletariats und als Sektion der Kommunistischen Internationale verstand sich die KPD nicht nur als Teil einer weltrevolutionären Bewegung; sie ließ sich auch von ideologischen Prämissen leiten, die wenig mit der deutschen Realität, aber viel mit sowjetischen Staatsinteressen zu tun hatten. Diese stalinistische Fremdbestimmung wurde zum dominanten Faktor für die Tagespolitik der KPD während der Jahre 1929 bis 1933.

Nach dem VI. Weltkongreß der Komintern, die im Spätsommer 1928 in Moskau getagt hatte, lautete die Generaldevise des internationalen Kommunismus: Verschärfung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern, Vorbereitung auf den sich gesetzmäßig anbahnenden revolutionären Aufschwung, Erringung der politischen Macht und Errichtung der Diktatur des Proletariats. Für die KPD bedeutete dieser ultralinke Stufenplan der Komintern, daß sie sich in der nun auf die Tagesordnung gesetzten Verfallskrise des bürgerlichen Staates nicht mehr ausschließlich auf dem Boden des parlamentarischen Systems bewegen durfte. Sie hatte vielmehr – wie in den Anfangsjahren der Republik – als revolutionäre Umsturzpartei aufzutreten, mußte Anreize in der „antiimperialistischen Offensive“ sein und sich darum bemühen, ihren Masseneinfluß in der Arbeiterschaft für den bevorstehenden Kampf „Klasse gegen Klasse“ zu erweitern. In dieser manichäischen Weltdeutung operierte die KPD also am Vorabend der proletarischen Revolution, besaß keine politischen Bundesgenossen mehr und hatte den Bürgerkrieg gegen die demokratische Ordnung in Deutschland vorzubereiten und zu führen<sup>11</sup>.

<sup>11</sup> Vgl. ausführlich zu den hier nur knapp referierten Konzepten *Hermann Weber*, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, 2 Bde. (Frankfurt am Main 1969); im folgenden zitiert: *Weber*, *Wandlung*; *Ossip K. Flechtheim*,

Die Einstellung der SPD zur Weimarer Republik unterschied sich von der dogmatisch-revolutionären Maximalposition der KPD grundlegend. Seit der Revolution von 1918/19 verstand sich die Sozialdemokratie als Stütze des demokratischen Rechtsstaates und als Verteidigerin der republikanischen Verfassungsordnung. In ihrer Doppelfunktion als Staats- und Verfassungspartei bekannte sich die Sozialdemokratie immer wieder nachdrücklich zu den Spielregeln der pluralistischen Konkurrenzdemokratie, zu in Rechts- oder Gesetzesform festgelegten Verfahrensweisen, zur Gewaltenteilung und zur verfassungskonformen Ausübung von politischer Herrschaft. Ihre sozialistischen Zukunftsziele wollte die Partei im Rahmen der Weimarer Legalordnung verwirklichen, wobei sie sich an einem Evolutionsmodell orientierte, das die Überwindung des Kapitalismus in einem kontinuierlichen Prozeß und ohne revolutionären Umsturz anstrebte. Der republikanische Staat war für die SPD nicht mehr ein Instrument der herrschenden Klassen, sondern ein Bürgerstaat, der allen politischen und sozialen Kräften Existenzrechte und Gestaltungsräume garantierte, sofern diese das Prinzip der Mehrheitsdemokratie respektierten.

In der sehr regen innerparteilichen Diskussion der Weimarer Sozialdemokratie über die Rolle und Funktion des Staates, über die Bedeutung des Widerspruchs von egalitärer Rechtsordnung und privatkapitalistischer Wirtschaftsverfassung sowie über den Zusammenhang von parlamentarischen und außerparlamentarischen Emanzipationsstrategien der Arbeiterbewegung wurde zwar ein breites Spektrum von taktischen Varianten debattiert, unstrittig blieb dabei aber, daß die überwältigende Mehrheit in der SPD auf eine evolutionäre Konkretisierung des Sozialismus vertraute. Auch während der Staatskrise der Republik, in der eine autoritäre Exekutive immer mehr die Oberhand über die parlamentarische Legislative gewann und die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus in weite Ferne rückte, hielt die sozialdemokratische Parteimehrheit am Legalitätsprinzip fest und lehnte die von der KPD propagierte revolutionäre Usurpation der Staatsgewalt strikt ab<sup>12</sup>.

Unmittelbar mit ihrer Einstellung zur Weimarer Republik verknüpft war für die KPD die Frage der Gewaltanwendung. Dabei handelte es sich für die Partei nicht um

*Fortsetzung Fußnote von Seite 62*

Die KPD in der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Sigrid Koch-Baumgarten (Hamburg 1986); *Johann Wachtler*, Zwischen Revolutionserwartung und Untergang. Die Vorbereitung der KPD auf die Illegalität in den Jahren 1929–1933 (Europäische Hochschulschriften 205, Frankfurt am Main–Bern–New York 1983); im folgenden zitiert: *Wachtler*, Revolutionserwartung.

<sup>12</sup> Zu den verschiedenen theoretischen Facetten der sozialdemokratischen Staatstheorie s. den von *Horst Heimann* und *Thomas Meyer* hrsg. Sammelband Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik (Internationale Bibliothek 125, Berlin–Bonn 1982); *Günter Könke*, Organisierter Kapitalismus, Sozialdemokratie und Staat. Eine Studie zur Ideologie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924–1932 (Stuttgart 1987); *Walter Euchner*, Sozialdemokratie und Demokratie. Zum Demokratieverständnis der SPD in der Weimarer Republik, in: Afs 26 (1986) 125–178; *Wolfgang Luthardt*, Sozialdemokratie und Legalstrategie. Überlegungen zu ihrem Verhältnis in der Weimarer Republik, in: Geschichte als politische Wissenschaft. Hrsg. von *Jürgen Bergmann*, *Klaus Megerle* und *Peter Steinbach* (Geschichte und Theorie der Politik 1, Stuttgart 1979) 142–174.

ein theoretisch strittiges Problem, weil in revolutionären Zeiten der Zweck die Mittel heiligte und jede Art von kollektiver Gewalt prinzipiell erlaubt war, wenn sie dem Proletariat zum Sieg verhalf. Doch es gab für die Führungsgremien der KPD eine Reihe von praktischen Problemen bei der Umsetzung ihrer antirepublikanischen Konfrontationsstrategie: Konnte die Partei das Entwicklungstempo der revolutionären Krise selbst beschleunigen? Wie ließen sich die Arbeitermassen mobilisieren? Was mußte man zur Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes tun? Wann sollte die Partei den Boden der Legalität verlassen? Derartige Fragen wurden nicht nur in den Funktionärszirkeln der KPD immer wieder diskutiert, sondern auch von der Parteipublizistik und in Parteiversammlungen thematisiert. Allein schon die Gewaltpropaganda, die den Sprachgebrauch der KPD prägte und jeden Respekt vor Andersdenkenden vermissen ließ, hätte ausgereicht, um die Kluft zur SPD zu vertiefen. Da die Partei den Radikalismus aber nicht nur predigte, sondern auch einen militanten Aktionismus praktizierte, entfernte sie sich immer weiter von der legalistischen Vorstellungswelt der SPD<sup>13</sup>.

In den Reihen der Sozialdemokratie traten nur linke Randgruppen für eine „rückwärtslose proletarische Klassenkampfpolitik“<sup>14</sup> ein. In der im Herbst 1930 in der Partei auflebenden Diskussion über die Chancen und Grenzen der Tolerierungspolitik war zwar viel von außerparlamentarischem Kampf die Rede, der diese Taktik des Ausweichens und Abwartens ersetzen oder ergänzen und die „proletarische Wehrhaftigkeit“<sup>15</sup> der Partei unter Beweis stellen sollte, aber solche Rufe nach gewaltsamer Selbsthilfe stießen in der Parteiführung und bei der Masse der Mitglieder auf wenig Widerhall. Konsens bestand in der SPD allerdings darüber, die in der Weimarer Verfassung verankerte Rechtsordnung verteidigen zu wollen. Das sollte in erster Linie mit verfassungskonformen Mitteln geschehen. Sie wollte man zum Schutz der Republik restlos ausschöpfen. Die Anwendung von Gewalt kam nur als Akt der Notwehr gegen einen reaktionären Frontalangriff auf die Demokratie in Betracht.

Diese defensive Haltung in der Gewaltfrage, die von diametral anderen Voraussetzungen ausging als das antirepublikanische Offensivkonzept der KPD, hatte der sozialdemokratische Staatsrechtler Hermann Heller auf den Begriff gebracht, als er in einer Rede zum Verfassungstag im August 1930 das „kulturvernichtende Chaos“ bolschewistischer und faschistischer Diktaturen anprangerte und seine Partei auf ein

<sup>13</sup> Vgl. neben den in Anm. 11 angeführten Titeln *Eve Rosenhaft*, *Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929–1933* (Cambridge 1983); *dies.*, *Die KPD der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der „Dritten Periode“ 1929–1933*, in: *Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert*. Hrsg. von *Wolfgang J. Mommsen* und *Gerhard Hirschfeld* (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 10, Stuttgart 1982) 394–421.

<sup>14</sup> So Max Seydewitz nach den Reichstagswahlen im September 1930, zitiert nach *Winkler*, *Weg*, 210. Zur Haltung der Parteilinken in der SPD und zu den Konflikten zwischen „Klassenkampf-Gruppe“ und Parteivorstand s. ebd. 327 ff., 398 ff., 587 ff.; *Klaus Schönhoven*, *Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat* (München 1989) 142 ff.

<sup>15</sup> Vgl. dazu *Reiner Schaefer*, *SPD in der Ära Brüning. Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930–1932* (Campus Forschung 638, Frankfurt am Main–New York 1990) 221 ff.; im folgenden zitiert: *Schaefer*, *SPD*.

Konzept der wehrhaften Demokratie einschwor: „Wir geloben, die Weimarer Verfassung gegen alle Angriffe von Gewaltideologen zu verteidigen. Wenn diese Angreifer immer wieder ironisch von Wahlzetteldemokratie sprechen, so wollen wir ihnen eines ganz deutlich sagen: Wir wissen sehr genau, daß man einen Staat nicht allein mit Wahlzetteln sichert, und wir werden ihnen dieses Wissen in dem Augenblick praktisch beweisen, wo sie einen Gewaltangriff versuchen sollten. Dann werden wir die Weimarer Verfassung verteidigen, wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand.“<sup>16</sup> An dieser Position, die Gewaltanwendung als ultima ratio definierte und bis zum Augenblick des offenen Verfassungsbruchs durch die Gegenseite ausklammerte, hielt die SPD bis 1933 fest.

Schon die Differenzen in der Staatsfrage und in der Gewaltfrage waren zwischen SPD und KPD so gut wie unüberbrückbar. Der letzte Rest an Gemeinsamkeit ging aber verloren, als die KPD im Zuge ihrer ultralinken Wende auf Weisung der Komintern die bereits 1924 von Stalin und Sinowjew vorformulierte Sozialfaschismuskonzeption zum Ausgangspunkt eines ideologischen Frontalangriffs auf die SPD machte. Seit Sommer 1929 verkörperte die Sozialdemokratie, wie der KPD-Vorsitzende Thälmann den Delegierten des Weddinger Parteitages darlegte, für die Kommunisten „eine besonders gefährliche Form der faschistischen Entwicklung“ und betrieb die „Vorbereitung eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion“<sup>17</sup>. Diese ebenso realitätsblinde wie absurde Doktrin revidierte die KPD prinzipiell bis 1934 nicht mehr, auch wenn es zeitweise zu unterschiedlichen Akzentsetzungen in der taktischen Einschätzung von „Sozialfaschismus“ und „Nationalfaschismus“ kam. Generell war die SPD aus kommunistischer Sicht als konterrevolutionäre Speerspitze der von der Bourgeoisie bestochenen Arbeiteraristokratie, als Kriegshetzer gegen die Sowjetunion und als Hauptfeind des Kommunismus abgestempelt, während die KPD für sich den Alleinvertretungsanspruch der Arbeiterklasse reklamierte und ein Gutteil ihrer politischen Energien auf die Bekämpfung der SPD konzentrierte.

Auch wenn sich nicht mit Sicherheit sagen läßt, wieviel Resonanz der von der stalinhörigen KPD-Führung seit 1929 propagierte „Vernichtungskampf“ gegen die „Panzerkreuzerpartei“ und die „Polizeisozialisten“<sup>18</sup> in der Arbeiterschaft fand, so ist doch unstrittig, daß der kommunistische Frontalangriff auf die SPD selbstzerstörerische Folgen hatte und die KPD in die Isolation trieb. Unter dem Signum der Sozialfaschismuskonzeption ließ sich keine Einheitsfront schmieden. Die ideologisch an den Pranger gestellte und politisch immer wieder attackierte Sozialdemokratie reagierte

<sup>16</sup> Die Rede Hellers ist abgedruckt in: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933. Hrsg. von Wolfgang Luttbard (Frankfurt am Main 1978) Bd. 2, 22–26, Zitate 23 und 26.

<sup>17</sup> Protokoll des 12. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Berlin-Wedding, 9. bis 16. Juni 1929 (Berlin 1929) 49 ff.; vgl. Leonid Luks, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935 (Stuttgart 1985) 130 ff.

<sup>18</sup> Zu diesen und weiteren Attacken auf die SPD vgl. Weber, Wandlung, 239 ff. Eine Fülle von Belegen findet sich in der Quellenedition Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933. Eingeleitet von Hermann Weber. Bearbeitet von Hermann Weber unter Mitarbeit von Johannes Wachtler (Düsseldorf 1981).

nämlich auf diese Herausforderung mit einer theoretisch ebenso undifferenzierten Gleichsetzung von „Nazis“ und „Kozis“ und verbaute sich mit dieser Formel, die Rot und Braun auf einen Nenner brachte, den Zugang zu den KPD-Wählern. In beiden Arbeiterparteien nahm der „Bruderkampf“ in der späten Weimarer Republik groteske, aber auch tragische Züge an, weil er alle Bündnis Konzepte ad absurdum führte und zugleich auch den autonomen Handlungsmöglichkeiten von KPD und SPD mehr und mehr die Basis entzog. Letztlich triumphierte die nationalsozialistische Konterrevolution über eine zur Einheit unfähige Arbeiterbewegung, deren Faschismusdeutungen im Falle der KPD vom Stalinismus ideologisch deformiert worden waren und im Falle der SPD trotz fundierter Interpretationen sich nicht in politische Praxis umsetzen ließen.

Die nun zu behandelnde Frage, ob die konkrete Tagespolitik von KPD und SPD den programmatischen Postulaten beider Parteien gerecht wurde, kann für die KPD knapp beantwortet werden. In ihrer Offensive gegen die Republik kam die KPD dem von ihr erstrebten Sowjetdeutschland keinen Schritt näher. Mit ihren Attacken gegen die Sozialdemokratie entfremdete sie sich vom ebenso klassenbewußten wie demokratietreuen Kern der Industriearbeiterschaft und marschierte hinter der Fahne des Sozialfaschismus in das Getto einer Erwerbslosenpartei. Als Protestbewegung der Verbitterten und Deklassierten konnte die KPD zwar zwischen September 1930 und November 1932 die Zahl ihrer Wählerstimmen bei Reichstagswahlen von 4,5 auf 5,9 Millionen Stimmen steigern, aber die Politisierung von Streiks sowie die Inszenierung von Massenaufmärschen und Arbeitslosendemonstrationen wurden nicht zur erhofften revolutionären Initialzündung.

Anders als in den Anfangsjahren der Republik wartete die Partei nun auf das „Heranreifen“ der revolutionären Situation, ohne jedoch selbst das Heft in die Hand zu nehmen, um den Umsturz zu erzwingen. Trotz ihrer aggressiven Revolutionspropaganda blieb die KPD eine weitgehend legal agierende Partei, die intern viel über den Übergang zur konspirativen Arbeit redete und einen geheimen militärpolitischen Apparat aufbaute, letztlich aber das Risiko eines bewaffneten Aufstandes scheute. Diese attentistische Haltung bewies, daß die deutschen Kommunisten in der späten Weimarer Republik strategisch sich sehr viel enger an Konzepten der Vorkriegssozialdemokratie als am Leninismus orientierten. Nicht als bolschewistische Kaderpartei, sondern als radikale Massenpartei entfaltete die KPD Wirkung, denn die Angst vor der „roten“ Revolution trieb viele Wähler in das Lager der „braunen“ Reaktion. Die Siegeszuversicht der KPD erwies sich, wie die Entwicklung im Frühjahr 1933 schnell zeigte, als eine „verhängnisvolle Selbsttäuschung“<sup>19</sup>.

Die Sozialdemokratie befand sich seit der Katastrophenwahl vom September 1930, in der die NSDAP zur zweitstärksten Partei im Reichstag angewachsen war, in einer Zwangslage. Ein parlamentarischer Mißtrauensantrag oder eine außerparlamentarische Offensive gegen das Präsidialkabinett Brüning mußten den Prozeß der Destabilisierung der republikanischen Verfassungsordnung erheblich beschleunigen; eine Duldung der rigorosen und unsozialen Sparpolitik des Zentrumskanzlers mußte die Par-

<sup>19</sup> So *Wachtler*, *Revolutionserwartung*, 247.

teuloyalität der sozialdemokratischen Anhänger erschüttern und damit auch die Widerstandskraft der SPD gegen die Republikgegner zermürben. Der schließlich nach vergeblichen Koalitionsangeboten an Brüning von der Partei getroffenen Entscheidung für die parlamentarische Tolerierung des Präsidialkabinetts lagen folgende Überlegungen zugrunde<sup>20</sup>:

1) wollte man bis zum Abflauen der Wirtschaftskrise, die zugleich eine Legitimitätskrise der Republik war, eine nochmalige Auflösung des Reichstags um jeden Preis vermeiden. Unter den gegebenen Umständen hätte – so die realistische Einschätzung der SPD-Führer – jede Neuwahl das bereits bedrohlich angewachsene antidemokratische Potential im Parlament nur noch vergrößert, die republikanischen Kräfte völlig in die Minderheit gedrängt und den Reichstag endgültig handlungsunfähig gemacht. Die im Sommer 1932 eintretende Situation wurde also in dieser Lageanalyse bereits antizipiert, die sich dadurch auszeichnete, daß sie die massenmobilisierende Wirkung des Nationalsozialismus nicht unterschätzte.

2) wollte man eine Regierungsbeteiligung der NSDAP im Reich verhindern, die aus der Sicht der zur Tolerierung entschlossenen SPD-Politiker die zwangsläufige Folge eines Sturzes des Zentrumskanzlers Brüning gewesen wäre. Welche Folgen eine faschistische Regierungsbeteiligung für die Demokratie haben konnte, hatte man am italienischen Beispiel studiert. Man wußte auch, daß das Kabinett Brüning alles andere als eine arbeiterfreundliche Regierung war. Nicht wissen konnte man aber, daß Brüning sich selbst als Statthalter einer monarchischen Restauration verstand. Diese wilhelminische Dimension seiner Kanzlerschaft enthüllte der Zentrumspolitiker – zur großen Überraschung der Historiker – erst in seinen Memoiren. Für die SPD-Führer ging es im Herbst 1930 darum, einer Regierung der antirepublikanischen Rechten nicht das Feld zu ebnen, weil man diese Regierung als Vorstufe einer nationalsozialistischen Alleinherrschaft ansah. Auch diese Kalkulation war nicht realitätsfremd, wie sich 1932/33 zeigen sollte.

3) wollte die Sozialdemokratie ihre gouvernementale Machtposition in Preußen bewahren, wo sie in einer Koalitionsregierung mit dem politischen Katholizismus und dem Linksliberalismus die strategischen Schlüsselpositionen des Ministerpräsidenten und des Innenministers besetzte. Der Erhalt der staatlichen Machtmittel im größten Land der Weimarer Republik war aus der Sicht der SPD besonders wichtig, weil sich ihr damit die Möglichkeit eröffnete, auch mit den Mitteln der Exekutive gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen.

Der Tolerierungskurs der SPD war also als legalistisch-etatistische Defensivpolitik konzipiert, als eine Strategie, die einerseits auf den Faktor Zeit setzte, um im Reich die parlamentarische Normalisierung wieder möglich zu machen, und die andererseits auf Länderebene die föderalistischen Bastionen der Republik vor dem Zugriff des Na-

<sup>20</sup> Vgl. zu den Koalitionsverhandlungen im Herbst 1930 *Winkler, Weg*, 207 ff.; zu den Argumenten, die für die Tolerierung sprachen, s. *Eberhard Kolb*, Die sozialdemokratische Strategie in der Ära des Präsidialkabinetts Brüning – Strategie ohne Alternative?, in: *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*. Hrsg. von *Ursula Büttner* unter Mitwirkung von *Werner Jobe* und *Angelika Voß*, Bd. 1 (Hamburg 1986) 157–176; *Pyta*, Gegen Hitler, 209 ff.

tionalsozialismus schützen und gegen diesen abschotten wollte. Diese Einschätzung der Kräftekonstellationen auf Reichs- und Länderebene besaß eine pragmatische und eine prinzipielle Dimension. Man wollte – so gut wie irgend möglich – die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen und staatlichen Institutionen während der Krisenzeit bewahren und die Chancen für eine Restabilisierung der Republik nach der konjunkturellen Besserung nicht von vornherein verspielen. Daß diese Interpretation nicht eine nachträgliche Konstruktion von Historikern ist, belegen viele zeitgenössische Stellungnahmen aus den Reihen der SPD<sup>21</sup>.

Die Entscheidung für die Tolerierung wurde vom linken Flügel der SPD sofort heftig kritisiert. Auch die Geschichtswissenschaft hat nach 1945 die negativen Folgen der sozialdemokratischen Stillhaltepolitik immer wieder aufgelistet. Eine realistische politische Alternative vermochten aber weder die kritisierenden Zeitgenossen noch ihre akademischen Nachfolger aufzuzeigen. Die von den innerparteilichen Gegnern der Tolerierung propagierte „Klassenkampf-Strategie“ hatte nur ein konkretes Nahziel im Auge, nämlich den Sturz der Präsidentsregierung Brüning. Alle sich daraus ergebenden Konsequenzen wurden jedoch nicht reflektiert. Der von der sozialdemokratischen Parteilinken vielbeschworene proletarische Aktionismus ging theoretisch von den gleichen Prämissen aus, wie sie die KPD in ihrem antirepublikanischen Konfrontationskurs vertrat: Die Krise des Kapitalismus sollte als Gelegenheit genutzt werden, um dieses System auszuhebeln.

Doch die Risiken dieser Therapie, die den kapitalistischen Patienten sofort beerben und nicht erst heilen wollte, lagen auf der Hand. Fraglich war, ob eine Mobilisierung der sozialdemokratischen Parteimitglieder unter dem Druck von wachsender Arbeitslosigkeit und sinkenden Reallöhnen überhaupt noch denkbar gewesen wäre und ob sich mit demoralisierten Arbeitern schlagkräftige Massenaktionen hätten durchführen lassen. Fraglich war aber auch, ob die Republik auf diese Weise zu retten gewesen wäre oder ob man nicht mit der Doppelstrategie von parlamentarischer Obstruktion und außerparlamentarischer Konfrontation einen Bürgerkrieg ausgelöst hätte. Nicht fraglich war, daß der Arbeiterbewegung in diesem Bürgerkrieg eine Einheitsfront der Rechten, einschließlich des Polizei- und Militärapparats, gegenübergestanden hätte. Damit barg die Mobilisierungsforderung der Tolerierungsgegner ein höchst gefährliches Risiko: Sie hätte den sofortigen Griff der Nationalsozialisten nach der Staatsmacht möglich gemacht<sup>22</sup>. Daß derartige Überlegungen keine historiographischen Spekulationen sind, dokumentierte das Schicksal der österreichischen Arbeiterbewegung, die 1934 trotz größerer politischer Geschlossenheit in einem bewaffneten Aufstand die Alpenrepublik nicht vor dem Untergang retten konnte.

Der Kurs des Abwartens, den die SPD im Herbst 1930 einschlug, verzichtete auf Generalstreik und Gewalt. Er mutete den Anhängern der Partei viel Selbstdisziplin zu – vielleicht zu viel, stellt man die lähmenden Folgen des Stillhaltens in Rechnung.

<sup>21</sup> Vgl. dazu die zahlreichen Belege bei *Winkler, Weg; Pyta, Gegen Hitler; Schaefer, SPD*.

<sup>22</sup> Zur Problematik von Kampfwillen und Kampffähigkeit s. *Grebing, Flucht*, 30 ff.; *Karl Robe, Das Reichsbanner Schwarz Röt Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 34, Düsseldorf 1966) 429 f.; *Schaefer, SPD*, 216 ff.

Aber dieser Kurs basierte auf einer einigermaßen kalkulierbaren Konzeption, die sich in ihrer vorsichtigen Risikoabschätzung mit dem Werthorizont der legalistischen Verfassungspartei SPD am ehesten deckte. Die SPD hätte sich nämlich bei einer anderen Option in eine Bürgerkriegspartei verwandeln müssen. Dazu war sie im Herbst 1930 schon deshalb nicht bereit, weil sie dann in gefährliche Nähe zur nationalsozialistischen Irrationalität und zur kommunistischen Radikalität geraten wäre. Die Zerstörung ihrer an Vernunft und Rechtsstaatlichkeit orientierten Prinzipien konnte aber nicht die Maxime der Sozialdemokratie sein.

Der Vorwurf, die Strategie der Tolerierung sei lediglich eine Strategie des Nichtstuns gewesen, verfehlt nicht nur die grundsätzliche Problematik der SPD während der Brüning-Ära. Er läßt auch die praktischen Anstrengungen unbeachtet, die die Partei trotz ihres parlamentarischen Stillhalteabkommens mit der Reichsregierung unternahm, um die angeschlagene Republik zu verteidigen. Hier ist vor allem darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie in den Ländern, in denen sie an der Regierung beteiligt war, mit allen ihr zur Verfügung stehenden exekutiven Mitteln den Vormarsch der NSDAP aufzuhalten versuchte. Ungeachtet vielerlei Behinderungen seitens des Reichspräsidenten, der Reichsregierung und der Rechtssprechung bemühten sich sozialdemokratische Landesminister, das Eindringen der NSDAP in den Staatsapparat zu verhindern und im Bildungswesen oder in der Presse der nationalsozialistischen Propaganda Grenzen zu setzen.

Die sozialdemokratischen Innen- und Kultusminister in Preußen, Hessen, Hamburg oder Baden kämpften mit harten Bandagen gegen den Nationalsozialismus und seine Anhänger und schöpften dabei ihren rechtsstaatlichen Handlungsspielraum weitgehend aus. Zu dem umfangreichen Maßnahmenkatalog gehörte das Einschreiten gegen NSDAP-Aktivitäten im Staatsdienst mit Disziplinarverfahren und Extremistenbeschlüssen; sozialdemokratische Polizeipräsidenten verhängten Rede- und Versammlungsverbote, dämmten den Mißbrauch der Meinungsfreiheit durch die Pressezensur ein und beschlagnahmten Hetzschriften gegen die Republik; Ministerialbeamte legten umfangreiche Dokumentationen über nationalsozialistische Terrorakte an und forderten in Denkschriften die Reichsregierung immer wieder zum Handeln auf<sup>23</sup>.

Dieses entschlossene Auftreten von sozialdemokratischen Ministern und Exekutivbeamten gibt allen Anlaß, das häufig kolportierte Bild von der Tatenlosigkeit der Republikaner gegen die braune Gefahr zu korrigieren. Man muß aber zugleich feststellen, daß die Bemühungen der sozialdemokratischen Amtsträger Stückwerk blieben, weil sich die Reichsregierung weitgehend passiv verhielt und weil die Justiz durch ihre teilweise skandalöse Rechtssprechung die Wirkungen wieder neutralisierte, die das ent-

<sup>23</sup> Zum Einsatz von staatlichen Machtmitteln gegen die NS-Bewegung durch sozialdemokratische Minister in den Ländern s. ausführlich *Pyta*, *Gegen Hitler*, 265 ff.; *Rudolf Morsey*, *Staatsfeinde im öffentlichen Dienst (1929–1933)*. Die Beamtenpolitik gegenüber NSDAP-Mitgliedern, in: *Öffentlicher Dienst. Festschrift für Carl Hermann Ule*. Hrsg. von *Klaus König*, *Hans-Werner Laubinger* und *Frido Wagener* (Köln 1977) 111–133; *Staat und NSDAP 1930–1932*. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von *Gerhard Schulz*. Bearbeitet von *Ilse Maurer* und *Udo Wengst* (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe, 3, Düsseldorf 1977).

schiedene Durchgreifen der republikanischen Ordnungskräfte hervorgerufen hatte. Das Konzept der wehrhaften Demokratie, das die NSDAP mit allen zur Verfügung stehenden staatlichen Machtmitteln bekämpfen wollte, scheiterte also nicht an der sozialdemokratischen Unentschlossenheit, sondern an der Republikfeindschaft oder Republikverdrossenheit von hohen Militärs und Ministerialbeamten, von Polizeioffizieren und Richtern. Vor allem aber scheiterte es am antidemokratischen Fundamentalkonsens der Regierungseliten im Reich, die sozialdemokratische Vorstöße gegen den Nationalsozialismus immer wieder ins Leere laufen ließen<sup>24</sup>.

Natürlich hätte selbst eine effektivere „Law-and-Order-Politik“ den Massenzustrom zum Nationalsozialismus nicht zum Versiegen gebracht. Auch ein starker republikanischer Staat hätte den Legitimitätsverlust der Demokratie nicht allein mit den Machtmitteln der Exekutive kompensieren können. Die Autorität der Republik und ihrer Organe ließ sich durch eine antinationalsozialistische Abschreckungsoffensive allein nicht wiederherstellen. Diese konnte allenfalls als flankierende Maßnahme Wirkung entfalten. Nur eine erfolgreiche Bekämpfung der Wirtschaftskrise hätte eine Überwindung der Staatskrise möglich gemacht. Auf dieses Politikfeld, auf dem es um die ökonomischen Ursachen der nationalsozialistischen Mobilisierungserfolge ging, hatte die SPD seit 1930 so gut wie keinen Einfluß mehr. Da Reichskanzler Brüning der Lösung der Reparationsfrage eindeutig den Vorrang vor der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit einräumte und in seinen Notverordnungen wenig soziales Augenmaß bewies, mußte die zwanzigmonatige Duldung seiner Politik für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu einer schweren Belastungsprobe werden.

Im historischen Rückblick auf diese Phase der zähneknirschenden parlamentarischen Passivität wird man die Parteitreuse der sozialdemokratischen Wähler und Mitglieder besonders hervorheben müssen: Die Mitgliederverluste blieben minimal und bei den Landtagswahlen des Jahres 1931 kam es zu keinen katastrophalen Einbrüchen in das sozialdemokratische Wählerpotential. Wenn man bedenkt, daß die Hauptmasse dieser Mitglieder und Wähler der Industriearbeiterschaft entstammte, die unter den Begleit- und Folgeerscheinungen der Depression besonders zu leiden hatte, dann wird man die Kritik an der Ineffizienz des sozialdemokratischen Parteiapparates moderater formulieren müssen, als dies bislang vielfach geschehen ist. Auch das Durchschnittsalter der Parteiführung – die Spitzenpolitiker der SPD waren am Anfang der dreißiger Jahre zwischen 50 und 60 Jahre alt – war keineswegs so hoch, daß ihre „Verkalkung“ als Indiz für den Vitalitätsverlust der SPD herangezogen werden könnte. Als Solidargemeinschaft besaß die SPD jedenfalls einen erstaunlichen Behauptungswillen, selbst wenn sie einen Teil der Jugend an die rechts- oder linksradikalen Bewegungsparteien NSDAP und KPD verloren hatte.

Unbestritten ist aber auch, daß die Unzufriedenheit in der SPD über die Stillhaltetaktik der Führungsgremien wuchs und man seit Frühjahr 1931 in Mitglieder- und Funktionärskreisen einen stärkeren Widerstand gegen die Sparpolitik des Reichskanzlers forderte. Ein Forum der Kritik war der Leipziger Parteitag im Juni 1931, auf dem

<sup>24</sup> Wie wenig auch die preußische Schutzpolizei als republikanisches Machtmittel einsetzbar gewesen wäre, zeigt jetzt die Dissertation von *Peter Leßmann*, *Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf* (Düsseldorf 1989).

die meisten Redner eine Fortsetzung der Tolerierungspolitik sehr skeptisch beurteilten. Zu diesem Zeitpunkt war die Hoffnung auf ein schnelles Abflauen der Wirtschaftskrise bereits verfliegen, weil der Konkurs von Banken aus Österreich auf Deutschland übergreifen begann. Außerdem stand die Entscheidung über eine neue Notverordnung an, die noch drastischer als ihre Vorgänger das soziale Netz beschneiden sollte<sup>25</sup>.

Zu den Gegnern der Tolerierung gehörten mittlerweile nicht mehr nur die Repräsentanten des linken Parteiflügels, deren Bindung an die SPD sich zu lösen begann, sondern auch militante Reformisten wie Carlo Mierendorff, Julius Leber oder Kurt Schumacher, die eher auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie ihre politische Heimat hatten. Ihre Kritik zielte auf die Unbeweglichkeit und Phantasielosigkeit des Funktionsapparats und auf den politischen Fatalismus der Parteispitze. Sie drängten auf eine außerparlamentarische Mobilisierung der Partei und auf einen aktiven Kampf gegen den Nationalsozialismus mit modernen Agitationsmitteln. Rechte wie linke Kritiker innerhalb der SPD beklagten die Wagenburg-Mentalität der Parteibeamten und plädierten für eine organisatorische Erneuerung, um die Anziehungskraft der Partei auf Jugendliche wieder zu vergrößern und ihr neue Wähler aus der Landbevölkerung und den Mittelschichten zuzuführen. Dies setzte jedoch ein programmatisches Umdenken voraus, zu dem die SPD mitten in der Staatskrise weder die Zeit noch die Kraft fand.

Mit den unkonventionellen Organisationsvorschlägen der Reformier freundeneten sich die Traditionalisten im Parteiapparat und an der Parteispitze nur zögernd an. So kam die Gründung der Eisernen Front als Kampfbund des republikanischen Lagers im Dezember 1931 zu spät, um das Einzugsfeld der SPD über ihren Stammanhang hinaus auszudehnen und ein Stück des verlorengegangenen Bewegungscharakters zurückzugewinnen. Die durchaus eindrucksvollen Massendemonstrationen dieser Wehrorganisation täuschten eine größere Schlagkraft vor, als tatsächlich vorhanden war; der „Symbolkrieg“ der Eisernen Front mit den drei Pfeilen, die das Hakenkreuz durchbohrten, begann systematisch erst im Frühsommer 1932, also zu einem Zeitpunkt, als das „Bollwerk Preußen“ von den Republikgegnern bereits sturmreif geschossen war und die Ablösung Brüning durch Papen der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik ein Ende setzte<sup>26</sup>.

Wenn man davon ausgeht, daß auch nach dem Papenputsch in Preußen ein bewaffneter Kampf zur Rettung der bis in ihre Grundfesten erschütterten Republik aussichtslos war, weil alle politischen und psychologischen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Aufbäumen der zerstrittenen und zermürbten Arbeiterbewegung fehlten, dann wird man das Festhalten der SPD an ihrer „auf Zeitgewinn angelegten Ermattungsstrategie“<sup>27</sup> im Herbst 1932 nicht für völlig abwegig halten. Immerhin mußte die NSDAP nach ihrem Triumph im Juli 1932 bei den Reichstagswahlen im November 1932 starke Stimmenverluste hinnehmen. Diesen Abwärtstrend des Rechtsradikalis-

<sup>25</sup> Vgl. dazu *Winkler, Weg*, 324 ff.

<sup>26</sup> Vgl. *Richard Albrecht*, *Der militante Sozialdemokrat Carlo Mierendorff 1897 bis 1943. Eine Biographie* (Berlin-Bonn 1987) 98 ff.; *Winkler, Weg*, 514 ff.

<sup>27</sup> So *Kolb, Strategie*, 171.

mus bestätigten dann auch noch die Bürgerschaftswahlen in Lübeck sowie die Gemeindewahlen in Sachsen und Thüringen. Hinzu kam im Dezember 1932 die Parteikrise des Nationalsozialismus, nach der Goebbels die Zukunft seiner Partei als „dunkel und trübe“ beschrieb und seinem Tagebuch anvertraute, „alle Aussichten und Hoffnungen“ seien „vollends verschwunden“<sup>28</sup>. Gleichzeitig hellte sich der Konjunkturm Himmel etwas auf, was viele Beobachter der politischen Szenerie zu vorsichtigem Optimismus veranlaßte.

Die Kommentare am Jahreswechsel 1932/33 fielen in einer Reihe von republikanisch eingestellten Zeitungen zuversichtlicher aus als zwölf Monate vorher. Mit ihrer Hoffnung auf eine allmähliche Rekonvaleszenz der Republik stand die SPD nicht allein. Sogar Carl von Ossietzky, der gewiß nicht zur Blauäugigkeit neigte, rechnete Anfang Januar 1933 nicht mehr mit einer nationalsozialistischen Machtergreifung, als er in der „Weltbühne“ schrieb: „Am Anfang des Jahres 32 stand die Nazidiktatur vor der Tür, war die Luft voll Blutgeruch, schien die Erfüllung des Programms von Boxheim nur noch eine Frage der Zeit zu sein. An seinem Ende wird die Hitlerpartei von einer heftigen Krise geschüttelt, sind die langen Messer still ins Futteral zurückgesteckt und öffentlich sichtbar nur noch die langen Ohren des Führers.“<sup>29</sup>

Bekanntlich verlief die Entwicklung im Frühjahr 1933 anders, als viele Beobachter und Beteiligte erwartet hatten. Diese Diskrepanz zwischen Prognose und Realität sollten rückblickende Historiker in ihren Urteilen über die Politik der SPD sorgfältig berücksichtigen. Für die mitten in der Tagespolitik stehenden Sozialdemokraten, die sich mit großem Engagement für das Überleben der Weimarer Verfassungsordnung einsetzten und die Machtauslieferung an die Nationalsozialisten verhindern wollten, gab es zwischen 1930 und 1933 eigentlich keine konkrete Wendemarke, an der sich ihnen eine erfolgversprechende Alternative zum Konzept der legalistischen Defensive anbot. Daß diese Strategie letztlich scheiterte, ist unbestritten; daß sie in ihrem Denkansatz grundfalsch war, wird man nur dann behaupten können, wenn man der Meinung ist, der Untergang der Weimarer Republik und die Errichtung des „Dritten Reiches“ seien unausweichlich gewesen.

Bilanziert man die praktische Politik und die programmatischen Perspektiven von SPD und KPD in der Ära der Präsidialkabinette, so stößt man immer wieder auf Verhaltensweisen und Argumentationsmuster, die das theoretische Erbe der wilhelminischen Sozialdemokratie zum Vorschein bringen. Die strukturelle Intoleranz der KPD, die Dissidenten ausgrenzte und deswegen intellektuell mehr und mehr verödete, ihre Politik der Selbstisolierung und ihr Attentismus gründeten auf der revolutionären Sie-

<sup>28</sup> *Joseph Goebbels*, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern. Vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933 (München 1994) 229. Die zitierte Tagebuchaufzeichnung machte Goebbels am 23.12.1932.

<sup>29</sup> *Carl von Ossietzky*, Wintermärchen, in: Die Weltbühne, 29. Jg., Nr. 1 vom 3.1.1933. Weitere Pressekommentare zum Jahreswechsel sind abgedruckt in: Die „Machtergreifung“. Tagebuch einer Wende nach Presseberichten vom 1. Januar 1933 bis 6. März 1933. Hrsg. von *Wieland Eschenhagen* (Darmstadt 1982) 27 ff.; vgl. auch *Eberhard Kolb*, Die Weimarer Republik und das Problem der Kontinuität vom Kaiserreich zum „Dritten Reich“, in: Deutschland in Europa. Kontinuität und Bruch. Gedenkschrift für Andreas Hillgruber. Hrsg. von *Jost Dülffer*, *Bernd Martin* und *Günter Wollstein* (Berlin 1990) 273–289, insbesondere 280 ff.

geszuversicht der alten proletarischen Klassenpartei, auf einer Geschichtsauffassung, in der die Utopie viel und die Realität wenig Gewicht besaß. Für die Existenz einer solchen Partei gab es viele Gründe in einer Gesellschaft, die gegen Massenelend und Massenarbeitslosigkeit nicht entschlossen genug vorging und die Durchlöcherung des Sozialstaats ab 1930 in Kauf nahm. Mehr als fraglich war jedoch, ob in einem Land, das bereits ein halbes Jahrhundert lang über eine parlamentarische Tradition verfügte, noch die Mehrheit der Arbeiterschaft für die bolschewistischen Zielvorstellungen der deutschen Kommunisten auf die Barrikaden gehen wollte.

Auch die Weimarer SPD knüpfte programmatisch an die Vorstellungswelt der Vorkriegssozialdemokratie an. Aber im Vergleich zur KPD präsentierte sie sich als eine realitätsorientierte, diskussionsfreudige und intellektuell vielschichtige Partei, wie die Lebhaftigkeit ihrer innerparteilichen Debatten beweist. Als Partei des Klassenkompromisses votierte die SPD für die parlamentarische Zusammenarbeit mit dem demokratischen Bürgertum und übernahm Verantwortung in einer Republik, die ihrem Idealbild zwar nicht entsprach, aber für Veränderungen offen war. In ihrem Staatsverständnis hatte die SPD dem Sozialismus nicht abgeschworen, wohl aber einem marxistischen Dogmatismus, der in der Diktatur des Proletariats die Herrschaftsordnung der Zukunft sah. Während die KPD dieses Ziel „mit allen Mitteln“ verwirklichen wollte, rechtfertigte die SPD ihren demokratisch-legalistischen Reformkurs mit dem ebenso traditionsreichen sozialdemokratischen Wahlspruch „An unserer Gesetzlichkeit werden unsere Feinde zerbrechen“. Revolutionärer Attentismus und demokratischer Legalismus waren die zwei Seiten einer Medaille, die schon im Kaiserreich geprägt worden war.



*Joachim Petzold*

SPD und KPD  
in der Endphase der Weimarer Republik:  
Unüberwindbare Hindernisse  
oder ungenutzte Möglichkeiten?

I.

Heinrich August Winkler hat eine der umstrittensten Entscheidungen der deutschen Sozialdemokraten folgendermaßen kommentiert: „Sie mußten schließlich im Frühjahr 1932 einen überzeugten Monarchisten, den kaiserlichen Feldmarschall von Hindenburg, im Amt des Reichspräsidenten bestätigen. Allerdings wäre jeder andere Kandidat damals von Hitler geschlagen worden, und insofern war Hindenburgs Wiederwahl geradezu ein Triumph der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik. Wäre die SPD damals nicht ihrer Devise „Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!“ gefolgt, das „Dritte Reich“ hätte bereits im April 1932 begonnen.“<sup>1</sup>

Es ist nicht leicht, dieser Feststellung zu widersprechen. Man könnte einwenden, daß im Frühjahr 1932 noch ganz andere Abwehrmöglichkeiten bestanden als zu Beginn des Jahres 1933. Es sei nur auf die sozialdemokratischen Machtpositionen in Preußen verwiesen. Aber Hitler als Reichspräsident hätte für die Weimarer Republik eine Belastungsprobe dargestellt, der sie kaum gewachsen gewesen wäre, zumal sich die NSDAP noch in einem ungebrochenen Aufschwung befand. Sofortige Kapitulation der Demokraten oder offener Bürgerkrieg mit ungewissem, wahrscheinlich zur faschistischen Diktatur führenden Ausgang müßten wohl als unmittelbares Resultat angenommen werden. Es ist tatsächlich nicht zu erkennen, wer außer Hindenburg im Frühjahr 1932 gegenüber Hitler bei den Reichspräsidentenwahlen Erfolgchancen gehabt hätte.

Aber wenn dem so gewesen ist, dann erübrigen sich eigentlich alle Erwägungen, ob die Weimarer Republik noch zu retten war. Es lag doch auf der Hand, daß sich die konservativen Eliten gestützt auf die unerschütterliche Machtstellung des wiedergewählten Hindenburg irgendwann und irgendwie mit der Nazibewegung arrangieren würden. Die KPD hat bekanntlich den Reichspräsidentenwahlkampf unter der Parole geführt: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, und wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Man wird den Kommunisten vieles vorwerfen können, diese Voraussage

<sup>1</sup> *Heinrich August Winkler*, Deutschland vor Hitler, in: Der historische Ort des Nationalsozialismus, hrsg. v. *Walter H. Peble* (Frankfurt am Main 1990) 24.

nicht. Es ist auch von vornherein festzuhalten, daß sich das Problem, über das wir diskutieren, keineswegs nur auf das Verhalten der beiden Arbeiterparteien reduzieren läßt. Es geht alle an, die keine faschistische Diktatur in Deutschland wollten, und lautet letztlich: War die Weimarer Republik überhaupt zu retten?

Hans Mommsen hat von der „Lebenslüge“ der Weimarer Koalitionsparteien gesprochen, die da meinten, sich mit den Feinden der bürgerlich-demokratischen Neuordnung in Deutschland von 1918/1919 beim Aufbau und der Erhaltung der Weimarer Republik arrangieren zu können. Diese Lebenslüge hat sich am prägnantesten in der sozialdemokratischen Losung geäußert: „Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!“<sup>2</sup> Mommsen urteilt darüber zusammenfassend: „Die Tolerierungspolitik hatte sich als Fehlschlag erwiesen, zumal sie weder den Sturz Brünnings noch den Preußenschlag hatte verhindern können.“<sup>3</sup> Aber welche Alternative wäre zu ihr denkbar gewesen? Winkler sieht keine; denn wenn die SPD die präsidiale Regierungsweise unter Brüning nicht toleriert und sich nach links orientiert hätte, dann wäre seiner Meinung nach die Existenzbedingung der Weimarer Republik – die sozialdemokratische Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien der Mitte – außer Kraft gesetzt worden und der Weimarer Staat noch eher zusammengebrochen.

Vielen Linken ist jedoch die Auffassung Carl von Ossietzky's einleuchtend erschienen, der am 1. März 1932 in der „Weltbühne“ schrieb: „Du mußt es dreimal sagen: der Generalfeldmarschall von Hindenburg ist kein tragbarer Kandidat für die Linke.“ Genau wie die von der SPD abgespaltene Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, der sich nicht wenige anschlossen, die die Geschicke der SPD nach 1945 bestimmen sollten, sprach sich Ossietzky trotz aller wohlbegründeten Vorbehalte für den Wahlvorschlag der KPD Ernst Thälmann aus: „Ich bin kein Ratgeber auf dem Kandidatenmarkt, und wer einer Partei angehört, wird im Endkampf zwischen Disziplin und besserer Überzeugung durchweg der Disziplin den Vorrang geben. Gern hätte ich als parteiloser Mann der Linken für einen akzeptablen Sozialdemokraten wie Paul Löbe oder Otto Braun gestimmt. Da kein sozialdemokratischer Kandidat vorhanden ist, muß ich schon für den kommunistischen stimmen ... Man muß festhalten: die Stimme für Thälmann bedeutet kein Vertrauensvotum für die Kommunistische Partei und kein Höchstmaß von Erwartungen. Linkspolitik heißt, die Kraft dort einsetzen, wo ein Mann der Linken im Kampfe steht. Thälmann ist der einzige, alles andre ist mehr oder weniger nuancierte Reaktion. Das erleichtert die Wahl.“<sup>4</sup>

Wenn nicht schon eine weitgehende Unterwerfung der KPD unter den Einfluß

<sup>2</sup> *Hans Mommsen*, Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933 (Berlin 1989) 412f; im folgenden zitiert: *Mommsen*, Freiheit. Wie die kommunistische, so tritt uns auch die sozialdemokratische Wahllosung bei den Reichspräsidentenwahlen in verschiedenen Varianten entgegen. Auf KPD-Wahlplakaten stand zu lesen: „Wer Hindenburg wählt, hilft den Nazis!“ Den ersten Teil der zitierten KPD-Parole gebrauchte Thälmann in seiner Wahlrede am 5. April in Breslau. Am 8. April variierte er den zweiten in Köln folgendermaßen: „Wer Hindenburg oder Hitler wählt, stimmt für die Kriegspoliten der deutschen Rüstungsindustrie und die Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie!“ Die SPD-Losung lautete auch „Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler“ (Bundesarchiv, Potsdam, St 10/49, Bd. 4b, Bl. 371).

<sup>3</sup> *Mommsen*, Freiheit 501.

<sup>4</sup> Die Weltbühne, 3. Mai 1932.

Stalins zu verzeichnen gewesen wäre, die ganz im Schatten der berühmigten Sozialfaschismustheorie zur Teilnahme am sogenannten Preußen-Volksentscheid im August 1931 geführt hatte, so könnte man aus einer derartigen Sicht diesen Tagungsschwerpunkt auch „Das Dilemma der KPD und die Politik der SPD“ nennen. Es darf außerdem nicht übersehen werden, daß die Kommunisten von vornherein der Weimarer Republik und dem Parlamentarismus feindlich gegenüberstanden. Sie gingen von der Illusion einer unmittelbar bevorstehenden sozialistischen Weltrevolution aus und betrachteten alles, was sich ablehnend oder hinderlich erwies, als bekämpfungswürdig. Stalins Behauptung, daß die Sozialdemokraten Sozialfaschisten und die Vermittler zwischen den beiden Arbeiterparteien besonders gefährlich seien, knüpfte an die von Lenin unermüdlich wiederholte Bezeichnung Sozialchauvinisten und seinen kompromißlosen Kampf gegen die sogenannten Zentristen an.

Es ist eine offene, nicht zu beantwortende Frage, wie sich eine Kommunistische Partei Deutschlands unter Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs entwickelt hätte. Es sei nur an deren Bereitschaft erinnert, an den Wahlen zur Nationalversammlung teilzunehmen, und auf die Gefängnisaufzeichnungen Rosa Luxemburgs über die Perspektiven der russischen Revolution verwiesen, wenn Lenins und Trotzki's antidemokratischer Kurs weitergeführt und verallgemeinert würde. Es gab jedoch bei ihnen in der Verurteilung des sogenannten Sozialchauvinismus und schließlich des immer mehr abgelehnten Zentrismus kaum unterschiedliche Auffassungen zu Lenin und den Bolschewiki. Der gewiß nicht von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg initiierte, aber maßgeblich mitgetragene Berliner Januaraufstand von 1919 war eine eindeutige Kampfansage gegen die „Ebert und Scheidemänner“ und ein verzweifelter Versuch, den Übergang zu einem parlamentarischen Regierungssystem zu verhindern. Man kann und darf aus der KPD nicht nachträglich etwas anderes machen wollen, als sie war.

Unter diesen Umständen muß man sich fragen, ob es wenigstens möglich gewesen wäre, angesichts existenzieller Bedrohungen durch den Faschismus sich über dogmatischen Ballast hinwegzusetzen und illusionäre Erwartungen der politischen Selbsterhaltung unterzuordnen. Wiederum stellt sich das keineswegs nur als ein Problem der Kommunisten dar. Der erste, der sein Eintreten für Hindenburg mit bitterem Undank belohnt sah, war Brüning. Selbst wenn sich maßgebende Zentrumskreise bereits innerlich von der Weimarer Republik gelöst hatten, von der faschistischen Diktatur konnten sie sich nichts erhoffen. Die traditionellen bürgerlichen Parteien hatten angesichts der Entwicklung in Italien und der unverhohlenen Ankündigungen der Nazis genügend Grund zu der Annahme, daß mit der Beseitigung des Parlamentarismus und des Pluralismus auch ihre Existenz in Frage gestellt sein mußte. In dieser oder jener Form gingen schließlich alle an ihren eigenen Lebenslügen zugrunde.

Angesichts des Verhaltens Hindenburgs am 20. Juli 1932 und ab dem 30. Januar 1933 kann man nur mit tiefer Bestürzung lesen, was der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus Ernst Heilmann im Februar 1932 schrieb: „Wir mögen an Herrn von Hindenburg auszusetzen haben, was wir wollen – ein Reichspräsident des Faschismus, ein Reichspräsident des nationalsozialistischen Verfassungsbruchs und Blutregiments wird der Mann, den wir seit sieben Jah-

ren als Reichspräsident kennengelernt haben, niemals sein. Seine Treue zu Brüning muß dafür letzter Beweis sein. Bei der Reichspräsidentenwahl ist für die Sozialdemokratie die Taktik vollkommen eindeutig vorgeschrieben: Sie hat alles zu tun, um die Wahl eines Nazireichspräsidenten zu verhindern, eine Wahl, die für Deutschland ebenso wie für seine Arbeiterklasse den Untergang bedeutete, und alles daran zu setzen, daß in der Wilhelmstraße ein verfassungstreuer Reichspräsident amtet.<sup>5</sup>

Niemand hat mehr für sein Fehlurteil über Hindenburg büßen müssen, als Heilmann selbst. Er glaubte, sich an die Lauterkeit von dessen Charakter klammern zu können und übersah wie viele, die ihn heute am liebsten als den eigentlichen Schuldigen der nationalen Katastrophe ansehen möchten, daß Hindenburg letztlich nur der Willensvollstrecker einer grundsätzlich an der Zerstörung des Parlamentarismus und der Demokratie interessierten Oberschicht gewesen ist und auch darauf reagierte, daß die Parteienvielfalt mit ihren Problemen bei immer größeren Bevölkerungsteilen in Verruf geraten war. In seiner persönlichen Beurteilung des Reichspräsidenten hatte Heilmann nicht einmal ganz unrecht. Hindenburg mußte erheblich unter Druck gesetzt werden, bevor er der Forderung, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, nachgab. Politiker wie Papen und sogar Schleicher waren da weit skrupelloser. Der Sozialdemokrat Heilmann hatte jedoch genügend Erfahrungen sammeln können, um zu wissen, wie abhängig Hindenburg von jeher von seinen Beratern gewesen ist. Der Aufruf zu seiner Wiederwahl zeigt viel mehr an, wie alternativlos die deutsche Sozialdemokratie und wie groß der Selbstbetrug war.

Mit persönlichen Schuldzuweisungen ist die Frage der Verantwortung für den Untergang der Weimarer Republik und den Übergang zur faschistischen Diktatur allein nicht zu beantworten. Es kann sogar von den eigentlichen Ursachen ablenken, wenn man sich zu sehr auf Einzelpersonen konzentriert. Hagen Schulze sieht zwar in der Strukturanalyse einen Umweg und verzichtet auch auf eine Abstufung der Verantwortung, aber er bezieht neben einzelnen Verantwortlichen die Bevölkerung, Gruppen und Parteien insgesamt in die Schuldfrage ein<sup>6</sup>. Karl Dietrich Erdmann hat immer wieder mit gutem Grund auf die verhängnisvolle Entscheidung im März 1930 verwiesen, an die Stelle des parlamentarischen Regierungssystems das präsidentiale zu setzen und darüber hinaus mit der Preisgabe des Klassenkompromisses zwischen Unternehmern und Gewerkschaften gegen das – wie er meinte – eigentliche Lebensgesetz der Weimarer Republik zu verstoßen<sup>7</sup>. Den Sturz der Hermann-Müller-Regierung aber kann man nicht primär Hindenburg anlasten. Sogar die Nazibewegung war daran noch weitgehend unbeteiligt. Sie wurde sich selbst ihres atemberaubenden Aufstiegs erst nach der von Brüning verfügten Reichstagsauflösung bewußt.

Mit der DVP und dem Zentrum hatten sich zumindest zwei der drei bürgerlichen Parteien in der Regierung der großen Koalition unter der Regie Schleichers auf jene schiefe Ebene gestellt, auf der es dann kein Halten mehr geben sollte. Henry Ashby

<sup>5</sup> Das Freie Wort, 7. Februar 1932.

<sup>6</sup> *Hagen Schulze*, Weimar. Deutschland 1917–1933 (Berlin 1982) 425; im folgenden zitiert: *Schulze*, Weimar.

<sup>7</sup> Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute, hrsg. v. *Karl-Dietrich Erdmann* und *Hagen Schulze* (Düsseldorf 1980) 340, 345.

Turner hat überzeugend nachgewiesen, daß die Beziehungen zwischen der Großindustrie und der Nazibewegung von viel mehr Differenzen belastet wurden, als es die Marxisten und mitunter auch die Linksliberalen unter den Politikern und Historikern wahrhaben wollten. Aber kann man angesichts des Druckes, den speziell der Reichsverband der Deutschen Industrie auf die Hermann-Müller-Regierung ausübte, wirklich sagen, daß die deutsche Großindustrie die Weimarer Republik sehr viel weniger unterminierte, als allgemein angenommen worden ist<sup>8</sup>?

Es muß anerkannt werden, Hitler war keineswegs der Wunschkandidat der führenden Ruhrindustriellen für das Reichskanzleramt. Aber er wurde doch nicht zuletzt deshalb akzeptiert, weil sich ihr – nach Turner – eigentlicher Vertrauensmann Papen mit ihm im Januar 1933 zu arrangieren wußte, vor allem aber, weil er genau das zu realisieren versprach, woran die meisten Großgrundbesitzer und Großindustriellen gleichermaßen interessiert waren: Die Beseitigung der demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution und die Überwindung des Versailler Nachkriegssystems. War es daher nicht folgerichtig, wenn sich auch in der SPD die Stimmen mehrten, die meinten, die Konzessionsbereitschaft gegenüber denen, die den Boden der Weimarer Republik verlassen wollten, müsse eine Grenze haben?

Die kommunistische Einschätzung, Brüning hätte bereits ein faschistisches Regime errichtet, war grundsätzlich falsch. Sie hing mit der später selbst kritisierten Unfähigkeit zusammen, den prinzipiellen Unterschied zu erkennen, den sogar eine im Abbau befindliche bürgerliche Demokratie noch von einer im Entstehen begriffenen faschistischen Diktatur trennte und entsprach der in der III. Internationale dominierenden Auffassung, alles, was nicht kommunistisch sei, wäre mehr oder minder faschistisch. Aber wie steht es mit dem Beitrag Brünings zur Zerstörung des parlamentarischen Regierungssystems als einem Grundpfeiler der Weimarer Republik und demzufolge mit den Prämissen sozialdemokratischer Tolerierungspolitik?

Man wird durchaus anerkennen können, daß Brüning am Ende seiner Regierungszeit – als er von denen, die ihm den Weg bereitet hatten, fallen gelassen wurde und ein neuer Rechtsruck bevorstand – von der Sozialdemokratie gestützt werden mußte. Aber war das bereits nach den Reichstagswahlen von 1930 der Fall? Galt es nicht, den Anfängen einer Abkehr vom Parlamentarismus und des Übergangs zur präsidentiellen Regierungsweise zu wehren? Ein Rechtfertigungsargument lautete immer: Wäre Brüning nicht toleriert worden, so hätte die Regierungskoalition mit dem Zentrum in Preußen nicht überleben können.

Nirgends wurde jedoch so deutlich, wie sehr die sozialdemokratische Tolerierungspolitik in eine Sackgasse führte, aus der es keinen Ausweg mehr gab, wie in der preußischen Frage. Wer mit Recht davon ausging, daß das republikanische Preußen die wichtigste Bastion der Weimarer Republik war, der durfte keinen Zweifel daran lassen, daß man die preußische Machtposition bis zum äußersten verteidigen würde. Ich selbst bin zwar längst von meiner früheren Meinung abgerückt, am 20. Juli 1932 hätte – gestützt auf die preußische Polizei und durch die Auslösung proletarischer Kampf-

<sup>8</sup> *Henry Asby Turner, Jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers* (Berlin 1985) 405.

aktionen – erfolgreich Widerstand geleistet werden können<sup>9</sup>. Aber damit ist die Notwendigkeit einer Verteidigung Preußens nicht aus der Welt geschafft, sondern nur in einen größeren Zusammenhang umfassenderer Abwehrmaßnahmen gestellt.

Es war im Grunde nicht viel anders als bei den Reichspräsidentenwahlen. In der Stunde der Entscheidung zählte vor allem das, was man zuvor getan oder versäumt hatte. Die Verteidigung Preußens mußte vor dem Staatsstreich organisiert werden. Da bekanntlich das Zentrum in Preußen empfindlicher auf Rechtsentwicklungen als im Reiche reagierte und sich gegenüber dem Abtrünnling Papen in einer kompromißlosen Opposition befand, wird man das kaum für völlig aussichtslos erklären können. Wir wissen heute, welche Sorgen sich speziell Reichsinnenminister Wilhelm von Gayl – wie übrigens Hitler noch am 30. Januar 1933 – über die Möglichkeit eines Generalstreikes machte<sup>10</sup>. Aber wenn man Gayl wie Severing regelrecht zum Eingreifen in Preußen ermunterte und sich auf Gedeih und Verderb in die Hand Hindenburgs begeben hatte, dann durfte man sich nicht darüber wundern, daß der Preußenschlag gewagt wurde.

Die Politik des kleineren Übels wird sicher nicht grundsätzlich verworfen werden können. Wenn sie jedoch so wie bei der Sozialdemokratie in der Schlußphase der Weimarer Republik zur Hauptleitlinie gemacht wird, dann ist der Untergang unvermeidlich, weil das Schlimme gegenüber dem noch Schlimmeren stets tolerierungswürdig zu sein scheint und man sich letztlich mit der stufenweisen Verschlechterung der Lage widerstandslos abfindet. Die Hilflosigkeit in der Reichspräsidenten- und in der Preußenfrage war gleichsam vorprogrammiert, weil die Sozialdemokratie keine langfristigen Vorkehrungen getroffen hatte. Dabei war doch seit 1925 klar, daß spätestens im Frühjahr 1932 wieder Reichspräsidentenwahlen anstanden. Schon allein das hohe Alter Hindenburgs hätte es allen Weimarer Koalitionsparteien zur Pflicht machen müssen, sich vorsorglich einen gemeinsamen Kandidaten aufzubauen und diesen mehrheitsfähig zu machen.

Im Kaiserreich und nach dem 20. Juli 1932 galt das geflügelte Wort „Wer Preußen hat, hat das Reich!“ Obwohl allein schon sein territoriales und personelles Übergewicht in der Weimarer Republik dafür neue und demokratischere Möglichkeiten geboten hätte, die Weimarer Koalitionsparteien im allgemeinen und die Sozialdemokratie im besonderen wußten die preußische Regierungsgewalt für die Erhaltung der Demokratie nicht einzusetzen. Wie Winkler so hat auch Mommsen ganz entschieden den Standpunkt vertreten, daß es 1932 keine realen Erfolgsaussichten bei der Verteidigung Preußens mehr gab und der Aufruf zum Widerstand gegen den Preußenschlag verantwortungslos gewesen wäre.

Mommsen spricht sogar von einem verhängnisvollen „Fehlgriff des der Deutschen

<sup>9</sup> *Joachim Petzold*, Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 in Preußen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4 (1956) 1146–1186 bzw. *ders.*, Generalprobe für Hitler (Berlin 1980); im folgenden zitiert: *Petzold*, Staatsstreich bzw. Generalprobe.

<sup>10</sup> Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933, hrsg. v. *Hermann Weiß* und *Paul Hoser* (München 1989) 197; Akten der Reichskanzlei: Die Regierung Hitler, bearb. v. *Karl-Heinz Minuth* (Boppard am Rhein 1983) 3.

Staatspartei zugehörigen preußischen Staatssekretärs des Innern, Wilhelm Abegg“: „Dieser hatte im Juni eine Unterredung mit den KPD-Abgeordneten Ernst Torgler und Wilhelm Kasper, in der er sie beschwor, die Terrorakte ihrer Partei einzustellen und statt dessen die SPD in ihrem Kampf gegen den Nationalsozialismus zu unterstützen.“<sup>11</sup> Aber was war eigentlich an dieser Unterredung am 4. Juni 1932 so falsch und verwerflich?

Für viele Historiker ist die Feststellung ein Axiom: Die Weimarer Republik wurde von links und von rechts zerstört. Die Kommunisten haben ohne Zweifel zur Schwächung des Weimarer Staatswesens beigetragen und bei aller subjektiven Gegensätzlichkeit mitunter objektiv den Rechten in die Hand gearbeitet. Das Ausmaß der Verantwortung zwischen rechts und links ist jedoch unterschiedlich. Einmal auf Grund des konkreten Tatbestandes. Zum anderen wegen der ungenutzt gebliebenen Möglichkeiten, die verhängnisvolle Frontstellung zu überwinden.

Abegg hoffte, die KPD-Führung würde sich Vernunftsargumenten bei der Bestimmung ihres Verhältnisses zur preußischen Staatsregierung nicht mehr verschließen und sich noch entschiedener gegen den individuellen Terror aussprechen. Wenn schon seine Kontaktaufnahme ein verhängnisvoller Fehlgriff gewesen wäre, dann müßte man eigentlich hinzufügen: Alle Versuche, zu einer Zusammenarbeit mit Kommunisten bei der Abwehr der faschistischen Bedrohung zu kommen, waren für die preußische Staatsregierung und die sozialdemokratische Parteiführung viel zu belastend und daher verwerflich. Severing, der Abegg scharf rügte, hat zumindest so gedacht und gehandelt.

Der Widerspruch liegt meiner Meinung nach auf der Hand: Der KPD wird vorgeworfen, mitschuldig am Untergang der Weimarer Republik zu sein, weil sie in Opposition zu ihr stand und diejenigen angriff, die das Weimarer System am Leben erhalten wollten. Die SPD und überhaupt die Weimarer Koalition müssen kritisiert werden, weil es an der Bereitschaft zur Verteidigung des Parlamentarismus und der Demokratie mangelte. Wieso können dann Versuche, die Kommunisten aus ihrer selbstmörderischen Abseitsstellung herauszuführen und das demokratische Preußen verteidigungsfähig zu machen, auch noch falsch gewesen sein?

## II.

In dieser konkreten Widersprüchlichkeit sehe ich die Widerspiegelung einer allgemeinen. Die meisten Historiker und wohl fast alle der hier anwesenden haben immer wieder versichert, der Untergang der Weimarer Republik sei vermeidbar gewesen und die Nazis hätten von der politischen Macht ferngehalten werden können. Die bisher zitierten Urteile lauten jedoch: Hitler ließ sich nur zeitweilig durch die Wiederwahl Hindenburgs als Krönung sozialdemokratischer Tolerierungspolitik vom höchsten Amt der Weimarer Republik fernhalten. Die wichtigste Bastion der Demokratie, das von der Weimarer Koalition regierte Preußen, war nicht zu verteidigen. Der Versuch

<sup>11</sup> *Mommsen*, Freiheit 452.

Staatssekretär Abeggs, die Kommunisten in die Abwehr der faschistischen Bedrohung einzubeziehen, durfte nicht gemacht werden.

Bevor wir uns konkret der Frage zuwenden, ob es nicht doch ungenutzt gebliebene Möglichkeiten gab, sollen die grundsätzlichen Standpunkte erörtert werden. Winkler hat das allgemeine Problem bereits vor einem Dutzend Jahren folgendermaßen formuliert: „Die Herrschaft des Nationalsozialismus war kein Betriebsunfall der deutschen Geschichte. Darin sind sich heute die meisten Historiker einig. Aber ist deshalb der Umkehrschluß erlaubt, Hitlers Machtübernahme sei ein notwendiges Ergebnis der politischen Entwicklung Deutschlands gewesen? Gab es nicht doch Wendepunkte, an denen die Geschichte auch ganz anders hätte verlaufen können?“<sup>12</sup> Hagen Schulze formulierte einige Jahre später in seiner Geschichte der Weimarer Republik ganz entschieden, „daß Weimar nicht schicksalhaft oder bedingt durch anonyme Sachzwänge scheitern mußte – die Chance der Gruppen wie der Einzelnen, sich für Weimar zu entscheiden und dem Gesetz der parlamentarischen Demokratie zu gehorchen, nach dem man angetreten war, hat immer bestanden“<sup>13</sup>.

Von den auf diesem Colloquium anwesenden Historikern ist mir allerdings niemand bekannt, der diese Entschiedenheit, auf die letzten Jahre der Weimarer Republik bezogen, teilt. Das läßt sich sicher nicht nur aus der allgemeinen Überzeugung erklären, es könne nicht Sache der Historiker sein, im realen Leben verlorene Schlachten nachträglich noch am Schreibtisch gewinnen zu wollen. Das hängt wohl vor allem mit der Einsicht zusammen, daß angesichts des Zerfalls der großen Koalition, dem spektakulären NSDAP-Wahlerfolg bei den von Brüning provozierten Neuwahlen des Reichstages und der wachsenden Feindschaft zwischen den beiden Arbeiterparteien immer weniger Bausteine für die Möglichkeit ausgemacht werden können, die Entwicklung zur faschistischen Diktatur zu verhindern.

Seit geraumer Zeit hat sich daher die Diskussion darüber, was die Weimarer Republik am Leben hätte erhalten können, auf die Anfangsjahre verlagert. Eberhard Kolb, Klaus Schönhoven und selbstverständlich auch Winkler und Mommsen haben auf Versäumnisse und Unterlassungen in der Novemberrevolution verwiesen. Am schärfsten hat sie Wolfram Wette angeprangert, der am Ende seiner Noske-Biographie schreibt: „Im einen wie den anderen Fall zeigte es sich, daß die regierenden Mehrheitssozialdemokraten in den Jahren 1918–20 nicht den Mut und die Kraft zu einer wirklich offensiven, die überkommenen Strukturen tiefgreifend verändernden Politik hatten, die jenen Eliten dauerhaft den Boden hätten entziehen müssen, die dann schon bald wieder den Versuch machen sollten, einen neuen ‚Griff nach der Weltmacht‘ vorzubereiten.“<sup>14</sup> Wenn man das Unheil bedenkt, welches speziell das „Kabinett der Barone“, das wie kein anderes diese Eliten repräsentierte, angerichtet hat, wird man dem nur zustimmen können. Welche Möglichkeiten die SPD besaß, zeigt ein Vergleich der Wahlergebnisse: Die NSDAP hat auf dem Höhepunkt ihres Masseneinflusses vor 1933 mit 37,4 Prozent der Wählerstimmen noch nicht einmal ganz

<sup>12</sup> Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945, hrsg. v. Carola Stern und Heinrich August Winkler (Frankfurt am Main 1979) 7; im folgenden zitiert: Wendepunkte.

<sup>13</sup> Schulze, Weimar 425.

<sup>14</sup> Wolfram Wette, Gustav Noske. Eine politische Biographie (Düsseldorf 1987) 803.

die 37,9 Prozent erreichen können, die die SPD 1919 bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhielt, aber was hat Hitler damit anzufangen gewußt!

Die Diskussion, die mit Klaus Schönhöven, Reinhard Rürup, Hans Mommsen, Susanne Miller, Helga Grebing, Hermann Weber und anderen vor zwei Jahren in Berlin über derartige Fragen stattfand<sup>15</sup>, hat aber auch gezeigt, wie kompliziert selbst in den Anfangsjahren der Weimarer Republik die Frage nach einer Alternative zum eingeschlagenen Weg ist. Demokraten müssen, wenn sie die Demokratie erhalten wollen, andere Schlüsse aus Wahlergebnissen ziehen. Es kann zudem nicht übersehen werden, daß die heutige Kritik an der Nachkriegspolitik der SPD den zeitgenössischen Vorwürfen der USPD und der KPD näher steht als den seinerzeitigen sozialdemokratischen Rechtfertigungsversuchen.

Ich will mich deshalb nur im Rahmen der von Winkler vertretenen These bewegen: „1933“ läßt sich nicht einfach aus „1918“ ableiten. Das Scheitern der Weimarer Republik war keine notwendige Folge ihrer Geburtsfehler. Der Nationalsozialismus wäre nach 1929 auch zur Massenbewegung geworden, wenn 1918/19 die Schwerindustrie sozialisiert und der Großgrundbesitz enteignet worden wäre.“<sup>16</sup> Das Versagen der SPD in der Novemberrevolution und zuvor noch im Ersten Weltkrieg spielte allerdings im Verhältnis der beiden Arbeiterparteien noch am Ende der Weimarer Republik und später in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR eine große Rolle, weil die Kommunisten davon die Rechtfertigung ihrer gegen die Sozialdemokratie gerichteten Politik ableiteten und im Hinweis auf das Verhalten sozialdemokratischer Führer am 4. August 1914, im Januarstreik 1918 sowie gegenüber der kaiserlichen Generalität in der Novemberrevolution über nicht widerlegbare Argumente verfügten.

Ich will aber nicht verschweigen, daß mich angesichts eigener bitterer Lebenserfahrungen das Gefühl beschleicht, ob es nicht meine – um das mir so hilfreiche Wort von Hans Mommsen aufzugreifen – „Lebenslüge“ gewesen ist, ein an sich vielversprechendes politisches System könnte trotz fundamentaler Geburtsfehler und denkbar widriger Umstände am Leben erhalten werden. Die meisten Deutschen, die am Ende des Ersten Weltkrieges eine Revolution machten, wollten gewiß etwas anderes als das mit den Problemen nicht fertig werdende und zusammenbrechende Kaiserreich. Aber so, wie die Weimarer Republik wurde und es wohl auch gar nicht viel anders werden konnte, hatten sie es sich nicht vorgestellt. Vor allem aber waren es die gleichen Menschen, die 1914 vom Nationalismus berauscht in den Krieg zogen und die im Versailler Vertrag nur das gewiß vorhandene Unrecht sahen.

Als die Inflation, auf die Gerald D. Feldman und Knut Borchardt so nachdrücklich hinweisen, und schließlich die Weltwirtschaftskrise hinzukamen, da fanden die Stimmen der Vernunft auch aus objektiven Gründen immer weniger Gehör. Könnte es nicht doch sein, daß diese Weimarer Republik gar nicht zu retten war, daß es erst härtester Erfahrungen bedurfte, bevor sich die Deutschen bewußt wurden, auf dem Wege

<sup>15</sup> Perspektive und Aktion. Erfahrungen deutscher Arbeiterbewegung. Protokoll eines Geschichtsforums über August Bebel und die Arbeiterbewegung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert sowie über Massenbewegungen und parlamentarische Demokratie in den ersten Jahren der Weimarer Republik (30./31. Mai 1989) (Jena 1989).

<sup>16</sup> Wendepunkte 10.

zu einer Weltmacht zwangsläufig gescheitert zu sein und nicht immer von neuem der Versuchung erliegen zu dürfen, es doch noch irgendwie schaffen zu können? Wer hatte 1932/33 schon eine politische Chance, wenn der andere voller Inbrunst und Überzeugung sein „Deutschland, Deutschland über alles in der Welt“ sang?

Doch wenn man weiter nach Möglichkeiten suchen will, wie die Weimarer Republik hätte erhalten werden können, dann muß man immer von neuem auf das Verhältnis zwischen den beiden Arbeiterparteien zurückkommen. Ihr eigentliches Fundament, die Weimarer Koalition, hatte sich nicht mehr als tragfähig erwiesen. Wer mit Winkler in ihr die einzige denkbare Stütze sieht, der kann dann eigentlich nur einen hoffnungslosen Krankheitsbefund konstatieren; denn die Sozialdemokraten waren zwar bis zuletzt zu einer Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Kräften bereit und haben das sogar bis zur Selbstverleugnung demonstriert, aber die Bereitschaft und die Fähigkeit zu dieser Zusammenarbeit schwanden bei den früheren Koalitionspartnern immer mehr dahin. Darin lag denn auch nach Winkler „die Hauptursache für das Scheitern der ersten deutschen Republik“<sup>17</sup>.

Da die niemals über eine absolute Stimmenmehrheit verfügenden Rechten letztlich von der Uneinigkeit ihrer Gegner profitierten und da der Versuch der SPD, sich ausschließlich rechts von ihr um Bündnispartner zur Verteidigung der Weimarer Republik zu bemühen, gescheitert ist, haben Erörterungen über Rettungsmöglichkeiten meines Erachtens nur einen Sinn, wenn über die Einbeziehung wenigstens von Teilen des kommunistischen Massenanhanges nachgedacht wird. Rein zahlenmäßig bestätigte jede Wahl zu Beginn der dreißiger Jahre ein annäherndes Gleichgewicht zwischen den Rechten und den Linken. Beiderseits gab es rivalisierende Parteien, die eine Zusammenarbeit erschwerten. Rechts ist die sogenannte Harzburger Front zustande gekommen, die im Januar 1933 sogar die Regierungsbasis bildete. Links hat es nicht einmal Versuche gegeben, zu einer auch nur partiellen Verständigung zwischen den Parteiführungen von KPD und SPD zu gelangen, geschweige denn eine Blockbildung zu erwägen.

Dem Argument, daß die Gegensätze zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten auf Grund der Weltkriegs- und Revolutionserfahrungen unüberbrückbar waren, kann entgegen gehalten werden, daß es nach anfänglichem kommunistischem Fehlverhalten bei der Abwehr des Kapp-Putsches diese Zusammenarbeit gab. Auch in der Frage der Fürstenabfindung ließen sich noch gemeinsame Aktionen organisieren. Erst ab 1928 begann es unmöglich zu werden, daß sich die beiden Arbeiterparteien noch miteinander arrangierten.

Es wäre wohl zu einfach, die Ursachen nur in der kommunistischen Rückkehr zum Linksradikalismus auf dem VI. Weltkongreß der III. Internationale und in der sogenannten Stalinisierung der KPD zu sehen. Es hat schließlich heftige innerparteiliche Widerstände dagegen gegeben, auf die die SPD keineswegs ermutigend reagiert hat. Im Bestreben, nach dem Wahlsieg von 1928 zu einer großen Koalition zu kommen, wurde vielmehr versucht, die Kommunisten aus den proletarischen Massenorganisa-

<sup>17</sup> *Heinrich August Winkler*, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933* (Berlin, Bonn 1987) 954; im folgenden zitiert: *Winkler, Katastrophe*.

tionen zu verdrängen, und damit objektiv den kommunistischen Sektierern in die Hand gearbeitet, die ihrerseits Gewerkschaften, Sport- und Kulturorganisationen zu spalten suchten. Wie katastrophal sich das sozialdemokratische Verhalten am 1. Mai 1929 auswirkte, hat uns Thomas Kurz demonstriert<sup>18</sup>.

Die Führungen beider Arbeiterparteien verfolgten letztlich das Ziel, den Einfluß der anderen auf die Arbeitermassen zu brechen. Die KPD-Führung hat dafür Pseudosatheorien wie die von der sozialen Hauptstütze und dem angeblich notwendigen Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie entwickelt und noch über den 30. Januar 1933 hinaus in die Praxis umgesetzt. Doch auch führende Sozialdemokraten hofften bis zuletzt, die Anhänger der KPD für sich zu gewinnen und scheuten keine Mittel, um von der Kommunistischen Partei nur einen kleinen unbelehrbaren Rest zurückzulassen.

Winkler hat jedoch in einer mich überzeugenden Weise Beobachtungen von Friedrich Stampfer zu einem Erklärungsmodell für die Spaltung der Arbeiterbewegung verdichtet, das von den nicht mehr durch eine Partei politisch überbrückbaren sozialen Differenzierungsprozessen in der Arbeiterklasse ausgeht: „Daraus folgte, daß es links von der Weimarer Sozialdemokratie Platz für konkurrierende Kräfte gab: Massenarbeitslosigkeit und proletarisches Elend bedingten zwar nicht die Politik der KPD, aber sie bildeten objektive Gründe für die Existenz einer kommunistischen Partei. Die Spaltung der Arbeiterklasse in einen Flügel, der Bündnisse mit bürgerlichen Kräften grundsätzlich bejahte, und einen anderen, der eine solche Zusammenarbeit grundsätzlich verwarf, war mithin strukturell bedingt und von Anfang an beides: eine schwere Belastung der Weimarer Republik und zugleich eine Bedingung ihrer Möglichkeit.“<sup>19</sup>

Die soziale Aufspaltung der Arbeiterklasse, die übrigens auch bürgerlichen Parteien zugute kam, erklärt, warum selbst bei den falschesten politischen Führungsentscheidungen der jeweilige Massenanhang im wesentlichen konstant blieb. Stark vereinfacht kann man sagen, daß sich schließlich mit der KPD eine Partei der Arbeitslosen und mit der SPD eine Partei der noch Arbeit habenden gegenüberstanden, daß die Elendsproletarier voller Haß und Ablehnung die politischen Verhältnisse der Weimarer Republik betrachteten, die ihr keine ausreichenden Existenzbedingungen gewährten, und das sowjetische Gesellschaftsmodell erstrebenswert fanden und daß die bessergestellten oder nur zeitweilig notleidenden Arbeiter ihre soziale Existenzsicherung mit politischen Hoffnungen verbanden, die ihnen die Sozialdemokratie und – wie kürzlich Wolfgang Zöllitsch eindrucksvoll nachgewiesen hat – im wachsenden Maße auch die Naziapartei zu erfüllen schien<sup>20</sup>.

Denkt man diesen theoretischen Ansatz Winklers zu Ende, dann wird klar: Eine proletarische Einheitspartei, ja sogar eine Einheitsfront, war unter demokratischen Verhältnissen nicht mehr oder kaum noch möglich. Alle Versuche, einander den Massenanhang abzujagen, mußten jedoch ebenfalls zwangsläufig scheitern oder zu einer

<sup>18</sup> *Thomas Kurz*, „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929 (Berlin, Bonn 1988).

<sup>19</sup> *Winkler*, Katastrophe 951.

<sup>20</sup> *Wolfgang Zöllitsch*, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus (Göttingen 1990).

einseitigen innerparteilichen Diktatur führen. Die großen proletarischen Massenorganisationen wurden zwar auf Geheiß der Parteiführungen gespalten, der Keim der Spaltung wohnte ihnen aber längst inne. So genau Stampfer diese soziale Differenzierung auch beobachtet hatte, seine politische Schlußfolgerung blieb allerdings ebenso illusorisch wie die der kommunistischen Einheitsfrontpropagandisten: „Aufs schärfste müssen wir Sozialdemokraten darum uns zu der Auffassung bekennen, daß das ganze arbeitende Volk vom bestbezahlten Arbeiter bis zum letzten Elendsproletarier klassenmäßig zusammengehört ...“<sup>21</sup>. Ich verhehle nicht, es hat schmerzlicher Erfahrungen bedurft, bevor ich mich dieser Kritik an Stampfer anschließen konnte, und es ist nur zu offensichtlich, daß sie gerade im politischen Kampf immer wieder in Frage gestellt wird.

Wenn die soziale Aufsplitterung der Arbeiterklasse jedoch zwischen 1918 und 1933 zwei Arbeiterparteien unvermeidlich machte, dann ergeben sich zusätzliche Gründe, das Verhältnis zueinander neu zu durchdenken. Die subjektiven Faktoren, das heißt die Fehlentscheidungen der jeweiligen Parteiführungen, treten dann mehr in den Hintergrund. Es besteht sogar die Gefahr, daß der ultralinke Radikalismus des sogenannten Thälmannschen Zentralkomitees ebenso als die unvermeidliche Widerspiegelung proletarischer Gruppeninteressen erscheint wie die in die Sackgasse führende sozialdemokratische Tolerierungspolitik. Welche politische Verklammerung hätte es da noch geben können?

### III.

Die von Stampfer entwickelte und von Winkler aufgegriffene, ihrer Meinung nach sowohl dem Ausmaß der Bedrohung als auch den parteipolitischen Gegensätzen gerade noch angemessene und zumutbare Form einer Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien gegen den Faschismus lautete: Waffenstillstand im Verhältnis zueinander. Gleichfalls aufs höchste besorgte Zeitgenossen Stampfers haben andere Begriffe gewählt oder weitergehende Maßnahmen für notwendig erachtet. Carl von Ossietzky sprach Anfang Mai 1932 von einem dringend erforderlichen Zusammentreffen am runden Tisch. Albert Einstein, Heinrich Mann und Käthe Kollwitz empfahlen in einem „Offenen Brief“ vom 17. Juni 1932 an SPD und KPD für die bevorstehenden Reichstagswahlen gemeinsame Kandidatenlisten oder wenigstens Listenverbindungen. Allen gemeinsam war jedoch die Suche nach dem kleinsten Nenner, auf den sich die verfeindeten Arbeiterparteien einigen konnten.

Es ist nicht zufällig, daß die meisten derartigen Anregungen aus dem Frühjahr 1932 stammen. Vor den Reichspräsidenten- und den Landtagswahlen im April konnte sich die KPD-Führung noch in der Illusion wiegen, die SPD an die Wand gedrückt zu haben. Durch die ernüchternden Wahlergebnisse kamen die realistisch denkenden Kommunisten zum Zuge, war auch beim sozialdemokratischen Massenanhang ein hoffendes Streben nach neuen Wegen spürbar. Nach dem Verlust ihrer preußischen Regierungspositionen hatten die Sozialdemokraten keine reale Macht mehr in den

<sup>21</sup> Vorwärts, 26. Januar 1933.

Händen, sahen sich die ultralinken Kommunisten in ihrer nie aufgegebenen Überzeugung bestärkt, daß erst der sozialdemokratische Einfluß auf die Arbeiterklasse gebrochen werden müsse, bevor dem Faschismus erfolgreich Widerstand geleistet werden könne.

Da bisher die KPD am meisten gegen die Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien verstoßen und sie durch ihre Teilnahme am Preußen-Volksentscheid in unerträglicher Weise belastet hatte, erregte es besondere Aufmerksamkeit, daß die KPD unmittelbar nach den preußischen Landtagswahlen im April 1932 folgende Erklärung veröffentlichte: „Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen! Wir Kommunisten schlagen Euch vor: Sofort in jedem Betrieb und in jedem Schacht, auf allen Stempelstellen und Arbeitsnachweisen, in allen Gewerkschaften Massenversammlungen der Arbeiter einzuberufen, die drohende Lage zu überprüfen, die gemeinsamen Forderungen aufzustellen, Kampfausschüsse und Streikleitungen der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter zu wählen und entschlossen den Massenkampf und den Streik gegen jeden Lohn- und Unterstützungsabbau vorzubereiten und durchzuführen ...“<sup>22</sup>.

Da die kommunistischen Zeitungen feierlich versicherten, die Partei denke nicht daran, Preußen an das Hakenkreuz auszuliefern und der sozialdemokratische „Vorwärts“ gedämpft als sonst antwortete, reagierte Carl von Ossietzky erleichtert. Am 3. Mai veröffentlichte er in der „Weltbühne“ den Artikel „Ein runder Tisch wartet“. Darin ging er von der Niederlage aus, die die Weimarer Koalitionsparteien bei den preußischen Landtagswahlen erlitten hatten. Um der drohenden Eroberung Preußens durch die Nazifaschisten erfolgreich entgegenwirken zu können, hielt er zwei Möglichkeiten für diskutabel: Die preußische Regierung Braun-Severing stützt sich auf die parlamentarische Hilfe der Kommunisten, oder die Sozialdemokratie bildet mit den Kommunisten einen oppositionellen Arbeiterblock.

Ossietzky war sich wohl bewußt, daß unter den konkreten Bedingungen in Preußen der KPD eine Schlüsselposition zukam und erinnerte sie nachdrücklich an ihre Verantwortung. Zugleich warnte er die preußischen Regierungsparteien davor, „die Kommunisten jetzt plötzlich als ein vorübergehend abhanden gekommenes Anhängsel der Koalition von Weimar behandeln zu wollen, nachdem man jahrelang in ihnen nicht mehr gesehen hat als eine Kolonie für Galgen und Rad, gut genug, vom Vierten Senat ihrer natürlichen Bestimmung zugeführt zu werden“.

Dieser linksstehende bürgerliche Demokrat hatte bei allen nur zu berechtigten Vorbehalten gegenüber kommunistischer Politik jenes den meisten Sozialdemokraten völlig abgehende Verständnis dafür, daß die in der Weimarer Republik ausgegrenzten und am meisten von den Wirtschaftsnöten betroffenen Kommunisten nicht plötzlich – um ein modernes Wort zu gebrauchen – zu Insidern werden konnten. Er appellierte vielmehr an gemeinsame Interessen und warnte davor, die dringend erforderliche Verständigung zwischen KPD und SPD „nicht durch allzu weitgesteckte Ziele“ zu verwirren: „Die rote Einheitsfront ist ein pathetisches Sehnsuchtswort, das auf beiden

<sup>22</sup> Die Rote Fahne, 27. April 1932.

Seiten schon viel Parteigoismus verdeckt hat, viele Versuche, in den Hürden des anderen zu wildern. Wo zwei Arbeiter sich treffen, mag es seine Wirkung haben, zwei Funktionäre jedoch macht es noch argwöhnischer, als sie schon sind. Lassen wir es heute beiseite, denn nicht um die Verschmelzung beider Parteien handelt es sich, sondern um ein operatives Zusammengehen zur Verteidigung der Arbeiterklasse.“

Es zeugte vom politischen Realismus des Herausgebers der „Weltbühne“, wenn er trotz der nach wie vor imposanten zahlenmäßigen Stärke der Arbeiterbewegung und bei aller Anerkennung der Existenzberechtigung einer gemäßigten und einer radikalen Strömung sich doch auch ihrer objektiven Ohnmacht bewußt war: „Denn in dieser Epoche, das muß mit aller Schärfe gesagt werden, liegt die Initiative nicht mehr bei der Arbeiterbewegung, weder bei ihrem reformistischen noch bei ihrem revolutionären Flügel. Die Sozialdemokratie ist mit ihren opportunistischen Kniffen ebenso mit ihrem Latein zu Ende wie die KPD mit ihrem Treiben in die Weltrevolution. Primgeiger ist der Fascismus.“ Es werde gewiß nicht leicht sein, die Sozialisten aller Richtungen auch nur diskutierend zusammenzubringen: „Bei allen Beteiligten ist die Feindschaft traditionell geworden, gleichsam Ehrensache. Alles ist in umfangreichen, archivartig verschachtelten Gedächtnissen mit schrecklicher Genauigkeit aufbewahrt.“ Aber – so lautete die gegenseitige Vernichtungsabsichten verurteilende Schlußfolgerung Ossietzkys – wenn man überhaupt noch eine Zukunft haben wolle, dann müsse man sich an jenem runden Tisch einfinden, der irgendwo steht und wartet<sup>23</sup>. Da das Bürgertum immer weniger mit der Sozialdemokratie bei der Verteidigung der Weimarer Republik zusammenarbeiten wollte, blieb seiner Meinung nach nur noch diese Möglichkeit.

Während wir durch die Arbeiten von Schulze und Winkler mit ihrem reichen Dokumenten- und Zitatmaterial genau über die Auseinandersetzungen in der SPD informiert sind<sup>24</sup>, liegt vieles bei der KPD trotz Hermann Webers Veröffentlichung der Anleitungen für die Bezirksleitungen noch im dunklen<sup>25</sup>. So bedarf der Einfluß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale auf die KPD-Politik und die Rolle der jeweiligen KPD-Vertreter in Moskau der Erforschung. Es gibt allerdings auch genügend Beweise dafür, wie doktrinär und realitätsfern die kommunistische Politik im Inlande zumindest vor dem April 1932 war.

Wenn ich im folgenden vornehmlich anderslautende Stimmen zitiere und die auf verbesserte Beziehungen zur Sozialdemokratie gerichteten Verhaltensweisen der Kommunisten erwähne, so weiß ich sehr wohl, daß ich damit eine frühere Tendenz vieler Historiker in den beiden deutschen Staaten fortschreibe. In der einstigen BRD wurde oft nur beachtet, was gegen die KPD sprach. In der ehemaligen DDR kam lediglich zur Veröffentlichung, was die kommunistische Politik im günstigen Licht

<sup>23</sup> Die Weltbühne, 3. Mai 1932 (Ossietzky schrieb immer Fascismus).

<sup>24</sup> *Winkler*, Katastrophe; Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, hrsg. und bearb. v. *Hagen Schulze* (Bonn-Bad Godesberg 1973).

<sup>25</sup> Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933, bearb. v. *Hermann Weber* unter Mitwirkung v. *Johann Wachtler* (Düsseldorf 1981); im folgenden zitiert: Generallinie.

erscheinen ließ. Da ich mir jedoch die Aufgaben stelle, den ungenutzt gebliebenen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien nachzuspüren, erspare ich es mir, die bei Winkler nachlesbaren doktrinären Hindernisse ausführlich zu behandeln.

Nach meiner, auf den Mitteilungen früherer KPDO-Mitglieder beruhenden Kenntnis darf man sich auch die KPD-Führung entgegen ihren eigenen Versicherungen nicht als einen festgeschlossenen Block vorstellen. In jüngeren DDR-Veröffentlichungen wurden die harten innerparteilichen Auseinandersetzungen auch zugegeben. Einer von denen, die sich nach dem Parteiausschluß von Heinrich Brandler und August Thalheimer um eine realistischere KPD-Politik bemühten, war Wilhelm Pieck. Er hatte schon 1932 auf dem Februarplenum des Zentralkomitees von folgender, ein Jahr später tatsächlich eingetretenen Möglichkeit gesprochen: „Wir haben eine Situation, daß der Faschismus in Deutschland zur Macht kommen kann, ohne daß die Kommunistische Partei vermochte, auch nur ernste Kämpfe auszulösen. Wir haben eine Situation, bei der es möglich ist, daß die Partei geschlagen wird von den Faschisten, ohne daß es ihr gelingt, die Massen in den Kampf zu führen. Eine solche Situation kann über die Partei hereinbrechen ...“<sup>26</sup>.

Es kam nicht von ungefähr, daß Wilhelm Pieck zum Wortführer und Vorkämpfer derer in der KPD wurde, die dieser Gefahr vorbeugen wollten und die die zitierte Bereitschaftserklärung zu gemeinsamen Abwehraktionen herbeiführten. Er war einer der allerletzten Mitbegründer der KPD, die noch über Einfluß verfügten, obwohl man ihn wiederholt den ausgeschlossenen sogenannten Rechten bzw. Versöhnlern zuordnete. Als er im Anschluß an eine Rede im preußischen Abgeordnetenhaus am 25. Mai 1932 von Nazis tätlich angegriffen wurde, folgte nicht nur eine handgreifliche Auseinandersetzung zwischen den beiden Fraktionen, sondern auch der kommunistische Aufruf zur Antifaschistischen Aktion.

Die Bewertung dieses wohl gewichtigsten KPD-Versuchs, eine einheitliche und im Selbstverständnis überparteiliche Abwehrfront der Arbeiter gegen den Faschismus herzustellen, ist allerdings bis heute strittig. Von seiten der sozialdemokratischen Parteiführung wurde sie von vornherein als ein kommunistischer Parteiladen bezeichnet und entsprechend zurückgewiesen. An der sozialdemokratischen Parteibasis und in parteilosen Arbeiterkreisen dachte man anders. Es ist allerdings methodisch sehr schwierig, die allgemeine Stimmungslage richtig zu erfassen. Die Auswertung der Parteipresse kann nicht weiterhelfen, weil sie fast immer nur das berichtete, was der jeweiligen Parteiführung genehm war.

Weitaus zuverlässiger sind die erhalten gebliebenen Lageberichte des Reichsinnenministeriums aus den Sommermonaten des Jahres 1932. Obwohl sie teilweise gedruckt sind<sup>27</sup>, wurden sie von der Geschichtsschreibung außerhalb der ehemaligen

<sup>26</sup> *Wilhelm Pieck*, *Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur* (Berlin 1954) 27.

<sup>27</sup> *Petzold*, *Staatsstreich 1152 ff.*; *ders.*, *Generalprobe 18 ff.*; *Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933*, hrsg. und eingel. v. *Heinz Karl* und *Erika Kücklich* unter Mitarbeit von *Elfriede Fölster* und *Käthe Haferkorn* (Berlin 1965); *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (Berlin 1966) 4, 583 f. Originale und Durchschläge dieser Lagebe-

DDR kaum zur Kenntnis genommen, geschweige denn in ihrer Aussagekraft gewürdigt. Bevor größere Ausschnitte daraus zitiert werden, muß man sich jedoch ebenfalls fragen, welche Erwartungen an sie geknüpft wurden. Der Reichsinnenminister von Gayl bereitete die Absetzung der preußischen Staatsregierung und die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen vor. Es ging ihm also um Argumente zur Rechtfertigung des Preußenschlags und um die Beurteilung der Widerstandsmöglichkeiten. Da es sich jedoch um interne Einschätzungen handelte, wird man bei den einschätzenden Beamten neben eingehender Sachkenntnis ein höchstmögliches Maß von Objektivität voraussetzen dürfen.

Der Lagebericht Nr. 12 vom 28. Juni untersucht die zunehmenden kommunistischen Aktivitäten im Zeichen der „Antifaschistischen Aktion“: „Durch all das aber werden die Tendenzen zur Bildung der marxistischen Einheitsfront nur gefördert. Wo überall eine genauere Beobachtung möglich ist, stellt man stets das Gleiche fest: Kommunisten, Mitglieder des Kampfbandes gegen Faschismus, Reichsbannerleute und sonstige Sozialdemokraten haben einen Kurierdienst eingerichtet, der ihnen das Herannahen nationalsozialistischer Propagandatrupps anzeigt und ‚Selbstschutzformationen‘ mobilisiert. Mitglieder der SPD oder der SAP, Gewerkschaftskartelle, Betriebsräte beider Parteien (gemeint sind KPD und SPD – J.P.) usw. usw. rufen zur Bildung der Einheitsfront auf. Bei blutigen Zusammenstößen mit Nationalsozialisten, z. B. auch bei den Zwischenfällen am Vorwärtsgebäude wird noch regelmäßig, trotz der Gegnerschaft beider marxistischer Parteien untereinander, die Einheitsfront praktisch hergestellt, und nicht selten sind es gerade die Kommunisten, die am schnellsten und am rührigsten bei der Sache sind. Versammlungen werden abgehalten, in denen die Methoden eines Zusammengehens der Arbeiterparteien erörtert, Antifaschistische Einheitskomitees oder Selbstschutzstaffeln gegründet werden: Die Diskussionen um die Herstellung der Einheitsfront, auch auf höherer Ebene, nehmen immer mehr zu. ...Man gewinnt aber aus den Vorgängen der letzten Tage doch das Gefühl, daß im Grunde die SPD die ablehnendere Haltung gegen solche Einheitsfrontbestrebungen einnimmt. Wir wissen, daß noch nach der Zurückweisung des Berliner Einheitsfrontangebotes von seiten der KPD Versuche gemacht werden, interne Besprechungen mit maßgebenderen Sozialdemokraten in Gang zu bringen, deren Zweck nicht nur die ‚Entlarvung‘ der sozialdemokratischen Führer vor der Öffentlichkeit bei der erwarteten Ablehnung des kommunistischen Angebotes ist. Bisher aber sind diese Bemühungen ohne Erfolg geblieben, u. zw. auch deshalb, weil, wie gesagt, die SPD sich ablehnend verhält. Sie möchte offensichtlich nicht, bevor sich nicht die innenpolitische

*Fortsetzung Fußnote von Seite 89*

richte befinden sich verstreut in einem dreizehnteiligen Aktenbestand zum Thema Einheitsfront (Dezember 1931 bis Ende 1933), der von der Abteilung IAN im RdI unter der Signatur 21<sup>60-7</sup> angelegt wurde, in dem aber der Band Januar 1933 abhanden gekommen zu sein scheint. Dieser im wesentlichen Zeitungsausschnitte und lokale Polizeiberichte enthaltende Bestand ist aus dem Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED ins Bundesarchiv, Potsdam, zurückgekehrt, wurde aber noch nicht wieder eingeordnet, sondern führt die IML-Signatur St 10/49 (Einheitsfrontbewegung) vorläufig noch weiter. Einzelne Lageberichte sind aber auch in anderen RdI-Akten nachweisbar. Daß es irgendwo einen geschlossenen Bestand gibt, ist unwahrscheinlich, aber nicht grundsätzlich auszuschließen.

Entwicklung ganz klar übersehen läßt, die Möglichkeiten eines früher stets bewährten Zusammenwirkens mit Mittelparteien zerschlagen ... Vereinzelt haben sogar sozialdemokratische Unterführer die Kommunisten für gefährlichere Gegner als die NSDAP bezeichnet und die Möglichkeit eines Zusammengehens von Reichsbanner mit SA und Polizei gegen die Kommunisten angedeutet.<sup>428</sup>

Im Lagebericht Nr. 13 vom 16. Juli heißt es: „Die Erörterungen zwischen KPD und SPD über die Möglichkeit einer auch formalen Einheitsfront beider Parteien im Kampf gegen den ‚Faschismus‘ sind, was die SPD angeht, zu einem gewissen Abschluß gelangt. Der Parteivorstand der SPD hat entsprechend seiner von taktischen Gründen diktierten vorsichtigen Haltung (s. Lagebericht Nr. 12), die sich durch die wachsende Sympathie früherer linksbürgerlicher Wähler für eine Stimmabgabe zugunsten der SPD nur noch mehr empfiehlt, in einem Aufruf vom 28. VI. ausdrücklich gegen die von der KPD empfohlenen und auch jetzt noch angestrebten lokalen Verhandlungen ausgesprochen, ja, diese sogar ausdrücklich verboten. Hierdurch entstehen, so heißt es in einem Rundschreiben, nur Uneinigkeit und Verwirrung statt Einigkeit und Klarheit. Erfolg versprechende Verhandlungen könnten nur von den zentralen Parteileitungen geführt werden. Weil aber die KPD sich mehrfach grundsätzlich und eindeutig gegen solche zentralen Verhandlungen ausgesprochen hat, bestätigt dieses Rundschreiben unsere Vermutung, daß die SPD im Grunde diese auch formale Einheitsfront nicht wünscht. Sie geht sogar so weit, daß sie Funktionäre, Ortsgruppenvorsitzende usw., die sich trotzdem in lokale Verhandlungen mit der KPD einließen, entweder aus der Partei ausschließt oder die Schuldigen veranlaßt, ihre gegebene Zustimmung zur Teilnahme an Einheitsfront-Komitees oder Aktionen zurückzuziehen. Demgegenüber bemüht sich die KPD weiter, eine Einheitsfront im lokalen Maßstabe herzustellen ... Andererseits erklären kommunistische Führer und Redner immer wieder, daß die KPD für die Bildung der antifaschistischen Einheitsfront nicht die Bedingung eines Übertritts zur KPD stelle, daß sie auch nichts lieber täte (?), als die Führung in den Einheitsfrontausschüssen den wirklich kampfgewillten Arbeitern, ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit, selbst zu übergeben. Die KPD wolle lediglich diese Einheitsfront aufstellen. Sie wolle lediglich gemeinsam mit allen Arbeitern gegen den Faschismus kämpfen, den roten Massenselbstschutz schaffen, gegen die Notverordnungen der Regierungen den gemeinsamen Massenkampf aller Arbeiter einsetzen, d. h. als wirkungsvollste Kampfmaßnahme den politischen Massenstreik organisieren. Aus allen Reden und Anweisungen klingt immer wieder die gleiche Aufforderung: ‚schreitet endlich zur antifaschistischen Tat‘ oder: ‚findet immer neue Formen der antifaschistischen Aktion!‘. Bedingungen, die die SPD für die Einheitsfront stellt, könne und wolle die KPD nicht annehmen, wie sie ihrerseits auch den sozialdemokratischen Arbeitern keine andere Bedingung für die Einreihung in die antifaschistische Einheitsfront stelle als den Willen zum Kampf. Insbesondere könne die KPD nicht über die Verbrechen der SPD an der Arbeiterklasse schweigen ... Außerordentlich wirkungsvoll war es, daß die KPD mitteilen konnte, 20 SPD-Reichsbanner- usw. Funktionäre hätten am 8. VII. im Karl-Liebknecht-Haus, also der KPD-Zentrale in

<sup>28</sup> Bundesarchiv, Potsdam, St 10/49, Bd. 5, Bl. 139–142.

Berlin, vorgesprochen, um in mehr als 5-stündiger Aussprache eine ganze Reihe von Fragen über die Möglichkeit der Einheitsfront zwischen beiden Parteien zu erörtern ... Aus all dem geht klar hervor, daß diese Erörterungen um die Einheitsfront für beide Parteien lediglich aus taktischen organisatorischen Gründen unternommen werden, obwohl sie beide zugeben, daß (wie es kürzlich im Freien Wort ausgedrückt wurde) die Herstellung der Einheitsfront ‚heilige Sehnsucht der Arbeiterschaft‘ sei. Während aber die beiderseitigen Führer sich aus diesen durchsichtigen Gründen immer mehr auseinander reden, stellen die Massen und sogar auch die lokalen Führer die Einheitsfront in immer größerem Ausmaße praktisch her, wobei sowohl die entgegenkommendere Taktik der KPD wie auch die sich immer mehr steigernde und dem kommunistischen Ton nähernde sozialistische Agitation entscheidend zu diesem Erfolg beigetragen haben ...

Im ganzen Reiche gehen die praktischen Einheitsfrontaktionen weiter. SPD-Betriebsräte gehen mit roten Kollegen zusammen, Reichsbannermitglieder erscheinen als Delegierte ihrer Kameraden in kommunistischen Versammlungen; in Duisburg erörterten Funktionäre der Eisernen Front im Parteibüro der KPD Einheitsfrontmaßnahmen. Gemeinsame Sargwachen und Beteiligungen bei Beerdigungen ist schon überall die Regel, ebenso wie bei oder nach nationalsozialistischen Aufmärschen regelmäßig wirklich überparteiliche Demonstrationen veranstaltet werden. Sozialdemokraten erschienen bei den vielerorts veranstalteten antifaschistischen Kongressen der KPD, wenn auch noch nicht in der von der KPD erhofften Zahl; Gewerkschaftsfunktionäre erklären, daß man die entgegengehaltene Bruderhand der KPD nicht zurückweisen dürfe, und äußern Kritik an der Politik von SPD und ADGB. Die Duisburger ‚Volksstimme‘, SPD-Organ, begrüßte das Zustandekommen der Einheitsfront, die spontan von unten her kommen würde. Hilferding rühmte in einer Essener Rede, daß bei der Demonstration im Berliner Lustgarten die Kommunisten in ‚vorbildlicher Disziplin‘ mitmarschiert seien usw. usw. So sieht man also, daß der Vorstand der SPD im Prinzip nichts gegen die Bildung der Einheitsfront auf lokaler Basis hat, solange natürlich die Machtstellung der SPD und ihr Einfluß im Proletariat hierdurch nicht berührt wird, daß sie aber, und zwar mit Rücksicht auf die von rechts her erwarteten Wähler und mit Rücksicht auf spätere Koalitionsmöglichkeiten eine offizielle Verantwortung für eine auch formale Einheitsfront mit den Kommunisten nicht übernehmen will ...“<sup>29</sup>.

Obwohl die Lageberichte für sich selber sprechen, sei doch auswertend festgestellt, daß die Antifaschistische Aktion eine beachtliche Resonanz gefunden hatte. Selbst wenn man den Berichterstatern die Absicht unterstellt, die von der KPD ausgehenden Gefahren in kräftigen Farben zu malen, wird zumindest sichtbar, daß es viele Kommunisten gab, die sich mit den Sozialdemokraten im Kampf gegen den Faschismus vereinen wollten. Bemerkenswert ist der aufgezeigte Gegensatz zwischen den Parteiführungen und der Parteibasis. Offensichtlich hatte man im Reichsinnenministerium genau beobachtet, daß bei weitem nicht alle Kommunisten vorbehaltlos den verleumderischen Unsinn der Sozialfaschismuskonstruktion akzeptierten, daß sie sich zu-

<sup>29</sup> Ebd., Akten des Reichsministeriums des Innern, Nr. 26153, Bl. 25 ff.

mindest davon nicht abhalten ließen, nach Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu suchen und diese bei allen sich bietenden Gelegenheiten zu praktizieren. Man kann daher nicht einfach von realistischen Sozialdemokraten und törichten Kommunisten sprechen. Da zu erwarten war, daß zustimmende sozialdemokratische Stimmen nachdrückliche Erwähnung fanden, wiegt der Hinweis, wie reserviert sich die SPD-Führung verhielt, umso schwerer.

Zwischen den Preußen-Wahlen am 24. April und dem Preußen-Schlag am 20. Juli 1932 gab es auch im preußischen Abgeordnetenhaus Anzeichen für eine realistischere, weniger gegen die SPD gerichtete und auf entschlossene Abwehr faschistischer und konservativer Anschläge bedachte Politik der KPD. Von der kommunistischen Fraktion wurde zwar im April 1932 gegen den Antrag der Weimarer Koalitionsparteien gestimmt, die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten von der absoluten Stimmenmehrheit abhängig zu machen, um so ein Nazi-Minderheiten-Kabinett zu verhindern. Die KPD-Abgeordneten haben auch später noch der Braun-Severing-Regierung ihr Mißtrauen ausgesprochen. Aber am 2. Juni erklärte Wilhelm Pieck – an die Nazis gewandt – vor dem Parlament: „Wir werden unter Einsetzung aller Kräfte des Proletariats zu verhindern suchen, daß sie hier oder sonst wo anders die Regierungsgewalt in die Hände bekommen ...“<sup>30</sup>.

Diese Erklärung, die eine grundsätzliche Wende in der KPD-Politik möglich erscheinen ließ, die zumindest aber im deutlichen Gegensatz zum bisherigen kommunistischen Verhalten gegenüber der preußischen Staatsregierung stand, erregte Aufsehen. Abegg sah sich offenkundig von ihr ermutigt, als zuständiger Staatssekretär mit den kommunistischen Fraktionsvorsitzenden im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus Ernst Torgler und Wilhelm Kasper zwei Tage später das von Mommsen kritisierte Gespräch zu führen, um die KPD zur äußersten Zurückhaltung bei den immer häufiger werdenden Straßenschlachten aufzufordern und vorsichtig Möglichkeiten einer parlamentarischen Zusammenarbeit zur Absicherung der preußischen Staatsregierung zu erörtern.

Die Papen-Regierung wurde von dem beim Gespräch anwesenden preußischen Regierungsbeamten Rudolf Diels informiert und nutzte es zur Begründung der Absetzung der preußischen Staatsregierung am 20. Juli 1932. Es spricht für die grundsätzliche Verfemung der Kommunisten, wenn dabei bereits die Feststellung genügte: Die „parlamentarische Basis des geschäftsführenden Kabinettes ist entscheidend von der taktischen Haltung der kommunistischen Partei abhängig“<sup>31</sup>.

Diels hatte aber bei der offiziellen Protokollanfertigung nur folgendes erklären können: „Staatssekretär Dr. Abegg habe zunächst betont, daß die blutigen Zusammenstöße aufhören müßten und sodann an die genannten Kommunisten die Frage gerichtet, weshalb sie eine so scharfe Opposition gegen das Preußische Staatsministerium richteten. Die Preußische Regierung habe doch nichts Wesentliches gegen die Kommunisten einzuwenden und tue alles, um die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen zu vermeiden. Für diese Lage müßten doch auch die Kommunisten Ver-

<sup>30</sup> Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 4. Wahlperiode, 1, Sp.138.

<sup>31</sup> Bundesarchiv, Potsdam, Akten des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, Nr.141, Bl.103.

ständnis aufbringen. Es könnte ihnen doch auch nichts daran liegen, daß die Nationalsozialisten ans Ruder kämen oder ein Reichskommissar für Preußen bestellt werde ...<sup>32</sup>. Obwohl Diels sichtbar bemüht war, Abegg als Kommunistenfreund darzustellen und den Erwartungen der Papen-Regierung zu entsprechen, mußte er einräumen, daß es sich lediglich um einen unverbindlichen – teilweise in scherzhafter Form geführten – Gedankenaustausch gehandelt hätte und Abegg dafür von Severing sogar scharf getadelt wurde.

Welche konkreten Auswirkungen das Gespräch im preußischen Innenministerium auf die KPD-Politik gehabt hat, läßt sich nicht zuverlässig beurteilen. Schon am 3. Juni hatte die kommunistische Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus gegen den deutschnationalen Antrag gestimmt, zur alten Geschäftsordnung bei der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten zurückzukehren, und sich damit von ihrer Haltung im April distanziert. Am 15. Juni vereitelte die KPD die Annahme eines nationalsozialistischen Antrags, nach dem alle preußischen Minister, die der SPD oder der Staatspartei angehörten, vor den Staatsgerichtshof gestellt werden sollten. Bei der entscheidenden Wahl des Landtagspräsidiums am 22. Juni erklärte sich die KPD bereit, für die Kandidaten der SPD und des Zentrums zu stimmen und auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten. Sie verlangte dafür die volle Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit sowie die Freigabe des preußischen Rundfunks auch an die KPD und die Nichtdurchführung der Notverordnungen Papens in Preußen.

Das waren offensichtlich unrealistische Forderungen, die nach wie vor auf die sattsam bekannte „Entlarvung“ der preußischen Staatsregierung abzielten. Sie wurden demzufolge sowohl vom Zentrum als auch von der SPD entschieden zurückgewiesen. Am 22. Juni erklärte jedoch Wilhelm Pieck: „Obwohl sie unsere beiden Bedingungen abgelehnt haben und damit ihre Feindschaft gegenüber den Forderungen der werktätigen Massen, ihrer eigenen Arbeiteranhänger, zum Ausdruck gebracht haben, so sind wir Kommunisten doch bereit, für ihre Kandidaten zum Präsidium zu stimmen („Hört! Hört!“ bei der NSDAP), wenn beide Fraktionen ihre Bereitwilligkeit erklären, durch aktive Beteiligung an den Wahlen mit uns Kommunisten gemeinsam die Nationalsozialisten und Deutschnationalen von jeder Beteiligung am Landtagspräsidium – als Präsident oder Vizepräsidenten – auszuschließen ...“<sup>33</sup>. Jedoch auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt.

Zentrum und SPD wollten unter keinen Umständen mit der KPD zusammenarbeiten. Sie fürchteten, daß das den Staatsstreichplänen der Papen-Regierung in Preußen nur Vorschub leisten würde. Das Zentrum strebte zudem eine gemeinsame Regierung mit der NSDAP auf parlamentarischer Grundlage in Preußen und nach Möglichkeit im Reiche an. Es widersprach angeblich den Spielregeln des Parlamentarismus, wenn die stärkste Fraktion von einem Parlamentspräsidium ausgeschlossen würde. Als jedoch das Präsidium des neugewählten Reichstages zusammengestellt wurde, nahm das Zentrum keinen Anstoß daran, daß mit der SPD die zweitstärkste Reichstagsfraktion davon ausgeschlossen blieb. Die Sozialdemokraten nahmen wie-

<sup>32</sup> Akten der Reichskanzlei: Das Kabinett Papen, bearb. v. *Karl-Heinz Minuth* (Boppard am Rhein 1989) 246 f.

<sup>33</sup> Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 4. Wahlperiode, 1, Sp. 682 f.

derum gerade im preußischen Abgeordnetenhaus die denkbar größte Rücksicht auf ihre Koalitionspartner. So verlief eine immerhin bemerkenswerte kommunistische Initiative ergebnislos im Sande.

Erneut setzten sich in einem objektiven Zusammenspiel diejenigen in beiden Parteien, die keine Zusammenarbeit wollten, gegen die durch, die sie für dringend erforderlich hielten. Die SPD-Führung erinnerte an frühere KPD-Stellungnahmen und erklärte einen politischen Wandel der Kommunisten für grundsätzlich unmöglich. Die Ultralinken im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und in der KPD-Führung hatten ihrerseits die Versuche, im Zeichen der Antifaschistischen Aktion auf die Sozialdemokratie als ganzes zuzugehen und speziell in Preußen eine parlamentarische Zusammenarbeit mit den Weimarer Koalitionsparteien zu praktizieren, mit äußerstem Unbehagen registriert. Wilhelm Pieck hat 1935 ausdrücklich beklagt, welcher Druck dabei ausgeübt wurde. Noch im Juni traf von Wilhelm Knorin ein Telegramm aus Moskau ein, das angesichts des KPD-Verhaltens im Preußischen Abgeordnetenhaus gegen „opportunistische Auswüchse“ in der Einheitsfronttaktik protestierte<sup>34</sup>. Am 14. Juli zog das von Ernst Thälmann geleitete Sekretariat der KPD, dem John Schehr und Hermann Remmele als Mitglieder und Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht als Kandidaten angehörten, die Konsequenzen: „Jede Vernachlässigung unseres Kampfes gegen die sozialfaschistischen Führer, jede Verwirrung des prinzipiellen Gegensatzes zwischen uns und der SPD, jede Kapitulation vor den Phrasen der SPD-Führer gegen Hitler und Papen, jedes leiseste Zugeständnis an die opportunistische Ideologie gefährdet die Durchführung unserer revolutionären Massenpolitik ...“<sup>35</sup>.

Der entschieden abgelehnten „Einheitsfront von oben“ wurde die „Einheitsfront von unten“ gegenübergestellt, die wie der Verlauf weiterer Kongresse der Antifaschistischen Aktion in Wort und Bild bewies, wieder vor allem auf die Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiter für die KPD-Politik ausgerichtet war. So gesehen hatte der sozialdemokratische „Vorwärts“ recht, wenn er schrieb: „Kriecht nicht auf den kommunistischen Leim! Laßt euch nicht mißbrauchen! Haltet euch fern von allen kommunistischen Veranstaltungen.“ Aber diese Warnung stammte bereits vom 12. Juni<sup>36</sup>. Sie ignorierte gänzlich die Ansätze für einen Umdenkungsprozeß in der KPD und die Stimmung an der kommunistischen Parteibasis, hatte doch das Sekretariat der KPD noch am 14. Juli feststellen müssen: „Gegenüber Massenstimmungen, die gegenwärtig vorhanden sind, und die bis in unsere Reihen sich bemerkbar machen für eine ‚Einheit‘ um jeden Preis, über die Köpfe aller Führer hinweg usw. müssen wir mit eiserner Energie unsere revolutionäre Strategie und Taktik in den Massen vertreten ...“<sup>37</sup>. Die SPD-Führung setzte sich aber auch über die Mahner in der eigenen Partei hinweg. Mehr noch: Der linke Sozialdemokrat Otto Buchwitz berichtet in seinen Erinnerungen, daß er Mitte Juli 1932 mit einer Gruppe ebenfalls aufs höchste besorgter schle-

<sup>34</sup> Winkler, Katastrophe 624. Vgl. dazu Herbert Wehner, Zeugnis (Köln 1982) 47.

<sup>35</sup> Winkler, Katastrophe 624 unter Berufung auf Generallinie 526–534.

<sup>36</sup> Vorwärts, 12. Juni 1932.

<sup>37</sup> Winkler, Katastrophe 624.

sischer Sozialdemokraten von Severing entschlossene Abwehrbereitschaft gegen alle Staatsstreichpläne Papens vorgetäuscht bekam<sup>38</sup>.

Es ist eine nicht zu beantwortende Frage, was geschehen wäre, wenn die SPD im Juni 1932 die Ansätze für eine politische Neuorientierung der KPD oder wenigstens eines erheblichen Teils von ihr nicht ignoriert, sondern ermutigt hätte. Ohne mehr eigene Widerstandsbereitschaft mußte das ohnehin von vornherein sinnlos sein. Der Parteivorstand der SPD entschied sich aber am 16. Juli sogar dafür, dem erwarteten Preußenschlag nur mit verbalen Protesten, der Anrufung des Staatsgerichtshofes und verstärkten Wahlkampfanstrengungen zu begegnen. Nachdem im Vorfeld alles unterlassen worden war, was die Papen-Regierung in ihren nachweisbaren Besorgnissen über die Möglichkeit entschlossener Abwehrmaßnahmen bestärken konnte, blieb wohl gar nichts anderes übrig. Die KPD hat immerhin am 20. Juli 1932 der SPD den Vorschlag unterbreitet, die Einsetzung von Reichskommissaren in Preußen mit dem gemeinsamen Aufruf zum Generalstreik zu beantworten. Die Formulierungen lassen allerdings erkennen, daß man schon sicher war, die SPD-Führung würde nicht mitmachen und könnte erneut an den Pranger gestellt werden.

Unter diesen Umständen spricht eigentlich alles dafür, daß eine politische Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD nicht möglich war. Da mit dem Verlust der Regierungsführung in Preußen und der Kontrolle über die preußische Polizei die SPD aufhörte, ein ernstzunehmender Machtfaktor zu sein, bedeutet das aber dann auch, die Weimarer Republik konnte nicht mehr gerettet werden. Wenn es überhaupt 1932 noch eine Möglichkeit dafür gab, so ist sie im Juni – als Zentrum und KPD der SPD näher als vorher oder nachher standen – ungenutzt geblieben. Nach dem 20. Juli 1932 hatten die Linken der endgültigen Zerstörung der Weimarer Republik durch die Rechten nur noch wenig entgegenzusetzen und gemeinsam mit den bürgerlichen Demokraten die Folgen zu tragen.

<sup>38</sup> *Otto Buchwitz*, 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin 1950) 135.

# Diskussion

*Jürgen John*

Wie bei der Gesamtproblematik der Weimarer Staatskrise sollte man sich auch bei der Beurteilung der Arbeiterparteien und ihres Verhältnisses zueinander vor Einseitigkeiten hüten. Zweifellos stellte sich die KPD mit ihrem weltrevolutionären, zunehmend ultralinken und zudem unter Stalin immer mehr fremdgesteuerten Konzept selbst außerhalb der Weimarer Demokratie. Alle in den letzten Jahren von DDR-Parteihistorikern unternommenen Versuche, eine demokratische Grundkonzeption der KPD zu entdecken, kamen eher einem Wunschdenken als nüchterner Analyse gleich. Doch wurden die Kommunisten auch ausgegrenzt. Und es hat immer wieder – meist als „Rechtsabweichung“ verteufelte – Versuche gegeben, revolutionäres Wollen mit demokratischen Bestrebungen zu verbinden. Wenn auch – ich stimme Herrn Schönhoven durchaus zu – bei der KPD letztlich die Täterperspektive überwog, so sollte man die von Herrn Petzold betonte Opferperspektive nicht aus den Augen verlieren.

Es sei dahingestellt, ob allein schon die bloße Existenz der KPD durchweg eine Belastung der Weimarer Demokratie darstellte oder ob von ihr nicht auch – objektiv gesehen – positive Impulse ausgingen. Den – zweifellos richtigen – Gedanken von Herrn Schönhoven, daß die KPD polarisierend wirkte, indem sie viele Wähler aus Bolschewismusfurcht der NSDAP zutrieb, kann man auch umdrehen. Die Furcht vor erneuten Rechtsputschen à la Kapp – ich gebe sinngemäß eine Argumentation Albrecht Grafs zu Stolberg-Wernigerode aus dem Jahre 1929 wieder – trieb viele Menschen nach links und gab der KPD Auftrieb. Das berührt auch die Frage, ob die revolutionäre Perspektive von Anfang an deformiert und illusorisch war. Es ist richtig und notwendig, nicht nur die stalinistische Deformation der KPD zu diskutieren, sondern auch ihre revolutionäre Grundkonzeption in Frage zu stellen. Dies ist in den – teilweise sehr heftigen, meist allerdings nur internen – Diskussionen in der DDR-Historiographie der letzten Jahre nicht geschehen. Diese Diskussionen haben niemals die Schwelle einer Problematisierung der KPD-Geschichte überschritten. Schon dies war schwer genug und wurde von den Parteihistorikern in der Regel blockiert. Nur über das grundsätzliche Infragestellen wird man zu tragfähigen Aussagen kommen können. Man muß m. E. aber auch die Potenzen des Revolutionsgedankens im 20. Jahrhundert erörtern. War revolutionäres Wollen im 20. Jahrhundert wirklich nichts anderes als nur ein realitätsfernes Festhalten am revolutionären Dogmatismus des 19. Jahrhunderts? Gingen von ihm nur demokratiefeindliche Wirkungen aus, oder hat es nicht auch – zumindest zeitweise – demokratiestabilisierend wirken können? Man sollte nicht nur das Kalkül kommunistischer Führer, sondern auch das revolutionäre Wollen der Massen bedenken. Angesichts des Ersten Weltkrieges und der Krise der bürgerlichen Gesellschaft reichte der Wille zur Gesellschaftsveränderung zudem weit über die kommunistische Bewegung hinaus. Er schloß auch den Aktivismus vieler linker Intellektueller ein, wenn ich etwa an das Bauhaus und an die Bewegung des „Neuen Bauens“ denke. Bis in die 30er Jahre hingen zudem viele noch ihre Hoffnung an die So-

wjetunion, die man damals durchaus nicht nur aus der Schreckensperspektive sah, zumal das wahre Ausmaß der stalinistischen Verbrechen ja noch nicht erkennbar war.

Und schließlich noch eine letzte Bemerkung zum Referat von Herrn Schönhoven. Der grundsätzliche und letztlich nicht überbrückbare Gegensatz zwischen der auf dem Boden der Weimarer Republik stehenden SPD und der prinzipiell gegen diese Republik eingestellten KPD war nicht nur ein Produkt der Nachkriegszeit. Diese Spaltung der Arbeiterbewegung hatte sich schon in der Vorkriegssozialdemokratie abgezeichnet.

### *Peter Krüger*

Die Weimarer Republik war zwar nicht bloß ein „Auswuchs“ des Kaiserreichs, sondern auch „Laboratorium für Neues“. Aber verfassungshistorisch litt sie unter der keineswegs überwundenen Grundfigur des deutschen Konstitutionalismus, d. h. der nicht einmal vor 1914 (Ausschluß der SPD wie erneut seit 1930; ungelöste Föderalismusproblematik) richtig funktionierenden konstitutionellen Monarchie – die Republik als erst noch zu verwirklichende, aber gefährdete Chance (Defekte des Parteiensystems; Stellung des Reichspräsidenten; Mißtrauen gegen „Parlamentsherrschaft“; typisches Krisensymptom: SPD zugleich Stütze der Regierung und Opposition). Die Republik blieb wie das Kaiserreich verfassungspolitisch ein nicht hinreichend gefestigtes System des Übergangs und der ungelösten inneren Gegensätze (und damit Teil der „deutschen Frage“) auf der langen Suche nach einer stabilen politischen Ordnung, die sich erst in der Bundesrepublik entwickelt hat. Der Föderalismus wurde nach 1918 weiter geschwächt und verzerrt und konnte nicht stabilisierend wirken. Preußen war mehr republikanische Gegenmacht als Ausdruck eines starken Föderalismus. Vor diesen Erfahrungen stand der Parlamentarische Rat 1948/49, in dem Weimarer Demokraten noch einflußreich waren. Folgerichtig wollte man die Fehler von Weimar vermeiden und eine funktionsfähigere Demokratie frei von den Belastungen des traditionellen deutschen Konstitutionalismus schaffen, was freilich nicht ausschloß, daß gewisse Eigenheiten deutschen Verfassungsdenkens auch noch im Grundgesetz ihren Niederschlag fanden.

### *Heinrich August Winkler*

Zunächst ein paar Worte zu Klaus Schönhoven, dem ich sehr weitgehend zustimme. Die SPD war, darin sind wir einig, die Partei des Klassenkompromisses. Aber dieser Kompromiß war auch von innen bedroht. Die Wiedervereinigung von MSPD und USPD im September 1922 stärkte den klassenkämpferischen linken Flügel. Eine erste Folge war das fatale Nein der SPD zur Großen Koalition im November 1922 und damit die Weichenstellung in Richtung des ersten, wenn auch noch verdeckten Präsidialkabinetts, der Regierung Cuno, die Deutschland 1923 an den Rand der Katastrophe führte. Für den Bruch der Großen Koalition im März 1930 trägt die politische

Rechte die Hauptverantwortung. Aber zur fehlenden Manövrierfähigkeit der SPD trugen auch der linke Parteiflügel und die eher „rechte“ Gewerkschaftsführung bei. Es bleibt aus meiner Sicht ein Fehler, daß die Sozialdemokraten am 27. März 1930 den „Brüningkompromiß“ ablehnten – auch wenn dieser nicht mehr war als ein dilatorischer Formelkompromiß.

Zum Referat von Joachim Petzold: Bei allem Respekt vor der Schärfe, mit der Sie die KPD kritisiert haben – man wird noch sehr viel weiter gehen müssen. Wann hätte die KPD Weimar je eine Chance gegeben? Noch vor der ultralinken Wende des Sechsten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale hat Arthur Ewert – ein „Versöhnler“ aus der Mittelgruppe und kein radikaler Scharfmacher – die Haltung seiner Partei zu Weimar auf geradezu klassische Weise umrissen. Am 4. Juli 1928 erklärte er in der Aussprache über die Regierungserklärung Hermann Müllers im Reichstag: „Die Kommunistische Partei steht diesem Staat, seinen Institutionen und seiner Politik grundsätzlich ablehnend gegenüber. Sie ist für die Zertrümmerung dieses Staates und seiner Institutionen.“ Eine „Einheitsfront“ von Sozialdemokraten und Kommunisten war angesichts der unüberbrückbaren Gegensätze zwischen beiden Parteien ein Ding der Unmöglichkeit.

### *Gerald D. Feldman*

Zu einem besseren Verständnis der SPD und ihrer hoffnungslosen Lage in der Krise von 1930/1933 ist es vielleicht nützlich, die Partei aus vergleichender Perspektive zu betrachten. Der Demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten gelang es, die Landwirtschaft und die Arbeiterschaft zur gemeinsamen Unterstützung des New Deal zusammenzubringen. In Schweden kam ein Bund zwischen den Sozialisten und den Bauern zustande, und in Großbritannien konnten die Arbeiter mit den Konservativen und umgekehrt die Konservativen mit den Arbeitern zusammenarbeiten. Die SPD in Deutschland, dank ihrer marxistischen Traditionen, konnte einen Durchbruch weder bei den Bauern noch beim gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand erzielen, und die herrschenden Kräfte auf der Rechten richteten ihr Ziel eher darauf, die SPD zu isolieren als mit ihr zu kooperieren. Kurzum, in Deutschland gab es keine demokratische Koalition, die den Beitritt der SPD zugelassen hätte und keine Möglichkeit, eine solche zu bilden.

### *Hans Mommsen*

Es scheint verfehlt, der SPD seit dem Scheitern der Bürgerblockkabinette einen nennenswerten Handlungsspielraum zu unterstellen. Die illegale Aufrüstung konnte von ihr nicht unterbunden, der anwachsende Einfluß der Reichswehr nicht aufgehalten werden. Als die SPD nach der Aufdeckung der Reichswehrskandale den Rücktritt Geßlers forderte, war das die minimalste Konsequenz, die innerhalb eines parlamentarischen Systems denkbar war, und doch ist ihr dies von den zeitgenössischen Beob-

achtern, aber auch von späteren Historikern als Fehler und Flucht vor der wehrpolitischen Verantwortung angekreidet worden. Die Bildung des Kabinetts der Großen Koalition erfolgte unter der Voraussetzung, daß die SPD die eingeleitete Aufrüstung nicht behinderte. Die Auseinandersetzung über den Bau des Panzerkreuzers A, die gern als klassisches Beispiel für mangelnde parlamentarische Konsequenz der Linken hingestellt wurde, war in Wahrheit ein abgekartetes Manöver, um die Herauslösung der Wehrhaushalte aus dem parlamentarisch kontrollierten Haushalt zu verdecken. Weder erblickte die Reichswehrführung im Panzerkreuzer A einen notwendigen Schritt zur Verstärkung der deutschen militärischen Position, noch war das Abstimmungsverhalten der sozialdemokratischen Minister für das Kabinett eine Überraschung. Ebenso war der Bruch der Großen Koalition mit der Unterzeichnung des Youngplans und der Hinwendung zur Zollpolitik zugunsten der Großlandwirtschaft auch bei taktisch geschickterem Verhalten der SPD unabwendbar.

Die sozialdemokratische Tolerierungspolitik gegenüber Brüning erfolgte aus der widerwillig akzeptierten Einsicht heraus, daß jede strategische Alternative dazu die innenpolitische Neutralisierung der Partei nur noch beschleunigt hätte. Brüning krümmte keinen Finger, um die Position der preußischen Regierung unter Otto Braun zu stützen, und er rechnete im Grunde damit, innerhalb absehbarer Zeit den finanziellen Zusammenbruch Preußens für die Einleitung der Reichsreform zu seinen Konditionen nützen zu können. Zu keinem Zeitpunkt hatte die SPD, abgesehen davon, daß sie innerlich uneinheitlich und in einem tiefgreifenden Immobilismus befangen war, eine Chance, die Entwicklung zum reinen Präsidialsystem und zur Bildung eines mehr oder weniger autoritären Systems aufhalten zu können. Indem sich das Ende der Reparationen ankündigte und eine Beschleunigung der deutschen Aufrüstung im Zusammenhang mit der Abrüstungskonferenz in Lausanne auf die Tagesordnung gelangte, verstärkte sich der Druck der Reichswehrführung auf den Reichspräsidenten, die Regierung Braun als einziges effektives Hindernis der illegalen Aufrüstung auszuschalten. So wenig man Fehler und Versäumnisse der SPD in früheren Stadien der Weimarer Republik übersehen darf, so wenig konnte die Sozialdemokratie, mit einer völlig isolierten KPD auf der linken Flanke, noch wirksam in den innenpolitischen Prozeß eingreifen.

Ohne die Frage aufzugreifen, ob nicht frühere Fehler von MSPD und SPD das relative Gewicht der KPD und ihr Ansehen bei desillusionierten Teilen der Industriearbeiterschaft erhöht haben, war jede politische Anlehnung der SPD an die KPD seit dem Übergang zur Präsidialregierung taktisch völlig verfehlt. Insoweit stellten die informellen Gespräche des preußischen Staatssekretärs Wilhelm Abegg (der selbst als Mitglied der Deutschen Staatspartei angehörte) mit den KPD-Abgeordneten Torgler und Kasper eine politische Blauäugigkeit ersten Ranges dar. Die Spaltung der Arbeiterbewegung war nicht ein Produkt der Krise der Demokratie, sondern ein Ausdruck derselben. Die Frage, inwieweit ein Zusammengehen von SPD und KPD die Republik hätte retten können, geht daher von unrealen Voraussetzungen aus.

Im übrigen sollte man sich von der Illusion trennen, daß die Kabinette von Schleicher und von Papen gegebenenfalls auch gegen die NSDAP und SA militärisch vorgegangen wären. Das in diesem Sinn interpretierte Planspiel Ott, das keineswegs bloß

taktische Funktion besaß und bis in den Januar 1933 fortgeschrieben wurde, ging davon aus, daß NSDAP und SA sich im Umsturzfall abwartend verhalten und die Großstädte weitgehend räumen würden, ohne allerdings die Regierung zu stützen. Die militärische Stoßrichtung des Planspiels richtete sich gegen die KPD und die freien Gewerkschaften, denen unterstellt wurde, sich an einem kommunistisch inspirierten Staatsstreich zu beteiligen. Das zeigt noch einmal mehr, daß jedes Zusammengehen der Linken die Bereitschaft der rechtsbürgerlichen Kräfte, sich mit Hitler zu arrangieren, nur verstärkt hätte. Es darf nicht übersehen werden, daß auch das Zentrum sich nach dem 20. Juli 1932 eindeutig von der SPD abwandte und daß diese allenfalls bei den linksliberalen Splittergruppen republikanischen Zuschnitts noch bürgerliche Unterstützung erhoffen durfte. Die komplette Isolierung der organisierten Arbeiterbewegung war das Resultat einer seit den Maiwahlen 1928, die einen letzten großen Erfolg der Sozialdemokratie brachten, systematisch ablaufenden innenpolitischen Gewichtsverlagerung nach rechts. Diese Gewichtsverlagerung kulminierte vorläufig im Preußenputsch und zielte, wie alle Beteiligten offen erklärten, auf die Zerschlagung des parlamentarischen Systems.

### *Eberhard Kolb*

Drei Bemerkungen. Erstens zur Tolerierungsstrategie: Die neuerdings zu verzeichnende weitgehende Übereinstimmung (Schönhoven, Winkler, Schaefer) bei der Bewertung der sozialdemokratischen Tolerierungsstrategie – als eines unter den gegebenen Umständen politisch verantwortungsvollen Verhaltens – ist bemerkenswert. Denn als ich Mitte der 80er Jahre eine Ehrenrettung der Tolerierungsstrategie versuchte, war dies damals ein Schwimmen gegen den Strom der geläufigen hyperkritischen und negativen Urteile über die sozialdemokratische Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Ich betrachte die sich nunmehr durchsetzende balanciertere Bewertung der Tolerierungsstrategie als einen Zugewinn an sachlich angemessener Würdigung der schwierigen Lage, in der sich die SPD seit dem Übergang zum Präsidialregime befand.

Zweitens zum 20. Juli 1932: Beim Vergleich mit dem Kapp-Putsch ist auf die Unvergleichbarkeit der Konstellationen abzuheben. 1920 putschten Truppeneinheiten gegen die rechtmäßige Regierung, dagegen trug die Aktion vom 20. Juli 1932 als Reichsexekution das Gepräge einer von den verfassungsmäßigen Instanzen Reichspräsident und Reichsregierung getroffenen Maßnahme, wie dürftig die rechtliche Begründung auch sein mochte. Infolge der Verhängung des Ausnahmezustandes mußte jede militante Gegenwehr von Gewerkschaften, Reichsbanner und SPD zu einer bewaffneten Auseinandersetzung mit unübersehbaren Konsequenzen führen. Dies war bei der Risikoabwägung zu beachten. Des weiteren stellte sich die Frage, unter welcher „Parole“ ein so hoher Einsatz hätte gewagt werden können. 1920 lagen die Dinge einfach: es ging um die Abwehr eines Militärputsches gegen die verfassungsmäßige Regierung. Was hätte im Juli 1932 die „Parole“ sein können? Rückgängigmachung der Absetzung einer Regierung, die über keine Mehrheit im Landtag mehr verfügte und deren füh-

rende Mitglieder bereits seit Wochen bemüht waren, sich einen honorigen Abgang zu verschaffen? War dies ein Ziel, für das man Massen in den Kampf und womöglich in ein Blutbad führen durfte? Denn es kann kein Zweifel bestehen, daß die Reichswehr willens und in der Lage war, Widerstandsaktionen niederzuwerfen.

Drittens zur Frage der Einheitsfront: Zwischen 1930 und 1933 gab es zu keinem Zeitpunkt eine Basis für ein Zusammengehen von SPD und KPD, da die KPD nicht ihre gegen die SPD als „Hauptfeind“ gerichtete Strategie aufgab; den Einheitsfrontparolen kam innerhalb dieser Gesamtstrategie eine lediglich instrumentelle Funktion zu. Während die SPD die Republik retten wollte, war es Ziel der kommunistischen Politik, den Verfassungsstaat aus den Angeln zu heben und die SPD zu zerstören. Diese Haltung läßt sich übrigens auch am Beispiel des 20. Juli 1932 illustrieren, als die KPD mit ihrem Aufruf zum Generalstreik sich einer revolutionären Rhetorik befleißigte – wohl wissend, daß sie als Partei der Arbeitslosen nicht in der Lage war, die Betriebe stillzulegen. In Wahrheit zielte sie mit dieser bloß propagandistischen Aktion hauptsächlich darauf ab, auf die SPD-Anhänger Eindruck zu machen und möglichst viele von ihnen bei der anstehenden Reichstagswahl zu sich hinüberzuziehen.

### *Ian Kershaw*

Ich bin mit der Interpretation von Herrn Schönhoven, daß es zur Tolerierungspolitik der SPD keine Alternative gab, grundsätzlich einverstanden. Ich neige daher auch zu einer eher ‚pessimistischen‘, oder vielleicht besser gesagt: ‚fatalistischen‘ Perspektive, was den Untergang Weimars angeht. Ich teile auch die Ansicht Hans Mommsens, daß – zugespitzt gesagt – die Geschichte vom Ende Weimars fast ohne Berücksichtigung der Rolle der SPD geschrieben werden kann. Die Auflösung der Demokratie ist hauptsächlich die Geschichte der Versuche der konservativen Rechten, die Demokratie zu beseitigen. Auch hier kommt man auf das Fehlen eines parlamentarischen Konservatismus und den umfassenden Charakter der Legitimationskrise zurück. Stellt man den Vergleich mit Großbritannien an, so sieht man, daß es dort nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Regierungskrise erster Ordnung gab. Was es aber nicht gab, war eine Staatskrise. Diejenigen, die die britische Staatsform verändern wollten, gehörten selbst in der Krise zu den unseriösen Randerscheinungen der politischen Szene. Vielmehr kam es in Großbritannien zu einer wesentlichen Verstärkung des Konservatismus bei der Unterhauswahl 1931 und der Errichtung eines ‚national government‘. Es blieb danach für die faschistische Mosley-Bewegung überhaupt kein politischer Raum, sich zu entfalten. Das Wählerpotential für den Faschismus wurde durch die Konservativen aufgesaugt. Und das ‚Establishment‘ fühlte sich mit seiner Interessenvertretung durch die Konservativen ebenfalls mehr oder weniger zufrieden. Auch wenn man über die Lehre nicht begeistert ist, könnte vielleicht der Schluß gezogen werden: die Stärke des Konservatismus sei die Schwäche des Faschismus. Oder anders ausgedrückt: weniger die Schwäche des Sozialismus als die Schwäche eines geschlossenen, parlamentarischen Konservatismus sei die Chance für den Faschismus. Die Fragmentierung der bürgerlichen Parteien in Deutschland, die schon in Weimars

„goldenen Jahren“ vorangeschritten war, öffnete im krassen Gegensatz zur Lage in Großbritannien das Tor zur neuen populistischen Rechtspolitik der NSDAP.

Ab 1930 ist die Geschichte der SPD im Grunde genommen die Geschichte einer reaktiven Abwehr gegen die Konsequenzen einer Politik, die sie immer weniger bestimmen konnte. Wenn es ab 1930 keine Alternative zur Tolerierungspolitik gegeben hat, vor allem weil eine Einheitsfront mit der KPD von vornherein aussichtslos war, so stellt sich die Frage, ob die SPD in den „goldenen Jahren“ zwischen 1924 und 1928 die Chance verpaßt hat, statt nach ‚links‘ eine Öffnung nach ‚rechts‘ zu versuchen. Aber auch diese Frage würde ich mit ‚nein‘ beantworten. Es bestand wohl nicht die geringste Chance für ein Weimarer ‚Godesberg‘. Sowohl der klassenspezifische Charakter der SPD als auch der vehemente Antisozialismus selbst linksliberaler Kreise des Bürgertums schlossen wohl die Möglichkeit aus, daß die SPD von der Fragmentierung der bürgerlichen Parteien hätte profitieren können. Insofern ist es auch von dieser Perspektive aus schwerlich einzusehen, daß die SPD eine realisierte Alternative zur Tolerierungspolitik gehabt hätte, nachdem die Wirtschaftskrise weitreichende ökonomische Beschränkungen der politischen Handlungsspielräume auch der ‚Linken‘ mit sich gebracht hatte.

### *Kurt Nowak*

Die Religionspolitik der KPD ist von den Protestanten nicht nur subjektiv als katastrophal erlebt worden, sie war es tatsächlich. Wie kritisch man immer mit den Kirchen als gesellschaftliche Gruppen umgehen mochte: die maßlosen Artikel Peter Maslowskis in der „Roten Fahne“ oder auch die rigiden Propagandaaktivitäten der kommunistischen Freidenkerbewegung waren unter keinen Umständen politikfähig. Sicher haben die Kirchen den religionspolitisch undiskutablen Kurs der KPD zusätzlich dramatisiert. Sie sahen hier nicht nur die fragwürdigen Weltanschauungskämpfe einer Partei, sondern eine erstrangige Bedrohung der Zivilisation durch die zerstörerischen Prinzipien des Atheismus, des Klassenegoismus, einer autonomen Moral usw. Die Religionsverfolgungen in Sowjetrußland bestärkten die Kirchen in dieser Meinung. Die Kommunisten galten nicht bloß als Feinde der Kirche, sondern der gesamten abendländischen Zivilisation. Die griffige Chiffre „Kulturbolschewismus“ hat diese Ängste gebündelt. Die Frage, ob eine junge und deshalb politisch unerfahrene Partei auf Dauer eine realistische Religionspolitik ausbilden könnte, kam vor der zeitgenössischen Alternative „Rettung oder Untergang“ nicht in den Blick.

### *Klaus Schönhoven*

Die Kritik an der Haltung der SPD beim Bruch der Großen Koalition übersieht häufig, daß der Boden für ein „Hindenburg-Kabinett“ zu diesem Zeitpunkt bereits hinter den Kulissen geebnet war. Im März 1930 stand die Sozialdemokratie vor der Frage, ob

sie an der seit Herbst 1929 vom Reichsverband der Deutschen Industrie in Denkschriften geforderten und von der DVP in Kabinett und Parlament vertretenen Schleifung der sozialstaatlichen Fundamente der Republik aktiv mitwirken wollte. Dies lehnte die Reichstagsfraktion der SPD ab. Ihr politischer Einfluß in der Regierung war denkbar klein geworden, weil über die Lebensdauer und den sozialen Preis der Koalition allein die bürgerlichen Parteien und ihre außerparlamentarischen Bundesgenossen bestimmen konnten. Jedes weitere Zugeständnis an antidemokratische und antisoziale Zielvorstellungen hätte aber die Loyalität der SPD-Anhänger schwer erschüttert und damit die Position der Partei im Parlament noch mehr ausgehöhlt. Auch wenn die SPD ihren Rückzug von der Staatsmacht taktisch ungeschickt vollzog, ist zu betonen, daß die Weichen für eine autoritäre Wende nicht von ihr gestellt wurden.

Die sich dann seit Frühjahr 1930 immer stärker vollziehende politische und soziale Ghettoisierung der Arbeiterbewegung prägte die Beziehungen zwischen SPD und KPD sowie den strategischen Immobilismus beider Parteien während der Staatskrise der Republik. Man sollte den Tolerierungskurs der SPD während der Brüning-Ära nicht zur Taktik einer risikoscheuen und überalterten Parteiführung erklären. Vielmehr wird man bei einer Abwägung aller denkbaren Alternativen zu dem Ergebnis kommen, daß die Tolerierungsbefürworter den Handlungsspielraum der SPD richtig kalkulierten. Nach der Aufkündigung einer auch parlamentarisch legitimierten Politik des Klassenkompromisses durch tragende Kräfte des Bürgertums war die Republik von der auf sich allein gestellten SPD nicht mehr zu retten. Eine Rückkehr zu einer Politik des revolutionären Klassenkampfes, wie es die KPD forderte, kam für die SPD nicht in Frage. KPD und SPD hatten sich seit dem Ersten Weltkrieg politisch, sozial und programmatisch so weit voneinander entfernt, daß selbst für ein zeitweises Zusammengehen von sozialdemokratischem Reformismus und kommunistischem Radikalismus kein gemeinsames Fundament mehr vorhanden war.

### *Joachim Petzold*

Die Frage „Konnte man überhaupt ein antifaschistisches Bündnis der beiden Arbeiterparteien glaubhaft fordern, wenn man gleichzeitig an der Sozialfaschismuskonzeption festhielt?“ beantworte ich ohne den geringsten Vorbehalt mit Nein. Die Frage „War die Tolerierung einer autoritären Regierung ein falsches Konzept, dessen Scheitern von Anfang an eigentlich vorhersehbar war?“ muß ich schon deshalb mit Ja beantworten, weil die Tolerierungspolitik der SPD zwischen 1930 und 1932 das politische Verhängnis nicht zu steuern vermochte und sich als das Betreten einer schiefen Ebene erwies, auf der es schließlich kein Halten mehr gab. Man konnte und kann doch nicht übersehen, daß mit Brünnings Präsidialkabinett die Abkehr vom Parlamentarismus und damit von einem Grundprinzip der Weimarer Verfassung toleriert wurde. Selbst wenn ein konsequenter Protest dagegen nichts gefruchtet und die SPD isoliert hätte, politi-

sche Standhaftigkeit in Grundsatzfragen zahlt sich auf die Dauer mehr aus als opportunistische Anpassung.

Angesichts des dominierenden Interesses der in Deutschland herrschenden Eliten an der Zerstörung des parlamentarischen Regierungssystems, wenn nicht gar an der faschistischen Diktatur, darf man meines Erachtens aber die beiden Arbeiterparteien ungeachtet ihrer gravierenden Fehlentscheidungen nicht in die Reihe der Hauptschuldigen am Untergang der Weimarer Republik stellen. Eine Tolerierung des Papen- und des Schleicher-Kabinetts durch die SPD, wie sie mitunter gefordert wurde, war nicht nur eine psychologische Unmöglichkeit, sondern wäre wohl ein politischer Selbstmord schlimmster Art gewesen, der den Verfechtern der Sozialfaschismustheorie nur noch mehr Oberwasser gegeben hätte.

Da die bürgerlichen Parteien entweder das parlamentarische Regierungssystem aus prinzipiellen Gründen nicht mehr aufrechterhalten wollten oder mangels Wählerschwund nicht mehr konnten, kam aus meiner Sicht nur noch der Versuch in Frage, eine möglichst breite, aber zwangsläufig im linken Parteienspektrum verankerte Front aller irgendwie an der Erhaltung der Weimarer Republik und der Verhinderung der faschistischen Diktatur interessierten Kräfte zustande zu bringen. Das war sicher mit der KPD als Gesamtpartei nicht möglich, die zwar die Herrschaft der Faschisten nicht wollte, aber deren linksradikale Führung der Weimarer Republik und der Sozialdemokratie mit unversöhnlicher Feindschaft gegenüberstand. Im Spätfrühling und im Frühsommer 1932 hatten sich jedoch realistischer denkende Kommunisten einen gewissen Spielraum verschafft, war die von linken bürgerlichen Demokraten wie Carl von Ossietzky und Albert Einstein vertretene Forderung nach einem Zusammenwirken der beiden Arbeiterparteien sehr populär, wurden die dieser objektiven Notwendigkeit am meisten entgegenkommenden Oppositionsgruppen SAPD und KPDO mehr als sonst gehört. Ich vermag daher in Wilhelm Abeggs Gesprächen mit kommunistischen Fraktionsführern keine Blauäugigkeit zu sehen, sondern höchstens einen verzweifelten Versuch, der sich deutlich abzeichnenden politischen Katastrophe entgegenzuwirken.

Es wird immer spekulativ bleiben, wie chancenreich ein konsequentes Ringen der SPD um einsichtige Kommunisten und um die Erhaltung des Einflusses auf die eigene Wählerschaft gewesen wäre. Ohne Widerstandswillen, der sich bis zum 20. Juli 1932 immerhin noch auf reale Macht in Preußen stützen und der bis zuletzt von den nicht zu unterschätzenden Auseinandersetzungen im Lager der Rechten profitieren konnte, gab es keine Aussicht auf Erfolg. Wer diese Möglichkeit – sicher mit guten Gründen – für gering oder gar für aussichtslos hält, der wird aber dann nicht umhin kommen, den Untergang der Weimarer Republik zumindest 1932 als etwas Zwangsläufiges, nicht mehr Vermeidbares darzustellen.

Das widerspricht jedoch meiner Meinung nach dem zwar stets unter Sachzwängen stehenden, aber niemals gänzlich alternativlosen Geschichtsablauf. Wenn schon die Weimarer Republik im Sommer 1932 nicht mehr zu retten war, dann wird man nach vorangegangenen falschen politischen Weichenstellungen suchen müssen. Das Einschwenken der KPD auf stalinistischen Kurs 1928 war eine solche. Die Entscheidung der SPD, die antiparlamentarische Brüning-Politik zu tolerieren und Preußen kampff-

los preiszugeben, gehört aber auch dazu. Es bedrückt mich, wenn im Verlaufe unseres Kolloquiums sich immer mehr der Eindruck verdichtet: Es war im Grunde alles aussichtslos und unabänderlich. Nach meiner Überzeugung handeln wir Historiker nicht richtig, wenn wir uns in Fatalismus üben und nicht wenigstens die Möglichkeiten für politische Alternativentscheidungen deutlich machen.

# III. Wirtschaftliche Sachzwänge oder Primat der Politik? Die Ära Brüning im Widerstreit der historischen Forschung

*Knut Borchardt*

## Wirtschaftspolitische Beratung in der Krise: Die Rolle der Wissenschaft

### I.

1. In den Szenarien der Historiker, die den Untergang der Weimarer Republik beschreiben und erklären, gibt es viele Schurken, auch tragische Helden, die man mit Verantwortung für das Geschehen belasten kann und belastet hat. Hochschullehrer der Wirtschaftswissenschaften gehören in der Regel nicht zu ihnen – jedenfalls nicht auf der Vorderbühne. Doch ist ihre Hintergrundrolle in der Politik nicht übersehen worden. Freilich herrscht immer noch einige Unsicherheit darüber, wie sie in das Spiel eingegriffen haben bzw. hätten eingreifen können, um das Schlimmste zu verhindern.

Während man in England lange Zeit an der Legende gestrickt hat, es sei vornehmlich Schuld der gegenüber neuen Theorien uneinsichtigen Politiker gewesen, daß die Krise dort nicht früher überwunden worden ist<sup>1</sup>, scheint man in Deutschland eher geneigt anzunehmen, es habe auch mit dem deplorablen Zustand der Wirtschaftswissenschaft zusammengehungen, daß hier nicht rechtzeitig Wirkungsvolles gegen die Krise unternommen worden ist.

Daß es unter den exponierten Wirtschaftswissenschaftlern keinen „deutschen Keynes“ gegeben hat, ist unstrittig<sup>2</sup>. Doch zeigt schon das Scheitern von J. M. Keynes als

<sup>1</sup> Diese Ansicht wird inzwischen kaum noch vertreten. Zur neueren Sicht *G. C. Peden*, *Keynes, the Treasury and British Economic Policy* (Basingstoke 1988); *Peter Clarke*, *The Keynesian Revolution in the Making, 1924–1936* (Oxford 1988) – im folgenden zitiert als *Clarke*, *Keynesian Revolution*; *Peter A. Hall* (Hrsg.), *The Political Power of Economic Ideas: Keynesianism Across Nations* (Princeton 1989).

<sup>2</sup> Die beiden jeweils als „deutscher Keynes“ bezeichneten Autoren, nämlich Wilhelm Lauten-

politischer Berater in England, daß sein intellektueller Beitrag keine *hinreichende* Bedingung dafür war, einen Wechsel der Politik zu inaugrieren. Daß überdies neue Theorien nicht einmal eine *notwendige* Bedingung gewesen sind, zeigt die Geschichte überdeutlich. Insbesondere in Deutschland hat es fiskalpolitische Versuche zur Stimulierung der Nachfrage (einschließlich bewußt in Kauf genommener Defizite) schon vor 1930 gegeben<sup>3</sup> und bedurfte es auch später keineswegs zwingend zu ihrer Durchführung neuer Theorien der Rechtfertigung<sup>4</sup>.

2. Die Rolle von Wirtschaftswissenschaftlern als Politikberater, ja Politikgestalter ist ein anhaltend diskutiertes und immer wieder aktuelles Thema<sup>5</sup>. Wirtschaftswissenschaftler erörtern in diesem Zusammenhang meist normative Fragen: Sollen Wissenschaftler – als Wissenschaftler – Politiker beraten und unter Beachtung welcher Regeln? Erst in jüngerer Zeit interessiert hier auch die erfahrungsweltliche Analyse, die Gewinnung von positivem Wissen über die Rolle von Wissenschaftlern und die Bedingungen ihrer Wirksamkeit. Dies kann niemals allein Gegenstand der Theorie- oder Ideengeschichte sein. Theorien setzen sich nicht im Selbstlauf in Politik um. Auch hinsichtlich des wirtschaftspolitischen Handelns sind „Erfindungen“ und „Neuerungen“ zu unterscheiden. Wer aber waren die Schumpeter-Unternehmer, welche Poli-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 109*

bach und Carl Föhl, waren keine professionellen Gelehrten. Der eine war Referent im Reichswirtschaftsministerium, der andere als Ingenieur Redakteur beim Verein deutscher Ingenieure. – Aus der jüngeren Literatur zur deutschen Wirtschaftswissenschaft am Anfang der dreißiger Jahre siehe vor allem (mit Hinweisen auf ältere Titel) *Gottfried Bombach u.a.* (Hrsg.), *Der Keynesianismus*, 3 Bände (Berlin 1976 u. 1981); *Claus-Dieter Krohn*, *Wirtschaftstheorien als politische Interessen*. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918–1933 (Frankfurt a. M. 1981) – im folgenden zitiert als *Krohn*, *Wirtschaftstheorien*; *Harald Hagemann*, *Lohnsenkung als Mittel der Krisenbekämpfung? Überlegungen zum Beitrag der ‚Kieler Schule‘ in der beschäftigungspolitischen Diskussion am Ende der Weimarer Republik*, in: *Harald Hagemann und Heinz D. Kurz* (Hrsg.), *Beschäftigung, Verteilung und Konjunktur. Zur Politischen Ökonomie der modernen Gesellschaft* (Bremen 1984) 97–129; *Michael Hudson*, *German Economists and the Depression of 1929–1933*, in: *History of Political Economy* 17 (1985) 35–50; *Juergen Backhaus*, *Keynesianism in Germany*, in: *Tony Lawson und Hasbem Pesaran* (Hrsg.), *Keynes' Economics. Methodological Issues* (London 1985) 209–253; *Harold James*, *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936* (Stuttgart 1988) 311–328 – im folgenden zitiert als *James*, *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise*; *Harold James*, *What is Keynesian about Deficit Financing? The Case of Interwar Germany*, in: *Peter A. Hall* (Hrsg.), *The Political Power of Economic Ideas: Keynesianism Across Nations* (Princeton 1989) 231–262.

<sup>3</sup> Siehe u. a. *Fritz Blaiich*, *Die Wirtschaftskrise 1925/26 und die Reichsregierung. Von der Erwerbslosenfürsorge zur Konjunkturpolitik* (Kallmünz 1977); *Dieter Hertz-Eichenrode*, *Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung. Konjunkturpolitik 1925/26 und die Grundlagen der Krisenpolitik* Brünings (Frankfurt a. M. 1982).

<sup>4</sup> Richtig hat u. a. *René Erbe*, *Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933–1939 im Lichte der modernen Theorie* (Zürich 1958) betont, daß die Wirtschaftspolitik nach 1932 nicht als „keynesianisch“ bezeichnet werden könne, wenn auch ein Anschein dafür sprechen mag.

<sup>5</sup> Aus jüngster Zeit siehe *Alice M. Rivlin*, *Economics and the Political Process*, in: *American Economic Review* 77 (1987) 1–10; *Robert H. Nelson*, *The Economics Profession and the Making of Public Policy*, in: *The Journal of Economic Literature* 25 (1987) 49–91; *Henry J. Aaron*, *Politics and the Professors Revisited*, in: *American Economic Review* 79 (1989 No. 2) 1–15; *Peter Vandoren*, *Should Congress Listen to Economists?* in: *The Journal of Politics* 51 (1989) 319–336.

tik-Erfindungen in Politik-Innovationen umzusetzen – und speziell: Welche Rolle spielten hier im konkreten Fall die Wissenschaftler?

Im folgenden soll es um einige Probleme gehen, die das Denken und Handeln von Wirtschaftswissenschaftlern in der Weltwirtschaftskrise aufgeworfen haben. Speziell interessieren die Besonderheiten der deutschen Szene, die vielfach nicht ausreichend beachtet werden, wenn man Urteile über den Beitrag der Wissenschaft am Ende der Weimarer Republik fällt. Vornehmlich soll eine meiner Meinung nach bemerkenswerte Quelle vorgestellt und ausgewertet werden, die bislang nahezu unbeachtet geblieben ist, obgleich sie ein bezeichnendes Licht auf „Zwangslagen und Handlungsspielräume“ im Spätsommer 1931, also in entscheidender Zeit, wirft. Sie belegt, wie eng die Beziehungen zwischen Hochschullehrern und Praktikern waren und daß seinerzeit neue Theorien durchaus erörtert worden sind. Aber das war nicht der Engpaß.

## II.

3. Es gilt als ziemlich ausgemacht, daß – von wenigen abgesehen – die Wirtschaftswissenschaftler in der Weltwirtschaftskrise versagt haben. Denn selbst die größten Gelehrten haben im Verlauf der Krise immer wieder falsche Vorhersagen gemacht; sie haben deren spezifisches Wesen erst sehr spät erkannt; schließlich haben sie entweder nichts zur Therapie beigetragen oder ungeheuer viel Falsches, vermischt mit Richtigem, behauptet. Auf jeden Fall scheint die Vielfalt einander widersprechender Empfehlungen die Politiker eher verwirrt als aufgeklärt zu haben. Das Signal der Ökonomen war zumeist eher ein Rauschen als eine klare Botschaft.

Aber haben sie wirklich versagt? „Versagen“ kann man wohl nur gegenüber Aufgaben, die prinzipiell, d. h. nach anerkannten Regeln, lösbar sind. Waren die prognostischen, diagnostischen und therapeutischen Aufgaben seinerzeit lösbar? Meiner Meinung nach gibt es allen Grund, dies zu bezweifeln.

Das kann hier nicht genauer ausgeführt werden. Aber vielleicht genügt es, darauf zu verweisen, daß es selbst heute noch nicht gelingt, aus den damaligen Signalen des Konjunkturverlaufs für die Jahre 1930 bis 1932 korrekte Vorhersagen abzuleiten<sup>6</sup>. Und über die Diagnose sowie die seinerzeit vermutlich hilfreiche Therapie streiten sich Wirtschaftswissenschaftler wie Historiker bekanntlich bis heute. Dürfen wir dann unseren Vorgängern „Versagen“ vorwerfen? Versagen Ärzte, die Krebs nicht heilen können?

4. Sehr wahrscheinlich hing 1931/32 von den vorgeblichen oder tatsächlichen Fehlurteilen der Ökonomen nicht mehr gar so viel ab. In dieser Vermutung bestärkt mich die Deutung der Ereignisse, die Peter Temin jüngst vorgelegt hat<sup>7</sup>. Seiner Meinung nach war am Anfang der dreißiger Jahre ein radikaler Regimewechsel der Wirtschafts-

<sup>6</sup> Über interessante Experimente dieser Art anhand amerikanischen Materials berichten *Katbryn M. Domínguez* u. a., *Forecasting the Depression. Harvard against Yale*, in: *American Economic Review* 78 (1988) 595–612.

<sup>7</sup> *Peter Temin, Lessons from the Great Depression* (Cambridge Mass. 1989); siehe auch *Peter Temin, Socialism and Wages in the Recovery from the Great Depression in the United States and Germany*, in: *The Journal of Economic History* 50 (1990) 297–307.

politik erforderlich, um die seit dem Ersten Weltkrieg akkumulierten Gefahrenpotentiale abzubauen. Derartiges war aber, allein gestützt auf Denkmodelle einer erst kommenden Katastrophe (wie es sie verschiedentlich schon gegeben hat) nicht vorstellbar. Es bedurfte wohl der Katastrophe selbst, um viele alte Interessenlagerungen und Motivstrukturen zu Variablen zu machen, „Zwangslagen“ und „Handlungsspielräume“ radikal zu verändern, zuvor Undenkbare denkbar und möglich zu machen<sup>8</sup>. Wenn Temin recht hat, hätten jedenfalls Herbert Hoover und Heinrich Brüning so oder so keine reale Chance gehabt, das Schicksal aufzuhalten bzw. gar rechtzeitig zu wenden.

Allerdings sind Wirtschaftswissenschaftler in der Regel nicht geneigt, sich so weit in ihrer Bedeutung zurückzunehmen. Sie neigen eher dazu, im Prozeß der Politik-Innovation den entscheidenden Engpaß bei der intellektuellen Leistung zu suchen und der Geschlossenheit der Ökonomen, der herrschenden Lehre, eine besondere Rolle zuzuschreiben. Nun trifft es zu, daß Politiker seinerzeit immer wieder auf die Uneinigkeit der Experten verwiesen haben, wenn sie ihr Nichthandeln bzw. ein Handeln gegen einen bestimmten Rat begründeten. Aber war das wirklich entscheidend?

Nur in einem bestimmten Modell von Politik kann dem ein hervorragender Rang zukommen. Ein solches Modell hatten aber seinerzeit noch viele im Kopf. Sir John Bradbury, Sekretär im Britischen Schatzamt, hat es in den Beratungen des Macmillan-Committees auf den Begriff gebracht: „If the doctors were all of one mind, it is possible that the patient might be treated non-politically.“<sup>9</sup> Selbst der Labour-Politiker Ernest Bevin hatte damals den Wunsch, die Debatte über die Optionen der britischen Wirtschaftspolitik tunlichst „into the non-party sphere“ zu bringen<sup>10</sup>. Auch J. M. Keynes träumte von der Rolle des Experten über den politischen Kräften. 1930 hat er den idealen Wirtschaftspolitiker mit einem Zahnarzt verglichen. Zahnärzte scheinen den Patienten nicht zur Mitwirkung zu brauchen, außer daß er den Mund auf tut<sup>11</sup>.

Freilich hat eine solche expertokratische, elitistische Idee von Politik dort eine gewisse Legitimität, wo die Handlungsspielräume der Wirtschaftsakteure wohldefiniert, die Regeln des Handelns im Grundsatz festgelegt sind. Das war, zumindest soweit die Währungsreserven in Mitleidenschaft gezogen werden konnten, im Goldstandard der Fall. Demzufolge konnten die Notenbankleitungen behaupten, ihre Steuerungsaufgaben ließen sich von dem, was man (Partei-)Politik nannte, abgrenzen.

Aber in der Weltwirtschaftskrise ging es schließlich um anderes als die Befolgung allgemein akzeptierter Regeln – in allen Staaten. Nicht wenige der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise erforderten ein Abgehen von Grundsätzen hohen politischen Ranges. Jedoch konnte es zum Beispiel in Deutschland nicht leicht

<sup>8</sup> So auch *Peter Temin* und *Barrie H. Wigmore*, *The End of One Big Deflation*, in: *Explorations in Economic History* 27 (1990) 483–502.

<sup>9</sup> Zitiert nach *Clarke*, *Keynesian Revolution* 193.

<sup>10</sup> Ebenda 192.

<sup>11</sup> *John Maynard Keynes*, *Economic Possibilities for Our Grandchildren*, in: *The Nation and Athenaeum*, 18. Oktober 1930; wieder abgedruckt in: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Bd. IX (London 1972) 332. Allerdings stimmt das Bild des Zahnarztes in seiner Autonomie nicht genau. Patienten können durch Zahnpflege die Dienste des Zahnarztes entbehren machen.

fallen, den nach den Erfahrungen der Großen Inflation etablierten Konsens hinsichtlich der Eingrenzung des Handlungsspielraums der Notenbank auch nur dem Anschein nach zur Disposition zu stellen; schließlich fühlte sich noch nahezu jeder als Opfer der Geldentwertung<sup>12</sup>. Und in England war es ebenfalls keine Kleinigkeit, den dort seit langem bestehenden Konsens zwischen im übrigen durchaus verfeindeten Gruppen in Frage zu stellen, um die Regeln zu ändern. Von rechts bis links galten hier am Anfang der dreißiger Jahre noch immer der wirtschaftspolitische Internationalismus und der staatspolitische Minimalismus als verpflichtende Ideen, mochte sich das Land in Wahrheit schon lange Zeit auf dem Weg zum Wohlfahrtsstaat und zu einer an nationalen Interessen orientierten Wirtschaftspolitik befinden. Die noch immer herrschenden Ideen gründeten sich bekanntlich auf weitgehend anerkannte ökonomische Theorien von der Effizienz offener Märkte. Sie entsprachen der Vorstellung von individueller Freiheit und drückten die hohe Wertschätzung der Autonomie gesellschaftlicher Gruppen und der Lokalverwaltung aus. Und nicht zuletzt wurden sie auch durch konkrete Interessenlagen gestützt<sup>13</sup>.

5. Es ist bezeichnend für die politische Kultur in England, daß die dortigen Ökonomen (vielleicht von Keynes abgesehen) lange bemüht gewesen sind, die weitreichenden gesellschaftlich-politischen Konsequenzen fast aller Vorschläge zu einer aktiven Konjunkturpolitik möglichst aus ihren Debatten auszuklammern<sup>14</sup>. Durch die Unterstellung, es ginge eigentlich nur um technische Beratung in einer ‚non-party‘-Angelegenheit, sicherten sie auch die wissenschaftlich-intellektuelle Effizienz ihrer Kommunikation, um deretwillen sie heute von den Historikern der Wirtschaftswissenschaften so bewundert werden. Dazu gehört zum Beispiel die auch von Keynes verbreitete Behauptung, das Schatzamt sei seinem Rat nur deshalb nicht gefolgt, weil es eine falsche Theorie hatte, „the Treasury view“<sup>15</sup>. In Wahrheit haben sich die Theorien von Keynes und der Treasury – zumindest bis 1933 – kaum unterschieden<sup>16</sup>. Hingegen

<sup>12</sup> Knut Borchardt, Das Gewicht der Inflationsangst in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen während der Weltwirtschaftskrise, in: *Gerald D. Feldman* (Hrsg.), Die Auswirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933 (München 1985) 233–260.

<sup>13</sup> Siehe hierzu *Robert Skidelsky*, Keynes and the Treasury View. The Case For and Against an Active Unemployment Policy, 1920–29, in: *Wolfgang J. Mommsen* (Hrsg.), The Emergence of the Welfare State in Britain and Germany, 1850–1950 (Beckenham 1981) 167–187.

<sup>14</sup> Siehe aber den prinzipiellen Beitrag von *John Maynard Keynes*, National Self-Sufficiency, in: *The Yale Review* 22 (1933) 755–769; wieder abgedruckt in: *The New Statesman and Nation*, 8. und 15. Juli 1933. Zur verfälschten deutschen Übersetzung in *Schmollers Jahrbuch* (1933) siehe *Knut Borchardt*, Keynes', 'Nationale Selbstgenügsamkeit' von 1933, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 108 (1988) 271–284.

<sup>15</sup> Der Begriff „orthodox Treasury view“ geht auf eine Unterhausrede des seinerzeitigen Schatzkanzlers *Winston Churchill* im April 1929 zurück. Er bezog sich auf das sogenannte „crowding out“, die Verdrängung privater Kreditbedürfnisse vom Markt durch wachsende Kreditnachfrage des Staates zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

<sup>16</sup> Gelegentlich wird schon bestritten, daß Keynes überhaupt bemerkenswerte eigene Beiträge zur Entwicklung der Wirtschaftstheorie geliefert habe, die den Begriff „Revolution“ rechtfertigen. Siehe u. a. *Jürg Niehans*, A History of Economic Theory. *Classic Contributions, 1720–1980* (Baltimore 1990) 345–356. Unbestritten ist inzwischen, daß Keynes mit seinen rasch wechselnden Vorschlägen zur Wirtschaftspolitik zumindest bis Ende 1932 noch völlig auf dem Boden der traditionellen Theorie gestanden hat. Auch Keynes hielt Rigiditäten und mancherlei Marktunvoll-

waren die Vorstellungen von Politik und vom politisch Machbaren sehr verschieden<sup>17</sup>.

Der Charakter der Debatten in Deutschland war schon lange ein ganz anderer. Die deutschen Ökonomen befanden sich, ob sie wollten oder nicht, schon vor der Weltwirtschaftskrise inmitten mannigfacher Auseinandersetzungen über fundamentale Fragen der politischen, sozialen, wirtschaftlichen Verfassung. Es gab keinen gesellschaftlichen Konsens über die wünschbare Wirtschaftsordnung und die Rangfolge der Ziele der Wirtschaftspolitik, die den Gelehrten gleichsam vorgegeben gewesen wäre. Von allen Seiten wurden fundamentale Regimewechsel gefordert. Insbesondere die Rolle des Staates war schon vor der Krise, um so mehr dann aber in der Krise umstritten. Man betrachte nur die Aussprachen der Generalversammlungen des Vereins für Sozialpolitik, des zentralen Forums für öffentliche Diskussionen unter den Fachgelehrten, im Herbst 1930 und 1932. Im Vordergrund standen nicht Geld- und Fiskalpolitik. 1932 wurde der kurz zuvor veröffentlichte Papenplan nur am Rande erwähnt! Vornehmlich ging es allen Rednern um die Zukunft der Wirtschaftsordnung und die für notwendig erachteten aktuellen ordnungspolitischen Entscheidungen, von denen man eine Überwindung der Krise erwartete<sup>18</sup>.

Nicht, daß die deutschen Wirtschaftswissenschaftler sich für Steuerungsprobleme der Konjunktur grundsätzlich nicht interessiert hätten; wir werden gleich den Gegenbeweis antreten. Aber dort, wo ihnen nicht eng eingegrenzte Beratungsaufgaben gestellt waren, wo sie ihre Themen selbst nach dem Gefühl der – längerfristigen – Dringlichkeit auswählten, stellten sie, wie auch die Repräsentanten der Parteien und Interessenverbände, anderes in den Vordergrund. Das hat ihnen später Kritik eingetragen. Man hat das politisch-moralische Niveau deutscher Wissenschaftler in Zweifel gezogen<sup>19</sup>. Jedoch sind viele von jenen, die sich 1930/32 an diesen Fundamentalausinandersetzungen beteiligt haben, als Emigranten zu Ruhm gelangt oder haben nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland gerade als ordnungspolitische Ratgeber Wesentliches zur Prosperität des Landes beigetragen.

Die „Entgrenzung“ der Wirtschaftswissenschaft in Deutschland zur historisch orientierten Staats- und Sozialwissenschaft und damit ihr offenkundig geringerer Beitrag zur Fortentwicklung der Allokations- und Prozeßtheorie (Wirtschaftstheorie im engeren Sinne) ist vermutlich wesentlich ein Reflex der Totalität der gesellschaftlichen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 113*

kommenheiten für die eigentlichen Ursachen der anhaltenden Arbeitslosigkeit und sprach sich für mehr Flexibilität, wenn nicht der Nominallohne, so doch der Reallöhne aus. Exportsubventionen, Lohnsenkungen, Zollerhöhungen, Kapitalexportverbote und schließlich auch öffentliche Arbeiten fanden sehr ähnliche Begründungen. Siehe *Clarke*, Keynesian Revolution 196.

<sup>17</sup> Siehe die in Anm. 1 genannten Publikationen.

<sup>18</sup> Deutschland und die Weltkrise. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Dresden 1932, hrsg. v. *Franz Boese* (Schriften des Vereins für Sozialpolitik 187, München 1932). Siehe auch *Franz Boese*, Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932 (Berlin 1939) 227–237.

<sup>19</sup> *Krohn*, Wirtschaftstheorien, sieht richtig ein Problem, versäumt aber die angemessene Analyse und wertet parteiisch. Siehe hierzu *Juergen Backhaus*, Economic Theories and Political Interests: Scholarly Economics in Pre-Hitler Germany, in: *The Journal of European Economic History* 12 (1983) 661–667.

Kämpfe in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert. Wenige soziale und politische Institutionen hatten hier eine gleichsam selbstverständliche Geltung. Deshalb war der Kreis der „Variablen“ für deutsche Ökonomen seit langem viel weiter gezogen als für Engländer, war die Ökonomie hier explizit politisch und damit notwendig durch größere methodische Unsicherheiten gekennzeichnet.

### III.

6. Doch hat es auch in Deutschland eine akademische Diskussion über die Möglichkeit von Eingriffen zur Konjunktursteuerung gegeben, die über die schon traditionellen Fragen der Stabilisierung des Preisniveaus hinausging. Sie ist weniger öffentlich geführt worden als in England oder den USA<sup>20</sup>. Deshalb muß man sich in Deutschland, um den jeweiligen Stand der Debatte kennenzulernen, noch mehr als in England auf Briefwechsel, Tagebücher und Erinnerungen sowie auf Dokumente der „oral history“ stützen. Freilich ist hier besondere Vorsicht angebracht. Weil man nach dem Zweiten Weltkrieg vielfach vom „Versagen“ der Wirtschaftswissenschaftler in der Krise sprach, haben nicht wenige Gelehrte ihre und die Rolle von Kollegen geschönt – absichtlich oder nicht. Das kann hier nicht in extenso dargestellt werden.

Ich möchte vielmehr anhand von Dokumenten eines intensiven Beratungsprozesses belegen, daß die in Deutschland verhandelten Ideen zur Theorie und Politik der Krisenbekämpfung mit zum Besten gehört haben, was seinerzeit an irgendeinem Punkt der Welt geäußert worden ist. Jedoch haben selbst die seinerzeit fortschrittlichsten Ökonomen unter den Umständen, in denen damals in Deutschland Politik gemacht werden konnte, nicht zu mehr als – praktisch gesehen – relativ geringfügigen Korrekturen gegenüber dem, was tatsächlich geschah, geraten<sup>21</sup>.

<sup>20</sup> Doch gab es auch in Deutschland bekenntnishafte Kollektivauftitte von Hochschullehrern, siehe das Votum von 31 Gelehrten zum Wagemann-Plan, das Prof. Moritz Julius Bonn seinem Brief an den Reichskanzler vom 25.2.1932 beifügen konnte. Kopien in BA Koblenz R 2/14525 und R 43 I/2438.

<sup>21</sup> Damit wird auch die Diskussion fortgesetzt, die sich an meinen Vortrag „Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes“ (1978, wieder abgedruckt in: *Knut Borchardt*, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik (Göttingen 1982)) angeschlossen hat. Von einigen Autoren ist behauptet worden, Brüning hätte sich durchaus auf theoretisch gehaltvolle, praktisch handhabbare und politisch durchsetzbare Vorstellungen zur Krisenbekämpfung stützen können. Siehe insbesondere *Carl-Ludwig Holtfrerich*, Alternativen zu Brüning's Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise?, in: HZ 235 (1982) 605–631. Antikritisch – und besonders die Rolle Hans Schäffers analysierend – *Harold James*, Gab es eine Alternative zur Wirtschaftspolitik Brüning's?, in: VSWG 70 (1983) 523–541; *Knut Borchardt*, Noch einmal: Alternativen zu Brüning's Wirtschaftspolitik?, in: HZ 237 (1983) 67–83. Zum Fortgang der Diskussion siehe *Jürgen Baron von Kruedener* (Hrsg.), Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic, 1924–1933 (Oxford 1990) – im folgenden zitiert als *von Kruedener*, Economic Crisis; *Ian Kershaw* (Hrsg.), Weimar: Why Did German Democracy Fail? (London 1990). Eine 1989 abgeschlossene und soeben publizierte Bielefelder Dissertation von *Rainer Meister*, Die große Depression. Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik in Deutschland 1929–

Die Rede ist von der sogenannten „Geheim-Konferenz“ der Friedrich-List-Gesellschaft am 16. und 17. September 1931 im Hause der Reichsbank in Berlin<sup>22</sup>. Von ihr ist seinerzeit ein Protokoll angefertigt worden, das schon verschiedentlich zitiert worden ist. Doch hat es bislang in der Forschung nicht die Aufmerksamkeit gefunden, die es verdient<sup>23</sup>. Wenn nichts anderes Interesse für die Niederschrift wecken sollte, so doch wenigstens die Tatsache, daß der damalige Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Hans Schäffer, der trotz meiner anhaltenden Warnungen immer wieder als Gewährsmann für die Möglichkeit einer alternativen Politik zitiert wird, 1953 von der Konferenz geschrieben hat: „Das Beste und Unabhängigste, was damals über diese Frage gesagt worden ist, was aber auch die Dinge weniger in den Rahmen der weltwirtschaftlichen Gesamtkrise als im Rahmen deutscher Kümernisse gesehen hat, waren die Erörterungen während einer Tagung der Friedrich-List-Gesellschaft ... Ihre Kenntnis ist unerlässlich für die Beurteilung des wirklich ernsthaften Gedankenaustauschs der damaligen Zeit.“<sup>24</sup>

Inzwischen liegt eine Edition der Konferenzmaterialien vor<sup>25</sup>. In der Einleitung des Bandes habe ich die Vorgeschichte relativ ausführlich anhand gedruckter und ungedruckter Quellen skizziert, nicht aber den Inhalt der Niederschrift selbst kommentiert und die Ergebnisse bewertet. Darum soll es nachfolgend vor allem gehen. Doch muß

*Fortsetzung Fußnote von Seite 115*

1932 (Kölner Schriften zur Sozial- und Wirtschaftspolitik 11, Regensburg 1991) – im folgenden zitiert als: *Meister*, Die große Depression – konnte die jüngsten Veröffentlichungen nicht mehr berücksichtigen. Vielleicht enthielte sie dann weniger Mißverständnisse hinsichtlich meiner Tatsachenfeststellungen und Urteile.

<sup>22</sup> Die Friedrich-List-Gesellschaft (FLG) ist eine 1925 gegründete Vereinigung, die bis 1933 und nach ihrer Wiedergründung regelmäßig Foren für die Erörterung zentraler wirtschaftspolitischer Fragen zwischen sogenannten Theoretikern und Praktikern organisiert hat. In ihrem Vorstand fanden sich neben Hochschullehrern prominente Politiker, Beamte und Geschäftsleute. Von den Teilnehmern der Konferenz gehörten dem Vorstand an: Karl Diehl, Rudolf Hilferding, Hans Luther, Johannes Popitz, Friedrich Saemisch, Edgar Salin, Hans Schäffer, Ernst Trendelenburg.

<sup>23</sup> Vermutlich liegt dies auch an der Art, wie Brügelmann und Luther von ihr berichtet haben. Siehe *Hermann Brügelmann*, Politische Ökonomie in kritischen Jahren. Die Friedrich-List-Gesellschaft e.V. von 1925–1935 (Tübingen 1956) 133 ff.; *Hans Luther*, Vor dem Abgrund. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten 1930–1933 (Berlin 1964) 246 ff. In der soeben veröffentlichten Dissertation von *Meister*, Die große Depression ... wird die Konferenz S. 304–321 ausführlich behandelt; doch liest der Verfasser das Protokoll vielfach anders als ich.

<sup>24</sup> Hans Schäffer an Wilhelm Grotkopp, 18.8.1953. IfZ ED 93 Nr. 46. Warum Grotkopp Schäffers Hinweis auf das erhaltene Protokoll nicht mehr für sein 1954 erschienenes Buch „Die große Krise“ berücksichtigt hat, ist unbekannt. Daß hier eine Spur systematisch verwischt worden ist, scheint die Tatsache zu belegen, daß der Brief Schäffers an Grotkopp zwar abgedruckt ist in *Gottfried Bombach* u.a. (Hrsg.), *Der Keynesianismus II. Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland. Dokumente und Kommentare* (Berlin 1976) 308–311, aber ohne zwei Seiten zu Beginn und eine Seite am Ende. So fehlt auch der Hinweis auf die List-Konferenz; doch wird der Eindruck erweckt, es handle sich um einen vollständigen Abdruck.

<sup>25</sup> *Knut Borchardt und Hans Otto Schötz* (Hrsg.), *Wirtschaftspolitik in der Krise. Die (Geheim-) Konferenz der Friedrich-List-Gesellschaft im September 1931 über Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung* (Monographien der List-Gesellschaft e.V. N.F. 13, Baden-Baden 1991). Im folgenden zitiert als: LK, mit Seitenangabe.

auch hier in aller Kürze beschrieben werden, wie es zu der eigenartigen Konferenz in der Reichsbank gekommen ist.

7. Die Idee, eine solche Konferenz abzuhalten, ist überhaupt erst eine Woche vor ihrem Beginn geboren worden. Sie ergab sich aus einem Diskussionsprozeß, der seit Ende August eine enorme Dynamik bekommen hatte. Im Mittelpunkt stand der für den Reichshaushalt zuständige Hans Schäffer. Er sprach ab Mitte August wiederholt den Präsidenten der Reichsbank Hans Luther darauf an, ob es nicht auf seiten der Reichsbank Möglichkeiten gebe, etwas gegen die fortgesetzte Schrumpfung der Wirtschaft zu unternehmen. Am 26. August kam es zu einer langen Aussprache zwischen Schäffer und dem Referenten im Reichswirtschaftsministerium Oberregierungsrat Wilhelm Lautenbach, der schon früher wiederholt originelle Ideen in die Debatte eingebracht hatte. Es ist hier nicht der Platz und wohl auch nicht nötig, die Entwicklung von Lautenbachs Denken genauer vorzustellen. Das ist an anderem Orte geschehen<sup>26</sup>. Nur soviel: Seit 1930 hat Lautenbach in Denkschriften für seine Vorgesetzten und im Kontakt mit Hochschullehrern wie Wilhelm Röpke und Eduard Heimann über Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nachgedacht und in diesem Zusammenhang für den Gedanken kreditfinanzierter öffentlicher Aufträge geworben. (Später ist er deshalb gar als „deutscher Keynes“ bezeichnet worden.) Nach dem Gespräch im August händigte er Schäffer ein neues Papier unter dem Titel „Grundlinien unserer künftigen Wirtschaftspolitik“ aus. Es unterschied sich von früheren Plänen Lautenbachs dadurch, daß angesichts der erwiesenen Unmöglichkeit, für zusätzliche Ausgaben des Staates nennenswerten Kredit ohne die Hilfe der Reichsbank zu erhalten, diese nun ins Zentrum der Betrachtung gerückt wurde.

Von einer anderen Seite her hatte kurz zuvor auch der Privatdozent Heinrich Rittershausen in seinem Buch „Am Tage nach dem Zusammenbruch“ von der Reichsbank mehr Aktivität verlangt. Nachdem Schäffer auch dieses Buch gelesen hatte, schrieb er nieder, worauf es seiner Meinung nach bei den zu treffenden Entscheidungen ankam. So entstand seine berühmte Denkschrift vom 2. September, eine Kompilation von Gesprächsergebnissen und Lektürefrüchten sowie eigener Hoffnungen. Etliche Historiker haben diese Ausarbeitung für den Beweis der Möglichkeit einer anderen Politik in Deutschland angesehen. In Wahrheit war es eine Diskussionsgrundlage für die folgenden Kontakte mit Experten. Freilich kam darin deutlich der Wunsch zum Ausdruck, es möge Aushilfen geben. Schäffer hatte hierfür nicht nur allgemeinpolitische Gründe. Der für den Reichshaushalt und die Reichskasse Zuständige erhoffte sich von einer wiederbelebten Konjunktur eine Entlastung von Unterstützungszahlungen und höhere Steuereinnahmen<sup>27</sup>.

<sup>26</sup> *Knut Borchardt*, Zur Aufarbeitung der Vor- und Frühgeschichte des Keynesianismus in Deutschland. Zugleich ein Beitrag zur Position von W. Lautenbach, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 197 (1982) 359–70 und die dort angegebene Literatur – im folgenden zitiert als *Borchardt*, Zur Aufarbeitung.

<sup>27</sup> Dies hat Lautenbach in der Ausarbeitung v. 24./26. August 1931 vorausgesagt: „Nach der Bereinigung, die der Druck der Finanznot im Haushalt von Reich, Ländern und Gemeinden erzwungen hat, ist es absolut sicher, daß wir sofort (!, K. B.) gesunde und überaus sicher fundierte Finanzverhältnisse haben werden, wenn die Konjunktur wieder ansteigt. Wir werden, lange be-

Schäffer hat, als er seine Ausarbeitung auch an Luther geschickt und mit ihm darüber ausführlich gesprochen hat, den Präsidenten vermutlich tief beunruhigt. Aber inzwischen hatte sich der Kreis der an der Diskussion Beteiligten um interessante Wissenschaftler erweitert. Auch Lautenbach hatte sein Konzept an ihm Bekannte verschickt und bekam schriftliche Antworten, zum Beispiel von den Professoren Walter Eucken (Freiburg) und Hans Neisser (Kiel). In Berlin organisierte Hans Schäffer gar eine Serie von Aussprachen, an denen neben Lautenbach weitere Beamte verschiedener Ministerien, der Bankier Löb und der Kieler Professor Gerhard Colm teilnahmen. Colm hatte auch Unterredungen mit dem Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Trendelenburg, der seinerzeit die Geschäfte des Ministers führte, und mit Luther. Unter dem Datum des 9. September schrieb Lautenbach an einer neuen Fassung seiner Denkschrift, verschiedene Einwände gegen frühere Formulierungen berücksichtigend, insbesondere auch hinsichtlich möglicher Inflationsrisiken und gefährlicher Reaktionen im Ausland<sup>28</sup>.

Ich überspringe weitere Details der jetzt anlaufenden Kommunikation, die man der schon erwähnten Einleitung entnehmen möge, und wende mich dem auch entscheidungstheoretisch interessanten Vorgang zu, wie der Prozeß aus diesen Zirkeln in ein neues Forum transloziert und zugleich zentralisiert worden ist, nämlich unter das Dach der formal unabhängigen List-Gesellschaft. Irgendwie mußte man ja die verschiedenen Kreise zusammenbringen. Die gegenüber der Regierung autonome Reichsbank dadurch, daß man eine wissenschaftliche Konferenz organisierte, in den Entscheidungsvorbereitungsprozeß einzubinden, war noch der relativ unverfänglichste Weg. Luther war Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der List-Gesellschaft und hatte engen Kontakt mit Professor Edgar Salin in Basel, dem Schriftführer, der zwar am bisherigen Gedankenaustausch nicht beteiligt war, aber schon früher Luther in geldpolitischen Fragen beraten hatte.

Am 12. September haben der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft, der Präsident des Reichsrechnungshofes und Reichssparkommissar Friedrich Saemisch, Luther, Schäffer und Trendelenburg – also ausschließlich „Praktiker“ – den Konferenzplan und die Liste der Einzuladenden besprochen. Folgt man den überlieferten Tagebuchnotizen von Luther und Schäffer über die Besprechung, so sollte es um die Erörterung der Vorstellungen von Lautenbach gehen. Aber alle Anwesenden schienen skeptisch, ob man zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit Aussicht auf Erfolg handeln könnte, auch Trendelenburg und Schäffer! Kein Wort in den zeitgenössischen Akten

*Fortsetzung Fußnote von Seite 117*

vor wir wieder die volle Beschäftigung erreicht haben, aller Haushaltssorgen ledig sein und dann vor dem neuen Problem stehen: Sollen wir die Steuern senken und welche Steuern und bis zu welcher Grenze?“ *Wilhelm Lautenbach*, Zins, Kredit und Produktion, hrsg. v. *Wolfgang Stützel* (Tübingen 1952) 143; im folgenden zitiert als: *Lautenbach*, Zins.

<sup>28</sup> Beide Fassungen, um einen umfangreichen Einleitungsteil gekürzt, abgedruckt in *Lautenbach*, Zins 137–155. Die Spekulationen des Herausgebers über die Gründe der Änderungen in der zweiten Fassung haben eine fragliche Grundlage.

darüber, daß der „Lautenbach-Plan“ hätte gar ins Kabinett gehen sollen, wie in der Literatur wiederholt behauptet worden ist<sup>29</sup>.

Ohnehin blieb unsicher, was genau man als Lautenbach-Plan bezeichnen durfte, denn als sich die Geladenen am Montag, dem 16. September, in der Reichsbank einfanden, lag ein noch einmal revidierter Text von Lautenbach mit der Überschrift „Möglichkeiten einer aktiven Konjunkturbelebung durch Investitionen und Kreditausweitung“ auf dem Tisch. Deutlicher als früher formulierte der Anhänger von nachfragestützenden Maßnahmen des Staates nun, daß Löhne und Preise noch gleichzeitig sinken müßten. Ja die Auflockerung der Kartelle, die Senkung monopolistisch gebundener Preise durch staatliche Anordnung und die Auflockerung der Löhne wurden gar als Voraussetzungen dafür beschrieben, daß man die expansive Politik (auch gegenüber dem Ausland) verantworten könne.

#### IV.

8. Vieles an dieser Konferenz ist interessant: ihre Aufgabenstellung, ihr Verlauf, ihre Ergebnisse. Aber schon die Tatsache ihres Zustandekommens sollte als etwas Außerordentliches wahrgenommen werden. Soweit ich weiß, hat es in keinem der krisengeschüttelten Länder 1931/32 eine ähnlich zusammengesetzte Diskussionsrunde gegeben, bestehend aus der Leitung der Zentralbank, aus Spitzenbeamten der wichtigsten Reichsministerien, Praktikern des Bankwesens, einer Elite der Nationalökonomien<sup>30</sup>. Allerdings beteiligten sich, sieht man von Lautenbach ab, die Ministerialbeamten nur als Zuhörer, weil – so später Schäffer – man der zugesicherten Geheimhaltung doch nicht traute<sup>31</sup>.

Was war der Auftrag? Auch hier ist Erstaunliches zu berichten – jedenfalls anderes als die landläufige Meinung über die Diskussion in Deutschland vermuten läßt. Eingeladen war zur Erörterung der Finanzierungsfrage der „aus wirtschaftlichen wie aus sozialen Gründen für notwendig erachteten Ankurbelung der gesamten Produktion“<sup>32</sup>. Der Konferenz war somit ein zu diesem Zeitpunkt bemerkenswertes Ziel bereits vorgegeben. Zwar haben sich im Verlauf der Aussprache einige Teilnehmer dagegen verwahrt

<sup>29</sup> So wieder *Meister*, Die große Depression 304, vermutlich gestützt auf eine spätere Bemerkung von Lautenbach.

<sup>30</sup> Siehe das Personenverzeichnis mit biographischen und bibliographischen Angaben in LK 53–60. Als Wissenschaftler nahmen teil: Gerhard Colm, Karl Diehl, Walter Eucken, Eduard Heilmann, Hans Neisser, Heinrich Rittershausen, Wilhelm Röpke, Edgar Salin. Zu dieser Gruppe kann man auch rechnen Rudolf Hilferding, Johannes Popitz und Hermann Warmbold (ab 9. Oktober 1931 Reichswirtschaftsminister). Aus welchen Gründen einige Spezialisten in diesem Kreise fehlten, läßt sich nicht in jedem Falle sagen. Adolf Weber war krank, Moritz Julius Bonn im Urlaub, Arthur Spiethoff war mit der jetzigen Leitung der FLG zerstritten. Es ließe sich freilich kein fehlender Wirtschaftswissenschaftler nennen, der den Gedankengängen Lautenbachs näher gestanden hat als Anwesende.

<sup>31</sup> Brief H. Schäffer v. 18.8.1953 an W. Grotkopp (s. Anm.24) und H. Schäffer an E. Salin 28.1.1965. IfZ ED 93 Nr.47.

<sup>32</sup> Eröffnungsrede des Vorsitzenden der Konferenz Saemisch, LK 65. Hervorhebung K. B.

und die Wünschbarkeit und Notwendigkeit einer „Ankurbelung“ in Deutschland oder auch anderswo bestritten (vornehmlich Hilferding von einer linken und Lansburgh von einer ultraliberalen Position aus), aber die überwiegende Mehrheit hat die Vorgabe nicht in Frage gestellt. Es sollte um den Zeitpunkt des Einsatzes, um die denkbaren und um die verfügbaren Methoden und ihre vermutliche Wirksamkeit einschließlich der (erwünschten oder unerwünschten) Nebenwirkungen gehen.

Bemerkenswert auch die theoretische Vorgabe, aus der die Aufgabe der Ankurbelung abgeleitet worden ist. In einleitenden Bemerkungen stellte Edgar Salin fest, daß „der Glaube an die Selbstheilung der Krise ... heute ins Wanken geraten ist“<sup>33</sup>. Nur noch Hilferding und Lansburgh erwarteten alles von der Selbstheilung. Zwar hielt selbst ein so fortschrittlicher Theoretiker wie Gerhard Colm eine Selbstheilung am Ende für durchaus wahrscheinlich, aber wie die meisten anderen mochte er darauf nicht warten, weil ihm der Weg bis dahin als zu weit und zu opferreich erschien. Staat und/oder Notenbank sollten jetzt etwas tun.

Rasch wurde auch sichtbar, daß die meisten Wirtschaftswissenschaftler die Auffassung in der Lautenbachschen Tischvorlage für richtig hielten, kreditfinanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen könnten unter Umständen geeignet sein, eine tiefe Depression zu überwinden; beispielsweise in einer geschlossenen Wirtschaft oder bei einer offenen unter der Voraussetzung funktionierender Kreditmärkte und reichlicher Währungsreserven. Die USA und Frankreich wurden als hervorragende Kandidaten benannt. Allerdings wurden auch prinzipielle Zweifel an der Ratsamkeit kreditfinanzierter Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geäußert. Hilferding, Diehl, Lansburgh und Popitz nannten hierfür verschiedene Gründe, darunter auch ordnungspolitische, wie sie inzwischen von James Buchanan vertreten werden<sup>34</sup>.

Das entscheidende Problem der Konferenz hing mit den besonderen Umständen in Deutschland zusammen. Über ihren Charakter bestand ebenfalls ein weitgehendes Einverständnis. In Deutschland war nämlich ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm (sollte man es wollen) nicht aus normalen Kreditmarktmitteln des Inlandes oder des Auslandes zu finanzieren<sup>35</sup>. Was nachfragetheoretisch argumentierende Ökonomen in England oder in den USA nicht in Erwägung zu ziehen brauchten, mußte ausgerechnet in dem inflationserfahrenen und verängstigten Deutschland verhandelt werden: eine Mitwirkung der Notenbank an der Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Und das wieder (wie 1918–1923) inmitten einer Staatskrise! Auf diesen Diskussionsboden haben sich die Teilnehmer der List-Konferenz in Anspruch und in Kritik der Ideen Wilhelm Lautenbachs gestellt.

<sup>33</sup> Salin, LK 69.

<sup>34</sup> Siehe u. a. *James M. Buchanan* und *Richard E. Wagner*, *Democracy in Deficit: The Political Legacy of Lord Keynes* (New York 1977); *James M. Buchanan*, *R. Wagner* und *John Burton*, *The Consequences of Mr. Keynes* (London 1979); *James M. Buchanan* und *Richard E. Wagner* (Hrsg.), *Fiscal Responsibility in Constitutional Democracy* (Leiden/Boston 1978).

<sup>35</sup> So schon H. Schäffer in seiner Ausarbeitung v. 2. September 1931, abgedruckt in: *Gerhard Schulz* u. a. (Hrsg.), *Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932*. Quellen zur Ära Brüning (Düsseldorf 1980) 933–939. Im folgenden zitiert als: *Schulz*, *Politik und Wirtschaft*. Zu den Finanzierungsmöglichkeiten siehe genauer unten Ziffer 11.

Niemand leugnete, daß es technische Mittel gab, mit deren Hilfe die Reichsbank ihre Kredite über den Spielraum, der noch bis zur Bankenkrise als durch die Gesetzgebung und herrschende Regeln der Notenbankpolitik eng gezogen galt, hinaus auszudehnen vermochte. Das wäre im September 1931 auch lächerlich gewesen. Schließlich führte Luther der Welt gerade vor, daß man im Notfall die gesetzlich vorgeschriebene Deckung der Banknoten durch mindestens 40% Gold bzw. Golddevisen unterschreiten konnte und daß die Reichsbank auch bereit war, Wechsel anzukaufen, die nicht streng den Bestimmungen des Gesetzes hinsichtlich der Qualität solcher Papiere entsprachen. Er kaufte ja schon, um die Folgen der Bankenkrise zu mildern, getarnte Finanzwechsel und sogar „Arbeitsbeschaffungswchsel“ in Gestalt der sogenannten „Russenwechsel“<sup>36</sup>. Gerhard Colm hat in der Konferenz die neue Politik der Reichsbank zu Recht als „epochemachend“ bezeichnet<sup>37</sup>. Nicht im *Prinzipiellen* lagen die entscheidenden Fragen, sondern bei der *Größenordnung*, in der *Publizität* und bei der *Absicherung gegen mögliche Risiken* eines Arbeitsbeschaffungsprogramms.

9. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Von Luther wiederholt aufgefordert, Zahlen für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zu nennen, das in Hinblick auf die im Verlauf der Konferenz diskutierten Handlungsspielräume und Risiken noch vertretbar sein mochte, haben sich selbst die entschiedensten Proponenten einer expansiven Konjunkturpolitik nur mit Einschränkungen zu einem eventuell ins Auge zu fassenden Betrag bekannt. Er lag nur mehr bei höchstens 1,5 Mrd. RM. (Lautenbach hatte in seiner ersten Denkschrift an Aufträge in Höhe von zwei bis drei Milliarden RM gedacht.) Aber selbst an den geringeren Betrag sollte sich die Bank nur vorsichtig herantasten. Man schloß jegliche öffentliche Kundmachung eines reichsbankunterstützten Großprogramms als viel zu gefährlich aus! Hierzu Gerhard Colm: „Ich glaube, daß es mit 1,5 Milliarden geht, aber ich würde nicht wagen, das in die Welt hinauszuposaunen.“<sup>38</sup>

<sup>36</sup> Zur expansiven Geldpolitik der Reichsbank nach der Bankenkrise *Harold James*, *The Reichsbank and Public Finance in Germany: 1924–1933* (Frankfurt a. M. 1985) 287 ff.; *James*, *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise* 303 ff. Diese Politik war keineswegs legal. Aber die durch den Young-Plan mit Kontrollrechten ausgestatteten Notenbankpräsidenten der Signatarstaaten und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel beugten sich der Erkenntnis, daß ein Beharren auf dem Buchstaben des Gesetzes den Kollaps des deutschen Bankwesens bedeutet hätte. Es war ausgerechnet Hjalmar Schacht, der am 11. Oktober 1931 in Bad Harzburg diese Politik öffentlich geißelte, die schon auf der Linie seiner späteren MEFO-Zauberei lag.

<sup>37</sup> Colm, LK 111. Unerfindlich, wie angesichts der Tatsachen *Meister*, *Die große Depression*, 319, behaupten kann, die Tagung der List-Gesellschaft habe Luther die Möglichkeiten der Wechselfinanzierung aufgezeigt. In Wahrheit war es dieser, der den Theoretikern schon die Praxis vorführte.

<sup>38</sup> Colm, LK 259. Ähnlich W. Röpke: „Eine Ziffer von 1,5 Milliarden, wie gesagt, würde ich auch nicht nennen. Sie würde den allerungünstigsten Eindruck im Inlande wie im Auslande hervorrufen.“ Doch meint er, man könne sich an ein „Limitum“ von 1,5 Milliarden RM „herantasten“. Röpke, LK 259. Luther stellt in seinem Schlußwort (trotz seiner Aufforderung, ihn gegebenenfalls zu korrigieren, unwidersprochen) fest, es sei eine völlig einheitliche Auffassung im Kreise gewesen, daß es unzulässig sei, „einen Plan zu veröffentlichen, der auf eine Milliarden-summe herauskäme, und dabei mitzuteilen, die Reichsbank wäre bereit, auf dem Rediskontwege die Durchführung dieses Planes zu ermöglichen“. Luther, LK 300. *Meister*, *Die große Depression*, 317 f., behauptet, Luther habe dies als seine persönliche Ansicht der „großen Mehrheit“ der Teilnehmer entgegengesetzt.

Obwohl Schäffer in seiner Denkschrift noch geschrieben hatte, es sei wohl notwendig, daß „der erste Stoß eine gewisse Kraft hat, um überhaupt die Dinge in Bewegung zu setzen“, zog Lautenbach selbst am Ende diese Idee aus der Debatte: „Es besteht nicht die leiseste Notwendigkeit, sich auf ein Programm von 1500 Millionen festzulegen“, und stellte für das erste Vierteljahr einen Betrag von 600 Millionen zur Erwägung<sup>39</sup>.

Damit wurden die ursprünglich vermuteten prinzipiellen Gegensätze in unsichere Übereinkünfte aufgelöst. Denn so recht Neisser mit dem Hinweis haben mochte, daß *jeder* Kreditbetrag, der zu zusätzlichen Ausgaben führt, etwas Positives bewirken werde (wobei er auch das Multiplikatorprinzip deutlich ansprach<sup>40</sup>), konnte doch nicht von jeder Summe die „Initialzündung“ eines Aufschwungs erwartet werden. Darauf aber hatte sich die Hoffnung Schäffers gerichtet. Speziell hiernach erkundigte sich Luther. Doch erfüllte die Konferenz nicht die Aufgabe, eine hierfür notwendige und hinreichende Summe zu nennen. Ohne Festlegung einer bestimmten Mindestsumme, der sich die Wissenschaftler aber verweigerten, konnte es allenfalls noch darum gehen, „dem Anfang mit solchen Versuchen, die man in gewissem Umfang gemacht hat, einen Fortgang zuteil werden zu lassen“<sup>41</sup>. Das war die Botschaft, die Luther verstand.

10. Allerdings gab es ein zweites Ergebnis. Es hatte mit dem eigentlichen Auftrag nichts zu tun, schälte sich aber im Verlauf des Meinungs austausches immer deutlicher heraus: Für eine konjunkturelle Wende schien die Flexibilisierung von Preisen und Löhnen mit der Tendenz ihrer generellen Absenkung Priorität zu erhalten.

Lautenbach, der schon früher wiederholt die Lohn- und Preisstarrheit beklagt hatte, schrieb in seiner Tischvorlage Maßnahmen der Flexibilisierung von Löhnen und Preisen zunächst nur die Funktion zu, das Programm einer expansiven Krisenbekämpfung abzusichern. Aber schon am ersten Tag erläuterte er seine Pläne in einer Weise, daß man von einer Doppelstrategie sprechen konnte. Andere, wie zum Beispiel Walter Eucken, gingen noch weiter und mochten die Reihenfolge umdrehen: Erst Bekämpfung der Lohn- und Preisstarrheit, dann expansive Maßnahmen. Am zweiten Tage schien Lautenbach bereit, diese Position zu übernehmen. Er sprach davon, daß die „kompensatorischen Maßnahmen“ „absolut wesentlich, entscheidend und *primär* sind ...“<sup>42</sup>, und meinte gar: „Wenn beide Maßnahmen (Auflockerung bei Kartellpreisen und bei Löhnen, K.B.) miteinander verbunden werden und in der Aktion *absolut primär geschehen*, dann ist unser Bewegungsspielraum verhältnismäßig groß.“<sup>43</sup> Aus diesen Aussagen folgerten Welter und Eucken, daß der Plan Lautenbachs nun eine andere Gestalt habe<sup>44</sup>. Das sahen andere wohl anders; darauf ist noch zurückzukommen.

<sup>39</sup> Lautenbach, LK 263.

<sup>40</sup> Neisser, LK 143.

<sup>41</sup> Neisser, LK 143.

<sup>42</sup> Lautenbach, LK 160 f., Hervorhebung K.B.

<sup>43</sup> Lautenbach, LK 162. Hervorhebung, K.B.

<sup>44</sup> Welter, LK 239, Eucken, LK 146 ff., 243 f. *Meister*, Die große Depression, 311 f., schildert zunächst die Position Euckens korrekt. Dann aber erweckt er S. 315 f. den Eindruck, Eucken habe den ursprünglichen Lautenbach-Plan für theoretisch richtig gehalten. Eucken glaubte aber bemerkt zu haben, daß Lautenbach sich am zweiten Verhandlungstag gedreht hatte und daß auch bei Lautenbach nunmehr die Preis- und Lohnsenkungen der Kreditausweitung vorausgehen sollten. *Diesem* Konzept stimmte Eucken zu: „Ich möchte deshalb, bevor ich mich den sachlichen

Aber Luther konnte in seinem Schlußwort zu Recht als „positives Ergebnis“ zusammenfassen, daß mit einer Ausnahme<sup>45</sup> Befürworter und Gegner von Plänen „in Richtung des Lautenbachschen Gedankens“ der Meinung seien, daß man „allgemeine wirtschaftliche Maßnahmen im Sinne der Auflockerung der jetzigen Wirtschaftsbindungen nach der Seite der Löhne, nach der Seite der Kartelle braucht“<sup>46</sup>.

Natürlich darf nicht übersehen werden, daß diese Maßnahmen in den verschiedenen konjunkturpolitischen Konzeptionen einen unterschiedlichen Stellenwert hatten. Aber die anwesenden Beamten konnten hören, daß jedenfalls die versammelten Hochschullehrer die Flexibilisierung – und das hieß damals: im Durchschnitt die Senkung – von gebundenen Preisen und Löhnen für nötig hielten. Sie haben zwar ebenfalls hören können, daß einige es nur dann wollten, wenn gleichzeitig oder kurz danach eine Kaufkraftspritze den durch die Lohnsenkung bewirkten Nachfrageausfall mindestens der Höhe nach kompensierte; aber die Verfasser der Vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 konnten sich in wesentlichen Punkten auch durch die Ergebnisse der List-Konferenz theoretisch abgesichert fühlen<sup>47</sup>.

## V.

11. Wie oben erwähnt, meinte Hans Schäffer, als er 1953 die Bedeutung der List-Konferenz beschrieb, sie habe die „Dinge ... im Rahmen deutscher Kümernisse gesehen“<sup>48</sup>. Tatsächlich wird man den Teilnehmern nicht gerecht, wenn man sich nicht ganz auf den Fall einstellt, den *sie* im Auge hatten: Deutschland im Spätsommer 1931. Damit war der Konferenz eine Aufgabe gestellt, die weit über das hinausging, was seinerzeit J. M. Keynes und seine Kollegen im Auge hatten – und auch weit über das, was Keynes in seinem komparativ-statischen Modell eines makroökonomischen Gleichgewichts in einer geschlossenen Wirtschaft 1936 andiskutiert hat. In Deutschland ging es im September darum, wie in einer *offenen Wirtschaft*, die sich in einer *höchst prekären inneren und äußeren Schuldenkrise* befand und im Vergleich zu vorhersehbaren Verpflichtungen über *kaum mehr nennenswerte Währungsreserven* verfügte, eine Beschäftigungspolitik getrieben werden konnte. Niemand konnte erwarten, daß die öffentlichen Haushalte ein solches Programm über Defizite finanzieren würden, denn die *Haushaltssanierung war ein Muß*, nicht etwa nur, weil das eine Ideologie forderte (wie vielleicht in anderen Ländern), sondern weil für die öffentliche Hand am

*Fortsetzung Fußnote von Seite 122*

Dingen zuwende, gleich grundsätzlich erklären, daß die Ausführungen, so wie sie Herr Lautenbach heute vorgetragen hat – *und ich möchte das ‚heute‘ sehr unterstreichen* –, mir grundsätzlich richtig erscheinen ...“ Eucken, LK 243. Anstelle des von mir Hervorgehobenen stehen bei *Meister* 316 Auslassungspunkte. Damit wird das Zitat in seinem eigentlichen Inhalt verfälscht.

<sup>45</sup> Hilferding hatte sich scharf gegen weitere Lohnsenkungen ausgesprochen, LK 278.

<sup>46</sup> Luther, LK 302.

<sup>47</sup> *Meister*, Die große Depression 307 und 321, behauptet, ich hätte, als ich einmal Lautenbach in die Vorgeschichte der Vierten Notverordnung einordnete, den anderen Stellenwert übersehen, den Lohn- und Preissenkungen bei Lautenbach hatten. Ein genaueres Lesen des Textes, in dem gerade dieses steht, hätte die Belehrung unnötig gemacht.

<sup>48</sup> Siehe oben Ziff. 6.

Kreditmarkt praktisch kein Geld mehr aufzutreiben war und die Reichsbank seit 1924 keines geben durfte. Darüber wußte der Geldbeschaffer des Reiches, Hans Schäffer, nur zu gut Bescheid<sup>49</sup>.

Auftraggeber für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (und Aussteller der Wechsel, für die von der Reichsbank eine Rediskontzusage erwartet wurde, so daß sie praktisch Geldmarktpapiere höchster Liquidität waren) sollten nach den Vorstellungen Lautenbachs und seiner akademischen Förderer autonome Träger wie etwa die (seit 1924 private) Reichsbahn und spezielle Körperschaften sein. Unter gar keinen Umständen sollten Aufgaben in Angriff genommen werden, die im Ausland mißbilligt werden könnten. Das wäre in Hinblick auf die anhaltende Schuldenkrise, speziell die ja nur auf ein halbes Jahr vereinbarte Stillhaltung der Kurzfriskredite und den im Juni heringeholten Währungsbestand ausländischer Notenbanken in Höhe von \$ 100 Millionen für die Reichsbank nahezu tödlich gewesen. Neisser hielt angesichts derartiger Bedrängnisse gar die Zustimmung der ausländischen Notenbankpräsidenten für alle deutschen Maßnahmen für erforderlich, weil „von deren Verhalten unsere Währung in weitem Maße abhängig ist“<sup>50</sup>.

12. Die Notwendigkeit, auch auf das Ausland Rücksicht zu nehmen, wurde in der Konferenz von niemandem geleugnet. Der Absicherung gegen hier erkennbare Risiken sollten verschiedene Vorkehrungen dienen. Wie schon erwähnt, hatte Lautenbach die Idee, man müsse den Verdacht zerstreuen, die expansiven Maßnahmen liefen auf eine Inflation hinaus. Dafür schien ihm eine administrative Senkung von Löhnen und Preisen geeignet<sup>51</sup>. Die politisch-opportunistische Argumentation hat einige Teilnehmer gestört. Sprachen für so einschneidende Maßnahmen wie staatliche Eingriffe in die Preis- und Lohnbildung nicht auch wissenschaftlich zwingende Gründe<sup>52</sup>? Was sagte die Theorie zur Verbindung einer expansionistischen mit einer deflationistischen Strategie?

Es war Gerhard Colm, der die Begründung lieferte. Er griff dazu einen Gedanken von Wilhelm Röpke auf. Dieser hatte am ersten Konferenztag zwischen zwei Phasen des Abschwungs unterschieden, einer primären und einer sekundären Depression. Der primären Depression (oder Deflation) dürfe man keineswegs in den Arm fallen. Sie sei zur Bereinigung allen Mißwuchses des Aufschwungs nötig. Die sekundäre Depression (oder Deflation) sei aber funktionslos, nur von Übel. Jetzt sollte man, vorausgesetzt man verfügte über entsprechende Mittel, eingreifen, um den Schrumpfungsprozeß zu stoppen oder gar das zu bewirken, was Röpke schon früher einmal die „Initialzündung“ für den Aufschwung genannt hatte<sup>53</sup>.

<sup>49</sup> Zum Problem der Finanzierungsmöglichkeiten zusammenfassend und mit Literaturhinweisen *Knut Borchardt*, A Decade of Debate about Brüning's Economic Policy, in: *von Kruedener*, Economic Crisis 112 ff. – im folgenden zitiert als *Borchardt*, A Decade of Debate.

<sup>50</sup> Neisser, LK 249.

<sup>51</sup> Lautenbachs Tischvorlage, LK 319 f.; Lautenbach in der Aussprache u. a. LK 169 f.

<sup>52</sup> In diesem Sinne Salin, LK 208.

<sup>53</sup> Röpke galt als der Erfinder des Begriffs „Initialzündung“, siehe *Wilhelm Röpke*, Ein Weg aus der Krise, in: *Frankfurter Zeitung* 76 (7.5.1931) Nr. 335–337, S. 3 f. Selbstkritisch zu diesem Begriff aber Röpke, LK 103 f.

Während sich einige Teilnehmer der Konferenz zunächst noch darüber stritten, ob man sich in Deutschland im September 1931 schon in der zweiten Phase befand, machte Colm darauf aufmerksam, daß eine so saubere Trennung leider nicht möglich wäre. Es sei das eigentliche Problem, daß man schon in der zweiten Phase war, aber die notwendige Bereinigung noch nicht erfolgt sei<sup>54</sup>. Seiner Meinung nach war der kapitalistische Motor nicht in Ordnung. In einem Brief an Staatssekretär Trendelenburg hatte Colm kurz vor der Konferenz geschrieben: „Die Initialzündung kann nur funktionieren, wenn der Motor an sich in Ordnung ist und nur auf die Auslösung wartet.“ Man müsse die Zuversicht haben, „daß der deutsche Produktionsapparat in der Lage ist, einmal angekurbelt, wieder rentabel zu produzieren“<sup>55</sup>.

Diese Zuversicht hatte er – wie die meisten seiner Kollegen auf der Konferenz – im September 1931 offenbar noch nicht. Diehl, Lansburgh, Popitz, Salin und Welter wollten es überhaupt bei der „Reparatur“ bewenden lassen; Eucken legte, wie schon erwähnt, auf die Reihenfolge: erst Reparatur, dann expansive Maßnahmen entscheidenden Wert<sup>56</sup>. Colm aber bestand auf der Gleichzeitigkeit der Maßnahmen, eben auf der oben schon skizzierten Doppelstrategie. Er beschrieb die unerhört komplizierte Aufgabe wie folgt: Die Regierung müsse versuchen, den kapitalistischen Motor *zugleich* zu reparieren und zu zünden<sup>57</sup>.

Salin und Luther verstanden natürlich sogleich die politische Logik der Kombination, hatte man doch so ein Zuckerl für jede Seite parat. Aber Colm behauptete, er spräche hier durchaus als Theoretiker. Doch konnte er sich nicht verständlich machen. Da half Lautenbach dem Professor aus: Weil die Bereinigung andernfalls wegen des Kaufkraftausfalls zu einer weiteren Versackung führen müsse. Aber Colm ließ sich so nicht helfen. Zwar stimmte er Lautenbach in der Sache zu, meinte aber, daß daraus ja nicht zwingend (theoretisch) folge, daß man den Motor auch zünden *müsse*. Schließlich habe auch Lautenbach zugegeben, daß der Kontraktionsprozeß irgendwann einmal enden werde. Nein, sein Argument war von anderer Art. Er meinte, es sei ein „politisches Datum“, daß man so lange nicht mehr warten könne. Daran habe er sich als Theoretiker zu halten<sup>58</sup>. Aber natürlich war hier nur auf den Begriff gebracht, daß die Entscheidung für eine Wende in der staatlichen Konjunkturpolitik letztlich vom politischen Urteil über die gesellschaftliche Tragbarkeit des Deflationsprozesses abhing, nicht wirklich von der ökonomischen Theorie erzwungen werden konnte.

13. Doch löste sich im Verlauf der Konferenz auch das Konzept der „Initialzündung“ in Dunst auf. Einige Theoretiker schienen zu spüren, daß man für derartiges beträchtliche Mittel benötigte, daß aber die Reichsbank unmöglich für Riesensummen in Betracht kam. Neisser steuerte schon früh gegen: „Deswegen stehe ich auf dem

<sup>54</sup> Colm, LK 110.

<sup>55</sup> G. Colm an E. Trendelenburg, 8.9.1931. BA Koblenz NL 233 Lautenbach Nr. 13.

<sup>56</sup> Eine breite Bewegung der Tariflohnsenkung hatte in Deutschland erst im Frühjahr 1931 begonnen. Im September 1931 lagen die tariflichen Stundenlöhne im Durchschnitt erst um 6 v. H. unter dem vorhergehenden Maximum. Die realen Stundenlöhne waren wegen des Sinkens des Preisindex der Lebenshaltung gar um 9% gestiegen. Berechnet nach Konjunkturstatistisches Handbuch 1933 (Berlin 1933) 82 u. 124.

<sup>57</sup> Colm, LK 260f.

<sup>58</sup> Colm, LK 261.

Standpunkt, daß wir nicht so großes Gewicht auf eine Initialzündung mit Dynamitwirkung von Milliardenhöhe legen sollten, keine Konjunkturbelebung hat bisher so begonnen. Keine Konjunkturbelebung kann so beginnen, denn die Ingangsetzung des Produktionsapparates ist ein langsamer Prozeß.“<sup>59</sup> Aber Luther hakte wiederholt nach: „Tritt einer der Herren dafür ein, daß die Reichsbank für eine so große Summe, die hinreicht, um die Initialzündung nach diesem Gedankengang hervorzurufen, die Rediskonterklärung abgeben sollte?“<sup>60</sup>

Es muß ausdrücklich festgehalten werden, daß Luther – wie oben schon erwähnt – hierauf keine klare Auskunft erhalten hat. Welche Summe *hinreichen* würde, blieb völlig offen. Allenfalls wurden Zahlen dafür genannt, bis wohin sich die Reichsbank unter den gegebenen Umständen schrittweise vortasten könnte, ohne manövrierunfähig zu werden. Rätselhaft, wie Rainer Meister zu dem Schluß gelangen konnte: „Wenn Brüning und Luther die Vorschläge Lautenbachs aufgegriffen hätten, wie sie auf der Tagung der Friedrich-List-Gesellschaft diskutiert und unter anderem von Colm, Neisser, Röpke und Salin unterstützt wurden, wäre es möglich gewesen, ein konjunktur- und sozialpolitisch entlastendes Arbeitsbeschaffungsprogramm schon mit der Dezember-Notverordnung durchzuführen.“<sup>61</sup>

Es ist gut, daß die Edition des Protokolls der List-Konferenz jetzt jedermann die Möglichkeit gibt, das Abenteuerliche dieser Behauptung zu erkennen. Salin zum Beispiel hat nicht einmal die Prinzipien des Lautenbachschen Vorschlags akzeptiert, war und blieb ein entschiedener Gegner<sup>62</sup>. Die anderen waren aber auch nicht bereit, selbst das von Lautenbach bereits in seiner Tischvorlage gegenüber früheren Zahlen reduzierte Bauprogramm von 1,5 Mrd. RM<sup>63</sup> als solches zu akzeptieren. Neisser blieb weit darunter<sup>64</sup>. Röpke und Colm glaubten zwar, man könne einen solchen Betrag (bei Röpke als „Limitum“) vertreten, dürfe das aber nicht öffentlich bekanntmachen, müsse sich im Stillen an ihn herantasten<sup>65</sup>. Selbst Lautenbach hat, wie oben schon ausgeführt worden ist, eine Festlegung auf ein Programm gemäß seinem ursprünglichen Vorschlag nicht mehr für notwendig gehalten<sup>66</sup>.

<sup>59</sup> Neisser, LK 142.

<sup>60</sup> Luther, LK 252.

<sup>61</sup> Meister, Die große Depression 321.

<sup>62</sup> Das geht noch deutlicher als aus seinen Voten in der Konferenz aus dem Brief hervor, den Salin einige Tage nach der Konferenz an Luther geschrieben hat und in dem es hieß: „Wenn ich am Donnerstag (am Ende der Konferenz, K.B.) annahm, daß man nach sechs Wochen sich etwas erstaunt fragen wird, wieso man in der dritten Septemberwoche Zeit hatte, sich mit dem Lautenbach-Projekt zu beschäftigen, so hat gestern Abend die Nachricht aus England (das Pfund wurde von der Goldparität gelöst, K.B.) diesen Termin auf drei Tage verkürzt.“ Salin an Luther 21. 9. 1931, BA Koblenz NL Luther Nr. 337.

<sup>63</sup> Siehe den Abdruck der Tischvorlage, LK 323.

<sup>64</sup> Neisser hatte schon unter dem 9. 9. 31 an Lautenbach geschrieben, man dürfe wegen des experimentellen Charakters eines Arbeitsbeschaffungsprogramms keinesfalls mit 3 Milliarden, „sondern höchstens mit 500 Mio. beginnen“. Neisser an Lautenbach, 9. 9. 1931, BA Koblenz NL Lautenbach Nr. 13. In der Konferenz äußerte Neisser Verständnis dafür, daß eine Belastung des Reichsbankportefeuilles mit 1,5 Mrd. immobilier Wechsel nicht tragbar sei. Neisser, LK 249–251.

<sup>65</sup> Siehe oben S. 121. Röpke, LK 287 f.; Colm, LK 263.

<sup>66</sup> Lautenbach, LK 263.

Was also hätten Brüning und Luther, um der Aufforderung von Meister nachzukommen, nach sorgfältigem Studium des Protokolls der List-Konferenz in die Dezember-Notverordnung schreiben können? Die Anwesenden jedenfalls mußten den Eindruck haben, der Lautenbach-Plan sei, so reizvoll seine *Ideen* auch waren, politisch tot. Was immer man gegen Luther einwenden mag, man wird ihm recht geben müssen in dem Urteil: „... und ich glaube, man spricht nicht mehr vom Lautenbach'schen Plan, wenn man ihn quantitativ so vermindert, daß er dadurch qualitativ sein Wesen ändert.“<sup>67</sup>

14. Warum konnten sich selbst die aufgeschlossensten Theoretiker nicht zu mutigeren Handlungsanweisungen entschließen? Auch auf die Gefahr hin, zu stark zu vereinfachen, fasse ich die Gründe in zwei Kategorien zusammen: 1. Sie glaubten, daß die Reichsbank den an sich wünschenswerten Bewegungsspielraum nicht mehr hatte; 2. Sie schätzten die denkbaren Reaktionen auf ein großes Programm bei den relevanten politischen Kräften im In- und Ausland eher pessimistisch ein bzw. hielten es immerhin nicht für ausgeschlossen, daß sie negativ wären. Für solche Risiken war vorzusorgen.

Über die mögliche Reaktion der produzierenden Unternehmen und der Kreditmärkte konnte niemand etwas Bestimmtes sagen. Und wir können es heute noch nicht. Ebenso gut, wie ein Milliardenprogramm theoretisch hätte Vertrauen schaffen können, hätte es auch den letzten Rest von Vertrauen (z. B. in die Reichsbank) zerstören können. Den Ökonomen ist Keynes' Diktum aus der „Allgemeinen Theorie“ bekannt: „Eine Geldpolitik, die der öffentlichen Meinung als experimentell oder als leicht veränderlich erscheint, kann somit ihr Ziel einer starken Senkung des langfristigen Zinssatzes verfehlen ... Die gleiche Politik kann sich andererseits leicht erfolgreich erweisen, wenn die öffentliche Meinung findet, daß sie verständig und durchführbar und im öffentlichen Interesse, in starker Überzeugung wurzelnd, und von einer Regierung unternommen wird, deren Sturz unwahrscheinlich ist.“<sup>68</sup> Keine der von Keynes erwähnten Voraussetzungen war seinerzeit in Deutschland gegeben. Im September 1931 wackelte sogar schon wieder einmal die Regierung Brüning.

In Hinblick auf die Tatsache, daß vielfach behauptet worden ist, Brüning habe vornehmlich wegen seiner Absicht, die Reparationen zu beseitigen, noch nicht von den Möglichkeiten einer antizyklischen Politik Gebrauch gemacht, verdient festgehalten zu werden, daß die Reparationsfrage auf der Konferenz keine Rolle gespielt hat. Die ökonomischen Risiken reichten schon aus, um größte Vorsicht nahezu legen. Wieder kann man sich an Gerhard Colm, den Mitverfasser des Währungsreformplans von 1946/48, halten, um den entscheidenden Punkt zu beleuchten: „In keinem Lande ist die Gefahr einer solchen Aktion so groß wie in Deutschland wegen unserer Einflechtung in die internationalen Kapitalbeziehungen, die ganz anders ist, als sie in den Gläubigerländern ist, sogar anders als in England, das gewiß größere Reserven, größere Möglichkeiten hat, im Notfalle Werte internationaler Art zu mobilisieren. Aus diesem

<sup>67</sup> Luther, LK 251. Ähnlich Salin, LK 266 f.

<sup>68</sup> *John Maynard Keynes*, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (München 1936) 170.

Dilemma ergibt sich, daß die Möglichkeit einer Einwirkung steht und fällt mit der Rückwirkung auf die Währungssituation.<sup>69</sup>

Jeder wußte, daß die Reichsbank inzwischen einen Strategiewechsel vollzogen hatte. Die Frage war also zum Zeitpunkt der Konferenz nicht mehr eine des Prinzips, sondern der Quantität. Wie groß mußte der Manövrierspielraum der Notenbank bleiben, den sie nicht aufs Spiel setzen durfte<sup>70</sup>? Lautenbach rechnete den Konferenzteilnehmern vor, daß das Programm, sollte es gelingen, schließlich einen Beitrag zur Liquidisierung der eingefrorenen Kreditstrukturen und damit zur längerfristigen Entlastung der Reichsbank leisten würde. Was aber, wenn das Programm nicht die gewünschte Ankurbelung bewirkte? „Wie sieht die Liquidität der Reichsbank aus, wenn das Programm im Ganzen nicht gelingen sollte?“ fragte Colm. Und er legte in diesem Zusammenhang – von niemandem kritisiert – das Ziel höchster Priorität fest: „Denn wir sind uns wohl alle darüber klar, daß diese konjunkturpolitische Aufgabe der Reichsbank dringend ist, daß aber vordringlich die Aufgabe ist, daß sie auch im ungünstigsten Fall für die Erhaltung der Währung zu sorgen hat.“<sup>71</sup> Wenige Tage nachdem diese Worte gesprochen wurden, überließ man in London den Pfundkurs dem freien Markt, gab also die Verteidigung der Währung auf. Diesem Beispiel konnte und wollte man seinerzeit in Deutschland nicht folgen<sup>72</sup>. Dann blieb der Handlungsspielraum sehr eng.

## VI.

15. Aus der Fülle des Gesagten konnten die „Praktiker“ nicht den Eindruck gewinnen, es habe einen einigermaßen sicheren und schnellen Weg aus der Krise gegeben oder auch nur einen solchen, dem eine größere Wahrscheinlichkeit des Erfolgs zuzuschreiben war, ohne daß im Falle des Scheiterns mit unter Umständen katastrophalen Folgerungen gerechnet werden mußte. Luther fühlte sich durch die Diskussion, wie seine Tagesnotizen bezeugen, in seinem Vorurteil bestätigt und auf die Strategie des vorsichtigen Abtastens seines Handlungsspielraums beim Fortschreiten auf dem

<sup>69</sup> Colm, LK 110f.

<sup>70</sup> Im letzten Ausweis vor der List-Konferenz betrug die Gold- und Devisenreserve der Reichsbank 1,77 Mrd. RM. Trotz Devisenbewirtschaftung und noch immer beachtlichen Exportüberschüssen verringerten sich die Reserven bis zum Jahresende auf 1,16 Mrd. RM. Vom Bestand entfielen 420 Millionen RM (= 36%) auf den Rediskontkredit der ausländischen Notenbanken! Dieser hatte eine Laufzeit bis Februar 1932. Zugleich endete im Februar die Laufzeit der Stillstandsvereinbarungen. Konnte man den Gläubigern schon jetzt signalisieren, daß sie ihr freundlicherweise stillgehaltenes Geld nicht wiedersehen würden?

<sup>71</sup> Colm, LK 259.

<sup>72</sup> Siehe hierzu *Borchardt*, *A Decade of Debate* 109–112. Auch Lautenbach sah sich veranlaßt, nach der Pfundfreigabe seinen Oberen die massive Korrektur von Löhnen und Preisen nach unten zur vordringlichen Pflicht zu machen. Siehe seine Ausarbeitung „Weltwirtschaftskrise und Währungskrise. Die Aufgaben und Möglichkeiten für eine aktive deutsche Wirtschaftspolitik.“ Durchschlag, handschriftlich mit Datum 1. 10. versehen, dem Staatssekretär am 28. 9. vorgelegt. Ausführlich zitiert in *Borchardt*, *Zur Aufarbeitung* 367–369. Ein interessantes Detail ist, daß Lautenbach „Wiederherstellung der Tariflöhne vom 1. Januar 1927...“ forderte – was in der Dezember-Notverordnung Gesetz geworden ist.

schon eingeschlagenen Weg verwiesen<sup>73</sup>. Vermutlich ist es seine Strategie gewesen, darauf zu beharren, daß nur ein großes Programm eine „Initialzündung“ im Sinne der neuen Theorie sein konnte – und sich zugleich von den Wissenschaftlern bestätigen zu lassen, daß es viele Gründe gegen ein großes Programm gab<sup>74</sup>.

Was Staatssekretär Trendelenburg betrifft, gibt es keine Anzeichen dafür, daß das im ganzen negative Ergebnis der Konferenz seinen Grundanschauungen und Hoffnungen widersprochen hätte<sup>75</sup>. Anders im Falle Schäffer. Und weil dieser eine Schlüsselrolle nicht nur in der Finanzpolitik der Brüning-Regierungen, sondern auch in der „Borchardt-Kontroverse“ gespielt hat, soll abschließend noch etwas über seine Reaktionen gesagt werden. Dabei ist auch die Frage zu beantworten, warum er, für den das Ergebnis der Konferenz doch eine Enttäuschung sein mußte, diese Veranstaltung in so guter Erinnerung behalten hat.

16. Schäffer hat auch nach der Konferenz noch einige Zeit mit verschiedenen Persönlichkeiten über seine Denkschrift vom 2. September gesprochen und sich im kleineren Kreis wieder mit Lautenbach getroffen<sup>76</sup>. Aber am 26. Oktober 1931 verabschiedet er sich in einem Brief an Professor Moritz Julius Bonn mit Bedauern von seinem Traum: „Denn was ich darüber (über Maßnahmen zur Beendigung der Krise, K.B.) von Ihnen und meinen Berufskollegen gehört habe, sind nur Einzelvorschläge, bei denen, selbst wenn sie bis zum letzten durchgeführt würden, *eine nennenswerte Besserung nicht zu erwarten ist.*“<sup>77</sup>

Selbst Lautenbach, Colm und Röpke erfüllten offenbar Schäffers Hoffnungen nicht. Der Ton lag freilich auf dem Erfordernis einer „nennenswerten Besserung“. In seinem Exposé vom 2. September hatte Schäffer unterstellt, man könne mit 2,5 Mrd. RM bereits im Winter die Arbeitslosigkeit auf 2 Millionen vermindern<sup>78</sup>! Diesem Wunschbild war durch die List-Konferenz allerdings der Boden entzogen worden. Weder standen diese Mittel zur Verfügung, noch hat einer der Wissenschaftler eine so rasche Wende für wahrscheinlich erklärt. Schäffer fährt in seinem Brief fort: „Vielleicht gibt es keinen anderen Weg (als die Krise ‚ausbrennen‘ zu lassen, K.B.); es ist aber bitter, diese Erkenntnis zu verdauen.“<sup>79</sup>

Harold James und ich haben wiederholt dargelegt, daß Schäffer nicht als Beleg dafür zitiert werden kann, daß seinerzeit eine wirksame Arbeitsbeschaffungspolitik sich hätte auf einflußreiche und kompetente Persönlichkeiten im Regierungsapparat stützen können. Schließlich trat Schäffer von seinem Amt zurück, als er die Politik des

<sup>73</sup> Luther, Tagesberichte, BA Koblenz NL Luther Nr. 366.

<sup>74</sup> Siehe auch die Zusammenfassung Luthers in LK 300–303.

<sup>75</sup> Aus der Besprechung am 12.9. zur Vorbereitung der List-Konferenz mit Trendelenburg, Luther und Saemisch notierte Schäffer u. a.: „Trendelenburg: Die starke Ankurbelung kann nur helfen, wenn wir schon auf dem Grund sind. Wenn die Kräfte, die uns nach unten ziehen, noch weiterarbeiten, können die Dinge auch schief gehen. Ich glaube noch nicht, daß wir schon so weit sind.“ Tagebuch Schäffer, 12.9.31, IfZ ED 93 Nr. 14.

<sup>76</sup> Tagebuch Schäffer, 21.9.31 und 24.9.31, IfZ ED 93 Nr. 14.

<sup>77</sup> Schäffer an Bonn, 26.10.1931, BA Koblenz NL Bonn Nr. 52. Hervorhebung K.B.

<sup>78</sup> Schäffer, Gedanken zur Krisenbekämpfung, siehe oben Anm. 35, S. 938 f.

<sup>79</sup> Schäffer an Bonn, siehe Anm. 77.

Budgetausgleichs durch allzu große Zusagen des Kanzlers gefährdet sah<sup>80</sup>. Was ihn an Lautenbachs Plänen gereizt hatte, war vermutlich die Idee, die Arbeitsbeschaffung *um den Haushalt herum* in Gang zu bringen. Niemals hat Schäffer zu erkennen gegeben, daß er eine Ankurbelung der Konjunktur als *seine* unmittelbare Aufgabe betrachtet hat. Der Haushaltsausgleich war für ihn ein Tabu, wenn man auch zweifeln kann, daß der in seinem „Vademecum für Staatssekretäre und solche, die es werden wollen“ vom Mai 1932 niedergelegte Grundsatz: „Kasse geht vor Haushalt, Haushalt geht vor Wirtschaft“ ihm keinen Raum für andere Überlegungen gelassen hat<sup>81</sup>.

Als Schäffer am 19. März 1932 sein „Kündigungsschreiben“ an Brüning verfaßte, schrieb er, der er einmal für kurze Zeit in die Schule Lautenbachs und Colms gegangen war: „Die Schrumpfung der deutschen Wirtschaft, die bereits im Winter 1930/31 eintrat und dann sich nach Abziehung der großen Auslandskapitalien und dem erfolgten Zusammenbruch der Banken fortsetzte, ist ein Vorgang, der durch innere Mittel nicht behoben, ja nicht einmal erheblich aufgehalten werden kann.“<sup>82</sup> Das war wahrscheinlich keine Anbiederung an die Überzeugung des Chefs, sondern Schäffers feste Meinung. In ähnlichem Sinne schrieb er im November 1932 auch an Robert Friedländer-Prechtl, einen der führenden Propagandisten von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen größeren Stils, und verteidigte in diesem Zusammenhang Luthers Politik im Winter 1931/32<sup>83</sup>. Auch in Schäffers umfangreicher Korrespondenz aus der schwedischen Emigration deutet er niemals an, daß sich Brüning etwa seinem Rat widersetzt hätte, eine expansive Konjunkturpolitik zu betreiben.

Aber wie paßt dann Schäffers Aktivität Ende August und im September 1931 ins Bild? Man kann nur Vermutungen darüber anstellen. Wie andere Politiker auch, wird er das Gefährliche der wachsenden Arbeitslosigkeit deutlich erkannt haben. Mehr aber als andere seiner Kollegen hatte er Grund, sich von Lautenbach begeistern zu lassen! Wie oben schon kurz beschrieben, enthielt die Denkschrift Lautenbachs von Ende August eine faszinierende Perspektive für den Finanzstaatssekretär. Lautenbach hatte für „absolut sicher“ erklärt, daß man, wenn nur die Konjunktur wieder ansteigt, „sofort“ gesunde und überaus sichere Finanzverhältnisse haben, „aller Haushaltssorgen ledig sein werde“<sup>84</sup>. Lautenbach hatte Schäffer versichert, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm gleich weit mehr Geld in die Reichskasse bringen, als der zu tragende Zinsaufwand für die Reichsbankkredite fordern würde<sup>85</sup>. Daraus ergab sich für Schäffer das Bild einer schöneren Welt: „Gesetzt, die Politik glückt uns, und es gelingt, mit einer Arbeitslosenziffer von im ganzen 2 Millionen durch den Winter zu kommen, so

<sup>80</sup> Schäffer an Reichskanzler Brüning, 19.3.1931, abgedruckt in *Schulz*, Politik und Wirtschaft 1342–1346.

<sup>81</sup> H. Schäffer, Ein Vademecum für Staatssekretäre und solche, die es werden wollen. Eindrücke und Erfahrungen. Aufzeichnungen vom Mai 1932, abgedruckt in: *Eckhard Wandel*, Hans Schäffer. Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen (Stuttgart 1974) 298–307, Zitat 302.

<sup>82</sup> Siehe Anm. 80, S. 1342.

<sup>83</sup> Schäffer an Friedländer-Prechtl, 22. 11. 1932, IfZ ED 93 Nr. 32.

<sup>84</sup> Lautenbach, Denkschrift v. 24./26.8.1931, abgedruckt in *Lautenbach*, Zins 143, linke Spalte. Siehe oben Anm. 27.

<sup>85</sup> Lautenbach im Gespräch mit Schäffer am 26.8.31, siehe Tagebuch Schäffer, IfZ ED 93 Nr. 13.

sind die Folgen davon *gewisse steigende Einnahmen* und *ein psychischer Aufschwung in der Bevölkerung* ...<sup>86</sup>. Seine beiden Hauptsorgen wären mit einem Schlag erledigt gewesen! Wahrlich, eine begeisternde Aussicht – aber doch von vornherein ganz unreal angesichts der schon über 4 Millionen Arbeitslosen.

Noch bis zur List-Konferenz hat Lautenbach Schäffers Hoffnungen auf eine schnelle Wende der Haushaltslage genährt. Das Anschreiben zu seiner Tischvorlage begann mit der folgenden Zielansprache: „In der anliegenden Aufzeichnung ‚Möglichkeiten einer Konjunkturanhebung durch Investitionen und Kreditausweitung‘ ist ein Plan entwickelt worden, der *in erster Linie* eine schnelle und merkliche Entlastung des Arbeitsmarktes und verbunden hiermit *eine Entlastung des Sozialtats und Besserung der öffentlichen Finanzen durch Senkung der Ausgaben und Steigerung der ordentlichen Einnahmen bezweckt*. Darüber hinaus soll er Absatz und Produktion allgemein *etwas* anregen, die Wirtschaft gewissermaßen über den toten Punkt hinwegbringen, ein Gedanke, der überall in der Welt in Wissenschaft und Praxis ausgiebig erörtert worden ist (Initialzündung).“<sup>87</sup> Die Diskussion in der Konferenz ist auf das, was Lautenbach als den Hauptzweck seines Planes bezeichnet hat, gar nicht eingegangen. Aber Schäffer muß rasch klargeworden sein, daß das, was im günstigsten Falle, gestützt auf den Rat der Professoren, geschehen konnte, *seine* Probleme nicht lösen würde. Der nüchterne Mann hatte sich für kurze Zeit zu einem Traum verleiten lassen. Aber das war nicht Politik. Wunderlich, daß einige Historiker noch immer ihren rückwärtsgewendeten Problemlösungsoptimismus mit dem Namen Schäffer verbinden.

## VII.

17. Mochte auch in den frühen dreißiger Jahren der Stil akademischer Debatten in England ein anderer gewesen sein als in Deutschland, so wird man es, wie gezeigt werden sollte, eher auf die in Deutschland weit komplexere Problemlagerung zurückzuführen haben, daß der Beitrag der Professoren zur Entwicklung wirksamer Waffen gegen die Depression so unspektakulär gewesen ist. An Einflußmöglichkeiten für Professoren hat es in Deutschland nicht gefehlt. Schon in der Brauns-Kommission, vor allem aber in der List-Konferenz hat es eine beispiellos dichte Kommunikation zwischen Theoretikern und Praktikern jeweils hohen Ranges gegeben. Aber aus ihr ist die Wunderwaffe gegen Hitler nicht hervorgegangen. Wie sich zeigen ließ, war dafür nicht ein Mangel an Problemsicht, gutem Willen oder ein theoretischer Rückstand der deutschen Gelehrten gegenüber ihren Kollegen im Ausland schuld. Es waren „Zwangslagen“ und sehr enge „Handlungsspielräume“, die das, was uns im nachhinein so höchst dringlich erscheint, nicht Realität werden ließ: die zündende und zugleich

<sup>86</sup> Schäffer, Gedanken zur Krisenbekämpfung, siehe oben Anm. 35, S. 939. Hervorhebung K.B.

<sup>87</sup> Ms. „In der Tagg. der Fr. List Ges. beraten. 16./17.9.“, abgedruckt in LK 307–309, Zitat 307. Hervorhebungen K.B.

machbare Idee in den Köpfen handlungsfähiger Akteure. Vor der großen Katastrophe war die Zeit noch nicht reif für das Wagnis, wirtschaftspolitisch alles auf eine Karte zu setzen, Institutionen und Traditionen radikal zu verändern, um gerade noch – hoffentlich – das Staatswesen zu stabilisieren, jedenfalls nicht in die Arme Hitlers treiben zu lassen.

## *Carl-Ludwig Holtfrerich*

### Vernachlässigte Perspektiven der wirtschaftlichen Probleme der Weimarer Republik

In der Debatte um die wirtschaftlichen Probleme der Weimarer Republik, die von Knut Borchardt 1979 ausgelöst wurde<sup>1</sup>, sind meines Erachtens drei wichtige Aspekte bisher vernachlässigt worden. Der erste betrifft die Struktur der Staatsausgaben, der zweite die Bedeutung der Abschreibungsregeln für die Steuerbelastung der Weimarer Wirtschaft und der dritte den Unterschied zwischen einer Währungsabwertungs- und einer Deflationsstrategie. In dieser Reihenfolge werden die Themen behandelt.

#### *1. Die Struktur der Staatsausgaben*

Es ist ein Teil der Borchardt-These zur Krise vor der Krise, daß der Weimarer Staat schon in den zwanziger Jahren „über seine wirtschaftlichen Verhältnisse“ lebte<sup>2</sup>. Harold James hebt hervor, daß wegen der Defizite im Reichshaushalt und den damit verbundenen Finanzierungsschwierigkeiten schon vor der großen Krise Handlungsspielräume für eine antizyklische Fiskalpolitik während der Depression fehlten<sup>3</sup>.

Was bisher bei der Diskussion der Fiskalpolitik und der Haushaltsdefizite der Weimarer Republik nicht hinreichend berücksichtigt worden ist, ist die Frage nach der Struktur der Staatsausgaben, insbesondere nach dem Verhältnis zwischen öffentlichen Investitionen einerseits und den laufenden staatlichen Verbrauchs- und Transferausgaben andererseits. Dieses Verhältnis kann aber von einiger Bedeutung für die Haltbarkeit von zwei der Borchardt-James-Thesen sein, nämlich

1. daß die von 14,5 Prozent (1910–1913) auf 24,0 Prozent (1925–1929) gestiegene Staatsquote (= sämtliche staatliche Ausgaben in Relation zum Volkseinkommen) zur relativen Schwäche des Wirtschaftswachstums beigetragen habe<sup>4</sup>,

<sup>1</sup> *Knut Borchardt*, Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Jahrbuch 1979 (München 1979) 87–132. Wiederabgedruckt in: *Knut Borchardt*, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (Göttingen 1982) 165–182; im folgenden zitiert: *Borchardt*, Zwangslagen.

<sup>2</sup> *Borchardt*, Zwangslagen 180.

<sup>3</sup> *Harold James*, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936 (Stuttgart 1988) 400; im folgenden zitiert: *James*, Deutschland.

<sup>4</sup> *James*, Deutschland 54, 115–116. *Knut Borchardt*, Wirtschaftliche Ursachen des Scheiterns der

2. daß staatliche Defizite schon vor der großen Krise Ausdruck von „strukturellen Finanzierungsschwierigkeiten“ gewesen seien<sup>5</sup>, was im Zusammenhang mit Borchardts schon genannter Behauptung zu sehen ist, daß der Weimarer Staat „über seine wirtschaftlichen Verhältnisse“ gelebt habe, mit anderen Worten: eine unsolide Finanzpolitik betrieben habe.

### 1.1. Staatsquote und Wirtschaftswachstum

Daß bei schwacher konjunktureller Entwicklung oder bei längerer Wachstumsschwäche wegen zu geringer privater Investitionstätigkeit erhöhte *staatliche* Investitionsausgaben zur Stützung der Wirtschaftsentwicklung volkswirtschaftlich erwünscht sind, dürfte sowohl der Lehre von Keynesianern als auch von Angebotstheoretikern entsprechen. Angebotstheoretiker haben dabei vor allem den Kapitalbildungseffekt im Auge, während Keynesianer den Einkommenseffekt mit Multiplikatorwirkung betonen, durch den die Nachfrage gestützt und die private Investitionstätigkeit angeregt wird. Es ist offensichtlich, daß eine Erhöhung der Staatsquote mit entsprechender Steuererhöhung in ihrer Wirkung auf das Wirtschaftswachstum anders zu beurteilen ist, wenn sie zum Zwecke einer Erhöhung öffentlicher Investitionen erfolgt, als wenn sie einer Erhöhung der laufenden Verbrauchs- und Transferausgaben des Staates dient. Eine Steuererhöhung führt im privaten Sektor der Wirtschaft in der Regel immer sowohl zu einer Einschränkung des privaten Verbrauchs (und der privaten Ersparnisbildung) als auch zu einer Schmälerung der privaten Investitionstätigkeit, wobei sich je nach Steuerart und Steuerinzidenz das Mischungsverhältnis der Belastung der privaten Haushalte einerseits und der Unternehmen andererseits ergibt<sup>6</sup>. Wird nun das Aufkommen aus der Steuererhöhung vollständig verwendet zur Anhebung des staatlichen Konsums und/oder der Transferausgaben, die ihrerseits die verfügbaren Einkommen von Haushalten mit besonders hoher Konsumneigung steigern, so hat die Erhöhung der Staatsquote die Konsumquote der Volkswirtschaft zu Lasten der Investitionsquote gesteigert, und zwar mit der Folge eines geringeren Wirtschaftswachstums. Borchardt und James nehmen genau diesen Fall an, wenn sie die Wachstumsschwäche der Weimarer Wirtschaft auf die erhöhte Staatsquote zurückführen.

Der Fall ist jedoch ganz anders zu beurteilen, wenn die Erhöhung der Steuern und der Staatsquote vollständig aus einer Anhebung staatlicher Investitionsausgaben resultiert. In diesem Fall wird die Schmälerung der privaten Investitionstätigkeit durch die Erhöhung der öffentlichen Investitionen überkompensiert. Die gesamtwirtschaftliche Konsumquote schrumpft zugunsten der Investitionsquote. Das Wirtschaftswachstum

*Fortsetzung Fußnote von Seite 133*

Weimarer Republik, in: Weimar, Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute, hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann und Hagen Schulze (Düsseldorf 1980) 211–249. Wiederabgedruckt in: Knut Borchardt, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik (Göttingen 1982) 183–205, bes. 191 und 196; im folgenden zitiert: *Borchardt*, Ursachen.

<sup>5</sup> *Borchardt*, Ursachen 191.

<sup>6</sup> In der Finanzwissenschaft beschäftigt sich die Steuerüberwälzungslehre mit der Frage nach der „Steuerinzidenz“, d. h., in welchem Ausmaß werden steuerliche Belastungen tatsächlich von den Unternehmen, Haushalten, Institutionen oder Personenkreisen etc. getragen, denen sie unmittelbar auferlegt werden, und inwieweit werden sie letztlich von den anderen Gruppen getragen?

wird in diesem Fall durch die Erhöhung der Staatsquote tendenziell gesteigert<sup>7</sup>. Dies ist der andere Extremfall, den anzunehmen die historischen Tatsachen aus der Weimarer Zeit in ähnlicher Weise verbieten wie den zuerst geschilderten.

Tatsache ist, daß die staatlichen Investitionsausgaben in der Periode 1925–1929 (für die Weimarer Jahre davor fehlen verlässliche Daten) absolut und relativ höher waren als je zuvor im Kaiserreich. Das gilt vor allem für die Staatsausgaben zur Wohnungsbaufinanzierung (vgl. Tabelle 1). Nach Angaben von Borchardt wurden in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre 62 Prozent der Investitionen im Wohnungsbau aus öffentlichen Mitteln finanziert<sup>8</sup>. Dies war in Deutschland der Durchbruch zum staatlich massiv geförderten Wohnungsbau zugunsten der sozial Schwächeren. Die öffentlichen Mittel dafür wurden ausgerechnet ab dem Krisenjahr 1930 erheblich gekürzt<sup>9</sup>. Dabei brach nicht nur die Wohnungsbautätigkeit insgesamt dramatisch ein<sup>10</sup>, sondern der Anteil der öffentlichen Mittel an der gesamten Wohnungsbaufinanzierung ging bis 1932 auf rund 20 Prozent zurück<sup>11</sup>.

Aus den Daten von Walther G. Hoffmann läßt sich der Anteil der staatlichen Investitionsausgaben am Nettosozialprodukt für die Jahre 1925–32 errechnen (Tabelle 1); zum Vergleich sind auch Daten für die Jahre 1908–1913 angegeben. Aus der Tabelle 1 wird nicht nur erkennbar, daß die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote von 14,6 Prozent im Durchschnitt der Jahre 1908–1913 auf 11,0 Prozent 1925–1929 zurückfiel, sondern auch daß dieser Rückgang vor allem aus den Konjunkturerbrüchen 1926 und 1929 resultierte, während die Investitionsquote in den Jahren 1925, 1927 und 1928 durchaus an das Vorkriegsniveau heranreichte. Es wird auch deutlich, daß die relative Bedeutung staatlicher Investitionen in der Weimarer Republik, und zwar vor allem wegen der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau, wesentlich größer war als im Kaiserreich. So lag der Anteil staatlicher Investitionen an den gesamten Nettoinvestitionen (privat und öffentlich) in den Jahren 1925–29 im Durchschnitt bei rund 36 Prozent und damit fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Jahre

<sup>7</sup> Nur wenn die Kapitalproduktivität der zusätzlichen staatlichen Investitionen wesentlich geringer ausfällt als die Kapitalproduktivität der ausgefallenen privaten Investitionen, könnten Einschränkungen für die Allgemeingültigkeit dieser Aussage notwendig sein.

<sup>8</sup> Knut Borchardt, Realkredit- und Pfandbriefmarkt im Wandel von 100 Jahren, in: 100 Jahre Rheinische Hypothekenbank (Frankfurt/M. 1971) 134; im folgenden zitiert: Borchardt, Realkredit. Vgl. auch James, Deutschland 205.

<sup>9</sup> Dies wird besonders deutlich in folgenden drei Aufsätzen von Peter-Christian Witt, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer, in: Wohnen im Wandel, hrsg. v. Lutz Niethammer (Wuppertal 1979) 385–407. Witt, Finanzpolitik als Verfassungs- und Gesellschaftspolitik. Überlegungen zur Finanzpolitik des Deutschen Reiches in den Jahren 1930 bis 1932, in: GuG 8 (1982) 386–414, bes. 398, 400; im folgenden zitiert: Witt, Finanzpolitik. Witt, Die Auswirkungen der Inflation auf die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1924–1935, in: Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933, hrsg. v. Gerald D. Feldman (München 1985) 43–95, bes. 82, 93; im folgenden zitiert: Witt, Auswirkungen.

<sup>10</sup> Jeweils von 1929 auf 1932 fielen im Deutschen Reich die Bruttowohnungsbauinvestitionen von 2,88 Mrd. RM auf 0,76 Mrd. RM und der Reinzugang an Wohnungen von 318 000 auf 141 000; vgl. Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, hrsg. v. Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets (München 1949) 340, 604.

<sup>11</sup> Borchardt, Realkredit 135, Abbildung 11.

Tabelle 1: Nettoinvestitionen in Deutschland, gesamt und aus öffentlichen Mitteln, in laufenden Preisen (Mio. Mark bzw. RM) sowie in Prozent des Nettozialprodukts (in Klammern), 1908–13 und 1925–32.

	Nettoinvestitionen						Netto- sozial- produkt zu Markt- preisen
	Gesamt (Priv. u. öff.)	Öff. Investi- tionen	Davon				
			Woh- nungs- bau	Öff. Ge- bäude	Eisen- bahnen	Öff. Tiefbau	
1908	5 610 (13,2)	1280 (3,0)	—	330	630	320	42 441
09	6 040 (13,6)	1340 (3,0)	—	390	600	350	44 358
10	6 100 (13,3)	1230 (2,7)	—	350	480	400	45 785
11	7 270 (15,1)	1340 (2,8)	—	380	490	470	48 106
12	8 570 (16,6)	1500 (2,9)	—	350	620	530	51 563
13	8 170 (15,6)	1640 (3,1)	—	290	790	560	52 440
1925	8 620 (12,8)	2005 (3,0)	875	380	300	450	67 346
26	4 280 ( 6,5)	2537 (3,9)	1157	420	370	590	65 472
27	12 240 (15,2)	2913 (3,6)	1113	570	340	890	80 466
28	10 980 (13,1)	2935 (3,5)	1175	630	310	820	83 964
29	5 770 ( 7,3)	2643 (3,3)	993	660	190	800	79 491
30	2 630 ( 3,7)	2060 (2,9)	630	480	370	580	71 862
31	-3 150 (-5,4)	739 (1,3)	259	60	90	330	58 484
32	-2 060 (-4,1)	354 (0,7)	124	-80	40	270	50 782

Quelle: *Walther G. Hoffmann* u. a., *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts* (Berlin 1965) 260 u. 826. Aus Hoffmanns Angaben für nicht-landwirtschaftliche Wohnungsbauinvestitionen wurden mit den jährlichen Prozentsätzen, die *Heinz Horn* für die Verteilung der Bruttoinvestitionen im Wohnungsbau auf private und öffentliche Mittel angibt, die öffentlichen Wohnungsbauinvestitionen errechnet. Vgl. *Heinz Horn*, *Versuch einer empirischen Analyse der staatlichen Investitionspolitik in Deutschland von 1925 bis 1932 und von 1950 bis 1960 unter besonderer Berücksichtigung der konjunkturellen Auswirkungen* (Diss. Münster 1964) 66, Tabelle 5.

1908–13 (20 Prozent). In Relation zum Nettozialprodukt lagen die staatlichen Investitionen in den Jahren 1926–28 mit 3,5 bis 3,9 Prozent um fast einen ganzen Prozentpunkt höher als vor dem Ersten Weltkrieg.

Tabelle 1 zeigt auch, wie relativ stabil die staatliche Investitionstätigkeit in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre durchgehalten wurde und daß die drastischen Einbrüche der gesamten Nettoinvestitionstätigkeit in den Jahren 1926 und 1929 nur im Bereich der privaten Investitionstätigkeit stattfanden. In jenen beiden Jahren machten die staatlichen Investitionen 59 bzw. 46 Prozent der Gesamtinvestitionen aus. Als sie im Krisenjahr 1926 gegenüber dem Vorjahr sogar gesteigert wurden, dürften sie beim Abfedern des Konjunktureinbruchs eine Schlüsselrolle gespielt haben. 1929 waren sie auch noch bedeutend. Doch wurden ausgerechnet sie ein Hauptopfer der Brüning-schen Sparpolitik, als sich die Wirtschaftskrise im folgenden Jahr verschärfte und als konjunkturpolitisch zumindest die Aufrechterhaltung, wenn nicht eine Erhöhung der öffentlichen Investitionstätigkeit angezeigt gewesen wäre. Gerade die drastische Strei-

chung der öffentlichen Mittel für den privaten Wohnungsbau 1930–1932 hat in diesem beschäftigungsintensiven Sektor erheblich zur Ausweitung der Arbeitslosigkeit beigetragen. In diesem Sektor hätte wohl auch die größte Möglichkeit für staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gelegen<sup>12</sup>.

Zusammenfassend läßt sich zu diesem Punkt sagen, daß zwar nur knapp ein Zehntel der gegenüber der Vorkriegszeit um fast 10 Prozentpunkte erhöhten Staatsquote der Weimarer Republik in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre auf erhöhte staatliche Investitionsausgaben zurückzuführen ist, eine Feststellung, die die oben genannten Thesen von Borchardt und James zu bestätigen scheint. Doch übersehen beide, daß die staatlichen Investitionsausgaben gerade bei den starken Einbrüchen in der privaten Investitionstätigkeit in den Jahren 1926 und 1929 eine stabilisierende Rolle für die Kapitalbildung und für die Konjunktur spielen konnten. Insofern trugen jene zur Stützung des Wirtschaftswachstums bei, was besonders im Vergleich zu den folgenden Jahren deutlich wird. Der Kollaps staatlicher Ausgaben für Investitionen, besonders für Wohnungsbauinvestitionen, während der Regierungszeit Brüning sowie die Änderung der Staatsausgabenstruktur in Richtung höherer Anteile von Konsum- und Transferausgaben haben mit Sicherheit zur Verschärfung des Konjunktur- und Wachstumseinbruchs nach 1929 beigetragen<sup>13</sup>.

## 1.2 Haushaltsdefizite und staatliche Investitionen

Die zweite Borchardt-James-These, derzufolge der Weimarer Staat „über seine wirtschaftlichen Verhältnisse“ gelebt hat, enthält eine sprachliche Anspielung auf Beurteilungsmaßstäbe, die man an das Finanzgebaren von Privathaushalten oder Einzelpersonen anlegt, die bekanntermaßen aber nicht auf öffentliche Haushalte übertragen werden dürfen, da diese im Wirtschaftsleben ganz andere Funktionen und Möglichkeiten wahrnehmen als Privathaushalte. Daß nicht jedes staatliche Defizit, welches durch Kreditaufnahme gedeckt werden muß, als Ausdruck einer unsoliden Finanzpolitik interpretiert werden darf, wird schon darin sichtbar, daß Art. 115 des Grundgesetzes dem Bund die Kreditaufnahme bis zur Höhe von „Ausgaben für Investitionen“ ausdrücklich erlaubt und nur die Defizitfinanzierung laufender Konsum- und Transferausgaben damit implizit ausschließt<sup>14</sup>. Auch in der Weimarer Verfassung war dieses in das Grundgesetz übernommene Prinzip in Art. 87 festgeschrieben: „Im Wege des

<sup>12</sup> *J. Joseph Lee*, *Policy and Performance in the German Economy, 1925–35: A Comment on the Borchardt Thesis*, in: *The Burden of German History 1919–45. Essays for the Goethe Institute*, hrsg. v. *Michael Laffan* (London 1988) 131–150, bes. 141–143. Lee hebt zusätzlich die Wirkung der Depression im Bausektor auf die politische Destabilisierung des Mittelstandes, dessen Existenz in besonderem Maße von Bauaufträgen abhing, hervor. Auf die Möglichkeiten zur wirksamen Krisenbekämpfung durch die staatliche Wohnungsbauförderung weist ebenfalls hin: *Michael Ruck*, *Der Wohnungsbau – Schnittpunkt von Sozial- und Wirtschaftspolitik. Probleme der öffentlichen Wohnungspolitik in der Hauszinssteuerära (1925/26–1930/31)*, in: *Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat*, hrsg. v. *Werner Abelsbauser* (Stuttgart 1987) 91–123, bes. 111–123.

<sup>13</sup> Dies ist das Ergebnis der Studie von *Heinz Horn*, *Versuch einer empirischen Analyse der staatlichen Investitionspolitik in Deutschland von 1925 bis 1932 und von 1950 bis 1960 unter besonderer Berücksichtigung der konjunkturellen Auswirkungen* (Diss. Münster 1964) 50f., 94.

<sup>14</sup> Allerdings darf „zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ die

Kredits dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken beschafft werden.“

Staatliche Defizite, die – wie zur Zeit im Bundeshaushalt der USA – aus staatlichen Konsum- und Transferausgaben resultieren, sind hinsichtlich ihrer Wirkung auf die volkswirtschaftliche Kapital- und Ersparnisbildung und damit auf das zukünftige Wirtschaftswachstum anders zu beurteilen als Defizite bis zur Höhe der staatlichen Investitionsausgaben. In beiden Fällen können sie über Zinssteigerungen am Kapitalmarkt zwar ein *Crowding out* privater Investitionen bewirken. Dem Investitionsrückgang im privaten Sektor der Wirtschaft steht aber im zweiten Fall eine staatliche Investitionszunahme gegenüber, so daß die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote und damit das Wachstumspotential der Wirtschaft keinen Schaden zu nehmen braucht<sup>15</sup>. Demgegenüber reduzieren staatliche Defizite zur Finanzierung von staatlichen Konsum- und Transferausgaben die volkswirtschaftliche Spar- und Investitionsquote. Zum Beispiel könnte gegenwärtig in den USA bei einer Umwandlung von staatlichen Konsum- (z. B. Militär-) in Investitionsausgaben (z. B. im Infrastrukturbereich, der ohnehin dringend verbesserungsbedürftig ist) der Abbau der Defizite im Bundeshaushalt überflüssig gemacht werden, weil die Defizite dann die gesamtwirtschaftliche Spar- und Investitionsquote und damit die zukünftigen Wachstumsmöglichkeiten der Wirtschaft nicht mehr beschneiden würden<sup>16</sup>.

Wenn wir nun die Höhe der staatlichen Investitionen während der Weimarer Republik mit den Defiziten der öffentlichen Haushalte vergleichen, können wir einen Eindruck davon gewinnen, ob das staatliche Finanzgebaren unsolide war in dem Sinne, daß es das Wachstumspotential der Wirtschaft geschwächt hat. Tabelle 2 enthält jene Daten.

Daraus ergibt sich, daß in den Jahren 1925 bis 1929 die staatlichen Nettoinvestitionen stets höher waren als die Haushaltsdefizite des staatlichen Sektors. D. h., die laufenden Einnahmen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen aus Steuern, Abgaben, Gebühren, Vermögen und Beiträgen waren in allen Jahren der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre höher als die laufenden Konsum- und Transferausgaben des Staates. Das bedeutet, daß der Staatssektor in jenen Jahren trotz seiner Defizite und seiner daraus folgenden Verschuldung auf den Geld- und Kapitalmärkten zur volkswirtschaftlichen Ersparnisbildung positiv beigetragen hat, übrigens in auffallendem Gegensatz zum Staatssektor in den USA heute. Die nach der großen Inflation in der Weimarer Republik stark geschrumpfte private Ersparnisbildung, die für ein befriedigendes Wachstum der deutschen Wirtschaft bei weitem nicht ausreichte, ist also nicht nur durch Kapitalimporte, d. h. Importe ausländischer Ersparnisse, sondern auch durch Ersparnisbildung im Staatssektor in tendenziell richtiger Weise ergänzt worden. Das ergibt sich auch aus den Daten, die Dietmar Keese nach dem Standardsystem der

Kreditaufnahme des Bundes „die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen“ überschreiten, d. h., in solchen Fällen sind sogar Defizite zur Finanzierung von laufenden Konsum- und Transferausgaben des Staates ausdrücklich erlaubt.

<sup>15</sup> Das gilt unter dem in Anmerkung 7 formulierten Vorbehalt.

<sup>16</sup> Für namhafte Angebotstheoretiker – Martin Feldstein, Vorsitzender des *Council of Economic Advisors* unter Präsident Reagan, und Michael Boskin, Vorsitzender jenes Rates unter Präsident

Tabelle 2: Die jährlichen Defizite aller öffentlichen Haushalte (einschließlich Sozialversicherung) und die öffentlichen Nettoinvestitionen in laufenden Preisen (Mio. RM) 1925–32.

	Haushaltsdefizite (Fiskaljahr 1. 4.–31. 3.)	Staatliche Netto- investitionen (Kalenderjahr)	Saldo (+ = zugunsten der Nettoinvestitionen)
	(1)	(2)	(3)
1925	– 1190	2005	+ 815
1926	– 1985	2537	+ 552
1927	– 1153	2913	+ 1760
1928	– 2227	2935	+ 708
1929	– 2531	2643	+ 112
1930	– 2296	2060	– 236
1931	– 1277	739	– 538
1932	– 1484	354	– 1130

Quellen: Spalte (1): *Peter-Christian Witt*, Die Auswirkungen der Inflation auf die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1924–1935, in: Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933, hrsg. v. *Gerald D. Feldman* (München 1985) 87. Aus den von Witt an anderer Stelle angegebenen Gründen wird auch hier auf eine Umrechnung vom Fiskaljahr auf das Kalenderjahr verzichtet; vgl. *Peter-Christian Witt*, Finanzpolitik als Verfassungs- und Gesellschaftspolitik. Überlegungen zur Finanzpolitik des Deutschen Reiches in den Jahren 1930–1932, in: *Geschichte und Gesellschaft* 8 (1982) 392.

Spalte (2): vgl. Tabelle 1.

OEEC (heute OECD) für volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen zusammengestellt hat. Auf der Grundlage der von ihm verwendeten Daten weist er noch wesentlich höhere Beträge für den Beitrag des Weimarer Staats zur volkswirtschaftlichen Ersparnisbildung aus (nämlich jeweils in Mrd. RM 1925: 2,0; 1926: 2,3; 1927: 4,0; 1928: 3,5 und 1929: 2,7)<sup>17</sup>. Auch *Walther G. Hoffmann* weist in seinen Daten zur Struktur der volkswirtschaftlichen Ersparnisbildung die positive Rolle aus, die der Weimarer Staat in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre spielte<sup>18</sup>.

*Harold James* hat diesem Aspekt nie Beachtung geschenkt. *Borchardt* dagegen hat ihn nicht nur gesehen, sondern macht auf der Grundlage der Daten von *Dietmar Keese* ausdrücklich darauf aufmerksam, daß in den Jahren 1925–29 nur 23 Prozent der Nettokapitalbildung in Deutschland aus Ersparnissen der privaten Haushalte und Unternehmen, dagegen 36 Prozent aus Nettokapitalimporten und 41 Prozent aus Ersparnissen der öffentlichen Hände finanziert wurden. Er stellt fest, daß – jeweils im Kontrast zur Vorkriegszeit – „Auslandskapital eine Art Schlüsselrolle für die Investitionsprozesse erhalten mußte. Daneben spielte nur noch die öffentliche Hand direkt

*Bush* – war die Erhöhung der volkswirtschaftlichen Spar- und Investitionsquote stets die zentrale Zielgröße der US-Wirtschaftspolitik.

<sup>17</sup> *Dietmar Keese*, Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925–1936, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33, hrsg. v. *Werner Conze* und *Hans Raupach* (Stuttgart 1967) 35–81, bes. 47.

<sup>18</sup> *Walter G. Hoffmann* u.a., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts (Berlin 1965) 805, 813.

und indirekt eine überragende Rolle im Prozeß der Kapitalbildung. Diese Rolle ging weit über das hinaus, was man vor dem Krieg gekannt hatte.“<sup>19</sup>

Aber statt dies auch im größeren Zusammenhang seiner Argumentation als problemadäquate Leistung und als Beitrag des Staatssektors zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung positiv zu würdigen, verweist Borchardt wie James ohne Beachtung der staatlichen Investitionstätigkeit nur auf die 1927 bis 1929 ansteigenden Defizite in den Staatshaushalten, um damit seine Behauptung zu stützen, daß der Weimarer Staat „über seine wirtschaftlichen Verhältnisse“ gelebt habe, mit anderen Worten: eine unsolide Finanzpolitik betrieben habe. Das mag zwar die Meinung vieler Politiker in der damaligen Zeit, die die Weimarer Republik mit diesem Vorwurf auf einen anderen Kurs bringen wollten, adäquat widerspiegeln. Gemessen an dem oben genannten objektivierbaren Kriterium, das aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet ist, stimmt die Borchardt-James-These für die Jahre 1925–29 jedoch nicht<sup>20</sup>.

Dagegen trafe sie auf die Periode der Kanzlerschaft Brüning zu, wie aus den Daten der Tabelle 2 für die Jahre 1930 bis 1932 hervorgeht. Die staatlichen Investitionen fielen den drastischen Ausgabenkürzungen jener Jahre auf allen staatlichen Ebenen in viel stärkerem Maße zum Opfer als die staatlichen Konsum- und Transferausgaben. Trotz der Halbierung des Defizits von 1929 bis 1931 blieben seit 1930 die staatlichen Nettoinvestitionen, die bis 1932 auf nur noch 13 Prozent ihres Standes von 1929 fielen, mit steigendem Abstand hinter den Haushaltsdefiziten zurück. Nach diesen Daten lebte der Weimarer Staat ab 1930 „über seine wirtschaftlichen Verhältnisse“, indem er, statt in der Krise zur volkswirtschaftlichen Kapital- und Ersparnisbildung beizutragen, wie er es vorher getan hatte, nunmehr die ebenfalls versiegenden Ersparnisse aus privaten Quellen im Inland und aus dem Ausland in Anspruch nahm, um daraus laufende Konsum- und Transferausgaben zu finanzieren. Hinter dem Schleier des Defizitabbaus fand eine Änderung der Staatsausgabenstruktur statt, die von dem drastischen Rückgang des Anteils staatlicher Investitionen gekennzeichnet war und seit 1930 zu einem negativen Beitrag des Staatssektors zum Kapitalbildungsprozeß in Deutschland führte. Gerade als die große Wirtschaftskrise während der Regierungszeit

<sup>19</sup> Borchardt, Ursachen 197.

<sup>20</sup> Das schließt nicht aus, daß man einzelne Ausgabeentscheidungen der öffentlichen Hand in der Weimarer Zeit mit der Folge erhöhter staatlicher Kreditaufnahme angesichts der wirtschaftlichen (und gerade auch der außenwirtschaftlichen) Verhältnisse für verfehlt hält. Das gilt u. a. für die schon damals viel kritisierte starke Erhöhung der Beamtengehälter 1927 und für die besonders von Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht und Reparationsagent Parker Gilbert gemeinsam bekämpfte Kreditaufnahme der Kommunen z. B. zum Bau von öffentlichen Schwimmbädern und zur Einrichtung öffentlicher Parkanlagen. Die Kritik richtete sich in beiden Fällen dagegen, daß produktive Investitionen der deutschen Wirtschaft (gerade auch im Sinne einer Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zwecks Bedienung der wachsenden Auslandsverschuldung) durch solche konsumtiven bzw. „unproduktiven“ Staatsausgaben gehemmt wurden. Schon den zeitgenössischen Kritikern war also die Unterscheidung zwischen konsumtiven bzw. unproduktiven Ausgaben einerseits und produktiven Investitionsausgaben andererseits sehr wichtig, wenn es um die Legitimation des Zugangs zum Kapitalmarkt ging. Zu dieser ganzen Thematik vgl. William C. McNeil, *American Money and the Weimar Republic. Economics and Politics on the Eve of the Great Depression* (New York 1986).

Brünings ihrem Höhepunkt zustrebte, leistete die Finanzpolitik den investitions- und wachstumshemmenden Kräften Schützenhilfe. Dies war meines Erachtens *unsolide* Finanzpolitik im Sinne des oben genannten Kriteriums.

## 2. Abschreibungsregeln und Steuerbelastung

Seit den großen Steuerreformen, die, von den USA ausgehend, in den achtziger Jahren weltweit stattgefunden haben<sup>21</sup>, ist wieder stärker ins Bewußtsein gerückt, daß die Steuerbelastung der Wirtschaft nicht nur von den Steuersätzen, sondern auch von den steuerlichen Absetzungsmöglichkeiten abhängt. Die *steuerlich zulässigen* Abschreibungen, insbesondere die Absetzung für Abnutzung (AfA), können erheblich höher sein als die der jeweiligen Lebensdauer bzw. der *ökonomischen* Entwertung entsprechenden Abschreibungen für Wirtschaftsgüter. Das hat für die Unternehmen steuerentlastende und investitionsfördernde Auswirkungen. Die Steuerbasis, insbesondere der in der Bilanz ausgewiesene Unternehmensgewinn und das ausgewiesene Unternehmenskapital, wird verkürzt. Die durch diesen Vorgang gleichzeitig gebildeten stillen Reserven bleiben, zumindest bis zu ihrer Auflösung, steuerfrei. Die Steuerersparnis (und gleichzeitig auch die Investitionsförderung) aus Abschreibungsvergünstigungen ist um so größer, je höher die nominalen Steuersätze liegen. Nominal sehr hohe Steuersätze bei relativ günstigen Abschreibungsregeln können unter Umständen zu einer niedrigeren Steuerbelastung der Wirtschaft führen als niedrige nominale Steuersätze bei weniger günstigen Abschreibungsmöglichkeiten.

Dieser Aspekt ist in der Diskussion um die Steuerbelastung der Weimarer Wirtschaft bisher vernachlässigt worden. Das ist um so erstaunlicher, als mit den Erzbergerschen Steuerreformen die Einkommensteuertarife in Deutschland auf Prozentsätze gesteigert wurden, die es in solcher Höhe zuvor noch nie gegeben hatte<sup>22</sup>. Die effektive Steuerbelastung der Wirtschaft wurde seitdem in hohem Maße von dem Ausmaß steuerlich zulässiger Freibeträge, Freisetzung und Abschreibungen abhängig. Nur am Rande sei erwähnt, daß ein Großteil solcher Steuervergünstigungen nicht, wie die Steuertarife selbst, vom Gesetzgeber beschlossen wurden, sondern daß die Ministerialbürokratie und die Finanzverwaltung einerseits und die Finanzgerichtsbarkeit andererseits, jedenfalls in der Weimarer Republik, die Entscheidungskompetenz in diesen Fragen besaßen<sup>23</sup>.

In den Einkommensteuergesetzen der Weimarer Republik, insbesondere von 1920 und 1925, wurden die Grundsätze für die steuerliche Behandlung der Abschreibungen genannt. So heißt es in § 16, III des ESTG 1925 zu den AfA: „Die Absetzungen bemessen sich nach der gemeingewöhnlichen Nutzungsdauer des Gegenstandes. Abset-

<sup>21</sup> World Tax Reform: A Progress Report, hrsg. v. Joseph A. Pechman (Washington, D.C. 1988).

<sup>22</sup> Das Reichseinkommensteuergesetz vom 29. März 1920 sah einen Spitzensteuersatz von 60 Prozent vor. Vor dem Ersten Weltkrieg, als die Steuerhoheit für die Einkommensteuer bei den Einzelstaaten lag, betrug der Spitzensteuersatz z. B. in Preußen nie mehr als 16 Prozent.

<sup>23</sup> Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die Recherchen, die meine jetzige Doktorandin Susanne Schröder in ihrer Diplomarbeit (rer. pol.) „Das Problem der Abschreibungen im deutschen und amerikanischen Steuerrecht von 1919 bis 1934. Ein internationaler Steuerbelastungsvergleich“ (FU Berlin, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, April 1990) geleistet hat.

zungen für außergewöhnliche Abnutzung in einem Steuerabschnitt sind zulässig, sie bedürfen jedoch besonderen Nachweises. Die Absetzungen dürfen von keinem höheren als dem Anschaffungs- oder Herstellungspreise ... vorgenommen werden ...“ War jedoch der „gemeine Wert“, d. h. der Veräußerungswert, der abzuschreibenden Gegenstände niedriger als der zu Anschaffungs- oder Herstellungspreisen bilanzierte Wert, so konnte der niedrigere Wert in die Bilanz eingestellt werden. Obwohl seit der Großen Inflation bis 1923 immer wieder in der Wissenschaft und Wirtschaft darüber diskutiert wurde, wurden Absetzungen von den *Wiederbeschaffungswerten* nicht zugelassen.

In Runderlassen regelte der Reichsfinanzminister in den folgenden Jahren jeweils die Bedingungen, zu denen Abschreibungen von den Finanzbehörden bei der Veranlagung zur Einkommen- und Körperschaftsteuer zu berücksichtigen seien. Während in einem solchen Runderlaß vom 3. April 1926 das Problem der Bewertung der vor der Stabilisierung der Währung in Deutschland angeschafften Wirtschaftsgüter im Vordergrund stand – darauf möchte ich an dieser Stelle nicht näher eingehen –, wurde in einem entsprechenden Erlaß am 8. Februar 1927 die Frage der Feststellung und Anwendung einheitlicher Abschreibungssätze für bestimmte Wirtschaftszweige angesprochen. Die Spitzenverbände der Wirtschaft hatten zuvor das Reichsfinanzministerium aufgefordert, den Finanzbehörden einheitliche Durchschnittssätze für die Abschreibung vorzugeben. Dies wurde vom Reichsfinanzminister mit dem Hinweis auf „nicht genügende Erfahrungen“ in jenem Erlaß abgelehnt. Den Finanzbehörden wurde statt dessen empfohlen, die Abschreibungsvorschläge zu prüfen, die einzelne Fachverbände von sich aus zu wichtigen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens gemacht hatten, und diese Sätze gegebenenfalls anzuerkennen.

Der Runderlaß des Reichsfinanzministers zwei Jahre später am 16. Februar 1929 – zu einer Zeit also, als sich die deutsche Wirtschaft bereits in der Abschwungphase befand – enthielt zwei für die Wirtschaft außerordentlich günstige Richtlinien.

1. Einer Entscheidung des Reichsfinanzhofes vom 12. Dezember 1928 folgend, wurde die Rechtmäßigkeit von Abschreibungen entsprechend der *wirtschaftlichen* Nutzungsdauer anerkannt, während zuvor die *technische* Nutzungsdauer maßgeblich gewesen war. Daraus ergab sich eine Verkürzung der Abschreibungsfristen sowie eine Erhöhung der Abschreibungsbeträge und damit der Steuerersparnis bei den Unternehmen.

2. Noch wichtiger für die steuerliche Entlastung der Unternehmen war folgende Entscheidung. Es wurde eine Sonderabschreibung von 20 Prozent auf neuangeschaffte oder neuhergestellte Gegenstände des Betriebsvermögens zum Ende des Jahres der Anschaffung/Herstellung, erstmals für das Jahr 1928, zugestanden. Zur Begründung wurde auf einen Abschreibungsnachholbedarf verwiesen, der aus der Bilanzierung des Betriebsvermögens nach der Stabilisierung der deutschen Währung entstanden sei. Diese Sonderabschreibungsregelung hatte der Reichsverband der Deutschen Industrie in einer Eingabe im Dezember 1928 gefordert. Sie wurde in der Wirtschaft dementsprechend positiv aufgenommen. Sie kam bis einschließlich des Wirtschaftsjahres 1931 zur Anwendung und wurde ausgerechnet für den Veranlagungszeitraum 1932, in dem die Depression in Deutschland ihren Tiefpunkt erreichte, ausgesetzt. Die Ausset-

zung wurde durch eine Verwaltungsrichtlinie des Reichsfinanzministeriums an die Steuerbehörden angeordnet, die schon am 5. März 1932 erlassen wurde und deshalb das unternehmerische Investitionsverhalten im größten Teil des Jahres 1932 zusätzlich negativ beeinflußt haben dürfte.

Die nationalsozialistische Regierung demgegenüber nutzte das Abschreibungsinstrument zur Investitionsförderung voll aus und führte zunächst im Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 für die Wirtschaftsjahre 1933 und 1934 eine 100prozentige Sofortabschreibung für *Ersatzbeschaffungen* bei beweglichen Gegenständen des Anlagekapitals ein. Diese Bestimmung ging über in das Einkommensteuergesetz vom 16. Oktober 1934, welches für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, deren Nutzungsdauer weniger als fünf Jahre betrug, bestimmte, daß sie im Jahr der Anschaffung bzw. Herstellung voll abgeschrieben werden durften. Das heißt, von jetzt an waren die 100prozentigen Sofortabschreibungen nicht nur für *Ersatzbeschaffungen*, sondern auch für *Neuanschaffungen* möglich.

Diesen Aspekt übersieht Harold James, wenn er bei der Darstellung der Steuerpolitik des Dritten Reiches die Kontinuität zur Politik der Weimarer Republik betont und somit unzutreffend schreibt: „Es gab keinerlei systematischen Versuch, durch eine generelle Reduzierung der Steuerlast die Investitionstätigkeit anzuregen.“<sup>24</sup> Die Beurteilung der Steuerbelastung der deutschen Wirtschaft zwischen den beiden Weltkriegen beruht auch bei ihm ausschließlich auf der Betrachtung der nominalen Steuersätze, was für den bisherigen Stand der Forschung allerdings typisch ist.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß der Reichsfinanzhof in einem Urteil vom 1. Juli 1931 entschied, daß der Steuerpflichtige zwischen einer linearen und degressiven Abschreibung wählen könne – eine Entscheidung, die den Steuerpflichtigen ebenfalls günstiger stellte.

### 3. Deflationspolitik versus Abwertung

Borchardt hat in seinem Aufsatz „Zur Frage der währungspolitischen Optionen Deutschlands in der Weltwirtschaftskrise“ klar herausgestellt, daß die Entscheidung der Regierung Brüning für die Verschärfung der Deflationspolitik und insbesondere das Maßnahmenbündel der 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die deutsche

<sup>24</sup> James, Deutschland 355. Einen Hinweis darauf, daß die Steuerersparnis der Weimarer Wirtschaft aus Abschreibungen von erheblicher Bedeutung gewesen sein muß, geben die Daten aus folgender Studie: Günter Keiser und Bernhard Benning, Kapitalbildung und Investitionen in der deutschen Volkswirtschaft 1924–28 (Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 22, Berlin 1931) 26 f. Für die Jahre 1924–1928 bezifferten die Autoren die Anlageinvestitionssumme der deutschen Wirtschaft auf 48,2 Mrd. RM; davon wurden 26,2 Mrd. RM, d. h. mehr als die Hälfte, aus Abschreibungen finanziert. Für den Sektor „Industrie“ allein war nach ihren Zahlen die Bedeutung der Abschreibungen noch größer: Von den industriellen Anlageinvestitionen in Höhe von insgesamt 11,3 Mrd. RM in den Jahren 1924–1928 wurden 7,6 Mrd. RM, d. h. mehr als zwei Drittel, aus Abschreibungen finanziert. Dabei sind „Sonderabschreibungen und Buchwertkorrekturen“ noch nicht einmal berücksichtigt; vgl. ebenda 82. Es ist typisch für den Stand der Forschung, daß die Abschreibungsfrage auch in neueren Untersuchungen über die Steuerbelastung der Weimarer Wirtschaft unberücksichtigt bleibt, z. B. in Ulrich Braun, Die Besteuerung der Unternehmen in der Weimarer Republik von 1923 bis 1933 (Köln 1988).

Antwort auf die Freigabe des britischen Pfundkurses war, nachdem die Alternative, nämlich mit einer Abwertung der Reichsmark dem Abwärtsfloaten des britischen Pfundes (und zahlreicher anderer Währungen) zu folgen, von Regierung und Reichsbank abgelehnt worden war<sup>25</sup>. Borchardt hat in jenem Aufsatz von 1980 noch moniert, daß es an Studien fehlt, die „begründete Vermutungen dafür vorbringen“, daß eine Abwertung „– ob durchsetzbar oder nicht – sehr wahrscheinlich eine günstigere Entwicklung herbeigeführt hätte“<sup>26</sup>. Inzwischen haben sowohl Barry Eichengreen und Jeffrey Sachs als auch Peter Temin mit Hilfe internationaler Vergleiche zumindest „begründete Vermutungen“ geliefert, wenn nicht gar nachgewiesen, daß eine Währungsabwertung das wirkungsvollste Instrument zur Bekämpfung der Depression der dreißiger Jahre war<sup>27</sup>.

In Deutschland entschieden sich die für die Währungspolitik Verantwortlichen bekanntlich vor allem wegen der Nettoauslandsverschuldung – und zwar in Auslandswährung<sup>28</sup> – und wegen des Inflationstraumas gegen die Abwertungs-

<sup>25</sup> *Knut Borchardt*, Zur Frage der währungspolitischen Optionen Deutschlands in der Weltwirtschaftskrise, in: Theorie und Politik der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. H. Müller zum 65. Geburtstag (Stuttgart 1980) 165–182. Wiederabgedruckt in: *Knut Borchardt*, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik (Göttingen 1982) 206–224; im folgenden zitiert: *Borchardt*, Optionen.

<sup>26</sup> *Borchardt*, Optionen 207.

<sup>27</sup> *Barry Eichengreen* und *Jeffrey Sachs*, Exchange Rates and Economic Recovery in the 1930s, in: *Journal of Economic History* 45 (1985) 925–946. *Peter Temin*, Lessons from the Great Depression (Cambridge, Mass. 1989). *Barry Eichengreen*, Relaxing the External Constraint: Europe in the 1930s (National Bureau of Economic Research Working Paper No. 3410, August 1990). *Barry Eichengreen*, Golden Fetters: The Gold Standard and the Great Depression, 1919–1939 (New York 1991). Selbst Harold James hat sich inzwischen in den Kreis der Wirtschaftshistoriker eingereiht, die in der Lösung vom Goldstandard, d. h. in einer Währungsabwertung, ein nachweisbar wirksames Mittel sehen, mit dem Länder aus der damaligen Deflationsspirale ausbrechen und krisenverschärfende Bankpaniken vermeiden konnten. Vgl. *Ben Bernanke* und *Harold James*, The Gold Standard, Deflations, and Financial Crisis in the Great Depression: An International Comparison (National Bureau of Economic Research Working Paper No. 3488, 1991).

<sup>28</sup> Typisch für die damalige offizielle Einstellung war folgender Standpunkt: „Für das Schuldnerland Deutschland, dessen Schulden auf Pfunde und Dollar und Franken beziffert und in diesen zahlbar waren, hätten sich mit jedem Prozent Abwertung seine Auslandsschulden um ein Prozent erhöht; mit einer Abwertung von nur 20 Prozent hätte es aus seinen Auslandsschulden von 25 Milliarden RM 30 Milliarden gemacht.“ *Hans Luther*, Vor dem Abgrund 1930–1933. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten (Berlin 1965) 154. Dies entspricht einer kameralistischen Sichtweise und stand jedenfalls als ökonomisches Argument gegen eine Abwertung der Reichsmark auf tönernen Füßen. Die Schulden waren in Auslandswährung festgelegt und insoweit in ihrer Höhe unbeeinflussbar durch den Wechselkurs der Reichsmark. Der Schuldendienst mußte in Devisen geleistet werden, d. h. letztlich durch deutsche Exporte verdient werden. Der Preis in Auslandswährung, z. B. U.S.-Dollar, zu dem eine bestimmte Menge deutscher Exportgüter auf dem amerikanischen Markt abgesetzt werden konnte, war durch eine Markabwertung *nicht* veränderbar; das hing nämlich nur von den gegebenen Nachfrageverhältnissen auf dem amerikanischen Markt (und von den dortigen Handelsschranken) ab. Der Hinweis auf eine Erhöhung der deutschen Auslandsschulden, die sich aus einer Reichsmarkabwertung rein nominal bei der Umrechnung in RM ergeben hätte, war deshalb irreführend, weil sich bei dem neuen Wechselkurs ja auch die unveränderten Devisenerlöse (aus einer bestimmten Exportmenge bei gleichem Preis in Auslandswährung) in höhere RM-Beträge hätten umrechnen lassen. Insofern hätten, in RM ge-

option<sup>29</sup>. Statt dessen sollte eine inländische Preis- und Produktionskostensenkung den gleichen Effekt herbeiführen und die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten gegenüber den abwertenden Ländern wiederherstellen. Die 4. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 8. Dezember 1931 war insofern als „Ersatzabwertung“ gedacht und wurde als solche von den meisten wirtschaftspolitischen Interessengruppen, sogar von den Gewerkschaften, im ganzen akzeptiert<sup>30</sup>.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 144*

rechnet, den nominal gestiegenen Auslandsschulden auch nominal entsprechend gestiegene Exporterlöse zur Bedienung der Schulden gegenübergestellt.

Die auch ohne Reichsmarkabwertung tatsächlich eingetretene reale Erhöhung der deutschen Auslandsschulden resultierte aus der fallenden Preistendenz auf den Weltmärkten im Verlauf der großen Krise, zu der die Währungspolitik derjenigen Staaten am stärksten beitrug, die mit deflationären Maßnahmen die Goldparitäten ihrer Währungen verteidigten statt durch Abwertungen eine Art außenwirtschaftlicher Absicherung für eine expansive Kredit- und Konjunkturpolitik zu schaffen.

Eine Reichsmarkabwertung hätte allerdings das Produktionskostenverhältnis zwischen dem Inland und dem Ausland verändern können, und zwar tendenziell in Richtung einer Verbilligung der Inlandsproduktion (z. B. der Löhne in Auslandswährung gerechnet). Die typische Wirkung einer Währungsabwertung auf die Außenhandelsströme liegt darin begründet, daß wegen der relativen Verbilligung der Produktionskosten im Inland bei den unveränderten Marktverhältnissen im Ausland die Exporteure ihren Gewinn nur dann maximieren, wenn sie eine neue Kombination von Exportmenge und Preis in Auslandswährung auf der gegebenen Nachfragekurve realisieren. D. h. sie senken die Preise in Auslandswährung und erhöhen dadurch die Exportmenge. Wenn die Preissenkung relativ niedriger ausfällt als die Mengensteigerung, erhöht eine Währungsabwertung die Deviseneinnahmen. Dadurch wird die Bedienung der Auslandsschulden erleichtert.

Eine Währungsabwertung kann einen volkswirtschaftlichen Verlust allenfalls durch eine Verschlechterung der sogenannten *Terms of Trade* (= Verhältnis von Export- zu Importpreisen) bewirken, die aus der geschilderten Senkung der Exportpreise bei gleichbleibenden Importpreisen (beides in Auslandswährung) resultiert. Dies ist jedoch ein internationaler Verteilungsverlust in statischer Betrachtung, der durch die dynamischen Konjunktur- und Wachstumswirkungen einer Abwertung überkompensiert werden kann. Die Beschäftigungswirkungen einer Währungsabwertung sind in jedem Falle positiv, und auf sie kam es zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in erster Linie an.

<sup>29</sup> *Knut Borchardt*, Das Gewicht der Inflationsangst in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen während der Weltwirtschaftskrise, in: Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933, hrsg. v. *Gerald D. Feldman* (München 1985) 233–260. Welche Rolle die Youngplanverpflichtung Deutschlands zur Beibehaltung der Goldparität der Reichsmark bei der Entscheidung gegen die Abwertung spielte, ist weniger klar, weil dieses Argument in der öffentlichen Diskussion wegen der Ressentiments gegen den Versailler Vertrag keine Rolle spielen konnte. Vgl. *Borchardt*, Optionen 209, 290, Anm. 11. Interessant sind auch die Argumente, die zur Wechselkursfrage auf der Sondertagung der List-Gesellschaft im September 1931 von deutschen Experten und Politikern hinter verschlossenen Türen ausgetauscht wurden. Sie sind jetzt veröffentlicht in: *Wirtschaftspolitik in der Krise. Die (Geheim-)Konferenz der Friedrich List-Gesellschaft im September 1931 über Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung*, hrsg. v. *Knut Borchardt* und *Hans Otto Schötz* (Baden-Baden 1991), z. B. 89, 92, 117, 134, 137; im folgenden zitiert: *Borchardt/Schötz* (Geheim-)Konferenz.

<sup>30</sup> *Heinrich August Winkler*, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930–1933 (Berlin 1987) 461–463.

Daß die 4. Notverordnung im Gegensatz zu den Abwertungen im Ausland die Krise in Deutschland tendenziell nicht nur nicht gemildert, sondern erheblich verschärft hat, dürfte kaum kontrovers sein. Ich möchte im folgenden zeigen, worin der entscheidende Unterschied zwischen der damaligen deutschen „Ersatzabwertung“ und einer richtigen Abwertung, wie der des englischen Pfundes, bestand und daß die Strategie der „Ersatzabwertung“ einen Denkfehler enthielt, durch den sie *wirtschaftspolitisch* von vornherein zum Scheitern verurteilt war<sup>31</sup>.

Eine Währungsabwertung unter den Bedingungen des Goldstandards mit seinen starren Deckungsregeln – d.h. in der Praxis von damals die Aufhebung der Goldkonvertibilität und der Übergang zum Floating – wird in der Regel durch einen Verlust an Vertrauen in die Vermögenssicherungsfunktion bzw. Konvertibilität der Währung ausgelöst. Der Vertrauensverlust kann sich in einem *inländischen* Run auf die Goldreserven der Währung (Tausch Banknoten- und Buchgeld gegen Gold) oder durch Kapitaltransfers ins *Ausland* sowohl von Inländern als auch von Ausländern manifestieren. Im ersten Fall stehen beim Publikum Sorgen um die Stabilität des Bankensystems im Vordergrund. Im zweiten Fall dominiert die Sorge um die Konvertibilität der Währung; d.h. es wird entweder eine Beschränkung der Freiheit des Kapitalverkehrs, z.B. durch Devisenbewirtschaftung, oder eine Wechselkursänderung in Richtung Abwertung erwartet. Eine Wechselkursfreigabe oder eine Abwertung können je nach den sie begleitenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen Probleme des Vertrauens in die Währung und der damit verbundenen internationalen Kapitalbewegungen relativ kurzfristig lösen helfen.

In der Leistungsbilanz kommen die Wirkungen einer Wechselkursänderung dagegen erst mittel- bis langfristig zum Tragen. Eine Abwertung dient dort dem Zweck oder hat zumindest zur Folge, die *Terms of Trade* zwischen Inlands- und Auslandsgütern in Richtung einer relativen Verbilligung der Inlandsgüter zu verändern, um auf diese Weise ohne inländische Preis- und Kostensenkungen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft zu verbessern. Wegen des internationalen Preiszusammenhangs erzeugt sie sogar tendenziell einen Anpassungsdruck in Richtung höherer inländischer Preise (und je nach dem Grad der internationalen Verflechtung auch der Produktionskosten). Die Freigabe des Dollarwechelkurses mit dem Ergebnis einer Abwertung 1933/34 zielte sogar explizit auf die Anhebung des Preisniveaus in den USA ab<sup>32</sup>.

Mit ihrer „Ersatzabwertung“ versuchte die deutsche Regierung, bei Beibehaltung der Goldparität der Reichsmark die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die durch die Abwertung des Pfundes und anderer Währungen stark

<sup>31</sup> Das schließt nicht aus, daß unter *reparationspolitischen* Gesichtspunkten die Demonstration einer Einhaltung internationaler Verträge bis an den Rand der Selbstzerstörung von Nutzen sein konnte. Das Ende der Reparationen wurde ja auch tatsächlich erreicht. Nur zerstörte die vertragstreue Deflationspolitik auch die Grundlagen der Demokratie in Deutschland, eine Entwicklung, die letztlich weder im Interesse der Mehrheit der Befürworter und Träger der Deflationspolitik noch der ausländischen Partner der internationalen Verträge Deutschlands lag.

<sup>32</sup> Charles P. Kindleberger, *The United States and the World Economy in the Twentieth Century*, in: *Interactions in the World Economy. Perspectives from International Economic History*, hrsg. v. Carl-Ludwig Holtfrerich (New York 1989) 300.

in Mitleidenschaft gezogen war, mittels einer allgemeinen Senkung des inländischen Preis- und Kostenniveaus wiederaufzubessern. Die 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 beinhaltete eine praktisch sofortige Senkung der Löhne und Gehälter, der Mieten und der sogenannten gebundenen Preise (z. B. durch Kartelle, Syndikate und Preisbindungen) um jeweils etwa 10 Prozent sowie der Kreditzinsen bis 8 Prozent auf 6 Prozent, zwischen 8 und 12 Prozent um generell ein Viertel, bei über 12 Prozent noch stärker<sup>33</sup>.

Tabelle 3: Daten zur Deflationspolitik in Deutschland 1931/32

	Nov. 1931	Jan. 1932	März 1932	Juni 1932	Sep. 1932	Dez. 1932
Industrielle Rohstoffe und Halbwaren (1926 = 100)						
a) gebundene Preise	93,4	84,3	84,0	83,9	83,6	83,7
b) freie Preise	55,7	51,2	49,7	45,2	48,2	45,7
Industrielle Fertigwaren (1913 = 100)	132,1	125,2	120,7	117,7	115,2	113,6
Tarifstundenlöhne (1928 = 100)	99,5	88,8	88,6	86,3	85,2	84,8
Lebenshaltungskosten (1913/14 = 100)						
a) insgesamt	131,9	124,5	122,4	121,4	119,5	118,4
b) Mieten	136,6	121,5	121,5	121,4	121,3	121,4
Privatdiskont in %	8,00	6,94	6,09	4,75	4,25	3,88

Quelle: Institut für Konjunkturforschung, Konjunkturstatistisches Handbuch 1933 (Berlin 1933) 82, 121, 124, 127.

In der Tat gingen jeweils von November 1931 bis Januar 1932 folgende Größen zurück: die gebundenen Preise für industrielle Rohstoffe und Halbwaren (1926 = 100) von 93,4 auf 84,3; der Preisindex für industrielle Fertigwaren (1913 = 100) von 132,1 auf 125,2; der Lebenshaltungskostenindex (1913/14 = 100) von 131,9 auf 124,5; der Index der durchschnittlichen Tarifstundenlöhne (1928 = 100) von 99,5 auf 88,8 sowie der sog. Privatdiskontsatz für kurzfristige Kredite von 8,0 Prozent auf 6,9 Prozent (vgl. Tabelle 3). Mit dieser von der 4. Notverordnung angestrebten Größenordnung endete der Rückgang der Zinsen, Löhne und Preise allerdings nicht; die Deflationsspirale drehte sich weiter. Bis zum Jahresende 1932 waren der Privatdiskont auf 3,9 Prozent, der Lohnindex auf 84,8, der Lebenshaltungskostenindex auf 118,4 und der Preisindex der industriellen Fertigwaren auf 113,6 gefallen. Trotz dieser in der Größenordnung eindrucksvollen „Ersatzabwertung“, die die Regierung als Mittel zur Überwindung der Wirtschaftskrise interpretierte, sackte die Wirtschaftsaktivität in Deutsch-

<sup>33</sup> Reichsgesetzblatt 1931/I 699–741. Vgl. auch *Gustav Stolper, Karl Häuser und Knut Borchardt*, Deutsche Wirtschaft seit 1870 (Tübingen <sup>2</sup>1966) 138; zur Zinssenkung *James*, Deutschland 185, 268, 310.

land bis in die zweite Jahreshälfte 1932 weiter ab<sup>34</sup>. Eine spürbare Belebung der Beschäftigung und der Konjunktur machte sich erst 1933 bemerkbar, nachdem die verschiedenen staatlichen Konjunkturprogramme, die seit dem Sommer 1932 von den Regierungen Papen, Schleicher und Hitler in Gang gesetzt wurden, das Ende der Deflationpolitik und die grundsätzliche Neuorientierung der Wirtschaftspolitik deutlich gemacht hatten.

Der Denkfehler, dem die wirtschaftspolitisch Verantwortlichen mit der 4. Notverordnung als „Ersatzabwertung“ aufgesessen sind, hat mit den geschilderten unterschiedlichen Wirkungen einer Abwertung einerseits und einer „Ersatzabwertung“ nach dem damaligen Muster andererseits auf die inländische *Preisentwicklung* zu tun, da diese neben der nominalen Zinshöhe für die realen Kapitalkosten von ausschlaggebender Bedeutung ist. Zwar kann durch eine gleich hohe prozentuale Senkung des Lohn- und Preisniveaus das *Reallohnniveau* konstant gehalten werden, aber eine gleich hohe prozentuale Senkung des Zins- und Preisniveaus führt nicht zu einer Konstanz der realen Kapitalkosten, sondern zu einer Steigerung. Diesen Unterschied nicht gesehen zu haben, macht meines Erachtens den Denkfehler der Väter der 4. Notverordnung aus.

Die realen Kapitalkosten für Kredite ergeben sich nämlich nicht nur aus dem Realwert der Zinszahlungen, die wie die Lohnkosten eine *Strömungsgröße* darstellen, sondern darüber hinaus auch aus der Veränderung einer *Bestandsgröße*, nämlich des Realwertes des ja jeweils nur nominal festgelegten Kreditvolumens zwischen dem Zeitpunkt der Kreditaufnahme und dem Zeitpunkt der Kreditfälligkeit bzw. -tilgung. Zur Verdeutlichung diene folgende Beispielsrechnung:

Ein Landwirt erwägt, für Investitionen einen zunächst einjährigen Kredit von 10 000 Mark zum Marktzinssatz von 10 Prozent aufzunehmen. Der Marktpreis für das von ihm produzierte Getreide sei 100 Mark pro Tonne. In Getreideeinheiten gerechnet beläuft sich sein Kredit auf 100 Tonnen. Erwartet er, daß der Getreidepreis zum Kreditfälligkeitstermin in einem Jahr ebenfalls bei 100 Mark liegt, so wird er den Erlös aus 110 Tonnen Getreide für die Tilgung und Verzinsung seines Kredits aufwenden müssen. In diesem Fall entspricht der Nominalzins dem Realzins. Kündigt aber die Regierung eine Preis- und Kostensenkungspolitik an, die ihn erwarten läßt, daß in einem Jahr der Getreidepreis um 10 Prozent auf 90 Mark pro Tonne gefallen sein wird, so wird er für das reale Kreditvolumen von 100 Tonnen Getreide heute bei 10 Prozent Nominalzins in einem Jahr  $11\ 000\ \text{M} : 90\ \text{M/t} = 122,2\ \text{t}$  Getreide für die Tilgung und Verzinsung seines Kredits aufwenden müssen. D.h., der Landwirt sieht sich bei einem Nominalzins von 10 Prozent einer Realzinsbelastung von 22,2 Prozent gegenüber. Selbst wenn es der Regierung gelänge, das Nominalzinsniveau im Vorgriff auf die angekündigten Güterpreissenkungen sofort um ein Zehntel, d.h. um einen Prozentpunkt, auf 9 Prozent zu senken, sähe die Rechnung für den investierenden Landwirt nur unwesentlich günstiger aus. In diesem Fall müßte er nach Jahresfrist für die Tilgung und Verzinsung seines Kredits  $10\ 900\ \text{M} : 90\ \text{M/t} = 121,1\ \text{t}$  Getreide aufwen-

<sup>34</sup> Friedrich Wilhelm Henning, Die zeitliche Einordnung der Überwindung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland, in: Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit, hrsg. v. Harald Winkel (Berlin 1973) 135–173.

den; bei einem Nominalzins von 9% betrüge der Realzins demnach 21,1%. Selbst wenn es der Regierung gelänge, das Nominalzinsniveau für Kredite sofort um 40%, d.h. um 4 Prozentpunkte, auf 6% abzusenken, müßte unser kreditnehmender Landwirt für die Tilgung und Verzinsung seines Kredits in einem Jahr 10 600 M:90 M/t = 117,8 t Getreide aufwenden; bei einem Nominalzins von nur 6 Prozent läge der Realzins immer noch sehr hoch, nämlich bei 17,8%. Würde das Nominalzinsniveau gar auf 0% reduziert, würde sich immer noch eine Realverzinsung von 11,1% ergeben, und zwar allein wegen des zehnprozentigen Preisrückgangs.

Damit dürfte deutlich geworden sein, daß – anders als bei den Lohnkosten – eine Reduzierung der Zinssätze in demselben oder sogar einem höheren prozentualen Ausmaß als dem der Preise nicht genügt, um die realen Kapitalkosten konstant zu halten, und zwar deswegen nicht, weil die Kreditbestände nominal unverändert bleiben. Durch die Zinssenkungen wird nämlich nur der nominale Einkommensstrom aus Geldvermögen reduziert, das Geldvermögen selbst bleibt nominal gleich hoch und steigt in seinem realen Wert im Ausmaß der allgemeinen Preissenkungen. Demgegenüber verliert Sachvermögen, z. B. Grundstücke, Unternehmenskapital etc., nominal in dem Ausmaß an Wert wie die Preise sinken. Eine Deflationspolitik, auch mit entsprechender Zinssenkung, führt deshalb tendenziell immer zu einer Änderung des Verhältnisses zwischen Geldkapital und Sachkapital zugunsten des Geldkapitals, während bekanntlich in einer Inflation tendenziell das Gegenteil eintritt. Eine Deflation erhöht also den Verschuldungsgrad der Wirtschaft, führt in vielen Fällen zur Überschuldung und fördert deshalb die depressionstypische krisenverschärfende Implosion des Kreditvolumens der Wirtschaft<sup>35</sup>.

Diese Zusammenhänge nicht berücksichtigt und darüber hinaus nicht gesehen zu haben, daß die Deflationspolitik trotz der in der 4. Notverordnung enthaltenen Zinssenkung in Wahrheit auf eine Politik der Investitionshemmung durch hohe Realzinsen hinauslief, war meines Erachtens *der* Denkfehler in der Deflationsstrategie der Brüningregierung. Daß das Zinsniveau ohnehin, besonders seit der Verschärfung der Deflationstendenzen im Anschluß an die Bankenkrise vom Mai 1931 in Wien und vom Juli 1931 in Berlin, in deutschen Wirtschaftskreisen als eine Krisenursache ersten Ranges angesehen wurde, kann durch zahlreiche Äußerungen im sogenannten Wirtschaftsbeirat des zweiten Kabinetts Brüning, der vom 29. Oktober bis zum 23. November tagte, belegt werden<sup>36</sup>. Daß große Teile der landwirtschaftlichen Bevölkerung hierin ihr Hauptproblem sahen, wird auch daran deutlich, daß die Nationalsozialisten mit ihrer Parole von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ und ihren antisemitischen

<sup>35</sup> Irving Fisher, *The Debt-Deflation Theory of Great Depressions*, in: *Econometrica* 1 (1933) 337–357.

<sup>36</sup> Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I und II, bearb. v. *Tilman Koops*, Bd. 3 (Boppard 1990) 1863. Dort äußert z. B. Reichskanzler Brüning in der ersten Sitzung des Wirtschaftsbeirats am 29. Oktober 1931: „Er halte die Zinssenkungsfrage für das entscheidende. Daher glaube er, daß alle Maßnahmen auf das Zinsproblem eingestellt werden müßten.“ Auf der Sondertagung der List-Gesellschaft über den Lautenbach-Plan zur „Konjunkturbelebung durch Investitionen und Kreditausweitung“ am 16. und 17. September 1931 wurde die Zins-(Diskont-)senkungsfrage noch sehr kontrovers diskutiert. Vgl. *Borchardt/Schötz*, (Geheim-)Konferenz 83, 93 f., 127, 152–154, 181 f., 240–242, 253, 257, 288, 292 f., 296 f..

Ausfällen gegen das „jüdische Großkapital“ in den Wahlen von 1932 gerade bei der Landbevölkerung so erfolgreich waren<sup>37</sup>.

In dem geschilderten Realzinseffekt liegt also der große Unterschied zwischen einer „Ersatzabwertung“ per Deflationsstrategie und einer richtigen Abwertung der Währung. Wird die Relation zwischen dem inländischen und ausländischen Kosten- und Preisniveau durch eine Währungsabwertung normaler Art statt durch eine Deflationsstrategie geändert, so entfallen insoweit der Preisrückgang und sein Realzinseffekt. Und das war der entscheidende Unterschied zwischen der Abwertung des britischen Pfundes und der „Ersatzabwertung“ der Reichsmark: In Großbritannien, wo der Großhandelspreisindex 1931 auf 77 (1929 = 100) gefallen war, kam der Rückgang nach der Pfundabwertung bei 75 im Jahr 1932 zum Stillstand, während in Deutschland, wo der Großhandelspreisindex (1929 = 100) 1931 auf 81 gefallen war, der Rückgang der Großhandelspreise sich 1932, also nach der 4. Notverordnung, mit einem Indexwert von nur noch 70 sogar beschleunigte und erst im Jahr 1933 bei einem Stand von 68 zum Stillstand kam<sup>38</sup>. Hier dürfte eine wesentliche Ursache für das geringere Ausmaß der Wirtschaftsdepression in Großbritannien gegenüber Deutschland (und auch den USA<sup>39</sup>) zu sehen sein.

<sup>37</sup> *Thomas Childers*, *The Nazi Voter. The Social Foundations of Fascism in Germany, 1919–1933* (Chapel Hill 1983) 217–219.

<sup>38</sup> *Brian R. Mitchell*, *European Historical Statistics 1750–1970* (London <sup>2</sup>1978) 390–391.

<sup>39</sup> In den USA war das Großhandelspreisniveau (1929 = 100 Prozent) 1931 auf 77 und 1932 auf 68 Prozent gefallen. Wie in Deutschland stabilisierte sich das Preisniveau erst 1933, und zwar bei 69 Prozent. U.S. Bureau of the Census, *Historical Statistics of the United States. Colonial Times to 1970* (Washington, D.C. 1975) 199.

# Diskussion

*Peter Krüger*

Die Regierungszeit Brüning's als Phase entscheidender Weichenstellung im Verfallsprozeß der Weimarer Republik unterstreicht die Bedeutung der Frage nach Handlungsspielräumen und Alternativen, aber auch nach den Perzeptionen. Schon dies macht den Rang der Borchardt-Kontroverse deutlich, die – im Gegensatz etwa zum Historikerstreit – wissenschaftlich ungewöhnlich ergiebig ist.

Gerade unter Berücksichtigung der Borchardt-Kontroverse stellen sich weitere Fragen zur Ära Brüning: 1) Wie und in welchen Zusammenhängen hat man die Krise wahrgenommen? 2) Wurde überhaupt eine Alternative zur tatsächlichen Wirtschaftspolitik erwogen, also zwischen mehreren Möglichkeiten entschieden? 3) In welchem Ausmaß waren politische Ziele für wirtschaftspolitische Maßnahmen maßgebend, und auf welche Weise beeinflussten oder prägten sie die Wahrnehmung ökonomischer Verhältnisse? Im übrigen wären vor dem Hintergrund der fundamentalen Krise, die sich u.a. im Schlagwort von der „Überindustrialisierung“, in der wiederauflebenden Debatte von 1900 über Agrar- und Industriestaat und in der Autarkie-Debatte ausdrückte, der außenwirtschaftliche Rahmen und die internationale Verflechtung als signifikante Problemfelder stärker zu berücksichtigen. So fällt auf, daß internationale, auf enger Kooperation beruhende Lösungen der Krise nicht nur sehr erschwert waren, sondern prinzipiell abgelehnt wurden.

Einige Untersuchungsansätze in der Borchardt-Kontroverse laufen zu sehr auf ein Entweder–Oder mit anfechtbaren methodischen Prämissen hinaus, z. B.: a) Das Argumentieren mit dem „richtigen Zeitpunkt“ des Abgehens von der Deflationspolitik (zunächst habe es kein Motiv dafür gegeben, dann keine Chance zur Verwirklichung mehr), eine Frage, die wirtschaftswissenschaftlich bedeutsam, für die geschichtswissenschaftliche Methodik jedoch problematisch ist, weil sie nur abstrakte Antworten, Bedingungsanalysen oder Urteilsmaßstäbe liefert, nicht aber per se eine Erklärung konkreter historischer Entscheidungen ermöglicht (es wäre ja u.a. möglich, daß kein Verantwortlicher einen solchen Zeitpunkt wirklich suchte, und wenn doch, ihn vielleicht unökonomisch festlegte). b) Theoretisch unzulässig ist hier das häufig benutzte Argumentationsmodell, daß, sofern sich Brüning's Politik durch eine bestimmte Zielsetzung (etwa als Krisen-Management) vollständig erklären lasse, kein Raum mehr für andere Erklärungen bleibe. Abgesehen vom Kontingenz-Problem historischer Phänomene liege dem eine unerfüllbare Prämisse zugrunde: Es gibt in der Geschichte keine vollständigen Erklärungen, schon gar nicht durch nur einen Beweggrund. c) Schließlich wird zu sehr auf dem Gegensatz bestanden, daß man damals entweder Deflation habe machen wollen oder nicht, dabei aber übersehen, daß Deflation selbst verschiedene Wege und Grade der Intensität zur Erreichung der mit ihr verfolgten wirtschaftlichen Ziele erlaubt. Es gab also sogar innerhalb der Deflationspolitik Brüning's Alternativen, ganz abgesehen davon, was man damals konkret unter Deflation verstanden und wie man sie durch Fehler in der Außenwirtschafts- und Agrarpolitik noch verschärft

hat. d) Schließlich steht das Argument, daß bestimmte Dinge politisch nicht anders möglich gewesen seien, grundsätzlich auf schwachen Füßen, vor allem, solange es nur für die Bestätigung der tatsächlichen Entwicklung eingesetzt wird und in gefährliche Nähe zum Determinismus und zum Zirkelschluß gerät.

### *Heinrich August Winkler*

Die Frage, ab wann eine Änderung der Brüning'schen Wirtschaftspolitik möglich gewesen wäre, läßt sich m. E. eindeutig beantworten: um die Jahreswende 1931/32. Am 22. Dezember 1931 nahm der amerikanische Senat das Hoover-Moratorium an. Am 23. Dezember legte der Basler Sonderausschuß sein Gutachten vor, dem zufolge Deutschland bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht imstande war, die Verpflichtungen aus dem Young-Plan zu erfüllen. Nun hätte Brüning zumindest eine Zwischenlösung in der Reparationsfrage und mit ihr eine nicht unerhebliche Erweiterung seines wirtschaftspolitischen Handlungsspielraumes erreichen können. Aber er setzte auf Alles oder Nichts, erzwang eine Verschiebung der auf den 25. Januar 1932 angesetzten Reparationskonferenz in Lausanne und lehnte die von England angeregte Vertagung der seit langem geplanten Abrüstungskonferenz ab. Damit war eine deutsch-französische Konfrontation programmiert. Brüning tat, indem er zu viele außenpolitische Ziele zur gleichen Zeit verfolgte, das genaue Gegenteil dessen, wozu ihm Staatssekretär Hans Schäffer vom Reichsfinanzministerium, einer seiner engsten Berater, riet. Ich verweise dazu auf Schäffers Denkschrift zur Haushaltslage vom 28. Februar 1932. Brüning's nationale Prioritäten und nicht wirtschaftliche Sachzwänge machten eine Kursänderung in der Wirtschaftspolitik zu Beginn des Jahres 1932 unmöglich.

### *Hans Mommsen*

Mir stellt sich die Frage, was denn eingetreten wäre, wenn Reichskanzler Brüning darauf verzichtet hätte, die im Grunde bereits gescheiterte Deflationspolitik durch die Preis- und Lohnsenkungen der Vierten Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen weiterhin zu forcieren. Nach der Bankenkrise und den Stillhalteabkommen war die Währung ohnehin durch die Maßnahmen zur Devisenbewirtschaftung nicht mehr direkt konvertibel und die Deflation ohne unmittelbare außenhandelspolitische Effekte. War es nicht doch das starre Festhalten an Zielen, die mit der Krisenbekämpfung nicht in direkter Verbindung standen, die Brüning veranlaßten, eine weitere Einschrumpfung des inneren Markts durch die Preissenkungspolitik in Kauf zu nehmen?

*Gerald D. Feldman*

Wenn ich die spannende Borchardt-Holtferich-Debatte verfolge, meine ich, daß wir allmählich den Punkt erreichen, an dem sich der Ertrag eines in den letzten Jahren sicherlich höchst fruchtbaren historischen Disputts verringert. Borchardts berühmter Vortrag von 1979 läßt sich mit einem Meteor vergleichen. Seit dieser Zeit ist es ihm fortlaufend gelungen, den Krater in unseren Sichtweisen über Brünings Handlungsspielraum zu vertiefen. Eine Beurteilung der Brüning'schen Politik ist ohne Bezug auf Borchardts Argumente nicht denkbar. Holtferich hat mit seinen Hinweisen auf mögliche wirtschaftliche Alternativen einen erfolgreichen Beitrag zu dieser Debatte geleistet, obwohl er sich in der nachteiligen Lage eines jeden Historikers befand, der Thesen über ein denkbares, aber nicht realisiertes Geschehen vertritt. Obwohl ich diese Alternativen auch heute noch äußerst wichtig finde, vermisse ich die Historizität in seinem heutigen Beitrag. Andererseits übersieht Borchardt meiner Meinung nach die Tatsache, daß Brüning und Luther nicht einfach aus einer Zwangssituation heraus handelten, sondern aufrichtig an die von ihnen verfolgte Politik glaubten, ebenso wie sie von den autoritären politischen Programmen überzeugt waren, mit denen ihre Politik in enger Verbindung stand. Ihr politischer Stil und ihre Methode, der deflationären Politik zum Durchbruch zu verhelfen, waren nicht einfach das Ergebnis der Zwangslagen, in denen sie sich befanden, und es ist wichtig, daß Borchardts Argumente nicht in eine Apologie für die politische Tagesordnung führender Persönlichkeiten während der Krise umgewandelt werden.

*Albrecht Ritschl*

Holtferichs Referat untersucht die öffentlichen Investitionen als Maß für die Wachstumswirkung öffentlicher Haushalte. Darin erscheint Brüning's Budgetausgleichspolitik als wachstumshemmend und insofern kontraindiziert. Zu fragen wäre, ob die öffentlichen Investitionen der Weimarer Zeit in jedem Fall die unterstellten wachstumsfördernden Wirkungen hatten. Kern des Arguments ist aber, daß eine andere Investitionspolitik auch eine andere Budgetpolitik insgesamt vorausgesetzt hätte.

In der finanzwissenschaftlichen Literatur ist bekannt, daß die von Holtferich betonte fehlende Analogie zwischen Privathaushalt und öffentlichem Haushalt für die öffentliche Verschuldung im Inland gilt. Verschuldet sich ein Staatswesen hingegen im Ausland, ist diese Analogie wiederhergestellt: Bezüglich der Auslandsverschuldung stellt sich der Staatssektor nicht prinzipiell anders als ein privater Schuldner. Im Falle Brüning's ist es primär die auswärtige Verschuldung einschließlich der Reparations-schuld, aus welcher die Zwangslagen der Budgetpolitik entstehen. Brüning's Politik ist dem Wesen nach Austerity-Politik, erzwungen durch die Regelungen des Young-Plans und die Verweigerung zusätzlichen Auslandskredits. Diese Politik allein von ihren binnenwirtschaftlichen Symptomen her zu analysieren und zuletzt – dann zwangsläufig – als nicht adäquat zu bezeichnen, verfehlt den ökonomischen Kern des Problems.

Die erwähnten Abschreibungserleichterungen der späten 20er Jahre sind nicht verständlich ohne die Unterbewertungen in den RM-Eröffnungsbilanzen von 1924; sie können als Ausgleich für die resultierende Verringerung der Abschreibungserlöse angesehen werden. Daß die Sofortabschreibungen im Nationalsozialismus Teil einer Investitionsförderungs politik seien, scheint schwer nachvollziehbar. Eher passen sie in den Rahmen einer Strategie, derzufolge die Unternehmen auf die Innenfinanzierung aus einbehaltenen Erlösen beschränkt wurden, um den Kapitalmarkt für den Kreditbedarf des Reiches freizuhalten.

Zur Wirkung einer Abwertung sei angemerkt, daß Deutschland zwar die Parität nicht aufgab, wohl aber die Gold- und Devisendeckung des Geldumlaufs, und damit als erster der großen Industriestaaten – noch vor Großbritannien – aus dem System des Goldstandards ausbrach. Im übrigen sind die Stillhaltung bei Auslandskrediten sowie Einführung und Ausbau der Devisenbewirtschaftung ohnehin als Abwertung auf kaltem Wege anzusprechen.

# IV. Rettung durch Staatsnotstand? Die Planung des Ernstfalls unter den Regierungen Papen und Schleicher

*Eberhard Kolb/Wolfram Pyta*

## Die Staatsnotstandsplanung unter den Regierungen Papen und Schleicher

Die Auslieferung der Staatsmacht an die NS-Bewegung ist und bleibt das fundamentale Verhängnis der jüngeren deutschen Geschichte. Die umfassende Aufhellung des Ursachengeflechts und jener Geschehensabläufe, die in die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ausmündeten, bildete deshalb verständlicherweise von allem Anfang an einen herausragenden Schwerpunkt der zeitgeschichtlichen Forschung. Gerade bei der Behandlung des Präsidialregimes in den Monaten der Kabinette Papen und Schleicher, bei der Herausarbeitung der Verantwortlichkeiten, Intentionen, Fehlleistungen und Illusionen des Kreises um Hindenburg sowie des Reichspräsidenten selbst ist die Forschung schon sehr früh zu Befunden gelangt, die im Kern bis heute Gültigkeit beanspruchen können. Mustert man im Horizont dessen, was wir heute wissen und aufgrund der Quellen wissen können, die Arbeiten der 50er und 60er Jahre, dann ist es tatsächlich höchst bemerkenswert, daß die neueren Studien kaum über den Erkenntnisstand hinausführen, den vor allem Karl Dietrich Bracher und Thilo Vogelsang erarbeitet haben<sup>1</sup>. Wirklich erstrangige neue Quellen, die man als Schlüsseldokumente einstufen könnte, sind in der Zwischenzeit nicht aufgefunden worden; die Nachlässe Groener, Schleicher und Hindenburg standen schon in den

<sup>1</sup> *Karl Dietrich Bracher*, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (Villingen 1955, <sup>3</sup>1960; Nachdruck Düsseldorf 1984), im folgenden zitiert: *Bracher*, Auflösung; *Thilo Vogelsang*, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932 (Stuttgart 1962), im folgenden zitiert: *Vogelsang*, Reichswehr; von Vogelsang auch die beiden Dokumentationen: Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933, in: VfZg 2 (1954) 397–436, im folgenden zitiert: *Vogelsang*, Neue Dokumente; Zur Politik Schleichers gegenüber der NSDAP 1932, in: VfZg 6 (1958) 86–118, im folgenden zitiert: *Vogelsang*, Zur Politik; ferner legte Vogelsang eine Schleicher-Biographie vor: Kurt von Schleicher. Ein General als Politiker (Göttingen 1965).

60er Jahren zur Verfügung<sup>2</sup>; in der Reihe „Akten der Reichskanzlei“ sind die Bände über die Kabinette Papen und Schleicher zwar erst 1986/1989 erschienen, die Kabinettsprotokolle hat aber Vogelsang bereits heranziehen können<sup>3</sup>.

Allerdings ist gerade die Staatsnotstandsplanung unter den Kabinetten Papen und Schleicher bisher noch nie systematisch untersucht worden. Eine solche Untersuchung erscheint lohnend, nicht sosehr wegen einer gegenüber den 60er Jahren signifikant erweiterten Quellenbasis<sup>4</sup>, sondern eher deshalb, weil es möglich ist, bei der Beleuchtung der Zusammenhänge einige Akzente schärfer und anders zu setzen. Die frühe Forschung stand begrifflicherweise ganz im Banne des 30. Januar 1933. Daher gewannen die Monate der Präsidialkabinette Papen und Schleicher einen lediglich episodenhaften Charakter, rückten in die Perspektive eines Intermezzos mit feststehendem Ausgang. Demgegenüber sollte bei der Re-Interpretation der Vorgänge zwischen Mai 1932 und Januar 1933 nicht die Vorstellung dominieren, daß die Entwicklung mit Zwangsläufigkeit auf eine Kanzlerschaft Hitler zuführte. Die den Exponenten des Präsidialregimes verbliebenen Optionen – so begrenzt sie waren – bedürfen ernsthafter Erörterung; dies um so mehr, als – wie nicht zuletzt die Ereignisse in den Wochen nach dem 30. Januar 1933 drastisch demonstrierten – im Deutschland der

<sup>2</sup> Die Nachlässe Groener und Schleicher befinden sich im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg; Dokumente aus dem Nachlaß Hindenburg abgedruckt bei *Walther Hubatsch*, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934 (Göttingen 1966), im folgenden zitiert: *Hubatsch*, Hindenburg. Auf der Auswertung zahlreicher Nachlässe und sonstiger Archivbestände beruht die Darstellung von *Francis L. Carsten*, Reichswehr und Politik 1918–1933 (Köln/Berlin 1964).

<sup>3</sup> Das Kabinett von Papen 1. Juni bis 3. Dezember 1932, bearb. von *Karl-Heinz Minuth*, 2 Bde. (Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Boppard 1989); Das Kabinett von Schleicher 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933, bearb. von *Anton Golecki* (Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Boppard 1986), im folgenden zitiert: *AdR Kabinett Papen* bzw. *AdR Kabinett Schleicher*. Neuere Spezialstudien zu Problemen des Präsidialregimes von Juni 1932 bis Januar 1933: *Volker Hentschel*, Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik (Düsseldorf 1978), im folgenden zitiert: *Hentschel*, Weimars letzte Monate; *Axel Schildt*, Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik (Frankfurt/New York 1981), im folgenden zitiert: *Schildt*, Militärdiktatur; *Ulrike Hörster-Philippis*, Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Die Regierung Franz von Papen (Köln 1982), im folgenden zitiert: *Hörster-Philippis*, Konservative Politik.

Zu Vorgängen und Entwicklungen in den Monaten der Präsidialkabinette Papen und Schleicher vgl. die neueren Überblicksdarstellungen: *Hagen Schulze*, Weimar. Deutschland 1917–1933 (Berlin 1982) 372 ff.; *Ernst Rudolf Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 7: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik (Stuttgart usw. 1984) 971 ff., im folgenden zitiert: *Huber*, Verfassungsgeschichte 7; *Eberhard Kolb*, Die Weimarer Republik (München 1984, <sup>2</sup>1988) 132 ff.; *Heinrich August Winkler*, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933 (Berlin/Bonn 1987) 611 ff., im folgenden zitiert: *Winkler*, Weg in die Katastrophe; *Hans Mommsen*, Die verspielte Freiheit. Der Weg der Weimarer Republik in den Untergang 1918 bis 1933 (Propyläen Geschichte Deutschlands Bd. 8, Berlin 1989) 434 ff., im folgenden zitiert: *Mommsen*, Verspielte Freiheit.

<sup>4</sup> Verstreute, gleichwohl beachtenswerte Materialien finden sich z. B. in den Beständen des nun für die Forschung uneingeschränkt zugänglichen ehemaligen Zentralen Staatsarchivs Potsdam, jetzt Bundesarchiv, Außenstelle Potsdam. Sie wurden für die vorliegende Studie herangezogen und ausgewertet.

Jahre 1932/33 vieles möglich war, auch das vorher kaum Vorstellbare. Diese Einsicht, die sich zu einer methodischen Prämisse verdichten läßt, sollte bei einer Analyse der Staatsnotstandsplanung unter Papen und Schleicher nicht außer acht gelassen werden.

## I.

Die Ära der Präsidialkabinette ab April 1930 ist dadurch gekennzeichnet, daß der Reichskanzler ganz vom Vertrauen des Reichspräsidenten abhängig war und das Kabinett ohne Rücksicht auf die parlamentarischen Kräfteverhältnisse gebildet wurde. Damit ist das allen Präsidialkabinetten gemeinsame grundsätzliche Charakteristikum benannt. Mindestens ebenso wichtig, vielleicht noch wichtiger, sind jedoch die Unterschiede zwischen den Präsidialkabinetten. Das Präsidialregime Hindenburgs trat nämlich in den Jahren 1930 bis Anfang 1933 in zweierlei Gestalt auf, als toleriertes und als nicht toleriertes Präsidialkabinett: das Kabinett Brüning war bis zuletzt ein vom Reichstag toleriertes Kabinett, für die Kabinette Papen und Schleicher hingegen gab es im Reichstag keine Tolerierungsmehrheit. Was bedeutet dieser Sachverhalt?

Das tolerierte Präsidialkabinett Brüning hat zwar alles getan, um die politischen Mitwirkungsrechte und das Gesetzgebungsrecht des Reichstags auf ein Minimum zu reduzieren, aber es konnte sich doch leisten, den Reichstag in großen Zeitabständen zusammentreten zu lassen; Mißtrauensvoten und Anträge auf Aufhebung der vom Reichspräsidenten erlassenen Notverordnungen fanden im Reichstag keine Mehrheit, weil die SPD das Kabinett Brüning tolerierte<sup>5</sup>.

Ein nicht toleriertes Präsidialkabinett konnte es hingegen nicht riskieren, den Reichstag auch nur eine einzige Sitzung abhalten zu lassen, weil die Annahme eines Mißtrauensvotums und die Aufhebung der Notverordnungen befürchtet werden mußte. Mochte es im Verfassungsrecht umstritten sein, ob ein Mißtrauensvotum den Reichspräsidenten zur Entlassung des Reichskanzlers zwang<sup>6</sup>, so war doch gänzlich unstrittig, daß nach zwingender Verfassungsvorschrift Notverordnungen dem Reichstag vorzulegen waren und daß bei Auflösung des Reichstags die Neuwahl binnen

<sup>5</sup> Siehe dazu jetzt: *Rainer Schäfer*, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930–1932 (Frankfurt/New York 1990); ferner: *Eberhard Kolb*, Die sozialdemokratische Strategie in der Ära des Präsidialkabinetts Brüning – Strategie ohne Alternative?, in: *Ursula Büttner* (Hrsg.), Das Unrechtsregime. Festschrift für Werner Jochmann, 2 Bde. (Hamburg 1986) Bd. 1, 157–176; *Winkler*, Weg in die Katastrophe 207 ff. Siehe auch den Beitrag von *Klaus Schönboven* in diesem Band.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die bei den Akten der Reichskanzlei befindliche, in der Kabinettsitzung am 16. 1. 1933 vorgelegte Aufzeichnung betr. „Vorgehen gegen den Reichstag“ – *AdR Kabinett Schleicher* 242 mit Anm. 39. Die zeitgenössische staatsrechtliche Diskussion um Art. 54 behandelt *Horst Hausen*, Das Präsidialkabinett. Eine staatsrechtliche Betrachtung der Kabinette von Brüning bis Hitler (Diss.iur. Erlangen 1933) 9 ff. Insbesondere der Staatsrechtler H. Herrfahrdt vertrat die Auffassung, der Reichspräsident dürfe ein Kabinett einem Mißtrauensvotum gegenüber so lange im Amte belassen, bis die Bildung eines neuen regierungsfähigen Kabinetts sichergestellt sei; dieser Auffassung kam auch Carl Schmitt nahe (ebd. 11, 33 f.). Außerdem bestand die Möglichkeit, daß der Reichspräsident eine durch Mißtrauensvotum zum Rücktritt gezwungene Regierung als geschäftsführende Regierung weiter im Amte beließ (ebd. 32 f.).

60 Tagen zu erfolgen hatte<sup>7</sup>. In diesen Punkten besaß der Reichspräsident, verfassungsrechtlich gesehen, nicht den geringsten Spielraum. Wenn er also einen Kanzler ernannte, der keine Tolerierungsmehrheit besaß oder fand, so gab es nur die Alternative: Preisgabe des nicht tolerierten Präsidialkabinetts oder Festhalten an einem solchen Kabinett unter Inkaufnahme aller Risiken: ständige Reichstagsauflösungen, um auf diese Weise eine ordnungsgemäße Reichstagsitzung zu verhindern, oder Aussetzung von Neuwahlen über die in der Verfassung vorgeschriebene 60-Tage-Frist hinaus. Während dies ein eindeutiger Verfassungsbruch gewesen wäre, ließ sich eine ständige Reichstagsauflösung mit Abhaltung von Neuwahlen (bis vielleicht ein erwünschtes Ergebnis erreicht war) politisch nicht über einen längeren Zeitraum durchhalten.

Das Festhalten des Reichspräsidenten an einem vom Reichstag nicht tolerierten Präsidialkabinett mußte daher – so oder so – nahezu zwangsläufig auf Verfassungsbruch und Proklamierung des Staatsnotstands zutreiben, auf eine zeitweilige Diktatur, die sich auf die Autorität des Reichspräsidenten und die Macht der Reichswehr stützte.

Diese uns heute absolut klar und zwingend erscheinende Bewertung der möglichen Optionen ist erstaunlicherweise im Mai/Juni 1932 nicht in dieser Eindeutigkeit anzutreffen, weder bei der Gruppierung, die Brünings Sturz betrieb, noch bei den Kommentatoren des politischen Geschehens. Wenn diejenigen, die Brünings Sturz ins Werk setzten, sich der Vorstellung hingaben, über mehr Optionen zu verfügen als die vorstehend bezeichnete Alternative, dann lag das sicherlich daran, daß man im Kreis um den Reichspräsidenten der Auffassung war, es könne gelingen, dem neuen, stark nach rechts verlagerten Präsidialkabinett eine Tolerierungsmehrheit zu verschaffen: es sollte dadurch parlamentarisch abgesichert werden, daß die bisherige Tolerierung durch die SPD ersetzt wurde durch eine Tolerierung seitens der „nationalen Rechten“, man hoffte zunächst sogar, Zentrum und BVP für dieses Projekt gewinnen zu können – deshalb die Überlegungen, Brüning (als Außenminister) und Schätzel (als Postminister) im Kabinett zu halten, deshalb die Erwägung von Westarp und Goerdeler als möglichen Kanzlerkandidaten<sup>8</sup>. Mit Zentrum, BVP und „nationaler Rechten“ hätte das neue Kabinett tatsächlich über eine Tolerierungsmehrheit im Reichstag verfügt.

Wenn dies das politische Kalkül Hindenburgs und seiner Umgebung war – und dafür spricht vieles –, dann scheiterte das politische Experiment schon im Moment der Kabinettsbildung (ohne daß sich der Reichspräsident und seine Umgebung dies allerdings einzugestehen bereit waren und sich die Konsequenzen des Fehlschlags bewußt machten):

1. Das Zentrum ging sofort auf schärfsten Gegenkurs zum abtrünnigen Zentrumspolitiker Papen, eine Tolerierung des „Kabinetts der Barone“ kam für Zentrum und BVP

<sup>7</sup> Art. 48 III bestimmte, daß der Reichspräsident von allen gemäß Art. 48 I und II getroffenen „Maßnahmen“ unverzüglich dem Reichstag Kenntnis geben mußte: „Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen.“ Artikel 25 gab dem Reichspräsidenten das Recht, den Reichstag aufzulösen. „Die Neuwahl findet spätestens am sechzigsten Tage nach der Auflösung statt.“

<sup>8</sup> Siehe u.a.: *Hermann Pünder*, Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932 (Stuttgart 1961) 129ff., im folgenden zitiert: *Pünder*, Politik; *Vogelsang*, Reichswehr 208; *AdR Kabinett Papen* Bd. 1, XIX f. mit Anm. 4; *Mommsen*, Verspielte Freiheit 437 ff.

nicht in Frage. Das neue Kabinett konnte es daher nicht wagen, sich dem Reichstag zu stellen: der Reichstag wurde aufgelöst<sup>9</sup>.

2. Die durch „Vorleistungen“ des neuen Kabinetts an die NSDAP (Reichstagsauflösung, Aufhebung des SA- und Uniformverbots) erkaufte Tolerierungszusage der NSDAP-Führung war nicht viel wert. Sie bezog sich zunächst nur auf die Zeit „während der Wahlen“ (in der die Regierung ohnehin nicht gestürzt werden konnte); ob Hitler in den Gesprächen mit Schleicher und Hindenburg eine Tolerierung oder gar Unterstützung des Kabinetts auch für die Zeit nach der Reichstagswahl in bindender Form zugesichert hat, ist unklar: in dem heftigen Schlagabtausch nach dem 13. August wurde von präsidentlicher Seite behauptet, Hitler habe eine derartige Zusicherung gegeben, von der NS-Führung wurde dies bestritten<sup>10</sup>. Eine schriftliche Vereinbarung hat es auf jeden Fall nicht gegeben. Am wahrscheinlichsten ist, daß Hitler eine Kooperation in Aussicht gestellt, sich gleichzeitig aber eine Hintertüre offengehalten hat, um seiner Aktionsfreiheit nicht verlustig zu gehen.

3. Die Mitglieder des Kabinetts Papen waren sich absolut einig in der politischen Zielsetzung einer weiteren Entmachtung von Parteien und Reichstag sowie einer „Zähmung“ der NSDAP durch „Heranführung an den Staat“. Aber hinter dieser Einigkeit bei den Nahzielen lauerten doch Divergenzen, die vorerst nicht sichtbar und nicht wirksam wurden, ohne deren klare Diagnostizierung aber die Vorgänge im Herbst 1932 nicht verstanden werden können. Mit Papen gelangte ein Mann an die Spitze des Kabinetts, der – in völligem Einvernehmen mit Reichsinnenminister von Gayl – sehr viel mehr und etwas durchaus anderes wollte als nur jene Rechtsverlagerung unter Schaffung einer „neuen“ Tolerierungsmehrheit. Für Papen und Gayl war die eigentliche *raison d'être* des Kabinetts eine substantielle Verfassungsreform mit dem Ziel einer Umkonstitutionierung der parlamentarischen Republik in einen konservativ-autoritären „Neuen Staat“ stark vorkonstitutionellen Gepräges. Sie waren sich dabei bewußt, daß sie nur in der extremen Krise, in der sich die linken und rechten Kräfte total blockierten, und bei Lebzeiten Hindenburgs eine Chance hatten, ihre

<sup>9</sup> Reichspräsident Hindenburg löste am 4.6.1932 den Reichstag durch eine von Papen und Gayl gegengezeichnete Verordnung auf; durch Verordnung vom 6. Juni wurde der Termin der Reichstagswahl auf den 31. Juli festgesetzt.

<sup>10</sup> Während von nationalsozialistischer Seite bestritten wurde, während der Brüningkrise seien – als Gegenleistung für Reichstagsauflösung und Aufhebung des SA- und Uniformverbots – weitreichende Zusagen hinsichtlich des Verhaltens gegenüber dem Präsidentskabinett Papen gegeben worden, betonten Hindenburg und Schleicher wiederholt, Hitler habe entsprechende Zusagen gemacht. So äußerte Hindenburg in einer Unterredung mit Papen am 10.8.1932: „Hitler habe ihm früher die Erklärung abgegeben, daß er das Kabinett von Papen nach der Wahl unterstützen und halten werde“ (Aufzeichnung Meissner vom 11.8.1932, abgedruckt bei *Hubatsch*, Hindenburg 335 ff., hier 336). Eine ähnliche Formulierung findet sich im Kommuniké über die Begegnung Hindenburg–Hitler am 13. August (Er – Hindenburg – „bedauerte, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufene nationale Regierung zu unterstützen“); dieser Version widersprach Hitler sofort (Schreiben an Staatssekretär Planck vom 13.8.1932) – *AdR Kabinett Papen* Bd. 1, 392 (mit Anm. 5), 393 ff. (hier: 395), vgl. ebd. 398 (mit Anm. 2). Eine Materialzusammenstellung der Reichwehrrführung zum „Treubruch der nationalsozialistischen Führung“ enthält die Aufzeichnung der Wehrmachtsabteilung des Reichwehrministeriums vom 16.9.1932 (abgedruckt in der Dokumentation von *Vogelsang*, Zur Politik 102 ff.).

weitreichenden Verfassungspläne realisieren zu können. Demgegenüber ging es dem Kanzlermacher und Reichswehrminister Schleicher sehr viel pragmatischer vor allem darum, im Rahmen des bestehenden Machtgefüges die NS-Bewegung zu zähmen und die SA als Personalreserve seinen ehrgeizigen Rüstungsplänen dienstbar zu machen. Schleicher dachte also – anders als Papen und Gayl – nur an taktische Akzentverschiebungen, nicht an die Schaffung eines vorkonstitutionellen „Neuen Staats“<sup>11</sup>.

Welches Gepräge sollte dieser „Neue Staat“ besitzen? Ein förmlicher, präzise ausgearbeiteter Entwurf einer neuen Reichsverfassung ist nicht bekannt, es hat ihn – aus gleich zu akzentuierenden Gründen – wohl auch nie gegeben. Über den entschiedenen Willen vor allem Papens und Gayls zu einer einschneidenden Verfassungsreform und über die Richtung, die dabei eingeschlagen werden sollte, kann es gleichwohl keinen Zweifel geben. Sowohl Papen als auch Gayl haben mehrfach *öffentlich* bekundet, daß die Verfassungsreform – neben einer Reichsreform – für sie ganz oben auf der politischen Tagesordnung stand. Schon wenige Tage nach der Übernahme des Reichsinnenministeriums äußerte Gayl im Reichsrat, die Weimarer Verfassung sei „nach unbestrittener Ansicht weitester Kreise aller politischen Richtungen reformbedürftig“; eine Wiederaufrichtung der Monarchie werde von der neuen Regierung allerdings nicht beabsichtigt, sie wolle vielmehr einen „organischen Fortschritt und keinen Rückschritt“<sup>12</sup>. Etwas deutlicher wurde Gayl dann in seiner Rede bei der Verfassungsfeier am 11. August 1932<sup>13</sup>. Ausgerechnet bei diesem Anlaß wiederholte er, die Weimarer Verfassung sei „abänderungsbedürftig“; „je frühzeitiger und energischer“ die Aufgabe angepackt werde, desto besser sei es. Die Reform habe auszugehen von einer Änderung des Wahlrechts, in dem die „von weitesten Kreisen unseres Volkes schwer empfundene Herrschaft der Parteibürokratie“ wurzle: „Das Volk will nicht Nummern, sondern Persönlichkeiten wählen, und es versteht nicht, daß die Stimmen noch nicht mündiger Volksgenossen gleich gewertet werden mit denen der Familienernährer und Mütter.“ Des weiteren sei eine Instanz notwendig, „die, unabhängig von Parteieinflüssen, dem Gesamtwohl schädliche Parlamentsbeschlüsse ohne schwerwiegende verfassungsmäßige Reibungen auszugleichen vermag“; eine „von den Fesseln formaler Verantwortung mehr wie bisher befreite, aber persönlich um so stärker verantwortliche Regierung“ müsse daher in einer „ersten Kammer“ einen Helfer haben, „der sie vor den Folgen der oft durch Stimmungen und Wahlrücksichten beeinflussten Parlamentsbeschlüsse schützen und die Stabilität und Folgerichtigkeit der Regierungspolitik zu gewährleisten vermag“.

Auch der Reichskanzler nannte in einem Interview vom 1. August die Revision des Wahlsystems und die Errichtung eines „Oberhauses“ als zentrale Bestandteile der geplanten Verfassungsreform<sup>14</sup>. In einer stark beachteten Rede vor dem Bayerischen In-

<sup>11</sup> In diesem Sinne bereits *Bracher*, *Auflösung* 536, 538; *Vogelsang*, *Reichswehr* 210, 225; *Theodor Eschenburg*, *Die improvisierte Demokratie* (München 1963) 278 f.; vgl. auch *Ekkehard Reitter*, *Franz Gürtner. Politische Biographie eines deutschen Juristen 1881–1941* (Berlin 1976) 112 f.

<sup>12</sup> *Schultzeß* *Europäischer Geschichtskalender 1932* (München 1933) 103.

<sup>13</sup> Ebd. 139.

<sup>14</sup> Ebd. 136. Auch in seiner Regierungserklärung, die er am 12.9.1932 im Rundfunk verlas, beschäftigte sich Papen mit dem „Umbau unseres staatlichen Lebens“ als „Hauptaufgabe der

dustriellenverband am 12. Oktober 1932<sup>15</sup> erklärte Papen, die Periode der Gesetzgebung durch den Artikel 48 müsse einmal abgeschlossen werden, das könne nur durch ein neues Verfassungswerk geschehen. Am Teil II der Weimarer Verfassung (Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen) solle nicht gerüttelt werden, aber die Formen des politischen Lebens gelte es zu erneuern<sup>16</sup>: „Die Reichsregierung muß unabhängiger von den Parteien gestellt werden, ihr Bestand darf nicht Zufallsmehrheiten ausgesetzt sein. Das Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung muß so geregelt werden, daß die Regierung und nicht das Parlament die Staatsgewalt handhabt. Als Gegengewicht gegen einseitige, von Parteiinteressen herbeigeführte Beschlüsse des Reichstags bedarf Deutschland einer besonderen Ersten Kammer mit fest abgegrenzten Rechten und starker Beteiligung an der Gesetzgebung.“<sup>17</sup>

Etwas konkretere Aufschlüsse über das Programm einer Verfassungsrevision als diese Andeutungen Papens und Gayls liefert die Schrift des Publizisten Walther Schotte „Der neue Staat“, die in der zweiten Oktoberhälfte 1932 verfaßt wurde und zu der Papen ein Begleitwort beisteuerte<sup>18</sup>. Schotte, zeitweilig Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher“, einflußreiches Gründungsmitglied des Herrenklubs und 1932 offizieller Propagandist der Regierung Papen, präsentierte zahlreiche Äußerungen Papens, Gayls und anderer Regierungsmitglieder zu aktuellen politischen Fragen, auch zur geplanten Verfassungsreform. Papen und Gayl forderten ein neues Wahlrecht (indirektes Wahlrecht und Persönlichkeitswahl in „kleineren organischen Wahlkreisen“, „Beschränkung des Wahlrechts auf die politisch mündige Generation“ bzw. „Differenzierung des Wahlrechts nach dem Grad der politischen Leistung“<sup>19</sup>) und den „Umbau der Reichsverfassung“. Es müsse – so Papen – ein Zweikammersystem verwirklicht werden, damit der Reichstag nicht mehr das ausschließliche Recht zum Sturz der Regierung habe: „Eine erste Kammer, die aus dem Berufungsprinzip abgeleitet werden soll, muß das Recht des aus Wahlen hervorgegangenen Reichstags beschränken.“ Die Mitglieder dieser Ersten Kammer sollten auf Lebenszeit berufen werden, und zwar durch den „Herrscher“, also durch Reichspräsident Hindenburg<sup>20</sup>.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 160*

Reichsregierung“ und forderte eine Reform des Wahlrechts (*AdR Kabinett Papen* Bd. 2, 546 ff., hier: 556 ff.).

<sup>15</sup> *Schultbeß* 1932, 176 ff.

<sup>16</sup> Diese Formulierung läßt vermuten, daß Papen sich die Lehre *Carl Schmitts* von den „zwei Verfassungen“ in der Weimarer Verfassung zu eigen machte, die der „Kronjurist der Präsidialdiktatur gegen Ende der Weimarer Republik“ (Rüthers) im Juli 1932 in seiner Schrift „Legalität und Legitimität“ (München 1932) entwickelt hatte. Siehe auch: *Heinrich Muth*, Carl Schmitt in der deutschen Innenpolitik des Sommers 1932, in: *Theodor Schieder* (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der Weimarer Republik (= HZ Beiheft 1, München 1971) 75–147. Vgl. auch den Beitrag von *Dieter Grimm* in diesem Bande.

<sup>17</sup> *Schultbeß* 1932, 179. Wenn Papen dann fortfuhr: „Die Reichsregierung wird den Verfassungsentwurf so fertigstellen, daß der neue Reichstag ihn bei seinem Zusammentritt vorfindet“, so handelt es sich bei dieser Ankündigung um ein Windei, denn es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß in diesen Wochen ein förmlicher Verfassungsentwurf ausgearbeitet wurde.

<sup>18</sup> *Walther Schotte*, Der neue Staat (Berlin 1932); die zweite Oktoberhälfte als Abfassungszeit ergibt sich aus inneren Kriterien.

<sup>19</sup> Ebd. 57 ff., 61 f.

<sup>20</sup> Ebd. 48, 68, 133. Zu den Verfassungsreformbestrebungen und zur Ideologie vom „Neuen

Besonderes Interesse im Zusammenhang mit der geplanten Verfassungsreform verdient ein internes Dokument. Am 22. August 1932 – wenige Tage vor der Zusammenkunft Papens, Gayls und Schleichers mit Reichspräsident Hindenburg auf dessen Gut Neudeck<sup>21</sup> – brachte Gayl „Gesichtspunkte für den Staatsneubau“ zu Papier<sup>22</sup>. In der ausführlichen Aufzeichnung faßte er seine Vorstellungen über die Verfassungsrevision zusammen, stellte dann aber auch Überlegungen zum *modus procedendi* bei der Durchsetzung des Programms an: „Der neue Staatsaufbau wird voraussichtlich nicht auf einen Guß verwirklicht werden können, sondern ist ein Prozeß des Werdens. Bei der in der gegenwärtigen scharfen Form vorher nicht zu erwartenden Oppositionsstellung der NSDAP, die an sich keine Gefahr ist und eine zielbewußte Regierung in ihrem Handeln unbeeinflußt lassen kann, wird die Einberufung einer Nationalversammlung zur Annahme der neuen Verfassung zurückgestellt werden müssen, bis der Nationalsozialismus, wie zu erwarten, aus seiner Aufblähung rückläufig geworden und das Volk für die Ideen des Staatsaufbaus aufnahmefähiger geworden ist. Es erscheint daher unter der gegenwärtigen Lage zweckmäßiger, die Grundlagen für den Staatsneubau in Einzelmaßnahmen vorzubereiten, zunächst aber den Notbau der Weimarer Verfassung beizubehalten und hier die wichtigsten störenden Fehler als provisorische Maßnahme zu verbessern, wie es zum Teil von der Regierung schon angekündigt ist.“ Als „notwendige Verbesserungen“ nennt Gayl die „Verkleinerung der Wahlkreise und Heraufsetzung des Wahlalters“, die „Übertragung der Funktionen einer 2. Kammer an den Reichsrat (aber ohne Änderung seiner Zusammensetzung)“ und die Festsetzung einer Zweidrittelmehrheit des Reichstags bei Außerkraftsetzung von Notverordnungen (Art. 48) und Mißtrauensvoten gegen die Regierung (Art. 54)<sup>23</sup>.

Dieses aufschlußreiche Dokument bietet eine einleuchtende Erklärung für den an sich merkwürdigen Sachverhalt, daß trotz des starken Engagements des Reichskanzlers und seines Innenministers zugunsten einer Verfassungsrevision ein vollgültiger Verfassungsentwurf offensichtlich nicht ausgearbeitet wurde: der Wille zu einer einschneidenden Verfassungsänderung bestand, aber die Revision sollte nach Verkündung des Staatsnotstands in Einzelschritten durchgeführt werden.

Die Verfassungspläne Papens und Gayls sowie ihrer publizistischen Gehilfen und

*Fortsetzung Fußnote von Seite 161*

Staat“ siehe u. a.: *Bracher*, *Auflösung* 536 ff.; *Kurt Sontheimer*, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933 (München 1962) 256 ff.; *Gerd Schwerin*, *Wilhelm Frhr. v. Gayl, der Innenminister im Kabinett Papen 1932* (Diss.phil. Erlangen 1972) 132 ff., im folgenden zitiert: *Schwerin*, *Gayl*; die bei *Huber*, *Verfassungsgeschichte* 7, 1008 Anm. 14 erwähnte unveröffentlichte Studie von H. J. Toews (Die Verfassungspläne der Regierung Papen) hat uns nicht vorgelegen.

<sup>21</sup> Siehe unten S. 165.

<sup>22</sup> Das Dokument ist abgedruckt bei *Schwerin*, *Gayl* 225–231.

<sup>23</sup> Gayl fügt hinzu: „Die völlige Aufhebung des Art. 54 empfiehlt sich nicht, da er das Kernstück der W.R.V. [Weimarer Reichsverfassung] ist, die erst abgelöst werden kann, wenn die neue Verfassung völlig ausgereift ist.“ Wenige Tage nach der Niederschrift dieser Aufzeichnung, bei der Besprechung mit Hindenburg in Neudeck am 30. August, äußerte Gayl, die Zeit, die durch Hinausschiebung der Neuwahl gewonnen werde, müsse man zur Durchführung der Verfassungs- und Verwaltungsreform nutzen (*AdR Kabinett Papen* Bd. 1, 474 ff., hier: 478).

juristischen Berater muten aus heutiger Sicht phantastisch an; die bei ihnen anzutreffende Überzeugung, derartige Vorstellungen könnten tatsächlich in die Wirklichkeit umgesetzt werden, erscheint reichlich realitätsfremd. Auch im Jahr 1932 fanden solche Pläne einer Verfassungsrevision bei der Mehrheit der Deutschen zweifellos keinen Anklang. Ob diese Feststellung mit gleichem Nachdruck auch für erhebliche Teile der Machteliten in Bürokratie, Reichswehr und Wirtschaft sowie für maßgebliche Repräsentanten der bürgerlichen Parteien (bis hin zum Zentrum) getroffen werden kann, steht indessen dahin. Daß sie in der desolaten Situation des Jahres 1932 eine nach Verkündung des Staatsnotstands in Form einer „Revolution von oben“ durchgeführte Verfassungsrevision im Sinne Papens und Gayls widerstandslos hingenommen hätten, läßt sich zumindest nicht völlig ausschließen.

## II.

Wie die genauere Betrachtung erweist, befand sich das Präsidialkabinett Papen von Anfang an keineswegs in der Position, die den Initiatoren des Brüning-Sturzes vorge-schwebt hatte. Doch die Kabinettsmitglieder wiegten sich in Illusionen über die tatsächliche Machtlage. Sie bereiteten sich daher vorläufig nicht zielstrebig auf den Staatsnotstand vor (die Aktion gegen die Preußen-Regierung vom 20. Juli kann hier außer Betracht bleiben, denn sie erfolgte – gestützt auf Artikel 48 – als Reichsexekution). Vielmehr operierte das Kabinett vom 1. Juni bis Anfang August *in Erwartung* einer rechten Tolerierungsmehrheit<sup>24</sup>. Diese Erwartung mußte aufgegeben werden, als Hitler – beflügelt durch das Wahlergebnis vom 31. Juli – in den ersten Augusttagen mit dem Anspruch auf das Amt des Reichskanzlers hervortrat – von einer Kanzlerschaft Hitler war bis dahin kaum die Rede gewesen, um so größer war die Verwirrung. Nach den spärlichen Zeugnissen zu urteilen, hat Schleicher Hitlers Forderung zunächst kein schroffes Nein entgegengesetzt; er traute es sich anscheinend zu, als Reichswehrminister selbst einen Kanzler Hitler kontrollieren zu können<sup>25</sup>. Papen hingegen wollte nicht darüber hinausgehen, beim Reichspräsidenten für Hitlers Beru-

<sup>24</sup> Noch am 2.8.1933 (zwei Tage nach der Reichstagswahl vom 31. Juli) bemerkte Reichsinnenminister Gayl zu einem Angehörigen der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, seiner Meinung nach werde es zu einem Kabinett kommen, „das vom Zentrum bis zu den Nationalsozialisten toleriert werde“ (*Vogelsang*, Reichswehr 256). *Vogelsang* kommentiert diese Äußerung so: „Das war sicher der ‚offizielle‘ Wunsch der Reichsführung einschließlich Hindenburgs.“ Aufschlußreich auch eine Bemerkung des Staatssekretärs der Reichskanzlei, Planck, zu seinem Amtsvorgänger Pünder am 17. August, also wenige Tage nach dem Eklat vom 13. August: nach der „völligen Absage der Nazis“ sei „einer der wesentlichsten Gründe der Bildung der Reichsregierung von Papen illusorisch geworden“ (*Pünder*, Politik 140).

<sup>25</sup> Zum Taktieren Schleichers in der ersten Augushälfte 1932: *Bracher*, Auflösung 612 ff.; *Vogelsang*, Reichswehr 256 ff. sowie *ders.*, Zur Politik 86–118; *Hentschel*, Weimars letzte Monate 56 f.; *Mommsen*, Verspielte Freiheit 465 ff.; vgl. auch die Tagebucheintragen von Joseph Goebbels aus den Tagen vom 4. bis 13.8.1933: *Joseph Goebbels*, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei (München 1934) 138 ff.

fung zum Vizekanzler einzutreten<sup>26</sup>. Die Entscheidung traf der Reichspräsident: er lehnte eine Kanzlerschaft Hitler kategorisch ab<sup>27</sup>. So trat am 13. August die Peripetie ein<sup>28</sup>. Die NSDAP ging nun auf offenen Konfrontationskurs, das Kabinett Papen befand sich in völliger politischer Isolation, mußte sogar die Bildung einer mehrheitsfähigen NSDAP-Zentrum-Koalition (und damit eine Revitalisierung des Reichstags) befürchten<sup>29</sup>. Die Zeit der Illusionen war nunmehr zu Ende. Rettung des Präsidialregimes durch Flucht in den Staatsnotstand: diese Lösung kam jetzt auf die politische Tagesordnung.

Solange die Hitler-Partei ihren Anspruch auf die ungeteilte Regierungsmacht nicht einschränkte und sich folglich nicht mit der Rolle des Juniorpartners abfand, konnten die Protagonisten des autoritären Staates bei der beabsichtigten Abschaffung der parlamentarischen Demokratie nicht auf die bedingungslose Schützenhilfe der NSDAP im Reichstag hoffen. Der Reichstag wurde damit zu dem Verfassungsorgan, von dem der eigentliche Widerstand gegen die Verfassungspläne Papens zu gewärtigen war. Die Regierung mußte daher dafür sorgen, daß der Reichstag ausgeschaltet wurde. Der Wille, die dem Reichstag verfassungsmäßig zustehenden Einflußnahmen auf das Regierungshandeln einfach zu ignorieren, erforderte die Bereitschaft zum Verfassungsbruch: Papen hätte mit einer bloßen Auflösung eines widerstrebenden Reichstags allein nämlich nichts gewonnen, da dann gemäß Artikel 25 WRV binnen 60 Tagen Neuwahlen stattfinden mußten, die an der politischen Konstellation nichts Grundsätzliches zu ändern versprachen. Nur dann konnte Papen mehr als nur eine Atempause für die Durchführung seiner weitreichenden Verfassungspläne gewinnen, wenn er sich über den Artikel 25 hinwegsetzte und die Neuwahl des Reichstags auf unbestimmte Zeit aussetzte, um in der parlamentslosen Zeit die Weichen für seinen „Neuen Staat“ zu stellen.

Für die erfolgreiche Durchsetzung eines solchen eklatanten Verfassungsbruchs waren zwei Voraussetzungen unabdingbar.

<sup>26</sup> Das Angebot, bei Hindenburg für die Ernennung Hitlers zum Vizekanzler einzutreten, machte Papen dem Führer der NSDAP in der Unterredung am Vormittag des 13. August, siehe Schlußteil des Kommuniqués vom 13. 8. 1932 (*AdR Kabinett Papen* Bd. 1, 395 Anm. 5) und Darlegungen Papens in der Kabinettsitzung am 15. 8. 1932 (ebd. 398 f.). In seinen Erinnerungen datiert Papen die Unterredung mit Hitler – wohl versehentlich – auf den Nachmittag des 12. August (*Franz von Papen, Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, 222 f.).

<sup>27</sup> Hindenburgs Entschluß stand bereits am 10. August fest, am Vormittag dieses Tages informierte er in diesem Sinne den Reichskanzler, siehe Aufzeichnung Meissner vom 11. 8. 1932, abgedruckt bei *Hubatsch, Hindenburg* 335 f. Bei der Frage: Kanzlerschaft Hitler – ja oder nein ist auch zu beachten, daß im Falle eines Ausscheidens des Reichspräsidenten der amtierende Reichskanzler den Reichspräsidenten vertrat und damit die Reichswehr in die Hand bekam.

<sup>28</sup> Die Unterredung zwischen Hindenburg, Papen und Meissner einerseits, Hitler, Frick und Röhm andererseits am 13. August wird in der gesamten einschlägigen Literatur besprochen. Die wichtigsten Quellen: Aufzeichnung Meissner vom 13. 8. 1932 (*AdR Kabinett Papen* Bd. 1, 391 f.); Schreiben Hitler an Planck vom 13. 8. 1932 mit Anlage: von Hitler, Röhm und Frick unterzeichnetes Protokoll der Besprechung (ebd. 393 ff.); Schreiben Planck an Hitler vom 14. 8. 1932 (ebd. 396 f.); Darlegungen Papens in der Kabinettsitzung am 15. 8. 1932 (ebd. 398 f.)

<sup>29</sup> Zu den Verhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP siehe: *Rudolf Morsey, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und ‚Nationaler Erhebung‘ 1932/33* (Stuttgart/Zürich 1977) 56 ff.

Erstens: Der Reichspräsident mußte mit seiner Amtsautorität das Vorgehen seiner Regierung decken. Nur der Reichspräsident konnte dem Verfassungsbruch eine Scheinlegitimität dadurch verschaffen, daß er vorgab, um der Bewahrung des politischen Gesamtzwecks der Verfassung willen – des Funktionierens der Staatsordnung – den Wortlaut einer einzigen Verfassungsbestimmung für kurze Zeit mißachten zu müssen. Dabei ist nachdrücklich zu betonen, daß Papen und Hindenburg durch die Ersetzung des immerhin noch handlungsfähigen Reichstags von 1930 durch das zu positiven Aktionen unfähige Parlament vom 31. Juli 1932 selbst jenen Staatsnotstand inszeniert hatten, zu dessen Überwindung sie nunmehr die Verletzung der geltenden Verfassung als einzigen Ausweg aus der Staatskrise proklamierten. Staatsnotstand, wie er von Papen und Gayl gemeint war, hieß, die Lähmung des Parlaments zum Vorwand zu nehmen, um verfassungsdurchbrechende Notstandsmaßnahmen des Reichspräsidenten zu legitimieren, die nicht auf die Reaktivierung des Weimarer Verfassungssystems, sondern auf dessen Abschaffung zielten.

Zweitens: Dieser Plan bedurfte der Billigung und Unterstützung durch die bewaffnete Macht. Denn lag das akute Risiko einer Außerkraftsetzung des Artikels 25 WRV für den Reichspräsidenten nur in einer eventuellen Mißbilligung seines Vorgehens durch den Staatsgerichtshof, so hatte die Reichswehr die möglichen politischen Folgen eines solchen Handelns zu bewältigen. Sie mußte willens und in der Lage sein, dem Verfassungsbruch notfalls auch gegenüber außerparlamentarischen Massenaktionen Geltung zu verschaffen und im Ernstfall sogar den bewaffneten Kampf mit all jenen Kräften aufzunehmen, die sich durch die Ausschaltung des Parlaments politisch entmachtet sahen. Die Front möglicher Gegner reichte von den Kommunisten bis hin zu den Nationalsozialisten, die ihre Machtansprüche ja mit dem Hinweis auf ihre parlamentarische Stärke begründeten und daher bei einer solchen Aktion gegen die Volksvertretung einer wichtigen Quelle ihres politischen Einflusses verlustig gegangen wären.

Wie sah es nun um die Realisierung der weitgesteckten Pläne Papens aus? Der Reichskanzler ging sie mit Entschlossenheit an. Zusammen mit Reichsinnenminister Gayl und Reichswehrminister Schleicher suchte er am 30. August 1932 Reichspräsident Hindenburg auf dessen Gut Neudeck in Ostpreußen auf. In einer langen Unterredung konnten die drei entscheidenden Mitglieder des Präsidialkabinetts Papen den Reichspräsidenten dafür gewinnen, die politische Verantwortung für eine unbefristete Verschiebung von Neuwahlen nach der anvisierten Auflösung des gerade erst gewählten Reichstags zu übernehmen<sup>30</sup>, Reichswehrminister Schleicher erhob keine Bedenken; er mußte somit wissen, was unter Umständen auf die Reichswehr zukam. Daher galt sein besonderes Interesse einer plebiszitären Absicherung des Verfassungsbruchs, um der Armee einen Einsatz in bürgerkriegsähnlichen Unruhen zu ersparen.

Auch Papen und sein Kabinett wollten den in breiten Bevölkerungskreisen zu erwartenden Widerstand gegen die Verletzung der Verfassung möglichst gering halten: „Das bisherige System der Parteiherrschaft müsse beendet werden. Dieses Ziel könne

<sup>30</sup> Vgl. die Niederschrift des ebenfalls anwesenden Staatssekretärs der Präsidialkanzlei Meissner vom 30. 8. 32, *AdR Kabinett Papen* Bd. 1, 474–479.

letzten Endes nur durch Abweichen von der Verfassung erreicht werden. Auf dem Wege zu diesem Ziele werde die Reichsregierung mit dem erbitterten Widerstand aller Kräfte zu rechnen haben, die sich für eine formale Demokratie einsetzen. Das Streben der Reichsregierung müsse daher darauf gerichtet sein, aus dieser Front möglichst große Kreise herauszubekommen.<sup>31</sup> Die Regierung setzte dabei auf eine breite parteiübergreifende und damit unorganisierte Volksstimmung, die des Parlamentarismus überdrüssig geworden war, so daß ihr Anschlag auf die Verfassung von einem großen Teil der Bevölkerung passiv hingenommen werden würde. Da die Parteien (mit Ausnahme der DNVP und DVP) der Regierung Papen ausgesprochen ablehnend gegenüberstanden, sollte an den Parteien vorbei an die Anhänger einer autoritären Führung der Regierungsgeschäfte appelliert werden, die Regierung bei ihrer Demontage des Parlamentarismus gewähren zu lassen. Als Hauptargument fungierte dabei die kaum zu bestreitende Arbeitsunfähigkeit des Reichstags. Dem Wahlvolk wollte man in aller Deutlichkeit vor Augen führen, daß das Parlament zu keiner positiven Aktion fähig sei und es daher verdiene, zumindest für einige Zeit als politischer Machtfaktor ausgeschaltet zu werden.

Möglicherweise hatte Papen den dafür psychologisch günstigen Zeitpunkt bereits verpaßt, indem er den neu gewählten Reichstag nicht unmittelbar nach dessen Konstituierung am 30. August auflösen ließ<sup>32</sup>. Denn auf der ersten Arbeitssitzung des neu gewählten Parlaments am 12. September 1932 wurde der Regierung mit einer überwältigenden Mehrheit das Mißtrauen ausgesprochen (512 Abgeordnete votierten für den Mißtrauensantrag, nur 42 dagegen), so daß das „Kabinett der Barone“ in der Öffentlichkeit als eine Regierung ohne Volk dastand und trotz der noch am 12. September erfolgten Reichstagsauflösung der sofortige Übergang zu einem Notstandsregime ungeraten erschien<sup>33</sup>.

Zwei Tage nach dem Abstimmungsdebakel diskutierte das Papen-Kabinett die Frage, ob die Regierung bei der sich jetzt bietenden Gelegenheit nunmehr dem Reichspräsidenten den verfassungswidrigen Aufschub der anstehenden Neuwahl empfehlen sollte. Gegen das Votum Gayls entschied sich die Mehrheit der Kabinettsmitglieder gegen einen solchen Schritt zu diesem Zeitpunkt. Papen und das Gros seiner Minister registrierten ihre durch die Abstimmungsniederlage so offenkundig gewordene politische Isolierung und zogen daraus die Konsequenz, zunächst auf den offenen Verfassungsbruch zu verzichten und die Reichstagsneuwahl termingerecht anzusetzen. Ihr Kalkül ging nun dahin, die Popularität antiparlamentarischer Gesinnung durch den Anschauungsunterricht einer weiteren ergebnislosen Reichstagswahl so zu

<sup>31</sup> So faßte der Reichskanzler auf der Kabinettsitzung vom 14.9.32 das Kalkül seiner Regierung zusammen, *AdR Kabinett Papen* Bd. 2, 582.

<sup>32</sup> Dies ist auch die Auffassung von *Huber*, Verfassungsgeschichte 7, 1081 und 1084.

<sup>33</sup> Zum Streit um die Rechtmäßigkeit der Reichstagsauflösung nach ausgesprochenem Mißtrauen siehe ebd. 1095–1100 sowie *AdR Kabinett Papen* Bd. 2, 650–714.

verstärken, daß eine autoritäre Staatsführung von einer breiten Volksströmung als Retter aus der Notlage eines unfruchtbaren Parlamentarismus hingenommen würde<sup>34</sup>.

Der am 6. November 1932 neugewählte Reichstag änderte die politischen Kräfteverhältnisse erwartungsgemäß nicht grundlegend und verschob die Gewichte nur leicht. Auch in diesem Parlament verfügten NSDAP und KPD immer noch über eine negative Mehrheit der Mandate. So war das Vorgehen Papens, bei den Parteien zwecks Schaffung einer konstruktiven Reichstagsmehrheit zu sondieren, für seine Absichten risikolos, da das negative Ergebnis solcher Gespräche vorauszusehen war und den Parlamentarismus weiter diskreditieren konnte. Unterstützung für diesen Kurs fand der Reichskanzler auch beim Wehrminister, der sich unmißverständlich dahingehend äußerte: „Man müsse taktisch in Etappen vorgehen. Die Parteien müßten ins Unrecht gesetzt werden.“<sup>35</sup>

Um den Besprechungen mit den Parteiführern den Anstrich von Glaubwürdigkeit zu verleihen<sup>36</sup>, reichte Papen am 17. November die Demission seines Kabinetts ein – in der berechtigten Hoffnung, daß ihn Hindenburg nach dem absehbaren Scheitern der Bemühungen der Parteien erneut mit der Regierungsbildung beauftragen würde, und zwar diesmal mit der Führung eines sogenannten „Kampfkabinetts“, welches den Verfassungsbruch unter Berufung auf den Staatsnotstand wagen wollte.

Die Regierung stellte sich auch auf die für diesen Fall zu erwartenden Gegenmaßnahmen ein. Sie rechnete dabei schlimmstenfalls mit einem politisch motivierten Generalstreik, an dem sich unter Umständen eine „Einheitsfront“ aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten beteiligen könnte<sup>37</sup>; sie hatte aber bereits Vorkehrungen getroffen, um einen solchen politischen Streik zu einer stumpfen Waffe werden zu lassen.

Einmal gedachte sie, die Streikbereitschaft durch die Verhängung rigoroser Strafen bereits im Keime zu ersticken. Auf Initiative des preußischen Innenministeriums und des Reichsinnenministeriums war eine Notverordnung zum „Schutz lebenswichtiger Betriebe“ ausgearbeitet worden, die genau dieses Ziel verfolgte. Ihr Geltungsbereich sollte sich aber nicht nur auf solche Versorgungs- und Verkehrseinrichtungen erstrecken, die für das Funktionieren eines modernen Staatswesens allgemein als unentbehrlich angesehen wurden (Krankenhäuser, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, Verkehrsbetriebe). Indem laut Notverordnung die Reichsregierung ermächtigt werden sollte, „auch andere Betriebe für lebenswichtig zu erklären“<sup>38</sup>, wurde ihr eine Blanko-

<sup>34</sup> Siehe das Protokoll der Ministerbesprechung vom 14.9.32, dort vor allem die Redebeiträge von Innenminister Gayl, Justizminister Gürtner, Außenminister Neurath, Finanzminister Schwerin von Krosigk und von Papen selbst, *AdR Kabinett Papen* Bd. 2, 579–583.

<sup>35</sup> Äußerung Schleichers in der Kabinettsitzung vom 9.11.32, ebd. 906.

<sup>36</sup> Siehe dazu das Protokoll der Ministerbesprechung vom 17.11.32, vor allem die Beiträge Schleichers, Papens und Gürtners, ebd. 958–960.

<sup>37</sup> Diese Lageeinschätzung Papens kommt in seiner Besprechung mit dem DVP-Vorsitzenden Dingeldey am 16.11.32 deutlich zum Ausdruck, vertraulicher Informationsbericht des Redakteurs der Dienstag-Nachrichtenkorrespondenz Falk vom 16.11.32, ebd. 950.

<sup>38</sup> So der entsprechende Passus im Entwurf des Reichsinnenministeriums zum Schutze lebenswichtiger Betriebe von Ende November 1932, ebd. 1010ff., Zitat 1011.

vollmacht erteilt, zumindest sämtliche unter politischen Gesichtspunkten wichtige Großbetriebe unter einen umfassenden Streikschutz zu stellen.

In solchen „lebenswichtigen“ Betrieben hätte demnach mit aller Schärfe gegen Streiks vorgegangen werden können: nicht nur der Aufruf zu einem Streik und die Teilnahme daran, sondern auch eine absichtliche Verlangsamung der Arbeit konnten mit Gefängnis oder Geldstrafe geahndet werden. Für Sabotage-Aktionen konnte sogar eine Zuchthausstrafe von bis zu 5 Jahren verhängt werden. Die solcher Straftaten Verdächtigten konnten in polizeiliche Schutzhaft genommen werden<sup>39</sup>.

Doch nicht nur mit Repression allein wollte die Reichsregierung ihre möglichen Widersacher waffenlos machen. Sie wappnete sich auch für den Fall, daß es ungeachtet aller Strafandrohungen doch zu politisch motivierten Streiks gegen die Regierung Papen kam. Wo das Strafrecht versagte, sollte eine erprobte Streikbrechertruppe einspringen, um zumindest das Funktionieren der öffentlichen Versorgungseinrichtungen zu gewährleisten: die Technische Nothilfe. Diese 1919 ins Leben gerufene Organisation hatte zu Beginn der 20er Jahre eine nicht unwichtige Rolle gespielt, indem sie für die Aufrechterhaltung des Betriebs so mancher lebenswichtiger Versorgungsunternehmen bei Streikaktionen sorgte<sup>40</sup>. Nach einem zunehmenden Bedeutungsverlust seit Ende der 20er Jahre wurde sie unter Papen reaktiviert, damit die Regierung bei ihrem Weg in den autoritären Staat nicht vor der Anwendung der Streikwaffe zu kapitulieren brauchte.

Die ehrenamtlich tätigen Nothelfer erfüllten die Grundvoraussetzung politischer Zuverlässigkeit – schon in den 20er Jahren hatte sich in ihren Reihen die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie einer großen Beliebtheit erfreut. Aber auch gegenüber den Nationalsozialisten bestand eine politische Abgrenzung<sup>41</sup>, so daß die Technische Nothilfe wohl für die Durchführung auch gegen die NSDAP gerichteter Maß-

<sup>39</sup> Der erste Anstoß zum Erlass einer derartigen Notverordnung war am 15. November 1932 vom preußischen Innenminister Bracht ausgegangen. Dessen Entwurf einer Verordnung „über den Arbeitsfrieden in lebenswichtigen Betrieben“ wurde auf einer Referentenbesprechung am 19. November mit Vertretern aller zuständigen Ressorts diskutiert, woraufhin das Reichsinnenministerium die Federführung in dieser Angelegenheit übernahm und den in Anmerkung 38 erwähnten Entwurf ausarbeitete, der weitgehend auf der Vorarbeit des preußischen Innenministeriums fußte. Vgl. zu diesen Vorgängen das Protokoll einer Sitzung des Reichskabinetts vom 18. 11. 32, ebd., 964f., ein Schreiben des Reichsinnenministers an den Staatssekretär der Reichskanzlei Planck vom 25. 11. 32 samt Anlage, ebd. 1009–1012, und die Niederschrift der Ministerbesprechung vom 25. 11. 32, ebd., 1018f.; weitere wichtige Informationen über diesen Vorgang im Bundesarchiv Potsdam, Reichsarbeitsministerium Nr. 1979, Blatt 290–303.

<sup>40</sup> Grundlegend dazu ist der Aufsatz von *Michael H. Kater*, Die „Technische Nothilfe“ im Spannungsfeld von Arbeiterunruhen, Unternehmerinteressen und Parteipolitik, in: *VfZg* 27 (1979) 30–78.

<sup>41</sup> Die NSDAP hatte ihren Parteimitgliedern die Mitgliedschaft in der Technischen Nothilfe sogar ausdrücklich untersagt; darauf weist eine Anordnung des Reichsinnenministers Frick an die Obersten Reichsbehörden vom 4. Juli 1933 hin, die erwähnt, daß die NSDAP dieses Verbot am 14. März 1933 aufgehoben habe, Bundesarchiv Koblenz, R 43 II/1291b, Blatt 2. Auch den SA-Männern war eine Mitarbeit in der Technischen Nothilfe verboten, vgl. dazu eine entsprechende Verfügung des Obersten SA-Führers vom 3. Dezember 1931, wiedergegeben in dem Rundschreiben Nr. 9 vom 12. Januar 1932 der Reichs-Betriebszellenabteilung der NSDAP, ebd., NS 26, Nr. 283.

nahmen in Frage kam. Die Nothelfer rekrutierten sich zu Anfang der 30er Jahre hauptsächlich aus Angehörigen des „Stahlhelm“, der größten Wehrorganisation überhaupt, deren Führung sich eindeutig hinter die Regierung Papen gestellt hatte und dem Ziel der völligen Beseitigung des Parlamentarismus jedwede Unterstützung angeeignet lassen wollte. Dazu war ihr auch die Mitwirkung von Stahlhelmlern in der Technischen Nothilfe derartig wichtig, daß sie die Anweisung gab, diejenigen Mitglieder ihrer Organisation, die als Führer bei der Technischen Nothilfe vorgesehen waren, von den üblichen Pflichten des Stahlhelmmannes zu entbinden, damit sie sich ganz auf ihre Aufgaben als Nothelfer konzentrieren konnten<sup>42</sup>.

Die Technische Nothilfe war auf eine solche personelle Blutzufuhr angewiesen, da die Kürzungen der staatlichen Zuwendungen in der streikarmen Zeit seit Ende der 20er Jahre die Zahl der für die Streikabwehr geeigneten Ortsgruppen hatten zusammenschrumpfen lassen. Aber immerhin waren im November 1932 von den insgesamt 200 000 Nothelfern noch 50 000 in der sogenannten „Technischen Abteilung“ zusammengefaßt, die sich ausschließlich für eine Streikbekämpfung bereit hielt. Zudem sollten die finanziell mageren Jahre nach dem Willen der Regierung bald der Vergangenheit angehören. In einer streng vertraulichen Besprechung vom 30. November 1932 einigten sich die zuständigen Ressorts darauf, die Technische Nothilfe mit einer ersten Finanzspritze von 400 000 Reichsmark – fast 40% ihres normalen Jahresetats – besser als bisher in die Lage zu versetzen, die von ihr gewünschten Dienste zu leisten<sup>43</sup>. Dies war aber nur der erste Schritt, da sich die Reichsregierung als Endziel vorgenommen

<sup>42</sup> Siehe dazu das vertrauliche Rundschreiben des Stahlhelm-Bundeskanzlers an die Landesführer vom 10. Dezember 1932, Bundesarchiv Potsdam, 61 Sta 1 Nr. 438, Blatt 180. Über die starke Präsenz des Stahlhelm in der Teno waren auch die Freien Gewerkschaften gut informiert, wie aus einer Äußerung des ADGB-Vorsitzenden Leipart auf der ADGB-Bundesausschußsitzung vom 10. März 1931 hervorgeht, vgl. *Peter Jabn* (Bearb.), *Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933* (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert 4, Köln 1988) 273, im folgenden zitiert: *Jabn, Gewerkschaften*.

Wie sehr die Stahlhelmführung die antiparlamentarische, notfalls auch vor einem Verfassungsbruch nicht zurückschreckende Zielsetzung Papens unterstützte, geht aus einem Schreiben vom 25. 11. 32 an alle Landesführer hervor: „R. P. und Reg. hält gut von Anfang an angesetzte Linie. Parlamentarische Reg. Bildung erledigt. Autoritäres Kabinett in Bildung. Dinge laufen auch im Stahlhelmsinne gut. Nerven behalten.“, Bundesarchiv Potsdam, 61 Sta 1 Nr. 438, Blatt 176. Dieses Rundschreiben ist auch wiedergegeben bei *Volker R. Bergbahn*, *Der Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten 1918–1935* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 33, Düsseldorf 1966) 238.

<sup>43</sup> 1932 betrug der Jahresetat noch 1,095 Millionen Reichsmark gegenüber 3,5 Millionen im Jahre 1925. Diese Zahlen sowie die Angaben zur Stärke und Struktur der Teno sind enthalten in der im Bundesarchiv Potsdam, Reichsarbeitsministerium Nr. 1970, Blatt 269, überlieferten kurzen Organisationsübersicht. Ebenfalls dort, Blatt 268, findet sich ein Vermerk des Ministerialrats Steinmann von der Abteilung IIIa des Arbeitsministeriums über das Ergebnis der Besprechung vom 30. 11., „über deren Verlauf im Hinblick auf die Vertraulichkeit der Angelegenheit eine Aufzeichnung für die Akten nicht gemacht ist“. Das Einladungsschreiben vom 26. 11. zu dieser Besprechung ist auszugsweise wiedergegeben in *AdR Kabinett Papen* Bd. 2, 965.

Weitere wichtige Informationen über die Einsatzbereitschaft der Technischen Nothilfe auch in dem ungedruckten Manuskript von deren geschäftsführendem Vorstandsmitglied Otto Lumitzsch „Die Technische Nothilfe“, Bundesarchiv Koblenz, Kleine Erwerbungen 394, Nr. 1, dort vor allem Blatt 67–70.

hatte, die Technische Nothilfe wieder auf den materiellen und organisatorischen Stand von 1925 zu bringen, was einer Verdreifachung der an sie fließenden Gelder gleichkam<sup>44</sup>.

Damit hatte die Reichsregierung das Ihrige getan, um für eine mögliche Konfrontation mit ihren Opponenten gerüstet zu sein. Die Hauptlast bei einem Konflikt mit einer organisierten Gegnerschaft hatte aber zweifellos die Reichswehr zu tragen, denn sie hatte den Ausnahmezustand und das Notverordnungsregime zu exekutieren. Doch mittlerweile war Reichswehrminister Schleicher aus einem doppelten Grund auf deutliche Distanz zum Konfrontationskurs Papens gegangen. Der Minister war nicht bereit, die Reichswehr um der ungeliebten Ziele des Reichskanzlers willen einer solchen Belastungsprobe auszusetzen. Nicht die Schaffung eines autoritären Staates mit einer darauf zugeschnittenen Verfassung besaß für ihn in diesen Wochen absolute Priorität. Er wollte vielmehr weiterhin die deutsche Wehrmacht kräftigen und vergrößern, wozu ihm die Integration wehrbereiter Nationalsozialisten unentbehrlich erschien.

Hinzu kam, daß Schleicher die Reichswehr mit der exekutiven Absicherung des Verfassungsbruchs für überfordert hielt. Denn die Regierung hatte sich in breiten Volksschichten eben nicht das Ansehen einer überparteilichen und kraftvollen Wählerin der Staatsautorität erworben, der gegenüber man geneigt sein konnte, ihr für eine Übergangszeit diktatorische Vollmachten einzuräumen. Im Gegenteil: gerade die Sozialpolitik Papens hatte besonders in der Arbeiterschaft wachsende Erbitterung ausgelöst und ließ die Regierung als Vertreterin von Sonderinteressen der Besitzenden erscheinen.

Durch eine Notverordnung vom 5. September 1932 hatte die Regierung nämlich den Unternehmern die Möglichkeit eingeräumt, im Falle von Neueinstellungen die Tariflöhne zu kürzen. Außerdem wurde es ihnen nun gestattet, die tariflich festgesetzten Löhne im Einvernehmen mit dem Schlichter um bis zu 20% zu reduzieren, falls auf diese Weise eine Existenzgefährdung von ihrem Betrieb abgewendet werden konnte<sup>45</sup>. Selbst einige Kabinettsmitglieder hielten schon die Wiederbetrauung Papens mit der Kanzlerschaft – also den möglichen Verfassungsbruch des dazu entschlossenen Papens gar nicht eingerechnet – für ausreichend, um einen Generalstreik auszulösen. Auf Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk hatten die als Reaktion auf die September-Notverordnung ausgebrochenen Lohnstreiks einen solchen Eindruck gemacht, daß er zu der Ansicht gelangte, „daß die Heftigkeit des Widerstandes, der sich nun mal gegen Papen als Prototyp einer antisozialen und reaktionären Regierung richte, zu Teilstreiks und schließlich zum Bürgerkrieg führen könne“<sup>46</sup>.

Einen ersten Vorgeschmack auf das, was für diesen Fall zu gewärtigen war, hatte der Berliner Verkehrsarbeiterstreik vom 3. bis 7. November 1932 vermittelt, bei dem sich Nationalsozialisten und Kommunisten erstmalig gemeinsam zu einer ausgedehnten

<sup>44</sup> Vgl. dazu das geheime Schreiben des Reichswehrministeriums über den militärischen Ausnahmezustand vom 27. Januar 1933, Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RH 1 / v. 13b, dort Blatt 112.

<sup>45</sup> Vgl. dazu *Hörster-Philipps*, *Konservative Politik* 308 ff.

<sup>46</sup> Solche offenen Worte fand der Minister in einer Besprechung mit Papen und Gürtner am 29. November, Tagebuchaufzeichnung Schwerins vom 29.11.32, *AdR Kabinett Papen* Bd. 2, 1030.

Streikaktion zusammengefunden hatten<sup>47</sup>. Nach diesem Ereignis stellte sich die Reichswehrführung in ihren Planungen auf das Zusammenspiel der beiden extremistischen Gruppierungen ein. Die neue Lage war Gegenstand einer Planübung am 25. und 26. November 1932, zu der die Wehrmachtsabteilung des Reichswehrministeriums die für die Durchführung eines Ausnahmezustandes zuständigen Offiziere sämtlicher 7 Wehrkreiscommandos und Vertreter weiterer daran beteiligter Stellen nach Berlin beordert hatte<sup>48</sup>.

Daß das Reichswehrministerium fast 60 Offiziere und Beamte zu einem zweitägigen Planspiel in die Reichshauptstadt bestellte, kann als eindeutiges Indiz dafür gelten, daß sich die Reichswehr für den Fall einer Kraftprobe der Exekutive mit den Gegnern der Papen-Regierung gründlich vorbereitete. Welches Szenario lag nun dieser Berliner Zusammenkunft zugrunde?

Obwohl noch immer ein gewisses Dunkel über dieser Besprechung liegt, da über sie nicht zuletzt wegen ihres hohen Geheimhaltungsgrades nur spärliche schriftliche Zeugnisse existieren, steht folgendes doch mit Sicherheit fest: die Reichswehr traf hier Vorbereitungen für den Ernstfall, nämlich für die Verhängung des Ausnahmezustandes, der die Übertragung der vollziehenden Gewalt auf den Reichswehrminister zur Folge hatte. Mittels der Planübung wollte die Reichswehrführung durchexerzieren, ob sie überhaupt fähig war, den Ausnahmezustand erfolgreich zu exekutieren.

Das Ergebnis einer solchen Prüfung hing nicht zuletzt von den politischen Umständen ab, die den Griff zum stärksten Machtmittel des Staates nötig erscheinen ließen. Es war die Politik, die über den Erfolg oder Mißerfolg einer solchen Aktion entschied, weil die Reichswehr als bloß ausführendes Organ die politische Ausgangslage nicht zu ändern vermochte. Und diese politische Grundkonstellation wurde durch das Erscheinungsbild und die Absichten der amtierenden Reichsregierung bestimmt.

Für Papen kamen zwei Gründe in Betracht, um den Reichspräsidenten zur Verordnung des Ausnahmezustandes zu bewegen. Einmal war denkbar, daß seine politisch angeschlagene Regierung zum Ausnahmezustand Zuflucht nahm, um politisch motivierte Streiks niederzuhalten und sich damit das Überleben zu sichern. Aber auch für den ja seit längerem von Papen ins Auge gefaßten Fall, daß die Regierung in die Offensive gehen und die verfassungswidrige Ausschaltung des Reichstags in Angriff nehmen wollte, bedurfte sie der Rückendeckung durch den Ausnahmezustand.

<sup>47</sup> Hierzu siehe *Winkler*, Weg in die Katastrophe 765–773.

<sup>48</sup> Die Einladung vom 16. 11. 32 zu dieser Planübung ist in Faksimile wiedergegeben bei *Rainer Wohlfeil/Hans Dollinger*, Die Deutsche Reichswehr (Wiesbaden 1977) 244. Wichtige Unterlagen des Planspiels bei *Fritz Arndt*, Vorbereitungen der Reichswehr für den militärischen Ausnahmezustand, in: *Zeitschrift für Militärgeschichte* 4 (1965) 195–203; im folgenden zitiert: *Arndt*, Vorbereitungen. Vom Chef der für die Durchführung der Übung zuständigen Wehrmachtsabteilung, Oberstleutnant Ott, ist eine Vortragsnotiz vom 2. 12. 32 erhalten, publiziert bei *Vogelsang*, Reichswehr 484f. Diese Notiz deckt sich inhaltlich weitgehend mit einer aus dem Gedächtnis angefertigten Niederschrift Otts vom 15. 12. 1947, bei *Otto-Ernst Schüddekopf*, Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933 (Hannover/Frankfurt am Main 1955) 374f.; im folgenden zitiert: *Schüddekopf*, Heer. In den „Militärgeschichtlichen Mitteilungen“ erscheint in Kürze eine Dokumentation, in der bislang unbekannte Dokumente über diese Planübung erstmals abgedruckt sind: *Wolfram Pyta*, Vorbereitungen für den militärischen Ausnahmezustand unter Papen/Schleicher.

Wollten die Kontrahenten Papens nicht kampfflos kapitulieren, stand ihnen nur ein geeignetes Gegenmittel zur Verfügung, mit dessen Hilfe sie den Ausnahmezustand möglicherweise unterlaufen konnten: der Generalstreik. Was immer also die Motive der Regierung für die Ausrufung des Ausnahmezustands sein mochten, die Reichswehrführung hatte sich in jedem Fall darauf einzustellen, daß schlimmstenfalls ein „Generalstreik *Aller*“<sup>49</sup> als Gegenreaktion drohte. Sie ging in ihrer Planübung davon aus, daß bei einem politischen Massenstreik der aktive Part in erster Linie Sozialdemokraten und Kommunisten samt ihren Organisationen wie Freien Gewerkschaften und Revolutionärer Gewerkschaftsopposition (RGO) zufalle, aber auch ein Mitmachen von Nationalsozialisten nicht ausgeschlossen werden könne. Nach der Erfahrung des Berliner Verkehrsarbeiterstreiks rechnete die Reichswehr offensichtlich damit, daß ein möglicher Widerstand gegen den Ausnahmezustand sowohl von links als auch von ganz rechts ausging. Die Abwehr eines Generalstreiks avancierte damit zum Hauptproblem des Planspiels. Dabei setzten die dafür verantwortlichen Militärs voraus, daß durch Notverordnungen, die sogar noch über die Entwürfe der Reichsregierung hinausgingen, Streiks überhaupt und nicht nur in lebenswichtigen Betrieben unter schwere Strafe gestellt werden würden<sup>50</sup>.

Für den Ausgang ihrer Planungen war also entscheidend, ob die Reichswehr annehm, einem von einer breiten Massenbasis getragenen politischen Streik gewachsen zu sein. Daß sie in diesem Falle zu einem negativen Befund kam und der politischen Führung von der Verhängung des Ausnahmezustandes abraten zu müssen glaubte, hieß nicht, daß sie die politische Opportunität eines Ausnahmezustandes an der Jahreswende 1932/33 generell verwarf.

Zwar kamen bei dem Planspiel einige strukturelle Mängel zur Sprache, die die Exekutierung des Ausnahmerechtes erschwerten. So war die Technische Nothilfe auf absehbare Zeit nur bedingt einsatzfähig, aber für die Bekämpfung politisch motivierter Streiks in den industriellen Zentren des Reiches durchaus geeignet. Ihr zu der Planübung eingeladenes geschäftsführendes Vorstandsmitglied Otto Lummitzsch gab dort die Versicherung ab, daß die Technische Nothilfe in der Lage sei, die Notversorgung lebenswichtiger Betriebe zumindest in den besonders streikgefährdeten industriellen Ballungsräumen zu gewährleisten, falls Reichswehr und Polizei für die physische Unversehrtheit der eingesetzten Nothelfer bürgten<sup>51</sup>. In Ostpreußen mußte zudem bei einem Ausnahmezustand eine Bedrohung durch polnische Truppen in Rechnung gestellt werden, so daß die dort stationierten Reichswehreinheiten für Zwecke der

<sup>49</sup> Formulierung in der Vortragsnotiz Otts für Schleicher vom 2.12.32, Hervorhebung im Original, *Vogelsang*, Reichswehr 484.

<sup>50</sup> Durchschlag eines solchen Notverordnungsentwurfs im Bundesarchiv Potsdam, Reichsarbeitsministerium Nr. 1979, Blatt 308 f.

<sup>51</sup> Über seine Mitwirkung an der Planübung der Reichswehr vom 25./26.11.32 berichtet Lummitzsch in seinem Manuskript über die „Technische Nothilfe“, Bundesarchiv Koblenz, Kleine Erwerbungen 394, Nr. 1, Blatt 78 f.

Damit spricht vieles dafür, daß Ott sich in seiner aus dem Gedächtnis angefertigten Niederschrift geirrt hat, als er dort behauptete, Lummitzsch habe sich zu einer wirksamen Bekämpfung politischer Streiks auch deswegen außerstande gesehen, weil die Mehrzahl seiner Nothelfer Nationalsozialisten gewesen seien; Aufzeichnung Otts vom 15.12.1947 bei *Schüddekopf*, Heer 374 f.

Grenzsicherung gebunden waren und zur Bekämpfung innerer Unruhen weitgehend ausfielen.

Trotz solcher Defizite hielt die Reichswehrführung grundsätzlich an der Durchführbarkeit des Ausnahmezustandes fest. Denn wenn sie sich knapp drei Wochen nach der Planübung mit den zuständigen zivilen Stellen über eine möglichst effektive Bekämpfung politischer Streiks ins Benehmen setzte – worauf gleich noch einzugehen sein wird –, also die Planungen für den Ernstfall mit Präzision weiterliefen, müssen es die besonderen Umstände gewesen sein, die die bewaffnete Macht vor den Gefahren einer Exekutierung des Ausnahmezustands zurückschrecken ließen. Allem Anschein nach fühlte sich die Reichswehr überfordert, den Ausnahmezustand zugunsten einer äußerst unpopulären Regierung erfolgreich durchzusetzen. Ein solches Vorgehen müsse Gegenmaßnahmen der Kritiker der Regierung Papen geradezu provozieren und Unruhen auslösen, deren das Militär nur um den Preis eines Blutbades Herr zu werden vermochte. Die Reichswehrführung leitete hierbei also die „Sorge, daß man in wenigen Tagen gegen  $\frac{1}{10}$  des Volkes mit M.G. auf d. Straße“<sup>52</sup> stehe.

Damit ging die bewaffnete Macht auf deutliche Distanz zum Konfrontationskurs Papens. Der zurückgetretene Reichskanzler zeigte sich aber gleichwohl entschlossen, die Kraftprobe mit seinen Gegnern zu wagen und zielstrebig auf den Staatsnotstand zuzusteuern. Die entscheidende Rückendeckung erhielt er dabei vom Reichspräsidenten, der seine in Neudeck am 30. August 1932 bekundete Bereitschaft erneuerte, Papen für den absehbaren Konflikt mit dem Reichstag mit den nötigen präsidentialen Vollmachten zur Seite zu stehen. Am 1. Dezember 1932 tat Hindenburg gegenüber Papen und Schleicher seine Absicht kund, Papen erneut mit dem Reichskanzleramt zu betrauen und ihn auf seinem konfliktträchtigen politischen Weg zu begleiten<sup>53</sup>.

Doch Papen mußte am nächsten Tage auf einer kurzfristig anberaumten Ministerbesprechung erfahren, daß ihm die Mehrheit des Kabinetts auf diesem Weg die Gefolgschaft aufkündigte und sich gegen eine erneute Kanzlerschaft Papens aussprach. Mit dem präsidentialen Vertrauen im Rücken hätte Papen zur Not auch ohne die alten Minister ein Kampfkabinetts nach seinen Vorstellungen bilden können, wenn ihm jetzt nicht die Reichswehr deutlich zu verstehen gegeben hätte, daß sie in diesem Fall nicht für die Aufrechterhaltung der Ordnung garantieren könne. Der Vertraute Schleichers, Oberstleutnant Ott, kam an diesem 2. Dezember 1932 zu seinem Auftritt vor der Ministerrunde, indem er die sichtlich beeindruckten Ressortchefs über die kaum zu bewältigenden Schwierigkeiten der Reichswehr, mit Unruhen und passiver Resistenz fertigzuwerden, aufklärte und mit dem Appell schloß, „die Reichswehr müsse und

<sup>52</sup> So äußerte sich Reichswehrminister Schleicher auf einer Tagung der Gruppen- und Wehrkreisbefehlshaber in Berlin vom 13. bis 15. 12. 1932 gemäß den Aufzeichnungen eines der Teilnehmer, des Generalleutnants Liebmann, veröffentlicht bei *Vogelsang*, Neue Dokumente 426 f. Das Argument, daß ein Einsatz der Reichswehr in einem solchen Falle „im Interesse einer Oberschicht gegen das ganze Volk erfolgt“, taucht auch in der Vortragsnotiz Otts auf, *Vogelsang*, Reichswehr 485.

<sup>53</sup> Staatssekretär Meißner fertigte am 2. 12. 32 eine Aktennotiz über diese wichtige Unterredung an, an der neben Meißner selbst, Hindenburg und den beiden nun zu politischen Gegenspielern gewordenen Papen und Schleicher auch noch der Sohn des Reichspräsidenten, Oberst Oskar von Hindenburg, teilnahm. Diese Aufzeichnung ist publiziert bei *Vogelsang*, Zur Politik 105 ff.

würde zwar jedem Befehl Folge leisten, aber sie [die militärisch Verantwortlichen] könnten nur bitten und wünschen, daß dieser Kelch an ihnen vorübergehen möge<sup>54</sup>.

Sicherlich war Reichswehrminister Schleicher in dieser Situation nicht unbefangen – er hatte schließlich in der Besprechung tags zuvor beim Reichspräsidenten ausdrücklich gegen den Papen-Kurs Stellung bezogen und statt dessen eine Verständigung mit dem kompromißbereiten Teil der NSDAP als Alternative empfohlen. Dennoch wäre die Ansicht überzogen, daß Schleicher das Ergebnis des Kriegsspiels manipuliert habe, um es bei passender Gelegenheit gegen seinen Rivalen Papen auszuspielen. Die bereits herangezogenen Zeugnisse deuten vielmehr darauf hin, daß sich die Reichswehrführung nach gründlicher und unvoreingenommener Prüfung der Lage nicht imstande sah, sich für die Regierung Papen mittels der Exekutierung des Ausnahmezustandes in die Bresche zu werfen, ohne dabei einen Bürgerkrieg auszulösen.

War aber diese Lagebeurteilung des Reichswehrministeriums zutreffend? Wäre es tatsächlich zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen gekommen, falls Papen erneut die Regierungsgeschäfte anvertraut worden wären? Vieles spricht dafür, daß die militärische Führung – aber nicht nur sie – die Widerstandsbereitschaft gegenüber dem Papen-Kurs selbst für den Fall eines Verfassungsbruchs überschätzte.

Denn den Gegnern Papens fehlte zunächst eine zündende Parole: wer wollte angesichts der Massenarbeitslosigkeit die noch in Arbeit Stehenden um der termingerechten Ansetzung nochmaliger Neuwahlen willen auf die Straße bringen? Zu bedenken ist dabei auch, daß das Dekret zur Auflösung des Reichstags nicht zwingend die Ankündigung einer – verfassungswidrigen – Vertagung der Reichstagsneuwahl enthalten mußte. Die Terminfrage konnte also zunächst offenbleiben, was es den Gegnern des Präsidialregimes erschwert hätte, für den ungewissen Zeitpunkt einer bloß vermuteten Abweichung von der Verfassung ihre Anhänger zu Massenaktionen zu mobilisieren.

Die Erfolgsaussichten eines von heterogenen Kräften getragenen politischen Generalstreiks wurden zudem durch die ungeklärte Führungsfrage belastet. Wem sollte die Führung dieser Unternehmung zufallen, wo doch gemutmaßt werden konnte, daß die politischen Konkurrenten nicht nur den Sturz des ungeliebten Papen im Visier hatten, sondern darüber hinaus die einmal angelaufene Massenaktion so steuern wollten, daß sie ihnen zur Regierungsmacht verhalf. Ein Massenstreik gegen Papen als Auslöser von kaum kontrollierbaren revolutionären Unruhen, die ins Machteroberungskalkül der beiden totalitären Parteien paßten – dies war das abschreckende Szenario, das zumindest den Freien Gewerkschaften und der SPD größtes Unbehagen bereitete. Daher kam für sie eine Beteiligung an einer solchen Aktion nicht in Frage, da deren revolutionäre Eigendynamik nicht unter ihrer Kontrolle zu halten gewesen wäre.

Nicht zuletzt vor dem Erfahrungshintergrund des Kapp-Putsches, wo der den Putsch zum Scheitern bringende Generalstreik der sozialdemokratischen Führung im Ruhrgebiet aus den Händen gegliitten war und sich zu einem bewaffneten Aufstand für die Diktatur des Proletariats ausgeweitet hatte<sup>55</sup>, scheute die SPD-Spitze die Aus-

<sup>54</sup> Wiedergabe des Auftritts von Ott gemäß einer Tagebuchaufzeichnung des Finanzministers Schwerin von Krosigk vom 4.12.32, *AdR Kabinett Papen* Bd. 2, 1036 ff., Zitat 1038.

<sup>55</sup> Vgl. hierzu *Heinrich August Winkler*, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und*

lösung unberechenbarer Massenaktionen und zog sich auf die klassische Position des revolutionären Attentismus zurück: „Wir machen keine Revolution, sie kommt.“<sup>56</sup>

Auch die Führung des ADGB teilte die Skepsis der ihr politisch nahestehenden Sozialdemokratie. Auch sie wollte sich nicht dafür hergeben, eine so riskante Aktion wie einen politischen Generalstreik einzuleiten; die Erfolgsaussichten mußten von vornherein gering veranschlagt werden, auch stand zu befürchten, daß der Streik von den Kommunisten für ihre Absichten, die von denen der Sozialdemokratie und Freien Gewerkschaften fundamental abwichen, mißbraucht werden würde. Der Vorstand des ADGB traf daher keinerlei Vorbereitungen für den Ernstfall eines Verfassungsbruchs durch die Regierung.

Selbst auf eine Initiative der christlichen Gewerkschaften hin, die bezweckte, daß beide Richtungsgewerkschaften ihr Verhalten in einem solchen Fall aufeinander abstimmen, reagierte der ADGB mit äußerster Zurückhaltung<sup>57</sup>.

Den Kommunisten fehlte es im Gegensatz zu den Sozialdemokraten nicht an der Bereitschaft zum politischen Massenstreik – doch reichten ihre Kapazitäten bei weitem nicht aus, um einer solchen Willensbekundung eine entsprechende politische Tat folgen zu lassen. Schon die wirkungslosen Aufrufe zum Generalstreik nach dem Papen-Schlag gegen Preußen am 20. Juli 1932 hatten nachdrücklich demonstriert, daß die KPD als Partei der Arbeitslosen allein die Betriebe nicht zum Stillstand bringen konnte. Selbst die von den Kommunisten nicht ohne Resonanz unterstützten und zum Teil inszenierten Streiks gegen die Papensche Septembertverordnung blieben reine Lohnkämpfe; auch der so oft als Menetekel angeführte Streik der Berliner Verkehrsarbeiter hatte noch keineswegs die Schwelle eines Lohnstreiks überschritten. Nach eigenem Eingeständnis hatte es die KPD noch nicht verstanden, genügend Betriebsarbeiter für genuin politische Ziele mobilisieren zu können, damit Lohnkämpfe in politische Proteststreiks umzufunktionieren und sie auf diese Weise zu revolutio-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 174*

Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924 (Berlin/Bonn 1984) 324–327 sowie Erhard Lucas, Der Generalstreik von 1920, in: Heinz Gerhard Haupt (Hrsg.), Politischer Streik (Frankfurt am Main 1981) 101–128, vor allem 123.

<sup>56</sup> Kommentar des SPD-Vorsitzenden Otto Wels zu dem möglichen Einsatz revolutionärer Machtmittel auf der Sitzung des Parteiausschusses vom 10. 11. 32, wiedergegeben in der Quellenedition von Hagen Schulze, Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33 (Archiv für Sozialgeschichte Beiheft 4, Bonn 1975) 70. Siehe dazu auf dieser Sitzung weiterhin die Äußerungen von Lipinski und Künstler sowie die skeptische Bemerkung Otto Brauns auf einer Sitzung des SPD-Parteivorstands vom 30. 1. 1933, ebd. 39, 52 und 135.

<sup>57</sup> Dazu bestand in einer Hinsicht sicherlich guter Grund, denn die Führer der christlichen Gewerkschaften wollten die von Papen ausgehenden Gefahren dadurch abwehren, daß sie die Bildung einer Regierung aus NSDAP und Zentrum anregen, welche die Sozialdemokratie durch Vermittlung der Freien Gewerkschaften im Reichstag dann tolerieren sollte. Über diese gemeinsame Sitzung der Spitzen der freien und christlichen Gewerkschaften am 9. 11. 1932 unterrichtet eine Aktennotiz von Hermann Schlimme, Sekretär im ADGB-Bundesvorstand, vom selben Tage, Archiv der sozialen Demokratie Bonn, Bestand ADGB, Kasette 2. Daß die Gewerkschaftsführung den politischen Streik als taugliches Mittel verwarf, kam besonders deutlich auf der Sitzung des ADGB-Bundesausschusses vom 7. 10. 32 zum Ausdruck, vgl. *Jahn*, Gewerkschaften 716, 719 und 721.

nieren. Zu Ende des Jahres 1932 fehlten der KPD die grundlegenden Voraussetzungen, um mittels einer starken Stellung in den Betrieben ihre revolutionäre Machteroberungsstrategie erfolgreich betreiben zu können.

Als die KPD auf ihrer dritten Reichsparteikonferenz vom 15. bis 18. 10. 1932 ihren politischen Hauptstoß wieder ganz gegen die Sozialdemokratie richtete, hatte sie sich selbst in die Lage hineinmanövriert, ihre begrenzten politischen Energien an so vielen Fronten gleichzeitig zu verausgaben, daß ein Aufruf zum Sturz der Regierung Papen durch von der KPD entfesselte Massenaktionen schlichtweg über ihre Kräfte ging und zur bloßen revolutionären Rhetorik geriet<sup>58</sup>.

Viel weniger als über SPD und KPD wissen wir darüber, wie sich aller Voraussicht nach die NSDAP bei einer Proklamierung des Staatsnotstandes verhalten hätte. Zweifellos erblickte der revolutionäre Flügel in dieser Partei darin eine willkommene Gelegenheit, die ungeliebte Legalitätstaktik aufzugeben und sich in einer Art Notwehr gegen das verfassungswidrige Treiben Papens zur Macht zu putschen. „Wenn die Gegenseite die Verfassung bricht, dann hört auch für uns jeder Zwang zur Gesetzmäßigkeit auf; dann kommt Steuerstreik, Sabotage und Aufstand. Die Frage ihres Sturzes wird dann in einigen Tagen gelöst sein.“<sup>59</sup>

Doch ist es unwahrscheinlich, daß Hitler nach den für ihn traumatischen Erfahrungen des gescheiterten Putsches von 1923 eine Konfrontation mit der bewaffneten Macht ein zweites Mal riskieren wollte. Die bislang zur Verfügung stehenden Quellen geben somit zu der Vermutung Anlaß, daß sich die Hitler-Partei an einem politischen Streik gegen eine vom Reichspräsidenten getragene Regierung nicht beteiligt hätte. Für diese Annahme spricht auch, daß die politische Kampftruppe der NSDAP in den Betrieben, die 221 000 Mitglieder zählende Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO), eine Beteiligung an politisch motivierten Streiks – nicht an Lohnstreiks – ausdrücklich ablehnte<sup>60</sup>.

Zieht man eine Bilanz der tatsächlichen Kampfbereitschaft der Hauptgegner Papens, dann kommt man um die Schlußfolgerung nicht herum, daß sowohl eine er-

<sup>58</sup> Diese Politik der KPD ist quellenmäßig gut belegt, vgl. nur die wichtigen Editionen von *Hermann Weber*, Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Reihe 3, Bd. 6, Düsseldorf 1981), vor allem 534–577 und 600–647 sowie von *Heinz Karl/Erika Kücklich*, Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933 (Berlin 1965), insbesondere 217–220, 277–307 und 311–317.

Hinzuzuziehen ist auch die Monographie von *József Wieszt*, Zur Politik der KPD 1928–1932 unter besonderer Berücksichtigung ihres Verhältnisses zu den reformistischen Gewerkschaften (Phil.Diss. Frankfurt am Main 1976), vor allem 512–569.

<sup>59</sup> Eintragung vom 28. August 1932 im Tagebuch von Joseph Goebbels, des wohl prominentesten Vertreters dieser Richtung, bei *Elke Fröblich* (Hrsg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Sämtliche Fragmente, Bd. 2 (München/New York/London 1987) 233. Hinweise auf weitere revolutionäre Äußerungen einiger NS-Unterführer im Bundesarchiv Potsdam, Reichsministerium des Innern Nr. 26206, vor allem Blatt 417, 420 und 439.

<sup>60</sup> „Ausgesprochen *politische* Streiks ... lehnen wir in vollster Verantwortlichkeit vor unausbleiblichen Maßregelungen und fristlosen Entlassungen der Belegschaften rundweg ab“, so die entsprechende Formulierung in den Streikunterstützungsbestimmungen der NSBO vom 1. August 1932, Bundesarchiv Koblenz, NS 26, Nr. 278.

neute Kanzlerschaft Papens als auch ein von Papen inszenierter Verfassungsbruch auf keine organisierte Resistenz großen Ausmaßes gestoßen wären. Daß die Reichswehrführung Papen bei seinem Konfrontationskurs nicht begleiten wollte und ihn damit letztlich zu Fall brachte, beruhte in erster Linie auf einer Überschätzung der Widerstände, die Papen entgegengebracht worden wären. Anscheinend ließ sich die Reichswehrführung vom revolutionären Auftreten der KPD derartig beeindrucken, daß sie bei Verhängung des Ausnahmezustandes zugunsten einer Regierung Papen die Auslösung großangelegter revolutionärer Aktionen unter Führung der KPD befürchtete<sup>61</sup>. Die Reichswehr konnte sich offensichtlich nicht aus ihrer Fixierung auf die Überbetonung einer von den Kommunisten ausgehenden revolutionären Gefahr lösen.

### III.

Papens Nachfolger wurde General Schleicher, der die risikoärmere und verfassungskonformere Alternative anzubieten hatte. Der Unterschied zwischen dem Verfassungspolitiker Papen und dem Wehrpolitiker Schleicher zeigte sich darin, daß für den General die weitgesteckten Verfassungspläne à la Papen/Gayl keine Rolle spielten<sup>62</sup>. Schleichers Hauptinteresse galt der Erreichung der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands durch Aufrüstung. Zudem wollte er sich auf die Lösung des drängendsten Gegenwartsproblems, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, konzentrieren. Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gedachte er eine arbeitsfähige Mehrheit im Reichstag quer zu den Parteien aus Gewerkschaftern und den Anhängern des kompromißbereiten Straßer-Flügels der NSDAP zustande zu bringen<sup>63</sup>. Doch als in der NSDAP Hitler mit seinem „Alles-oder-Nichts“-Kurs die Oberhand behielt und Straßer sich resignierend aus der Politik zurückzog, war Schleichers Querfrontkonzept gescheitert<sup>64</sup>. Mitte Januar 1933 blieb dem neuen Kanzler nur noch der Rückgriff auf jenes Mittel übrig, bei dessen Einsatz er als Reichswehrchef seinem Vorgänger die Mitwirkung noch versagt hatte: die Berufung auf einen Staatsnotstand<sup>65</sup>.

<sup>61</sup> Jedenfalls wurden von der hauptsächlich für die Observation der KPD zuständigen Nachrichtensammelstelle im Reichsinnenministerium die revolutionären Bekundungen der KPD als derartig bedrohlich angesehen, daß selbst die 6 Millionen KPD-Wähler vom 6. 11. 1932 als „williges Werkzeug in den Händen der KPD“ eingestuft wurden. Der entsprechende Bericht vom 10. November 1932 – Abschrift davon im Bundesarchiv Potsdam, Reichsjustizministerium Nr. 6789, dort Dokument Nr. 81 (Zitat auf S. 8) – wurde auch dem Reichswehrministerium zugeleitet.

<sup>62</sup> Von Schleicher sind keine Pläne zu einer autoritären Umgestaltung der Weimarer Verfassung überliefert. Er hat sich vielmehr auch als Minister im Kabinett Papen gegen das Aufrollen der Verfassungsfrage ausgesprochen und darauf auch ausdrücklich in einem Gespräch mit den ADGB-Vorstandsmitgliedern Leipart und Eggert vom 28. 11. 1932 (bei *Jahn*, Gewerkschaften, 768) und in einer Unterredung mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Breitscheid ebenfalls vom 28. November (Protokoll dieses Gesprächs in den Akten der Historischen Kommission Berlin, NB 112) hingewiesen.

<sup>63</sup> Vgl. hierzu vor allem *Schildt*, Militärdiktatur 128–157.

<sup>64</sup> Siehe ebd. 159–173 und *Hentschel*, Weimars letzte Monate 79–82.

<sup>65</sup> Auf der Ministerbesprechung vom 16. Januar 1933 wurde dieser Ausweg von Schleicher vorgeschlagen und vom Kabinett akzeptiert, vgl. das Protokoll dieser Besprechung samt den dazugehörigen Anlagen in *AdR Kabinett Schleicher* 230–243.

Mit der verfassungswidrigen Verschiebung von Neuwahlen verfolgte Schleicher jedoch andere Ziele als sein Amtsvorgänger. Schleicher wollte nicht das Parlament vertragen, um in der parlamentslosen Zeit die Verfassung abzuändern; sein Griff nach dem Staatsnotstand war nur die ultima ratio, um sich gegen das zu erwartende Mißtrauensvotum des Reichstags zu wappnen und sich so das politische Überleben für einige Monate zu sichern. Schleichers Ignorierung des Artikels 25 war nicht gedacht als Auftakt zu einer Umgestaltung des politischen Systems, sondern nur als Versuch der Regierung, Zeit zu gewinnen, bis sich der Radikalismus angesichts der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Erholung abgeschwächt haben würde, so daß Neuwahlen ein arbeitsfähiges Parlament hervorbringen konnten, mit dem dann auf der Grundlage der Weimarer Verfassung eine Zusammenarbeit möglich werden würde.

Auch die Voraussetzungen für die Hinnahme eines befristeten Verfassungsbruchs waren unter Schleicher besser als unter Papen. Denn ein aus sozialem Protest gespeister politischer Generalstreik war gegen den „sozialen General“, der die besonders anstößigen Passagen der Papenschen Notverordnungen hatte aufheben lassen<sup>66</sup>, nur schwer vorstellbar. Zudem konnte sich Schleicher der Unterstützung der Reichswehr für den Ernstfall sicher sein: die allgemeine politische Lage hatte sich so entspannt, daß die bewaffnete Macht sich nicht des Vorwurfs erwehren mußte, zur Wahrung lediglich der Interessen einer schmalen Oberschicht notfalls mit Waffengewalt gegen das „Volk“ vorgehen zu müssen.

Die Reichswehr konnte also frei von solchen psychologischen Hemmnissen, die noch unter Papen das Denken der Reichswehrführung geprägt hatten, an die Planung des Ernstfalls gehen. Der – wenn nötig – rücksichtslosen Exekutierung des Ausnahmezustandes für den unwahrscheinlich gewordenen Fall von Massenwiderstand standen nun solche Bedenken nicht mehr im Wege. Oberst v. Bredow, der Chef des Ministeramts des Reichwehrministeriums (diese Position hatte Schleicher bis zum Mai 1932 bekleidet), lud daher am 10. Dezember 1932 Vertreter der zuständigen zivilen Ressorts zu einer Unterredung in die Räume des Reichwehrministeriums ein. In dieser Besprechung vom 15. Dezember wurde erörtert, in welcher Weise die zivilen Behörden den Militärs bei einer möglichen Verhängung des militärischen Ausnahmezustands die erforderliche Amtshilfe leisten konnten.

Wie weit die Reichswehrführung bei der Bekämpfung politischer Streiks dabei zu gehen gedachte, wird daraus ersichtlich, daß dort eine Anweisung an das Reichsarbeitsministerium erging, zu prüfen, ob es rechtlich durchführbar sei, daß Teilnehmer an einem verbotenen Streik für immer ihres Anspruchs auf Arbeitslosen- bzw. Wohlfahrtsunterstützung verlustig gingen<sup>67</sup>.

<sup>66</sup> Durch eine Notverordnung vom 4.12.32, siehe ebd. 100.

<sup>67</sup> Zudem sollten streikende Beamte ihre Beamtenrechte verlieren und „Organisationen und Parteien oder deren Mitglieder, die zu einem verbotenen Streik auffordern, ... auch zivilrechtlich für etwa entstandene Schäden haftbar gemacht werden“. Über diesen Vorstoß des Wehrministeriums informiert ein vertraulicher Vermerk des Ministerialrats Classen vom Arbeitsministerium vom 16.12.32, Bundesarchiv Potsdam, Reichsarbeitsministerium Nr. 1979, Blatt 307. Classen hatte an der Aussprache im Reichwehrministerium tags zuvor teilgenommen, die als derartig vertraulich deklariert wurde, daß von Aufzeichnungen über sie abgesehen werden sollte. Weitere

Ende Januar 1933 waren die Vorbereitungen der Reichswehr so weit gediehen, daß der Reichswehrminister für die Wehrkreiskommandos eine Übersicht über deren fast unbegrenzte Vollmachten im Falle eines militärischen Ausnahmezustandes erstellen ließ, die den ganzen Fundus von Maßnahmen verdeutlicht, aus dem sich die Militärbefehlshaber bedienen konnten. So war etwa auch einkalkuliert worden, daß sich einzelne Landesregierungen – gedacht war dabei sicherlich auch an die nationalsozialistisch regierten Länder Anhalt, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg und Thüringen – der Zusammenarbeit mit den militärischen Trägern der vollziehenden Gewalt widersetzen. In solchen Fällen sollte ihnen die Verfügung über die Polizei entzogen werden, bevor an weitergehende Maßnahmen wie die Einsetzung eines Reichskommissars gedacht war.

Die Reichswehrführung hatte ihre Planungen für den Ausnahmezustand also zu Ende des Januar 1933 abgeschlossen: mit der Neufassung vom 27. Januar 1933 des „Merkblatts für den militärischen Ausnahmezustand“ hatte sie den Wehrkreisbefehlshabern eine praktikable Anleitung an die Hand gegeben, die sicherstellen sollte, „daß im Falle einer überraschenden Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes alle Maßnahmen ohne Verzögerung durchgeführt werden können“<sup>68</sup>. Für eine notfalls durch die bewaffnete Macht abgestützte Aktion gegen Reichstag und Parteien hatte sich Reichskanzler Schleicher somit hinreichend gewappnet.

Doch Schleicher fehlte die alles entscheidende Voraussetzung für das Gelingen der Verfassungsdurchbrechung: das Placet des Reichspräsidenten. Er scheiterte daran, daß ihn Hindenburg – den Ratschlägen aus seiner Umgebung folgend – nicht auf diesem Wege begleiten wollte<sup>69</sup>. Seit dem Sommer 1932 hatten sich bei Hindenburg persönliche Animositäten und ein tiefsitzendes Mißtrauen gegen die Unberechenbarkeit des politisierenden Generals eingestellt. Doch als ausschlaggebend für den Fehlschlag Schleichers erwies sich, daß das stets mit dem Gedanken des Staatsnotstandes in Konkurrenz stehende „Zähmungskonzept“ im Januar 1933 wieder zur echten politischen Alternative für die Entourage Hindenburgs geworden war.

Es war ausgerechnet Papen, der, nachdem sich die Reichswehr seiner Staatsnotstandsplanung letztlich verweigert hatte, die Idee der politischen Einbindung Hitlers wieder ins Zentrum der Politik brachte, möglicherweise um seiner weitreichenden Verfassungspläne willen, ganz sicher aber aus Trotz und gekränkter Eitelkeit<sup>70</sup>. Ein

*Fortsetzung Fußnote von Seite 178*

Dokumente zu der Besprechung im Reichswehrministerium sind bei *Arndt*, Vorbereitungen 201 ff., veröffentlicht.

<sup>68</sup> Geheimschreiben des Reichswehrministeriums vom 27.1.1933, Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RH 1 / v. 13b, Blatt 110; das 37seitige überarbeitete „Merkblatt für den militärischen Ausnahmezustand“ vom 27.1.33 findet sich ebd., RWD6/26.

<sup>69</sup> Hindenburg gab Schleicher am 23.1.33 zu verstehen, daß er sich schwerlich zur Verschiebung von Neuwahlen über die verfassungsmäßige Frist hinaus hergeben werde: Notiz über einen Empfang Schleichers durch den Reichspräsidenten, *AdR Kabinett Schleicher* 284f. Auf einem weiteren Empfang am 28.1.33 zeigte sich der Reichspräsident nicht einmal mehr bereit, Schleicher die Auflösung des Reichstags zuzugestehen: Niederschrift aus dem Büro des Reichspräsidenten vom 28.1.33, ebd. 310f.

<sup>70</sup> Vgl. dazu *Bracher*, Auflösung 602–607.

solcher Anstoß konnte nur von dem gescheiterten Ex-Kanzler ausgehen, da dieser im Gegensatz zu seinem Nachfolger sich des uneingeschränkten Vertrauens des Reichspräsidenten auch nach seiner Entlassung erfreute und auf diese Weise Hindenburgs psychologische Abneigung gegen eine Kanzlerschaft Hitlers zu überwinden vermochte.

Nachdem die Verfechter des autoritären Staates beim ersten Anlauf zur Realisierung ihrer systemumwälzenden Ziele nach dem 13. August 1932 noch gescheitert waren, glaubten sie, beim zweiten Versuch auf die Mitarbeit der Nationalsozialisten nicht verzichten zu können. Dabei stellten sie anscheinend keine genaueren Überlegungen darüber an, wie eine an die Regierungsmacht gelangte NSDAP so ausmanövriert werden konnte, daß sie den Weg in einen autoritären Staat mitmachte und damit ihre eigene politische Entmachtung einleitete. Es war die unüberwindliche Gegnerschaft zum Staat von Weimar und damit zur parlamentarischen Demokratie, die die Protagonisten einer autoritären Staatlichkeit im entscheidenden Moment die bis dahin durchaus wahrgenommenen totalitären Risiken ihres Unterfangens ignorieren ließ. Sie öffneten Hitler das Tor zur Macht, weil sie hartnäckig das Ende der Weimarer Republik herbeiführen wollten.

Daß der Staat von Weimar auf diese Weise endete, war aber selbst zu Beginn des Jahres 1933 kein unentrinnbares Schicksal. Gewiß ist es unbestreitbar, daß der Prozeß der Destabilisierung des politischen Systems Ende 1932 ein Stadium erreicht hatte, in dem gangbare und zugleich verfassungskonforme Wege zur Lösung der Staatskrise offensichtlich nicht mehr zu Gebote standen. Was an realen Möglichkeiten noch übriggeblieben war, mußte unter Gesichtspunkten der Verfassungskonformität und der Erhaltung von Demokratie und parlamentarischem System als schlechthin deprimierend und bedrohlich bewertet werden: zum einen die Umformung des bislang praktizierten Präsidialregimes in eine veritable Präsidialdiktatur, zum andern eine Beteiligung der NSDAP an der Reichsregierung. Die Präsidialdiktatur unter – zumindest zeitweiliger – Ausschaltung des Reichstags konnte in die Verhängung des Ausnahmezustands und in eine Militärdiktatur ausmünden, dann nämlich, wenn die Ankündigung einer Veragung der Reichstagswahl mit massiven Streikaktionen und Unruhen beantwortet würde. Eine Beteiligung der NSDAP an der Reichsregierung war nach den wiederholten Verlautbarungen Hitlers nur möglich in Gestalt einer Reichskanzlerschaft Hitler; daß dies die Auslieferung des Staatsapparats an die Hitler-Bewegung und damit das Ende von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland bedeuten würde, konnte kaum zweifelhaft sein.

Eine solche Alternative mochte sich aus der Sicht von Anhängern der demokratischen Republik wie die Wahl zwischen Pest und Cholera ausnehmen. Tatsächlich aber liefen die beiden Optionen nicht zwingend auf dasselbe hinaus, auf das definitive Ende „Weimars“ als demokratisch-parlamentarische Republik. Wenn der Staatsapparat an die Hitler-Bewegung ausgeliefert wurde, aber auch wenn eine Verfassungsreform à la Papen/Gayl zustande kam, bedeutete dies die Schaffung machtgestützter neuer Verfassungszustände von unabsehbarer Dauer; ob und wie sie je wieder verändert werden konnten – im Sinne einer Rückkehr zum demokratischen Verfassungsstaat – stand dahin. Bei Schleichers Plan einer befristeten Ausschaltung des Reichstags

lagen die Dinge anders. Wenn es überhaupt zu großangelegten Gegenaktionen gekommen wäre, die zur Verhängung des Ausnahmezustands geführt hätten (was keineswegs als sicher gelten kann), dann wäre eine von der Reichswehr gestützte Präsidialdiktatur nach menschlichem Ermessen eine transitorische Lösung der Staatskrise gewesen – nicht allein deshalb, weil Schleicher selbst und mit ihm die anderen Reichswehrführer keine dauerhafte Militärdiktatur erstrebten, sondern weil es in Deutschland keine gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine Militärdiktatur von unbegrenzter Dauer gab. Die Möglichkeit einer *späteren* Wiederherstellung parlamentarischer Regierungsweise, nach dem Abflauen der Wirtschaftskrise und dem damit einhergehenden Einflußverlust der extremistischen Parteien, wäre nicht verschüttet worden wie im Fall einer Übertragung der Staatsmacht an Hitler und seine Partei oder einer Umkonstitutionierung der Republik in einen autoritären Obrigkeitsstaat nach den Plänen Papens und Gayls. In der desolaten Situation um die Jahreswende 1932/33 aber war eben dies die einzige noch verbliebene Überlebenschance „Weimars“: das Offenhalten des schmalen Pfades zu *späterer* Retablierung demokratisch-parlamentarischer Verfassungsverhältnisse.



*Dieter Grimm*

## Verfassungserfüllung – Verfassungsbewahrung – Verfassungsauflösung

### Positionen der Staatsrechtslehre in der Staatskrise der Weimarer Republik

#### I.

Die Staatskrise der Weimarer Republik war eine Folge des Regierungswechsels vom Juni 1932. Der Regierung Papen fehlte nicht nur eine parlamentarische Mehrheit, die sie stützte und ihrer Politik die erforderliche gesetzliche Grundlage verschaffte. In dieser Lage hatte sich bereits die Regierung Brüning befunden, die ebenfalls ohne parlamentarischen Rückhalt gewesen war und nur mit Hilfe der Sondervollmachten regieren konnte, die die Verfassung dem Reichspräsidenten für Ausnahmesituationen einräumte. Im Unterschied zu Brüning fand Papen aber auch keine Mehrheit mehr, die bereit gewesen wäre, seine Regierung zu *tolerieren* und auf ihr Vetorecht gegen die Notverordnungen des Reichspräsidenten zu verzichten<sup>1</sup>. Der Reichstag zeigte sich vielmehr entschlossen, die verfassungsrechtlichen Mittel des Mißtrauensvotums gemäß Art. 54 Satz 2 WRV und des Aufhebungsverlangens gemäß Art. 48 Abs. 3 Satz 2 WRV, vor denen Brüning aufgrund der Tolerierungspolitik der SPD verschont geblieben war, gegen Papen anzuwenden. Während Brüning auf diese Weise wenigstens noch im Rahmen der verfassungsrechtlichen Ausnahmebestimmungen hatte regieren können, bestand für die Regierung Papen gar keine Aussicht mehr, ihre Funktion in verfassungsmäßigen Bahnen auszuüben. Mochte sie sich das in der Hoffnung auf eine rechte Tolerierungsmehrheit unter Einschluß der NSDAP auch nicht sofort eingestanden haben, so führte doch kein Weg daran vorbei, daß sie ohne parlamentarische Basis blieb und in der ersten Konfrontation mit dem Reichstag zugleich ihre letzte Stunde erlebt hätte.

Die Auflösung des Reichstags und die Ausschreibung von Neuwahlen, die diesen Mangel beheben sollten, verschärften die Krise abermals. Aus den Wahlen vom 31. Juli 1932 ging die NSDAP als stärkste Fraktion hervor, und zusammen mit der KPD verfügte sie sogar über die absolute Mehrheit. Diese Mehrheit war angesichts der

<sup>1</sup> Vgl. *Eberhard Kolb, Wolfram Pyta, Die Staatsnotstandsplanung unter den Regierungen Papen und Schleicher*, in diesem Band, S. 157; im folgenden zitiert: *Kolb, Pyta, Staatsnotstandsplanung*.

unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den beiden Parteien aber nur negativ einsetzbar. Sie vermochte weder eine Regierung hervorzubringen noch Gesetze zu beschließen. Für anders zusammengesetzte regierungsfähige Mehrheiten fehlten ebenfalls die politischen Voraussetzungen. Am 13. August 1932, als Hitler seinen Anspruch auf das Amt des Reichskanzlers anmeldete, mußte Papen endgültig die Hoffnung begraben, mit Unterstützung der NSDAP zu regieren. Nachdem eine Regierung aufgrund positiver Kompromisse zwischen den Parteien schon 1930 unmöglich geworden war, konnte nun auch keine Regierung mehr aufgrund negativer Kompromisse amtieren<sup>2</sup>. Die Bedingungen einer verfassungsmäßigen Ausübung der Regierungsgewalt waren damit vollständig entfallen. Das Mittel, das die Verfassung selber für solche Fälle vorsah: die Auflösung des Reichstags und die Veranstaltung von Neuwahlen, versprach kurz nach der Juli-Wahl keine Abhilfe. Der Verfassungsstaat war seit dem Sommer 1932 blockiert. Sollte die Regierungstätigkeit aufrechterhalten bleiben, mußte der Reichstag ausgeschaltet werden. Das konnte freilich, da die Verfassung hierfür keine Handhabe bot, legal nur im Wege der Verfassungsänderung geschehen.

Das Thema der Verfassungsreform war älter als die Staatskrise des Jahres 1932<sup>3</sup>. Der Weimarer Verfassung hatte von Anfang an ein breiter Konsens gefehlt. Eine Konsolidierung des Verfassungsstaats war durch die wiederkehrenden Krisen verhindert worden. Unter dem Titel der „Reichsreform“ fanden bereits seit längerem Diskussionen über eine Umgestaltung des Verhältnisses von Reich und Ländern, eine Auflösung des Dualismus von Reich und Preußen sowie eine territoriale Neugliederung statt. Mit dem Zusammenbruch des parlamentarischen Systems schob sich die Frage der Regierbarkeit in den Vordergrund. Insbesondere ging es dabei um eine Stärkung der Regierung, die nur mittels einer größeren Unabhängigkeit vom Parlament möglich erschien. Schon die Berufung Brünings zum Reichskanzler hatte sich mit der Erwartung verbunden, daß die Verfassungsreform künftig energischer vorangetrieben würde. Auch der Reichstag verlangte von der Regierung Brüning am 17. Mai 1930 mit den Stimmen der eben zerbrochenen Großen Koalition, doch ohne die der BVP, einen Gesetzentwurf über die Reichsreform. In der Tat hatte Brüning Pläne, die über eine Reichsreform weit hinausgingen und auf eine Wiedererrichtung der Monarchie zielten<sup>4</sup>. Er hielt aber nicht nur diese Absicht geheim, sondern gab auch den wirtschaftlichen Problemen den Vorrang vor der Verfassungsfrage. Bei Brünings Entlassung am 30. Mai 1932 schwang daher auch die Hoffnung mit, daß ein stärker rechts orientiertes Reichskabinett entschiedenere Schritte aus der Verfassungskrise unternehmen würde.

<sup>2</sup> Vgl. *Ernst Fraenkel*, *Abschied von Weimar?* in: *Die Gesellschaft* 2 (1932) 118.

<sup>3</sup> Vgl. *Willibald Apelt*, *Geschichte der Weimarer Verfassung* (München <sup>2</sup>1964) 369 ff.; *Ludwig Biewer*, *Reichsreformbestrebungen in der Weimarer Republik* (Frankfurt 1980); *Ernst Rudolf Huber*, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 7 (Stuttgart 1984) 667 ff., 758 f., 1006 ff.; im folgenden zitiert: *Huber*, *Verfassungsgeschichte*; *Gerhard Schulz*, *Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik*, Bd. 1 (Berlin <sup>2</sup>1987), Bd. 2 (Berlin 1987).

<sup>4</sup> Vgl. *Heinrich Brüning*, *Memoiren 1918–1934* (Stuttgart 1970) 194, 418, 453, 512, 520, 579. Dazu *Werner Conze*, *Die Reichsverfassungsreform als Ziel der Politik Brünings*, in: *Der Staat* 11 (1972) 209.

Für die Regierung Papen wurde die Verfassungsreform nachgerade zur Existenzbedingung. Nächster Bewältigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten sah sie darin ihre Hauptaufgabe<sup>5</sup>. Im Gegensatz zu Brüning machten Papen und Innenminister Gayl aus ihrer monarchischen Gesinnung kein Hehl, versicherten aber gleichzeitig, daß sie die Frage der Staatsform bei der Verfassungsreform nicht anzuschneiden gedächten. Ihre verfassungspolitischen Ziele wurden unter dem Schlagwort „Der Neue Staat“<sup>6</sup> bekannt. Den Kern dieses Programms bildete eine Funktionsbeschränkung des Reichstags und damit der politischen Parteien zugunsten der Regierung. Rechtlicher Angelpunkt der Reformpläne war daher Art. 54 WRV, der die Regierung vom Vertrauen des Parlaments abhängig machte. Diese Abhängigkeit sollte aufgelöst, die Regierung allein an das Vertrauen des Reichspräsidenten gebunden werden. Dazu gab es eine Reihe flankierender Maßnahmen, die einerseits das Gewicht des Reichstags mindern, andererseits seine Fähigkeit zur Mehrheitsbildung erhöhen sollten. Namentlich ging es um die Einrichtung einer von Wahlen unabhängigen Ersten Kammer des Parlaments, ohne deren Zustimmung Reichstagsbeschlüsse nicht in Kraft traten, sowie um die Einführung der Persönlichkeitswahl, die Anhebung des Wahlalters und ein erhöhtes Stimmengewicht für Familienväter. Huber hat dieses Programm mit Recht als „Rekonstitutionalisierung“ des Reiches bezeichnet<sup>7</sup>. Gemeint ist die Annäherung an die Verfassungsverhältnisse des 19. Jahrhunderts, doch ohne Rückkehr zur Monarchie.

Verfassungsänderungen gingen nach Art. 76 WRV „im Wege der Gesetzgebung“ vorstatten. Die Verfassungsreform, die 1932 den einzigen legalen Ausweg aus der Krise versprach, war damit gerade demjenigen Organ anvertraut, das seine verfassungsrechtlichen Funktionen nur noch in negativer Hinsicht ausüben konnte und auf diese Weise die gesamte Staatsleitung blockierte. Die Umstände, die die Krise heraufbeschworen, verhinderten also gleichzeitig ihre Lösung. In dieser Situation war es nicht mehr damit getan, Vorschläge zur Verfassungsreform zu machen, wie sie von Beginn der Weimarer Republik an vielfach unterbreitet worden waren und seit dem Sturz der letzten parlamentarischen Regierung im März 1930 vermehrt auftraten. Es mußte vielmehr auch angegeben werden, wie sie sich verwirklichen ließen. Auf legale

<sup>5</sup> Vgl. Kolb, Pyta, Staatsnotstandsplanung, in diesem Band, S. 159 ff.

<sup>6</sup> Vgl. das durch Papens Vorwort zur offiziösen Quelle erhobene Buch von Walther Schotte, Der neue Staat (Berlin 1932); ferner Heinrich Herrfabrdt, Der Aufbau des neuen Staates (Berlin 1932); die wichtigsten Äußerungen Papens: AP-Interview vom 1. August 1932, in: *Schultbess' Europäischer Geschichtskalender 1932* (München 1933) 136; im folgenden zitiert: *Schultbess 1932*. Rundfunkrede vom 12. September 1932, in: Akten der Reichskanzlei (AdR), Das Kabinett von Papen, Bd. 1 (Boppard 1989) 546; Münchner Rede vom 12. Oktober 1932, in: *Schultbess 1932*, 176; die wichtigsten Äußerungen Gayls: Rede im Reichsrat vom 9. Juni 1932, in: ebd. 102; Rede anlässlich der Verfassungsfeier am 11. August 1932, in: ebd. 139; Rede vor der Berliner Presse am 28. Oktober 1932, in: ebd. 189. Eine Würdigung der Pläne aus staatsrechtlicher Sicht von Hajo Holborn, Fritz Poetzsch-Heffter, Gerhard Leibholz, Hans Nawiaszky und Wilhelm Kitz im Reichsverwaltungsblatt 1932, 921 ff. Vgl. zu den Verfassungsplänen auch Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik (Villingen 1971) 471 ff.; im folgenden zitiert: *Bracher, Auflösung*; Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, 1006 ff.; Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe (Berlin 1987) 734 ff.; im folgenden zitiert: *Winkler, Katastrophe*.

<sup>7</sup> Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, 743 ff., 1006 ff.

Weise konnte das nur in einem Verfahren geschehen, das den Anforderungen der bestehenden Verfassung genüge, sei es, daß diese es ausdrücklich vorsah, sei es, daß es aus ihren Regelungen begründbar war. Jeder andere Weg hätte Verfassungsbruch, Staatsstreich oder Revolution bedeutet. Die Grenzziehung ist Sache der Staatsrechtslehre, die funktional auf die wissenschaftliche Ermittlung des verfassungsrechtlich Erlaubten oder Gebotenen spezialisiert ist. „Während die Bestimmung des Inhalts einer Reform vor allem dem Staatsmann obliegt, gehört es zur Aufgabe des Juristen, die staatsrechtlichen Grenzen zu untersuchen, innerhalb deren sich jede Reform bewegen muß, die nicht in einen Staatsstreich ausarten will.“<sup>8</sup>

Im folgenden geht es daher nicht in erster Linie um den Inhalt, sondern um die Möglichkeit einer Verfassungsreform unter den Bedingungen, die seit dem Sommer 1932 herrschten. Gefragt wird, wie eine Verfassungsänderung nach Ansicht der zeitgenössischen Staatsrechtslehre ohne Verfassungsbruch zustande kommen konnte, obwohl der Weg, den die Verfassung selber dafür vorsah, versperrt war<sup>9</sup>. Die Antworten, die in der rechtswissenschaftlichen Literatur gegeben wurden, bleiben an Zahl allerdings weit hinter den inhaltlichen Vorschlägen zur Änderung der Verfassung zurück. Das ist jedoch kaum verwunderlich, wenn man den Zeitfaktor berücksichtigt: Die Blockadesituation, die die Frage nach dem wünschbaren Inhalt der Verfassungsreform um die Frage nach dem gangbaren Weg ergänzte, trat erst infolge der Reichstagswahl vom Juli 1932 ein und hatte sich bereits nach einem halben Jahr wieder aufgelöst. Immerhin ergibt sich aus den wenigen Äußerungen ein Spektrum, das die denkbaren Grundpositionen enthält und nicht nur den rechtlichen Dispositionsraum der Politik in einer für die geschichtliche Entwicklung weichenstellenden Lage sichtbar macht, sondern auch Rückschlüsse auf die Bedingungen des Verfassungsstaates in Situationen existentieller Bedrohung zuläßt. Die Grundpositionen, die in der staatsrechtlichen Literatur der zweiten Hälfte des Jahres 1932 erkennbar sind, lassen sich mit den Stichworten Verfassungserfüllung, Verfassungsbewahrung und Verfassungsauflösung charakterisieren.

## II.

### 1. Verfassungserfüllung

Die Weimarer Staatsrechtslehre stand zum großen Teil noch in der Tradition des juristischen Positivismus, der im Kaiserreich zu wissenschaftlicher Dominanz gelangt war<sup>10</sup>. Sie identifizierte das Recht mit dem Gesetzestext und beschränkte den Inter-

<sup>8</sup> *Walter Jellinek*, Verfassungsreform im Rahmen des Möglichen, in: *Reich und Länder 1932*, 267.

<sup>9</sup> Vgl. *Ernst Rudolf Huber*, Zur Lehre vom Verfassungsnotstand in der Staatstheorie der Weimarer Zeit, in: *ders.*, *Bewahrung und Wandlung* (Berlin 1975) 193.

<sup>10</sup> Vgl. etwa *Walter Wilhelms*, Zur juristischen Methodenlehre im 19. Jahrhundert (Frankfurt 1958); *Peter von Oertzen*, Die soziale Funktion des staatsrechtlichen Positivismus (Frankfurt 1974); *Hans-Joachim Koch* (Hrsg.), *Die juristische Methode im Staatsrecht* (Frankfurt 1977);

preten auf die Mittel von Grammatik und Logik. Die hinter dem Gesetz stehenden Zwecke und Ideen wurden damit für seine Auslegung ebenso irrelevant wie die vor ihm liegende soziale Wirklichkeit, auf die es sich regelnd bezog. Diese kam vielmehr nur in Gestalt von „Fällen“ in den Blick, die anhand des Normtextes zu entscheiden waren. Auf diese Weise sollte erreicht werden, daß die Rechtsanwendung frei von jeder subjektiven Beimischung politischer oder weltanschaulicher Art blieb und allein den objektiven Willen des Gesetzes zur Geltung brachte. Die methodologische Beschränkung hatte freilich zur Folge, daß die Staatsrechtslehre auf Veränderungen der Realisierungsbedingungen einer Norm interpretativ nicht zu reagieren vermochte. Sie war in dem Dualismus von Textgehorsam und Verfassungsbruch gefangen, ohne aus dem Normziel Interpretationsalternativen ableiten zu können. Ein legaler Ausweg aus der Krise des Jahres 1932 ließ sich auf dem Boden dieses Verständnisses nicht finden. Die positivistische Staatsrechtslehre konnte nur auf das in der Verfassung vorgesehene Instrumentarium verweisen und mußte alle anderen Lösungen als Verfassungsbruch brandmarken. Der Umstand, daß der verfassungsmäßige Weg ungangbar war, blieb für sie als tatsächliches Hindernis juristisch bedeutungslos.

Im 1932 erschienenen „Handbuch des Deutschen Staatsrechts“ nannte es Richard Thoma einen der größten Vorzüge der Weimarer Verfassung, daß sie für den Fall eines Versagens des parlamentarischen Apparates ein zweites demokratisches Reichsorgan, den Reichspräsidenten, in Bereitschaft stelle, der den gebieterischen Notwendigkeiten eines von Gefahren bedrohten verfassungsmäßigen Staatslebens Rechnung tragen könne. Er fuhr fort: „Dies ist das Staatsnotrecht des geltenden Verfassungssystems! Darüber hinausgehende, mit Berufung auf irgendeine ‚Not‘ begründete Maßnahmen ... kann der Jurist nicht als rechtmäßig bezeichnen. Sie wären Verfassungsverletzung.“<sup>11</sup> Zwar sei es denkbar, daß solche Maßnahmen zur Verhütung „irreparabler Ereignisse“, die als verhängnisvoller angesehen würden als eine Verfassungsverletzung, gerechtfertigt erscheinen könnten und womöglich sogar von den Gerichten geduldet würden. Vor dem „Forum juristischen Urteils“ bliebe ein solches Vorgehen aber rechtsverletzend und wäre als „Teilrevolution (partieller Staatsstreich)“ zu bezeichnen<sup>12</sup>. Auch der bedeutendste Kommentator der Weimarer Verfassung, Gerhard Anschütz, wollte die Verfassungsstörung nur als Unterfall der Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Sinn des Art. 48 Abs. 2 WRV betrachten und verwies folglich auf das Instrumentarium, das diese Vorschrift dafür bereithielt<sup>13</sup>. Allerdings ließ er keinen Zweifel daran, daß Art. 48 WRV nicht zu Verfassungsänderungen ermächtigte, und mußte damit vor der Krise ebenfalls juristisch kapitulieren.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 186*

Maurizio Fioravanti, *Giuristi e Costituzione politica nell'Ottocento tedesco* (Florenz 1979); Dieter Grimm, *Recht und Staat der bürgerlichen Gesellschaft* (Frankfurt 1987) 347 ff.

<sup>11</sup> Richard Thoma in: Gerhard Anschütz, Richard Thoma (Hrsg.), *Handbuch des Deutschen Staatsrechts*, Bd. 2 (Tübingen 1932) 231; im folgenden zitiert: Anschütz, Thoma, *Handbuch*.

<sup>12</sup> Ebd. 232.

<sup>13</sup> Gerhard Anschütz, *Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919* (Berlin 14/1933) 279; vgl. *dens.*, *Reichskredite und Diktatur* (Tübingen 1932) 13. Dazu die scharfsinnige Kritik von Johannes Heckel, in: *Archiv des öffentlichen Rechts* N.F. 22 (1932) 275 f.

Einen Weg, trotz der Funktionsunfähigkeit des Reichstags auf legale Weise zu einer Verfassungsänderung zu gelangen, wies nur Walter Jellinek. In seinem im November 1932 veröffentlichten Aufsatz über „Verfassungsreform im Rahmen des Möglichen“ setzte er auf eine „Auspielung des Volkes gegen den Reichstag“<sup>14</sup>. In der Tat konnten Verfassungsänderungen nach der Weimarer Verfassung nicht nur durch Reichstagsbeschluß, sondern gemäß Art. 76 Abs. 1 Satz 4 WRV auch „auf Volksbegehren durch Volksentscheid“ erfolgen. Die Modalitäten bestimmten Art. 73 Abs. 2 und Art. 76 Abs. 1 Satz 4 WRV: Das Volksbegehren bedurfte der Unterstützung eines Zehntels der Stimmberechtigten. Ihm mußte ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde liegen. Dieser war von der Regierung zunächst dem Reichstag vorzulegen. Der Volksentscheid fand erst statt, wenn der Gesetzentwurf im Reichstag nicht unverändert angenommen worden war. Die Annahme eines auf Verfassungsänderung gerichteten Volksbegehrens im Wege des Volksentscheids setzte die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten voraus. Verfassungsänderungen durch das Volk unterlagen damit zwar einem geringeren Quorum als Verfassungsänderungen durch den Reichstag. Gleichwohl war die Hürde außerordentlich hoch, weil sich das Quorum nicht nach den Abstimmenden, sondern nach den Stimmberechtigten richtete. Bei allen bisherigen Volksentscheiden hatte die Beteiligung stets weit unter 50 Prozent gelegen<sup>15</sup>.

Jellinek gedachte aber gerade diesen Umstand für eine Verfassungsänderung über Art. 76 Abs. 1 Nr. 4 WRV auszunutzen. Er schlug nämlich vor, den plebiszitären Weg zur Verfassungsänderung mit Diktaturmaßnahmen des Reichspräsidenten nach Art. 48 Abs. 2 WRV zu koppeln. Zwar stand auch für Jellinek außer Frage, daß die Sondervollmachten des Reichspräsidenten nicht die Befugnis zur Verfassungsänderung einschlossen. Der Reichspräsident sollte aber der plebiszitären Verfassungsänderung durch Notverordnungen günstige Bedingungen schaffen. Ansatzpunkt war das von Art. 73 Abs. 5 WRV vorgeschriebene und am 27. Juni 1921 erlassene Reichsgesetz über den Volksentscheid. Dieses konnte als einfaches Reichsgesetz nach herrschender Ansicht durch Notverordnung geändert werden. Jellinek stellte sich eine Gesetzesänderung vor, wonach die Nichtbeteiligung am Volksentscheid als Zustimmung im Sinne von Art. 76 Abs. 1 Nr. 4 WRV gewertet wurde. Er sah darin keine Vergewaltigung des Volkes, weil die Regelung es ausschloße, daß eine Verfassungsänderung gegen den erklärten Willen der Mehrheit zustande komme. Es galt dann nur noch, auch die Restkompetenzen des Reichstags im Zusammenhang mit Verfassungsänderungen auszuschalten. Zu diesem Zweck sollte die Nichtbefassung des Reichstags mit dem durch Volksbegehren unterbreiteten Gesetzentwurf nach einer gewissen Frist als Ablehnung gedeutet und die Entscheidungsbefugnis über die Gültigkeit des Volksentscheids dem überwiegend mit Abgeordneten besetzten Wahlprüfungsgericht entzogen werden.

Jellineks Vorschlag fand in der Staatsrechtslehre keinen Beifall. Dabei interessieren hier weniger die Zweifel an seiner politischen Realisierbarkeit. Insoweit hatte Jellinek selber eingeräumt, daß Verfassungsänderungen im Volk nicht weniger kontrovers

<sup>14</sup> In: Reich und Länder 1932, 267, das Zitat auf 270.

<sup>15</sup> Vgl. Jürgen Falter u. a. (Hrsg.), Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik (München 1986) 47, 80.

seien als im Reichstag. Indessen sollte dieses Hindernis gerade durch die Fiktion einer Zustimmung aller Nichtwähler überwunden werden. Eben darauf bezogen sich aber die juristischen Bedenken. Godehard Josef Ebers nahm in seiner Kölner Rektoratsrede vom 12. November 1932 über Fragen der Verfassungsreform zu Jellineks Vorschlag Stellung. Auch er hielt eine Verfassungsänderung für unausweichlich, verurteilte aber jeden Versuch, dieses Ziel unter Mißachtung des geltenden Verfassungsrechts zu erreichen. Jellineks Plan war nach seiner Ansicht dieser Gefahr erlegen. Ebers gelangte zu dem Ergebnis, die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit, an einer Abstimmung teilzunehmen oder ihr fernzubleiben, könne nicht mit Hilfe des Art. 48 Abs. 2 WRV beschränkt werden, und noch weniger sei es möglich, die Nichtbeteiligung in eine Zustimmung umzudeuten. Einen Verzicht auf den Parlamentsbeschluß vor dem Volksentscheid verbiete die Verfassung ebenfalls. „Der Versuch, unter Ausschaltung des Reichstages die Verfassungsreform durchzusetzen, ist mit der Verfassung unvereinbar.“<sup>16</sup> Da aber gerade am Reichstag die Verfassungsreform scheiterte, drehte sich Ebers wie die gesamte traditionelle Staatsrechtslehre vor dem Problem im Kreis.

Jellinek wies in einer Erwiderung auf seine Kritiker nochmals auf die Notwendigkeit einer „Verfassungsrettung“<sup>17</sup> hin. Er nannte auch die Verfassungsbestimmungen, die zu diesem Zweck außer Kraft gesetzt oder geändert werden müßten. Doch beharrte er darauf, daß auf dem Weg zu den unumgänglichen Verfassungsänderungen die bestehende Verfassung unbedingt zu beachten sei. „Auch der Bruch einzelner Artikel der Verfassung unter Schonung der Verfassung im Ganzen ist von diesem Standpunkte aus unbedingt zu vermeiden.“<sup>18</sup> An den Grenzen begannen die Positionen aber schon zu verschwimmen. Jellinek erörterte neben den Möglichkeiten, die die Weimarer Verfassung zur Krisenbewältigung bot, und der Verfassungsänderung durch Volksentscheid, die er nach wie vor befürwortete, zwei weitere Lösungsmöglichkeiten: die Einberufung einer neuen Nationalversammlung, die er jedoch als revolutionär ablehnte, und die „angenäherte“ oder „subsidiäre“ Verfassungsmäßigkeit, unter der er Vorschläge verstand, denen man bescheinigen könne, sich „in einem höheren Sinne doch noch im Rahmen der Verfassung zu bewegen, die für den Fall der Unmöglichkeit ihrer strengen Befolgung eben subsidiär noch gewisse Auswege gewollt habe“<sup>19</sup>. Dieser Weg sollte allerdings erst beschreitbar sein, wenn alle anderen Möglichkeiten, insbesondere die Anwendung von Art. 48 Abs. 2 WRV, versagt hätten. Das in dieser Bestimmung gelegene Potential hielt Jellinek aber auch im Januar 1933 noch nicht für ausgeschöpft.

<sup>16</sup> Godehard Josef Ebers, *Autorität und Freiheit* (Köln 1932) 10; vgl. ferner die Kritik von Gerhard Leibholz, in: *Reichsverwaltungsblatt* 1932, 930.

<sup>17</sup> Walter Jellinek, *Verfassungsrettung*, in: *Reich und Länder* 1933, 1.

<sup>18</sup> Ebd. 2.

<sup>19</sup> Ebd. 7.

## 2. Verfassungsbewahrung

Jellinek bezog sich bei seiner Überlegung zur „subsidiären Verfassungsmäßigkeit“ auf einen im Oktober 1932 erschienenen Aufsatz Johannes Heckels<sup>20</sup>, den er in seinem ersten Artikel noch nicht hatte verarbeiten können. Heckel ging es in dieser Abhandlung um eine begriffliche Scheidung und differenzierte Ausgestaltung von Diktatur, Notverordnungsrecht und Verfassungsnotstand, die nach der herrschenden Lehre allesamt von Art. 48 Abs. 2 WRV erfaßt wurden. Demgegenüber bestand Heckel darauf, daß Art. 48 Abs. 2 WRV nur die Diktaturgewalt des Reichspräsidenten regule. Den Begriff der Diktatur entwickelte er aus dem Tatbestandsmerkmal der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung“. War sie „erheblich gestört oder gefährdet“, durfte der Reichspräsident die „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen“ treffen. Staatsrechtlich (nicht verwaltungsrechtlich) betrachtet, kam eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für Heckel nur in zwei Fällen in Betracht, nämlich bei Krieg und Aufruhr. Beide Male handelte es sich um äußere Einwirkungen auf den Staat. Im ersten Fall war seine Existenz, im zweiten seine Grundordnung bedroht. Art. 48 Abs. 2 WRV hatte nach dieser restriktiven Deutung die Funktion des Belagerungszustands aus dem älteren Staatsrecht übernommen. Sein Zweck war der Schutz des Bestandes des Staates oder seiner Verfassung. Dagegen betrachtete Heckel Störungen, die aus dem Staatsbetrieb selbst hervorgingen, nicht als Anwendungsfall von Art. 48 Abs. 2 WRV.

Der Inhaber der Diktaturgewalt war zwar gemäß Art. 48 WRV von bestimmten verfassungsrechtlichen Bindungen befreit, die in der Normallage galten. Das Ziel des Einsatzes der Diktaturgewalt konnte aber stets nur die Wiederherstellung der Normallage sein. Daher umschloß die Diktaturgewalt nicht die Befugnis zur Verfassungsänderung. Das nahm auch die herrschende Lehre an. Doch ging Heckel weiter als diese, weil er ihren formalen Verfassungsbegriff nicht teilte. Als Verfassung galt danach die Summe der gesetzlichen Vorschriften, die in der Verfassungsurkunde zusammengefaßt waren. Von anderen Gesetzen unterschieden sie sich begrifflich allein durch ihre erschwerte Abänderbarkeit. Heckel hielt dem entgegen, daß die Angriffe, denen Art. 48 WRV begegnen sollte, nicht der Verfassungsurkunde drohten, sondern den in ihr enthaltenen Normen, und diesen nicht wegen ihrer erschwerten Abänderbarkeit, sondern wegen ihrer grundlegenden Bedeutung für die Staats- und Gesellschaftsordnung. Schutzgut von Art. 48 WRV war daher nicht die „constitutio scripta“, sondern die „constitutio viva“<sup>21</sup>, verstanden als rechtlich verfaßte Grundordnung. Diese ging aber nicht in den einzelnen Bestimmungen des Verfassungsgesetzes auf, sondern bildete ein Sinnganzes, zu dem auch alle ordnungskonstitutiven Normen außerhalb der Verfassungsurkunde gehörten. Der Sinn von Art. 48 Abs. 2 WRV war deswegen für Heckel nur von einem materiellen Verfassungsbegriff her erschließbar. Auf diesen bezog sich die Diktaturgewalt, an ihm fand sie zugleich ihre Grenze.

<sup>20</sup> Johannes Heckel, Diktatur, Notverordnungsrecht, Verfassungsnotstand, in: Archiv des öffentlichen Rechts N.F. 22 (1932) 257.

<sup>21</sup> Ebd. 264.

Wahlrechtsänderungen im Wege der Notverordnung, wie sie Jellinek empfohlen hatte, waren damit unvereinbar, weil das Wahlrecht zur materiellen Verfassung zählte. Das Notverordnungsrecht ergab sich nach Heckels Auffassung überhaupt nicht aus Art. 48 Abs. 2 WRV. Er hielt Notverordnungsrecht und Diktaturgewalt für „vollkommen wesensverschiedene Institutionen“<sup>22</sup>. Die Diktaturgewalt berechtige ihren Inhaber unter bestimmten Voraussetzungen dazu, Maßnahmen zu treffen. Maßnahmen seien aber etwas anderes als Normen, selbst wenn sie im Erlaß oder in der Außerkraftsetzung von Normen bestünden. Dagegen sei das Notverordnungsrecht ein (provisorisches) Gesetzgebungsrecht, das die Regierung innehave, um einen dringenden Notstand anstelle des vorübergehend nicht aktionsbereiten Parlaments zu regeln. Woraus sich dieses Recht ergab, wenn es seinen Sitz nicht in Art. 48 Abs. 2 WRV hatte, verschwieg Heckel. Er nannte es unter Verweis auf Schindler „ein elementares staatliches Lebensbedürfnis“<sup>23</sup> und konzentrierte sich im übrigen darauf, seine Grenzen zu bestimmen. Wie die Diktaturgewalt machte das Notverordnungsrecht Halt vor der Verfassung. Im Unterschied zur Diktaturgewalt reichte es aber nicht weiter als das einfache Gesetz. Mit seiner Hilfe durfte deswegen auch nicht der „Normalzustand des öffentlichen und privaten Rechtslebens“, sondern nur die Notlage geregelt werden. Die Staatspraxis, die Notverordnungsrecht und Diktaturgewalt kombinierte, war damit unvereinbar.

Nicht die Diktaturgewalt, wohl aber das Notverordnungsrecht konnte also eingesetzt werden, wenn die Anormalität gerade im Ausfall des Parlaments bestand. Heckel bezeichnete Fälle, in denen die Staatstätigkeit nicht extern durch Krieg oder Aufruhr, sondern intern durch die Staatsorgane selber gestört wurde, als Verfassungsstörung. Die Verfassung hielt für sie, soweit sie vorausgesehen worden waren, Abhilfen bereit. Allerdings konnten in jedem Staat Verfassungsstörungen auftreten, für die keine verfassungsrechtliche Vorsorge getroffen war. Führt sie zu einer unheilbaren Stockung des Verfassungslebens, so lag eine Verfassungslähmung vor. War sie mit verfassungsmäßigen Mitteln nicht mehr heilbar, so trat nach Heckel ein Verfassungsnotstand ein, der die handlungsfähigen Staatsorgane zu außerordentlichen, in der Verfassung nicht vorgesehenen Maßnahmen berechtigte und verpflichtete. Heckel wollte ihnen damit jedoch kein Belieben einräumen. Sein Bestreben war es vielmehr, auch die Notstandsaktion noch an die Verfassung zu binden. Das Recht, verfassungsrechtlich nicht vorgesehene Maßnahmen zu ergreifen, ergab sich für ihn aus der „Treupflicht gegenüber der Verfassung als einer Totalität“<sup>24</sup>. Die aktionsfähigen Staatsorgane durften daher im Verfassungsnotstand nur so vorgehen, daß der „politische Gesamtzweck der Verfassung“ trotz der abnormen Lage und in Anpassung an sie erreicht wurde. „Durch seine [sic] *Verfassungsentention* unterscheidet sich die Notstandsaktion von dem Verfassungsbruch und im besonderen von dem Staatsstreich.“<sup>25</sup>

Obwohl sie geltendes Verfassungsrecht außer acht ließ, war die Notstandsaktion

<sup>22</sup> Ebd. 304.

<sup>23</sup> Ebd. 304.

<sup>24</sup> Ebd. 311.

<sup>25</sup> Ebd. 311.

also nicht verfassungswidrig, sondern legal. Die Lösung dieses Widerspruchs gelang Heckel durch die der positivistischen Staatsrechtslehre unzugängliche Differenzierung zwischen den einzelnen im Verfassungsgesetz enthaltenen Vorschriften und der Verfassung in ihrer Gesamtheit. Aufgrund dieser Unterscheidung gab es nicht nur Verfassungserfüllung und Verfassungsbruch wie für die herrschende Staatsrechtslehre. Vielmehr war das Abweichen von einzelnen Verfassungsnormen unter außergewöhnlichen Umständen noch in den Rahmen des Verfassungsmäßigen einbezogen, sofern es sich durch das Ziel der Erhaltung der bestehenden Verfassung legitimierte und so weit wie irgend möglich im verfassungsrechtlichen Rahmen hielt. Der Bezug auf die Verfassungsordnung insgesamt nahm der Notstandsaktion den Makel des Verfassungsbruchs. Es waren jedoch Kautelen erforderlich. Um die Notstandsaktion rechtlich einzubinden, verlangte Heckel die ausdrückliche, öffentlich begründete Berufung auf den Verfassungsnotstand und überdies dessen nachträgliche Anerkennung. Sie oblag demjenigen Organ, das für den unter Berufung auf einen Verfassungsnotstand vorgenommenen Staatsakt normalerweise zuständig gewesen wäre. Eine nachträgliche Verfassungsänderung hielt er dagegen für entbehrlich, da es nicht um die Legalisierung eines Verfassungsbruchs, sondern um eine staatsrechtliche Entlastung ging.

Heckel bezog diese Grundsätze im folgenden auf die Krise des Sommers 1932. Gehe die Verfassungslähmung auf die Aktionsunfähigkeit des Reichstags zurück, dann stocke das ganze Verfassungsleben. Ein solcher Zustand könne nicht auf Dauer ertragen werden. Versagten alle anderen Mittel, bleibe daher nur eine Verfassungsrevision übrig. „Die *Notstandsaktion* muß also jetzt zur *Verfassungsänderung* eingesetzt werden.“<sup>26</sup> Diese stellte sich Heckel so vor, daß der Reichspräsident die Verfassung änderte und die Änderung sodann dem Volk als Verfassungsgesetzgeber zur Abstimmung vorlegte. Da das Volk die letzte verfassungsrechtliche Instanz sei, bilde auch die Volkssouveränität die äußerste Grenze des Verfassungsvorschlags. „Das Festhalten an dieser Legitimitätsgrundlage ist die absolute Schranke jeder Verfassungsänderung im Rahmen der Demokratie.“<sup>27</sup> Ob vor dieser absoluten Schranke noch weitere Schranken stehen, ist nicht ausdrücklich gesagt. Heckels Begründung des Verfassungsnotstands drängt aber zu der Annahme, daß auch für Verfassungsänderungen im Wege der Notstandsaktion die „Verfassungsentention“ gilt. Über den Vorschlag entscheide das Volk mit einfacher Mehrheit der Abstimmenden. Finde er keine Mehrheit, sei die Verfassungsänderung verworfen. Der Reichspräsident müsse dann zurücktreten. Was daraufhin zu geschehen habe, steht in Heckels Aufsatz nicht mehr. Seine Überlegungen zum Verfassungsnotstand schließen vielmehr mit dem von Luther entlehnten Rat an Hindenburg: „Darum werde zuvor wie Simson, so kannst Du auch tun wie Simson.“<sup>28</sup>

<sup>26</sup> Ebd. 317.

<sup>27</sup> Ebd. 317.

<sup>28</sup> Ebd. 318.

### 3. Verfassungsabwehr

Wie Heckel eingangs seines Aufsatzes mitteilt, erschien Carl Schmitts Schrift „Legalität und Legitimität“ erst, nachdem seine eigene Arbeit abgeschlossen war<sup>29</sup>. Beider Überlegungen scheinen aber aufs selbe hinauszulaufen: Wenn sich die Verfassung als Ganzes nur noch unter Umgehung einzelner Verfassungsnormen aufrechterhalten läßt, dann ist ein solches Vorgehen nicht verfassungswidrig, sondern legal. Wie Heckel konnte Schmitt diese Position nur auf dem Boden eines Verfassungsbegriffs vertreten, der dem formalen Verfassungsbegriff der positivistischen Staatsrechtslehre entgegengesetzt war. Schmitt hatte diesen Verfassungsbegriff bereits in seiner „Verfassungslehre“ von 1928 kritisiert und die gängige Identifizierung von Verfassung und Verfassungsgesetz als sachwidrig abgelehnt. Für ihn war Verfassung statt dessen die „Gesamt-Entscheidung über Art und Form der politischen Einheit“<sup>30</sup>. Die Verfassung schafft diese Einheit nicht, sondern setzt sie voraus. Sie legt nur die besondere „Existenzform“ der Einheit fest. Diese Festlegung darf aber nicht mit einzelnen Normierungen verwechselt werden. Sie sind gegenüber der existentiellen Entscheidung sekundär und verleihen ihr lediglich den rechtsförmigen Ausdruck. Insofern gilt das Verfassungsgesetz erst aufgrund der vorgängigen Verfassungsentscheidung. Das Wesen der Verfassung liegt nicht in dem Gesetz oder einer Norm, sondern allein in der Gesamt-Entscheidung des Trägers der verfassungsgebenden Gewalt<sup>31</sup>.

Auf dieser Differenz beruht die Möglichkeit, einzelne Vorschriften des Verfassungsrechts außer acht zu lassen, ohne daß darin notwendig ein Bruch der Verfassung liegt. Darin stimmen Heckel und Schmitt überein. Sie trennen sich aber bei den Differenzierungskriterien. Heckels Unterscheidung zwischen materieller und formeller Verfassung ist nicht identisch mit Schmitts Unterscheidung zwischen Verfassung und Verfassungsgesetz. Während Heckel, wenn er der Verfassung als Ganzes die einzelnen Verfassungsbestandteile gegenüberstellt, im Rahmen des positiven Rechts bleibt, überschreitet Schmitt mit seiner Unterscheidung diesen Rahmen. Die Verfassungsentscheidung ist zwar der Geltungsgrund des positiven Verfassungsrechts, gehört ihm aber nicht an. Sie ist nicht Norm, sondern Akt, und zwar vorrechtlicher. Da das Verfassungsgesetz nur der mehr oder weniger gelungene Ausdruck der Verfassung ist, muß es auch von dieser her verstanden und ausgelegt werden. Im Konfliktfall beansprucht die Verfassung Vorrang vor dem Verfassungsgesetz. Das hat insbesondere für die „Verfassungsintention“ Bedeutung, die über die Rechtmäßigkeit der Mißachtung einzelner Verfassungsnormen entscheidet: Ihr Bezugspunkt liegt bei Schmitt außerhalb des positiven Rechts. Dieses wird von einer informellen und textlich nicht greifbaren Verfassung her relativiert. Schmitt gewinnt dadurch gegenüber dem positiven Verfassungsrecht einen erheblich größeren Dispositionsspielraum als Heckel.

<sup>29</sup> Carl Schmitt, *Legalität und Legitimität* (München, Leipzig 1932); im folgenden zitiert: *Schmitt, Legalität und Legitimität*; hier zitiert nach *ders., Verfassungsrechtliche Aufsätze* (Berlin <sup>2</sup>1973) 263; im folgenden zitiert: *Schmitt, Verfassungsrechtliche Aufsätze*. Heckels Hinweis in Fußnote<sup>\*</sup> seiner Abhandlung, a.a.O., 257.

<sup>30</sup> Carl Schmitt, *Verfassungslehre* (München, Leipzig 1928) 20; im folgenden zitiert: *Schmitt, Verfassungslehre*.

<sup>31</sup> Ebd. 23.

Die Konsequenzen wurden in der Staatskrise sichtbar. Sie kündigten sich bereits 1931 in dem Buch „Der Hüter der Verfassung“ an. Schmitt fügte hier seiner Verfassungslehre ein neues Element an: die konkrete Verfassungslage<sup>32</sup>. Die Verfassung war danach durch die Verfassungsentscheidung noch nicht abschließend definiert. Die Entscheidung mußte auch wirksam sein. Aus dem Verfassungsbegriff fielen dann all jene Grundentscheidungen heraus, die keine Wirklichkeit mehr hatten. In der „Verfassungslehre“ waren als Grundentscheidung für die Weimarer Republik noch genannt: Demokratie, Republik, Föderalismus, parlamentarisch-repräsentative Form der Gesetzgebung und Regierung, bürgerlicher Rechtsstaat mit seinen Prinzipien: Grundrechte und Gewaltenteilung<sup>33</sup>. 1932, nach der Lähmung des Parlaments, erklärte Schmitt in „Legalität und Legitimität“, die Weimarer Verfassung zerfalle in Wahrheit in zwei heterogene und widersprüchliche Verfassungen<sup>34</sup>. Sie fänden sich im ersten und im zweiten Hauptteil. Der erste enthielt die organisatorischen Bestimmungen, der zweite die Grundrechte. Der erste war in Schmitts Augen formal und wertneutral, der zweite substanzhaft und wertbestimmt. Beide könnten unter günstigen Bedingungen miteinander koexistieren. Diese Bedingungen seien aber entfallen. Die erste Verfassung sei von den Staatsorganen selber außer Kraft gesetzt worden. In Geltung stehe nur noch die zweite. Schmitt verstand seine Schrift vom Sommer 1932 als Plädoyer für die Rettung dieser unter Opferung jener<sup>35</sup>.

Die Schwierigkeit bestand freilich darin, daß auch der erste Hauptteil nicht förmlich aufgehoben war und weiterhin rechtsstaatliche Bindungen erzeugte. An den Rechtsstaat wollten aber selbst die scharfen Kritiker der Weimarer Verfassung nicht rühren. Die historische Bedeutung von Schmitts Schrift wird erst klar, wenn man sie auf die eingewurzelte Rechtsstaatstradition in Deutschland bezieht. Schmitt begründete in „Legalität und Legitimität“, warum der Umgestaltung der Verfassung außerhalb der verfassungsrechtlich dafür vorgesehenen Formen kein rechtsstaatliches Hindernis im Wege stehe. Zu diesem Zweck trennte er den Rechtsstaat von der Legalität. Beide hatten bis dahin zusammengehört. In dem formalen Rechtsstaatsbegriff der positivistischen Staatsrechtslehre waren sie nachgerade identisch geworden. Nun legte Schmitt dar, die Legalität sei kein generelles Element jedweder Rechtsordnung. Vielmehr handele es sich um eine ganz bestimmte Form der Rechtmäßigkeit, die erst der parlamentarische Gesetzgebungsstaat hervorgebracht habe. Wo dieser entfalle, sei auch der Legalität der Boden entzogen<sup>36</sup>. Die Rechtstreue galt dann nur noch dem legitimen Kern der Ordnung. Folglich banden die Formen der Verfassung denjenigen nicht, der ihre Substanz retten wollte. Substanz war hier freilich im Unterschied zu Heckels materieller Verfassung nicht eine die Summe ihrer Normen übertreffende

<sup>32</sup> *Ders.*, *Der Hüter der Verfassung* (München, Leipzig 1931) 71. Über das Verhältnis zur „Verfassungslehre“ vgl. *Friedrich Landeck* (d.i. Ernst Rudolf Huber), *Verfassung und Legalität*, in: *Deutsches Volkstum* 1932, 734; im folgenden zitiert: *Landeck* (d.i. Huber), *Verfassung und Legalität*.

<sup>33</sup> *Schmitt*, *Verfassungslehre* 23 f.

<sup>34</sup> *Ders.*, *Legalität und Legitimität* 294 ff.

<sup>35</sup> *Ebd.* 344 f.

<sup>36</sup> *Ebd.* 270 und *passim*.

Verfassung als Ganzes, sondern allein der – seinerseits ins Antidemokratische und Antipluralistische gewendete<sup>37</sup> – Grundrechtsteil.

Durch die Aufspaltung der Weimarer Verfassung in einen formellen Teil, der obsolet geworden war, und einen materiellen Teil, der weiter galt, sowie durch die Relativierung der normativen Verfassung zugunsten einer ihr vorgeordneten existentiellen Entscheidung verschaffte Schmitt der Politik weitgehende Freiheit, die Staatsgewalt unter Berufung auf das Staatsnotrecht neu zu ordnen. Die Bindung an das bestehende Verfassungsrecht, aus der die Notstandsaktion ihre Rechtmäßigkeit bezog, fiel angesichts dieser doppelten Lockerung erheblich schwächer aus als bei Heckel. Sie schloß lediglich eine Ordnung aus, in der die Differenz zwischen öffentlicher und privater Sphäre eingeebnet und jeder Sozialbereich politisiert worden wäre. Das verpflichtende Ordnungsmodell blieb bürgerlich, wenn auch nicht im vollen Sinn liberal. Schmitts Schrift von 1932 darf daher nicht als Plädoyer für den Nationalsozialismus verstanden werden. Sie liefert im Gegenteil die rechtliche Begründung für ein Verbot der extremen, auf den Umsturz der bestehenden Sozialordnung gerichteten Parteien auf der linken *und* der rechten Seite. Insofern ist Schmitts spätere Deutung seiner Schrift als „verzweifelter Versuch, das Präsidialsystem, die letzte Chance der Weimarer Verfassung, vor einer Jurisprudenz zu retten, die es ablehnte, nach Freund oder Feind der Verfassung zu fragen“<sup>38</sup>, nicht verfälschend. Dagegen gibt seine Position vom Sommer 1932 Grund zu zweifeln, ob es ihm tatsächlich wie Heckel um die Rettung der Weimarer Verfassung oder um eine andere autoritäre Ordnung ging.

In diesem Zusammenhang sind die Ausführungen aufschlußreich, die Schmitts enger Mitarbeiter der damaligen Tage, Ernst Rudolf Huber, seinerzeit machte. Huber, der Ende August 1932 im Auftrag seines Lehrers nach Berlin gereist war, um bei der Notstandsplanung des Reichswehrministeriums verfassungsrechtlichen Rat zu geben<sup>39</sup>, hatte Schmitts Aufspaltung der Weimarer Verfassung in zwei unverbundene Verfassungen aufgenommen, von denen nur noch eine wirklich sei, und schloß daraus in der Staatskrise, daß „verfassungsgemäß handelt, wer die im zweiten Hauptteil der Verfassung feierlich versprochene Volksordnung herstellt, nicht wer an den ... unanwendbar gewordenen Organisationsnormen des ersten Hauptteils unter allen Umständen festzuhalten sucht“<sup>40</sup>. Noch deutlicher heißt es in einer Erwiderung auf Heckels Aufsatz, die Verfassungsstörung, die dieser beschreibe, sei von einer Art, daß ein auf die Wiederherstellung der Weimarer Verfassung bezogenes Handeln nicht mehr ausreiche. Vielmehr stelle sich angesichts der Erschütterung der Verfassung die „Frage nach der geschichtlichen Legitimität eines Handelns, das den Boden der Verfassung

<sup>37</sup> Das kann hier nicht näher ausgeführt werden, vgl. *Carl Schmitt*, Grundrechte und Grundpflichten, in: *Anschütz, Tboma*, Handbuch, Bd. 2, 572, und besonders *Ernst Rudolf Huber*, Bedeutungswandel der Grundrechte, in: *Archiv des öffentlichen Rechts* N.F. 23 (1933) 7.

<sup>38</sup> *Schmitt*, Verfassungsrechtliche Aufsätze 345, die Ausführungen zu den extremen Parteien und ihren Unterorganisationen ebd. 302f. Vgl. dazu *Heinrich Muth*, Carl Schmitt in der deutschen Innenpolitik des Sommers 1932, in: *Historische Zeitschrift*, Beiheft 1 (1971) 75.

<sup>39</sup> Vgl. *Ernst Rudolf Huber*, Carl Schmitt in der Reichskrise der Weimarer Endzeit, in: *Helmut Quaritsch* (Hrsg.), *Complexio Oppositorum*. Über Carl Schmitt (Berlin 1988) 33.

<sup>40</sup> *Landeck* (d.i. Huber), *Verfassung und Legalität* 737.

verläßt, um das Reich zu erhalten“<sup>41</sup>. Das ist ersichtlich (und im Gegensatz zu der von Huber heute im siebten Band seiner „Verfassungsgeschichte“ eingenommenen Position<sup>42</sup>) der Standpunkt Schmitts und nicht der Heckels. Das Ziel war nicht die Außerachtlassung einzelner Verfassungsnormen im Interesse der Rettung der Verfassung insgesamt, sondern eine andersartige Verfassung, für die der Notstand nur als Vehikel diente.

### III.

Für die Frage nach den verfassungsrechtlichen Handlungsspielräumen in der Staatskrise der Weimarer Republik ergibt dieser Überblick, daß es an einer rechtlich begründbaren Alternative zur unbedingten Verfassungserfüllung nur fehlte, wenn man der positivistischen Staatsrechtslehre folgte. Allerdings trieb diese mit ihrem rigorosen Standpunkt, der weder Rücksicht auf den Zweck der Verfassung nahm noch ihren jeweiligen Realisierungsbedingungen Beachtung schenkte, die Politik ungewollt in die entgegengesetzte Richtung. Da die Situation die uneingeschränkte Verfassungserfüllung nicht zuließ, aber gleichwohl politische Entscheidungen verlangte, zwang der Positivismus die Politik dazu, ohne Rücksicht auf ihre verfassungsrechtlichen Bindungen vorzugehen. Insofern kam die Haltung der positivistischen Staatsrechtslehre einer Kapitulation vor der Faktizität gleich, die zu bekämpfen sie sich gerade vorgenommen hatte. Die aufs äußerste zugespitzte Lage des Jahres 1932 gibt daher auch den Blick auf die Voraussetzungen des Verfassungsrigorismus frei, der in der Logik des juristischen Positivismus liegt: Er ist an die Normallage gebunden, muß aber in Extremsituationen, in denen die uneingeschränkte Erfüllung sämtlicher Verfassungsvorschriften und der Fortgang der Staatstätigkeit in ein wechselseitiges Ausschließungsverhältnis geraten, zwangsläufig versagen. Die unbedingte Gesetzestreue führt dann zu Ergebnissen, die dem Normziel ferner stehen als ein begrenzter Regelverzicht.

Demgegenüber vermochte die nicht-positivistische Staatsrechtslehre einen Weg zu weisen, der die Kluft zwischen den Handlungszwängen der Politik in der Ausnahme-situation und den verfassungsrechtlichen Bindungen der Staatsgewalt überbrückte. Das gelang durch eine Differenzierung zwischen der Verfassung als Ganzes und ihren einzelnen Vorschriften oder zwischen den verfassungsrechtlichen Grundentscheidungen und ihren konkreten Ausformungen. Diese Binnendifferenzierung ermöglichte es, in dilemmatischen Situationen, in denen der Geltungsanspruch sämtlicher Verfassungsnormen aus zwingenden Gründen nicht gleichzeitig erfüllbar war, auf die Bindung an einzelne Vorschriften zu verzichten, ohne daß deswegen die Bindung an die Verfassung überhaupt preisgegeben werden mußte. Die Anwendung der bedeutungsminderen Norm stand in einem solchen Konflikt unter dem Vorbehalt, daß sie zur Wahrung der Grundordnung noch beitrug, statt diese aufs Spiel zu setzen. Die Lösung

<sup>41</sup> Ludwig Veeck (d. i. Ernst Rudolf Huber), Verfassungsnotstand, in: Deutsches Volkstum 1932, 984.

<sup>42</sup> Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, 746 und 1281; dazu Dieter Grimm, Der Akteur als Historiker, in: Rechtshistorisches Journal 5 (1986) 83.

bleibt allerdings riskant, weil sie mit einer Relativierung des Verfassungsrechts verbunden ist, die sich nur schwer unter Kontrolle halten läßt. Die Grenzen müssen deswegen so klar wie möglich gezogen werden. Die Regelverletzung erscheint nur gerechtfertigt, wenn sie der Bewahrung und nicht der Umwandlung der Grundordnung dient. Damit ist zugleich gesagt, daß sie nicht weitergehen darf als zur Aufrechterhaltung der Staatstätigkeit unbedingt nötig und jedenfalls vor identitätsverbürgenden Normen halt machen muß. Hier trennen sich die Wege von Heckel und Schmitt.

Die Einordnung der politischen Pläne des Jahres 1932 in diesen rechtlichen Bezugsrahmen wird dadurch erschwert, daß sie sich nicht zu ausgearbeiteten Verfassungsentwürfen verdichteten. Immerhin stimmten alle politischen Gruppen einschließlich der NSDAP in der Überzeugung überein, daß die Krise allein durch größere Unabhängigkeit der Regierung vom Reichstag und damit durch eine Beschneidung der Parlamentsrechte behebbar sei<sup>43</sup>. Der Reichstag bildete das Hindernis verfassungsmäßiger Ausübung der Politik, deswegen konnte die Abhilfe nur hier ansetzen. Die Vereinbarkeit mit der Weimarer Verfassung mußte sich aber am Ziel und am Umfang der Notstandsplanung erweisen. Papen führte dazu in seiner Münchener Rede vom 12. Oktober 1932 aus, daß es an der Zeit sei, die Gesetzgebung mittels Art. 48 WRV zu beenden. Das könne nur durch ein „neues Verfassungswerk“ geschehen. Er beschrieb es folgendermaßen: „Wir wollen eine machtvolle und überparteiliche Staatsgewalt schaffen, die nicht als Spielball von den politischen Parteien und gesellschaftlichen Kräften hin- und hergetragen wird, sondern über ihnen unerschütterlich steht wie ein ‚rocher de bronze‘. An den großen Grundsätzen, die der Teil II der Weimarer Verfassung enthält, soll man nicht rütteln, aber die Formen des politischen Lebens gilt es zu erneuern.“<sup>44</sup> Es folgte jene Liste von Änderungswünschen an die Weimarer Verfassung, die bereits aus früheren Reden von Papen und Gayl bekannt waren und oben schon erwähnt wurden.

Gerade in der Entgegensetzung der beiden Hauptteile der Reichsverfassung, von denen nur der zweite bewahrungswürdig sei, erinnert Papens Rede stark an die Position, die Schmitt in seiner Schrift „Legalität und Legitimität“ eingenommen hatte. Hinsichtlich des Verfahrens plante der Reichskanzler, den Reichstag aufzulösen, die Neuwahl über die in Art. 25 Satz 2 WRV vorgeschriebene 60-Tage-Frist hinauszuschieben, die gewonnene Zeit zur Erarbeitung eines Verfassungsentwurfs zu nutzen und diesen dann unmittelbar dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten<sup>45</sup>. Das sollte gestützt auf die Autorität Hindenburgs und unter Ausnutzung der Wirtschaftskrise geschehen. Für die Außerachtlassung von Art. 25 Satz 2 WRV war der Reichspräsident in einer Besprechung mit dem Reichskanzler, Gayl, Schleicher und Meissner am 30. August 1932 gewonnen worden<sup>46</sup>. Im Reichsinnenministerium ging man an den Verfassungsentwurf. Am 14. September 1932 brachte Papen den Plan im Kabinett zur Sprache<sup>47</sup>. Gayl und Schleicher befürworteten die Verschiebung der Wahl,

<sup>43</sup> Vgl. *Huber*, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, 1006; *Winkler*, Katastrophe 802.

<sup>44</sup> *Schultbess* 1932, 178 f.

<sup>45</sup> Vgl. *Kolb, Pyta*, Staatsnotstandsplanung, in diesem Band, S. 164 ff.

<sup>46</sup> AdR, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, 474 ff.

<sup>47</sup> Ebd. Bd. 2, 576 ff.

der letztere unter Berufung auf Beratungen, die sein Ministerium mit einigen Staatsrechtslehrern, darunter Schmitt, geführt habe. Der Verschiebungsplan fand aber im Kabinett keinen Rückhalt, nachdem die Regierung durch die mißglückte Parlamentsauflösung und das nicht verhinderte Mißtrauensvotum vom 12. September 1932 in die Defensive geraten war. Der Plan wurde daher auf die Zeit nach der nächsten Reichstagswahl, von der die Regierung keine durchgreifende Änderung der Verhältnisse erwartete, verschoben.

In der ersten Kabinettsitzung nach der Reichstagswahl vom 6. November 1932, die die Mandatsverteilung nur geringfügig verändert hatte, forcierte Papen nochmals die Verfassungsreform<sup>48</sup>. Notfalls müsse man sie auf das Wesentliche beschränken. Schleicher erklärte schon bei dieser Gelegenheit, daß die Regierung eine Mißachtung von Verfassungsbestimmungen nur wagen könne, wenn sie der Öffentlichkeit zuvor ihr Bemühen um eine parlamentarische Mehrheit und die Aussichtslosigkeit einer Koalitionsbildung glaubhaft demonstriert habe. Der Rücktritt der Regierung, zu dem sich Papen eine Woche später auf Schleichers Rat entschloß, und die anschließend geführten Koalitionsgespräche sollten diesen Beweis erbringen. Obwohl die Koalitionsgespräche erwartungsgemäß scheiterten, mußte Papen den Auftrag, erneut die Regierung zu bilden, zwei Wochen später an den Reichspräsidenten zurückgeben. Der Grund lag gerade in der Verfassungsfrage. Das Kabinett hatte ihm die Gefolgschaft für seine Notstandsplanung abermals verweigert. Ausschlaggebend für diesen Entschluß war die Stellungnahme Schleichers, der die Reichswehr nicht in die Papensche Notstandsaktion verwickelt sehen wollte. In der Kabinettsitzung teilte er daher mit, daß zur Bekämpfung der erwarteten Widerstände gegen die verfassungswidrige Verschiebung des Wahltermins nicht mit der Reichswehr zu rechnen sei<sup>49</sup>. Ohne die militärische Rückendeckung war die Regierung im Gegensatz zum Regierungschef nicht bereit, sich auf einen offenkundigen Verfassungsverstoß einzulassen.

Sleichers Haltung erklärt sich unter anderem daraus, daß er der Verfassungsfrage nie dieselbe Bedeutung beigemessen hatte wie Papen und Gayl. Er war zwar für die Verschiebung der Neuwahlen eingetreten, strebte aber keine grundlegende Veränderung der staatsrechtlichen Verhältnisse an. Für ihn besaßen die wirtschaftlichen Probleme Priorität. Als Nachfolger Papens machte er daher die Arbeitsbeschaffung zu seinem Regierungsprogramm. Dafür erhoffte er sich die Unterstützung der Gewerkschaften sowie eine parlamentarische Mehrheit quer durch die Parteien von der Sozialdemokratie bis zum Strasser-Flügel der NSDAP. Die Festigung des Regierungssystems erwartete er als Frucht einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. In seinen Gesprächen mit den politischen Parteien distanzierte er sich folglich von Papens Verfassungsplänen und lehnte eine Verfassungsreform am 10. Dezember 1932 a limine ab<sup>50</sup>. Erst als Schleichers „Querfront“-Plan gescheitert war, kam er auf die Verschiebung des Wahltermins zurück. Doch sollte der Zeitgewinn nicht für die Verfassungsreform,

<sup>48</sup> Ebd. 901 ff.

<sup>49</sup> Ebd. 1035–1038.

<sup>50</sup> AdR, Das Kabinett von Schleicher (Boppard 1986) 58. Vgl. zu Schleichers Einstellung zur Verfassung *Bracher*, *Auflösung* 472, 579; *Thilo Vogelsang*, *Reichswehr, Staat und NSDAP* (Stuttgart 1962) 210, 225.

sondern für den wirtschaftlichen Aufschwung genutzt werden. Es spricht also vieles dafür, Papen der Position Schmitts, Schleicher der Position Heckels zuzuordnen. Nachdem jedoch der Reichspräsident Schleicher verweigerte, was er Papen zugestanden hatte, behauptete sich am Ende die Position des Positivismus mit der Folge, daß nicht nur die Weimarer Verfassung, sondern der Verfassungsstaat überhaupt den Preis zahlte.



# Diskussion

*Hans Mommsen*

Wie in meinem einleitenden Referat ausgeführt, gab es während der Kabinette Papen und Schleicher Ansatzpunkte zu einer Eliminierung des Parteiensystems, die der NSDAP in die Hände spielten, wobei deren Beteuerungen, sich vom Parteienstaat abwenden zu wollen, für ernsthaft gehalten wurden. Die Abwendung der freien Gewerkschaften von der SPD und ihre Annäherung an das NS-Regime vor dem 2. Mai 1933 liegen auf derselben Linie. Die Erwartung, ein auf berufsständische Formen aufruhendes Regierungssystem zu schaffen, war, so illusionär diese Vorstellung anmutet, weit verbreitet, und zur Kritik am parlamentarischen System von Weimar gesellte sich häufig eine Ablehnung der Repräsentativverfassung des Kaiserreichs, der die in der Niederlage des Ersten Weltkriegs gipfelnden Mißerfolge angelastet wurden. Alles dies muß als tiefgreifende Desorientierungskrise des Mittelstandes gewertet werden, die von der NSDAP systematisch ausgenützt wurde.

*Heinrich August Winkler*

Daß Papen den Staatsnotstand – in Gestalt des Aufschubs der Reichstagswahlen über die verfassungsmäßige Frist von 60 Tagen hinaus – nicht, wie am 30. August 1932 mit Hindenburg abgesprochen, exekutieren konnte, lag, worauf beide Referate mit Recht hingewiesen haben, an seinem selbstverschuldeten Debakel im Reichstag am 12. September. Nach dem Mißtrauensvotum war die Autorität des Reichskanzlers stark erschüttert. Im November 1932 hat Papen eine Doppelrolle gespielt. Einerseits stand er Hindenburg als Kandidat für ein präsidiales Kampfkabinett zur Verfügung, andererseits signalisierte er den Nationalsozialisten, daß er eine Kanzlerschaft Hitlers befürworte. Schleicher schloß den Staatsnotstand keineswegs aus, wollte aber zunächst versuchen, die wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte wenn nicht in seine Regierung einzubinden, so doch zu neutralisieren. In diesem Sinne ist auch sein Gespräch mit Rudolf Breitscheid, dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, am 28. November 1932 zu verstehen. Auch als Reichskanzler gab Schleicher die Hoffnung nicht auf, er könne eine „Mitarbeit der Nazi unter Strasser unter dem Messiassegnen Hitlers“ erreichen (so am 13. Dezember vor den Gruppen- und Wehrkreisbefehlshabern). Gelang die Einbindung der Nationalsozialisten nicht, war er bereit, „auf Hauen und Stechen“ mit der NSDAP zu kämpfen. In den letzten Tagen seiner Kanzlerschaft hielt er die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler für ein sehr viel kleineres Übel als ein Kampfkabinett Papen-Hugenberg.

Anders als Papen wollte Schleicher einen verfassungswidrigen Aufschub der Reichstagswahlen nicht für Verfassungsexperimente nutzen. Es fragt sich aber, ob es nicht außer dem Staatsnotstandsplan, den das Kabinett Schleicher am 16. Januar 1933 beschloß, noch eine andere Alternative zur Machtübertragung an Hitler gab: die Igno-

rierung eines Mißtrauensvotums des Reichstags, solange dieser keinen positiven Vorschlag zur Regierungsbildung machte. Ein entsprechender Vorschlag aus der Reichskanzlei, aus der Feder des Ministerialrats Vogels, lag dem Kabinett am 16. Januar vor, und im gleichen Sinn äußerte sich der Abgeordnete Wilhelm Sempfendörfer vom Christlich-Sozialen Volksdienst in einem Brief an Schleicher vom 24. Januar 1933.

### *Klaus Schönhoven*

Die scharfe parlamentarische Opposition des politischen Katholizismus gegen die Regierung Papen bedeutete nicht, daß man im Zentrum und in der Bayerischen Volkspartei alle Verfassungsreformpläne des Reichskanzlers prinzipiell ablehnte. In beiden Parteien gab es viele Befürworter einer autoritären Staatsverfassung, mit der die „Auswüchse“ des Parlamentarismus beschnitten und die „formale Demokratie der Zahl“ korrigiert werden sollte. Nach den Juliwahlen von 1932 betonte man die parlamentarische Scharnierfunktion des politischen Katholizismus und sondierte die Möglichkeiten einer schwarz-braunen Koalition im Reich. Zum gleichen Zeitpunkt rückten bischöfliche Kundgebungen die Warnungen vor den Gefahren des Nationalsozialismus in den Hintergrund und begrüßten die stärkere Rechtsorientierung von Zentrum und BVP. Dies war auch die Linie des Vatikans, wie aus Berichten des bayerischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhl zu entnehmen ist.

Die Reichsexekution gegen Preußen wertete man namentlich in den süddeutschen Ländern als einen Frontalangriff Papens auf den Föderalismus. Dessen Versuche, durch verbale Zugeständnisse auf dem Gebiet der Reichsreform zu einem politischen Burgfrieden mit den süddeutschen Ländern zu kommen, stießen auf ein geteiltes Echo. Im November 1932 plädierten Zentrum und BVP für eine Regierung der „nationalen Konzentration“ und stellten es dem Reichspräsidenten frei, Hitler oder Schleicher zum Kanzler zu ernennen.

### *Ian Kershaw*

Ich habe mich zu einer eher fatalistischen Einschätzung von dem kaum haltbaren Untergang der Demokratie und der Unvermeidlichkeit einer autoritären Lösung ab 1930 schon bekannt. Ab dem Papen-Putsch scheint dieser Fatalismus erst recht angebracht. Jedenfalls darf man bei einer Betrachtung der Notstandsplanung unter Papen und Schleicher Skepsis darüber äußern, was die Möglichkeiten einer Diktatur ohne Massenbasis anbelangt. Frappierend ist ohnehin nach meiner Meinung die Verworrenheit der Notstandspläne von Papen und Schleicher sowie die Unsicherheit der Hauptakteure. Ebenfalls frappierend ist der relativ große Spielraum für die Entfaltung von mehr oder weniger phantasievollen Initiativen durch ein paar politische „Macher“. Man könnte sogar behaupten, daß die Einschränkung der institutionellen Spielräume als Kehrseite die Erweiterung der Spielräume für abenteuerliche, verantwortungslose In-

initiativen von wenigen Individuen in der Kamarilla um Hindenburg hatte. Die Rolle der Persönlichkeit wuchs demnach in direktem Verhältnis zum Machtverlust der staatlichen Institutionen. Allerdings sollte man, um die Geschichte der Endphase Weimars nicht allzu sehr zu personalisieren, daran erinnern, daß hinter den agierenden ‚Personen‘ wichtige Lobbies und Interessengruppen standen.

### *Kurt Nowak*

Ich weise darauf hin, daß die Pläne zur Verfassungs- und Reichsreform von den protestantischen Kirchenführern sehr ernst genommen worden sind. Der Rechtsausschuß des „Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses“ hat am 14. November 1932 den Staatsrechtler Prof. Heckel als Gutachter zu einem entsprechenden Vortrag gebeten. Heckels 90-Minuten-Referat liegt der Forschung leider nicht in schriftlicher Form vor, ist aber aus den Berichten des Rechtsausschusses in seinen wesentlichen Punkten zu rekonstruieren. Gayls „Gesichtspunkte für den Staatsneubau“ vom 22. August 1932 sind dem Rechtsausschuß wahrscheinlich bekannt gewesen.

Grundsätzlich ist zu bemerken: der Rechtsausschuß ist den i.w. rechtspositivistischen Gedankengängen Heckels einhellig gefolgt. Das Problem, inwieweit die geplante Reform der Verfassung ein Abschied von der Demokratie war, spielte keine Rolle. Primär interessiert war der Rechtsausschuß an der Erhaltung der föderalen Struktur des Reiches sowie an einer angemessenen Vertretung der Kirche in einem etwaigen „Oberhaus“.

### *Wolfram Pyta*

Reichswehrminister Schleicher hatte sich auch bereits frühzeitig um juristische Rückendeckung für den Fall einer verfassungswidrigen Verschiebung von Neuwahlen bemüht. Sein Vertrauter Oberstleutnant Ott hatte sich am 13. September 1932 mit den Staatsrechtslehrern Carl Schmitt (Berlin), Jacobi (Leipzig) und Bilfinger (Halle) dahingehend verständigt, daß diese drei Professoren der Regierung hierbei mit ihrem Sachverstand zur Seite stehen würden, um den Verfassungsbruch unter Berufung auf den Staatsnotstand zu legitimieren.

Wie sehr die Reichswehrführung von der Gegnerschaft auch der Nationalsozialisten bei einer totalen Entmachtung des Reichstags ausging, verdeutlicht ihre Planübung vom 25. und 26. November 1932. Nach den bei Vogelsang und Schüddekopf abgedruckten Aufzeichnungen des Oberstleutnants Ott rechnete man damit, daß sich auch Nationalsozialisten an Streikaktionen gegen ein derartiges Vorgehen der Papen-Regierung beteiligen würden. Damit waren die Anhänger der Präsidialdiktatur bereit, notfalls auch eine offene Konfrontation mit der Hitler-Partei in Kauf zu nehmen und durchzusehen.

*Eberhard Kolb*

Für die Protagonisten einer autoritären Staatlichkeit stellte die Krise der Weimarer Republik eine einzigartige und unwiederbringliche Chance zur Verwirklichung ihrer weitreichenden Verfassungspläne dar. Nur unter den Bedingungen der Staatskrise fielen die präsidentialen Vollmachten derart ins Gewicht, daß mit deren Hilfe eine dauerhafte Veränderung der Verfassungsordnung – in der von den Verfechtern des „Neuen Staates“ intendierten Richtung – erreichbar erschien. An der Ernsthaftigkeit dieser Absichten, am entschiedenen Willen der Regierung Papen, die Krise Weimars für die eigenen verfassungsdurchbrechenden Ziele zu nutzen, kann angesichts der weit vorgeschrittenen Planungen für den Ernstfall des Verfassungsbruchs kein Zweifel bestehen.

# V. Machteliten und Machtübertragung: Die Rolle von Industrie und Agrariern in der deutschen Staatskrise 1930–1933

*Henry Ashby Turner, Jr.*

## ‘Alliance of Elites’ as a Cause of Weimar’s Collapse and Hitler’s Triumph?

One of the most persistent themes in the many attempts to explain Germany’s descent into barbarism earlier in this century has been that of a hegemonic continuity of allied, reactionary elites. According to that interpretation, an alliance of agrarians and spokesmen of heavy industry exercised a dominant and negative influence over German politics from the late 1870s down to 1933, in some versions even longer. In seeking to maintain their privileged socio-economic position, those groups allegedly joined together to thwart the development of democracy in Germany and, as a consequence, contributed decisively to the disaster of the Third Reich<sup>1</sup>.

Although considerable doubt has been cast upon the cohesion and dominance of this alleged alliance of elites in studies of the latter stages of the Empire, no systematic attempt has been made to examine the viability of the continuity thesis for the Weimar republic. It is undeniable that most of the spokesmen of both agriculture and industry during the republican period were not enthusiastic advocates of democracy and thus represented, in a general sense, a potential liability for the republic. Although the hoary myth of massive big business subsidization of the NSDAP can no longer be taken seriously, it is also incontestable that industrialists as well as agrarians contributed in a variety of ways indirectly, and sometimes inadvertently, to the weakness of the first German attempt to institute democracy. But if, as repeatedly alleged, those two groups in alliance played a direct and deliberate role in the destruction of the Weimar republic and in the rise of Hitler, that should be discernable, after more than a half century of intensive research, in the major political junctures of the years

<sup>1</sup> One of the most outspoken proponents of this view has been *Fritz Fischer*. See his book *Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945* (Düsseldorf 1979) and his article *Zum Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte von Bismarck zu Hitler*, in: *Studia Historica Slavo-Germanica* I (1972) 115–127.

1930–33. It therefore seems in order to scrutinize four of those junctures with an eye to establishing the role or non-role of an agrarian-industrial alliance: the collapse of the great coalition that ended parliamentary rule; the appointment as chancellor of Heinrich Brüning and the shift to rule by presidential emergency powers; Brüning's fall; the fall of Schleicher and the appointment of Adolf Hitler as chancellor.

In March 1930 opposition on the part of spokesmen of both industry and agriculture clearly contributed to the fall of the great coalition cabinet headed by Social Democrat Hermann Müller. As is well known, industrial spokesmen in the DVP figured prominently in the crisis through their opposition to increased employers' contributions to the deficit-plagued unemployment insurance fund. Whether they or the trade-union spokesmen in the SPD, who resisted any curtailment of entitlement benefits for the unemployed and therefore favored higher contributions, bear the greater share of responsibility for the final breakup of the coalition remains debatable. Whatever the degree of culpability, the role of industrial interests in escalating the crisis has long been recognized. Less noticed has been the role agrarian interests played in paving the way for the fatal crisis of the great coalition. By contributing to Hindenburg's decision to deny to the Müller cabinet use of his presidential emergency powers under Article 48 agrarian spokesmen helped to weaken the cabinet and make it vulnerable to foes of the great coalition within the parties that had to that point supported the cabinet.

The precise extent of agrarian influence over the Reich president cannot be determined because of the paucity of documentation about his decision-making. There can be no doubt, however, about Hindenburg's pronounced solicitude for the interests of agriculture. He could, therefore, have hardly failed to notice when, despite concessions to agrarian interests by the Social Democrats at the time new tariff schedules were enacted in late March 1930, former Food Minister Martin Schiele of the Reichs-Landbund pronounced the great coalition's trade policies unacceptable and placed the blame for this on the SPD<sup>2</sup>. Hindenburg was exposed to the same message from General Kurt von Schleicher, who included among his arguments for terminating the great coalition the accusation that the program of the Green Front of agrarian interests could not be implemented with the SPD in the government<sup>3</sup>. To reinforce that message, Schleicher forwarded to the president's office correspondence depicting the plight of eastern agriculture<sup>4</sup>.

<sup>2</sup> See the remarks of Schiele, then still a DNVP deputy, to the Reichstag on March 25, 1930: *Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte*, 427, S. 4644 f. Also *Heinrich August Winkler, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Der Schein der Normalität* (Berlin, Bonn 1985) 758 f.

<sup>3</sup> See the Vortragsnotiz prepared by Hauptmann Ferdinand Noeldechen for Schleicher in March 1933 in: *Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP* (Stuttgart 1962) 414–415; im folgenden zitiert: *Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP*.

<sup>4</sup> See the letter by Generalmajor a. D. von Thaer to Schleicher, March 13, 1930, forwarded by Schleicher to Staatssekretär Meissner with letter of March 18, in: *Politik und Wirtschaft in der Krise. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking*, 2 Bde. (Düsseldorf 1980) Bd. 1, 92–94.

While both industrial and agrarian interest contributed to the collapse of the great coalition, no evidence has been found to indicate that they did so through conscious collusion. Far from conspiring with one another, these two conservative groups were in March 1930 arrayed antagonistically against one another on an issue that had historically obstructed their efforts at political collaboration: trade policy<sup>5</sup>. Experiencing acutely the deleterious effects of the precipitous decline in world food prices, Germany's agrarians demanded ever higher protective tariffs on foodstuffs in hopes of sheltering the domestic market from the competition of foreign imports. The country's industrialists, who were beginning to suffer from the contraction of their markets as a result of the worsening world economic crisis, resisted such protectionist efforts in fear of retaliation against their manufacturing exports by countries whose foodstuffs would be excluded from Germany. Thus, insofar as agrarian and industrial interests played parts in the collapse of the great coalition, their roles were quite distinct and separate, both in terms of the two groups' aims and in terms of how they affected the final crisis of the Müller cabinet. It is true that in pursuit of divergent economic interests, important elements of each group came to oppose the continuing participation of the SPD in the government. They acted, however, not as allies but rather as two estranged groups whose policies were marked, at best, by a partial parallelism.

The selection and installation of Heinrich Brüning as chancellor in the wake of the great coalition's collapse came about through the efforts of the military camarilla around President Hindenburg, not as a result of influence on the part of agrarians or industrialists, either separately or in alliance. Similarly, the decision to rely on Article 48 for legislative purposes was reached independently of those interest groups, having been made by the inner circle of the cabinet in consultation with the president and his behind-the-scenes advisers. Indeed, that step would have been unnecessary if the principal spokesmen of agriculture and industry in the DNVP had been successful in their efforts to swing that party behind the Brüning cabinet in the summer of 1930, thereby providing the chancellor with a parliamentary majority. When their efforts failed, most of those interest-group spokesmen in the DNVP seceded from the party<sup>6</sup>.

In industrial quarters, Brüning's invocation of Article 48 to enact fiscal legislation initially caused considerable apprehension. That step aroused fears that such defiance of the parliament might lead foreign creditors to sense an incipient constitutional crisis and, as a consequence, move them to cut off the flow of loans from abroad on which much of German industry was heavily dependent. When those fears proved groundless, such reservations about reliance on presidential emergency powers subsided, and spokesmen of industry began to applaud Brüning's use of Article 48 – but only then, considerably after the decision had been made.<sup>7</sup>

With regard to Brüning's fall in May 1932 a stronger case can be made for influence on events by agrarians and industrialists. As is well known, the Brüning cabinet's plans

<sup>5</sup> See *Dieter Gessner, Agrarverbände in der Weimarer Republik* (Düsseldorf 1976); im folgenden zitiert: *Gessner, Agrarverbände*.

<sup>6</sup> See *Henry A. Turner, Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers* (Berlin 1985) 131–135; im folgenden zitiert: *Turner, Großunternehmer. Gessner, Agrarverbände* 219–234.

<sup>7</sup> *Turner, Großunternehmer* 133–136.

for an agrarian reform that would break up some of the bankrupt East-Elbian latifundia for settlement purposes called down upon the chancellor the wrath of much of the conservative rural establishment. The resultant barrage of indignant letters of protest, many from prominent Junker landholders, that deluged President Hindenburg can hardly have left him unaffected, given his personal identification with the agrarian aristocracy. Those protests in all likelihood outweighed in his mind the continuing, if dwindling, support for Brüning by moderate agrarian interests<sup>8</sup>. As for industry, since the autumn of 1931 the spokesmen of the Ruhr – though not the leadership of the industrial Reichsverband – had become increasingly disillusioned with Brüning. In their opinion the chancellor had failed to adopt a sound economic response to the depression because of an unwillingness to offend the Social Democrats, on whom he had come to rely in order to fend off the formation of a hostile parliamentary majority<sup>9</sup>.

Since some of the industrial leadership remained loyal to Brüning, opposition to the chancellor from that side was less vocal and conspicuous than was that from the side of agriculture. With rare exceptions, Brüning's critics in industry avoided making their views public lest they arouse the wrath of an incumbent chancellor at a time of mounting dependence by industry on governmental favors<sup>10</sup>. In any case, even the most prominent of industrialists lacked the kind of privileged access to the president's ear that Junker agrarians enjoyed. Still, by the spring of 1932 prominent spokesmen of both agriculture and industry had in effect withdrawn their support from Brüning, if for different reasons, with divergent timing, and to varying degrees.

This configuration doubtless made it easier for Hindenburg to dismiss the chancellor, but it cannot be demonstrated to have been the cause of that decision. The president appears to have been motivated in part by personal considerations, such as annoyance at finding himself reelected as the candidate of the left after a campaign directed by Brüning. He seems also to have been influenced to a degree impossible to measure by the intrigues of Schleicher, who had been one of those who arranged for Brüning's appointment two years earlier but who now turned against the chancellor for reasons that had nothing to do with the interests of agriculture and industry.

While opposition to Brüning was present in May 1932 among both agrarians and industrialists, if not so outspokenly from the side of the latter, it would again be misleading to speak of an alliance, or even cooperation, between the two camps at the time of the chancellor's fall. Quite to the contrary, their relations were by then rapidly deteriorating as a consequence of deepening differences over trade policy. Indeed, the Brüning cabinet's receptivity to agrarian appeals for higher tariffs on foodstuffs was an additional factor in the growing coolness toward it on the part of industrialists<sup>11</sup>. Thus, while important parts of both agriculture and much of industry stood opposed to

<sup>8</sup> *Dieter Gessner*, *Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930–1933* (Düsseldorf 1977); im folgenden zitiert: *Gessner*, *Agrardepression*.

<sup>9</sup> *Turner*, *Großunternehmer* 207–217.

<sup>10</sup> *Ebd.* 220f.

<sup>11</sup> *Tilman P. Koops*, *Zielkonflikte der Agrar- und Wirtschaftspolitik in der Ära Brüning*, in: *Hans Mommsen et al.*, *Industrielles System und politische Entwicklung* (Düsseldorf 1974) 852–868; im folgenden zitiert: *Mommsen*, *Industrielles System*. *Michael Grübler*, *Die Spitzenverbände der Wirtschaft und das erste Kabinett Brüning* (Düsseldorf 1982) 250–300.

Brüning, those two camps were incapable of concerted action because of the mounting tensions between them over trade policy.

An alleged alliance of agrarian and industrial elites has often been invoked to explain the momentous events that resulted in Schleicher's fall and Hitler's appointment as chancellor at the end of January 1933. Clearly, many of the spokesmen of German agriculture favored both those developments and did their utmost to bring them about<sup>12</sup>. Schleicher's cabinet became anathema for them as a consequence of its rejection of their demands for still greater protectionist measures for agricultural products and its revival of the project to break up large bankrupt estates in the East for settlement by small farmers. Junker agrarians also resented Schleicher's toleration of a parliamentary inquiry into allegations of misuse by estate owners of the Osthilfe funds appropriated to rescue the faltering agricultural enterprises in the East. In contrast to Schleicher's unpopularity in agrarian circles, Hitler enjoyed widespread support among Protestant farmers and within the largest agricultural trade association, the Reichs-Landbund, whose ranks the Nazis had extensively infiltrated by early 1933. In view of Hindenburg's concern for the welfare of the agricultural sector and his accessibility for its spokesmen, it seems unlikely that he failed to notice the clamor from that side against Schleicher and for Hitler.

One incontestable fact about the decisive juncture of January 1933 stands out: despite what journalists and leftist politicians said at the time and what numerous historians have written since then, no alliance between agriculture and industry existed<sup>13</sup>. An effort had been made the previous November to convey the impression of such an alliance by means of a Nazi-inspired petition that called upon Hindenburg to appoint Hitler chancellor and vest him with presidential emergency powers. But while some prominent spokesmen of agriculture appeared among the signatories, those from the business community were, with few exceptions, obscure and marginal figures; the major industrialists withheld their support. Like the so-called Harzburg Front of a year earlier, the petition to Hindenburg represented, among other things, an attempt to conceal the differences between agriculture and industry. Far from collaborating in January 1933, those two interest groups stood at loggerheads as seldom before because of deepening differences over the divisive issue of national trade policy. In December their relations had sunk to an all-time low point as a consequence of a flagrant breach of accepted lobbying practices by the Reichs-Landbund, which in public launched personal attacks on major industrial spokesmen who opposed more restrictive measures against agricultural imports of a sort certain to provoke retaliation abroad against German industrial exports.

While most of agriculture's spokesmen stood vehemently opposed to Schleicher in late January 1933, the attitude of an influential part of industry toward his cabinet

<sup>12</sup> See *Gessner*, *Agrardepression* 186–94; *Friedrich Martin Fiederlein*, *Der deutsche Osten und die Regierungen Brüning, Papen, Schleicher* (Diss. Universität Würzburg 1966) 434–54; *Vogel-sang*, *Reichswehr, Staat und NSDAP* 358 ff.

<sup>13</sup> On the following, see *Turner*, *Großunternehmer* 366 ff.

had undergone a significant turnabout by then<sup>14</sup>. Initially, the new chancellor had awakened grave apprehensions with his publicly stated scorn for economic orthodoxy and his apparent support of large-scale government-sponsored public-works projects of the sort rejected by industry as financially irresponsible and economically counter-productive. His cabinet's repeal of pro-business measures which Papen had enacted further heightened those apprehensions. Schleicher's negotiations with trade unionists and Gregor Strasser, purportedly the leader of the Nazi Party's left wing, raised the specter of a return to parliamentary government with an anti-capitalist bias. But by mid-January 1933 that project had come to naught, as had most of the new chancellor's proposed departures from his predecessor's policies.

In his deeds, as opposed to his words, Schleicher behaved as chancellor increasingly like industry's favorite, Papen. Particularly heartening from the industrial point of view was his emphatic repulse of agrarian demands for greater protectionism in trade policy, an issue on which Papen had temporized. As a result, by late January the leadership of the two premier associations of the business community, the industrial Reichsverband and the Industrie- und Handelstag, had come to favor retention of the Schleicher cabinet. That seemed preferable to still another change of government that might necessitate yet another national election and thus perpetuate the political uncertainties of the previous year, which had contributed, in the judgment of the business community, to a pervasive lack of confidence in the economy that inhibited recovery from the depression.

This support for Schleicher was by no means unanimous in the politically divided business community of January 1933. A small minority of the major industrialists favored giving the chancellorship to Hitler, some in the expectation that, once in office, he would quickly fail, thereby dispelling Nazism's hold over millions of voters. Most industrialists, however, still feared that, despite Hitler's repeated assurances to the contrary, the Nazis would, if they got the chance, seek to make good on the anti-capitalist planks in their program and otherwise disregard sound economic principles. Some industrialists were prepared to see the NSDAP, as the largest party, brought into the government, but only under a conservative chancellor, such as Papen. A formidable obstacle stood in the way of such plans to surround the Nazis with conservatives, however, since under the circumstances an indispensable participant would have to be Alfred Hugenberg, the leader of the DNVP, who had espoused the most extreme trade-policy demands of the agrarians.

The extent to which the divided industrial camp exerted influence over the events that brought down Schleicher and installed Hitler in the chancellorship remains uncertain, once again in large part because of the enigmatic Hindenburg's decisive role. But the industrialists seem, on the whole, to have been less active politically during January 1933 than were the agrarians. Moreover, the last documented communication to the Reich president on the part of the major business associations, which was submitted jointly by spokesmen of the industrial Reichsverband and the Industrie- und

<sup>14</sup> See ebd., and *Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933* (Göttingen 1981) 140 ff.

Handelstag on January 28, amounted to a warning against the appointment of Hitler<sup>15</sup>. There is no documentary evidence, on the other hand, of industrial intervention with the president on behalf of Hitler's candidacy, either directly or indirectly, during the behind-the-scenes negotiations with Hindenburg's confidants during January.

The exact extent to which the president's decisions were shaped by either agrarian or industrial appeals will in all probability never be established. Numerous other influences were in play, including the Osthilfe scandal and the impenetrable role of Oskar von Hindenburg. The outcome was ultimately determined in the mind of an elderly man who was not given to articulating his motivations and who left no record of his reasoning in this crucial instance. Conceivably, efforts to influence Hindenburg's decisions from any side may have weighed little against his reluctance to violate the constitution. Schleicher, who only two months earlier had brought the reluctant president to drop Papen on the grounds that the latter's plan to dissolve the Reichstag and ignore the constitutional provision for new elections within sixty days, now entangled himself in a blatant contradiction by proposing to do essentially the same thing. Under the circumstances, a Hitler chancellorship based on the prospect of a parliamentary majority held out what could appear from the president's perspective as the only way to avoid a breach of the constitution.

To summarize, in only two of the four cases reviewed here – the breakup of the great coalition and the fall of Brüning – did agrarian and industrial interests both contribute to the outcome. At those junctures elements of the two brought their political weight to bear in parallel fashion, but in neither instance can it be contended that they acted as allies.

\* \* \*

Whereas most references to the 'alliance of elites' during Weimar have focused on the final phase of the republic, when none existed, there has been curiously little attention to a period when, if ever during the republican era, a case can be made for close and sustained collaboration between agrarian and industrial elites: the years 1924–30<sup>16</sup>. During that time repeated compromises enabled those two groups to exert considerable influence over the politics of the young republic. This was most evident in the behavior of the DNVP, the major rightist political party that sought to reconcile

<sup>15</sup> Ludwig Kastl (RDI) and Eduard Hamm (DIHT) to Staatssekretär Meissner, January 28, 1933, followed by letter from Kastl to Meissner later the same day in which Kastl stated that Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Chairman of the Reichsverband, had fully endorsed the views expressed in the first letter: Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik. Das Kabinett von Schleicher, 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933, bearbeitet von *Anton Golecki* (Boppard 1986) 313. This correspondence should be read in conjunction with Kastl's letter to Krupp von Bohlen of January 26, in which Kastl warned against a Hitler-Papen-Schacht cabinet backed by the NSDAP and DNVP; see *Turner*, *Großunternehmer* 381–384.

<sup>16</sup> See *Michael Stürmer*, *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928* (Düsseldorf 1967).

the differences between agriculture and industry within its own ranks<sup>17</sup>. In 1924 the conservative spokesmen of those two groups in the DNVP joined together to defy the party leadership by voting for the Dawes Plan legislation because of the economic benefits they expected for both their constituencies from the foreign loans that depended upon passage of that legislation. At the beginning of 1925 the same two groups joined forces to bring the DNVP into the government of a republic whose legitimacy the party had refused to recognize. Once again, the motivation was pursuit of economic interest, this time in the form of influence over trade policy. Later in 1925 those groups resisted the DNVP's exit from the government over the Locarno treaties because of the loss of influence over economic policy that step would entail. And it was those groups that supported the rightist party's reentry into the government in 1927, even at the political price of an explicit recognition by the monarchist DNVP of the republican constitution's legitimacy.

During this middle period of the republic, relations between the elites of agriculture and industry assumed a quasi-institutional form in the Esplanade circle, the full history of which remains to be written<sup>18</sup>. At regular intervals, leading industrialists and agrarian spokesmen met at the Hotel Esplanade in Berlin to resolve differences and map common strategies. It was within that forum that industry agreed to finance the effort to rescue the faltering agriculture of eastern Germany as well as to provide other forms of material aid. Responding to the centripetal, integrative allures of parliamentary politics, which held out the prospect of material gains through compromise and mutual support, the two groups worked together to moderate their inherent differences over trade policy.

During this middle period of Weimar a combination of pragmatic pursuit of interest and governmental conservatism bought the largest party of the right, the DNVP, to participate constructively in the republican regime. Some highly conservative, even reactionary, men found themselves, not altogether comfortably, making use of the instruments of parliamentary democracy for their own ends. This significantly broadened the basis for practical politics, which now extended to include a reluctant but compliant DNVP. Even after that party was excluded from the government in 1928, collaboration between agriculture and industry continued during the great coalition, particularly in the sphere of trade policy, where the agrarians now found unexpected support from an SPD belatedly sensitive to the interests of the rural population<sup>19</sup>. Whatever one may think of the economic effects of the legislation that resulted, it is difficult not to conclude that the often reviled 'alliance of elites' served as a stabilizing

<sup>17</sup> See *Manfred Dörr*, *Die Deutschnationale Volkspartei 1925 bis 1928* (Diss. Universität Marburg 1964).

<sup>18</sup> There is much documentation on the origins and activities of the Esplanadekreis in the papers of Paul Reusch, one of the organizers, which are now in the possession of the Haniel Archiv of Duisburg. See *Gessner*, *Agrarverbände* 72 ff.

<sup>19</sup> *Dieter Gessner*, *Industrie und Landwirtschaft 1928–1930*, in: *Mommsen*, *Industrielles System* 762–78. This article effectively refutes the contention that cooperation between agriculture and industry ended in 1928: *Arno Panzer*, *Das Ringen um die deutsche Agrarpolitik von der Währungsstabilisierung bis zur Agrardebatte im Dezember 1928* (Kiel 1970).

force during the middle years of the republic, even if it was an unintentional by-product of those elites' pursuit of self-interest.

This collaboration did not, of course, continue into the new decade. The reasons for this remain to be fully charted, but a few stand out. Most conspicuously, the agrarian crisis that began during the second half of the twenties intensified demands for protection of German agriculture from foreign competition<sup>20</sup>. By the early thirties those demands had exceeded the toleration level of an industrial sector increasingly dependent upon exports as a result of the collapse of domestic demand under the impact of the world economic crisis. With the constraints imposed by compromise removed, the discipline of the stabilization period collapsed within the agrarian sector, despite the shaky facade of the 'green front'. Agricultural organizations now strove to outbid each other in raising their demands for protectionist projects. Whereas Germany's industrialists had been able to negotiate with a more or less unified agrarian camp during the years of stabilization, they now faced a bewildering array of mutually antagonistic organizations, each claiming to speak for agriculture but none capable of entering into viable agreements. In addition, the industrialists' political position deteriorated rapidly as the liberal parties upon which they had mainly relied for access to parliamentary give-and-take, melted away under the impact of the depression<sup>21</sup>.

Another major factor in the breakup of the agrarian camp into competing components was the outbreak of radical nationalism that began with the election of Alfred Hugenberg as chairman of the DNVP in late 1928. Vehemently opposed to the pragmatic pursuit of material interest within the framework of the republic, Hugenberg carried with him some of the spokesmen of agriculture of Protestant northern Germany<sup>22</sup>. But many others defected to special-interest parties, the most significant of which was the Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei<sup>23</sup>. Soon disillusioned by the impotence of these splinter parties, Protestant farmers eventually flocked in droves to the ultimate beneficiary of this process of disintegration, the NSDAP. By the last years of Weimar, Hitler's party had captured so many rural voters and so thoroughly infiltrated the Reichs-Landbund that it was able to manipulate the institutional voices of German agriculture like a ventriloquist<sup>24</sup>.

The breakup of the 'alliance of elites' that had operated during the middle years of

<sup>20</sup> See *Dieter Gessner*, *The Dilemma of German Agriculture during the Weimar Republic*, in: *Social Change and Political Development in Weimar Germany*, hrsg. v. *Richard Bessel* und *E. J. Feuchtwanger* (London 1981) 134–154.

<sup>21</sup> See *Larry Eugene Jones*, *German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918–1933* (Chapel Hill 1988).

<sup>22</sup> See *Dieter Gessner*, "Grüne Front" oder "Harzburger Front", in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 29 (1981) 110–123.

<sup>23</sup> See *Larry Eugene Jones*, *Crisis and Realignment: Splinter Parties in the Late Weimar Republic, 1928–1933*, in: *Peasants and Lords in Modern Germany*, hrsg. v. *Robert G. Moeller* (Boston 1986) 198–232; *Arno Panzer*, *Politische Ansätze der deutschen Bauernbewegung bis 1933*, in: *Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert*, hrsg. v. *Heinz Gollwitzer* (Stuttgart, New York 1977) 533–538.

<sup>24</sup> *Horst Gies*, *NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 15 (1967) 341–376.

Weimar, when the pursuit of material interests led conservative spokesmen of agriculture and industry inadvertently to buttress the parliamentary system, can thus be characterized as a contributing factor in the destabilization of the republic. Moreover, whereas in most versions the behavior of those two groups has been attributed solely to forces and traditions intrinsic to Germany, the circumstances that contributed to the breakdown of their cooperation arose at least in part from causes of international scope. This was the case with the agrarian crisis, the sources of which lay in considerable measure in the general disruption of agricultural markets in the wake of the First World War. Similarly, the world economic crisis arose from causes beyond the control of Germany. Finally, radical nationalism of the sorts promoted by Hugenberg and Hitler fed on the fervent indignation of many Germans at the treatment accorded their country by the victors of the First World War. Under less adverse international circumstances, the important components of conservative Germany for whom the leaders of agriculture and industry spoke during Weimar might conceivably have continued to accommodate themselves to the practices of parliamentary government, just as comparable groups had in other countries undergoing democratization. It was Germany's misfortune that the crucial phase of democratic development during which conservative elites have to be coopted into institutions of self-rule through pursuit of their material interests coincided with a time when that country was beset by vexing, divisive external problems.

If one takes into consideration the role of agrarian and industrial elites not just during the final years of Weimar but also during its period of stabilization, the role of their relationship in the republic's downfall appears less a matter of sinister machinations on the part of a successful reactionary conspiracy than the failure of a promising pattern of pragmatic interest-group reconciliation within the framework of parliamentary democracy. In any case, it should not be forgotten that those elites, whose national status had originated in the Empire, found themselves increasingly emarginated by the anti-elitist politics of mass mobilization that marked the final and fatal crisis of Weimar.

*Jürgen John*

## Zur politischen Rolle der Großindustrie in der Weimarer Staatskrise

### Gesicherte Erkenntnisse und strittige Meinungen

Das Verhalten großindustrieller Führungsschichten während der deutschen Staatskrise 1930 bis 1933 bildet seit langem den Gegenstand heftiger Kontroversen um die Gründe der NS-Diktatur und des Scheiterns der Weimarer Republik. Zwar bestanden hier keine zwangsläufigen Zusammenhänge. Weder mußte der Untergang der Weimarer Republik unvermeidlich zum Machtantritt des Nationalsozialismus führen noch läßt sich nachweisen, daß die Mehrheit der Großindustriellen beides durchweg beabsichtigte oder bewirkte. Doch waren diese Vorgänge engstens miteinander verbunden und die Wirtschaftseliten selbst dann, wenn sie nicht zu den unmittelbaren Akteuren des einen oder anderen Dramas gehörten, durch ihre gesellschaftliche Stellung in sie verstrickt.

Darüber gingen aber – etwa in den Fischer-, Mason-, Turner-, Abraham- und Borchardt-Kontroversen – die Meinungen ebenso auseinander wie über die Kontinuität und die gesellschaftlichen Hintergründe politischer Machtstrukturen. Oft standen sich – wie etwa im Streit um den Primat der Wirtschaft oder der Politik – die Gegenpositionen geradezu unversöhnlich gegenüber. Mitunter spitzten sie sich bis zur Behauptung einer politisch all- oder ohnmächtigen, an der Zerstörung der Republik, am Aufstieg Hitlers und den Weltkriegern haupt- oder unschuldigen Großindustrie zu. Dabei goß namentlich die marxistische Forschung mit ihrem unbedingten Willen zur Kapitalismuskritik Öl ins Feuer. Zwar haben sich die Gegensätze schon seit längerem relativiert. Die Extrempositionen sind differenzierten Ansichten gewichen. Und die Umbrüche seit dem Herbst 1989 helfen erst recht, auf den sachlichen Kern der Probleme zu kommen. Doch bleiben genügend offene Fragen, die es geraten erscheinen lassen, das scheinbar so gründlich durchdiskutierte Thema nicht aus den Augen zu verlieren.

Dazu veranlassen auch die wiederauflebenden „Sonderweg“-Debatten, die Forschungstrends und der allgemeine Paradigmenwechsel von sektoralen und periodenspezifischen zu komplexen und zäsurübergreifenden Fragestellungen. Aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln haben etwa die Weltkriegs- und Eliteforschung<sup>1</sup>, Unter-

<sup>1</sup> Vgl. z. B. *Wilhelm Deist, Manfred Messerschmidt, Hans-Erich Volkmann, Wolfram Wette*, Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges (Frankfurt a. M. 1989); Die deutschen Eliten

suchungen zur „sozialen Rationalisierung“<sup>2</sup> und vielfältige unternehmens- und branchengeschichtliche Forschungen das Kontinuitätsproblem und die Frage nach Unternehmensstrategien, Modernisierungswegen, Handlungsspielräumen und Alternativmöglichkeiten neu gestellt. Das betrifft die Rolle der Großindustrie in jenen „Krisenjahren der klassischen Moderne“<sup>3</sup> im allgemeinen wie ihre politische Rolle in der Weimarer Staatskrise im besonderen und damit das hier – gestützt auf Untersuchungen über die industriellen Spitzenverbände<sup>4</sup> – zu erörternde Thema.

Linke Kapitalismuskritiker machten schon in den 20er und 30er Jahren und später in der Tradition von Dimitroffs Definition des Faschismus als terroristischer Diktatur bestimmter Kreise des Finanzkapitals oder Horkheimers Ausspruch, daß vom Faschismus schweigen solle, wer vom Kapitalismus nicht rede, die Großindustrie für den Weg in die Diktatur und in den Krieg verantwortlich. Die Weimar- und Faschismusforschung der DDR hat sich durchweg und meist sehr einseitig um den empirischen Nachweis solcher Zusammenhänge bemüht. In dieser Perspektive erschienen die Weimarer „Republik auf Zeit“<sup>5</sup> vorwiegend als Vorgeschichte von faschistischer Diktatur und Zweitem Weltkrieg, der Nationalsozialismus hingegen als extremste Variante einer aus dem Verfall der bürgerlichen Gesellschaft und der Abwehr des Sozialismus resultierenden allgemeinen Faschisierungstendenz. Das NS-Regime stellte sich als mehr oder weniger gesetzmäßiges Produkt von Monopolkapitalismus, Imperialismus, Konterrevolution und Revisionspolitik dar. Trotz aller Lockerungen waren solche, auf Lenins Imperialismus-Konzept, auf zeitgenössische Komintern-Urteile und Dimitroffs Faschismus-Formel zurückgehende Ansichten noch in den 80er Jahren in der DDR-Historiographie verbreitet<sup>6</sup>.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 215*

und der Weg in den zweiten Weltkrieg, hrsg. v. *Martin Broszat* u. a. (Beck'sche Reihe 401, München 1989); im folgenden zitiert: Die deutschen Eliten.

<sup>2</sup> Vgl. z. B. *Tilla Siegel*, Leistung und Lohn in der nationalsozialistischen „Ordnung der Arbeit“ (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 57, Opladen 1989); *Carola Sachse*, Siemens, der Nationalsozialismus und die moderne Familie. Eine Untersuchung zur sozialen Rationalisierung in Deutschland im 20. Jahrhundert (Hamburg 1990).

<sup>3</sup> Vgl. *Detlev J. K. Peukert*, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne (edition suhrkamp 1282, Frankfurt a. M. 1987).

<sup>4</sup> Vgl. u. a. *Jürgen John*, Industrieverbände und Politik. Entwicklungstendenzen im kapitalistischen Deutschland bis 1933, in: *ZfG* 34 (1986) 976–991; *ders.*, Die sozialpolitische Rolle der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände während des ersten Weltkrieges, in: *JbG* 34 (Berlin 1987) 249–280; *ders.*: Kontinuität und Wandel in Politik und Organisation der deutschen Industrieverbände 1917 bis 1919, in: *Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte* 51 (1987) 12–21; *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)*. In vier Bänden, hrsg. v. *Dieter Fricke* u. a., Bd. 2 (Leipzig 1984) 136–156; Bd. 3 (Leipzig 1985) 670–680; Bd. 4 (Leipzig 1986) 9–57, 322–343 sowie Anm. 26, 29.

<sup>5</sup> Vgl. *Wolfgang Ruge*, Weimar – Republik auf Zeit (Berlin 1980).

<sup>6</sup> Vgl. u. a. Faschismus Forschung. Positionen. Probleme. Polemik, hrsg. v. *Dietrich Eichholtz*, *Kurt Gossweiler* (Berlin 1980); *Kurt Gossweiler*, Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919–1924 (Berlin 1982); *ders.*, Aufsätze zum Faschismus. Mit einem Vorwort von Rolf Richter (Berlin 1986); *Kurt Pätzold*, *Manfred Weißbecker*, Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens (Berlin 1982); *Jürgen John*, Die Faschismus-„Kritik“ in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“.

Die entgegengesetzte Position brachte Henry A. Turner mit den Aussagen auf den Punkt, daß, ließe sich tatsächlich der kapitalistische Ursprung von Faschismus und NS-Regime nachweisen, der Kapitalismus nicht zu rechtfertigen sei<sup>7</sup>; in Wahrheit könne aber von einem entscheidenden Anteil der Großindustrie am Aufstieg Hitlers und an den politischen Entscheidungen der Jahre 1930 bis 1933 keine Rede sein<sup>8</sup>. Mit diesem Urteil stand er nicht allein. Wie er meinten viele Historiker, daß die Einstellungen und Handlungen wirtschaftlicher Interessengruppen im Vergleich zu den Strukturdefekten der Weimarer Demokratie oder zu den Massenstimmungen und -bewegungen gering wogen<sup>9</sup>.

Zu ganz anderen Befunden kamen die wirtschafts-, sozial- und strukturgeschichtlichen Spezialforschungen. Sie wiesen einen beträchtlichen Anteil auch und gerade der industriellen Interessengruppen und -verbände am Untergang der Weimarer Republik und den Folgen nach<sup>10</sup>. Vor allem machten sie die Intransigenz, mangelnde Kompromißbereitschaft, Zoll- und Autarkiepolitik der Schwerindustrie dafür verantwortlich. Dabei konstatierten sie – wenn auch nicht mehr so entschieden und insgesamt differenzierter als seinerzeit Fritz Fischer<sup>11</sup> – viele Gemeinsamkeiten mit den Agrariern und eine beträchtliche Kontinuität elitärer Machtstrukturen und Politikkonzepte. Auch andere Historiker haben solche Bezüge und die insgesamt verhängnisvolle Rolle

*Fortsetzung Fußnote von Seite 216*

Zur Politik der Spitzenverbände der deutschen Monopolbourgeoisie 1923/24–1932, in: ZfG 30 (1982) 1072–1986; *Wolfgang Ruge*, Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler (Berlin 1983); *Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939)*, hrsg. v. *Dietrich Eichholtz, Kurt Pätzold* (Berlin 1989).

<sup>7</sup> *Henry A. Turner jr.*, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft (Göttingen 1972) 7.

<sup>8</sup> Vgl. *ders.*, Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers (Berlin 1985) 405–426; im folgenden zitiert: *Turner, Großunternehmer*.

<sup>9</sup> Vgl. *Hagen Schulze*, Das Scheitern der Weimarer Demokratie als Problem der Forschung, in: Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute. Kölner Kolloquium der Fritz Thyssen-Stiftung Juni 1979, hrsg. v. *Karl Dietrich Erdmann, Hagen Schulze* (Düsseldorf 1980) 23–41.

<sup>10</sup> Vgl. aus der Fülle der Literatur u. a. den Sammelband *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.–17. Juni 1973*, hrsg. v. *Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod* (Düsseldorf 1974) sowie die neueren Monographien von *Bernd Weisbrod*, Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise (Wuppertal 1978); im folgenden zitiert: *Weisbrod, Schwerindustrie*; *Reinhard Neebe*, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 45, Göttingen 1981); im folgenden zitiert: *Neebe, Großindustrie*; *Michael Grübler*, Die Spitzenverbände der Wirtschaft und das erste Kabinett Brüning. Vom Ende der Großen Koalition 1929/30 bis zum Vorabend der Bankenkrise 1931. Eine Quellenstudie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 70, Düsseldorf 1982); *Gerald D. Feldman, Irmgard Steinisch*, Industrie und Gewerkschaften 1918–1924. Die überforderte Zentralgemeinschaft (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 50, Stuttgart 1985); vgl. auch Anm. 15, 19, 23, 29, 43, 45, 49.

<sup>11</sup> Vgl. *Fritz Fischer*, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945 (Düsseldorf 1979).

„traditioneller Machteliten“ aus Politik und Wirtschaft hervorgehoben<sup>12</sup>. Dabei hatten sie vor allem die Erb- und Traditionslast des „deutschen Sonderweges“ und jene Industriellen- und Agrariergruppen im Blick, die aus einer konservativen und elitären Gesinnung zu Totengräbern der Republik und Wegbereitern Hitlers und so gewissermaßen zu Opfern eigener Politik wurden.

Denn zweifellos erwies sich die Absicht „alter Eliten“, ihre Ziele und Interessen auf autoritärem Wege und notfalls auch mit Hilfe der NS-Bewegung durchzusetzen, als ein katastrophaler Irrtum. Sie verhalfen so Hitler zur Macht, ohne ihn in beabsichtigter Weise für ihre Ziele „einspannen“, „einrahmen“ oder „zähmen“ zu können<sup>13</sup>. Das Regime bewies seine Eigendynamik selbst in der Zusammenarbeit mit diesen Eliten, erst recht natürlich dann, wenn es zu verdeckten oder offenen Konflikten kam. Und dieses Spannungsverhältnis hatte in der Staatskrise der Weimarer Republik seine unmittelbare Vorgeschichte. Damals gewannen die bis dahin – von den Krisensituationen 1922/23 und 1926/27 abgesehen – eher spärlichen Kontakte zur NSDAP seit deren spektakulärem Wahlerfolg vom September 1930 an Dichte. Sie blieben aber – wie Turner nachwies – von erheblich mehr Differenzen belastet, als die Verfechter der These, die Großindustrie habe Hitler gezielt an die Macht gebracht, wahrhaben wollten.

Die Vorgeschichte und Praxis des Regimes bestätigen keineswegs eine solche Vorstellung, aber auch nicht die entgegengesetzte Auffassung, die seine Bezüge zur bürgerlichen Gesellschaft und kapitalistischen Wirtschaft mit ihren Klassen-, Macht- und Eigentumsverhältnissen bestritt. Das Regime leitete sich nicht zwangsläufig aus den damaligen sozialen und politischen Gegensätzen, aus der Kontinuität gesellschaftlicher Strukturen, aus langfristigen Expansions- und Diktaturplänen oder revisionistischen Strategien ab. Doch stand es auch nicht völlig außerhalb solcher Verhältnisse und Kontinuitätslinien. Revolutionsfurcht und herkömmliches Streben nach autoritären politischen Strukturen mußten nicht in die NS-Diktatur führen, bereiteten ihr aber den Boden. Außenwirtschaftliche Offensiven, Großraumdenken und die deutsche Kapitaldominanz auf mittel- und südosteuropäischen Märkten waren zur Zeit der Weimarer Republik kaum auf ein erneutes Kriegsrisiko eingestellt. Sie schufen aber späterer Kriegs- und Expansionspolitik manche Voraussetzung.

<sup>12</sup> Vgl. u.a. *Wolfgang J. Mommsen*, 1933: Die Flucht in den Führerstaat, in: *Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945*, hrsg. v. *Carola Stern*, *Heinrich August Winkler* (Fischer Taschenbücher 3421, Frankfurt a.M. 1979) 111–138; *Heinrich August Winkler*, Wie konnte es zum 30. Januar 1933 kommen?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 4–5/83* (29. Januar 1983) 3–15; *ders.*, Deutschland vor Hitler. Der historische Ort der Weimarer Republik, in: *Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen*, hrsg. v. *Walter H. Peble* (Frankfurt a.M. 1990) 11–30; *Hans Mommsen*, Das Scheitern der Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XVII* (1988) 1–17; *ders.*, Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933 (Propyläen Geschichte Deutschlands 8, Berlin 1989).

<sup>13</sup> Vgl. *Gotthard Jasper*, Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934 (edition suhrkamp 1270, Frankfurt a.M. 1986).

Der Nationalsozialismus und andere faschistische Bewegungen entstanden auf einem durch die Weltkriegsepoche, revolutionäre Erschütterungen, internationale Konfliktlagen und die Krise der bürgerlichen Gesellschaft sozial, politisch und ideell vorbereiteten Boden. Sie waren ein Produkt dieser Epoche und boten sich als radikale und gewaltsame Variante zur Lösung ihrer Probleme an. In dieser Hinsicht ergaben sich zahlreiche Berührungspunkte zu den etablierten Führungsschichten in Wirtschaft und Politik, die auch die Zäsur 1933 überdauerten. Trotz aller qualitativen Brüche setzten Staatseingriffe, Planungs-, Lenkungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen unter dem NS-Regime keineswegs die kapitalistischen Eigentums-, Betriebs- und Marktverhältnisse außer Kraft. Dem Verlust autonomer Handlungsräume standen neue Profit- und betriebliche Herrschaftsmöglichkeiten gegenüber. Autarkie- und kriegswirtschaftlich bedingte Rationalisierungs- und Modernisierungsprozesse sowie der Struktur- und Funktionswandel industrieller Interessenverbände im Rahmen nationalsozialistischer „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ wurden nicht nur aufoktroiert, sondern großindustriell mitgestaltet und geprägt.

Aus heutiger Perspektive, die die Folgeereignisse und späteren Katastrophen vor Augen hat, stellt sich das alles natürlich ganz anders dar als aus der zeitgenössischen Handlungsperspektive der Weimarer Staatskrise. Die damaligen Akteure konnten keineswegs sicher sein, ob aus der NS-Bewegung eine antikommunistische, bisherige Verhältnisse stabilisierende nationale Diktatur oder nicht doch ein sozialistisches Regime hervorging, ob die Beteuerung der NSDAP-Führer, das Eigentum schützen und bewahren zu wollen, ernst gemeint oder nur Taktik war. Andererseits konnten sie die tatsächlichen Folgen einer NS-Diktatur keinesfalls absehen oder sie sich nur in gewohnten Kategorien und Größenordnungen vorstellen. Angesichts der eskalierenden Wirtschafts- und Staatskrise und des italienischen Beispiels erschienen die NSDAP und Hitler aus großindustrieller Sicht wohl überwiegend als sehr zweifelhafte, problematische und äußerst risikobehaftete, aber ernstzunehmende und durchaus kalkulier- und managebare Größen, auf die man zur Not zurückgreifen konnte, um die akuten Probleme zu bewältigen, Gewerkschaftsbewegung und politische Gegner in Schach zu halten und weiterreichende Ziele und Interessen durchzusetzen.

Verständlicherweise standen die brisanten Beziehungen zur NSDAP stets im Zentrum der Kontroversen über die politische Rolle der Großindustrie in der Weimarer Staatskrise. H. A. Turners gründlichen Arbeiten ist es in erster Linie zu danken, daß die Diskussion über diese Beziehungen aus dem Bereich der Kampfbegriffe, Konstruktionen und Spekulationen auf die empirische Ebene gelangte. Die Stärken seiner Arbeiten liegen vor allem dort, wo sie die Schwächen solcher Konstruktionen nachweisen. Dabei hat er aber das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und auf marxistische Übertreibungen mit nicht minder überzogenen Aussagen reagiert.

Zu offenkundig steht die Ansicht, daß die politische Rolle und die Beziehungen der Großindustrie zur NSDAP belangloser Art waren und der Nationalsozialismus kaum etwas mit der Wirtschaft und der Großindustrie zu tun gehabt habe, in Widerspruch zu den Tatsachen und zur beeindruckenden Materialfülle der Turner'schen Arbeiten selbst. Dieser Ansicht ist denn auch über die DDR-Historiographie hinaus, die dies vor allem als Versuch empfand, dem Großkapital eine Art Persilschein auszustellen,

von vielen Historikern widersprochen worden<sup>14</sup>. Die meisten begrüßten die empirischen Befunde und detaillierten Analysen Turners sowie die damit verbundenen Differenzierungsmöglichkeiten, kritisierten aber die Methodik, die deutlich abwiegende Tendenz und die Absicht, die Großindustrie in politischer Hinsicht als eine „quantité négligeable“ abzutun. Mit Recht hielt man Turner vor, das äußerst vielschichtige Problem industrieller Macht und Einflußnahme auf die Frage nach personellen und finanziellen Beziehungen reduziert zu haben. Das ist auch ein methodisches und quellenkritisches Problem, das in der Turner-Stegmann-Kontroverse der 70er Jahre<sup>15</sup> eine zentrale Rolle spielte und in der Abraham-Kontroverse Anfang der 80er Jahre bis zu einem Streit über die Grundprinzipien wissenschaftlicher Arbeitsweise überhaupt getrieben worden ist<sup>16</sup>.

Ohnehin sind Ausmaß, Details und Grenzen der direkten Beziehungen zwischen Großindustrie und NSDAP in der Forschung kaum noch umstritten. Sie sind – soweit aus den Quellen rekonstruierbar – weitgehend bekannt. Da ist nur noch punktuell Erkenntniszuwachs zu erwarten. Nach wie vor strittig ist aber, ob die Großindustriellen diese Beziehungen zur Abwehr oder zur Förderung der NSDAP unterhielten, ob sie die NS-Bewegung und deren Risiken erkannten oder unterschätzten, ob die angestrebte Regierungsbeteiligung die NSDAP zur Macht oder unter Kontrolle bringen sollte, ob aus den bis 1933 nachweisbaren Kontakten Bündniskonstellationen entstanden und die Zäsuren 1933 und 1939 überdauerten, welche Kapitalgruppen in welcher Weise daran beteiligt waren und wie sich dies alles zur Struktur und politischen Rolle der Großindustrie insgesamt verhielt. Solche Fragen werden die Historiker sicher noch längere Zeit beschäftigen.

In der DDR galten sie lange Zeit als Ablenkung vom Wesentlichen. Erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zeichneten sich auch hier zunehmendes Alternativdenken<sup>17</sup> und die Einsicht in die Selbständigkeit der Politik und der NS-Bewegung ab, ohne sich freilich aus früheren Denkschemata völlig lösen und gegen verbreitete Widerstände durchsetzen zu können. Wachsendes Unbehagen etwa an den Staatsmonopolismus- und Monopolgruppentheorien verband sich mit einer stärkeren Beachtung sozial- und mentalitätsgeschichtlicher Faktoren<sup>18</sup>. Auch fanden der früher verpönte

<sup>14</sup> Vgl. u.a. die Rezensionen von *Heinrich August Winkler* in: Die Zeit, Nr. 13 (21. 3. 1986) 16; *Reinhard Neebe* in: HZ 244 (1987) 353–363; *David Abraham* in: European History Quarterly 17 (1987) 235–245; *Manfred Weißbecker, Jürgen John* in: DLZ 108 (1987) 437–442; *Joachim Petzold* in: ZfG 36 (1988) 164–165; *Horst Handke* in: JbWG (1989/3) 157–165 sowie Anm. 14.

<sup>15</sup> Vgl. *Dirk Stegmann*, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: AfS 13 (1973) 399–482; *Henry A. Turner jr.*, Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930–1933. Kritisches und Ergänzendes zu zwei neuen Forschungsbeiträgen, in: HZ 221 (1975) 18–68; *Dirk Stegmann*, Antiquierte Personalisierung oder sozialökonomische Faschismus-Analyse? Eine Antwort auf H. A. Turners Kritik an meinen Thesen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Großindustrie vor 1933, in: AfS 17 (1977) 275–296.

<sup>16</sup> Vgl. *David Abraham*, The Collaps of the Weimar Republic. Political Economy and Crisis (Princeton 1981) sowie die Kritiken von *Ulrich Nocken* in: VSWG 71 (1984) 505–527 und *Gerald D. Feldman* nebst Erwidern in: CEH 17 (1984) 159–290.

<sup>17</sup> Vgl. Alternativen. Schicksale deutscher Bürger, hrsg. v. *Olaf Groehler* (Berlin 1987).

<sup>18</sup> Vgl. z. B. Die deutsche Klassengesellschaft in Krieg und Revolution 1919 bis 1945. Kollo-

„Elite“-Begriff und die Theorie politischer Klassenbildung in Soziologie und Historiographie Eingang.

Weit mehr als die Beziehungen zwischen NSDAP und Großindustrie im engeren Sinne scheint mir deren politische Rolle in der Weimarer Staatskrise insgesamt strittig zu sein. Das hängt auch mit dem Politikverständnis sowie mit methodologischen Fragen der Wechselverhältnisse von Gesellschaft und Staat, Wirtschaft und Politik zusammen. Zudem steht – trotz der Fülle der Detailstudien – eine entsprechende Gesamtdarstellung immer noch aus.

In den meisten Standardwerken über die Weimarer Republik wird die politische Artikulation industrieller Interessen durch einzelne Personen, Kapitalgruppen oder Verbände – verglichen mit der Regierungs-, Parlaments- und Parteienpolitik – nur am Rande beachtet und eher zur Beschreibung allgemeiner Figurationen und Konstellationen denn zur komplexen Analyse konkreter Entscheidungssituationen herangezogen. Man scheint diese Artikulation wohl doch weniger für eine Angelegenheit der Politik als der Ökonomie zu halten und ihr erst dann eine politische Dimension zuzusprechen, wenn sie über Parteien und Parlamente erfolgte. Den zweifellos in ihrer Struktur und Wirkung unterschiedlichen Wirtschaftsverbänden wird oft nur eine sehr begrenzte politische Funktion zugebilligt. Von der ökonomischen Begrenztheit industrieller Interessen hat man auf eine relativ geringe oder gar unpolitische Rolle der Großindustrie geschlossen.

Doch wird dies keineswegs den Realitäten gerecht. Kaum eine Geschichtsperiode ist so gründlich wie die Zeit der Weimarer Republik von der Industrie beeinflusst worden. Weit über das frühere Maß hinaus sammelten die Industriellen ihre Kräfte und politisierten ihre Interessenvertretung. Das zeigte sich in dem kräftig ausgebauten und weiter zentralisierten Verbandswesen<sup>19</sup> ebenso wie in der buntscheckigen Klubszene und in den vielfältigen Querverbindungen, über die der politische Meinungsbildungs- und Interessenvertretungsprozeß ablief. Die Gründung und Entwicklung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) stellten – so sehr sie auch von Interessengegensätzen und Konflikten belastet waren – einen deutlichen Macht- und Einflußzuwachs der hier tonangebenden Industriellen dar. Den brachten der RDI und die mit ihm verbundenen Spitzenverbände vor allem im Vorfeld von Regierungs- und Parlamentsentscheidungen zur Geltung. Sicher muß man an die politische Wirksamkeit der wirtschaftlichen Eliten und ihrer Verbände andere Maßstäbe anlegen als an die der Macht- und Funktionseliten in Regierungen, Exekutive, Justiz und Parlamenten. Doch ist dies noch lange kein Argument gegen diese Wirksamkeit.

Die Beziehungen der Industriellen und ihrer Verbände zu Berufspolitikern, Publi-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 220*

quium der Sektion Geschichte „Der 1. Weltkrieg und die Novemberrevolution – ihre Wirkungen auf die Klassengesellschaft in Deutschland bis zur Befreiung vom Faschismus“ am 3./4.11.1988 in Leipzig (Internationale Studien / Leipziger Hefte zur Friedensforschung 7, Leipzig 1989), darin zum Thema v.a. *Jürgen John*, Strukturentwicklung und Gruppenbildung der deutschen Bourgeoisie in der Weimarer Republik. Theorieprobleme und Forschungstrends 75–84.  
<sup>19</sup> Vgl. *Hans-Peter Ullmann*, Interessenverbände in Deutschland (edition suhrkamp 1283, Frankfurt a.M. 1988) 124–182.

sten und Wissenschaftlern, zu Regierenden, Behörden, Parlamenten und Parteien weiteten sich nach 1918 erheblich aus. Und zwar offenkundig nicht deshalb, weil man im Abseits, sondern im Mittelpunkt von Entscheidungen stand. Die verstärkte politische Aktivität erwuchs weniger konservativer Gesinnung und dem Zwang, politische Übergriffe abwehren zu müssen<sup>20</sup>, als dem Willen, aktiv in die Politik einzugreifen. Verglichen mit der Frühzeit industrieller Interessenvertretung, als man devot bei der Obrigkeit vorstellig wurde und vor allem seine finanziellen Möglichkeiten spielen ließ, traten die Führungsgruppen des industriellen Unternehmertums entschieden selbstbewußt auf. Die Teilnahme von Ministern und Reichskanzlern an Industriellentagungen – im Kaiserreich die absolute Ausnahme – wurde zur Regel. Gegenüber anderen politischen Einflußwegen traten die finanziellen tendenziell zurück.

Zweifellos spielten das „Geld in der Politik“<sup>21</sup> und die entsprechenden Fonds und Vereinigungen nach wie vor eine große Rolle. Die Akten liefern dafür zahlreiche Beispiele. Daß etwa Ernst v. Borsig im März 1930 erbost der DVP mit dem Hinweis auf ihre Nachgiebigkeit gegenüber der SPD weitere Finanzzuwendungen verweigerte und die DVP-Politiker dann im Juni mit dem Hinweis, ihre Partei habe ja nun „die große Koalition gesprengt ... und eine Richtung eingeschlagen ...“, mit der Sie mehr als mit der früheren einverstanden sein werden“, erneut um solche Zuwendungen nachsuchten<sup>22</sup>, war bei weitem kein Einzelfall. Insgesamt spiegelt aber die von dem Arbeitgebersyndikus Roland Brauweiler 1928 drastisch formulierte Maxime „Wahlen unterstützen. Kandidaten verpflichten und an der Leine halten (Geld gegen Masse)“<sup>23</sup> nur einen Teil damaliger politischer Praxis der Unternehmer wider.

H. A. Turner hat in sehr überzeugender Weise den relativ geringen Stellenwert großindustrieller Gelder für die Finanzen und den Aufstieg der NSDAP nachgewiesen und frühere Vorstellungen von einer großindustriell hochgepäppelten und ausgehaltenen NS-Bewegung widerlegt. Auch trifft es durchaus zu, daß die Großindustriellen lieber die gewohnten Parteien als die mit vielen Risiken behaftete NSDAP finanzierten. Doch lassen sich die vielfältigen Formen großindustrieller politischer Einflußnahme keineswegs auf die Turnersche Formel „Geld gegen Stimmen“ reduzieren. Damit entfällt m. E. auch das daraus abgeleitete Argument, mit deren Grenzen seien zugleich die Grenzen großindustrieller politischer Einflußnahme markiert.

Ihm liegt die Vorstellung zugrunde, die schon im Kaiserreich etwa gegenüber den Staatsbeamten und Agrariern benachteiligten Industriellen seien in der demokratischen Republik erst recht an den Rand gedrängt worden und so vom Regen in die Traufe gekommen. Dagegen hätten sie nur das einsetzen können, worüber sie in erster Linie verfügten – ihre Finanzmittel. Doch geht diese Vorstellung an der Realität vor-

<sup>20</sup> So z. B. *Ingolf Liesebach*, Der Wandel der politischen Führungsschicht der deutschen Industrie von 1918 bis 1945 (Hannover 1957) 37.

<sup>21</sup> Vgl. *Richard Lewinsohn (Morus)*, Das Geld in der Politik (Berlin 1930).

<sup>22</sup> Vgl. Stadtarchiv Berlin. A. Borsig Zentralverwaltung GmbH. Nr. 11, Bl. 48, 50–53; im folgenden zitiert: StaB Bo.

<sup>23</sup> Zit. nach *Dirk Stegmann*, Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929–1934. Thesen und Materialien zur Restituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und beginnender Rüstungskonjunktur, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marx'schen Theorie 6 (1976) 29; im folgenden zitiert: *Stegmann*, Kapitalismus.

bei. Sie übersieht, daß die 1918/19 erlittenen Einbußen weitgehend wettgemacht werden konnten. Zudem kamen durch das parlamentarische System und durch die stärkere Verquickung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft neue Einflußmöglichkeiten hinzu.

Man hatte die Revolution und die Republik nicht verhindern können, stellte sich aber auf den Boden der Tatsachen und nutzte entschlossen die neuen Möglichkeiten, zumal ja die Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse unangetastet blieben. Die industriellen Führungsgruppen machten nicht nur zeitweilig ihren Frieden mit der parlamentarischen Republik, was mit dem Begriff des „Vernunftrepublikanismus“ nur unzureichend umschrieben ist, sondern gestalteten sie in einem Maße mit, daß manche Zeitgenossen meinten, sie seien die eigentlichen Gewinner der Revolution gewesen. Sicher war das übertrieben. Auch vermochten nicht alle Großindustriellen im gleichen Maße Nutzen aus den neuen Verhältnissen zu ziehen. Ähnlich den Agrariern und der „mittelständischen“ Industrie gerieten auch Teile der Schwerindustrie ins Hintertreffen. Doch die Annahme, die großindustriellen Vorbehalte gegen die mit dem „Ludergeruch“ der Revolution und des Versailler Vertrages behaftete Republik resultierten aus einer völligen Niederlage, trifft die wirkliche Sachlage noch weniger.

Oft wird eine aktive politische Rolle der Großindustrie mit dem Argument bezweifelt, die Unternehmer hätten sich als Wirtschaftsfachleute bestenfalls am Rande für Politik interessiert. Auch Turner hat dieses Argument angeführt. Zweifellos waren die Unternehmerstrategien – worauf unlängst am Beispiel der Außenwirtschaftsstrategien mit Nachdruck aufmerksam gemacht worden ist<sup>24</sup> – primär von wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Sie wurden in erster Linie im ökonomischen und nicht im politischen Umfeld entwickelt. In politischer Hinsicht herrschte ein gewisser Pragmatismus vor. Da ging es vor allem um die günstigsten Rahmenbedingungen, für die man sich möglichst viele Optionen offenhalten wollte. Aus diesem Grunde vermieden es die Industriellen – wie etwa Paul Silverberg im Oktober 1931<sup>25</sup> – meist, sich mit Regierungsverantwortung zu belasten.

Es gab zur Zeit der Weimarer Republik unter den Industriellen und ihren Verbänden zahlreiche Debatten über das Verhältnis von „Wirtschaft“, „Staat“ und „Politik“ und über die Frage, welchem dieser Faktoren der Primat zukäme<sup>26</sup>. Doch ging es in diesen Debatten nicht etwa darum, *ob*, sondern *wie* man Politik betreiben, ob man formelle oder informelle, öffentliche oder verdeckte, parlamentarische oder administrative, parteibezogene oder „überparteiliche“ Wege beschreiten sollte.

So heftig man sich auch immer wieder gegen „politische“ Eingriffe in die Wirt-

<sup>24</sup> Vgl. *Ludolf Herbst*, Der Krieg und die Unternehmensstrategie deutscher Industrie-Konzerne in der Zwischenkriegszeit, in: Die deutschen Eliten 72–134.

<sup>25</sup> Vgl. Brief Silverbergs an Krupp von Bohlen und Halbach v. 12.10.1931, abgedr. in: Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, eingel. v. *Gerhard Schulz*, bearb. v. *Ilse Maurer*, *Udo Wengst*, *Jürgen Heideking*, 2 Bde. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe: Die Weimarer Republik 4 I/II, Düsseldorf 1980) 1035–1038; im folgenden zitiert: Politik und Wirtschaft.

<sup>26</sup> Vgl. dazu im einzelnen *Jürgen John*, Verbandspolitik und Rechtsentwicklung 1922–1926. Zur politischen Rolle der Spitzenverbände des deutschen Monopolkapitals in der Weimarer Republik, in: JbG 24 (Berlin 1981) 127–173.

schaft aussprach, wenn sie sich gegen Kapitalinteressen richteten, so sehr forderte man sie zum Vorteil der Wirtschaft und tat per Richtlinienpolitik und auf diversen Einflußwegen alles, um diese herbeizuführen. Und in kritischen Situationen mischten sich die Industriellen auch direkt in die politischen Entscheidungsprozesse ein. Meistens beteuerten sie gerade dann, man bezwecke damit – so der RDI-Geschäftsführer Jakob Herle am 8. März 1930 gegen den Vorwurf, die Industriellen betrieben Ministerstürzerei – ja auch keine „politische“, sondern nur eine „wirtschaftspolitische“ Stellungnahme<sup>27</sup>. Sache der Wirtschaft – so hatte Hermann Bücher schon 1922 das entsprechende politische Selbstverständnis formuliert – sei es, „Richtlinien auszuarbeiten und ihren politischen Vertretungen Ratschläge zu geben. Sache der ausführenden Politiker wird es sein, das, was von den Vorschlägen der Wirtschaft in die Praxis übertragen werden kann, auch wirklich unter Kontrolle des Volkes umzusetzen.“<sup>28</sup>

Aus politischem Pragmatismus und solchen Erwägungen nahmen die führenden Großindustriellen meist eine ambivalente Haltung zur Weimarer Republik ein und wahrten diese auch zur Zeit der Präsidialkabinette. Trotz aller Vorbehalte waren sie zeitweise – nach der innenpolitischen Konsolidierung 1919/20 und vor allem nach den Stabilisierungsmaßnahmen 1923/24 – durchaus bereit, die Republik mitzutragen und ihren Interessen entsprechend auszugestalten. An der Außenpolitik der „Ära Stresemann“ hatten sie maßgeblichen Anteil. Silberbergs bekannte und umstrittene Äußerungen aus dem Jahre 1926<sup>29</sup> waren – gemessen an der nun schon mehrjährigen politischen Praxis – so sensationell nicht. Furore machten sie eher, weil sie mitten in heftige Auseinandersetzungen über partei- und gewerkschaftspolitische Wege fielen, weil sie von einigen Industriellengruppen nicht mitgetragen wurden und weil sich vor allem „mittelständische“ Gruppen bevormundet fühlten. Aus den gleichen pragmatischen Erwägungen änderten die großindustriellen Führungsgruppen – Silberberg war dafür geradezu ein Paradebeispiel – ihre Haltung, als das parlamentarische System die erforderlichen Rahmenbedingungen nicht mehr zu sichern schien. Die Einbrüche der Weltwirtschaftskrise und die fortschreitende Staatskrise hinterließen bei den Industriellen offenbar kaum weniger tiefe Spuren als bei den Arbeitern<sup>30</sup> und verdrängten so die positiven Erfahrungen, die man mit der parlamentarischen Republik gemacht hatte.

Mit einer unpolitischen Haltung hatte dies alles aber ganz und gar nichts zu tun.

<sup>27</sup> Vgl. Politik und Wirtschaft 76.

<sup>28</sup> Vgl. Bundesarchiv Koblenz, NL 13 (Nachlaß Silberberg), Nr. 312, Bl. 26; im folgenden zitiert: BA Kobl. NL 13.

<sup>29</sup> Vgl. Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie 32 (1926) 55–65; im folgenden zitiert: Veröff. RDI; *Dirk Stegmann*, Die Silberberg-Kontroverse 1926. Unternehmerpolitik zwischen Reform und Restauration, in: Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 11, Göttingen 1974) 594–610; *Neebe*, Großindustrie 35–49; *Jürgen John*, Die Dresdner Industrietagung 1926 und der Verband Sächsischer Industrieller. Dokumentation, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 12 (Weimar 1985) 202–220.

<sup>30</sup> Vgl. *Wolfgang Zollitsch*, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 88, Göttingen 1990) 11.

Natürlich vermochten viele Unternehmer nicht über den Horizont ihrer Geschäftsbilanzen, Betriebsgrenzen und lokalen Interessenvertretung hinauszublicken. Die Masse der Industriellen betrieb keineswegs aktiv Politik, folgte einzelnen politischen Richtungen oder verhielt sich in politischer Hinsicht unbestimmt und gleichgültig. Doch kann man die markanten Persönlichkeiten unter den Großindustriellen jener Zeit – von Rathenau bis zu Reusch – wahrlich nicht als politische Ignoranten oder Dilettanten bezeichnen.

Wenn hier von der politischen Rolle „der“ Großindustrie die Rede ist, so ist das natürlich nicht korrekt. Denn es meint nur eine bestimmte, zahlenmäßig begrenzte Schicht politisch sehr aktiver Großindustrieller, die in den führenden Interessenverbänden und Kammern den Ton angab, sich in einflußreichen Klubs und anderen informellen Gremien traf oder (und) aktive Partei- und Parlamentspolitik betrieb. Letzteres taten aber die wenigsten dieser politisch aktiven Industriellen. Die meisten wahrten einen betont „überparteilichen“ – oft als „unpolitisch“ ausgegebenen – Standpunkt und förderten deshalb mit Vorliebe parteiübergreifende Sammlungsbewegungen.

Auch muß man die Verbandssyndici, die Turner sehr zu Unrecht als zweitrangig eingestuft hat<sup>31</sup>, zu dieser politischen Führungsschicht rechnen. Allen gereizten Äußerungen zum Trotz, sie seien schließlich nicht die „Schuhputzer der Industriellen“<sup>32</sup>, gehörten die Geschäftsführer der großen Industrieverbände zweifellos zu den politisch einflußreichsten Persönlichkeiten. Der Wechsel der drei RDI-Hauptgeschäftsführer Walter Simons, Hermann Bücher und Ludwig Kastl aus bzw. in Ministerialbürokratie, Außenpolitik, Reichsgericht und Konzernmanagement unterstreicht dies ebenso wie der Einfluß, den etwa Ludwig Grauert, Hans von Loewenstein, Jakob Wilhelm Reichert und Max Schlenker in der westlichen Schwerindustrie ausübten.

Zeitgenössische Nachschlagewerke<sup>33</sup> geben einen recht guten Überblick über die politische Führungsschicht der Industrie, die sich nach den Branchen- und Größenstrukturen der Industrie, den Einzugsgebieten der Verbände sowie den Staats- und Gesellschaftsstrukturen mit den entsprechenden Einflußmöglichkeiten auf Reichs-, Landes- und Kommunalebene differenzierte. Die Schicht, von der hier die Rede ist, repräsentierte ein politisch hochmotiviertes, denkendes und handelndes Unternehmertum von Kapitaleignern und leitenden Angestellten, das sich vor allem um die hochorganisierte und -konzentrierte Großindustrie gruppierte, in enger Verbindung mit den Großbanken stand und die großen Industrieverbände beherrschte. Ihr geistiger und politischer Horizont entsprach dem der damaligen bürgerlichen Gesellschaft, aber mit einem deutlich elitären Einschlag und einem ausgeprägten Selbstbewußtsein, als Unternehmer im Interesse des „Gemeinwohls“ zu handeln. Spätestens seit dem Wilhelminischen Zeitalter, als sie sich gesellschaftlich etabliert hatten, fühlten sich die

<sup>31</sup> Vgl. Turner, Großunternehmer 219.

<sup>32</sup> Vgl. Veröff. RDI 19 (1922) 79.

<sup>33</sup> Vgl. u. a. Deutscher Wirtschaftsführer. Lebensgänge deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten. Ein Nachschlagewerk über 13 000 Wirtschaftspersönlichkeiten unserer Zeit, bearb. v. Georg Wenzel (Hamburg, Berlin, Leipzig 1929); Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, 2 Bde. (Berlin 1931).

Großindustriellen als Garanten von Staat, Stabilität und Ordnung. Das prägte ihr Verhältnis zur Weimarer Republik in positiver wie in negativer Weise.

Ihr Denken stand in der Tradition konservativer wie liberaler politischer Kultur, des autoritären Betriebsstils à la Krupp und Stumm wie sozialreformerischer Traditionen etwa bei Bosch/Stuttgart oder Zeiss/Jena. Viele Großindustrielle und -bankiers waren – namentlich in Frankfurt am Main und Berlin, wie Hugo Junkers in Dessau oder die Zeiss-Manager – geistig und kulturell aufgeschlossen, betätigten sich als Mäzene, scharten – wie Arnold von Borsig – einen Intellektuellenkreis um sich, förderten moderne Reformbewegungen oder – wie Carl Duisberg – in prononcierter Weise Technik, Forschung und Studium. Man war in großindustriellen Kreisen – zumal hier jüdisches Kapital keine geringe Rolle spielte – bei weitem nicht so antisemitisch eingestellt wie in anderen Gesellschaftsschichten. Deshalb stieß der nationalsozialistische Rassismus hier eher auf Skepsis und Widerwillen. Nach wie vor zeichneten sich in geistiger und politischer Hinsicht deutliche Unterschiede zwischen den schwerindustriellen Zentren und den Hochburgen der „neuen Industrien“ ab. Doch verwischten sich diese Gegensätze in dem Maße, in dem die Rationalisierungs- und Modernisierungstendenzen wirtschaftlich und die Entwicklungstendenzen der Republik politisch nivellierend wirkten.

Bei aller politischen Breite stand man parteipolitisch meistens rechts, bestenfalls in der Mitte des bürgerlichen Parteienspektrums. Die Haltung zu Sozialdemokratie und Gewerkschaften war weniger eine prinzipielle als eine taktische Scheidelinie. Nur Minderheiten wandten sich durchweg gegen sie. Die meisten Industriellen akzeptierten sie als zeitweise Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspartner, nicht aber als festen Bestandteil der politischen Klasse. Man dachte meistens „national“ und in Großmacht- und Autoritätskategorien. Den Großindustriellen schwebte in der Regel ein „starker Staat“ vor, den die Mehrheit nach den Wirren der Nachkriegszeit zunächst im Rahmen der parlamentarischen Republik, später jenseits des Parlamentarismus zu erreichen suchte. Entsprechend rückte man politisch nach rechts, wenn auch meist nicht in so krasser Weise wie etwa Hjalmar Schacht. Selbst liberales Denken näherte sich gegen Ende der Weimarer Republik den Denkmustern von „Führertum“ und „starkem Staat“ an. Die Ansichten etwa Carl Schmitts, der zur Zeit der Präsidialkabinette mehrfach auf Verbandstagungen sprach – so im April 1930 vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag und im November 1932 vor dem Langnamverein –, fanden sehr viel mehr Zustimmung als die populistischen Parolen und zweifelhaften Methoden der NS-Bewegung, die durchweg auf Vorbehalte stießen.

Elitäre und politisch konservative Denkweisen und Haltungen, für die Paul Reusch wohl das markanteste Beispiel darstellt und auf die sich die interne nationalsozialistische Werbestrategie besonders einstellte, beschränkten sich bei weitem nicht auf die Schwerindustrie. Sie waren dort aber besonders ausgeprägt und traten um so aggressiver in Erscheinung, je mehr diese Gruppen ins Hintertreffen gerieten. Doch wäre es kurzschlüssig, daraus eine politische Vorrangrolle der Schwerindustrie abzuleiten oder gar anzunehmen, sie habe der gesamten Industrie ihren Willen aufgezwungen. Die genannten Haltungen vertrugen sich durchaus mit modernem Rationalitäts- und Managementdenken. Gerade die Rationalisierungsbewegung der 20er und 30er Jahre zeigt,

wie eng sich das Streben nach „sozialer Rationalisierung“ mit „Betriebsführer“- und Herrschaftsideologie verband. Die Vorstellung, nicht nur Wirtschaft und Sozialbeziehungen, sondern auch Staat und Politik „managen“ zu können, förderte elitäres Denken – aber auch die Illusion, man könne ein solches Phänomen wie die NS-Bewegung „steuern und leiten“<sup>34</sup>.

Die ausgeprägt elitären und oft auch konservativen Denkweisen hatten sicher in der herausgehobenen gesellschaftlichen Stellung und in der im Vergleich zu anderen Gesellschaftsschichten relativ geringen sozialen Mobilität der Großindustrie<sup>35</sup> einen Ursprung. Die Pionierzeit der klassischen Aufsteigerkarrieren war vorbei. Der tendenziell steigende kapitalunabhängige Zuwachs akademisch gebildeter leitender Angestellter konnte diesen Mobilitätsverlust damals noch nicht wettmachen. Zudem rekrutierte sich dieser Zuwachs – infolge des noch weitgehend ungebrochenen Bildungsprivilegs – vorwiegend aus „gehobenen Schichten“. Erst die tiefgreifenden Veränderungen der NS-Zeit führten auch in der Großindustrie wieder zu stärkerer sozialer Mobilität und durchbrachen manche der in diesen Schichten errichteten Standesschranken. Die in den 20er Jahren tonangebenden industriellen Führungsschichten – in denen Frauen so gut wie keine Rolle spielten<sup>36</sup> – waren vor allem im Kaiserreich sozialisiert worden und zur Zeit der Weimarer Republik bereits sichtlich überaltert. Die Todesdaten – so starben Kurt Sorge 1928, Ernst von Borsig und Wilhelm Cuno 1933 – sprechen da eine deutliche Sprache. Möglicherweise hat dies dazu beigetragen, an manche Phänomene des 20. Jahrhunderts gleichsam noch mit den Maßstäben des 19. Jahrhunderts heranzugehen und so auch den Nationalsozialismus und seine Gefahren zu unterschätzen.

Nicht wenige Historiker sehen das Heft politischen Handelns in der Weimarer Staatskrise allein bei den Regierenden, dem Reichspräsidenten und den Behörden, bei den politischen Massenbewegungen oder bei den Agrariern, soweit diese über enge Beziehungen zu Hindenburg und seiner Kamarilla verfügten. Mit der schwindenden Rolle der Parteien und der Konzentration der Macht bei Reichspräsident und Präsidialkabinetten sei – so nimmt man an – der politische Einfluss der Großindustrie weiter zurückgegangen.

Doch erweist sich die Ansicht, die Industriellen hätten allenfalls in den 20er Jahren über gewisse Einflußmöglichkeiten verfügt, nicht aber in der vom „Primat der Politik“ bestimmten Zeit der Präsidialkabinette, bei genauerem Hinsehen als wenig stichhaltig. Angesichts des Drucks, den die industriellen Spitzenverbände, einflußreiche schwerindustrielle Verbände oder führende Industrielle auf die Regierung Müller sowie auf Brüning und seine Nachfolger ausübten, wird man wohl kaum zu der Schluß-

<sup>34</sup> So H. Bücher am 24.6.1931 an P. Reusch über seine Verstrickungen in die Stennes-Affaire, in: *Stegmann, Kapitalismus* 79f.

<sup>35</sup> Vgl. *Hartmut Kaelble, Soziale Mobilität und Chancengleichheit im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 55, Göttingen 1983) 59–149.*

<sup>36</sup> Vgl. *Elke Hlawatschek, Die Unternehmerin (1800–1945)*, in: *Die Frau in der deutschen Wirtschaft. Referate und Diskussionsbeiträge des 8. Wissenschaftlichen Symposiums der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V. am 8. und 9. Dezember 1983 in Essen*, hrsg. v. *Hans Pohl (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 35, Stuttgart 1985) 127–154.*

folgerung kommen können, die Großindustrie habe an den politischen Entscheidungen jener Zeit und deren – gewollt oder ungewollt – destabilisierenden Wirkungen keinen nennenswerten Anteil gehabt.

Auch die häufig geäußerte Ansicht, zur Zeit der Präsidialkabinette hätten sich die Einflußmöglichkeiten wirtschaftlicher Eliten einseitig zugunsten der Agrarier verschoben, scheint mir fragwürdig zu sein. Zweifellos verschärfte die Weltwirtschaftskrise die Intransigenz und das Zoll- und Subventionsbedürfnis der Agrarier, dem sie über Hindenburgs Umgebung mehr als zuvor Geltung zu verschaffen vermochten. Doch erfolgten die Subventionen in beträchtlichem Maße zu industriell diktierten Bedingungen – etwa bei der Osthilfe-Finanzierung nach dem Silverberg-Plan oder bei dem Sanierungsprogramm Schlange-Schöningsens, das den nicht sanierungsfähigen Großgrundbesitz ausklammerte und damit einer alten industriellen Forderung entsprach.

Das alles verstärkte natürlich die industriell-agrarischen Gegensätze und die agrarische Opposition gegen Brüning und gibt H. A. Turners Einwänden gegen die Annahme eines stabilen „Bündnisses der Wirtschaftseliten“ recht. Allerdings sollte man sich vor der Vorstellung hüten, die Wirtschaftseliten hätten nur im Bündnis politische Wirkung erzielt. Auch eskalierten die Gegensätze nicht erst in der Weimarer Staatskrise, sondern schon seit 1928, als der Ausbruch der Agrarkrise das Entwicklungsgefälle, die Abhängigkeitsverhältnisse und die Tatsache deutlich gemacht hatte, daß selbst der Zollkompromiß 1925 vor allem auf Handels- und Exportfragen und damit eher auf industrielle als agrarische Interessen zugeschnitten war.

Die Akten und die vorliegenden Quellenpublikationen zeigen, welchen Wert die Präsidialkanzler und ihre Kabinette auf die Meinung der Industriellen legten, wie oft sie mit ihnen verhandelten und an ihren Verbandstagungen teilnahmen, und zwar nicht nur als gewährende Obrigkeit, sondern vor allem, weil sie auf deren Unterstützung angewiesen waren. Aus den Quellen wird deutlich, unter welchem großindustriellen Druck sie oft standen, ohne daß damit ein Abhängigkeitsverhältnis und ein „Primat der Wirtschaft“ behauptet werden soll, das den tatsächlichen Wechselverhältnissen nicht gerecht würde.

Dieser aktenkundige und in den vorliegenden Quellenpublikationen nachvollziehbare Druck dürfte, selbst wenn sich sein Mechanismus nicht in allen Fällen lückenlos rekonstruieren läßt, eindeutig als politische Aktion zu diagnostizieren sein. Das gilt insbesondere für die relativ gut dokumentierten Handlungen zwischen Dezember 1929 und März 1930, nach den Reichstagswahlen vom September 1930, nach der Bankenkrise vom Sommer 1931 und im Vorfeld der 4. Notverordnung vom Dezember 1931 sowie im Sommer und Herbst 1932. Nur die hektischen Aktivitäten um die Jahreswende 1932/33 sind, da sie weitgehend hinter verschlossenen Türen erfolgten und kaum aktenkundig wurden, nur noch bruchstückhaft rekonstruierbar. Doch deuten diese Bruchstücke keineswegs darauf hin, daß die Großindustriellen an ihnen völlig unbeteiligt waren.

Die politische Aktivität großindustrieller Führungsschichten zeigt sich auch in der seit 1930 ungewöhnlich dichten Folge politischer Beratungen, Denkschriften, Briefe und Eingaben, mit denen Verbandsführungen, informelle Gremien oder einzelne Großindustrielle ihre Forderungen nahezu ultimativ darlegten und den Regierenden

in kritischen Situationen je nach Bedarf das „Vertrauen“ aussprechen oder zu entziehen drohten. Sie waren auf diese Weise ziemlich erfolgreich bemüht, Brüning auf einen harten Deflationskurs zu bringen und zu halten, Papen an das von ihnen maßgeblich geprägte Wirtschaftsprogramm zu binden und Schleicher davon abzuhalten, dieses Programm erheblich einzuschränken.

Natürlich konnten die Großindustriellen ihre Absichten und Ziele nur mit Abstrichen und Kompromissen durchsetzen. Auch gab es in ihrem politischen Instrumentarium gegen Ende der Weimarer Republik deutliche Verschiebungen. Die parlamentarischen und parteipolitischen Einflußwege spielten in der Zeit der Präsidialkabinette eine schwindende Rolle, weshalb auch das Thema „Industrie und Parlament“, das Mitte der 20er Jahre ganze Verbandstagungen beschäftigte, von der Tagesordnung verschwand. Dafür gewannen andere politische Einflußwege und namentlich die industriellen Interessenverbände an Gewicht. Wenn Kastl in der dramatischen Situation des Septembers 1931 Brüning vorhielt, die weitgehende Ausschaltung der Parteien verweise die Regierung mehr als bisher auf die „Wirtschaftsstände“<sup>37</sup>, so war dies bei weitem kein Wunschtraum.

Im scheinbaren Gegensatz zur These vom „Primat der Politik“ in der Präsidialära sind der Großindustrie auch mit Hinweis auf wirtschaftliche Zwangs- und Problemlagen größere politische Einflüsse abgesprochen worden. Diese seit den Thesen Knut Borchardts heftig umstrittene Problematik<sup>38</sup> ist hier ja bereits ausgiebig diskutiert worden. So kann ich mich auf die für das von mir zu erörternde Thema relevanten Aspekte beschränken. Nach dieser, auch von anderen Historikern<sup>39</sup> unterstützten Auffassung nahmen die wirtschaftlichen Strukturprobleme und Stagnationstendenzen, die sozialpolitischen Überlastungen und die daraus folgenden Sachzwänge den Politikern wie den Wirtschaftsführern weitgehend das Heft des Handelns aus der Hand. Danach waren in der Ära Brünings und seiner Nachfolger Regierende wie Unternehmer Gefangene ökonomischer Zwangslagen und somit ohne echte Handlungs- und Alternativmöglichkeiten.

Zweifellos hat sich das Gewicht der Ökonomie im 20. Jahrhundert und in der von höchst widersprüchlichen Tendenzen geprägten Zwischenkriegszeit enorm verstärkt. Oft genug bildeten Wirtschafts- und Finanzfragen das Zünglein an der Waage politischer Entscheidungen, die wiederum auf die Wirtschaft zurückwirkten. Gerade die Weimarer Staatskrise zeigt, in welchem Maße die Wirtschafts- und Finanzprogramme Brünings und seiner Nachfolger von politischen Erwägungen und von den Interessen der Wirtschaftseliten beeinflusst waren. Je enger sich Wirtschaft und Politik, Wirtschafts- und Staatskrise miteinander verbanden, um so mehr Einfluß erlangten politische Faktoren und Interessen auf Entscheidungen, die das Schicksal von Millionen

<sup>37</sup> Vgl. Politik und Wirtschaft 975.

<sup>38</sup> Vgl. dazu zusammenfassend *Knut Borchardt, A Decade of Debate About Brüning's Economic Policy*, in: *Economic crisis and political collapse. The Weimar republic 1924–1933*, hrsg. v. *Jürgen Baron v. Kruedener* (German historical perspectives series V, New York, Oxford, Munich 1990) 99–151.

<sup>39</sup> Vgl. z. B. neuerdings *Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936* (Stuttgart 1988).

und eines ganzen Staatswesens betrafen. Die zweifellos großen wirtschaftlichen Entscheidungszwänge ließen deflationäre oder keynesianische Krisenlösungsstrategien, autoritäre oder demokratische Wege offen. Bei allen Besonderheiten unterschied sich die Situation Deutschlands in dieser Hinsicht nicht grundsätzlich von der anderer krisenbetroffener Industriestaaten.

In all diesen Staaten erwies sich die Massenarbeitslosigkeit als das damals zentrale soziale und wirtschaftliche Problem, das dringend einer über bloße finanzielle Erwägungen hinausreichenden politischen Lösung bedurfte. In Deutschland spitzte es sich angesichts der wieder ansteigenden kommunistischen Bewegung sowie der NS-Bewegung, die die Arbeitslosenfrage politisch zu instrumentalisieren verstand, immer mehr zu der Frage zu, ob es auf dem Boden der Republik oder durch ihre Überwindung gelöst werden konnte. So wurde die öffentlich finanzierte Beschäftigungspolitik zu einer politischen Schlüsselfrage. Sicher stellten schon damals keynesianische Maßnahmen kein Allheilmittel dar. Doch zeigte namentlich das Beispiel der USA, daß solche Maßnahmen in der damaligen Situation demokratiestabilisierend wirken konnten.

Tatsächlich sind in Deutschland solche Maßnahmen erörtert worden, und zwar nicht nur in den Gewerkschaften, unter Finanzexperten und Wirtschaftstheoretikern, sondern auch von den Industriellen und ihren Verbänden. Sie wurden nach der Bankenkrise vom Sommer 1931 auch im Reichsverband der Deutschen Industrie diskutiert, aber – wie schon zuvor – verworfen. Die vor allem vom RDI ausgehenden Denkschriften, Eingaben und Beratungen, die in der öffentlichen Erklärung der Wirtschaftsverbände Ende September 1931 gipfelten<sup>40</sup>, verlangten erneut eine strikt deflationäre Politik und wirkten damit erheblich auf die Ende 1931 getroffenen Entscheidungen ein.

Spätestens seit der Zwischenkrise 1925/26, als die Regierung Marx erstmals antizyklische Maßnahmen im größeren Stil ergriff<sup>41</sup> und Keynes in Berlin seine Vorstellungen zur Diskussion stellte<sup>42</sup>, wurden solche Konzepte im RDI-Umkreis diskutiert und energisch zurückgewiesen. Schon 1923/24, erst recht seit den Denkschriften vom Dezember 1925 und November 1927 und der Youngplan-Diskussion schworen sich der Reichsverband sowie die anderen maßgeblichen Spitzen-, Fach- und Regionalverbände auf ein strikt deflationäres, von Schlagworten wie „Entlastung der Wirtschaft“, „Selbstkostensenkung“, „Sparsamkeit der öffentlichen Hand“, „Abbau der Zwangswirtschaft“ und des „Tarif- und Schlichtungszwanges“ gekennzeichnetes Konzept ein.

<sup>40</sup> Die Erklärung ist abgedruckt in: Die Kabinette Brüning I u. II. 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931. 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932, bearb. v. *Tilman Koops*, 2 Bde. (Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Boppard a. Rh. 1982) 1766–1769; im folgenden zitiert: Die Kabinette Brüning; vgl. weiterhin u. a. Politik und Wirtschaft 696–705, 759–764, 800–806, 915–918, 967–975; BA Kobl., R 43 I (Reichskanzlei), Nr. 2370, Bl. 115–123, Nr. 2372 Bl. 35–45, 273–301, 367–377, 627 ff., 649–652, Nr. 2373, Bl. 35–81, 187–201, 237, 909–940, 1121–1132; BA Kobl., NL 13, Nr. 33, Bl. 3–11, Nr. 458, Bl. 158–171, 186 f., Nr. 641, Bl. 46–62; Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Best. Carl Zeiss Jena III, Nr. 1992 (unpag., Bericht 25.9.1931).

<sup>41</sup> Vgl. *Dieter Hertz-Eichenrode*, Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung. Konjunkturpolitik 1925/26 und die Grundlagen der Krisenpolitik Brünings (Frankfurt, New York 1982).

<sup>42</sup> Vgl. *John Maynard Keynes*, Das Ende des laissez-faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft (München, Leipzig 1926).

Dieses Konzept schloß auch die Sozialrechtsreform und eine Revision der 1918/19 stark ausgebauten Sozialpolitik ein<sup>43</sup>. Den Sozialstaatskompromiß hatte man bereits nach dem Ende der Zentralarbeitsgemeinschaft 1923/24 und im Umfeld des „Ruhr-eisenstreites“ 1928/29 weitgehend aufgekündigt.

Natürlich wurde dieses Konzept, dessen Durchsetzung man nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise schärfstens anmahnte, von den einzelnen Industriellengruppen und Verbänden sehr unterschiedlich interpretiert. Doch diente es trotz aller Gegensätze und Konflikte den Spitzen- wie den meisten Fach- und Regionalverbänden als Leitlinie ihrer Krisenpolitik. Albert Vöglers Ende Juli 1931 gegen zaghafte Regierungspläne geäußerte Ansicht, nicht durch Beschäftigungspolitik und Sozialschutz, sondern allein durch Entlastung der Wirtschaft in der Selbstkostenfrage werde das Arbeitslosenproblem gelöst<sup>44</sup>, entsprach einem Standarddenken, das sich gegen öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als Ansätzen zur „Planwirtschaft“ sperrte. Die industriellen Spitzenverbände haben sich in der Ära Brüning strikt gegen solche Maßnahmen gewandt und auch die einschlägigen Empfehlungen der Brauns-Kommission 1931 weitgehend zurückgewiesen. Erst im Sommer 1932 setzte ein gewisses Umdenken ein<sup>45</sup>.

Ob und welche wirtschaftlichen Möglichkeiten es für andersgerichtete, antizyklische Konzepte und für öffentlich finanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in der Weimarer Staatskrise tatsächlich gab, ist unter den Experten umstritten. Unter den hier zu erörternden politischen Aspekten ist aber unübersehbar, daß der in Deutschland beschrittene Weg nicht nur von orthodoxen Wirtschaftsstrategien, sondern auch von autoritären Politikkonzepten diktiert worden ist. Das zeigte sich im Übergang zum Präsidialsystem ebenso wie in der Tatsache, daß man erst dann zur Politik öffentlich finanzierter Arbeitsbeschaffung überging, als sich damit staatspolitische Vorstellungen verbanden, die – seit Papens „Neuem Staat“ – letztlich auf eine Liquidation der Republik hinausliefen<sup>46</sup>.

Zwar zeichnete sich schon unter Brüning die Einsicht ab, daß man allein mit der Politik des knappen Geldes oder durch Lohn- und Sozialabbau das Dilemma nur vertiefte und eine innenpolitisch brisante Situation heraufbeschwöre. Der „Nationalen Opposition“ wollte Brüning keinesfalls das Feld überlassen. Über halbherzige Planungen für eine aktive Beschäftigungspolitik kamen er und seine Berater aber nicht hinaus. Das Festhalten an der Deflations-, Lohn- und Sozialabbaupolitik führte ihn immer mehr auf die abschüssige Bahn der Notverordnungen und der Aushöhlung des Parlamentarismus. Die industriellen Führungsschichten haben diesen Kurs nicht nur unterstützt, sondern seit Ende 1929 geradezu herausgefordert.

<sup>43</sup> Vgl. Bernd Weisbrod, Die Befreiung von den „Tariffesseln“. Deflationspolitik als Krisenstrategie der Unternehmer in der Ära Brüning, in: GG 11 (1985) 295–325.

<sup>44</sup> Vgl. Die Kabinette Brüning 1488 ff.

<sup>45</sup> Vgl. Michael Wolffsohn, Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930–1934 (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 30, Berlin 1977) 188–193.

<sup>46</sup> Vgl. Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945 (Frankfurt a. M. 1988) 42–67; Gottfried Plumpe, Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise. Realität und Alternativen, in: GG 11 (1985) 326–357.

Ich bin weit davon entfernt, schematische Vorstellungen eines geschlossenen Szenarios für eine Diktatur oder gar von einem industriellen „Faschisierungskurs“ wiederbeleben zu wollen. Aber daß seit der Jahreswende 1929/30 langgehegte und zuvor auf die parlamentarische Republik gerichtete „Reform“-Pläne zur „Sanierung“ von Wirtschaft, Staat und Finanzen auf zunehmend autoritärem Wege und nunmehr ohne Rücksicht auf Gewerkschaften, Sozialdemokratie, Sozialstaatskompromisse und den Bestand der Republik eingebracht und durchgesetzt wurden, das kann angesichts der ja weit über die RDI-Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang?“ hinausreichenden empirischen Befunde<sup>47</sup> nicht mehr ernsthaft bestritten werden. Das deflationäre Konzept tendierte nunmehr zunehmend zu autoritären Lösungen.

Nicht zufällig verdichtete sich in jenen Wochen die Forderung, von den Möglichkeiten der Reserveverfassung im Sinne des Artikels 48 oder gesetzlicher Ermächtigung Gebrauch zu machen, wie sie etwa Kastl am 1. März 1930 erhob<sup>48</sup>. Das erzeugte zweifellos entsprechenden Handlungsdruck. Der Vermutung H. A. Turners, man habe im industriellen Lager diesen Weg zunächst nicht beschreiten wollen, weil man Irritationen im Ausland befürchtete, steht die offenkundige Befürchtung gegenüber, das Ausland könne wegen unsicherer wirtschaftlicher und finanzieller Verhältnisse zum Anleihestop veranlaßt werden, weshalb man gerade rigorose Sanierungsmaßnahmen jenseits des parlamentarischen Kräftespiels verlangte.

Bei der Liquidation der Inflation und bei der Stabilisierung der Weimarer Republik 1923/24 hatte sich das Deflationskonzept zweifellos bewährt. Es war aber bereits damals – wenn auch nur zeitweise – auf autoritärem Wege durchgesetzt worden und seitdem mit dem Odium antidemokratischer und antisozialer Politik behaftet. In kritischen Situationen – wie um die Jahreswenden 1925/26 und 1927/28 – flackerte diese Kombination erneut im großindustriellen Kalkül auf. Nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und der Ratifizierung des Youngplanes verlangte man unmißverständlich nach einer „starken Hand“ zur Umsetzung dieses Konzeptes. Da sich die Große Koalition dazu außerstande erwies, arbeiteten maßgebliche Kreise der Industrie tatkräftig auf eine rein bürgerliche und parlamentsunabhängige Regierung hin. Sie trugen damit erheblich zum Sturz der Großen Koalition und zum Präsidialregime bei. Bei allen Konflikten und Protesten gegen auch sie einschränkende Maßnahmen haben sie den Notverordnungskurs weitgehend akzeptiert und zu verschärfen gesucht. Damit wurden auch die politischen Gründungskompromisse der Republik preisgegeben, nachdem man den Sozialstaatskompromiß – trotz gelegentlicher Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen wie im Sommer 1930<sup>49</sup> – längst aufgekündigt hatte.

<sup>47</sup> Vgl. u. a. Veröff. RDI 49, 50 (1929); BA Kobl., NL 13, Bd. 320, Bd. 457, Bl. 112f., 123 ff.; Politik und Wirtschaft 35–38, 43–46, 55f., 67–71, 76f., 82f., 86f.; BA Kobl., Außenstelle Potsdam, Deutsche Reichsbank, Nr. 1857, Bl. 50, 146; Die Reform der Sozialversicherung – eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Vorschläge der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Berlin 1930); Der Arbeitgeber 20 (1930) 84–88; Anm. 22.

<sup>48</sup> Vgl. Politik und Wirtschaft 70.

<sup>49</sup> Vgl. ebd. 212–238, 260–263; Udo Wengst, Unternehmerverbände und Gewerkschaften in Deutschland im Jahre 1930, in: VfZ 25 (1977) 99–119; Reinhard Neebe, Unternehmerverbände und Gewerkschaften in den Jahren der Großen Krise 1929–33, in: GG 9 (1983) 302–330.

Wenn J. W. Reichert vom Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Ende Mai 1930 im Reichstag erklärte, es sei eine völlige Abkehr von dem bisherigen Wirtschafts- und Finanzsystem nötig, an dem sich Sozialdemokratie und Parlamentarismus versündigt hätten<sup>50</sup>, so sprach er damit nicht nur seinen deutschnationalen Gesinnungsgenossen aus dem Herzen. Er brachte eine verbreitete Stimmung zum Ausdruck, die auch von den Repräsentanten der Spitzenverbände geteilt wurde. Nicht viel anders äußerten sich vor den RDI-Führungsgremien Silverberg im Juni 1930, als er meinte, das „System, das man sechs Jahre lang ertragen habe, gehe jetzt zu Grabe“<sup>51</sup>, oder Kastl nach der Reichstagswahl vom September 1930 mit seiner Forderung nach einem „radikalen Reformprogramm“ auf keinen Fall im Rahmen einer neuen Großen Koalition<sup>52</sup> und im September 1931 mit seiner Kritik an der falschen politischen Führung der Vergangenheit<sup>53</sup>. Das sich abzeichnende Scheitern Brünings erklärte der Deutsche Industrie- und Handelstag im Dezember 1931 nicht etwa aus einer fehlgeschlagenen Strategie, sondern mit halbherzigen Maßnahmen einer zögernden, „evolutionären Führung“<sup>54</sup>. So wandte man sich schließlich auch von Brüning ab und Papen zu, dem man das in Münster verkündete Wirtschaftsprogramm regelrecht zuarbeitete<sup>55</sup>.

In dem Maße, in dem sich das Wirtschafts-, Finanz- und Staatsdilemma vertiefte und die NS-Bewegung anwuchs, richtete sich die großindustrielle Suche nach Auswegen auch auf die NSDAP, ohne daß damit die Differenzen gegenstandslos wurden. Die Eskalation des autoritären Stabilisierungsweges – der sich für die Republik als ein Destabilisierungsweg erwies – und die großindustrielle Forderung nach einem „stabilen Regierungsfundament“ schlossen zweifellos die Variante ein, dafür auch die NSDAP heranzuziehen, vorausgesetzt, es gelänge, sie ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen antikapitalistischen Züge zu entkleiden. Man wollte den Nationalsozialismus in die Staatsverantwortung bringen und deshalb seine „intransigente“, „allzu radikale Strömung“ abbiegen<sup>56</sup>, das „Nationale“ der Bewegung anerkennen und fördern, das „Sozialistische“ hingegen bekämpfen<sup>57</sup>.

Das war nicht nur eine Frage des politischen Kalküls. Das Interesse an der NS-Bewegung und die Abwehr ihrer „linken“ Tendenzen hingen auch mit der geistigen Krise des kapitalistischen Systems zusammen. Mit Sorge betrachtete man die rapide anwachsenden antikapitalistischen Stimmungen weiter Bevölkerungskreise, namentlich der Jugend. Industrielle und Verbände ergriffen vielfältige Maßnahmen, um das „öffentliche Unternehmerbild“ aufzuwerten, den Vorteil der Privat- gegenüber der Planwirtschaft zu betonen und das kapitalistische Wirtschaftssystem „ethisch zu

<sup>50</sup> Vgl. BA Kobl. R 13 I (VDESI), Nr. 612, Bl. 80–83.

<sup>51</sup> Vgl. Politik und Wirtschaft 256.

<sup>52</sup> Vgl. ebd. 393–397.

<sup>53</sup> Vgl. ebd. 957.

<sup>54</sup> Vgl. BA Kobl. R 43 I, Nr. 2375, Bl. 447–453.

<sup>55</sup> Vgl. BA Kobl. NL 13, Nr. 249, Bl. 121–130, 136–142; Die Republik von Weimar, 2 Bde., hrsg. v. Jens Flemming u. a. (Athenäum-Droste-Taschenbücher 7224/7225, Königstein/T., Düsseldorf 1979) 330 ff.

<sup>56</sup> F. Springorum am 22.3.1932 an T. v. Wilmowsky, in: Politik und Wirtschaft 1352 ff.

<sup>57</sup> P. Reusch am 17.4.1932 an M. Blank, in: ebd. 1385 f.

unterbauen“<sup>58</sup>. Zwar empfahl sich die NS-Bewegung als Garant des Privateigentums gegen „Bolschewismus“ und „Marxismus“, blieb aber selbst in den Grundfragen des Eigentums und der Wirtschaftsform programmatisch höchst unbestimmt. Deshalb versuchten die Industriellen, auf die NS-Wirtschaftsprogrammatik einzuwirken, gingen auf Distanz zu „ständischen“ Ideen und wandten sich vor allem gegen das auf Dirigismus und Arbeitsbeschaffung ausgerichtete NSDAP-„Sofortprogramm“ vom Mai 1932. Dessen Rücknahme und das Zurückdrängen „linker“ Tendenzen in der NSDAP wirkten sich zweifellos entkrampfend auf das Verhältnis zur Großindustrie aus.

Als bloße Abwehrreaktionen kann man dieses großindustrielle Verhalten gegenüber der NSDAP aber wohl kaum bewerten. Sicher gab es eindeutige Abwehrhaltungen. Manche Industrielle sahen – wie Arnold von Borsig – in den Nationalsozialisten nur „Bolschewisten mit nationaler Fahne“ und meinten, daß Diktaturen jedweder Art zivilisierte Länder wie Deutschland ruinieren würden<sup>59</sup>. Sie hielten nichts von dem Versuch, der sozialistischen mit einer nationalsozialistischen Ideologie, der revolutionären Gefahr von links mit einer revolutionären Bewegung von rechts zu begegnen.

Doch dürfte mit fortschreitender wirtschaftlicher und politischer Krise die Zahl derer gewachsen sein, die – wie die Gutehoffnungshütte-Denkschrift vom Juli 1930 über eine der Reupke-Broschüren<sup>60</sup> – die Risiken, Vor- und Nachteile der NS-Bewegung und ihrer Machtbeteiligung nüchtern kalkulierten und sich darauf konzentrierten, die „unternehmerfeindlichen Tendenzen“ in der NSDAP zurückzudrängen und den als regierungsfähig empfundenen Hitler-Flügel zu stärken<sup>61</sup>. Insgesamt verhielten sich diese Großindustriellen nicht viel anders als die politischen Entscheidungsträger um Hindenburg, Brüning, Papen oder Schleicher, was nichts daran ändert, daß ihnen letztlich das „Zähmungskonzept“ aus den Händen glitt.

Mittlerweile ist wohl auch klar geworden, daß sich die allgemeine Suche nach Auswegen aus der verfahrenen Situation nach den Sommer- und Herbstwahlen 1932 nicht nur auf den industriellen „Wunschkanzler“ Papen, sondern in zunehmendem Maße auch auf eine Regierungsbeteiligung Hitlers bezog. Die vielbeschworene Alternative Papen – Hitler erweist sich angesichts des nicht mehr zu bestreitenden Doppelspiels Papens ebenso als eine Fiktion wie die Annahme, die Industriellen hätten hinter Schleicher gestanden, um ein Hitler-Kabinett zu verhindern. Man wird das Verwirrspiel der Jahreswende 1932/33 bei zudem schlechter Quellenlage wohl niemals völlig aufhellen können und immer auch auf Symptombeweise und Vermutungen angewiesen sein. Und hier ist schon gar nicht der Platz, ins Detail zu gehen. Deshalb möchte ich mich auf wenige Bemerkungen beschränken.

Weder für den Reusch-Kreis der westlichen Schwerindustrie noch für die Berliner Reichsverbandsspitze läßt sich eine direkte Beteiligung am Intrigenspiel der Jahreswende 1932/33 nachweisen. Doch war man – soweit das die kaum durchschaubare Situation überhaupt noch zuließ – gut informiert und bemüht, das Geschehen in ge-

<sup>58</sup> A. v. Borsig am 30.9.1930 an L. Ziegler, in: StaB Bo, Nr. 148/II, Bl. 391 ff.

<sup>59</sup> A. v. Borsig am 30.8.1930 an L. Ziegler, in: ebd. Bl. 395 f.

<sup>60</sup> Abgedruckt in: *Stegmann*, Kapitalismus 76 ff.

<sup>61</sup> Vgl. *Der Arbeitgeber* 20 (1930) 404 ff.

wünschte Bahnen zu lenken. In dem vom industriell-agrarischen Konflikt überlagerten Interessen- und Haltungsgeflecht fällt durchweg die scharfe Distanz zum Schleicher-Kabinett auf. Der Reichsverband machte da – entgegen anderslautender Vermutungen und Interpretationen – keine Ausnahme. Von der Hauptausschußtagung am 14. Dezember 1932 über Herles Neusser Vortrag vom 2. Januar 1933 und die Äußerungen aus Silverbergs Umkreis bis zur Aussprache Krupp–Schleicher am 12. Januar und der Präsidiumstagung am 19. Januar zieht sich die Kritik an der von dieser Regierung ausgehenden „Beunruhigung“ der Wirtschaft ebenso wie die ambivalente Forderung nach einer „Regierung mit festem, geradlinigem Kurs“ durch alle Stellungnahmen. Viel weniger eindeutig ist auszumachen, wie man sich denn nun eine solche Regierung vorstellte. Die Ereignisse im Umfeld der Kölner Papen–Hitler-Beratung vom 4. Januar und Ende Januar deuten ebenso wie das industrielle Engagement etwa für das am 18. Januar gegründete Carl-Eduard-Kuratorium auf das Bemühen um eine – gemessen an industriellen Interessen – möglichst wenig risiko- und problembehafte Regierung der „Nationalen Konzentration“ hin. Deren Zusammensetzung und Schlüsselfiguren waren zweifellos höchst strittig. Doch richteten sich die Befürchtungen – so die Interventionen Kastls Ende Januar – wohl weniger gegen Hitler als gegen den „Einrahmer“ Hugenberg und gegen eine Neuauflage der „Harzburger Front“, demgegenüber man sogar das Kabinett Schleicher als das kleinere Übel ansah<sup>62</sup>.

Abschließend sei noch in gebotener Kürze auf das vielfach diskutierte Problem eingegangen, welchen Einfluß Interessengegensätze und Konflikte auf die politische Willensbildung in der Industrie hatten. Die Differenzen und Gegensätze im industriellen Lager sind nicht zu bestreiten. Sie waren im Industriebereich viel stärker ausgeprägt als im Agrarsektor, wo mit sich verschlechternder Lage die gemeinsamen „berufsständischen“ Interessen stärker hervorgekehrt wurden, ohne allerdings den Agrariern immer auch zu größerer politischer Durchschlagskraft zu verhelfen. Fraglich ist aber, ob die Gegensätze die industriellen Eliten in der Weimarer Staatskrise politisch blockierten. M.E. wird die These, die Gegensätze hätten die Industrie in einem Maße fragmentiert und gespalten, das sie letztlich politisch lähmte, und daß nur bei einer so gespaltenen und gelähmten Industriefront Brüning und seine Nachfolger autoritär regieren und Hitler 1933 an die Macht kommen konnten<sup>63</sup>, nicht den Tatsachen gerecht. Zumindest scheint es mir einseitig und kurzschlüssig zu sein, von „fragmentierten Eliten“ auf „politische Ohnmacht“ zu schließen.

Die Interessengegensätze und politischen Differenzen haben – wenn auch in unterschiedlichem Grade – die Geschichte des industriellen Unternehmertums durchweg begleitet, ohne es an Interessenvertretung und politischem Handeln zu hindern. So läßt sich auch für die Zeit der Präsidialkabinette weder eine geschlossene politische

<sup>62</sup> Vgl. zu den Vorgängen um die Jahreswende 1932/33 im einzelnen *Neebe*, Großindustrie 148–152, 171–176; *Turner*, Großunternehmer 375–392 sowie auch die nach der Untersuchung Turners erschienenen Arbeiten von *Heinrich Muth*, Das „Kölner Gespräch“ am 4. Januar 1933, in: *GWU* 37 (1986) 463–480, 529–541; *Manfred Asendorf*, Hamburger Nationalklub, Keppler-Kreis, Arbeitsstelle Schacht und der Aufstieg Hitlers, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte* des 20. und 21. Jahrhunderts 2 (1987) 106–150; zum Carl-Eduard-Kuratorium vgl. BA Kobl., Außenstelle Potsdam, NL Geib, Nr. 1, Bl. 330–359.

<sup>63</sup> Vgl. *Neebe*, Großindustrie 201.

Willensbildung „der“ Industrie noch eine durch Branchengegensätze hervorgerufene politische Lähmung nachweisen. Die Konflikte hinderten die industriellen Interessenvertreter keineswegs am Handeln. Das zeigte sich in den Auseinandersetzungen um die Arbeitsgemeinschaftspolitik im Sommer 1930 ebenso wie Ende 1930, als sich der Bochumer Bergbauverein mit dem Gedanken trug, aus dem RDI auszutreten, oder in den anderen, quellenmäßig recht gut erschlossenen Situationen, von denen bereits die Rede war. Es trifft aber bei ungünstiger Quellenlage – die natürlich immer Raum für Thesebildung und Spekulation gibt – offenkundig auch auf die Jahreswende 1932/33 zu.

Die Gegensätze waren bei weitem nicht nur ein Hindernis, sondern auch eine Quelle politischen Handelns. Der Zwang zum Ausgleich und die Notwendigkeit, entgegengesetzte Positionen zurückzudrängen, haben die politische Entschlußkraft und Durchsetzungsfähigkeit der großen Industrieverbände weniger blockiert als gestärkt. Die politische Rolle namentlich der Spitzenverbände beruhte geradezu auf diesen Funktionen und auf den sich daraus ergebenden Richtlinienkompetenzen. Die tatsächliche Entwicklung stützt keineswegs die verbreitete Ansicht, diese Spitzenverbände seien durch die Gegensätze neutralisiert und blockiert gewesen oder hätten *sui generis* eine „gemäßigte“ Politik betrieben. Zwar mäßigte man sich im Ton, nicht aber in der Sache. So waren sich etwa Reusch und Kastl im September 1931 grundsätzlich völlig darüber einig, fortan eine intransigente Politik gegenüber Brüning und den Gewerkschaften einzuschlagen<sup>64</sup>. Nur über die Art und Weise des Vorgehens gab es Differenzen. Man sollte sich auch von der Vorstellung freimachen, die die Führungen der Spitzenverbände als Spielbälle und Objekte der Interessenpolitik einzelner, vor allem schwerindustrieller „Vetogruppen“ ansieht<sup>65</sup>. Sie übersieht die eigenständigen Aktionen der Spitzenverbände, die oft genug den Protest der um ihre Sonderinteressen fürchtenden Einzelgruppen hervorriefen.

Natürlich neigten viele Schwerindustrielle infolge ihrer Traditionen und der nach 1918 erlittenen Einbußen zu besonders intransigenten Haltungen. Dies bedeutete aber noch lange nicht, daß sie damit auch besondere politische Wirksamkeit erlangten. Auch wird eine ausschließlich auf Branchengegensätze fixierte Sicht keineswegs den Gesamtkonstellationen, den Binnenstrukturen in den einzelnen Industriezweigen und -regionen sowie dem komplizierten Mechanismus gerecht, über den sich wirtschaftliche Interessen politisch umsetzen. Die Spaltungen im industriellen Lager waren vielfältiger Natur und reduzierten sich nicht auf Branchengegensätze. Alle vorwiegend an solchen Gegensätzen orientierten Gruppen- und Fraktionsvorstellungen – vom Monopolgruppenmodell Kuczynskis und Gossweilers bis zu den Gruppierungsmodellen Stegmanns und Abrahams – haben sich letztlich als relativ willkürliche Konstruktionen erwiesen.

Auch ignorierten sie die scharfen Gegensätze zwischen dem „big business“ und der „mittelständischen Industrie“. Letztere ist – zumindest für die Zeit der Weimarer Republik – äußerst mangelhaft untersucht. Mit Recht hat H. A. Turner auf die Not-

<sup>64</sup> Vgl. Politik und Wirtschaft 944 f., 950 f., 963, 966 f.

<sup>65</sup> Vgl. *Weisbrod*, Schwerindustrie 215–245.

wendigkeit, die dort auftretenden politischen Tendenzen zu beachten, und auf die überdurchschnittlich großen NS-Erfolge unter „mittelständischen“ Industriellen aufmerksam gemacht. Ich kann aus eigener Quellenkenntnis des sächsisch-thüringischen Raumes das, was er vor allem für das rheinisch-westfälische Revier ausgeführt hat, nur bestätigen.

Sicher zeigte sich auch hier ein insgesamt differenziertes Bild. Und man sollte sich davor hüten, die „mittelständischen“ Industriellen stärker mit der NS-Bewegung in Verbindung zu bringen, als dies tatsächlich der Fall war. Zudem verhielt sich die Masse dieser Industriellen politisch meist indifferent. Doch gab es unter der tendenziell benachteiligten, von Krieg und Kriegsfolgen arg betroffenen, von den Modernisierungsprozessen weitgehend ausgegrenzten, folglich verunsicherten und politisch labilen „mittelständischen“ Industrie ausgeprägte Affinitäten zu „ständischen“ Ideen, rechtskonservativer und nationalsozialistischer Ideologie. Die Grauzone zwischen Konservatismus und Nationalsozialismus wurde vor allem von solchen Kapitalkreisen belebt, während Großindustrielle dem oft wirren Organisationswesen und der vielfältigen Publizistik dieser Zone eher mit Skepsis begegneten.

Sofern sich „mittelständische“ Industrielle und ihre meist regionalen Interessenverbände politisch artikulierten, geschah dies meist in sehr unversöhnlicher Weise gegenüber Parlamenten, Regierungen und industriellen Spitzenverbänden. Die häufigen Konflikte etwa zwischen dem Verband Sächsischer Industrieller und dem RDI zeigen dies ebenso wie die Chemnitzer, Elberfelder und Münchner „Not“-Kundgebungen Anfang 1931, die von Brüning die „schnelle, erlösende Tat“ und einen sofortigen „Systemwechsel“ verlangten<sup>66</sup>. Gerade dort, wo diese Intransigenz auf krisenbedingte materielle Einbußen zurückzuführen war, berührte sie sich mit den entsprechenden Haltungen und der Opposition schwerindustrieller und agrarischer Gruppen.

Ein Fazit aus den hier vorgetragenen Überlegungen, Thesen und Argumenten zu ziehen, wäre wohl vermessen. Die Dinge stellen sich doch zu differenziert und zu kompliziert dar, als daß man sie auf einen Nenner bringen könnte. Vieles bedarf zudem noch genauerer Untersuchung. Von einheitlichem politischem Wollen industrieller Führungsschichten in der Weimarer Staatskrise kann ebensowenig die Rede sein wie von einer industriell gesteuerten Aktion, die Hitler an die Macht brachte. Daß aber eine fragmentierte, durchweg ökonomisch geschwächte und politisch gelähmte Großindustrie im Abseits des dramatischen Geschehens der Weimarer Staatskrise und der Jahreswende 1932/33 stand, das ist eine These, von der man sich angesichts der Forschungsbefunde doch verabschieden sollte.

<sup>66</sup> Vgl. Veröffentlichungen des Verbandes Sächsischer Industrieller 63 (1931); BA Kobl., Außenstelle Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 20470, Bl. 3–28.



Wolfgang Zöllitsch

## Adel und adlige Machteliten in der Endphase der Weimarer Republik. Standespolitik und agrarische Interessen

Auf das illiberale Erbe der aristokratischen Herrschaftseliten Preußen-Deutschlands und deren Schlüsselrolle bei der Zerstörung der ersten deutschen Demokratie ist in der von Hans Rosenberg inspirierten Forschung seit langem hingewiesen worden<sup>1</sup>. Die verhängnisvolle Rolle, die der preußische Adel bei der Übertragung der Macht an Hitler spielte, belegt das politische Gewicht, das eine in einer industriellen Massengesellschaft typischerweise eher marginale Schicht in der Endphase von Weimar einsetzen konnte. Es war sicher nicht allein der Beharrungskraft vormoderner Haltungen, Denkmuster und Milieus sowie der hohen Anpassungsbereitschaft traditioneller, vorindustrieller Eliten aus Adel, Militär und Bürokratie zuzuschreiben, daß Deutschland im Jahre 1933 einen radikalen politischen Systemwechsel erlebte. Der Aufstieg der NSDAP als Massenbewegung hängt vielmehr auch und weit mehr noch mit der widerspruchsvollen Modernisierung in Deutschland zusammen, die sich teils gegen, teils durch die alten Eliten vollzog.

Obwohl zwischen dem pseudodemokratischen Charakter der Massenbewegung Hitlers und der standesorientierten Interessenpolitik der traditionellen Herrschaftselite des Adels ein offensichtlicher Gegensatz bestand, trugen maßgebliche Vertreter des „ancien régime“ entscheidend dazu bei, die NSDAP an die Macht zu bringen. War dies ein Beleg für die Stärke und Beharrungskraft einer vormodernen Elite oder nicht vielmehr ein Indiz ihrer fundamentalen politischen und ökonomischen Schwäche? Welcher Zusammenhang bestand zwischen der inneren Verfassung des Adels und seiner politischen Rolle? Kann von einer Fragmentierung und Isolierung adliger Standes- und Interessenpolitik in der Endphase der Weimarer Republik gesprochen werden? Das Verhalten des preußisch-deutschen Adels im Vorfeld der Machtübertragung an Hitler muß dementsprechend sozialgeschichtlich hinterfragt werden.

<sup>1</sup> Hans Rosenberg, Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, in: *ders.*, Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen (Göttingen 1978) 83–101; im folgenden zitiert: Rosenberg, Pseudodemokratisierung; Hanna Schissler, Die Junker. Zur Sozialgeschichte und historischen Bedeutung der agrarischen Elite in Preußen, in: Hans-Jürgen Pube u. Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Preußen im Rückblick (Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 6, Göttingen 1980) 89–122; im folgenden zitiert: Pube, Wehler, Preußen; Heinrich August Winkler, Deutschland vor Hitler. Der historische Ort der Weimarer Republik, in: Walther H. Peble (Hrsg.), Der historische Ort des Nationalsozialismus (Frankfurt 1990) 11–30, 28.

Untersucht wird im folgenden zunächst, welchen Veränderungen die Standespolitik des Adels in der Weimarer Republik ausgesetzt war und wie sich die Mentalität und das Statusgefühl dieser Gruppe zwischen Demokratie und Nationalsozialismus entwickelten. Im zweiten Teil wird gefragt, welchen Einfluß der Adel auf die agrarische Interessenpolitik zu Beginn der dreißiger Jahre ausübte und welche Konsequenzen daraus für die unmittelbare Vorgeschichte des 30. Januar 1933 erwachsen.

Um ein differenzierteres Bild zu erhalten, empfiehlt es sich, zunächst vom deutschen Adel insgesamt und nicht vom grundbesitzenden ostelbischen Adel Preußens, dem Junkertum, auszugehen. Zweifellos handelt es sich bei dem Adel um eine äußerst heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Traditionen, regionalen Bezügen, Werthaltungen, Tätigkeitsfeldern und ökonomischen Grundlagen. „Adel“ und „Junkertum“ sind also mitnichten deckungsgleiche Begriffe. Zudem ist die Bezeichnung „Junker“ keineswegs genau umrissen. Er gilt als ein politischer Kampfbegriff. Die Grenzen zum bürgerlichen Großgrundbesitz sind fließend<sup>2</sup>. Darüber hinaus ist der Adel keine vorrangig ökonomisch definierte Gruppe. Er bezog sein Prestige nicht nur aus der realen Machtausübung, sondern aus dem Selbstgefühl, eine traditionelle Wertelite zu bilden. Diese Exklusivität des Adels weist über seine Rolle als Macht- oder Funktionselite hinaus auf den Bereich der „kulturellen Hegemonie“<sup>3</sup>.

## I.

Um das Verhalten des Adels und der adligen Machteliten in der Endphase von Weimar angemessen zu bewerten, darf nicht vergessen werden, daß das Jahr 1918 im Bewußtsein vieler Adliger einen scharfen Bruch darstellte, der die Hinwendung nicht nur eines jüngeren Teils des Adels zum Nationalsozialismus mit erklärt. Der Adel, vor allem der preußische, war die Gesellschaftsgruppe, die durch die Revolution von 1918/19 in ihrem Selbstverständnis am stärksten in Mitleidenschaft gezogen wurde. In der Rückschau stellte für viele Adlige die Revolution einen viel tieferen Bruch dar als das Jahr 1945. Die ostpreußische Gräfin Antonie zu Eulenburg berichtete in ihren 1950 verfaßten Erinnerungen, daß sich die jetzige Generation nicht mehr vorstellen könne, „wie schwer wir den Sturz der Monarchie empfanden. ... Der ganze Zusammenbruch Deutschlands war für uns ein viel schwereres Erleben als der 1945, auch wenn er objektiv gesehen nicht so vollständig war.“ Denn er sei „unerwarteter“ und „aus anderer Höhe“ geschehen, weil damals „alles untrennbar zusammengehörte“<sup>4</sup>. Ähnliches überliefert auch der Widerstandskämpfer Rudolf Freiherr von Gersdorff: Das Ende der Monarchie habe den Familien des Adels „von heute auf morgen die

<sup>2</sup> Zur Problematik des Begriffs Junker: *Francis L. Carsten*, Geschichte der preußischen Junker (Frankfurt 1988) 7, 9; im folgenden zitiert: *Carsten*, Junker; *Walter Görlitz*, Die Junker. Adel und Bauern im deutschen Osten (Glücksburg 1956) IX f.; im folgenden zitiert: *Görlitz*, Junker.

<sup>3</sup> *Hans-Ulrich Wehler*, Einleitung, in: *ders.* (Hrsg.), Europäischer Adel 1750–1950 (Sonderheft Geschichte und Gesellschaft 13, Göttingen 1990) 17; im folgenden zitiert: *Wehler*, Europäischer Adel. Dazu auch mein Habilitationsprojekt über den deutschen Adel 1914–1944.

<sup>4</sup> *Johannes Rogalla von Bieberstein*, Adelherrschaft und Adelskultur in Deutschland (Frankfurt 1989) 290.

Grundlage entzogen“, auf der sich „ihr gesamtes bisheriges Leben aufgebaut hatte“. Der November 1918 habe deshalb für die Generation der Eltern einen „tieferen Einschnitt bedeutet als 1945 für uns“<sup>5</sup>. Diese subjektive Einschätzung ist bezeichnend, denn selbstverständlich markierte das Jahr 1945 das weitgehende Ende des preußischen Adels, während die Umwälzung 1918 das Leben der landbesitzenden Adligen kaum veränderte<sup>6</sup>. Aber das Selbstgefühl des Adels, eine auf Geburt und Tradition beruhende, religiös fundierte Elite zu sein, wurde bis ins Mark erschüttert.

Das Jahr 1918 markierte das Ende eines in Jahrhunderten gewachsenen Selbstbewußtseins des Adels und damit, um mit Arno Mayer zu sprechen, das Ende der europäischen Adelswelt<sup>7</sup>. Mit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches und unter den Vorzeichen der egalitären Massendemokratie von Weimar war nunmehr die Rolle des Adels als geborener Elite massiv in Frage gestellt. Der Adel verlor seinen unmittelbaren Zugang zur Macht. Mit der Abdankung der regierenden Fürstenhäuser ging nicht nur ein politischer, sondern auch ein gesellschaftlicher Statusverlust einher. Der Verlust monarchischer Protektion und nationaler Größe, die Abschaffung adliger Vorrechte z. B. in Art. 109 der Weimarer Verfassung, das Schwinden der Existenzbasis für weite Teile des Offizierskorps betrafen viele Adlige<sup>8</sup>.

Die Desorientierung des Adels infolge des Zusammenbruchs der alten Welt läßt sich am Wachstum der Deutschen Adelsgenossenschaft (DAG) erkennen, einer Standesorganisation, die vor 1918 kaum Zulauf hatte, nun aber immer stärker zur Interessenvertretung des Adels wurde. Waren 1918 nur 1600 Mitglieder zu verzeichnen, so schnellte diese Zahl bis 1924 auf 17000 hoch<sup>9</sup>. Allerdings war es überwiegend der wirtschaftlich verarmte Adel, besonders Ostdeutschlands, der sich an diese Organisation klammerte. In dieser Schicht, die sich kaum noch eine standesgemäße Lebens-

<sup>5</sup> Ebd.; *ders.*, Adel und Revolution 1918/19, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag (Göttingen 1982) 243–259; im folgenden zitiert: *Rogalla von Bieberstein*, Adel und Revolution.

<sup>6</sup> So *Jesko Graf zu Dohna*, Adel und Politik. Studien zur Orientierung des fränkischen Adels 1918–1945 (Magisterarbeit LMU München 1988) 22; im folgenden zitiert: *Dohna*, Adel. Zur Erfahrung der Revolution eine Äußerung des Fürsten Castell-Castell vom Februar 1919 im Familienkreis: „Alles was wir bisher für wertvoll, ideal und verehrungswürdig gehalten haben, ist zerstört, beschmutzt und verdorben. Geblieben ist allein unangetastet unsere Ehre. Es wird euch nicht leicht sein euch in die neuen Verhältnisse zu finden, die auch noch schlimmer werden können, als sie jetzt schon sind. Unsere politische Rolle fussend auf unserer historischen Stellung ist vorläufig ausgespielt, unsere wirtschaftliche Lage wird mit schweren Verlusten rechnen müssen.“ Ebd. 16.

<sup>7</sup> *Arno J. Mayer*, Adelsmacht und Bürgertum. Die Krise der europäischen Gesellschaft 1848–1914 (München 1988).

<sup>8</sup> *Georg H. Kleine*, Adelsgenossenschaft und Nationalsozialismus, in: VfZ 26 (1978) 100–143, 103 f.; im folgenden zitiert: *Kleine*, Adelsgenossenschaft. Zum Hofadel: *Karl Möckl*, Der deutsche Adel und die fürstlich-monarchischen Höfe 1750–1918, in: *Webler*, Europäischer Adel 96–111. Art. 109 Abs. 3 Weimarer Reichsverfassung lautete: „öffentlich-rechtliche Vorteile oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden.“

<sup>9</sup> *Kleine*, Adelsgenossenschaft 102, 105. Kleine nennt ohne Quellenangabe für die Zwischenkriegszeit in Deutschland 85000 bis 95000 adlige Namensträger. Daß der Organisationsgrad im Adel zunahm, betont auch *Dohna*, Adel 23.

grundlage leisten konnte, war die Ablehnung eines sogenannten „bürgerlich-materialistischen“ Leistungsethos am stärksten vertreten. Soziale Abstiegsängste wurden durch die Beschwörung eines romantisch-mythologischen und völkischen Adelspathos kompensiert, gewürzt mit einem kräftigen Schuß Antisemitismus und Blut-und-Boden-Ideologie. Es war überaus bezeichnend, daß der Adelstag schon 1920 einen Arierparagraphen für die Deutsche Adelsgenossenschaft verabschiedete: „Wer unter seinen Vorfahren im Mannesstamm einen nach dem Jahre 1800 geborenen Nichtarier hat oder zu mehr als einem Viertel anderer als arischer Rasse entstammt oder mit jemandem verheiratet ist, bei dem dies zutrifft, kann nicht Mitglied der DAG werden.“<sup>10</sup>

Die Politik dieser Organisation belegt zugleich die Weigerung, sich mit den bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen abzufinden und die längst überfällige Anpassung an die „bürgerlich-kapitalistische“ Welt vorzunehmen. So schrieb das Deutsche Adelsblatt, das Organ der Deutschen Adelsgenossenschaft, im März 1919: „In einer Zeit, wo alles zusammenstürzt, was bisher die Grundlage des deutschen Staatswesens gebildet, wo der Atheismus völlig fessellos sein Haupt erhebt ..., hat der Adel in allen seinen Teilen wichtige Aufgaben zu erfüllen. Dem materiellen, nivellierenden Geist der Zeit stellt er das Bekenntnis zum Christentum, zur Selbstzucht und Einfachheit, zu Treue und Tradition entgegen.“ Der Adel sei, so das selbe Blatt zwei Jahre später, „der Macht des Geldes noch nicht zugänglich“ und deshalb fähig, „in edler Bedürfnislosigkeit seinen Anteil an der allgemeinen Verarmung zu tragen“<sup>11</sup>.

Adlige, die weiterhin den traditionellen Funktionsebenen z.B. in Militär, Bürokratie und Diplomatie angehörten, hatten eine solche Interessenvertretung wie die DAG nicht nötig und ebenso wenig deren plumpe antimodernistische und antimaterialistische Ressentiments. Sie konnten sich in ihren Bereichen fast ungebrochen als eine Elite (zumindest) in Wartestellung behaupten. So blieb die Diplomatie von der Ständelite des Adels geprägt<sup>12</sup>. Und die Reduzierung der Reichswehr auf 4000 Offiziersstellen wurde zu einer sozialen Konsolidierung zugunsten des Adels genutzt<sup>13</sup>.

Da eine Bodenreform ausblieb, konnte schließlich der Adel besonders im östlichen Preußen seine Position auf dem Land weitgehend behaupten. Bezeichnend war es z.B., daß der Graf zu Eulenburg-Prassen im November 1918 von seinen Bauern in den Vorsitz des Kreisbauernrats gewählt wurde<sup>14</sup>. Die soziale Dominanz des Adels und das paternalistische Herrschaftssystem blieben in den durch Großgrundbesitz geprägten östlichen Provinzen weitgehend intakt. 1927 stammten noch 102 von 430 Land-

<sup>10</sup> *Kleine, Adelsgenossenschaft* 106, 110.

<sup>11</sup> Deutsches Adelsblatt Nr. 5, 9.3.1919; Nr. 19, 15.10.1921. Zit. nach *Kleine, Adelsgenossenschaft* 107.

<sup>12</sup> *Hans-Jürgen Döschner, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich* (Berlin 1987) 47 f.; im folgenden zitiert: *Döschner, Das Auswärtige Amt*; *Peter Krüger, „Man läßt sein Land nicht im Stich, weil es eine schlechte Regierung hat.“ Die Diplomaten und die Eskalation der Gewalt*, in: *Martin Broszat u. Klaus Schwabe* (Hrsg.), *Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg* (München 1989) 180–225, 206.

<sup>13</sup> *Detlef Bald, Vom Kaiserheer zur Bundeswehr. Sozialstruktur des Militärs: Politik der Rekrutierung von Offizieren und Unteroffizieren* (Frankfurt 1981) 21.

<sup>14</sup> *Rogalla von Bieberstein, Adel und Revolution* 254.

räten in Preußen aus dem Adel<sup>15</sup>. Die ländliche Sozialordnung erwies sich als ausgesprochen widerstandsfähig, wie der Mißerfolg der Landarbeiterbewegung bereits zu Beginn der zwanziger Jahre und die Zusammenarbeit von Gutsbesitzern und Landarbeitern in privaten und halbstaatlichen militärischen Formationen zeigten<sup>16</sup>. Die Gutsbezirke wurden erst im Jahre 1927 formell aufgelöst. Bis dahin dienten sie noch als selbständige Kommunal- und Ortspolizeibezirke, und so lange symbolisierte sich demnach im Gutsherrn auch im (sozial-)demokratischen Preußen die zentrale lokale Instanz von Rechtsprechung und Verwaltung<sup>17</sup>.

Die Zustimmung zur Weimarer Demokratie blieb auf wenige adlige Außenseiter beschränkt. Zu erinnern wäre etwa an den Diplomaten Friedrich von Prittwitz und Gaffron, der 1933 aus Protest gegen die Kanzlerschaft Hitlers als deutscher Botschafter in Washington zurücktrat<sup>18</sup>. Ansonsten bestand der überwiegende Teil des deutschen Adels in den zwanziger Jahren aus glühenden Anhängern der Monarchie und erklärten Gegnern der parlamentarischen Demokratie. Dies galt selbst für junge Adlige, die als Beamte dem Weimarer Staat dienten, wie Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, der 1931 als Regierungsassessor den Weimarer Staat vernichtend beurteilte: „Auf die Dauer aber kann das hysterische Geschrei von Republik, Verfassung und Flagge nicht einmal notdürftig das Fehlen jeder schöpferischen Staatsidee verdecken, kann auch nicht das Aufdämmern der Erkenntnis im Volk verhindern, daß nicht staatspolitische Ziele die Regierungsparteien bewegen, sondern volksfremde, außer- und widerstaatliche Kräfte, daß im tiefsten Grunde die Parteien nur zusammengefaßt sind ... durch persönliche egoistische Ziele, nämlich die Sicherung von Pfründen und Ämtern.“<sup>19</sup>

Mit dem Übergang zum Präsidialsystem im Sommer 1930 und damit der Machtverlagerung vom Parlament und den Parteien zum Reichspräsidenten und den ihn tragenden Gruppen erhielten die adligen Funktionseliten in Militär, Bürokratie und Diplomatie wieder eine Schlüsselstellung. Aus der Elite im Wartestand wurde wieder eine echte Machtelite, wie der Brüningsche Finanzminister und Vizekanzler, der liberale Hermann Dietrich, nach dem Sturz Brünings 1932 treffend feststellte: „Die tiefen Gründe der Beseitigung Brünings liegen darin, daß eine Schicht, die vorher im Staate keinen Einfluß mehr hatte, nämlich das Alt-Preußentum, die Herrschaft wieder an sich zu nehmen gewillt ist.“<sup>20</sup>

<sup>15</sup> Görlitz, Junker 328.

<sup>16</sup> Heinrich Muth, Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte, in: VfZ 21 (1973) 1–13; Carsten, Junker 159 ff.; Robert M. Berdahl, Preußischer Adel. Paternalismus als Herrschaftssystem, in: *Puble/Wehler* (Hrsg.), Preußen 123–145.

<sup>17</sup> Hans-Jürgen Puble, Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Agrargesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert (Göttingen 1975) 45.

<sup>18</sup> Döschel, Das Auswärtige Amt 67.

<sup>19</sup> Zit. nach Detlef Graf von Schwerin, „Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt.“ Die junge Generation im deutschen Widerstand (München 1991) 68 f.; im folgenden zitiert: *Schwerin*, Dann sind's die besten Köpfe ... Zum „Kampf gegen die Weimarer Republik“ Carsten, Junker 154 ff.

<sup>20</sup> Zit. nach Konstanze Wegner (Bearb.), Linkliberalismus in der Weimarer Republik. Die Füh-

Der ostelbische Landadel verschaffte sich auf dem Höhepunkt der Agrarkrise über die landwirtschaftlichen Interessenverbände und den Immediatzugang zum Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, einem Standesgenossen, lautstark Gehör und nahm Einfluß auf die Politik des Reichs. Die agrarischen Probleme des alten Preußen wurden nunmehr auf dem Höhepunkt der schwersten industriellen Krise zum vorrangigen Gegenstand von Kabinetts- und Verbandspolitik. Die politische Isolation, in die große Teile des Adels durch die Revolution von 1918 gedrängt worden waren, schien zu Beginn der dreißiger Jahre auf breiter Front durchbrochen. In der zweiten Jahreshälfte 1932 entstammten schließlich nicht nur der Reichspräsident, sondern auch der Reichskanzler Franz von Papen und die meisten Mitglieder seines „Kabinetts der Barone“ dieser Gesellschaftsschicht.

Doch auch für die breite Masse des Adels, die in der Deutschen Adelsgenossenschaft organisiert war, ergab sich ein Hoffnungsschimmer, kündigte sich, so eine verbreitete Erwartung, eine Renaissance des Adels an. Allerdings war man dabei auf einen Verbündeten angewiesen, den Nationalsozialismus.

Am Beispiel der Deutschen Adelsgenossenschaft läßt sich exemplarisch sehen, wie das Bestreben, den Adel wieder in die Position einer politischen und gesellschaftlichen Elite zu bringen, mit der Hinwendung zum Nationalsozialismus einherging. Die diffusen Ideen Walther Darrés, des Leiters des Agrarpolitischen Apparats der NSDAP, von einem „Neuadel aus Blut und Boden“, die eigentlich als gesellschaftlich-politische Konkurrenz zum Adel konzipiert waren, sollten eine Verbindung von alter, adliger und neuer, nationalsozialistischer Elite ermöglichen<sup>21</sup>. Daß die Adligen der DAG auf diese windige „Koalition“ eingingen, zeigt nochmals eindringlich, wie verheerend der Bruch von 1918 auf das Bewußtsein großer Teile des Adels gewirkt haben mußte.

Doch bevor diese Zusammenarbeit angebahnt werden konnte, mußte innerhalb der Adelsgenossenschaft die alte wilhelminisch geprägte Führungsgruppe auf nationalsozialistischen Kurs gebracht werden. Eine neue, jüngere Generation von Standespolitikern sah in einem Bruch mit dem Identifikationsrahmen des Kaiserreiches die Chance zur Rückeroberung verlorener Führungspositionen. Diese Generation hatte ihre politische Sozialisation während des Weltkrieges oder in den Freikorpskämpfen unmittelbar danach erlebt<sup>22</sup>. Antisemitisch-völkische und zum Teil antichristliche Ideen wurden nunmehr im Deutschen Adelsblatt aufgegriffen – gegen verhaltene Proteste süddeutscher und religiös gebundener Repräsentanten<sup>23</sup>. Der neue Vorsitzende

*Fortsetzung Fußnote von Seite 243*

rungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933 (Düsseldorf 1980) 719.

<sup>21</sup> *Walther Darré*, Neuadel aus Blut und Boden (München 1930) 163, sprach verächtlich von den „meisten Vertretern unseres heutigen Adels“, die „kaum noch so viel gutes Blut in sich (hätten), um einem vorwiegend nordrassischen Bauernjungen das Wasser reichen zu können“. Trotzdem ging die DAG auf seine Ideen ein: *Kleine*, Adelsgenossenschaft 113 f.

<sup>22</sup> *Kleine*, Adelsgenossenschaft 112 ff.

<sup>23</sup> Zur Position des bayerischen Adels innerhalb der DAG: *Karl Otmar von Aretin*, Der bayerische Adel. Von der Monarchie zum dritten Reich, in: *Martin Broszat* u. a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit. Bd. III (München 1981) 513–567, 546 ff.; im folgenden zitiert: *Aretin*, Der bayerische Adel; *Dobna*, Adel und Politik 53 f.

der Adelsgenossenschaft, Fürst Adolf zu Bentheim-Tecklenburg-Rheda, fühlte 1932 mit Hitler eine „Schicksalswende“ nahen und sah das Überleben des Adels nur gesichert in der „vorderste(n) Front der deutschen Freiheitsbewegungen“. Und Bentheim ging noch weiter: „Mit elementarer Gewalt ringt die nordische Seele in unserem Volke mit den artfremden Mächten, die westlerische, undeutsche Demokratie uns beschert hat. Wieder einmal lodern die Flammenzeichen, und aus dem Norden bricht der Freiheit Licht ... Erkenne deine Wesensart, deutscher Adel, erkenne die Stunde deines Volkes, dem du zugehörst; es ist Schmiedezeit.“<sup>24</sup> Die soziale Enge der adligen Interessenvertreter in der DAG zeigte sich zudem in der Sinnbestimmung, die man dem Adel abseits der modernen Leistungsgesellschaft beimaß: „Adel ist nicht nur Handeln, sondern auch Sein und Haltung, und die Leistung manches Adligen wird nur darin bestehen, wertvolle Erbmasse weitergegeben zu haben.“<sup>25</sup>

Eine regionale Differenzierung des deutschen Adels würde selbstverständlich zu anderen Akzentsetzungen führen. Die Standesvertreter des süddeutschen Adels bewiesen nach 1918 mehr Einsicht in die neuen Realitäten als die nord- und ostdeutschen. Der im Süden zahlenmäßig geringe Kleinadel hatte seine Privilegien bereits überwiegend im 19. Jahrhundert verloren und war damit auch dem wirtschaftlichen Überlebenskampf früher ausgesetzt gewesen. Der für Süddeutschland typische, bereits 1806 mediatisierte Hochadel, die Standesherrn, begnügte sich überwiegend mit seiner Stellung als regionaler ländlicher Führungselite. Als Herrschaftsschicht wie die preußischen Junker fühlte sich der süddeutsche Adel kaum noch. Dies galt besonders für den katholischen bayerischen Adel. Die monarchistisch-partikularistische Ausrichtung prägte sein politisches Verhalten und verschaffte ihm auch eine gewisse Immunität gegenüber dem Nationalsozialismus<sup>26</sup>.

Die Haltung des deutschen Adels zu Hitler war demnach trotz der eindeutigen Parteinahme der Adelsgenossenschaft keineswegs einheitlich. Neben der regionalen Differenzierung sind auch konfessionelle, generationsspezifische und interessenpolitische (Stichwort Agrarpolitik) Unterscheidungsmerkmale zu berücksichtigen. Die Reserviertheit des süddeutschen Adels wurde bereits angesprochen. Altpreußisch-monarchistisch gesinnte und kirchlich orientierte Adlige, die im „Bund der Aufrechten“ zusammengeschlossen waren, wie Ewald v. Kleist-Schmenzin, machten sich keine Illusionen über die Ziele Hitlers<sup>27</sup>. Adlige aus dem Umfeld der Volkskonservativen und der Landvolkpartei, die sich von der Deutschnationalen Volkspartei Hugenberg abge-

<sup>24</sup> Deutsches Adelsblatt Nr. 28, 9.7.1932; Nr. 29, 16.7.1932 (zit. nach *Kleine, Adelsgenossenschaft* 116).

<sup>25</sup> Ebd. 116.

<sup>26</sup> *Andreas Dornheim, Adel. Selbstverständnis, Verhalten und Einfluß einer traditionellen Elite, in: Der Bürger (!) im Staat. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg* 40 (1990), H. 1 (Eliten in der Bundesrepublik Deutschland) 47–53; *Heinz Gollwitzer, Die Standesherrn. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815–1918* (Stuttgart 1957) 251 ff.; *Aretin, Der bayerische Adel* 514.

<sup>27</sup> *Klemens von Klemperer, Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Lichte der konservativen Tradition, in: Manfred Funke u. a. (Hrsg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa* (Bonn 1987) 266–283, 270 f.; *Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler* (Frankfurt 1959) 19.

setzt hatten, erwiesen sich ebenfalls als skeptische Beobachter des Annäherungskurses an die NSDAP (wie z. B. Kuno Graf Westarp oder Tilo Freiherr von Wilmowsky). Jüngere Adlige, die als Beamte oder Offiziere der Mächtigsten zugehörten, wie der 1902 geborene Fritz-Dietlof von der Schulenburg, der am 1. Februar 1932, dem Beispiel einiger seiner Brüder und seines Vaters folgend, der NSDAP beitrug, versprachen sich von der Idee und der Massenbewegung der NSDAP dagegen eine Renaissance des alten Preußen. Im Zusammenspiel von Heer, Beamtentum und Partei sahen sie die Tugenden des friderizianischen Preußen wieder heraufdämmern<sup>28</sup>. Dabei ging man jedoch von einem Wunschbild, d. h. einer höchst selektiven Sicht der NSDAP aus, wie einem Brief Schulenburgs vom Jahre 1931 zu entnehmen ist: „Ich bin Nationalsozialist geworden. Einmal unter dem Eindruck der Verhältnisse im Norden Deutschlands. Die nationalsozialistische Partei ist derart zur Volksbewegung geworden. Sie hat dort auch gute Führer ... Ich kenne die Schattenseiten der Partei; ich weiß, daß manche Führer nichts taugen, aber auch dort ist alles in Bewegung. Es scheint, als ob das norddeutsche und preußische Element sich mehr durchzusetzen beginnt.“<sup>29</sup>

Sicherlich hatte es mit Einäugigkeit, Selbsttäuschung und Selbstüberschätzung zu tun, daß viele Adlige zur NSDAP hingezogen wurden. Hierbei gab es auch keine eindeutigen Trennlinien. Jüngere und ältere Adlige, Hohenzollerprinzen und kleine verarmte Landadlige wurden von der nationalsozialistischen Welle erfaßt<sup>30</sup>. Doch bei aller Differenzierung im einzelnen läßt sich grob generalisierend festhalten: Je stärker der Adel vor 1918 auf den preußisch-deutschen und monarchischen Obrigkeitsstaat fixiert gewesen war und je weiter er dann ab 1918 von realen staatlichen Machtpositionen entfernt war, desto vorbehaltloser identifizierte er sich mit der NSDAP und ihren Zielen. Den Standesideologen der Deutschen Adelsgenossenschaft ging es nicht nur um die Indienstnahme der vermeintlich „guten“, d. h. „vaterländisch-nationalen“ Elemente innerhalb der NSDAP, wie dies immer entschuldigend zu hören ist. Daß man sich auf die Neuadelskonzeption Walter Darrés wie auch Heinrich Himmlers und der SS einließ, erzwang eine viel größere ideologische Nähe zum Nationalsozialismus. Diese selbsterklärte Elite glaubte nichts zu verlieren, aber viel zu gewinnen zu haben. Angehörige traditioneller Mächtigsten wie Diplomatie und Militär, die Bastionen des Adels waren, besaßen zwar häufig auch eine hohe ideologische Affinität zum Nationalsozialismus (oder dem, was sie dafür hielten), sie hatten aber mehr zu verlieren, da sie ja unbestritten bereits als Herrschaftseliten agierten, daher also konkurrierende nationalsozialistische Eliten nicht entstehen lassen durften.

<sup>28</sup> Hans Mommsen, Fritz-Dietlof Graf v. d. Schulenburg und die Preussische Tradition, in: VfZ 32 (1984) 213–239; Ulrich Heinemann, Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli (Berlin 1990) 27 ff.

<sup>29</sup> Schwerin, Dann sind's die besten Köpfe ... 72. Als Beamter vollzog Schulenburg den formellen Parteieintritt erst ein Jahr später.

<sup>30</sup> Es wäre zu einfach, den Kleinadel für den Nationalsozialismus und den Hochadel für den Widerstand zu vereinnahmen, wie z. B. Joachim von Dissow (Johann Albrecht von Rantzau), Adel im Übergang (Stuttgart 1961) 180; im folgenden zitiert: Dissow, Adel.

## II.

Die Landwirtschaft galt neben dem Staatsdienst auch noch im 20. Jahrhundert als einzig standesgemäße Tätigkeit für einen Adligen. Ewald von Kleist-Schmenzin begründete dies 1925 folgendermaßen: „Auf einem Gebiet muß der Adel seine Stellung ganz besonders sorgfältig wahren, nämlich auf dem Lande. In einem großen Landbesitz liegen die Wurzeln seiner Kraft und werden sie immer liegen. Die Führung auf dem Lande darf nie verloren werden.“<sup>31</sup> Die tiefgreifende internationale Agrarkrise ab 1927 mußte deshalb für den landsässigen deutschen Adel, zumal für die besonders krisenanfällige ostelbische Großlandwirtschaft, eine traumatische Erfahrung darstellen, da sie eben diese Grundlage standesgemäßen Lebens und regionaler Elitestellung massiv gefährdete. Überzogene Forderungen der ostdeutschen Großlandwirtschaft nach direkten staatlichen Subventionen und Bestandsgarantien, die mit rassepolitischen und militärstrategischen Überlegungen zum Schutz der Ostgrenze verknüpft waren, lagen in solchen Existenzängsten mit begründet. Obwohl die Reichsregierungen bereits ab Mitte der zwanziger Jahre ein offenes Ohr für die Forderungen der Landwirtschaft hatten, mit Osthilfe, Zollgesetzen und Agrarmarktregulierungen massiv eingriffen<sup>32</sup>, wurde die Agrarpolitik zu einer zentralen Streitfrage in der Endphase der Weimarer Republik und zum persönlichen Anliegen ihres höchsten staatlichen Repräsentanten, des Reichspräsidenten und ostpreußischen Gutsbesitzers Paul von Hindenburg.

Die Politik der wichtigsten landwirtschaftlichen Interessenorganisation, des Reichslandbundes (RLB), wurde bekanntermaßen traditionell durch adlige ostelbische Großgrundbesitzer geprägt. Der intransigente, konfliktorientierte Kurs, den der RLB besonders in der Endphase von Weimar verfolgte, stieß aber bei den anderen klein- und mittelbäuerlich ausgerichteten Agrarverbänden auf erhebliche Widerstände. Dies führte zum Scheitern der „Grünen Front“, einem Zusammenschluß aller Agrarverbände<sup>33</sup>. Der Konfliktkurs des RLB hatte einen zweiten Effekt: Er führte zu einem Dissens innerhalb der führenden Gruppe des Verbandes<sup>34</sup>. Die Politik des Reichslandbundes kann deshalb in der Endphase von Weimar nicht mit der Politik des ostelbischen grundbesitzenden Adels gleichgesetzt werden. Das Junkertum war nicht nur in der Frage gespalten, wie es sich zur Regierung des Zentrumskanzlers Brüning stellen sollte – die Deutschnationale Volkspartei zerbrach an dieser Frage; die abtrünnigen Volkskonservativen und die Landvolkpartei unterstützten Brüning; die Hugenberg-DNVP machte in der Harzburger Front gemeinsame Sache mit der NSDAP –,

<sup>31</sup> Francis L. Carsten, Der preußische Adel und seine Stellung in Staat und Gesellschaft bis 1945, in: Weblar (Hrsg.), Europäischer Adel 112–125, 122. S. auch Dissow, Adel 25 f.

<sup>32</sup> Dieter Gessner, Agrarverbände in der Weimarer Republik (Düsseldorf 1976) 152 ff.; im folgenden zitiert: Gessner, Agrarverbände; als informativer Überblick: Ulrich Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland (Hamburg 1989) Bd. 1, 25 ff.; im folgenden zitiert: Kluge, Vierzig Jahre.

<sup>33</sup> Gessner, Agrarverbände 258; Horst Gies, NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik, in: VfZ 15 (1967) 341–376, 356; im folgenden zitiert: Gies, NSDAP.

<sup>34</sup> Gessner, Agrarverbände 234 ff.

die ostelbischen Grundbesitzer waren auch uneins in der Frage der agrarischen Interessenpolitik.

Das Ausscheiden des provinziälsächsischen Großgrundbesitzers und Krupp-Schwagers Tilo von Wilmowsky aus dem Präsidium des Reichslandbundes im Jahre 1931 markiert diesen Dissens. Sein Abgang bedeutete einen Wechsel in der agrarpolitischen Konzeption. Wilmowsky kann als Repräsentant einer aufgeklärt-monarchischen, agrarindustriell denkenden Junkerschicht bezeichnet werden, er war Vorsitzender des Kuratoriums Technik in der Landwirtschaft und stand auch für einen kompromißbereiteren agrarpolitischen Kurs<sup>35</sup>. Daneben waren es auch landwirtschaftlich weniger fortschrittliche, aber politisch auf Ausgleich mit Brüning bedachte, stärker am „Gemeinwohl“ statt an ökonomischen Sonderinteressen orientierte Junker, die sich dem Reichslandbund gegenüber immer reservierter verhielten, wie z. B. Kuno Graf Westarp, der ehemalige Vorsitzende der DNVP, oder der ehemalige Vorsitzende des Landbundes Schlesien, Freiherr von Richthofen-Boguslawitz, die als „gouvernementalistische Richtung innerhalb der Konservativen“ bezeichnet werden können<sup>36</sup>.

Daß der Kurs des RLB innerhalb des ostelbischen Adels keineswegs unumstritten war, zeigte auch eine Intervention des früheren konservativen Reichsernährungsministers Graf v. Kanitz bei Reichskanzler v. Papen im Oktober 1932. Kanitz sprach von der „Diktatur des Reichslandbundes“ und forderte Papen auf, mehr Härte gegenüber dem RLB zu zeigen, „damit die Landwirtschaft sich keinen falschen Illusionen“ hingeebe<sup>37</sup>. Kanitz, Wilmowsky und andere Kritiker des RLB befürchteten, daß durch vermehrte Agrarsubventionen und Kontingentierungen des Agrarhandels die Gesamtwirtschaft und die Außenbeziehungen des Deutschen Reiches schwer geschädigt würden. Außerdem waren sie nicht damit einverstanden, daß sich die Konflikte zwischen Großindustrie und Reichslandbund immer weiter verschärften. Schon das Ausscheiden des Krupp-Schwagers Wilmowsky aus dem Präsidium des RLB war ein Beleg für diese Spannungen gewesen. Im zweiten Halbjahr 1932 häuften sich die Protestnoten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) gegen die Kontingentierung der Einfuhr von Lebensmitteln und damit gegen die Forderungen des RLB, da die Groß- und Schwerindustrie im Protektionismus am allerwenigsten ein Heilmittel zur Bekämpfung der allgemeinen Wirtschaftskrise erblicken konnte und Angst um ihre eigenen Exportchancen hatte<sup>38</sup>.

<sup>35</sup> Gies, NSDAP 354; Erwin Topf, Die Grüne Front. Der Kampf um den deutschen Acker (Berlin 1933) 130f. Als Beispiel für einen wirtschaftlich modern denkenden Junker, der zugleich Mitglied der NSDAP war – Friedrich Fürst Wend zu Eulenburg-Hertefeld: Kurt Gossweiler u. Alfred Schlicht, Junker und NSDAP 1931/32, in ZfG 15 (1967) 644–662, 647.

<sup>36</sup> Gessner, Agrarverbände 262.

<sup>37</sup> Schreiben Graf v. Kanitz an Reichskanzler vom 14. 10. 1932, in: Karl-Heinz Minuth (Bearb.), Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik: Das Kabinett von Papen, Bd. 1 (Boppard 1989) 779–783.

<sup>38</sup> Als ein typisches Beispiel: Schreiben des Präsidenten des RDI, Krupp v. Bohlen und Halbach, an den Reichskanzler vom 19. 10. 1932, in: Ebd. 801–803; Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik (Göttingen 1981) 130, 150f.; im folgenden zitiert: Neebe, Großindustrie, sowie der Beitrag von Henry A. Turner in diesem Band.

Der RLB unter Führung des Grafen Kalckreuth verlor das kritischere und besonnere Element innerhalb des Verbandes und geriet immer mehr in das Fahrwasser der NSDAP. Dazu trug die Unterwanderung durch Funktionäre des von Darré geführten Agrarpolitischen Apparats der NSDAP bei. Im Dezember 1931 konnte Darré seinen Stellvertreter im Agrarpolitischen Apparat, Werner Willikens, als einen der vier Präsidenten des Reichslandbundes postieren<sup>39</sup>. Der Gleichschritt zwischen der Organisation Darrés und dem RLB war damit vollzogen. Wer von beiden allerdings die stärkeren Bataillone zu befehlen hatte, wurde um die Jahreswende 1931/32 überdeutlich. Die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern in Preußen brachten dem Agrarpolitischen Apparat der NSDAP große Erfolge. In einzelnen Bezirken, wie Ostpreußen, Niederschlesien, Hannover, der Provinz Sachsen und Brandenburg, wurden drei Viertel der zur Wahl stehenden Sitze in den Kammern von Nationalsozialisten gewonnen<sup>40</sup>. Damit veränderte sich auch das soziale Profil innerhalb der Führung des RLB sowie – noch viel wichtiger – in den regionalen Untergliederungen.

Besonders deutlich sieht man diese „Verbürgerlichung“ agrarischer Interessenpolitik in Ostpreußen, wo Ende 1932 ein Verwaltungsbeamter, der aus einer pommerischen Bauernfamilie stammte, aber ohne „Ar und Halm“ war, Hermann Bethke, den ebenfalls nationalsozialistischen Großgrundbesitzer Freiherr v. Buttler-Venedien als Präsident der Landwirtschaftskammer ablöste<sup>41</sup>. Bei den Wahlen in Ostpreußen hatten die Nationalsozialisten im April 1932 50 der 76 Sitze der Landwirtschaftskammer erringen können. 36 der Neugewählten gaben als Berufsbezeichnung „Landwirt“ an, bei der traditionellen Vorherrschaft des Rittergutsbesitzes in diesem Gremium vermutlich ein deutliches politisches Signal der neuen nationalsozialistischen Mitglieder<sup>42</sup>. Die ostpreußische Landschaft, ein agrarisches Kreditinstitut, wurde ebenfalls von NSDAP-Funktionären sturmreif geschossen, d. h., die junkerliche Führungsspitze wurde 1932/33 durch Prozesse wegen der Ungenauigkeiten bei der Vergabe von Osthilfekrediten ausgeschaltet. Namhafte Vertreter des ostpreußischen Großgrundbesitzes konnten so, mit dem „Makel der Cliquenwirtschaft“ behaftet, desavouiert werden<sup>43</sup>.

Jungen Nationalsozialisten, wie dem neuen Präsidenten der Landwirtschaftskammer Bethke und den mit ihm im „Königsberger Kreis“ kooperierenden Beamten und Akademikern um den ostpreußischen Gauleiter Erich Koch, dem auch Fritz-Dietlof von der Schulenburg angehörte, schwebte eine von Agrarromantik getragene soziale Umschichtung vor. Ihr Engagement im nationalsozialistischen Landvolk verstanden

<sup>39</sup> *Gies*, NSDAP 368.

<sup>40</sup> *Gessner*, Agrarverbände 248 f.; *Gies*, NSDAP 366. Es stand jeweils die Hälfte der Kammersitze zur Wahl, wahlberechtigt waren nur Hofbesitzer.

<sup>41</sup> *Dieter Hertz-Eichenrode*, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930 (Köln 1969) 89.

<sup>42</sup> Ebd. Anm. 370: 26 gaben als Berufsbezeichnung „Rittergutsbesitzer o. dgl.“, 13 „Besitzer o. dgl.“, 1 „Siedler“ an.

<sup>43</sup> Ebd. 94. Die nationalsozialistische „Preußische Zeitung“ hatte dem Generallandschaftsdirektor Walter v. Hippel-Kuglack bereits seit 1931/32 Unkorrektheiten vorgeworfen: *Görlitz*, Junker 391.

sie vor allem als eine gesellschaftspolitische Aufgabe<sup>44</sup>. Daß das Ende der Herrschaft des ostpreußischen Adels über das Land eingeläutet sei, ließ Schulenburg in einem Brief an seine Braut vom Oktober 1932 erkennen: „Die Herren hatten die Führerstellung, waren aber keine Führer mehr. Form ohne Inhalt. Jedes Leben zerbricht so etwas. In das Vakuum dringt neues Leben, das sich langsam formt. Im nächsten Jahrzehnt wird sich eine neue Führungsschicht auf dem Lande bilden. Aus Bauern und bäuerlichem Adel.“<sup>45</sup>

Tatsächlich befanden sich die sozialen Abhängigkeitsstrukturen in Ostelbien in einem allmählichen Wandel. Den junkerlichen Honoratioren erwachsen Konkurrenten in den Repräsentanten des nationalsozialistischen Landvolks, die, gestützt auf das Votum bei den Wahlen zu den Landwirtschaftskammern, ein höheres Maß an „demokratischer“ Legitimation aufwiesen und dem nichtjunkerlichen, bäuerlichen Element ein größeres Gewicht verschafften. Die breite Massenmobilisierung durch den Nationalsozialismus und, damit einhergehend, der Einsatz moderner Kommunikationstechniken gefährdeten den traditionellen politischen Alleinvertretungsanspruch des adligen Großgrundbesitzes<sup>46</sup>.

Die Strukturkrise der ostelbischen Landwirtschaft war zudem keineswegs nur ein Problem des Großgrundbesitzes. Das hohe Maß an Unzufriedenheit auch breiter bäuerlicher Schichten, das die Ergebnisse der Kammerwahlen dokumentiert hatten, war Ausdruck der existentiellen Gefährdung, in der sich die Landwirtschaft im Osten Deutschlands insgesamt befand. Betrachtet man die Daten der Verschuldung der Landwirtschaft in Ostpreußen, zeigt sich, daß gerade die bäuerlich strukturierten Gebiete die höchste Verschuldungsrate (gemessen am Einheitswert) aufwiesen. In den beiden am höchsten verschuldeten Kreisen Ostpreußens wurde nur ein Fünftel der landwirtschaftlich genutzten Fläche von Großbetrieben über 100 ha eingenommen<sup>47</sup>. Natürlich war der Großbesitz insgesamt gefährdeter, da dort auch kapitalintensiver gewirtschaftet wurde und viele Großagrarier sich hoch verschuldeten, um trotz oder gerade wegen der Agrarkrise neue Güter zu erwerben<sup>48</sup>. Im bäuerlichen Besitz wies die Verschuldungsrate jedoch eine steigende Tendenz auf. Über 200 ha große Betriebe konnten wieder einen leichten Rückgang der Verschuldung verzeichnen<sup>49</sup>. Die Agrarkrise Ostelbiens war also keineswegs nur das Problem der Junker. Sie zog auch die anderen bäuerlichen Schichten sowie, oft kaum berücksichtigt, die Gläubiger und die

<sup>44</sup> *Albert Krebs*, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg. Zwischen Staatsraison und Hochverrat (Hamburg 1964) 91 ff.; *Heinemann*, Ein konservativer Rebell 24.

<sup>45</sup> Ebd. 181.

<sup>46</sup> *Görlitz*, Junker 385 f.

<sup>47</sup> Die Verschuldungs- und Kreditlage der deutschen Landwirtschaft in ihrer Entwicklung von der Währungsbefestigung bis Ende 1928 (Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, Bd. II/12, Berlin 1930) 32; Die Lage der Landwirtschaft in Ostpreußen (ebd. Bd. II/8, Berlin 1929) 52; *Heinrich Becker*, Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929 (Stuttgart 1990) 89; im folgenden zitiert: *Becker*, Handlungsspielräume.

<sup>48</sup> Als typisches Beispiel Elard v. Oldenburg-Januschau: *Friedrich Martin Fiederlein*, Der deutsche Osten und die Regierungen Brüning, Papen und Schleicher (Phil. Diss. Würzburg 1966) 443 ff.; im folgenden zitiert: *Fiederlein*, Der deutsche Osten.

<sup>49</sup> Die Lage der Landwirtschaft in Ostpreußen 52; *Becker*, Handlungsspielräume 89.

gesamte ländliche und kleinstädtische Wirtschaft in Mitleidenschaft<sup>50</sup>. Die Osthilfe war demnach nicht nur eine Maßnahme, um einer historisch überkommenen Elite, dem Junkertum, das Überleben zu sichern – auch wenn, wie wohl zu Recht geklagt wurde, ein größerer Anteil der direkten Subventionen für den Großgrundbesitz verwendet wurde<sup>51</sup>. Berücksichtigt werden muß auch, daß der Reichslandbund in der Agrarkrise nicht nur großagrarische Interessenpolitik betrieb, sondern, schon aus propagandistischen Gründen und auf Druck des NS-Landvolks, auch die Belange der bäuerlichen Veredelungswirtschaft z. B. Schleswig-Holsteins vertreten mußte<sup>52</sup>.

Es wird immer wieder angeführt, daß die Agrarkrise in Ostelbien und besonders in Ostpreußen deshalb so verheerende Wirkungen entfalten konnte, weil die Landwirtschaft dort geographisch und geologisch benachteiligt war und die Verwerfungen des internationalen Agrarmarktes nach dem Ersten Weltkrieg die Wettbewerbsposition verschlechtert hatten<sup>53</sup>. Es war jedoch auch eine spezifische Wirtschaftsmentalität, die viele ostelbische – vor allem adlige – Großgrundbesitzer für die Anforderungen der modernen Agrarwirtschaft und die infolge der internationalen Agrarkrise angezeigten Strukturveränderungen untauglich machte. Nicht angenommen wurde die Herausforderung, durch Modernisierung der Landwirtschaft, durch Ausrichtung auf die Bedürfnisse des Marktes die wirtschaftliche Lage des landbesitzenden preußischen Adels zu kräftigen und die regionale Elitestellung damit zu festigen. Eine neue Untersuchung über die westfälische Landwirtschaft belegt, daß für modern und marktorientiert wirtschaftende Regionen wie Westfalen die Phase der Weimarer Republik durchaus neue Entwicklungsmöglichkeiten bot. Selbst kapitalintensiv wirtschaftende, mechanisierte Betriebe konnten ihre Schuldenbelastung durch hervorragende Betriebsergebnisse auch in der Zeit der Wirtschaftskrise auffangen<sup>54</sup>. Die agrarprotektionistischen Maßnahmen erwiesen sich hier als ein zusätzliches Antriebselement. Der adlige Gutsbesitz in Ostelbien tat sich dagegen schwer, die traditionelle, personalintensive Wirtschaftsform aufzugeben. Dagegen standen die antimodernistischen und antikapitalistischen Ressentiments breiter Junkerkreise, ihre Anfälligkeit für Blut- und Boden-Ideologien, ihre sozialpatriarchalische Einstellung, die sowohl von Verantwortungsgefühl für die Gutsbeschäftigten wie von fortwirkenden feudalen Herrschaftsansprüchen genährt wurde, und nicht zuletzt eine auf gutsherrschaftliche Autarkie bedachte Subsistenz-

<sup>50</sup> Darauf wies Graf Westarp bei der 2. Lesung des Osthilfegesetzes hin: Deutscher Reichstag. Stenographische Berichte Bd. 445, 51. Sitzung, 25.3.1931, 1970.

<sup>51</sup> So *Bruno Buchta*, Die Junker und die Weimarer Republik. Charakter und Bedeutung der Osthilfe in den Jahren 1928–1933 (Berlin 1959) 64 ff.; *Gerhard Schulz*, Deutschland am Vorabend der Großen Krise (Berlin 1987) 201; im folgenden zitiert: *Schulz*, Deutschland.

<sup>52</sup> Z. B. in der berühmten Besprechung von Reichspräsident, Reichskanzler und Reichslandbund am 11. Januar 1933: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik: Das Kabinett von Schleicher, bearb. v. *Anton Golecki* (Boppard 1986) 208–214.

<sup>53</sup> Carsten, Junker 174. So auch die Intentionen der Osthilfegesetze: *Kurt Hamann* u. *Hans Hartenstein*, Die Osthilfegesetze (Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie 59, Berlin 1931) 7 ff.

<sup>54</sup> *Burkhard Theine*, Westfälische Landwirtschaft in der Weimarer Republik. Ökonomische Lage, Produktionsformen und Interessenpolitik (Paderborn 1991) 358.

verhältnisse implizierende Wirtschaftsweise<sup>55</sup>. Die staatlichen Hilfsmaßnahmen be- stärkten die traditionalistisch denkenden Junker noch in ihrer Unbeweglichkeit. Die Transferzahlungen wurden nicht als Anreiz zu Modernisierungen verstanden, sondern als Mittel zur Bewahrung der sozialen Struktur Ostelbiens und als Tribut an die nationale Mission des Großgrundbesitzes im deutschen Osten<sup>56</sup>.

Die Politik von Agrarprotektionismus, Subventionen und Agrarmarktregulierungen in der Weimarer Republik konnte sich trotz der schweren Wirtschaftskrise weitgehend auf einen breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens bis in die SPD hinein berufen. Aus säkularer Sicht wurden in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik für die Agrarpolitik des 20. Jahrhunderts durchaus wegweisende Maßnahmen „marktpolitischer Gesetzgebung“ ergriffen<sup>57</sup>. Auch die im Zusammenhang mit den Osthilfegesetzen erlassenen Steuerungs- und Kontrollmechanismen führten im Laufe der dreißiger Jahre zu einer ökonomischen Stabilisierung und zur Ausbreitung betriebswirtschaftlichen Denkens in der ostelbischen Großlandwirtschaft<sup>58</sup>. Trotzdem erbrachten diese auf lange Sicht im Interesse des ostelbischen Großgrundbesitzes erfolgreichen Maßnahmen keine Beruhigung des agrarpolitischen Dauerstreits. Der Reichslandbund opponierte vehement gegen die aus seiner Sicht unzureichenden Zugeständnisse selbst ihm sozial nahestehender Präsidialregierungen. Darin offenbarte sich die elementare Schwäche der alten Agrarreliten in der Weimarer Republik: Der preußische Feudaladel war gespalten zwischen Fundamentalopposition und gouvernementaler Haltung. Diese Spaltung hatte bereits den Reichslandbund in die politische Isolation getrieben, aus der nur das Bündnis mit den Nationalsozialisten herauszuhelfen schien. Die eigentlich genuine Partei des Junkertums, die DNVP, war unter dem Einfluß Hugenbergs ebenfalls einem Erosionsprozeß ausgesetzt. Ohnehin war im preußischen Adel die Bindung an die DNVP als *Partei* weniger stark ausgeprägt. Die Mitgliedschaft in dieser Partei galt mehr der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieu und überlieferten Traditionen. Es wurden weniger parteipolitische als andere Loyalitätsmuster wirksam: „Preußische Herkunft und Vergangenheit wogen vor allem in preußischen Adelsgeschlechtern schwerer als irgendein als ‚national‘ oder ‚deutsch‘ bewertetes Staatswesen.“<sup>59</sup> Dieser besonderen Disposition entsprach auch der politische Umgang, den Reichspräsident Hindenburg mit seinen Standesgenossen pflegte. Da-

<sup>55</sup> Vgl. die Beschreibung der Gutswirtschaft bei *Arnold Freiherr v. Vietinghoff-Riesch*, Letzter Herr auf Neschwitz. Ein Junker ohne Reue (Limburg 1958) 156 ff., 190; *Alexander Fürst zu Dobna-Schlobitten*, Erinnerungen eines alten Ostpreußen (Berlin 1989) 115 ff.; *Görlitz*, Junker 361: „Der Besitz von Grund und Boden war nach preußischem Ethos mehr als eine Erwerbsquelle, er bedingte eine sittliche Haltung.“

<sup>56</sup> So u. a. auch die Argumentation von Graf Westarp vor dem Reichstag. S. oben Anm. 55. Dazu auch *Schulz*, Deutschland 199.

<sup>57</sup> *Becker*, Handlungsspielräume 362 ff.; *Kluge*, Vierzig Jahre Agrarpolitik 27.

<sup>58</sup> *Fiederlein*, Der deutsche Osten 463 f.; *Graf Henning von Borcke-Stargardt*, Der ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt, Krise und Politik (Würzburg 1957) 48 ff. Natürlich darf auch die Wirkung rüstungspolitischer und NS-spezifischer Prioritäten nicht außer acht gelassen werden. Dazu *Gerhard Schulz*, Die deutschen Ostgebiete. Zu ihrer historisch-politischen Lage (Pfullingen 1967) 40.

<sup>59</sup> *Schulz*, Deutschland 192.

mit gelang es den Junkern allerdings nicht, die Vertretung ihrer eigenen agrarpolitischen Interessen auf die Ebene einer parlamentarischen und industriellen Massengesellschaft zu transponieren. Der privilegierte Immediatzugang zum Reichspräsidenten ersetzte nicht die durch Wahlen gewonnene Legitimation, deren Notwendigkeit auch in der Endphase von Weimar NSDAP und Regierung Papen auf jeweils unterschiedliche Weise unter Beweis stellten. Der Agrarprotektionismus schied als stabilisierender und integrierender Faktor einer zumindest gemäßigt konservativen Politik aus<sup>60</sup>. Diese Unfähigkeit erleichterte es der NSDAP, die Unzufriedenheit der im Reichslandbund vertretenen Großagrarier in eine fundamentale Systemopposition umzufunktionieren.

Die politischen Handlungsabläufe im Januar 1933 ließen schließlich erkennen, daß von einer eigenständigen Interessenpolitik des Großgrundbesitzes keine Rede mehr sein konnte. Der von der NSDAP gleichgeschaltete Reichslandbund fungierte nurmehr als eine Marionette der Partei Hitlers im Intrigenspiel um die Macht. Die äußeren Begleiterscheinungen des für den weiteren Gang der Ereignisse wichtigen Treffens von Reichslandbund, Reichspräsident und Reichskanzler am 11. Januar 1933 verdeutlichten, daß es der Verbandsführung nur vordergründig um agrarpolitische Forderungen ging. Die Nationalsozialisten innerhalb der Führungsspitze des RLB, v. Sybel und Willikens, waren vielmehr daran interessiert, einen Keil zwischen Hindenburg und Schleicher zu treiben und den Reichspräsidenten für eine Regierung unter Führung der NSDAP zu gewinnen<sup>61</sup>. Gleichsam unbeachtet und ohne Wirkung blieb, daß wenige Tage darauf die Regierung Schleicher einer wesentlichen Forderung des RLB nachkam und den Vollstreckungsschutz für überschuldeten Landbesitz ausweitete<sup>62</sup>.

Die Quittung für seine ultimativen Forderungen bekam der RLB nur wenig später präsentiert. Der „Osthilfeskandal“ um die mißbräuchliche Verwendung von Staatsgeldern durch namhafte adlige Gutsbesitzer – auch die Familie Hindenburg wurde damit in Verbindung gebracht – setzte die Großagrarier unter öffentlichen Druck. Die Schuld daran wurde Reichskanzler Schleicher angelastet, der damit bei den agrarischen Eliten und beim Reichspräsidenten den letzten Kredit verlor. Nicht zuletzt unter dem Eindruck, daß es die Nationalsozialisten gewesen waren, die bereits im Dezember 1932 im preußischen Landtag den Osthilfemißbrauch angeprangert hatten, sah ein Kreis von Adligen um Ewald v. Kleist-Schmenzin nun erst recht in einem Diktaturkabinett unter Führung Papens und Hugenbergs die geeignete Lösung<sup>63</sup>. Bekanntlich gab jedoch die „Kamarilla“ um Reichspräsident Hindenburg den Ausschlag. Besonders sein Sohn Oskar und sein ostpreußischer Gutsnachbar, Elard v. Oldenburg-Januschau, beseitigten beim greisen Reichspräsidenten die letzten Vorbehalte gegenüber einer Kanzlerschaft Hitlers.

<sup>60</sup> Gessner, Agrarverbände 263. Zu den grundsätzlichen Belastungen agrarischer und industrieller Interessenpolitik in Weimar s. den Beitrag von Henry A. Turner in diesem Band.

<sup>61</sup> Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP (Stuttgart 1962) 359f. Zum Protokoll dieser Besprechung s. oben Anm. 52.

<sup>62</sup> Akten der Reichskanzlei. Kabinett v. Schleicher 247f.

<sup>63</sup> Ewald v. Kleist-Schmenzin, Die letzte Möglichkeit, in: Politische Studien (1959) 90ff.; Fiederlein, Der deutsche Osten 434ff., 452.

## III.

Auf der vorgeblichen Höhe ihres Einflusses – Immediatzugang zu Hindenburg, Schlüsselrolle bei der Machtübertragung an Hitler – waren die ostelbischen Junker keine unangefochtene Führungselite mehr. In ihrem agrarischen Interessenverband waren sie einer langfristig auf andere Ziele hin ausgerichteten Konkurrenz durch die NS-Ideologen ausgesetzt. Mit seinem kompromißlosen Kurs stieß der RLB in manchen Kreisen des Junkertums auf heftige Ablehnung, da man befürchtete, daß sich die agrarischen Interessen damit nur selbst isolierten. Kritiker dieses Kurses wurden aus dem Verband ausgegrenzt.

Mit der Hinwendung des RLB zur NSDAP war eine Gewichtsverlagerung innerhalb der agrarischen Interessenpolitik verbunden. Je stärker der RLB unter den Druck und den Einfluß der agrarischen Massenbasis der NSDAP geriet, desto mehr wurden die Junker, die einem konservativ-elitären Politikverständnis anhängen, in die Defensive gedrängt. Der nationalsozialistische Appell an die Massen und die durch Darré-Anhänger erweiterte Führungsspitze überlagerten das gouvernementale, gemäßigt konservative Element großagrarischer Politik, so daß, wie Hans Rosenberg bemerkte, „die politisch sich aufspaltenden Großagrarier an sich selbst irre“ wurden<sup>64</sup>. Ausdruck dieser Verwirrung war zum Beispiel, daß der RLB zunehmend von der DNVP abrückte und sich sogar 1932 gegen die Wiederwahl Hindenburgs aussprach<sup>65</sup>.

Die politische Isolierung des Junkertums wurde auch auf einem anderen Gebiet deutlich. Das Verhältnis zum traditionellen Partner im Kaiserreich, der Schwerindustrie, war alles andere als freundlich. Die für die Beharrungskraft des Junkertums im Industriezeitalter so wichtige Symbiose industrieller und agrarischer Eliten, von Roggen und Eisen, gehörte damit der Vergangenheit an.

Die Durchsetzung einer standesorientierten Interessenpolitik mit Massenbasis, die sog. Pseudodemokratisierung, die der Rittergutsbesitzerklasse laut Rosenberg im Kaiserreich gelungen war, konnte in der Endphase der Weimarer Republik nur noch im Bündnis mit der auf diesem Gebiet ungleich versierteren NSDAP verfolgt werden. Daraus resultierte die fundamentale Schwäche des Junkertums in der politischen Arena einer industriellen Massengesellschaft, die die Weimarer Republik ohne Zweifel war. Die Durchsetzung einer Politik ohne Massenbasis war ein untauglicher, historisch überkommener Versuch, wie sich nicht nur am Scheitern der Regierung Papen, dem „Kabinett der Barone“, zeigte.

Reinhard Neebe hat im Blick auf das Verhältnis der Großindustrie zum Nationalsozialismus am 30. Januar 1933 von einer „gespaltenen Industrie front“<sup>66</sup> gesprochen. Neebes Diktum läßt sich auch auf den ostelbischen Adel anwenden: Das Junkertum erscheint bemerkenswert isoliert und innerlich gespalten, als Adolf Hitler am 30. Januar nicht ohne Zutun von Standesgenossen aus der Umgebung Hindenburgs zum Reichskanzler ernannt wird. Die Haltung des ostelbischen wie überhaupt des deutschen Adels war demnach keineswegs einheitlich. Es gab zwar zahlreiche Berührungs-

<sup>64</sup> Rosenberg, Die Pseudodemokratisierung 101.

<sup>65</sup> Gessner, Agrarverbände 260 f.

<sup>66</sup> Neebe, Großindustrie.

punkte zwischen Adel und Nationalsozialismus. Die Artikel des „Deutschen Adelsblattes“ sind eine wahre Fundgrube solcher Anbiederung an die NS-Ideologie. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Deutsche Adelsgenossenschaft überwiegend den landlosen „Kleinadel“ Nord- und Ostdeutschlands organisierte. Die Führung der Adelsgenossenschaft hielt trotz aller Enttäuschungen und Rückschläge während des „Dritten Reiches“ Hitler die Treue<sup>67</sup>. Zahlreiche Adlige suchten innerhalb der SA und noch stärker innerhalb der SS Karriere zu machen. Der elitäre Anspruch der Organisation Himmlers sowie dessen „Adelsfimmel“ kam ihnen dabei entgegen. 18,7% der SS-Obergruppenführer waren 1938 adlig<sup>68</sup>.

Doch nicht alle Adligen mochten sich so vorbehaltlos mit dem Nationalsozialismus identifizieren. Bei vielen, zumal den tonangebenden Adligen in wichtigen Positionen von Regierung, Bürokratie, Diplomatie und Militär, ging es vor allem um die Frage, auf welche Weise die Einbeziehung der NSDAP in die „nationale Verantwortung“ vonstatten gehen sollte. Ein Bündnis zwischen traditionellen Machteliten und NSDAP wurde im Januar 1933 nur von wenigen grundsätzlich in Frage gestellt. Differenzen gab es allenfalls, was die „Geschäftsordnung“ dieses Bündnisses betraf.

Auch bei führenden katholischen bayerischen Adligen gab es solche Überlegungen. Der Vorsitzende des Vereins für den gebundenen Grundbesitz in Bayern, Fürst Eugen Öttingen-Wallerstein, reagierte auf die Machtübernahme Hitlers entsprechend: „Wir bekennen uns um so lieber zu der deutschen Erneuerung, als das nach einem längeren Schattendasein zusammengebrochene System von Weimar von unserer konservativen Staatsauffassung weltenweit entfernt war.“ In derselben Ansprache am 26. April 1933 bekannte sich der überzeugte Monarchist allerdings zum bayerischen Königshaus und zum „rechtmäßigen bayerischen König“<sup>69</sup>. Es ist übrigens wohl kaum überraschend, daß der protestantische fränkische Adel sich in stärkerem Maß für die NSDAP und ihre Untergliederungen engagierte als der katholische Adel Bayerns<sup>70</sup>. Hans Mommsen spricht das Dilemma an, in dem sich die nationalkonservativen Eliten befanden<sup>71</sup>: Bei aller berechtigten Abneigung und Skepsis gegenüber den irrationalen und populistischen Zielen und den militanten Erscheinungsformen der NSDAP als Partei kam der Nationalsozialismus als überparteiliche, das Weimarer „System“ sprengende Bewegung den politischen und ideologischen Zielvorstellungen der alten Eliten bedenklich nahe. Sie wurden so zu Gefangenen ihrer eigenen antirepublikanischen, antiparlamentarischen und nationalistischen Ideologie.

Was von den bündniswilligen Adligen und den Adelseliten nicht gesehen wurde, war, daß der Nationalsozialismus sich gar nicht an den nationalkonservativen Fahrplan halten wollte. Es herrschte zwar eine teilweise Übereinstimmung, die eine zeitweilige Koalition in den Augen des konservativen Establishments begründet erscheinen ließ.

<sup>67</sup> Kleine, Adelsgenossenschaft 136 f.

<sup>68</sup> Heinz Höbne, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS (Gütersloh 1967) 127. Besonders beliebt waren unter Adligen die SA- und SS-Reiterabteilungen: Aretin, Der bayerische Adel 555.

<sup>69</sup> Dobna, Adel 30 Anm. 77.

<sup>70</sup> Ebd. 64.

<sup>71</sup> S. den Beitrag von Hans Mommsen in diesem Band.

Doch resultierte aus dieser begrenzten Zusammenarbeit keine neugewonnene Stärke, vielmehr war dieses ungleiche Bündnis ein Zeichen der fundamentalen Schwäche der alten Eliten in der Endphase der Weimarer Republik. Sie waren „bei der Zerstörung der Republik nur allzu erfolgreich, zur Restaurierung der Vorkriegszustände jedoch zu schwach gewesen“<sup>72</sup>. Darüber hinaus waren die traditionellen Eliten in Deutschland nicht imstande, eine konzeptionelle Lösung der Staats- und Wirtschaftskrise zu finden. Anders z. B. in Frankreich: Die Stärke der konservativen Eliten dort bedingte auch die Schwäche des französischen Faschismus<sup>73</sup>. Die andauernde Strukturkrise der Weimarer Republik muß vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Die große Stärke des Adels im Kaiserreich hatte nicht zuletzt darin bestanden, daß er es verstand, die historisch gegebene Rivalität mit dem Bürgertum in eine enge Zusammenarbeit mit der neuen bürgerlich-kapitalistischen Elite umzuwandeln, „Junkergefühl“ und „Bürgerstolz“ konnten nebeneinander existieren<sup>74</sup>. Diese Fähigkeit zur Assimilation, die den Adel in jener Zeit ausgezeichnet hatte und der es zu verdanken war, daß er seine politische Vorherrschaft behaupten konnte, ging ihm nach dem Ersten Weltkrieg verloren. Die zunehmende Desorientierung führte zu einer Abschottung des Adels innerhalb der eigenen Lebenswelt. Die Adelsverbände fanden Zulauf. Der Adel betonte seine Exklusivität bis hin zur extremen Ausformung im Arierparagraphen der DAG. Der Rückzug auf traditionelle feudale Werte hatte zur Folge, daß adliges Standesbewußtsein mehr und mehr das allgemeinere Elitenbewußtsein überlagerte. Der Dissens zwischen den im Reichslandbund organisierten Adligen und der Großindustrie, also dem Prototyp bürgerlich-kapitalistischer Eliten, war mehr als ein Streit um tagespolitische Fragen. Die agrarideologische, antimodernistische Begleitmusik überwog und isolierte die agrarischen von den industriellen Eliten, die schließlich beide dem Nationalsozialismus nichts mehr entgegenzusetzen hatten.

Der Rückzug auf das feudale Standesbewußtsein hatte jedoch auch eine darüber hinausweisende Konsequenz. Er bot dem Teil des preußisch-deutschen Adels, der zum Widerstand im „Dritten Reich“ fand, eine Legitimationsgrundlage für sein Handeln an. Der Appell an preußische Werte und Traditionen und an das aristokratische Selbstgefühl einer geborenen Elite war mit dem moralisch-religiösen Impetus des adligen Widerstandes unmittelbar verknüpft. Es waren dieselben Motive, die – wie das Beispiel Fritz-Dietlof von der Schulenburgs zeigt – zunächst zur Unterstützung des Nationalsozialismus beitrugen und dann die Gegnerschaft zum „Dritten Reich“ begründeten.

<sup>72</sup> Detlef J. K. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne* (Frankfurt 1987) 270.

<sup>73</sup> Ich nehme damit eine Diskussionsanregung von Ian Kershaw auf.

<sup>74</sup> So *Kuno Graf Westarp, Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs*, 2 Bde. (Berlin 1935) Bd. 1, 36.

# Diskussion

*Klaus Schönhoven*

Die während der Weimarer Republik als agrarische, industrielle oder gewerkschaftliche Interessenverbände agierenden Produzenten- und Konsumentengruppen wiesen erhebliche Binnendifferenzierungen auf, verfolgten verschiedene politische Optionen und konnten unterschiedliche Bündnisse eingehen. Allerdings muß man betonen, daß die Achse zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, die mit der Zentralarbeitsgemeinschaft im November 1918 gebildet worden war, schon in den Anfangsjahren der Republik zerbrach. Nach der Inflation bedurften die Gewerkschaften permanent des Schutzes und der Hilfe des Staates bei Konflikten mit dem Kapital, weil ihre Position als autonome Arbeitsmarktpartei empfindlich geschwächt war. Unter dem Doppeldruck von Staats- und Wirtschaftskrise schrumpfte schließlich der Bewegungsspielraum der Gewerkschaften dramatisch. Gewichtet man ihre Einflußmöglichkeiten im Vergleich zu den Machteliten der Industriellen und Agrarier, so wird man sie in der Auflösungsphase der Republik als „Ohnmachtseelite“ bezeichnen müssen.

*Werner Bramke*

Daß es einflußreiche großindustrielle Kreise gegeben hat, deren Institutionen den Nazis sehr weit entgegenkamen, erscheint mir nicht so strittig wie die Frage, was diese bewirkten. Das weiterzuverfolgen, dürfte lohnend bleiben. Aber kaum weniger von Belang dürfte das Fragen nach dem Verhalten der mittleren und kleineren Industrie sein, schon deshalb, weil diese gegenüber den Überlegungen, welche Rolle die große Industrie, die großagrarischen Kreise und auf der anderen Seite das Kleinbürgertum sowie die Bauern in der Staatskrise gespielt haben, kaum in den Blickpunkt geraten sind. Dabei spielte die nichtmonopolistische Industrie ökonomisch eine beachtliche Rolle, was statistisch leicht zu belegen ist. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das sächsische Beispiel, auch mit der Absicht, bei dem Blick aufs Ganze das Gewicht einzelner Regionen nicht zu unterschätzen.

Sachsen war nicht nur das älteste, sondern auch das am weitaus dichtesten besiedelte deutsche Industrieland. Die Strukturschwäche seiner Industrie seit wenigstens 1918 lag besonders an der eindeutigen Dominanz der mittleren und kleinen Industrie, die in den 20er und 30er Jahren an Konkurrenzfähigkeit verlor. Andererseits machte der sächsische Anteil am deutschen Export von Industriewaren zwischen 25 und 40% aus, so daß das sächsische Bürgertum wenigstens im Wirtschaftsleben ein Faktor von Gewicht war. Zu glauben, daß die politische Haltung der Mehrheit des Bürgertums wegen der ökonomischen Weltoffenheit eher liberal gewesen sei, wäre verfehlt. Schon im 19. Jahrhundert war das sächsische Bürgertum traditionell überwiegend konservativ eingestellt gewesen, in der Weimarer Republik sehr rechtslastig. In der Novemberrevolution hatten Vertreter des Verbandes Sächsischer Industrieller Stinnes wegen sei-

ner Verhandlungen mit den Gewerkschaften des halben Bolschewismus verdächtigt, was so etwas wie eine Vorwegnahme des Vorwurfes des Agrarbolschewismus an Schlange-Schöningen bedeutete. Die in Sachsen auch noch in der Endphase der Republik recht starke DVP unterschied sich vielfach kaum von der DNVP und konnte z. T. – so in Leipzig – mit dieser problemlos kooperieren. Die in weiten bürgerlichen Kreisen verbreitete antirepublikanische Haltung spielte den Nazis, die im Juni bei den sächsischen Landtagswahlen 1930 nicht von ungefähr ihren ersten großen Wahlerfolg erzielten, in die Hände. Wenn der Parteigau Sachsen der NSDAP, immerhin der größte überhaupt, seit den mittzwanziger Jahren als der stabilste galt, hatte das Ursachen in einer starken allgemeinen Rechtsströmung in Konfrontation mit einer ebenfalls starken linken SPD und in nicht unbeträchtlichen finanziellen Zuwendungen von Unternehmern, um die Mutschmann, selbst Unternehmer, mit Erfolg warb. Die Mehrheit der sächsischen Industriellen ging nach 1932 nicht offen zur Naziartei über, zeigte ihr aber Sympathie – und es ist noch eine Frage, ob das der NSDAP nicht mehr nützte als Petitionen für eine Kanzlerschaft Hitlers.

Der sächsische Adel übrigens, um die Warnung von W. Zollitsch, den deutschen Adel nicht pauschal an der Elle des ostelbischen zu messen, zu unterstützen, wies gar nicht so wenige relativ liberale Vertreter auf, was Tradition hatte und mit seiner starken Einbindung in die Industrie schon seit der frühen Industrialisierung zusammenhing. Pronazistische Aktivitäten von dieser Seite her sind kaum bekannt.

### *Anthony J. Nicholls*

Obwohl ich Henry Turners Kritik an der Vorstellung eines ‚Bündnis der Eliten‘ im großen und ganzen überzeugend fand, habe ich doch einige Schwierigkeiten mit dem Begriff ‚Bündnis‘. Was heißt ‚Bündnis‘ in dieser Hinsicht? Turner hat manchmal von ‚Verschwörung‘ gesprochen, und wir können ihm ohne weiteres zustimmen, daß eine ‚Verschwörung‘ der Eliten nicht existiert hat. Er hat aber auch von einem ‚Alignment‘ gesprochen, und ein Alignment ist weitaus bescheidener als ein Bündnis, von einer Verschwörung ganz zu schweigen. Er selbst hat die DNVP als eine Art von Bündnis beschrieben, und ich würde ihm zustimmen, aber daraus würde ich ganz andere Schlußfolgerungen ziehen. Er selbst hat – in seiner hervorragenden Darstellung der Politik von Gustav Stresemann – auf die sehr negativen Wirkungen der Anziehungskraft der DNVP auf die DVP hingewiesen. Wenn man von ‚Bündnis‘ spricht, nehme ich an, daß man auf bestimmte gemeinsame politische Ziele hinweisen will. Viele Agrarier und Industrielle wollten den Einfluß der SPD und der Gewerkschaften aus der Politik ausschalten und die parlamentarische Verfassung in autoritärem Sinne umbauen. Um diese Ziele zu verfolgen, waren viele von ihnen bereit, mit den Nazis zusammenzuarbeiten. In dieser Hinsicht sollten wir weder Hugenbergs Offensive gegen den Young-Plan noch die sogenannte Harzburger Front übersehen. Obwohl Turner sehr überzeugend bewiesen hat, daß die führenden Unternehmer in der Groß-

industrie meistens keine Bewunderer der nationalsozialistischen Bewegung waren, gibt es bei der Erforschung der industriellen Verbände ein methodologisches Problem. Ich bezweifle, ob die Meinungen der Führer dieser Verbände immer typisch für die allgemeine Meinung der Unternehmer selbst waren. Es ist verständlich, daß Vertreter der Verbände, die innerhalb des republikanischen Systems arbeiten mußten, die Eigenschaften der ‚Vernunftrepublikaner‘ ziemlich leicht übernommen haben. Eduard Hamm zum Beispiel, der von Turner erwähnt worden ist, war meines Erachtens etwas untypisch, weil er dem demokratischen Flügel des deutschen Liberalismus angehörte, einer Richtung, die in der Zeit der Staatskrise äußerst schwach geworden war.

Zuletzt möchte ich ein Wort zur Frage der Osthilfe sagen. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Kleinbauern in den Ostgebieten weitaus höher verschuldet waren als die Großgrundbesitzer. Das mag sein, aber man hat sich damals nicht ohne Grund darüber beklagt, daß die Großgrundbesitzer den Löwenanteil der Osthilfe bekamen. Die Verteilung der Schulden kann deswegen nichts an den verhängnisvollen politischen und wirtschaftlichen Wirkungen der Osthilfe ändern.

### *Peter Krüger*

Der deutsche Adel in der Weimarer Republik war in seiner Machtstellung zu sehr geschwächt und in seiner Zusammensetzung zu uneinheitlich, um als Machtelite bezeichnet zu werden. Als gesellschaftliche oder Standeselite war er höchstens innerhalb tatsächlicher Machteliten (wie des Offizierskorps der Reichswehr) oder in einer sich neu formierenden Funktionselite (wie den Diplomaten) noch von Einfluß. Der Wandel ist vor allem in der so traditionsreichen Elite der Diplomaten gut erkennbar. Unter den leitenden Beamten des auswärtigen Dienstes gab es ca. 35% Adelige, etwa ein Drittel davon ist aber erst im Kaiserreich nobilitiert worden und zeigt die teilweise Verflechtung mit großbürgerlichen Schichten. Der Verlust bestimmenden Einflusses kam in einer Art Machtprobe zum Ausdruck, als 1929 die Deutsche Adelsgenossenschaft zum Kampf gegen das politische System, gegen Stresemann und seine Außenpolitik aufrief und das Auswärtige Amt daraufhin von den Mitgliedern dieses Verbandes eine schriftliche Mißbilligung verlangte. Man kann im übrigen von der Desorientierung einer traditionellen Elite, des Adels, sprechen, die in einer fragmentierten, starken Wandlungen unterworfenen Gesellschaft keinen klar umrissenen neuen Standort fand. Besondere Bedeutung hatten Adelige allerdings unter den Großgrundbesitzern; sie bereiteten den Diplomaten in der Handelspolitik immer größere Schwierigkeiten und führten so die Auseinandersetzung mit der Industriegesellschaft auch auf außenpolitischem Gebiet, ganz abgesehen von ihrem steigenden innenpolitischen Einfluß.

### *Gerald D. Feldman*

Mit Bezug auf Herrn Petzolds Argumente kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß unsere Kollegen aus der ehemaligen DDR, die, obwohl sie von ihrer Behauptung abrücken, sie hätten eine rauchende Kanone gefunden, weiterhin nach einer Art rauchender Pistole suchen. Dies ist mit Sicherheit ein Schritt nach vorne. Ich möchte zugleich betonen, daß ein großer Teil der historischen Wissenschaft in der DDR bereits eine ganze Weile vor dem Abbruch der Mauer differenzierter geworden war und in weniger hohem Maße als zuvor der Orthodoxie unterlag. Trotzdem kann die Suche nach den rauchenden Pistolen – einige davon sind in meinem eigenen Beitrag zu finden – nur frustrierend sein, da aus diesen Pistolen fast immer wild in die Luft gefeuert wurde, freilich in einer gewissen anti-demokratischen, gleichwohl nicht unbedingt Pro-NS-Richtung. Zu erklären sind noch Motive, Intentionen und Kalkulationen, und hier wird es immer unterschiedliche Interpretationen geben. Nicht ein einziges Dokument, keine einzige Quellenreihe wird uns von einer diesbezüglichen und anhaltenden Debatte entlasten. Chaos kennzeichnete die Rechte, und die Interessengruppen waren zersplittert. Das Potential für eine demokratische Lösung hatte man vernichtet, und aufgrund dieser Tatsache war die Pistolensalve fatal.

### *Joachim Petzold*

Bevor ich eine bereits vor drei Jahren in Berlin geführte Diskussion – zum Teil mit den gleichen Argumenten – fortsetze, möchte ich mich ausdrücklich für die Fairneß des Kollegen Turner bedanken. Obwohl er weiß, daß ich seinen grundsätzlichen Standpunkt – die Großindustrie habe bei der Berufung Hitlers keine oder eine viel geringere Rolle als bisher angenommen gespielt – nicht teile, hat er versucht, mir den Zugang zu Konzernarchiven zu öffnen, der mir bisher verwehrt wurde. Durch meine Arbeit an einer Papen-Biographie kann ich auch bestätigen, daß Papen der eigentliche Vertrauensmann zumindest der Ruhrindustriellen war. Da er jedoch wie kein anderer im Januar 1933 Hitler an die Regierung gebracht hat und da er schon – was erst in letzter Zeit im vollen Umfang bekannt wurde – die Novemberpetition für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler Hindenburg mundgerecht gemacht hatte, bliebe nur der unwahrscheinliche Schluß übrig, er habe die bewußt getäuscht, die ihm Vertrauen schenken. Es ist jedoch aktenkundig, daß gerade die fünf politisch engagiertesten Mitglieder der zwölfköpfigen Ruhrlade-Vereinigung seine Politik billigten. Fritz Thyssen hat ohnehin die Novemberpetition unterschrieben. Silverberg wäre nach Neebe dazu bereit gewesen. Vögler ließ wissen, daß Reusch und Springorum „an und für sich die in dem Schreiben niedergelegte Auffassung teilen und nur darin eine wirkliche Lösung aus der jetzigen Krise sehen“. Wenn man trotzdem die Eingabe nicht unterschrieben habe, so hauptsächlich aus der Absicht heraus, „politisch nicht hervortreten“ zu wollen. Ich kann daher nicht die These des Kollegen Turner akzeptieren: „The really important figures in big business remained unwilling to advocate Hitler’s

appointment to the chancellorship in November.“ (Englische Originalausgabe seines Buches „German Big Business and the Rise of Hitler“, S. 303.) Angesichts der Stellungnahmen im November und der Geheimnistuerei im Januar verwundert mich nicht, daß ähnliche deutliche Erklärungen zu Beginn des Jahres 1933 fehlen. Nach der Unterredung mit Hitler im Hause des Bankiers Schröder wußte man Papen auf dem gewünschten Wege. Schließlich vermag ich gerade im Falle Reusch, Vögler, Springorum und Silverberg nicht die Auffassung zu teilen, diese Großindustriellen wären politisch uninformiert gewesen und am 30. Januar 1933 überrascht worden. Ich finde, sie waren – wie maßgebliche Vertreter anderer Eliten auch – recht zufrieden mit dem, was ihr Vertrauensmann Papen zustande gebracht hatte, und nahmen vorübergehend sogar Hugenberg in Kauf.

### *Ian Kershaw*

Herr John behauptet, daß der Beweis für einen größeren Einfluß der Agrarier als der Industriellen auf die politischen Entscheidungen der Präsidialkabinette nicht vorhanden sei. Dennoch scheint, wie ja Herr Turner und Herr Zollitsch argumentiert haben, bei den bedeutendsten politischen Entscheidungen, d.h. bei den Regierungswechseln – u.a. bei dem Sturz Brünings und bei der Machtzulassung Hitlers –, die Rolle der Agrarier ausschlaggebend gewesen zu sein. Man darf hier allerdings fragen – analog zu Herrn Turners Untersuchung über das Verhalten der Großindustriellen –, *welche* Junker hervortraten, so daß man zu einem differenzierteren Bild von dem Verhalten der Agrarelite gelangen könnte.

Vor allem haben die drei Referate die These der fragmentierten Eliten bestätigt. Nicht Geschlossenheit, sondern Fragmentierung, nicht Stärke, sondern Schwäche kennzeichnete die deutschen Eliten während der Staatskrise. Die Fragmentierung steht in Kontrast zu den relativ geschlossenen Eliten Großbritanniens und Frankreichs, wo Regierungsinstabilität – chronisch in Frankreich – zu keiner eigentlichen Staatskrise führte und wo die Eliten schließlich hinter einer konservativen Lösung standen. Die Unfähigkeit der deutschen Elite, eine lebensfähige autoritäre Lösung zu schaffen, stellte die Bedingung dar, in der Hitler als Verlegenheitslösung an die Macht gebracht werden konnte.

### *Jürgen John*

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mich auf wenige Bemerkungen beschränken und vor allem für die bedenkenswerten Hinweise und Einwände bedanken. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Beurteilung der politischen Rolle der Großindustrie in der Weimarer Staatskrise sind deutlich geworden. Das dürfte wichtig und anregend für weitere Diskussionen und Forschungen sein. Doch sollten Sachdifferenzen möglichst nicht auf die weltanschauliche Ebene gehoben werden. Aus der

Diskussion dieser Sektion scheinen mir vor allem folgende Fragenkomplexe für das von mir behandelte Thema wichtig zu sein.

Völlig zu Recht ist auf die Notwendigkeit der Unterscheidung von gesellschaftlichen Eliten einerseits sowie Macht- und Funktionseliten andererseits hingewiesen worden. Ich kann dem nur zustimmen. Auf die ebenfalls zu Recht betonte Notwendigkeit, stärker als bisher regionale Industriellengruppen zu untersuchen, bin ich in meinem schriftlich eingereichten Referat relativ ausführlich eingegangen. Deshalb habe ich diese Frage in meinen kurzen einleitenden Bemerkungen nicht noch einmal aufgegriffen. Ich möchte die im Referat enthaltene Aussage noch einmal wiederholen, daß ich aus eigener Quellenkenntnis des thüringisch-sächsischen Raumes die deutlich stärkere Affinität wirtschaftlich benachteiligter regionaler Industriellengruppen zu rechtskonservativen und nationalsozialistischen Ideologie- und Politikkonzepten bestätigen kann. Ich habe dies auch in einigen Publikationen dargelegt. Der weiteren Diskussion scheint mir vor allem die Frage der „fragmentierten Eliten“ zu bedürfen. Ich hoffe, nicht mißverstanden worden zu sein. Keinesfalls bestreite ich die Differenzen, Interessengegensätze und Spaltungen im Industriellenlager. Auch darauf bin ich in meinen schriftlichen Darlegungen relativ ausführlich eingegangen. Die Frage ist aber, ob die stets – wenn auch in unterschiedlichem Grade – zu beobachtende „gespaltene Industriefront“ die industriellen Führungsschichten am politischen Handeln hinderte. Mehr als dies scheinen mir der Zwang zum Ausgleich und die Notwendigkeit, entgegengesetzte Positionen zurückzudrängen, die politische Entschlußkraft und die Durchsetzungsfähigkeit verstärkt zu haben. Die politische Rolle der industriellen Spitzenverbände beruhte geradezu auf dieser Funktion und den sich daraus ergebenden Richtlinienkompetenzen. Zumindest scheint es mir einseitig und kurzschlüssig zu sein, von „fragmentierten Eliten“ auf „politische Ohnmacht“ zu schließen. Selbst das angeführte Beispiel der Gegensätze in der Frage weiterer Arbeitsgemeinschaftspolitik 1930 zeigt doch, daß sich dabei sehr wohl eine eindeutige Linie durchsetzte, die Gewerkschaften mit Hilfe dieser Politik auf den Brüning-Kurs festzulegen. Daß dies scheiterte, lag an der Haltung der Gewerkschaften, die sich darauf nicht einließen. Bei der Beurteilung des Verhältnisses von Agrariern und Industriellen – dies als letzte Bemerkung – sollte man nicht nur die genannten besonderen Situationen heranziehen. Insgesamt scheint mir doch – von dem Silverbergplan einer Osthilfe zu industriell diktierten Bedingungen angefangen – eine deutliche industrielle Dominanz feststellbar zu sein.

# VI. Der historische Ort des 30. Januar 1933

*Gerald D. Feldman*

## Der 30. Januar 1933 und die politische Kultur von Weimar\*

### I.

Jede Beschäftigung mit dem historischen Ort des 30. Januar 1933 stößt zwangsläufig auf das Problem des deutschen Sonderwegs. Im Gegensatz zum deutschen sind die „Sonderwege“ anderer Länder, wie zum Beispiel der amerikanische „exceptionalism“, weder von einem spezifischen Datum noch Ereignis, sondern lediglich von bestimmten Eigenarten ihrer Entwicklung geprägt. Indes läßt sich die Brisanz des deutschen Sonderwegs, was auch immer der Zusammenhang, in dem er erläutert wird, sein mag, ohne die Ereignisse des 30. Januar 1933 und dessen Konsequenzen schwerlich vorstellen. Für viele Historiker ist er mittlerweile zu einem konzeptionellen „Trabi“ geworden, im Grunde unbrauchbar, andererseits jedoch nicht kaputtzumachen. Für andere bleibt der Sonderweg das solideste und am weitestgehend erprobte Vehikel, ein konzeptioneller Mercedes, der den Benutzer nach Wunsch und Bedürfnis zielsicher fährt<sup>1</sup>.

Ich möchte mich gleich zu Beginn meines Beitrags zu der zweiten, soeben genannten Interpretation bekennen, nicht jedoch ohne Einschränkungen. Auch dieses Vehikel ist nicht gegen das Veraltern gefeit, und ohne kostspielige Reparaturen und Ersatzteile ist seine Überlebenschance beim nächsten historiographischen TÜV ziemlich gering. Zwar bin ich immer noch der Meinung, daß die Modernisierungstheorie, die dem Sonderweg-Argument seit den 1960er Jahren zugrunde liegt, von beachtlichem heuristischen Wert ist. Dies berechtigt aber keineswegs zu der Annahme, daß die ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Entwicklungen auf vorbestimmte Weise synchron verlaufen müssen oder können und daß die Folgen der Modernisierung unbedingt unproblematisch sind. Durchaus denkbar ist eine Modernisierung in

\* Übersetzt aus dem Amerikanischen von Dr. Norma von Ragenfeld-Feldman.

<sup>1</sup> Das eindringlichste Argument für den deutschen Sonderweg findet sich in *Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918* (Göttingen 1977). Für das Gegenargument gegen Wehlers These siehe *Geoff Eley and David Blackbourn, The Peculiarities of German History. Bourgeois Society and Politics in Nineteenth Century Germany* (Oxford & New York 1984).

einigen Bereichen, die zur Entmodernisierung in anderen führt, was auch die Nationalsozialisten zur Genüge demonstriert haben<sup>2</sup>.

Trotz alledem kann ich den Historikern nicht zustimmen, die, wie zum Beispiel Geoff Eley, die Modernisierungstheorie von der Hand weisen. Eley vertritt die These von der in Gramscis Sinn erfolgreichen bürgerlichen Hegemonie und der ebenso wirksamen Förderung und Entwicklung des Industriekapitalismus im Kaiserreich durch dessen politische Institutionen. Nach Eley liegt der Grund für das Aufkommen des deutschen Faschismus in den Nachkriegskrisen, vor allem der Krise des Kapitalismus, die zum Zusammenbruch der bürgerlichen Hegemonie sowie zur Repräsentationskrise der Herrschaftseliten und damit zwangsläufig zu einer faschistischen Lösung führten<sup>3</sup>. Eine solche Interpretation freilich unterschätzt weitgehend die Bedeutung politischer Institutionen und politischer Traditionen. Das heißt, in Deutschland kam es nie zur Entwicklung eines demokratischen, parlamentarischen Systems und den damit verbundenen Verpflichtungen auf den freien Austausch von Ideen, auf die verantwortliche Opposition, den politischen Kompromiß und auf die Zusammenführung aller Interessen zur Förderung des allgemeinen Wohls. Hier ist nicht die Rede, um dies ausdrücklich zu erwähnen, vom Alltäglichen des Regierens oder irgendeinem Überbau. Die eine Lösung ist keineswegs genauso gut wie die andere, und die Tatsache, daß die meisten Deutschen den 30. Januar 1933 zunächst nicht als entscheidende Wende auffaßten, sondern als Ergebnis verschiedener Bemühungen, die Nationalsozialisten zu zähmen oder in die Regierung zu bringen<sup>4</sup>, zeugt von einem tiefgehenden Defizit in Deutschlands politischer Kultur, namentlich von der Tendenz, in bezug auf das politische System eher den pragmatischen, opportunistischen als den normativen Prinzipien den Vorrang zu geben. Ein treffendes Beispiel für die Grenzen und Mängel der Auffassung, daß Politik und Manipulation auf gleicher Stufe stehen, ist das ständige Streben nach einer durchschlagenden Sammlungspolitik und deren regelmäßiges Scheitern.

Diesen Punkt möchte ich später noch eingehender behandeln, vorerst aber bestimmte Aspekte der Sonderweg-Debatte, insbesondere jene Einwände seiner Kritiker, zu denen auch ich neige, aufgreifen. Kritisch zu betrachten wäre im einzelnen die Ansicht, Deutschlands politischer Weg und das politische Verhalten verschiedener Gruppen seien von vorindustriellen Wertvorstellungen geprägt gewesen. Meines Erachtens jedoch fehlt dem Terminus „vorindustriell“ die Erklärungskraft, die ihm einst eigen zu sein schien<sup>5</sup>. In Weimar galten die von den Handwerkern, Einzelhänd-

<sup>2</sup> Für meine Ansichten über sowohl die Grenzen wie die fortbestehende Relevanz der Modernisierungstheorie siehe *Gerald D. Feldman, The Weimar Republic: A Problem of Modernization?*, in: AfS 26 (1986) 1–26; im folgenden zitiert: *Feldman, Modernization*. Eine nützliche und kritische Darlegung der Modernisierungstheorie findet sich in *Hans-Ulrich Wehler, Modernisierungstheorie und Geschichte* (Göttingen 1975).

<sup>3</sup> Siehe *Geoff Eley, What Produces Fascism: Preindustrial Traditions or a Crisis of a Capitalist State, in: Politics and Society* 12 (1983) 53–82; im folgenden zitiert: *Eley, What Produces Fascism*.

<sup>4</sup> *Hans Mommsen, Die verspielte Freiheit 1918–1933* (Propyläen Geschichte Deutschlands 8, Berlin 1989) 533; im folgenden zitiert: *Mommsen, Die verspielte Freiheit*.

<sup>5</sup> Besondere Betonung auf vorindustrielle Gruppen und Wertvorstellungen legt *Jürgen Kocka,*

lern, Bauern, Beamten und Angestellten artikulierten Probleme den Entwicklungen einer industriellen und nicht einer vorindustriellen Gesellschaft, und trotz des Beharrungsvermögens von Innungen und Zünften ist der Wunsch, zu früheren Formen wirtschaftlicher und sozialer Organisationen zurückzukehren, kaum nachweisbar. Bezeichnet man die Zeit nach 1945 als „modern“, kann man nicht gleichzeitig behaupten, die Forderungen nach einem Sozialprotektionismus und nach korporativen Einrichtungen in Weimar seien „vormodern“ gewesen. In der Tat wurden hier die wichtigsten korporativen Übereinkommen zwischen Industrie und Arbeiterschaft sowie innerhalb der Industrie getroffen, von denen sich allerdings die mittelständischen Gruppen ausgeschlossen fühlten<sup>6</sup>. Die von Thomas C. Childers, Jürgen Falter und anderen Historikern kürzlich vorgelegten Ergebnisse der Wahlforschung rütteln an Jürgen Kockas Behauptung, die Angestellten orientierten sich an ständischen Traditionen und neigten ganz besonders dazu, nationalsozialistisch zu wählen<sup>7</sup>. Wenn aber von der These, vorindustrielle Werte hätten die Schlüsselrolle beim NS-Erfolg gespielt, überhaupt noch etwas übrigbleibt, dann ist es im Bereich der politischen Sprache. Die bürgerliche Politik war durchdrungen von einer berufsständischen und korporativen Rhetorik, bald das geläufigste Mittel, mit dem man an das sozialpolitische Selbstbewußtsein appellierte. Einen nachhaltigen Erfolg im Gebrauch dieser Rhetorik, indem auf bestimmte Gruppen abgezielt wurde, verbuchten vor allem die Nationalsozialisten<sup>8</sup>. Trotzdem war der Fackelzug in der Nacht des 30. Januar, wie massiv auch immer er an archaische Gefühle appelliert haben mag, kein vormodernes Ereignis, sondern modernes, totalitäres politisches Theater und ein klassisches Beispiel für die nationalsozialistische Methode, die Politik zu ästhetisieren.

Im Kern lautet dieses Argument, daß die Sonderweg-These nicht auf der Grundlage überzogener Auffassungen über die Kontinuität zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik aufbauen kann und soll. Auch wenn ein Oldenburg-Januschau, zusammen mit anderen Relikten aus dem Kaiserreich, in der Endkrise der Republik noch kräftig am Agieren war<sup>9</sup>, so ist dies noch kein Beweis für eine kontinuierliche Linie von den politischen Fragen des Kaiserreiches zu den politischen Fragen in den Jahren 1930/1933. Krieg und Niederlage, Reparationen, Inflation und Hyperinflation, unbefriedigende Wachstumsraten, eine massive fiskalische Krise, eine Weltwirtschaftskrise von

*Fortsetzung Fußnote von Seite 264*

Ursachen des Nationalsozialismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 21 (21. Juni 1980) 9–13. In dieser Hinsicht neige ich eher zu Eleys These in: *Eley, What Produces Fascism*.

<sup>6</sup> Vgl. *Feldman, Modernization*, bes. 4–10, ebenso *Heinrich August Winkler, Zwischen Marx und Monopolen. Der deutsche Mittelstand vom Kaiserreich zur Bundesrepublik Deutschland* (Frankfurt am Main 1991) 12.

<sup>7</sup> Vgl. *Thomas C. Childers, The Nazi Voter. The Social Foundations of Fascism in Germany, 1919–1933* (Chapel Hill 1983) 169–178, 240 ff.; *Jürgen Falter, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933* (München 1986) 170. *Jürgen Kockas* Auffassung findet sich in seiner Arbeit *White Collar Workers in America 1890–1940. A Social-Political History in International Perspective* (Sage Studies in 20th Century History 10, London, Beverly Hills 1980) 32 f., 251–267.

<sup>8</sup> *Thomas C. Childers, The Social Language of Politics in Germany: The Sociology of Political Discourse in the Weimar Republic*, in: *AHR* 95 (April 1990) 331–358.

<sup>9</sup> *Mommsen, Die verspielte Freiheit* 525.

unvergleichlichem Ausmaß, eine noch nie dagewesene Arbeitslosigkeit, Kommunismus, Nationalsozialismus – all dies war einfach unbekannt im Kaiserreich, ebenso wie es diesem an Erfahrung fehlte, sich mit solchen Phänomenen im Kontext einer parlamentarischen Demokratie auseinanderzusetzen. Wohl kann der Antisozialismus als gemeinsamer Nenner bürgerlicher Politik von 1912 bis 1914 und wiederum von 1930 bis 1933 gelten, doch die Bedeutung dieses Antisozialismus hatte sich in den späteren Jahren radikal verändert. Im Kaiserreich aber war die Sozialdemokratie eine eingeschränkte politische Bewegung, die in die Offensive ging und als vage Drohung der bestehenden Ordnung empfunden wurde. In Weimar hingegen war sie staatsertaltende Partei, wobei sie sich, zumindest nach dem Juni 1920, in der Defensive fand. Vor allen anderen Parteien verkörperte die SPD das politische und soziale „System“, wurde aber, trotzdem sie fast die ganze Zeit aus der Exekutive ausgeschlossen war, für die Misere, die dieses System mit sich brachte, verantwortlich gemacht. Deshalb müssen es die eigentlichen Zustände der Republik sein, die den Ausgangspunkt für eine Erklärung für das Scheitern Weimars bilden, genauso wie die Leitlinie einer Erklärung für Hitlers Erfolg zunächst auf die Frage gerichtet sein muß, in welcher Weise Hitler und seine ihm die Macht verschaffenden Helfer die Endkrise der Republik handhabten.

Man könnte das überzeugende Argument aufstellen, daß sich die Republik in einer konstanten Krise befand und ihr Zusammenbruch überdeterminiert war. Die Katastrophe war zwangsläufig durch die wirtschaftliche Situation bedingt, obgleich dieser Faktor allein als Erklärung nicht ausreicht. Allerdings spricht die Forschung über Inflation und Wirtschaftskrise nicht dafür, auch wenn man die Einzeldebatten auf beiden Gebieten unterschiedlich gewichtet, daß Weimars politisches System zukunfts-trächtig war. Wie sehen dann insgesamt die Ergebnisse der von den Wirtschaftshistorikern geleisteten Arbeit aus? Gerettet wurde die Republik zunächst durch die Inflationsabmachungen (trade-offs), die oft auf Kosten genau der Gruppen zustande kamen, deren Unterstützung für das Überleben der Republik unerläßlich war. Dann kam die Stabilisierung, wiederum auf Kosten dieser Gruppen und der Arbeiterklasse oben-drein, und am Ende wurde die Republik genau durch die Arten von „trade-offs“ und einer fiskalisch unverantwortlichen Politik gesichert, die in den ersten Krisen-jahren üblich waren. Die Krise vor der Krise, wie sie Knut Borchardt bezeichnet hat, mündete dann in die große Krise selbst. Die zentralen Fragen in jedem Stadium dieser wirtschaftlichen und immer wieder durch Reparationsforderungen intensivierten Misere drehten sich um die wirtschaftliche Rekonstruktion und die Lastenverteilung, die aus dem verlorenen Krieg entstanden war, beides politische Fragen, die jeglichen Konsenses entbehrten. Um diesen objektiven Umständen effektiv Widerstand zu leisten, hätte es einer unerschütterlichen demokratischen Tradition und Hingabe bedurft, Eigenschaften, die in Weimar offensichtlich nicht vorhanden waren<sup>10</sup>.

<sup>10</sup> Für nützliche Hinweise auf die Inflationsliteratur siehe *Michael Schneider*, Deutsche Gesellschaft in Krieg und Währungs-krise 1914–1924 in: AfS (1986) 301–320 und *William H. Hubbard*, The New Inflation History in: JMH 62 (September 1990) 552–569. Vgl. auch *Gerald D. Feldman*, The Great Disorder: Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924 (New York 1993). Die vor kurzem gehaltenen Debatten über die „Borchardt-Kontroverse“,

Weimars Überlebensfähigkeit in der Krise von 1923/24 hat so manchen Historiker stark beeindruckt. Ich stehe jedoch nach wie vor zu meinem Argument, daß das Jahr 1923 als das eigentliche Vorspiel zu 1930/33 zu verstehen ist<sup>11</sup>. Der Grund hierfür liegt nicht nur in der Tatsache, daß die Lösung der Krise 1923 durch Notverordnungen und Ermächtigungsgesetze sowie im Schatten verschiedener Pläne für eine Militärdiktatur herbeigeführt wurde und darüber hinaus fast in einen Bürgerkrieg zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Bayern, Sachsen, Hamburg und im Rheinland ausartete. Vielmehr trugen bestimmte Umstände, die in der nächsten Runde kaum zu erwarten waren, zur Bewältigung der Krise bei. 1923 waren dies die überragende Rolle eines Stresemann, des Vernunftrepublikaners von außerordentlichem politischen Talent, sowie die Bereitschaft, von außen zu intervenieren und die deutsche Demokratie mit Geld zu retten, und schließlich die Fähigkeit, die Mobilisierung totalitärer Kräfte sowohl von der Linken wie der Rechten auf bestimmte Regionen zu begrenzen. Aus diesen Umständen ergaben sich Handlungsspielräume und Alternativen, mit deren Hilfe das antirepublikanische Potential in Deutschland insgesamt gezügelt werden konnte. In der Tat war es fast so, als ob das Schauspiel der letzten Tage der Weimarer Republik zuerst in den Provinzen ablaufen mußte, bevor es in Berlin aufgeführt werden konnte. Man braucht ja bloß die Funktionen kommunistischer Taktiken in beiden Krisen oder die Rollen der Hauptdarsteller Kahr und Hugenberg, Seeckt und Schleicher sowie Hitler 1923 und Hitler 1933 zu vergleichen und zu kontrastieren, um zu erkennen, daß das aus dem 30. Januar resultierende Ergebnis, obwohl nicht vorprogrammiert, beträchtlich mehr als das Produkt verschiedener Persönlichkeiten und Eventualitäten darstellte. Alle an der Krise von 1930/33 maßgeblich Beteiligten bauten entweder direkt, wie Schleicher und Hitler, oder indirekt, wie die anderen, auf den Erfahrungen von 1923 auf.

Ihre Handlungen basierten auch auf den Entwicklungen in den Jahren 1924–1929 auf eine Art und Weise, die noch der Erforschung und Analyse bedarf. Einer der deprimierendsten Aspekte der Geschichte Weimars, der erst jetzt besser erfaßt und untersucht wird, bezieht sich auf das antirepublikanische Potential in dieser Zeit. Es war in beachtlich großem Umfang vorhanden und ließ sich während der sogenannten Stabilisierungsphase weitgehend mobilisieren. Für einen tieferen Einblick in diesen Sachverhalt reicht es deshalb nicht aus, allein die anhaltende Desintegration der liberalen Wählerschaft in der Zeit zwischen den Wahlen von 1920 und 1928 und das gleichzeitige Wuchern der Interessengruppen, Themen in den Arbeiten von Thomas Childers

*Fortsetzung Fußnote von Seite 266*

zusammen mit bibliographischen Hinweisen, finden sich in: *Jürgen Freiberr von Kruedener* (ed.), *Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic 1924–1933* (New York, Oxford, Munich 1990) und *Ian Kershaw* (Hrsg.), *Weimar: Why Did German Democracy Fail?* (London 1990).

<sup>11</sup> Die optimistische Auffassung wird von *Hagen Schulze*, *Weimar. Deutschland 1917–1933* (Die Deutschen und ihre Nation, Berlin 1982) 256–270 vertreten und die pessimistische von *Gerald D. Feldman*, *The Politics of Stabilization in Weimar Germany*, in *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 17 (1988) 19–41.

und Larry Jones, in den Mittelpunkt der Forschung zu stellen<sup>12</sup>. Nicht weniger wichtig ist eine Reihe anderer Faktoren, wie die zunehmende Fragmentierung der von Jürgen Bergmann, Klaus Megerle und Detlef Lehnert erläuterten politischen Kultur; die Tendenz traditioneller Milieus, des Zentrums und der SPD zum Beispiel, sich zu verhärten; die wachsende Isolierung der Gesinnungsgruppen auf der linken und rechten Seite; die Neigung von Statusgruppen, ihre Identifikationen und Ängste zu intensivieren; die hinter den Kulissen wartenden revolutionären Bewegungen von rechts und von links<sup>13</sup>.

Nach einigen neueren Forschungsarbeiten zu urteilen, gab es in der Tat etwas, worauf insbesondere die politische Rechte, aber auch andere Gruppen warten konnten. Ein treffendes Beispiel hierfür, wie die in Kürze erscheinenden Aufsätze von Jürgen Falter, Noel Cary und Peter Fritzsche zeigen, ist die Hindenburg-Wahl im Jahre 1925<sup>14</sup>. Hindenburg verdankte seine Unterstützung genau der Wählerschaft, die Hitler fünf Jahre später zu seinem Durchbruch verhelfen sollte, ebenso wie seine Ernennung den Kalkulationen und Fehlkalkulationen der Rechten zuzuschreiben war, die diese mit dem Ziel, die Ereignisse von 1918 umzukehren, angestellt hatten. Hindenburgs Wahl war das Ergebnis vorsätzlicher Bemühungen seitens Wilhelm von Loebell und seiner Lobby für „Reichsreform“, der sogenannten Reichsbürgerräte, die Massen zu mobilisieren, und es waren diese mobilisierten Massen, aus denen sich später das NS-Wählerpotential zusammensetzte. Bekanntlich hätten sich Loebell und seine Freunde lieber für Jarres eingesetzt, einen Mann der Tat und der Erfahrung, als für die alternde Symbolfigur Hindenburg.

Die Reichsreformer, ob sie nun wie Loebell zu den Konservativen der alten Schule gehörten oder wie Luther mit dem von der Industrie unterstützten Bund zur Erneuerung des Reiches verbündet waren, sahen sich immer wieder mit dem Dilemma konfrontiert, daß ihnen eine breite, im Volk gründende Basis für ihr Programm fehlte. Diese von Hitler nach 1929 eroberte Basis existierte schon seit mehreren Jahren und war zu einem weitaus höheren Grad mobilisiert, als bislang angenommen. In diesem Zusammenhang verdeutlichen die kürzlich publizierten Untersuchungen von Rudy

<sup>12</sup> *Thomas C. Childers*, *Interest and Ideology: Anti-System Politics in the Era of Stabilization 1924–1928*, und *Larry Eugene Jones*, *In the Shadow of Stabilization: German Liberalism and the Legitimacy Crisis of the Weimar Party System, 1924–1930*, in: *Gerald D. Feldman* (Hrsg.), *Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933* (Schriften des Historischen Kollegs Kolloquien 6, München 1985) 1–42.

<sup>13</sup> Siehe *Detlev Lehnert* und *Klaus Megerle* (Hrsg.), *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik* (Opladen 1989) und *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik* (Opladen 1990). Zu erwähnen sind auch *Detlev Lehnert* und *Klaus Megerle*, *Identitäts- und Konsensprobleme in einer fragmentierten Gesellschaft. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik*, in: *Dirk Berg-Schlosser* und *Jakob Schissler* (Hrsg.), *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung*, in: *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft* (1987) 80–95.

<sup>14</sup> Siehe *Noel D. Cary*, *The Making of the Reich President 1925: German Conservatism and the Nomination of Paul von Hindenburg*, *Jürgen Falter*, *The Two Hindenburg Elections of 1925 and 1932: A Statistical Analysis* und *Peter Fritzsche*, *This Greatest Day of German Honor: Presidential Victory and Popular Festivity in the Weimar Republic*, in: *Central European History* (im Druck).

Kosbar über Marburg und Peter Fritzsche über Niedersachsen, daß das protestantische Bürgertum während der sogenannten guten Jahre der Republik alles andere als politisch untätig war. Der Stammtisch, der Verein und primär der Stahlhelm dienten allen Mitgliedern als wichtige Treffpunkte, wo man politisch dachte, diskutierte und handelte und wo die Nationalsozialisten, sobald die Zeit der Radikalisierung einsetzte, den Haupteingang zum politischen Leben des Bürgertums fanden<sup>15</sup>. Damit stellte sich aber später das Problem für Hugenberg und andere rechtsstehende Totengräber der Republik, wie die Massenbasis für ihre eigenen Zwecke wiederzuerobern sei. Aus dieser Perspektive manifestierte sich im 30. Januar 1933 der Höhepunkt eines Prozesses, der schon lange zuvor begonnen hatte, und der Höhepunkt von Tendenzen, die tief in Weimars politischer Kultur wurzelten. In einer fragmentierten politischen Kultur wußten die Nationalsozialisten, die Sehnsucht nach einer Volksgemeinschaft geschickt auszunutzen. Sie profitierten von der allgemeinen Tendenz, den normativen Wertvorstellungen im politischen System eine untergeordnete Bedeutung zu verleihen oder diese mit pragmatischen und opportunistischen Vorstellungen zu ersetzen. Vor allem aber machten sie rücksichtslosen Gebrauch von der rechten Elite und ihrer Suche nach einer politischen Basis, die der autoritären Umgestaltung der Republik dienen sollte.

## II.

Die politische und geistige Initiative, um mein Argument zugespitzt zu formulieren, ging noch vor der Entstehung der Krise von den rechtsgerichteten, autoritären Kräften aus. Die neokonservative Sehnsucht nach einer Krise mag destruktiv gewesen sein, aber taktisch gesehen war sie vielversprechend, da eine Krise Möglichkeiten, vor allem die Chance für eine Systemveränderung, mit sich brachte. Diese Mentalität war auch bei Brüning zu finden, und wie immer man die Frage seines wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums beurteilt, das eigentliche Problem, nämlich, in welcher Art und Weise er seine Politik *politisch* zu betreiben gedachte, bleibt letztlich bestehen. Hier bin ich nicht sehr überzeugt von Harold James' Argument. James beurteilt Brünings anhaltende Beteuerung, er sei gewillt, seine Popularität zur Rettung des Volkes zu opfern, als Worte „eines ehrbaren (respectable) Mannes, der mit einer unmöglichen Situation konfrontiert war; ... wäre er vier statt zwei Jahre im Amt geblieben, hätte er, sowie die Konjunktur anstieg, einige Erfolge zu verbuchen gehabt“<sup>16</sup>. Was aber waren Brünings Chancen, im Amt zu bleiben, angesichts der Tatsache, daß er sich politisch und geistig für eine autoritäre Umgestaltung der Republik entschied, nur in bestimmten politischen Kreisen verkehrte und sich auf diese stützte und daß sein gesamtes Denken nur von einem bizarren Antiindustrialismus und Antimoder-

<sup>15</sup> *Rudy Kosbar*, *Social Life, Local Politics and Nazism: Marburg, 1880–1935* (Chapel Hill 1986) und *Contentious Citadel: Bourgeois Crisis and Nazism in Marburg/Lahn, 1880–1933*, in: *Thomas C. Childers* (Hrsg.), *The Formation of the Nazi Constituency, 1919–1933* (Totowa, N. J. 1986) 11–36. *Peter Fritzsche*, *Rehearsals for Fascism. Populism and Political Mobilization in Weimar Germany* (New York, Oxford 1990).

<sup>16</sup> *Harold James*, in: *Kershaw*, *Weimar* 175.

nismus geprägt war? Wenn es angesichts der politischen Umstände zwischen 1930 und 1932 schwierig ist, eine befriedigende Alternative zur letztlich gescheiterten Tolerierungspolitik der SPD zu finden, so ist es aus weiter Sicht ebenso schwierig, nicht mit Hermann Hellers verurteilender Kritik, die von Ellen Kennedy dargelegt wird, übereinzustimmen: „Es war eine Politik ohne Perspektive, am wenigsten die des Sozialismus, und in der Zwischenzeit war politisch sowieso nichts mehr von der Tolerierung der SPD abhängig. Die SPD hatte keine politische Chance mehr, denn die geistigen Grundlagen des Parlamentarismus waren bereits weggespült.“<sup>17</sup> Die Kommunisten freilich standen gleich von Anfang an nie zu diesen Grundlagen, ein Faktum, das man bei allem Nachdenken über eine antifaschistische Arbeiterfront zu vergessen neigt. Außerdem ist schwerlich vorstellbar, wie die von der SPD verkörperten Werte eher noch im Verbund mit der KPD im Jahre 1930/33 als nach 1945 hätten gesichert werden können.

Ein besonders aufschlußreiches, wenn auch ausgesprochen deprimierendes Beispiel für die Alternativen, über die man als Anhänger der parlamentarischen Demokratie sogar noch nach den nationalsozialistischen Wahlverlusten am 6. November 1932 zu verfügen meinte, taucht in einem persönlichen Schreiben Josef Wirths auf. Am 14. November berichtet Wirth folgendes an den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid: „Bei uns im Zentrum ist zur Stunde die politische taktische Generallinie wohl klar zu erkennen. Das Zentrum setzt seinen Versuch, die Nationalsozialisten zur praktischen Verantwortung im Reiche zu bringen, fort. Wir sind wohl beide der Meinung, daß dieser Versuch ein sehr großes Risiko darstellt. Aber so habe ich wiederholt argumentiert, ohne ein solches Risiko zu übernehmen, führt eben alles zur Ausschaltung des Reichstags und zur Zerstörung der Rechte des Volkes. Um der Demokratie willen geht das Zentrum in die Sache hinein.“<sup>18</sup>

Hugenberg, so warnte Wirth, würde versuchen, diese Bemühungen zu konterkarieren, und Wirth selbst konnte sich die Rettung der „deutschen Demokratie in ihrem Wesenskern“ nicht anders als durch die Beteiligung der SPD an „dem Rettungswerk der deutschen Demokratie“ vorstellen, wobei die SPD erneut eine Politik der Tolerierung betreiben würde, allerdings in der Weise, daß die SPD, in den Worten Wirths, „eine echte Opposition“ bildete. Anstatt sich also den Notverordnungen zu widersetzen und noch einmal die Auflösung des Reichstags zu betreiben, sollte die SPD die Schaffung eines Ausschusses unterstützen mit dem Ziel, die Notverordnungen zu überprüfen und zu verbessern. Darüber hinaus sollte sie sich eines Mißtrauensvotums gegen eine Regierung, die sich aus Zentrumspartei, NSDAP und anderen Parteien zusammensetzte, enthalten. Wirth konnte Breitscheid nicht einmal sagen, welche Par-

<sup>17</sup> *Ellen Kennedy*, Möglichkeiten und Grenzen einer freien Gesellschaft in der politischen Theorie Hermann Hellers, in: *Christoph Müller und Ilse Staff* (Hrsg.), *Der soziale Rechtsstaat. Gedächtnisschrift für Hermann Heller 1891–1933* (Baden-Baden 1984) 347–365, zit. 365. Siehe auch *Ellen Kennedy*, *The Politics of Toleration in Late Weimar. Hermann Hellers Analysis of Fascism and Political Culture*, in: *History of Political Thought* 5 (1984) 109–127, bes. 126–127.

<sup>18</sup> Wirth an Breitscheid, 14. November 1932, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Joseph Wirth, Nr. 5.

teien die vorgesehene Regierung bilden würden, doch seiner Meinung nach war dies trotzdem eine einmalige Gelegenheit, die Republik zu retten und ihr den bislang fehlenden Stützpunkt zu liefern. Hoffnungsvoll meinte Wirth abschließend: „Sie könnten also die geschichtliche Stunde ergreifen, um im Sinne des englischen Parlamentarismus die echte Opposition anzukündigen.“<sup>19</sup>

Wirth verstand offensichtlich nicht, daß eine echte parlamentarische Opposition nur in einem echten parlamentarischen Kontext funktionieren kann. Sein Vorschlag demonstrierte allerdings auch die Unwirklichkeit der Alternativen, die die demokratischen Kräfte sogar nach der relativen Wahlniederlage der NSDAP im November 1932 hätten ergreifen können. Wenn Weimar keine Chance hatte und, wie Thomas Childers dies so treffend formuliert hat, wenn die Wahlen eher das Ende vom Anfang als der Anfang vom Ende für die Nationalsozialisten wurden<sup>20</sup>, dann lag der Grund hierfür in der Tatsache, daß die Drahtzieher im rechten Lager nichts an ihrem Programm änderten. Sie waren fest entschlossen, sich die Nationalsozialisten nutzbar zu machen und die mit der ersten Hindenburg-Wahl begonnene Suche nach einer plebiszitären Grundlage für autoritäre Reformen mit Erfolg abzuschließen. Dies war der gemeinsame und schicksalhafte Nenner, der ihre Aktivitäten prägte und schließlich, wie groß auch immer die Differenzen im rechten Lager, zwischen Hugenberg und den Industriellen, zwischen Papen und Schleicher, waren, den Höhepunkt und den Bankrott der konservativen politischen Tradition in Deutschland markierte.

Um diesen Punkt zu veranschaulichen, möchte ich abschließend ein einzigartig aufschlußreiches Beispiel anführen. Es handelt sich um den Fall des Fregattenkapitäns a. D. Hans Humann, des Vertrauensmannes von Hugo Stinnes senior und zu dieser Zeit von Hugo Stinnes junior bei der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*. Mit seinen zahlreichen Verbindungen in Berlin sorgte Humann dafür, daß Stinnes' Wünsche in bezug auf wirtschaftspolitische oder allgemeine politische Fragen von den Redakteuren, vor allem aber dem Hauptredakteur, Dr. Fritz Klein, gebührend berücksichtigt wurden, während er, was politische Taktiken betraf, Stinnes zu beeinflussen und die von Klein beabsichtigte, etwas unabhängigere Linie zu unterbinden suchte. Kurz vor den Novemberwahlen geriet Humann dann auch in Wut über einen Artikel Kleins, in dem letzterer eine von Hitler gemachte Bemerkung, daß in einer NS-Regierung durchaus nicht alle Minister Nationalsozialisten sein müßten, mit „sehr beachtlich“ kommentiert und zugleich angedeutet hatte, daß man ruhig weiter nationalsozialistisch wählen könne. Humann aber hielt Hitlers Bemerkungen für nichts als „Schwindel“. Über dessen voraussehbare Folgen äußerte er sich in einer Weise, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ: „Wohl dürfen sogenannte Fachleute Ministerposten bekleiden; aber doch nur unter Aufsicht und nach Weisung der Nazi-Führung. Beim geringsten

<sup>19</sup> Ebenda.

<sup>20</sup> *Thomas C. Childers, The Limits of National Socialist Mobilisation: The Elections of 6 November 1932 and the Fragmentation of the Nazi Constituency*, in: *Thomas C. Childers* (Hrsg.), *The Formation of the Nazi Constituency 1919–1933* (London, Sydney 1986) 232–259, bes. 255.

Konflikt fliegen sie natürlich; was im übrigen gegenüber dem so verstandenen ‚Führer-Prinzip‘ durchaus in der Ordnung wäre!“<sup>21</sup>

Bei aller Treffsicherheit von Humanns Urteil ist dennoch zu beachten, daß er überhaupt nicht daran dachte, die manipulative Taktik gegenüber den Nationalsozialisten aufzugeben: „Was wollen wir? Den Nationalsozialismus in den kommenden Wahlen schwächen; dies in der Hoffnung, ihn dadurch politisch wieder brauchbar zu machen. Also Wähler abziehen; nach Möglichkeit hinüber zu den bürgerlichen Parteien.“<sup>22</sup>

Wie Stinnes war Humann zutiefst beunruhigt über die radikale Wende der NSDAP vor den Wahlen, kam aber zu dem Schluß, daß es keine andere Alternative gab, eine Massenbasis zu schaffen. In Humanns Worten: „Für das Bürgertum bietet selbstverständlich die Neuwahl nicht geringe Schwierigkeiten! Erst recht natürlich für jene Teile des Bürgertums, die sich aus falschen Voraussetzungen heraus bei den letzten Wahlen Adolf Hitler zugewandt haben. In Gesprächen mit verschiedenen Persönlichkeiten über einen geeigneten Auffang-Mechanismus habe ich von einer ‚Neugründung‘ abgeraten; schon weil die Stunde hierfür verpaßt ist .... Ich empfahl daher, es bei den alten Parteien zu belassen; diese aber in einem Kartell so zusammenschließen, daß darin eine neue Kombination zum Ausdruck kommt, die gewillt ist, die Politik Hindenburgs zu unterstützen (nicht Papens, um es niemand unnötig schwer zu machen!).“<sup>23</sup>

In nicht untypischer Art für jemanden, der mit der industriellen Rechten assoziiert war, sah Humann in Hugenberg das Hindernis für das Zustandekommen einer solchen Sammlung. Dennoch argumentierte er, daß Hugenberg nicht von jemandem, der ein „Nobody“ war, ersetzt werden könnte, und daß der „Somebody“, der ihn zu ersetzen bereit gewesen wäre, nämlich Carl Goerdeler, nur die Führung der DNVP übernehmen würde, wenn Hugenberg diese niederlegte, was für einen „Willensmenschen“ wie Hugenberg freilich unwahrscheinlich gewesen wäre.

Wohl schwärmte Humann für „Willensmenschen“ und glaubte, Franz von Papen und sein Kabinett hätten die für diese Krise notwendig „starken Nerven“. Doch er war auch von der Unzulänglichkeit dieser Eigenschaft überzeugt. Einerseits konnte man die Krise, die aus Papens Beschluß, den Reichstag aufzulösen und neue Wahlen zu halten, erwuchs, nur willkommen heißen. In Humanns Worten: „Denn es ist ja schließlich nichts anderes eingetreten als daß endlich gegen Auswüchse des Parlamentarismus und seine falsch verstandene Form der Kampf aufgenommen wurde, den wir alle seit Jahren gewünscht haben. Daß sich dieser Kampf nicht in ‚gemütlichen‘ Formen abspielen, sondern nur unter Donner und Blitz ablaufen kann, ist eigentlich selbstverständlich. Denn gerade weil die Parlamentarier auch in der Tat egozentrisch denken, unsachlich handeln, sich überwiegend eigensüchtig betätigen, setzen sie sich nun mit Klauen und Zähnen zur Verteidigung seiner Machtposition ein, die einmal gefallen, selbstverständlich für absehbare Zeit dahin ist.“<sup>24</sup> Andererseits erkannte Hu-

<sup>21</sup> Humann an Stinnes, 25. Oktober 1922, Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP), I-220, Nachlaß Stinnes, Nr. A1466.

<sup>22</sup> Ebenda.

<sup>23</sup> Humann an Stinnes, 16. September 1932, ebenda.

<sup>24</sup> Humann an Frau Cläre Stinnes, 30. Sept. 1932, ebenda, Nr. 1463.

mann auch, daß die Auseinandersetzungen mit dem Parlament die Regierung, indem sie sich vom Volk isolierte, in eine gefährliche Situation treiben würde: „Eine besondere Schwierigkeit dieses Kampfes liegt naturgemäß darin, daß die Regierung letztlich für seine Durchführung doch das Volk und dessen Stimmungsmomente braucht. Daß sie aber ihren Kampf gerade gegen das einzige zwischen ihr und dem Volk bestehende Bindeglied (die Abgeordneten) richten muß.“<sup>25</sup>

Humann war alles andere als blind gegenüber den Schwächen der Papen-Regierung. Eine „unerlaubte Indolenz“ kennzeichnete seiner Meinung nach die Regierung bei der Werbung für ihre eigenen Ideen, und er machte sich Sorgen, sie würde sich auch vom „Beamtenkorps“ isolieren, wo doch ihre Abhängigkeit von diesem größer denn je war, nachdem sie auf die Unterstützung der anderen möglichen „Säule“, des Reichstags, verzichtet hatte. Die Verantwortung für diese Situation schob er auf „die unselige Rolle des General v. Schleicher“: „Ich gehe in meiner Kritik an diesem Unglücksmanne so weit zu behaupten, daß sein Verschwinden – am besten aus dem Leben! – z. Zt. das größte Glück wäre, das dem Kabinett Papen, ja der Nation vom Schicksal beschert werden könnte.“<sup>26</sup>

Humann war überzeugt vom beständigen Ansteigen der Popularität Papens, dank seiner tatkräftigen Handlungen und Rundfunkansprachen, und glaubte, die tägliche Flut von Briefen, die hauptsächlich von Studenten und Frauen, aber auch aus anderen Kreisen stammte, sei der Beweis dafür, daß man vom Parlament genug habe und kraftvolle Führung wünsche. Am grundsätzlichen Problem, meinte er, habe sich dennoch nichts geändert: „So schön das ist, so wenig darf man die Verwertbarkeit dieser Stimmungsmomente überschätzen. Denn es ist auch im Betrieb des Staates die Technik der Dinge, die Maschinerie nicht zu entbehren. Und an Stelle der bisherigen Funktion der Abgeordneten haben wir noch nichts zu setzen.“<sup>27</sup>

Die atemberaubende Unverantwortlichkeit dieser Option kam Humann offensichtlich gar nicht in den Sinn, wobei das allerdings weiterhin nicht hieß, daß er eine nationalsozialistische Diktatur hinzunehmen bereit war. Sein Ziel war zweifellos eine konservative Verfassungsreform und die Integration einer gezähmten NSDAP in das von Papen geführte Regime. Die Zählung sollte durch die Novemberwahlen bewirkt werden. Doch obwohl es dann mit der gegen die Nationalsozialisten gerichteten Straftaktik bei den Wahlen gut ging, erwiesen sich die Nachwirkungen für Humann und seinen Chef Stinnes als recht frustrierend. Stinnes erregte sich besonders über Papens Abtritt, obwohl Klein und die DAZ den Regierungswechsel zu Schleicher unterstützten. Er fand Schleichers „staatskapitalistische Ideengänge“ besorgniserregend, zollte aber Papen Anerkennung, „denn er hat zum ersten Male seit vielen Jahren den Mut gehabt, eine Regierung zu führen, welche unpopuläre, aber nötige Handlungen auf sich genommen hat“<sup>28</sup>.

<sup>25</sup> Ebenda.

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> Ebenda.

<sup>28</sup> Stinnes an Klein, 3. Dezember 1932, ebenda, Nr. 1466.

Daß Schleicher nicht weniger eifrig als Papen eine Übereinkunft mit den Nationalsozialisten erstrebte, ist freilich bekannt, und während Stinnes einerseits Klein andauernd über wirtschaftspolitische Fragen instruierte, schienen er und Humann sich andererseits nicht darum zu kümmern, daß Klein weiterhin auf der Seite Schleichers stand. Auch waren Stinnes und Humann scheinbar weder informiert über die Verhandlungen, die zu Hitlers Ernennung führten, noch waren sie daran beteiligt. In der Abendausgabe der DAZ vom 30. Januar 1933 verteidigte Klein dann tatsächlich die Regierung Schleicher, während er die Schaffung der neuen Regierung unter Hitlers und Papens Führung einer heftigen Kritik unterzog.

Daraufhin geriet Humann außer sich vor Wut. Seiner Ansicht nach spiegelte sich in Kleins Leitartikel die Reaktion einer „beleidigten Leberwurst“, die darüber hinaus pikiert ist, daß man deutsche Geschichte machte, ohne sie erst zu fragen! Und daß man gar eine Neuordnung der Dinge auf Kosten ihres Freundes Schleicher vornahm.“<sup>29</sup> Schleicher, so Humanns Kritik, sei weder mit neuen Ideen hervorgetreten, noch habe er irgend etwas Ernsthaftes in anderer Richtung unternommen. Hingegen sprach Humann mit Begeisterung über die neue Situation in der Regierung: „Auf eine so gear-tete Zusammensetzung des neuen Reichskabinetts konnte m.E. kein vernünftiger Deutscher auch in seinen kühnsten Träumen mehr hoffen! Es wurde hier vereinigt: Nationalsozialisten, Stahlhelm und Deutschnationale. Es sind darüber hinaus die wichtigsten Ministerien in den Händen der Fachleute belassen worden. Fragt sich, was wollen wir noch mehr? Was hindert uns, dieses Kabinett mit aufrichtiger und reiner und rückhaltloser Freude zu begrüßen?“<sup>30</sup>

Humann war aufrichtig davon überzeugt, daß die Nationalsozialisten nun endlich dazu gezwungen wurden, sich mit ihrer Situation abzufinden: „Gerade einem Politiker dürfte nicht entgangen sein, daß seit dem Sommer vorigen Jahres, daß auch seit dem Herbst '32 bis auf heute sich vieles gewandelt hat. Erst recht sollte er wissen, daß die Entstehung des heutigen Kabinetts erst dadurch möglich würde, daß Hr. Hitler sehr wesentliche Ansprüche aufgab, an die er in allen früheren Verhandlungen nicht hat rütteln lassen.“<sup>31</sup> Von der Morgenausgabe der DAZ vom 31. Januar, die in das andere Extrem ging, war Humann ziemlich irritiert: „Die erste Seite ist nur ein Dithyrambus auf den Fackelzug! Nun darf man wohl annehmen, daß ein politisches Blatt weder so viel Volumen, noch so viel Emphase der ‚technischen‘ Leistung eines noch so gut improvisierten Fackelzuges widmet. Begeisterung und Anerkennung galten doch wohl der ‚Idee‘, welcher der Fackelzug Ausdruck gab. Aber diese Idee ist doch identisch mit der Kabinetts-Bildung, die wir am Tage vorher verrissen.“<sup>32</sup>

Es sollte sich noch an den kommenden Ereignissen zeigen, daß die „technische Leistung“ des Fackelzuges in der Tat eine erstklassige „politische Leistung“ war, die sowohl die Grenzenlosigkeit der „politischen Ansprüche“ Hitlers wie die Bedeutungslosigkeit seiner Konzessionen reflektierte. Humanns Begeisterung flaute bereits Anfang

<sup>29</sup> Humann an Stinnes, 3. Februar 1933, ebenda, Nr. A1468.

<sup>30</sup> Ebenda.

<sup>31</sup> Ebenda.

<sup>32</sup> Ebenda.

Juni ziemlich ab. Da Klein die Linie des nationalsozialistischen Regimes mißachtete, wurde der DAZ ein dreimonatiges Zeitungsverbot auferlegt, und dies wäre leicht zu einem sechsmonatigen Verbot und zu einer von der SA initiierten Zerstörungsaktion gegen die Druckerpresse geworden, wenn Göring eine solche Strafexpedition nicht verhindert hätte und Klein nicht entlassen worden wäre<sup>33</sup>. Humann mußte von Papen um seine Vermittlung bei Goebbels bitten, und letzterer versicherte dem Vizekanzler, er halte „eine verständnisvolle und loyale Opposition im politischen Leben für unentbehrlich“ und sei „entsetzt über die Uniformität der italienischen Presse“<sup>34</sup>. Aller guten Vorsätze zum Trotz, behauptete Goebbels gleichwohl, daß Hitler – Humann nannte ihn immer noch „Führer“ unter Anführungszeichen – nicht umzustimmen sei, woraufhin Humann von einem führenden Nationalsozialisten zum ändern eilte, um eine Strafmilderung für die DAZ zu erlangen. Auf diese Weise erlebte er hautnah den polykratischen Charakter des Systems, den er freilich immer noch als vorübergehende Erscheinung einschätzte: „Wir sind offenbar noch stark im ‚Werden‘, daher die flüssigen Grenzen der Zuständigkeit, vermehrt um die mehr oder weniger großen Ambitionen der Herren Unterführer.“<sup>35</sup> Nicht genug mit diesen Sorgen mußte er sich zusätzlich noch damit abfinden, daß sich Arturo Toscanini, „einer der begnadetsten Musiker unserer Zeit“, geweigert hatte, in Bayreuth aufzutreten. Bitter enttäuscht folgerte Humann: „Seine herbe Stellungnahme zu den Geschehnissen in Deutschland können wir von unserem bürgerlichen Standpunkt aus nur mit Kummer zur Kenntnis nehmen.“<sup>36</sup>

Könnte man angesichts dieser Geschehnisse nicht die These aufstellen, daß der 30. Januar 1933 den politischen Schwanengesang des bürgerlichen Konservatismus, allerdings auch einer bestimmten Sorte von bürgerlichem Liberalismus in seiner Entwicklung seit dem Kaiserreich veranschaulichte, der aufgrund der besonderen Bedingungen in Weimar entweder radikalisiert wurde oder radikalen Lösungen gegenüber offenstand? Gleichzeitig aber gehörte die Art und Weise, in der die konservativen Führer, die Hitler zur Macht verhalfen, ihren Handlungsspielraum und ihre Alternativen begriffen, zu einer älteren Tradition des Dezisionismus. Dieser reichte in die Zeit der Bismarckschen Politik zurück und war nicht rein zufällig ein wesentliches Element in Carl Schmitts politischem Denken in der Weimarer Zeit. Charles Maier hat kürzlich nahegelegt, daß dieser Dezisionismus eine politische Handlungsweise darstelle, „die gleichzeitig höchst rational und desperat“ und „von entscheidender Bedeutung für ein Verständnis deutscher Werte und Institutionen“ sei<sup>37</sup>. Zusammen mit dem Dezisionismus in Weimar, so würde mein Argument abschließend lauten, bestimmte der Primat pragmatischer opportunistischer Werte das Denken und Handeln

<sup>33</sup> Humann an Cläre Stinnes, 4. Juni 1933, ebenda, Nr. A1463.

<sup>34</sup> Humann an Cläre Stinnes, 9. Juni 1933, ebenda.

<sup>35</sup> Ebenda.

<sup>36</sup> Ebenda.

<sup>37</sup> *Charles S. Maier, The Unmasterable Past. History, Holocaust, and German National Identity* (Cambridge, Mass., London 1988) 156–159. Vgl. auch die interessanten Reflektionen von *Richard Bessel, 1933: A Failed Counter-Revolution*, in: *E. C. Rice* (ed.), *Revolution and Counter-Revolution* (Oxford 1990) 109–127.

der meisten führenden Persönlichkeiten in bezug auf die Verfassung und die demokratischen Institutionen der Republik. Diese Verhaltensweisen, die den deutschen Sonderweg und Weimars politische Kultur prägten, erreichten ihren Höhepunkt am 30. Januar 1933.

Ian Kershaw

## Der 30. Januar 1933: Ausweg aus der Staatskrise und Anfang des Staatsverfalls

Der historische Ort des 30. Januar 1933 läßt sich sowohl als ein Ende wie auch als ein Anfang bestimmen. Einerseits markiert das Datum den Todestag der Weimarer Republik und den Kulminationspunkt der schicksalhaften Entwicklung der Staatskrise von Weimar, die Gegenstand unserer Tagung war. Andererseits stellt die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler den Beginn eines Prozesses dar, der den deutschen Staat in den Abgrund und den Zusammenbruch von 1945 führte.

Kein anderer Tag in der deutschen Geschichte ist soviel diskutiert und analysiert worden wie der 30. Januar 1933<sup>1</sup>. Ich komme sogar in Versuchung, mit Karl Kraus (in leicht umgemodelter Form) zu sagen: „Zum 30. Januar 1933 fällt mir nichts mehr ein!“

Ich beschränke mich im folgenden daher lediglich darauf, *eine* These über die Bedeutung des 30. Januar 1933 als Ende und als Anfang zu erörtern: als Ende einer spezifischen Form von Staatskrise, deren Ausweg die Weichen für eine noch fundamentalere Krise des Staates stellte.

Der 30. Januar 1933 war das unnötige, durchaus vermeidbare Ende einer in der Geschichte von hochentwickelten, pluralistischen Staatssystemen und Industriegesellschaften ungewöhnlich tiefen, *multidimensionalen* Staatskrise. Zentraler Bestandteil der Staatskrise war eine sowohl an der Spitze als auch an der Basis besonders tiefgreifende und weitreichende Legitimationskrise, die einen *demokratischen* Ausgang wohl schon 1930, meines Erachtens spätestens 1931, ausschloß, dabei aber auch immer deutlicher zeigte, wie wenig die traditionellen Machteliten imstande waren, eine ihren Wünschen und Interessen entsprechende *autoritäre* Lösung zu finden.

Ausschlaggebend für den Charakter des Ausweges aus der Krise war die Kombination von Krisenlagen: Wirtschaftskrise, Regierungskrise, Krise des Parteiensystems, gesellschaftliche Krise, durchgreifende Legitimationskrise an der Spitze und an der Basis<sup>2</sup>. Der Fragmentierung und politischen Schwäche der Eliten entsprach an der

<sup>1</sup> Insbesondere aus Anlaß des 50. Jahrestages von Hitlers Machtübernahme kam es im Jahre 1983 zu einer wahren Flut von Veröffentlichungen über die Bedeutung des 30. Januar 1933. Einen Überblick über den damaligen Stand der Diskussion bietet *Martin Broszat et al.* (Hrsg.), *Deutschlands Weg in die Diktatur* (Berlin 1983).

<sup>2</sup> Eine Kombination von Krisensymptomen als ausschlaggebend für den Verfall Weimars hebt

„Basis“ die Unfähigkeit jedes politischen Lagers, aus eigener Kraft an die Macht zu gelangen. Die Legitimationskrise an der „Basis“ schuf ihrerseits das heterogene, aber dynamische Protestpotential der NS-Bewegung. Die Krise bei den Machteliten öffnete durch die Ausschaltung jeder Alternative einer traditionell autoritären Lösung das Tor zum weitaus schlimmsten Ausweg – zu einer nationalsozialistischen Diktatur.

Wenn eine Voraussetzung der Machtübernahme Hitlers nicht die Stärke, sondern die Schwäche – und noch wichtiger die Fragmentierung – der traditionellen Machteliten war, wird man m. E. schwerlich von einem wirklichen Komplott im normalen Sinne des Wortes als Ursache sprechen können. Hitler war die letzte Möglichkeit, nicht die erste Option oder die bevorzugte Lösung der überwiegenden Mehrheit der traditionellen Eliten. Trotz der antidemokratischen Übereinstimmung waren die Eliten selber zu zersplittert und in ihren Alternativvorstellungen zu uneinheitlich, um ein bewußtes Komplott zu inszenieren, auch wenn man die Begleitumstände des Sturzes von Brüning und die Intrigen in der Kamarilla um Hindenburg in den letzten Wochen der Republik dabei natürlich keineswegs ignorieren darf.

In der Tat stellte die Bereitschaft der Eliten, das Risiko des 30. Januar 1933 einzugehen, den Bankrott ihrer Strategien und der Zielsetzung einer eher traditionellen, normal reaktionären ‚Konterrevolution‘ dar<sup>3</sup>. Das Verhalten der verschiedenen Machtgruppen zeichnete sich in einer Überschätzung der eigenen Stärke und einer Unterschätzung der Modalitäten der neuartigen Massenpolitik aus. Die *destruktive* Kraft, an der Unterminierung und Zerstörung der Demokratie maßgebend mitzuwirken, war zweifelsohne vorhanden. Aber die Eliten hatten sich, nachdem die verschiedenartigen halbautoritären Experimente unter Brüning, Papen und Schleicher fehlgeschlagen waren, als unfähig erwiesen, eine lebensfähige autoritäre Alternative alten Stils und ohne Massenbasis zu errichten. Nachdem das Papen-Kabinett kläglich gescheitert war und die Versuche Schleichers, Hitler entweder durch Einschaltung in die Regierung zu „zähmen“ oder ihn durch den Regierungseintritt Gregor Strassers auf ein Abstellgleis zu schieben, ebenfalls im Sand verliefen, kann die Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 nicht nur im nachhinein als ein von seiten der Machtinteressen der traditionellen Eliten äußerst riskantes Unternehmen, ein „Sprung ins Dunkle“, wie eine bayerische Tageszeitung es am nächsten Tag nannte, bewertet werden<sup>4</sup>.

Der „Pakt“ zwischen den Eliten und der NS-Führung brachte zwar einen Ausweg aus der Staatskrise, den Abschluß des Machtvakuum und teilweise die Wiederherstellung der alten Machtstrukturen auf neuer autoritärer Basis zustande. Aber die durch die Schwäche, die Fragmentierung und das politische Scheitern der Eliten verursach-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 277*

insbesondere *Detlev J. K. Peukert*, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne* (Frankfurt am Main 1987) 269 ff., hervor.

<sup>3</sup> Siehe *Richard Bessel*, 1933: A Failed Counter-Revolution, in: *Revolution and Counter-Revolution*, hrsg. von *E. E. Rice* (Oxford 1991) 109–27. Bessel bezieht sich auf Richard Löwenthals Definition von Konterrevolution in *Broszat et al.*, *Deutschlands Weg in die Diktatur* 95: „Eine Konterrevolution ist ein Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und ein System wiederherzustellen, das es schon mal gegeben hat. Und ein konterrevolutionärer Versuch war der Versuch von Papen und Hindenburg und nicht der Versuch der Nazis.“

<sup>4</sup> *Regensburger Anzeiger*, 31. Januar 1933.

ten Rahmenbedingungen der Machtübernahme Hitlers bedeuteten, daß – bei aller Kollaborationsbereitschaft der traditionellen Eliten – die in den nächsten Monaten rasch voranschreitende Machtkonsolidierung des Regimes eine fortlaufende Verschiebung der Gewichte innerhalb des „Machtkartells“ des „Dritten Reiches“ mit sich brachte – eine Verschiebung von den traditionellen Eliten zu den nationalsozialistischen Kräften<sup>5</sup>. Angesichts der Schlüsselpositionen im Reichskabinett nicht nur von Hitler selber, sondern insbesondere auch von Göring als preußischem Innenminister, ging die eigentliche Initiative von Anfang an in die Hände der Nationalsozialisten über. Ausschlaggebend war, daß die Repräsentanten der traditionellen Eliten weder den Willen noch die Kraft besaßen, die schon in der Gleichschaltungsphase stattfindende Beseitigung der Normen des zivilisierten Verhaltens, die meistens selbst unter ‚normalen‘ autoritären Regimen mehr oder weniger aufrechterhalten sind, zu verhindern<sup>6</sup>. Dies markierte den Anfang der Entwicklung, die bis 1938 zur Verwandlung der ehemaligen Machteliten in rein „funktionale Eliten“ führte<sup>7</sup>. Noch gravierender: Es war der Beginn eines Zivilisationsbruches, der sich in den nächsten Jahren immer weiter radikalisierte und in Auschwitz seine Kulmination fand.

Der 30. Januar 1933 war das Ende einer besonderen Spielart von umfassender Legitimationskrise, die die Konturen der neuen Staatsform in wichtigen Aspekten beeinflußte. Mit dem totalen Legitimationsverlust des pluralistischen Parteiensystems in der Endphase der Weimarer Republik ging bei großen Teilen der Bevölkerung die völlige Diskreditierung des *unpersönlichen* bürokratisch-funktionalen Verwaltungsstaates einher. Die Anziehungskraft Hitlers und der NS-Bewegung basierte nicht zuletzt auf der Bereitschaft von mehr als dreizehn Millionen Deutschen, in dieser Legitimationskrise zu glauben, daß die Rettung nur durch einen Führer möglich sei, der *persönliche*, unbürokratische Herrschaft ausüben und *persönliche* Verantwortung für seine Politik anbieten würde<sup>8</sup>. Die führenden Kräfte in Wirtschaft und Armee waren ihrerseits schließlich auch bereit, angesichts der mangelnden Alternativen die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Interessen einer neuen, äußerst ungewöhnlichen, rein *populistischen* politischen Kraft anzuvertrauen, die einen Machtanspruch durch die *persönliche* „Sendung“ ihres Führers begründete.

Von einer Selbstpreisgabe der Demokratie sollte man aber auch nicht unbedingt reden. Der Begriff scheint die Rolle des freien politischen Willens beim Untergang der deutschen Demokratie zu stark hervorzuheben. Denn schon längst vor der Machtzulassung Hitlers waren die einzigen Kräfte, die noch Befürworter einer Demokratie blieben, unter den politischen Parteien jetzt fast nur noch die SPD, so geschwächt und fast jedes politischen Handlungsspielraums beraubt, daß eine Möglichkeit, die selbst in SPD-Kreisen weitgehend unpopuläre und abgewirtschaftete Demokratie ge-

<sup>5</sup> Die Transformation der Kräfteverhältnisse innerhalb des „Machtkartells“ ist Gegenstand der Analyse von Peter Hüttenberger, Nationalsozialistische Polykratie, in: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976) 480–508.

<sup>6</sup> Siehe Bessel 120–1.

<sup>7</sup> Klaus-Jürgen Müller, Armee, Politik und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945 (Paderborn 1979) 44f.

<sup>8</sup> Siehe André Gorz, Farewell to the Working Class (London 1972) 58–63.

gen die mächtigen antidemokratischen Kräfte sowohl in den populistischen Massenbewegungen als auch unter den Eliten zu verteidigen, realiter nicht vorhanden war. Die noch existierenden demokratischen Kräfte waren schon längst ausmanövriert und ausgeschaltet, als Hitler an die Macht kam.

Der 30. Januar 1933 war nicht nur ein Ende, sondern auch ein Anfang. Obwohl der Machtantritt Hitlers die Staatskrise Weimars beendete und die Legitimationskrise dabei überwand, stellte er den Anfang einer andersartigen, noch größeren und umfassenderen Staatskrise dar, die zur totalen Zerrüttung und schließlich zum gänzlichen Verfall des deutschen Staates führte.

Die Macht des Staates in einer modernen, politisch relativ stabilen Demokratie beruht, so läßt sich behaupten, in erster Linie auf der Fähigkeit des Staates, durch eine Reihe von vermittelnden Institutionen und Organisationen, d. h. durch ständige Verhandlung zwischen den staatlichen Organen und der Interessenvertretung von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, einen Konsens zu gestalten – und dabei die Mitwirkung der Bürger und die politische Legitimation zu gewährleisten<sup>9</sup>. Wenn die Kapazität, dies zu bewerkstelligen, so geschwächt wird, daß die pluralistischen Strukturen – und damit die Demokratie selbst – zusammenbrechen, wird sie durch eine ‚despotische‘ Macht ersetzt, wo die Staatsführung, statt einen Konsens durch Verhandlung mit gesellschaftlichen Gruppierungen zu schaffen, versucht, ihn durch Gewalt und durch Monopol der meinungsbildenden Instrumente künstlich zu erzeugen. Der Verfall der Weimarer Demokratie seit 1930, der von einer extremen gesellschaftlichen Polarisierung und politischen Fragmentierung gekennzeichnet wurde, schuf den Rahmen, in dem der deutsche Staat „despotisch“ neu konstituiert werden konnte.

Es war nicht nur so, daß die extreme Polarisierung der deutschen Gesellschaft während der Krise den extremen Versuch provozierte, den fehlenden Konsens durch brutale Unterdrückung und zynische Manipulation wettzumachen. In einem noch tieferen Sinne schuf die Legitimationskrise des Weimarer Staates die Grundlagen für die scheinbare Überwindung, in Wirklichkeit aber die Fortsetzung der Strukturkrise im Staatswesen des Deutschen Reiches.

Das, was mit dem 30. Januar 1933 in Gang gesetzt wurde, war nämlich der Anfang eines Prozesses der Zersetzung, der Desintegration und des allmählichen Verfalls einer rationalen Staatsordnung, der schließlich den deutschen Staat in das verwandelte, was Franz Neumann mit der Metapher des „Behemoth“ kennzeichnete: „ein(en) Unstaat, ... ein Chaos, eine Herrschaft der Gesetzlosigkeit und Anarchie“<sup>10</sup>.

Aus der Weimarer Staatskrise entstehend, entwickelte sich allmählich, aber unverrückbar der „Pakt“ zwischen den traditionellen national-konservativen Machteliten und der NS-Führung zu einer Dominanz der spezifisch nationalsozialistischen Machtexekutive, die den Staat als rationales Verwaltungsorgan und als politisches Entscheidungsgremium zunehmend mißachtete, übergieg oder ausschaltete. Um, wie sie

<sup>9</sup> Siehe *Michael Mann*, *The Autonomous Power of the State: its origins, mechanisms, and results*, in: *Archives européennes de sociologie* 25 (1984) 188 ff.

<sup>10</sup> *Franz Neumann*, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944* (Frankfurt am Main 1984) 16.

meinten, ihre eigene Herrschaft wiederherzustellen und zu sichern, zeigten sich die traditionellen Eliten bereit, bei der fortschreitenden Auflösung des formellen Staatswesens zu kollaborieren. Die Teilaffinitäten mit der Zielrichtung der nationalsozialistischen Führung, sowohl bei der innenpolitischen Wiederherstellung von „Ordnung“ als auch bei einer revisionistischen Außenpolitik, hatten zur Folge, daß die national-konservativen Eliten zunehmend die Brücken hinter sich abbrachen. Anders als bei der klassischen Bonapartismustheorie kam es aber, nachdem der Usurpator seine, wie man meinte, vorübergehende Aufgabe erledigt hatte, nicht zu einer Rückkehr der alten Kräfte an die Macht, sondern zu einer weiteren Verstärkung und Verselbständigung der neuen zerstörerischen Kräfte im System. Die skrupellose, parasitäre Ausbeutung und gleichzeitige Verzerrung der existierenden Strukturen durch die NS-Führung, die improvisierten Methoden des „Maßnahmenstaates“, die Umlenkung der sozialen Antagonismen und Erwartungen in Aggression gegen „Staatsfeinde“ und „Gemeinschaftsfremde“ und das Hinsteuern auf einen „Alles oder Nichts“-Krieg führten unausweichlich in die Richtung einer „Systemlosigkeit“<sup>11</sup>, die als Kennzeichen des Hitler-Staates gelten kann. In diesem Regime, so ist zu Recht gesagt worden, war nicht nur „die Sinnentleerung der staatlichen Institutionen“, sondern, und noch gravierender, „die Privatisierung öffentlicher Gewalt“ das Hauptmerkmal<sup>12</sup>. Es war ein Herrschaftssystem, um Franz Neumann noch einmal zu zitieren, in dem „die herrschenden Gruppen die übrige Bevölkerung direkt kontrollieren, ohne die Vermittlung durch den wenigstens rationalen, bisher als Staat bekannten Zwangsapparat“<sup>13</sup>.

Der Verfall des Staatswesens konnte zwar Anfang 1933 nicht vorausgesehen werden. Aber im historischen Rückblick kann der 30. Januar 1933 als der entscheidende Augenblick betrachtet werden, in dem aus der scheinbaren Lösung der Weimarer Staatskrise ein „rationales“ Staatswesen als Regierungsinstrument selber zu verfallen begann.

Die entscheidende Triebkraft bei der Zersetzung des Staatswesens war die neue und eigenartige Herrschaftsform, die die Führung Hitlers darstellte. Diese Form läßt sich meines Erachtens am besten durch den Weberschen Begriff der „charismatischen Herrschaft“ charakterisieren<sup>14</sup>. Am 30. Januar 1933 waren die Makler der Macht in der Umgebung des Reichspräsidenten Hindenburg bereit, die Führung eines modernen, hochentwickelten, bürokratischen Staates einem Außenseiter anzuvertrauen, der eine fundamental andere und im Rahmen eines modernen Staatssystems außergewöhnliche, anormale Machtvorstellung hatte – eine Konzeption von Macht, die auf *persönli-*

<sup>11</sup> *Martin Broszat*, *Der Staat Hitlers* (München 1969) 9.

<sup>12</sup> *Wolfgang Benz*, *Partei und Staat im Dritten Reich*, in: *Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte*, hrsg. von *Martin Broszat* und *Horst Möller* (München 1983) 78.

<sup>13</sup> *Neumann* 543.

<sup>14</sup> Für die Auslegung des Begriffs siehe *Max Weber*, *Wirtschaft und Gesellschaft* (Tübingen 1985) 124, 140–8, 155–8. Eine konkrete Anwendung des Begriffs auf die Herrschaft Hitlers findet man bei *M. Rainer Lepsius*, *Charismatic Leadership: Max Weber's Model and its Applicability to the Rule of Hitler*, in: *Changing Conceptions of Leadership*, hrsg. von *Carl Friedrich Graumann* und *Serge Moscovici* (New York 1986). Der Begriff liegt außerdem meiner eigenen kurzen Interpretation der Hitlerschen Machtausübung zugrunde: *Ian Kershaw*, *Hitler. A Profile in Power* (London 1991; die deutsche Übersetzung „Hitlers Macht“ erscheint bei dtv 1992).

ber, nicht bürokratischer Herrschaft beruhte. Die Verkörperung dieser aus einem Anspruch auf eine historische Sendung und nicht auf die Formalitäten einer Staatsverfassung abgeleiteten persönlichen Herrschaft in der Verfassungstheorie und -praxis, d. h. im staatlichen Recht und in der Staatsform, bedeutete den denkbar schärfsten Bruch mit der Tradition des verfassungsmäßigen Rechtsstaates. Die verwandelte äußerliche Form des Hitler-Staates, selbst wenn die Verwandlung eher ein schleichender Prozeß als eine sofortige drastische Umformung war, besagte demnach eine fundamentale Änderung im Wesen des Staates selber. Sowohl die Form als auch die Substanz des Staates waren nicht nur vom Weimarer Rechtsstaat, sondern auch vom Obrigkeitsstaat des Kaiserreiches grundverschieden.

Nach der Begriffsbestimmung Max Webers kann von einem zunehmenden und unlösbaren Widerspruch im „Dritten Reich“ zwischen der legal-rationalen und der charismatischen Herrschaft gesprochen werden. Die „rationalen“ Verwaltungsinstrumente des modernen Staates konnten natürlich nicht völlig beseitigt werden. Deswegen kam es ab dem 30. Januar 1933 zu einer allmählich verstärkten Überlagerung der charismatischen auf die legal-rationale Herrschaftsform, die aber einen unausweichlichen Zersetzungs- und Verzerrungseffekt haben mußte. Die beiden Formen konnten nämlich auf die Dauer nicht miteinander existieren. Die „charismatische Herrschaft“, die, wie Max Weber behauptete, auf zweierlei Weise, durch Mißerfolg und durch Veralltäglichsung<sup>15</sup>, stets dem Untergang ausgesetzt bleibt, ist immanent labil, vom wiederholten Erfolg abhängig und zum Hasardspiel tendenziell bereit, um ihre Überlebenschancen zu vergrößern und ihren Untergang zu verhindern. Falls – bei einer äußerst extremen Legitimationskrise nicht nur an der Basis einer Gesellschaft, sondern auch bei den führenden Kräften – ein solcher Herrschaftsanspruch auf weitgehende Akzeptanz stößt, ist das zwangsläufige Ergebnis wohl die Korrosion von festgefügtten „rationalen“ Herrschaftsapparaten, d. h. des legal-rationalen Staates. Dies geschah im „Dritten Reich“. Der Ausgangspunkt war der 30. Januar 1933.

Mit dem Übergang zur charismatischen Herrschaftsform durch die Zulassung Hitlers an die Macht läßt sich der historische Ort des 30. Januar 1933 in der deutschen Geschichte schließlich folgendermaßen festlegen: Es war der Tag, an dem der NS-Staat – entstanden aus einer Kette von Kontinuitätssträngen, die das „Dritte Reich“ mit dem Kaiserreich verbanden und Hitler „ermöglichten“ – den Weg einschlug, der zur Ausnutzung und Verzerrung dieser Kontinuitäten führte, bis sie in der totalen Niederlage 1945 endgültig zerbrachen.

Die Reduzierung – besser die Selbstreduzierung – der ehemaligen Machteliten auf die Rolle von reinen Funktionseliten und deren Komplizenschaft im NS-Regime, die ihre völlige Diskreditierung nach dem Zusammenbruch zur Folge hatte; der Übergang von einer konventionellen Machtpolitik zum Rassenimperialismus, der Deutschland ab 1945 jeden moralisch berechtigten Anspruch auf seine ursprünglichen Ostgebiete wegnahm; die Verschmelzung von völkischer Ideologie und überkommenen hypertrophierten nationalistischen Werten, die zur Zentralität der Rassenpolitik, zum Zivilisationsbruch und nach der deutschen Niederlage zur fast universalen Verurtei-

<sup>15</sup> Weber 140–43.

lung solcher Werte führte; und – diesen Entwicklungen zugrundeliegend – die zersetzende Auswirkung der charismatischen Herrschaft auf die Strukturen des deutschen Staates, die einen gänzlich neuen Anfang ab 1945 erforderte und ermöglichte: Dies sind die wesentlichen Faktoren, die das Zerbrechen der Kontinuitäten schon anbahnten, bevor die totale Niederlage 1945 den entscheidenden Bruch mit den prägenden Strukturen des Deutschen Reiches besiegelte.

Ausschlaggebend in dieser Entwicklung war, um meine These knapp zusammenzufassen, die besondere Herrschaftsform, die aus der umfassenden Staatskrise der Jahre 1930–33 hervorging. Das Merkmal der „normalen“ Herrschaftsform im modernen Staat ist eine „rationale“, entpersonalisierte, verfassungsmäßige Autorität, die am besten dazu geeignet ist, die Bedingungen der kontinuierlich sozio-wirtschaftlichen und politischen Reproduktion zu gewährleisten. Angesichts des unverkennbaren Bankrotts einer solchen Herrschaftsform in der Weimarer Staatskrise waren die traditionellen Machteliten bereit, in ein Herrschaftsexperiment, das von dreizehn Millionen Deutschen offensichtlich herbeigewünscht wurde und deswegen die notwendige Massenbasis für eine bis dahin fehlende lebensfähige autoritäre Lösung der Krise zu versprechen schien, einzugehen.

Die Krisenlösung eines persönlichen Regiments – d.h. der charismatischen Herrschaft Hitlers – ging eine Zeitlang mit den Interessen der traditionellen Machteliten weitgehend konform, barg aber in sich das Potential der wachsenden Autonomie der spezifisch nationalsozialistischen Machtziele, die im charismatischen Führer verkörpert waren. Die Logik des eingeschlagenen Weges aus der Wirtschafts- und Staatskrise führte daher unweigerlich in Richtung eines Herrschaftssystems, das auf die Erreichung von irrationalen Zielen angelegt war. Erst zu spät wurde von einigen Vertretern der traditionellen Machteliten voll anerkannt, daß das System letzten Endes ihren eigentlichen Machtinteressen zwangsläufig entgegenwirken mußte.

Das notwendige Hasardspiel der immanent destruktiven, systemzerstörenden charismatischen Herrschaft, die am 30. Januar 1933 ins Leben gerufen wurde und insbesondere in der Anfangsphase durch die Kollaboration der alten Machteliten am Leben gehalten wurde, konnte kaum anders enden, als in dem endgültigen Zusammenbruch des charismatischen Systems selber und des damit verfallenden deutschen Staates. Die Krise des deutschen Staates unter Hitler war in diesem Sinne weniger die Überwindung als vielmehr die Fortsetzung und Zuspitzung der in den Jahren 1930–33 entstandenen Staatskrise.

Der historische Ort des 30. Januar 1933 läßt sich selbstverständlich nicht nur auf dessen schicksalhafte Bedeutung für die deutsche Geschichte beschränken. Wie bei der Französischen und Russischen Revolution ist der Anfang der nationalsozialistischen Revolution ein Datum von *weltgeschichtlicher* Bedeutung<sup>16</sup>. Der weltgeschichtliche Ort des 30. Januar 1933 liegt darin, daß dieser Tag den Anfang des Weges dar-

<sup>16</sup> Für die Bedeutung dieser Perspektive im Zeichen der „Historisierungs-Debatte“ siehe *Saul Friedländer*, *Some Reflections on the Historicization of National Socialism*, und *Otto Dov Kulka*, *Singularity and its Relativization*, beide in: *Reworking the Past. Hitler, the Holocaust, and the Historians' Debate*, hrsg. von *Peter Baldwin* (Boston, Mass. 1990) 98 f., 158.

stellt, der zu Barbarei, Weltkrieg und Völkermord führte. Obwohl nur wenige bei Hitlers Machtübernahme es ahnten, war der 30. Januar 1933 die Ouvertüre zu einer Katastrophe in der deutschen und in der Weltgeschichte, mit deren Folgen wir heute noch leben.

# Diskussion

*Rainer Eckert*

Nach den Ausführungen von Herrn Kershaw bleibt die Frage, ob der Zerfall einer rationalen Staatsordnung in Richtung von Systemlosigkeit ein entscheidendes Kennzeichen des Nationalsozialismus war. Oder wurde die mit einem bewußten Ämterpluralismus verbundene Teilung in einen Normen- und einen Maßnahmestaat mit ihren ständigen Spannungen nicht bewußt zur Herrschaftssicherung eingesetzt? Es war doch wohl so, daß die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Funktionsträgern deren Leistungsfähigkeit steigern sollte, und gleichzeitig war beabsichtigt, die Möglichkeiten für einen eventuellen Widerstand zu verringern. Immerhin erlaubte die im Nationalsozialismus vorhandene Rationalität von Herrschaft die Organisation und Führung eines lange Zeit erfolgreichen Aggressionskrieges. Wenn auch das Ziel eines totalen Krieges mit der Zusammenfassung aller Kräfte letztlich nicht erreicht werden konnte, so waren doch fortwährende (ihren Höhepunkt 1944 erreichende) Effektivitäts- und Produktivitätssteigerungen möglich.

Zwar sollte die von Kershaw betonte Rolle von Gewalt und Manipulation bei der Sicherung der despotischen Macht der NS-Elite nicht unterschätzt werden, doch waren die Mittel zur Konsens-Herstellung vorrangig anderer Natur. Das gilt für die Fortsetzung der in der Weimarer Republik angelegten Modernisierungstendenzen in der Sozialpolitik, für Perspektivgewinn der breiten Masse der Bevölkerung im Zuge der Aufrüstung und für die teilweise Aufhebung gesellschaftlicher Barrieren. Gab es nicht ab 1936 zunehmende Zufriedenheit durch langsam wachsenden Wohlstand? Wie läßt sich sonst die verbreitete Begeisterung für Hitler erklären? Letztlich war die Banalität des Alltags, an der sich auch der charismatische Führerkult im Laufe der Zeit abnutzte, für die Bevölkerungsmehrheit entscheidend.

*Eberhard Kolb*

Es ist unverkennbar, daß – auf diesem Kolloquium wie in der Forschung allgemein – die Auffassung dominiert, die Weimarer Republik sei schon vor der Machtübertragung an das Hitler-Kabinett ganz auf „Untergang“ programmiert gewesen. Zur Begründung dieser Auffassung läßt sich auf eine Fülle von Fakten und Bekundungen, auf vorherrschende politische Einstellungen und Mentalitäten verweisen. Doch dabei handelt es sich durchaus um eine Auswahl aus dem historischen Material und um eine bestimmte Gruppierung der Zeugnisse zur Stützung der Beweisführung. Das hat man sich immer vor Augen zu halten.

Ich vertrete demgegenüber die Meinung, daß der Untergang der ersten deutschen Demokratie keineswegs so zwangsläufig und unvermeidlich war, wie das heute den meisten erscheint. Zwar fiel die Leistungsbilanz der Republik in den Augen vieler ihrer Bürger nicht positiv aus. Aber mangelnde Erfolge allein hätten das Ende Weimars

nicht besiegeln müssen, wenn der Staat von Weimar – in welch (zeitweilig) transformierter Gestalt auch immer – eine längere Dauer hätte gewinnen können, wenn es nicht zur Auslieferung des Staatsapparats an die Hitler-Bewegung gekommen wäre. Die Dauerhaftigkeit eines Staatswesens ist ein nicht zu unterschätzender Legitimitätsstiftender Faktor und vermag ausbleibende Leistungen des Staates zu kompensieren.

In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die Anfänge der Dritten Republik in Frankreich lehrreich, eine Republikgründung nach verlorenem Krieg wie die Weimarer Republik. In ihren Anfangsjahren war die Dritte Republik mindestens ebenso instabil wie die Weimarer Republik, sie entwickelte sich aber mit den Jahren zu einem Staatswesen von respektablem Statur, weil sie die zahlreichen Krisen in den ersten zwanzig Jahren ihrer Existenz überstand und danach mit fortlaufender Zeitdauer an innerer Stabilität gewann.

Gewiß hat man sich vor zu weitgehenden Analogisierungen zu hüten, aber soviel läßt sich aus diesem historischen Fallbeispiel folgern: Für die Weimarer Republik kam es in der existenzbedrohenden Krise von 1932/33 auf ihr bloßes Überleben als Verfassungsstaat mit dem Offenhalten der Möglichkeit zu späterer Reparlamentarisierung an. Eine durchgestandene Existenzkrise ohne unwiderruflichen Substanzverlust an demokratischer Verfassungsstaatlichkeit hätte Weimar auch ohne beeindruckende Leistungsbilanz eine langfristige Bestandsperspektive eröffnen können.

### *Peter Krüger*

Zu den krisenverschärfenden deutschen Traditionen gehörte nicht nur die auf den Reichspräsidenten orientierte „Reserveverfassung“, sondern auch die „Reserveverfassung des Militärs“, seine integrierende Kraft, das Nachdenken über die Verfügbarkeit der militärischen Macht auch im innenpolitischen Ernstfall, außerdem vor allem das Militär als außenpolitischer Rückhalt, der gerade nach Versailles wiederhergestellt werden sollte als Basis einer neuen stabilen Machtstellung von Staat und Nation. Stabilisierung wurde in den 20er Jahren allerdings noch dezidiert mit anderen Mitteln erstrebt: durch die Locarno-Politik internationaler Verständigung, durch die integrierende Wirkung außen- und revisionspolitischer Erfolge auf dem Wege des Interessenausgleichs mit den Siegern und durch die Einbeziehung des Reiches in eine zu fördernde internationale Verflechtung (Westorientierung), die dann vor allem über die Außenwirtschaft Wohlstand bringen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas steigern und die Lösung der Reparationsfrage 1929 zum Instrument weltwirtschaftlicher Stabilisierung und Entfaltung machen sollte. Dazu fehlte die nötige Zeit, so daß Stresemann außenpolitisch am Ende fast verzweifelt um rasche Erfolge kämpfen mußte, um die breite, aber unstete, politisch anfällige Zustimmung zur Locarno-Politik aufrechtzuerhalten, die zwar von den Gewerkschaften bis zur Industrie reichte, aber 1928 zu zerfallen begann. Wenn man vom Bemühen um ein wirtschaftliches Wunder zum Zwecke der Kompensierung mangelnder politisch-gesellschaftlicher Stabilisierung spricht, dann war Locarno das Bemühen um ein entsprechendes außenpolitisches Wunder. Dies kehrte sich in der Staatskrise der früheren 30er Jahre um, als

die Gegner der Locarno-Politik, wie Bülow, ans Ruder kamen: Die inneren Turbulenzen nutzte man nun als internationales Druckmittel zur Erzwingung bedeutender revisionspolitischer Erfolge aus. Dabei hat sich die Gleichgültigkeit der Diplomaten (und der übrigen traditionellen Eliten) gegenüber dem Verfassungs- und politischen Normenverfall und ihr mangelnder Sinn für moderne politische Problemverflechtung, gerade zwischen Innen- und Außenpolitik, verhängnisvoll ausgewirkt, auch auf ihren eigenen Einfluß und ihre Stellung als Elite. Denn die Abkoppelung der Exekutive von der Legislative führte zunehmend auch zu einer Abkoppelung von den politischen Entscheidungen, zur politischen Fragmentierung der Ministerien und der Reichsbürokratie und zu einer wachsenden Bedeutung der Beschlußfassung in kleinen Zirkeln außerhalb der Geschäftsordnung der Reichsregierung, und diese Tendenz war schon vor 1933 erkennbar gewesen.

### *Peter Steinbach*

Ich denke, die Entscheidung über Wert und Nutzen der Modernisierungstheorie läßt sich nur dann wissenschaftlich begründen, wenn wir ein analytisch-funktionales Modernisierungskonzept von einer normativ orientierten Modernisierungsvorstellung trennen. Es ist weithin anerkannt, daß die normativ hochgradig aufgeladene, an den Begriff der Verwestlichung gebundene Vorstellung von der Modernisierung als einem zwangsläufigen Prozeß in den sechziger Jahren in eine Krise geraten ist. Weniger bewußt ist aber, daß als Reaktion auf die Krise der Modernisierungstheorie eine analytisch durchaus ertragreiche Verbesserung dieses Konzepts erfolgte. Ich denke, der Vorteil der Modernisierungstheorie liegt in der Möglichkeit, historische Faktoren zu gewichten und in eine Beziehung zu rücken, die zugleich Handlungsdefizite und Strukturdefekte eines Systems deutlich macht, aber auch Notwendigkeiten politischer Entscheidung erklären kann. Feldman hat deutlich einige dieser Momente benannt, während Kershaw stärker in seiner Beurteilung des Nationalsozialismus modernisierungskritischen Vorstellungen verhaftet blieb. Feldman orientierte sich an der Leistungsfähigkeit des Weimarer Systems und seiner Elite, Kershaw an dem zivilisatorischen Rückschritt, der sich im Nationalsozialismus verkörperte. Beide Argumentationsebenen lassen sich nicht verbinden, und schon gar nicht läßt sich in der Auseinandersetzung mit beiden Ansätzen über den endgültigen Wert ihrer Ansätze entscheiden.

Ich denke, in gewisser Weise haben beide Recht. Feldman knüpft an eine liberaldemokratische Vorstellung an, wenn er betont, daß eine politische Elite gewisse Systemleistungen zu erbringen hat, die eine Ordnung durch Erhöhung von Kapazitäten der Selbststeuerung und Anpassung zu stabilisieren haben. Analytisch betrachtet, ist also zu fragen, ob die Angehörigen der deutschen Führungsgruppen dieser Anforderung genügt haben: Hat etwa die kulturelle Elite dazu beigetragen, republikanische Wertvorstellungen zu stabilisieren und so in einer republikkritischen oder -feindlichen Gesellschaft ein demokratisches und liberales Selbstbehauptungspotential zu stärken? Haben die Angehörigen der wirtschaftlichen Elite jenen Kompromiß gesucht, der im

verteilungspolitischen Kontrahenten auch den Mitspieler sieht? Haben die politischen Führungsgruppen in ihren politischen Maßnahmen die Integration der Gesellschaft und die Stabilisierung durch Krisenüberwindung im Blick gehabt (denn modernisierungstheoretisch ist die Krise nichts anderes als die Notwendigkeit der Erhöhung von Selbststeuerungskapazitäten der Gesellschaft, die durch das gemeinsame Systemziel ihre Gegensätze mildert und Spaltungslinien überbrückt)?

Es ist deutlich geworden, daß die deutschen Eliten seit 1930 vor dieser Aufgabe versagten, jede in ihrem Bereich, mit entscheidenden Folgen für das Gesamtsystem. Es ging nicht um Überwindung der Krise, sondern um ihre Nutzung für einen Verfassungsumbau, der die gesellschaftliche Schichtung neu strukturieren und eine neue politische Ordnung ermöglichen sollte, die sich nicht mehr durch ihre liberaldemokratische Qualität bestimmen sollte. Funktional betrachtet, versagte die Elite, also die Gruppe, die Wertakzente setzen und gesamtgesellschaftliche Zielbestimmungen beeinflussen, aber auch durch staatliches Handeln durchsetzen kann, vor ihrer Aufgabe politischer Entwicklung als einer speziellen Form der Systemanpassung. Dies zu konstatieren, fällt mit Kategorien der Modernisierungsforschung vielfach leichter als mit Methoden der Deskription. Deshalb besteht kein Grund, die analytischen Möglichkeiten dieser konzeptionell orientierten Theorie dem problematischen normativen Konzept unterzuordnen, zumal, wenn sich der Zusammenbruch sozialistischer Systeme als ideales Exempel für die Modernisierungstheorie begreifen läßt und nicht zuletzt geeignet scheint, auch die normative Potenz dieser Theorie in ein neues Licht zu rücken.

### *Anthony J. Nicholls*

Es ist behauptet worden, jeder Staat brauche eine Art von Wirtschaftswunder, um die verschiedenen Ansprüche in der Gesellschaft zu befriedigen. Dieses Wirtschaftswunder sei nach 1948 in der Bundesrepublik eingetreten, in Weimar aber nicht möglich gewesen. Meine erste Bemerkung knüpft an das bekannte Wort Ludwig Erhards an, in der Wirtschaft gebe es keine Wunder, nur die Ergebnisse einer vernünftigen und theoretisch wohlfundierten Wirtschaftspolitik. Dann möchte ich die Frage stellen: Wer war dafür verantwortlich, daß eine solche Politik in Weimar nicht verfolgt worden ist? Wenn man die freie Marktwirtschaft und die freie Wirtschaftsordnung als ideal betrachten will, soll man die Tatsache nicht außer acht lassen, daß zwischen 1925 und 1930 Deutschlands Wirtschaftsordnung in vielen Hinsichten liberaler war, als in den Jahren unmittelbar nach der Währungsreform von 1948. Zwischen 1930 und 1932 aber hat Brüning eine weitaus interventionistischere Wirtschaftspolitik betrieben als seine Vorgänger. Die Tatsache, daß seine Politik *deflationär* war, bedeutet nicht, daß sie marktgerecht war. Brünings Politik wurde damals von manchen liberalen Nationalökonomern kritisiert. Nach dem Krieg hat Wilhelm Röpke Brüning geschildert als „einen sturen Westfalen und noch dazu mit einem Reserveoffizier- und Kriegserlebniskomplex behaftet, der oft geradezu komisch wirkte. Seine Wirtschaftspolitik habe ich damals wie heute als katastrophal beurteilt: das Musterbeispiel dafür, wie

man einer solchen Krise nicht Herr zu werden versuchen soll.“ *Eva Röpke* [Hrsg.], *Wilhelm Röpke, Briefe 1934–1966. Der innere Kompaß* (Erlenbach/Zürich 1976) S. 93.

Brünings puritanische Neigung, das deutsche Volk leiden zu lassen, um nationale Ziele (Abschaffung von Reparationen oder Wiederbewaffnung) zu erzielen, hatte wenig gemein mit einer Politik der freien Marktwirtschaft zu tun. Sie hat ganz bestimmt wenig gemein mit Erhards Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, weil Erhard die Vorstellung stets verworfen hat, daß das Volk immer Opfer bringen müsse, um die Zukunft zu sichern, statt hohe Löhne durch Arbeit erzielen zu können.

### *Jürgen John*

Die NS-Diktatur stellte – gemessen an den Normen einer zivilisierten Gesellschaft – zweifellos einen „Zivilisationsbruch“ und einen Rückfall in Barbarei schlimmster Art dar. Dennoch war sie – gemessen an dem, was man unter „Modernisierung“ versteht – nicht unmodern. Der Irrationalismus des Regimes ging mit einem erheblichen Maße von Zweckrationalität, sozialer Rationalisierung etc. einher. Gerade die in den 20er Jahren angebahnten massenkulturellen Prozesse und die Rationalisierungsbewegung gewannen in der NS-Zeit eine ganz neue Dimension, worauf neuere Untersuchungen nachdrücklich aufmerksam machen. Es handelte sich durchaus nicht nur um eine „Modernisierung wider Willen“, sondern auch um eine sehr „gewollte Modernisierung“ für die bekannten Zwecke des NS-Regimes. Man sollte diese Zusammenhänge, Verstrickungen und Widersprüche in der Gesamtdiskussion beachten und dabei – im Sinne kritischer Modernisierungstheorien – die negativen Seiten der „Modernisierung“ – vor allem der autoritär durchgesetzten – stärker betonen.

### *Albrecht Ritschl*

Fest steht, daß Henry Turner der eigentliche „Sieger“ des heutigen Tages ist, erweist sich doch auch nach zwanzig Jahren seine Unterscheidung zwischen faktischer und internationaler Ebene der Modernisierung im Nationalsozialismus als paradigmatisch. Eigenartig bleibt, daß es im Nationalsozialismus Modernisierungsprozesse gibt, die mit dem Ziel der Kriegsvorbereitung nicht hinreichend erklärbar scheinen. Auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts ist der Nationalsozialismus mit der Schaffung des Kreditwesengesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes sowie des Aktiengesetzes überaus produktiv; ja es gibt sogar Schubladenpläne für ein Wettbewerbsgesetz, das in seinen Grundzügen dem späteren GWB in der Bundesrepublik entspricht. Es fragt sich, ob es hierfür nicht doch – jenseits „ungewollter Modernisierung“ – eine intentionale Grundlage gibt.

### *Ian Kershaw*

Ich möchte zum Schluß auf zwei Punkte kurz eingehen: auf die Modernisierungsfrage und auf die Sonderwegsdebatte.

Ich bin gegen den wertneutralen Gebrauch des Modernisierungsbegriffs. Mir scheint die analytische Schärfe des Begriffs geradezu in seiner normativen Bedeutung zu liegen – angenommen natürlich, daß das normative Verständnis offen dargelegt wird. Der Versuch, den Begriff von seiner normativen Konnotation zu befreien, führt m. E. zur analytischen Bedeutungslosigkeit des Begriffs und in die intellektuelle Sackgasse, wie manche neuerlichen Versuche, den Begriff „wertneutral“ auf das „Dritte Reich“ zu verwenden, bezeugen. Die Modernisierungsfrage bedarf einer Langzeitperspektive. In einer solchen Perspektive liegt es auf der Hand, daß es auch im „Dritten Reich“ einige Entwicklungen gab, die in einem Kontinuum nicht nur mit Weimar, sondern auch mit der Bundesrepublik stehen. Aber an Hand von einem „neutralisierten“ Modernisierungsbegriff Hitler als bewußten „Modernisierer“, sein Regime als „Entwicklungsdiktatur“ oder Robert Ley als Befürworter eines modernen Wohlfahrtsstaates darzustellen, heißt nach meinem Dafürhalten an dem Wesen des Nationalsozialismus gänzlich vorbeizugehen und einen Ansatz zu verfolgen, der wissenschaftlich unergiebig, wenn nicht gar apologetisch ist.

Die Modernisierungsfrage ist mit der Sonderwegsdebatte eng verflochten. Nach meiner Meinung ist man angesichts der Kritik an der tradierten Sonderwegsthese in den 80er Jahren zu schnell bereit gewesen, die Vorstellung eines deutschen Sonderweges über Bord zu werfen. Ich habe keine Schwierigkeiten mit der bedeutenden Korrektur, daß Deutschland im Kaiserreich eine durchaus bürgerliche und keine vormoderne, feudalisierte Gesellschaft war. Das ist aber der Anfang, nicht das Ende der Sonderwegsdiskussion. Es führt selbstverständlich nur zur nächsten Frage: warum gerade *diese* bürgerliche Gesellschaft, warum dieser moderne Staat einen Hitler vorbrachte. Die Frage des Sonderweges sollte wohl in die Ebene der politischen Strukturen und der politischen Kultur versetzt werden. Auf dieser Ebene – an Hand eines normativen Modernisierungsbegriffs – kann man dann die Besonderheiten der deutschen politischen Kultur und der Unfähigkeit einer „modernen“ Staatsform in der Weimarer Republik, mit der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ideologischen Krise fertig zu werden, analytisch untersuchen. In diesem Sinne – ich stimme Gerald Feldman zu – ist die Volksgemeinschafts-Idee des Nationalsozialismus als Flucht vor den Problemen der politischen Modernisierung zu verstehen. Was unter Hitler geschah, kann man wohl Hans Mommsen zufolge mit dem Begriff der „vorgetäuschten Modernisierung“ definieren. Demnach war das „Dritte Reich“ durch die Flucht aus der Politik in eine chiliastische Vision der nationalen Rettung durch eine rassisch gesäuberte Volksgemeinschaft und den Rassenimperialismus ein barbarischer Versuch, die Steuerungsprobleme einer modernen Gesellschaft mit Gewalt zu beseitigen. Das nationalsozialistische Regime war zu keiner rationalen Prioritätensetzung fähig. Alles beruhte auf einem Hasardspiel, das zu gewinnen kaum möglich war. Insofern war nicht nur die Destruktion in gigantischem Ausmaß dem Nationalsozialismus immanent, sondern auch die Selbstzerstörung. Und bei allen Kontinuitäten über 1945 hin-

aus markiert die Zerstörung der prägenden Strukturen, der politischen Zielsetzungen und der politischen Kultur in der totalen Niederlage immer noch m. E. die große Zäsur, die eine – normativ verstanden – „normale“ Modernisierung in der Bundesrepublik, und damit das Ende des Sonderweges, bedeutete.

### *Gerald D. Feldman*

Angesichts des Geschehens am 30. Januar 1933 gab es sicherlich autoritäre Alternativen, und es ist nicht unvorstellbar, daß eine militärische Diktatur oder irgendeine andere Art autoritäre Regierung über einen gewissen Zeitraum einer Redemokratisierung gewichen wäre. Ein derartiger Optimismus im nachhinein wird aber zwangsläufig aufgrund der Tatsache gedämpft, daß in Deutschland kein echter Demokratiekonsens vorhanden war. Außerdem bedeutete die Reichstagswahl vom 6. November 1932 zwar einen Schlag gegen Hitler, aber nicht die Option für eine demokratische Lösung. In den Augen der meisten Deutschen war die parlamentarische Demokratie diskreditiert. Aus dieser Perspektive waren die Chancen einer erneuten und echten politischen Modernisierung, besser: einer „remodernization“, gering. Was die Wirtschaftspolitik anging, war Papen „moderner“ als Brüning, Hitler sogar noch „moderner“ in dieser und vielerlei anderer Hinsicht. Man denke nur an seine Propaganda- und Terrormethoden. So kehre ich zu meinen grundsätzlichen Thesen zurück: Eine erfolgreiche Modernisierung steht und fällt mit der demokratischen politischen Modernisierung. Die deutsche politische Kultur tendierte dazu, die parlamentarische Demokratie als eine absolute Wertvorstellung abzutun, und es war diese Schwäche in der politischen Kultur, die die von den alten Eliten ergriffene „dezisionistische Flucht nach vorn“ zum Erfolg werden ließ.



# Personenregister

bearbeitet von Jörg Judersleben

- Abegg, Wilhelm 83, 84, 95, 96, 102, 107  
Abraham, David 236  
Anschütz, Gerhard 187
- Bäumer, Gertrud 29  
Bentheim-Tecklenburg-Rheda, Adolf Fürst  
zu 245  
Bethke, Hermann 249  
Bilfinger, Carl 203  
Boehm, Max Hildebert 2  
Bonn, Moritz Julius 129  
Borchardt, Knut 85, 133–135, 137, 140, 143,  
144, 153, 215, 229, 266  
Borsig, Arnold von 226, 234  
Borsig, Ernst von 222, 227  
Bracher, Karl Dietrich 39, 155  
Bracht, Franz 23  
Bradbury, Sir John 112  
Brandler, Heinrich 91  
Braun, Heinrich 22  
Braun, Otto 54, 78, 102  
Brauweiler, Roland 222  
Bredow, Ferdinand von 178  
Breitscheid, Rudolf 201, 270  
Brüning, Heinrich 2, 3, 19, 21, 23–29, 31, 33,  
36, 38, 40, 42, 44, 46, 51–55, 69, 71–73, 78–  
81, 84, 102, 106, 107, 112, 126, 127, 130,  
140, 141, 143, 151–153, 158, 163, 183–185,  
206–209, 211, 227–229, 233–237, 243, 247,  
248, 261, 262, 269, 278, 288, 289, 291  
Brünneck-Bellschwitz, Manfred Graf von 46  
Buchanan, James 120  
Buchwitz, Otto 97  
Bücher, Hermann 224, 225  
Bülow, Bernhard Wilhelm von 287  
Burghart, Georg 29  
Buttlar-Venedien, Freiherr von 249
- Cary, Noel 268  
Childers, Thomas C. 265, 267, 271  
Colm, Gerhard 118, 120, 121, 124–127, 129  
Cuno, Wilhelm 227  
Curtius, Julius 25
- Darré, Richard Walther 244, 246, 249  
Dibelius, Otto 29, 33, 38  
Diehl, Karl 120, 125  
Diels, Rudolf 95, 96  
Dietrich, Hermann 243  
Dimitroff, Georgi 216  
Doehring, Bruno 27  
Duesterberg, Theodor 35  
Duisberg, Carl 226
- Ebers, Godehard Josef 189  
Ebert, Friedrich 50  
Eichengreen, Barry 144  
Einstein, Albert 88, 107  
Eley, Geoff 264  
Erdmann, Karl Dietrich 59, 80  
Erhard, Ludwig 288, 289  
Eucken, Walter 118, 122, 125  
Eulenburg, Antonie Gräfin zu 240  
Eulenburg-Prassen, Graf zu 242  
Ewert, Arthur 101
- Falter, Jürgen W. 265, 268  
Faulhaber, Michael von 50  
Feldman, Gerald D. 85, 287, 290  
Fraenkel, Ernst 3  
Friedländer-Prechtl, Robert 130  
Friedrich II. (von Preußen) 17  
Fritzsche, Peter 268, 269
- Gay, Peter 38  
Gayl, Wilhelm Freiherr von 4, 10, 23, 32, 82,  
92, 159–163, 165, 166, 177, 180, 181, 185,  
197, 198, 203  
Gersdorff, Rudolf Freiherr von 240  
Gesler, Otto 101  
Gleichen, Heinrich von 10, 13  
Goebbels, Joseph 7, 74, 275  
Goerdeler, Carl 53, 178, 272  
Göring, Hermann 8, 17, 275, 279  
Gogarten, Friedrich 38  
Goltz, Robert von der 18  
Gossweiler, Kurt 236  
Gramsci, Antonio 264

- Grauert, Ludwig 225  
 Grebing Helga 85  
 Groener, Wilhelm 23, 43, 155
- Hamm, Eduard 259  
 Heckel, Johannes 190–197, 199, 203  
 Heckel, Theodor 34, 35  
 Heilmann, Ernst 79, 80  
 Heimann, Eduard 117  
 Heller, Hermann 3, 66, 270  
 Helpach, Willy 3  
 Herle, Jakob 224, 235  
 Herz, Heinrich 29  
 Hilferding, Rudolf 120  
 Hiller von Gaertingen, Friedrich Freiherr 14  
 Himmler, Heinrich 246, 255  
 Hindenburg, Oskar von 211, 253  
 Hindenburg, Paul von Beneckendorff und  
 von 3, 4, 10, 13, 16, 20, 35, 36, 43–46, 49,  
 77–80, 82, 83, 155, 157–159, 161, 162, 165,  
 167, 173, 179, 180, 192, 197, 201, 203, 206–  
 211, 227, 228, 234, 244, 247, 251–254, 268,  
 271, 272, 278, 281  
 Hirsch, Emanuel 38, 56  
 Hitler, Adolf 4, 7, 8, 10, 16–19, 23, 33–36, 40,  
 45, 49, 53, 55, 77, 78, 80, 81, 83, 84, 97, 103,  
 131, 132, 155, 156, 159, 163, 164, 176, 177  
 179–181, 184, 201, 202, 205, 206, 209–211,  
 213, 214, 217–219, 234, 235, 237, 239, 243,  
 245, 253–255, 258, 260, 261, 266–268, 271,  
 272, 274, 277–285, 290, 291  
 Hoegner, Wilhelm 60  
 Hoffmann, Walther G. 135, 139  
 Holtfrerich, Carl-Ludwig 153  
 Hoover, Herbert Clark 112  
 Horkheimer, Max 216  
 Huber, Ernst Rudolf 185, 195, 196  
 Hugenberg, Alfred 10, 14, 16, 18, 210, 213,  
 214, 235, 245, 251–253, 258, 261, 267,  
 269–272  
 Humann, Hans 271–275
- Ihmels, Ludwig 34
- Jacobi, Erwin 203  
 James, Harold 129, 133, 134, 137, 139, 140,  
 143, 269  
 Jarres, Karl 268  
 Jellinek, Walter 3, 188, 189, 191  
 John, Jürgen 261  
 Jones, Larry 268  
 Jung, Edgar Julius 2, 10, 13, 15–18  
 Junkers, Hugo 226
- Kaas, Ludwig 50  
 Kahr, Gustav von 267  
 Kalkreuth, Eberhard Graf von 249  
 Kanitz, Gerhard Graf von 248  
 Kapler, Hermann 20, 25, 26, 28, 32, 34–36  
 Kapp, Wolfgang 99  
 Kasper, Wilhelm 83, 95, 102  
 Kastl, Ludwig 225, 229, 232, 235, 236  
 Keese, Dietmar 138, 139  
 Kennedy, Ellen 270  
 Kershaw, Ian 285, 287  
 Keynes, John Maynard 109, 112, 113, 123,  
 127, 230  
 Klein, Fritz 271–275  
 Kleist-Schmenzin, Ewald von 245, 247, 253  
 Knorin, Wilhelm 97  
 Koch-Weser, Erich 3, 249  
 Kocka, Jürgen 265  
 Kolb, Eberhard 19, 53, 84  
 Kollwitz, Käthe 88  
 Koshar, Rudy 269  
 Kraus, Karl 277  
 Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 226,  
 235  
 Kube, Wilhelm 34  
 Kurz, Thomas 87  
 Kuczynski, Jürgen 236
- Langenfaß, Friedrich 34  
 Lansburgh, Alfred 120, 125  
 Lautenbach, Wilhelm 117–122, 124–126,  
 128–131  
 Leber, Julius 73  
 Lehnert, Detlef 268  
 Lenin, Wladimir Iljitsch 79  
 Ley, Robert 290  
 Liebknecht, Karl 79  
 Löb (Bankier) 118  
 Löbe, Paul 78  
 Loebell, Wilhelm von 268  
 Loewenstein, Hans von 225  
 Lummitzsch, Otto 172  
 Luther, Hans 42, 117, 118, 121–123,  
 125–128, 130, 153, 268  
 Luther, Martin 192  
 Luxemburg, Rosa 79
- Mahraun, Artur 11, 53  
 Maier, Charles 275  
 Mann, Heinrich 88  
 Mannheim, Karl 56  
 Maslowski, Peter 105  
 Mayer, Arno 241  
 Megerle, Klaus 268

- Meissner, Otto 197  
 Meister, Rainer 126  
 Mierendorff, Carlo 3, 73  
 Miller, Susanne 85  
 Moeller van den Bruck, Arthur 1, 2, 56  
 Moltke, Helmuth James Graf von 52  
 Mommsen, Hans 52, 78, 82, 84, 85, 95, 104, 255, 290  
 Müller, Hermann 44, 101, 206  
 Mutschmann, Martin 258
- Neebe, Reinhard 23, 254, 260  
 Neisser, Hans 118, 122, 124–126  
 Neumann, Franz 280, 281  
 Nicolai, Helmut 17  
 Niekisch, Ernst 2  
 Nowak, Kurt 50
- Öttingen-Wallerstein, Eugen 255  
 Oldenburg-Januschau, Elard von 253, 265  
 Ossietzky, Carl von 74, 78, 88–90, 107  
 Ott, Eugen 102, 173, 203
- Papen, Franz von 2–4, 8, 10, 13, 17, 26, 29, 32, 33, 36, 40, 52, 54, 73, 80, 82, 96–98, 155, 157, 158, 160–171, 173, 174, 177–181, 183–185, 197–199, 201, 202, 210, 211, 229, 231, 233–235, 244, 248, 252, 260, 261, 271, 272, 275, 278, 291  
 Pechmann, Wilhelm Freiherr von 24  
 Petzold, Joachim 101, 260  
 Pieck, Wilhelm 91, 95–97  
 Pius XI. 27  
 Popitz, Johannes 120, 125  
 Prittwitz und Gaffron, Friedrich von 243
- Rathenau, Walther 225  
 Reichert, Jakob Wilhelm 225, 233  
 Remmele, Hermann 97  
 Rendtorff, Heinrich 35, 36  
 Reusch, Paul 225, 226, 236, 260, 261  
 Richthofen-Boguslawitz, Praetorius Freiherr von 248  
 Rittershausen, Heinrich 117  
 Röpke, Wilhelm 117, 124, 126, 129, 288, 289  
 Rosenberg, Alfred 33  
 Rosenberg, Hans 239, 254  
 Rürup, Reinhard 85
- Schaffer, Hans 116–119, 122–124, 129–131, 152  
 Schätzel, Georg 158  
 Schehr, John 97  
 Schiele, Martin 206  
 Schindler, Dietrich 191  
 Schlange-Schöningen, Hans 228, 258  
 Schleicher, Kurt von 2, 8, 9, 15, 36, 43, 45, 55, 80, 155, 157, 159, 160, 162, 163, 170, 173, 174, 177–181, 197–199, 201–203, 206, 208–211, 229, 234, 235, 267, 271, 273, 274, 278  
 Schlemm, Hans 34  
 Schlenker, Max 225  
 Schmitt, Carl 3, 17, 193–199, 203, 226, 275  
 Schoell, Jakob 20  
 Schönhoven, Klaus 84, 85, 99, 100, 103, 104  
 Scholz, Gustav 28, 34  
 Schotte, Walter 10–12, 161  
 Schröder, Kurt von 17, 261  
 Schüddekopf, Otto-Ernst 203  
 Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf von der 243, 246, 249, 250, 256  
 Schulze, Hagen 59, 80, 84, 90  
 Schumacher, Kurt 53, 73  
 Schwerin von Krosigk, Lutz Graf 170  
 Seeckt, Hans von 267  
 Severing, Carl 83, 96, 98  
 Silverberg, Paul 223, 224, 233, 235, 260, 261  
 Simons, Hans 3  
 Simons, Walter 225  
 Simpfendorfer, Wilhelm 202  
 Sinowjew, Grigori J. 67  
 Sorge, Kurt 227  
 Spann, Othmar 2  
 Spengler, Oswald 1, 2, 5, 9, 10, 17  
 Springorum, Fritz 260, 261  
 Stadler, Eduard 14  
 Stalin, Josef W. 67, 79, 99  
 Stampfer, Friedrich 87, 88  
 Stegerwald, Adam 42  
 Stegmann, Dirk 236  
 Stinnes, Hugo jun. 271  
 Stinnes, Hugo sen. 257, 271–274  
 Stöhr, Franz 34  
 Stolberg-Wernigerode, Albrecht Graf zu 99  
 Strasser, Gregor 7–9, 177, 201, 210, 278  
 Stresemann, Gustav 50, 224, 258, 259, 267, 286  
 Stumm, Carl Ferdinand von 226  
 Sybel, Heinrich von 253
- Temin, Peter 111, 112, 144  
 Thälmann, Ernst 35, 67, 78, 97  
 Thalheimer, August 91

- Thoma, Richard 187  
Thyssen, Fritz 260  
Torgler, Ernst 83, 95, 102  
Toscanini, Arturo 275  
Trendelenburg, Ernst 118, 125, 129  
Trotzki, Lew. D. 79  
Turner, Henry Ashby 81, 217–220, 222, 223,  
225, 228, 232, 236, 258–261, 289
- Ulbricht, Walter 97
- Vögler, Albert 231, 260, 261  
Vogels, Heinrich 202  
Vogelsang, Thilo 155, 156, 203
- Weber, Hermann 85, 90  
Weber, Max 282  
Welter, Erich 122, 125  
Westarp, Kuno Graf 12, 13, 158, 246, 248  
Wette, Wolfram 84  
Willikens, Werner 249, 253  
Wilmowski, Tilo Freiherr von 246, 248  
Winkler, Heinrich August 77, 78, 82, 84–88,  
90, 91, 103  
Wirth, Joseph 23, 270, 271  
Wurm, D. Theophil 35, 36
- Zehrer, Hans 5–9, 11, 15–17  
Zollitsch, Wolfgang 87, 258, 261